

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Giessen

Redaktion:

Erwin Knauß
Thomas Michael Martin

Neue Folge

76. Band

GIESSEN 1991

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 24,-- DM jährlich für Einzelmitglieder
30,-- DM für Familienmitgliedschaft

Konten: Postgiroamt Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60, Kto. Nr. 291 39-602

Bezirkssparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512

Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden "Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins". Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Lehrfahrten und Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den "Mitteilungen" sind die Verfasser verantwortlich. Zukünftige Aufsätze und Beiträge werden druckreif, d.h. ohne Korrekturen und Zusätze für den Offset-Druck bereit, erbeten. Die Blätter sollen nur einseitig beschrieben sein.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Stadtarchiv, Ostanlage 45, Tel. (0641) 306 27 15

Schriftleiter: Dr. Thomas Martin
Stadtwald 6, 6300 Gießen, Tel (0641) 483 18

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behagel-Straße, durchgeführt.

Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins Giessen

Redaktion:

Erwin Knauß

Thomas Michael Martin

Neue Folge

76. Band

GIESSEN 1991

IMPRESSUM

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen Geschichtsvereins
Gießen e.V.

Redaktion:
Erwin Knauß und Thomas Michael Martin

in Zusammenarbeit mit
Michael Breitbach u. Eva-Marie Felschow

ISSN-Nr. 0342-1198

Gesamtherstellung: Foto-Druck Lenz

INHALT

	Seite
I Vorwort	III
II Aufsätze	
1. Matthias Vöckler	1
Einige Anmerkungen zur Entstehung und Bedeutung der Termineien der Bettelorden im mittelalterlichen Thüringen	
2. Holger Th. Gräf	13
Kleinstädte in Hessen (1500-1800) Ein Überblick über ihre Entwicklung	
3. Ludwig Brake	35
Die Anfänge des Eisenbahnbaus in Oberhessen	
4. Dieter Nees	57
Von der Schwierigkeit Republikaner zu sein Die gestörte Verfassungsfeier 1927 in Gießen	
5. Heinrich, Schmidt	67
Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt von Gießen nach 1945	
6. Stefan Eberlein, Stefan Kielwein, Jörg Thorn	149
Wiederaufbau in Gießen 1945-1955	
III Literarischer Beitrag	
Josef Stern	203
Blicke aus der untergegangenen jüdischen Gemeinde zu Gießen	
IV Aus der Öffentlichkeitsarbeit des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen	
1. Hans Szczech	229
Exkursionen und Vorträge des Oberhessischen Geschichtsvereins im Berichtsjahr 1990/91	
2. Erwin Knauf	247
Bericht des 1. Vorsitzenden in der Jahreshauptversammlung am 17. April 1991	
V Rezensionen	257
VI Anhang	273
Hermann Dirksmüller	
Neugestaltung einer deutschen Mittelstadt - Gedanken und Pläne - (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Wiesbaden 1946)	

ANSCHRIFTEN DER AUTOREN

Vöckler, Matthias, Am Plantarium 52, 6900 Jena

Gräf, Holger, c/o Institut für Geschichtswissenschaften,
Humboldt Universität O-1086 Berlin, Unter den Linden 6

Brake, Ludwig, Ostanlage 45, 63 Gießen

Nees, Ernst Dieter, Söderweg 23, Bad Nauheim

Schmidt, Heinrich, Lärchenwäldchen 3, 63 Gießen

Heyne, Kurt, Liebigstraße 64, 63 Gießen

Eberlein, Stefan, Holunderweg 8, 63 Gießen

Kielwein, Stefan, Trockenweg 18, Linden-Leihgestern

Thorn, Jörg, Ernststr. 3, Rodheim-Bieber

Stern, Josef, Einsteinstr. 82, Haifa/Israel

Szczzech, Hans, Tulpenweg 17, 63 Gießen

Knauß, Erwin, Georg-Philipp-Gail-Str. 14, 63 Gießen

VORWORT

Den vorliegenden Band eröffnet ein Beitrag von Matthias Vöckler über die Bedeutung der Termineien der Bettelmönche im mittelalterlichen Thüringen. Die Untersuchung vermittelt einen Einblick in das Verkehrs-, Kommunikations- und Finanznetz der im Spätmittelalter neu entstandenen städtischen Orden und ermöglicht damit zugleich eine bessere Vorstellung vom analogen System der Antoniter im hessischen Raum.

Der anschließende Essay von Holger Gräf beschäftigt sich mit einem bislang in der Forschung noch unberücksichtigten Thema, den Kleinstädten in Hessen in der frühen Neuzeit. Nach einem theoretischen Vorspann, in dem die Kleinstadt definitorisch von anderen Siedlungstypen abgegrenzt wird, werden die geographische Verteilung der hessischen Kleinstädte, die Umstrukturierung der Städtelandschaft infolge der Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges und der Wiederaufstieg einzelner Städte unter veränderten Rahmenbedingungen im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert behandelt.

Der Aufsatz von Ludwig Brake konzentriert sich auf die Anfänge des Eisenbahnbaus in Oberhessen. Daraus ergibt sich, daß die Planung und der Bau der Main-Weser-Bahn in der Zeit seit Beginn der dreißiger Jahre bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts im Mittelpunkt stehen. Wo dies möglich war, stehen die Initiativen und Aktivitäten aus Gießen im Zentrum des Interesses, wobei die Chancen und Grenzen der Einflußnahme auf eine im wesentlichen staatlich gesteuerte Eisenbahnpolitik deutlich gemacht werden.

Die Ausführungen von Ernst Dieter Nees über die Schwierigkeit Republikaner zu sein, schildern ein wohl typisches Beispiel der Demokratiefierne und -skepsis breiter Teile der deutschen Bevölkerung in der kurzen Weimarer Epoche am Beispiel der Verfassungsfeier 1927 in Gießen. Zugleich erschließen sie Material über die Gründung der Ortsgruppe des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes.

Einen thematischen Schwerpunkt dieses Bandes bildet der Wiederaufbau Gießens nach dem Zweiten Weltkrieg. Heinrich Schmidt, maßgeblich an den Planungen in der städtischen Verwaltung beteiligt, ergänzt seine früheren in unseren Mitteilungen abgedruckten Darstellungen und macht insbesondere bisher nicht publiziertes Kartenmaterial der Öffentlichkeit zugänglich. Die Arbeit von Eberlein/Kielwein/Thorn wird mit freundlicher Genehmigung der Körber Stiftung (Hamburg) abgedruckt, der diese Arbeit von Schülern der Liebigsschule Gießen im Rahmen eines Wettbewerbes im Jahre 1985 vorlag und von ihr mit einem Preis ausgezeichnet wurde. Die Redaktion hat sich entschlossen, diese Arbeit der Öffentlichkeit in etwas gekürzter Form zugänglich zu machen. Das eher skeptisch gestimmte Urteil der Schüler und deren freimütige, mitun-

ter auch provozierende Äußerungen vermögen - hoffentlich - ein Interesse an weiterer vertiefter Auseinandersetzung und Diskussion zu entfachen. Jede umfassende Erörterung dieses Themas wird früher oder später auf die von dem Architekten Hermann Dirksmüller entworfene Konzeption zurückgreifen, deren Weitblick bis heute erstaunt und Maßstäbe setzt. Da seine Schrift restlos vergriffen und nur schwer zugänglich ist, hat sich die Redaktion im Einverständnis mit dem Autor zu einem Neudruck entschlossen, der als ergänzender Anhang beigelegt ist.

Der literarische Beitrag von Josef Stern entreißt eine originelle Facette jüdischer Kultur dem Vergessen und dokumentiert zugleich die Lebenskraft und Poesie der kleinen Gattungen.

Der Rückblick auf die Vorträge und Exkursionen des vergangenen Jahres aus der Feder von Hans Szczech wird manche wertvolle Erinnerung wachhalten und zugleich in einen größeren Zusammenhang stellen.

Mit der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichtes des scheidenden 1. Vorsitzenden Erwin Knauß trägt die Redaktion einem von zahlreichen Mitgliedern geäußerten Wunsch Rechnung. Der umfassende Rückblick auf entscheidende Jahre des Aufbaus und der Konsolidierung spiegelt zugleich eine wichtige und prägende Etappe in der Geschichte des OHG.

E.K. u. Th.M.

Friedrich Wilhelm Weitershaus



Kurz nach Vollendung seines 72. Lebensjahres verstarb während eines Aufenthaltes in Spanien Friedrich Wilhelm Weitershaus. Nach dem Schulbesuch in seinem Heimatdorf Kleinlinden und in Gießen absolvierte er eine Schriftsetzerlehre. Nach mehrjähriger Kriegsgefangenschaft in Frankreich wurde er Korrektor, legte die Meisterprüfung für Schriftsetzer ab und war ab 1960 Korrektoratsleiter im Hause Mohndruck-Bertelsmann in Günstersloh bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahre 1982.

Während seiner beruflichen Tätigkeit wurde er in den Prüfungsausschuß der IHK Gießen berufen, war von 1959 bis 1968 Bundesvorsitzender der deutschen Korrektorensparte in der IG Druck und Papier und zugleich Herausgeber des "Sprachwärts", der Monatsblätter für Sprache und Rechtschreibung.

Ebenfalls seit 1959 war Weitershaus Mitarbeiter am Rechtschreibduden des Bibliographischen Instituts in Mannheim und hat dort eine gründliche Überarbeitung des Taschenbuches "Duden - Satz- und Korrekturanweisungen, Richtlinien für die Textfassung" durchgeführt. Im Jahre 1969 berief ihn die Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden zum Fachberater in Familiennamenfragen und zum Gutachter für Behörden und Gerichte.

Neben rund 300 Zeitschriftenaufsätze zur deutschen Sprache, zur Rechtschreibung und Namenkunde ist vor allem sein Vornamenbuch (München 1978) von herausragender Bedeutung, in dem er über 8000 Namen nach ihrer Herkunft erklärt hat. Für seine großen Verdienste um die deutsche Sprache und die Namenkunde wurde Friedrich Wilhelm Weitershaus im Jahre 1984 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Über sein berufliches Engagement und seine wissenschaftlichen Arbeiten für Sprache, Rechtschreibung und Namenkunde hinaus hat der so plötzlich Verstorbene einen Teil seines Schaffens in der Liebe zur Heimat der Orts-, Landes- und Familiengeschichte gewidmet. Auch auf diesem Gebiet hat er unzählige Zeitschriftenaufsätze und Zeitungsartikel hinterlassen. Neben der Geschichte seines Geburtsortes Kleinlinden (Gießen 1981) ist hier vor allem die große Biographie "Wilhelm Liebknecht - Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten" hervorzuheben, die zum 150. Geburtstag dieses bedeutenden Gießener Sohnes im Jahre 1976 erschienen ist. Der Oberhessische Geschichtsverein Gießen verlieh ihm 1985 die Ehrenmitgliedschaft und würdigte damit seine umfangreichen Leistungen für die Geschichte der heimischen Region. Sein hinterlassenes Werk wird dazu beitragen, ihn in Erinnerung zu behalten.

Erwin Knauß

**Einige Anmerkungen zur Entstehung und Bedeutung der Termineien
der Bettelmönche im mittelalterlichen Thüringen
von Matthias Vöckler**

Die Bettelorden nahmen im Ordenswesen der christlichen Kirche in vielerlei Hinsicht eine Sonderstellung ein. Dies betrifft sowohl die Umstände ihrer Entstehung und die Art und Weise ihrer Ausbreitung als auch ihre Wirksamkeit im mittelalterlichen Kirchenwesen. Im Gegensatz zu allen vorhergegangenen Religiosenverbänden, die, meist eher zurückgezogen lebend, die Kontemplation bzw. die körperliche Arbeit in den Mittelpunkt ihres Wirkens gerückt hatten, stand im Zentrum mendikantischer Wirksamkeit die unmittelbare Arbeit mit den Gläubigen, deren stärker individualisierte seelsorgerische Betreuung sowie die Predigtstätigkeit. Diese wesentlich subjektbezogenere Tätigkeit der Bettelmönche entsprang dabei nicht ausschließlich den diesbezüglichen Intentionen ihrer Ordensgründer, sondern war auch Ausdruck eines immer stärkeren Reaktionsdrucks auf die mittelalterliche Kirche. Dieser war zum einen durch die verschiedenen, seit dem 11./12. Jh. entstandenen und sich seitdem mehr und mehr ausbreitenden häretischen Bewegungen und zum anderen durch eine v.a. in den mittelalterlichen Städten entstandene neue Volksfrömmigkeit und Religiosität, die mit der dem herrschenden Wertesystem angepaßten "traditionellen" Frömmigkeit und verschiedenen kirchlichen Dogmen scharf kontrastierte, hervorgerufen worden und mit den herkömmlichen Mitteln letztendlich nicht mehr beherrschbar.

Im Jahre 1224 erreichten sieben aus Mainz kommende Franziskaner als erste Mendikanten überhaupt Thüringen. Sie siedelten sich zwischen dem Martinstag 1224 und dem Fest der Apostel Petrus und Paulus 1225 - also innerhalb eines reichlichen halben Jahres- vor bzw. in solch wichtigen thüringischen Kommunen wie Erfurt, Eisenach, Mühlhausen und Nordhausen¹ an und gründeten bis in die 60er Jahre des 13. Jh. trotz mancher Rückschläge weitere Konvente in verschiedenen anderen Städten der Region. 1229 trafen unter der Führung Elgers von Honstein die ersten Dominikaner in Erfurt ein, um in den folgenden Jahrzehnten bis zum Ende des 13. Jh. noch vier weitere Niederlassungen in Eisenach, Nordhausen, Jena und Mühlhausen zu gründen. Bereits um die Mitte des 13. Jh. hatte sich mit den Augustinereremiten ein weiterer Orden in Gotha und Erfurt etabliert, der für seine ausgedehnten Besitzerwerbungen "berühmt" werden sollte und dessen Angehörige bereits im Zusammenhang mit dem Einzug in Erfurt im Jahre 1266 durch Erzbischof Werner von Mainz aufgefordert worden waren, die Rechte der bereits in der Stadt wirkenden Geistlichen zu respektieren². Um 1300 bestanden in Thüringen in 16 Städten bereits 25 Niederlassungen verschiedener Mendikantenorden, eine Zahl, die sich im

1 Vgl. *Chronica fratris Jorani*, edidit H. Boehmer = Collection d'études et de documents, Tome VI, Paris 1908, c. 38

2 Vgl. *Urkundenbuch (UB) der Erfurter Stifter und Klöster*, Bd. 1, bearb. von A. Overmann = *Geschichtsquellen (GQ) der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt* Bd. 5, Magdeburg 1926, Nr. 391

weiteren Verlauf des Mittelalters auf 41 in 28 Städten erhöhte. Es soll im Folgenden nicht in erster Linie die Tätigkeit der Bettelmönche in den Städten, in denen die jeweiligen Konvente errichtet worden waren, untersucht werden, sondern die Wirksamkeit der Mendikanten in den kleineren mittelalterlichen Städten sowie auf dem flachen Land stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Gerade dieser Seite mendikantischen Wirkens wird auch heute noch eine m.E. viel zu geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Selbstverständlich bildete die mittelalterliche Stadt mit ihren spezifischen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen die entscheidende Existenz- und Wirkungsgrundlage für die Bettelmönche, dennoch waren diese zu keiner Zeit "reine" Stadtmönche. Ganz im Gegenteil: die Aufgabe der *stabilitas loci* sowie die Verpflichtung zu Wanderpredigt und -seelsorge forderten eine Wirksamkeit der Mendikanten auch über die Mauern der Städte hinaus geradezu heraus. Daß dem auch in Thüringen so war, soll in den folgenden Darlegungen deutlich gemacht werden.

Der Begriff "Termineri" bzw. "terminieren" leitet sich vom lateinischen "terminus" bzw. "terminare" her und bezeichnet das Wirksamwerden der Mendikanten in einem in der Regel abgegrenzten Gebiet außerhalb der Niederlassung ihrer Gemeinschaft.

Wann die thüringischen Bettelmönche begannen, Terminhäuser zu gründen und Termineien aufzubauen, läßt sich heute anhand des vorhandenen Quellenmaterials nicht mehr mit Sicherheit nachweisen. Erste urkundliche Erwähnungen derartiger Institutionen existieren erst seit den 90er Jahren des 13. Jh. Die Umstände ihrer Erwähnung (Streitigkeiten zwischen Terminariern verschiedener Konvente) lassen freilich vermuten, daß zu dieser Zeit die Termineien bereits seit geraumer Zeit bestehende Einrichtungen darstellten. Höchstwahrscheinlich liegen ihre Anfänge - von Konvent zu Konvent verschieden - um die Mitte des 13. Jh., in einer Zeit also, in der sich die Bettelmönche z.T. gegen beträchtliche Widerstände der alteingesessenen Geistlichkeit in den von ihnen bevorzugten Städten tatsächlich festsetzten und zu einem nicht mehr wegzudenkenden Element nicht nur des Stadtbildes, sondern auch des religiösen Lebens der Städte zu werden begannen. Die erste diesbezügliche chronikalische Nachricht, sie stammt aus der allerdings erst um 1400 entstandenen und quellenmäßig äußerst bedenklichen "Legenda de ss. patribus conventus Ysenacensis ordinis praedicatorum", also des 1240 gegründeten Eisenacher Dominikanerklosters, berichtet davon, daß um die Mitte des 13. Jh. zwei Eisenacher Dominikaner als "terminarii ... ad prediacandum verbum dei et audiendum confessiones hominum"³ nach Nordhausen bzw. Mühlhausen geschickt worden waren, in Städte also, in denen einige Jahrzehnte später eigenständige Dominikanerkonvente gegründet wurden. Die Häuser in Nordhausen und Mühlhausen könnten demnach die ersten oder zumindest zwei der ersten Terminhäuser eines thüringischen Mendikantenkonvents gewesen sein.

3 Vgl. Michelsen A.L.J.: Das Legendarium des Dominikanerklosters in Eisenach. In: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde (ZVthGA) 4/1860/61, S. 387

Durch die Anlage derartiger ständig besetzter Außenstationen war es den Mendikanten möglich, ihren Aktionsradius beträchtlich auszudehnen und auch in vom Konvent weiter entfernt liegenden oder ob des geographischen Profils der Landschaft schwer zugänglichen Gebieten ständig wirksam zu werden, was die Bettelerträge erhöhte und die seelsorgerische Wirksamkeit effektiverte. Eine Analyse der Lage in den Quellen bzw. in der Literatur noch nachweisbaren Terminhäuser thüringischer Mendikantenkonvente zeigt, daß sich reichlich 50% von ihnen in einer Entfernung von ca. 12 - 25 km vom jeweiligen Konvent befanden. Dies gilt für Thüringen und in etwa auch für Hessen; im Gebiet östlich der Saale dagegen waren diese Werte aufgrund der zu dieser Zeit noch deutlich geringeren Besiedlungsdichte erheblich größer. Unterhalb der oben genannten Entfernung wurden - von Ausnahmen abgesehen - keine derartigen festen Stützpunkte errichtet, da dieser Raum im Bedarfsfalle ständig vom Konvent aus zu begehen war. Die bereits bestehenden Terminhäuser wurden nicht selten zur Anlage weiterer, z.T. außerordentlich weit vom Konvent entfernt liegender Häuser genutzt. Der Aktionsradius der Mendikanten war teilweise sehr groß und erreichte in extremen Fällen mehr als 100 km. Zu derartig weiten "Ausflügen" waren allerdings in erster Linie die Angehörigen der kleineren Mendikantenorden gezwungen; die früher entstandenen großen Orden bauten ihre Termineien in nicht allzu weit vom Konvent entfernt gelegenen Orten und Gebieten auf.

Eine keineswegs rein zufällige, sondern vielmehr außerordentlich plan- und systemvolle Anlage lassen z.B. die aus 10 bzw. acht Häusern bestehenden Termineien der Erfurter Augustinereremiten und der Nordhäuser Minoriten erkennen⁴.

Von ihren Terminhäusern aus beherrschten die Mendikanten auch das diese umgebende flache Land, was an dieser Stelle anhand der zehn, zwischen 1323 und dem ausgehenden 14. Jh. gebildeten und ausgebauten Termineien des Erfurter Augustinereremitenkonvents, die im Gebiet zwischen den Flüssen Gera, Saale und Unstrut lagen und weit mehr als 500 verschiedene Städte und Dörfer umfaßten, erläutert werden soll.

Dieses bereits 1886 und 1934 edierte, unterschiedlich datierte und bisher nur ungenügend inhaltlich ausgewertete Verzeichnis⁵ verdeutlicht, wie präzise die territoriale und lokale Fixierung der Termineien im späten Mittelalter geschehen konnte.

Eine quantitative Analyse und geographische Fixierung der zu den einzelnen Termineien gehörenden Orte erlauben relativ exakte Aussagen über die Größe der Termineien und davon abgeleitet die mögliche Bedeutung der einzelnen Terminhäuser.

4 Vgl. Bild 1-2 t

5 Vgl. UB der Erfurter Stifter und Klöster, Bd. 3, Anhang Nr. 5. Martin, J.E.A.: Verzeichnis der Termineien der Erfurter Einsiedler Augustiner Ordens in Thüringen. In: ZVthGA 13 (N.F.5) 1886, S. 132 ff. und Bild 3

Terminei	Anzahl der Orte (Städte)	ungefähre Fläche (in km ²)
1. Stadtilm (Ylmene)	143 (5)	700
2. Tannroda (Tanrade)	100 (2)	400
3. Weimar (Wimaria)	76 (2)	200
4. Wiehe (Wy)	62 (2)	330
5. Weißensee (Wyzense)	54 (2)	300
6. Apolda (Appoldia)	44 (3)	150
7. Buttelstedt (Botilstete)	42 (3)	230
8. Kölleda (Kollede)	37 (1)	320
9. Jena (Yenis)	31 (2)	180
10. Naumburg (Nuwenborch)	31 (3)	100

Die territoriale Ausdehnung dieser zehn Termineien betrug demnach insgesamt rund 3000 km². Die aufgeführten Ortschaften entsprechen ihrerseits mehr als 80% der in diesem Gebiet existierenden Städte. Im hier dargestellten Gebiet vermißt man lediglich Eckartsberge und Rastenberg - in deren näherer Umgebung wirkten allerdings die Orlamünder und Weißenborner Wilhelmiten - sowie Berka, Blankenhain und Orlamünde.

Die Analyse dieses einzigartigen und wohl auch ziemlich einmaligen Dokuments fordert m.E. eine Reihe neuer bzw. zumindest präzisierter Schlußfolgerungen zum System der mendikantischen Termineien im Mittelalter. Es wird deutlich, daß

- der Einfluß der Bettelmönche auf das flache Land erheblich größer war, als dies bisher vielfach vermutet wurde (auch ca. 80% der Dörfer im Bereich der zehn Termineien sind ja im Verzeichnis erfaßt);
- die territoriale Ausdehnung einer Reihe von Termineien sowie die große Zahl der zu ihnen gehörenden Ortschaften (durchschn. 62 pro Terminei) gegen die verbreitete Ansicht sprechen, daß es sich bei den mendikantischen Außenstationen um "Ein-Mann-Häuser" gehandelt habe. Eine wirklich spürbare und wirksame Predigt- und Seelsorgetätigkeit in den betreffenden Ortschaften wäre so nicht durchführbar gewesen.
- interessante Aufschlüsse über den systemvollen Aufbau aber auch die gezielte Erwerbung der Terminhäuser gegeben werden;
- die territoriale Fixierung der Termineien noch weit präziser war, als dies bisher angenommen wurde. Damit sollten bereits in der Zeit um 1300 Mechanismen geschaffen werden, um einerseits Streitigkeiten zwischen den Mendikanten selbst zu beseitigen bzw. weitgehend auszuschließen und andererseits durch die Vermeidung ihres zu konzentrierten Auftretens Konflikte mit dem übrigen Klerus und der Bürgerschaft möglichst zu um-

gehen. Freilich gelang gerade dies nur zeitweilig und sehr unvollkommen, was ständig wiederkehrende Termineistreitigkeiten deutlich machten.

Wie auch in anderen Gegenden Deutschlands finden sich auch in Thüringen zahlreiche Belege für entsprechende Kontroversen zwischen den Mendikanten, die oft nur mit Hilfe von Vertretern der Provinzialleitungen der verschiedenen Orden oder höherer lokaler bzw. regionaler Kleriker geschlichtet werden konnten.

Die ersten diesbezüglichen Vorfälle, an denen thüringische Konvente maßgeblich beteiligt waren, wurden in den Jahren 1291 und 1297 zwischen den Dominikanerklöstern Eisenach, Mühlhausen und Göttingen vertraglich geregelt. Fortgesetzte Übergriffe in das Gebiet der Nachbarkonvente und die daraus resultierenden Klagen führten dazu, daß unter Mitwirkung von Beauftragten der Leitung der Ordensprovinz (1291 mit Hilfe des Provinzialpriors der "Theutonia" und 1297 im Auftrag der "Richterväter" des Bremer Kapitels unter Mitwirkung des einflußreichen Dominikanerpriors von Magdeburg u.a.) exakte Termineigrenzen festgelegt werden mußten. Mit ihrer Hilfe - ein Überschreiten wurde ausdrücklich verboten - sollten auch die Bestrebungen einzelner Konvente eingedämmt werden, mit Terminariern bis in die unmittelbare Nähe der Nachbarkonvente vorzudringen.

Im ersten der beiden Verträge⁶ wurden die Kontroversen zwischen dem Eisenacher und dem erst fünf Jahre zuvor gegründeten Mühlhäuser Predigerkonvent dahingehend geregelt, daß es dem ersteren verboten war, über die Werra zwischen Allendorf, Treffurt und Vacha hinaus in Richtung Mühlhausen vorzurücken. Die Mühlhäuser Dominikaner durften nicht über die Orte Salza, Thamsbrück, Kloster Homburg, Schönstedt und Weberstedt gegen Eisenach vordringen. Im zweiten Vertrag aus dem Jahre 1297⁷ wurden die Termineigrenzen jedes dieser beiden Konvente mit den Göttinger Dominikanern festgelegt, die sich im Gebiet Allendorf, Heiligenstadt, Steinbach befanden, d.h. in einer Entfernung von ca. 35 km (Eisenach) bzw. 25-30 km (Mühlhausen) vom Konvent. Darüberhinaus wurden besondere Regelungen für Städte und größere Orte getroffen, die, wie Allendorf und Heiligenstadt, an der Grenze der Termineien lagen. So besaßen die Eisenacher Dominikaner in dem dem Göttinger Konvent zugesprochenen Allendorf verschiedene Rechte, wie auch die Göttinger in Heiligenstadt, das dem Mühlhäuser Konvent zugeteilt worden war, bestimmte Privilegien besaßen. Das 90 km südlich von Göttingen liegende südthüringische Vacha wurde diesem Konvent zugesprochen. Diese Entfernung verdeutlicht den bereits erwähnten enormen Aktionsradius der Mendikanten ebenso wie der 1375 beigelegte Termineistreit zwischen den Wilhelmiten von Weißenborn und Orlamünde. Die festgelegte Termineigrenze, die Straße zwischen Eckartsberga, Bibra, Nebra und der Ilm, befand sich auch hier bis zu 90 km vom unweit Eisenach (Thal) gelegenen Weißenborner und bis na-

6 Vgl. UB der ehemals freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen. Bearb. von K. Herquet = GQ der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 3, Halle 1874, Nr. 380

7 Vgl. ebd., Nr.469

hezu 60 km vom Orlamünder Konvent entfernt. Die Wilhelmiten des letzteren Konvents besaßen seit 1471 sogar das erzbischöflich verbriefte Recht, innerhalb des bis weit über 100 km entfernt gelegenen Delitzscher Gebietes zu terminieren.

Am 30.05.1316 schlichteten der Generalvikar Ludolf und der Prior der Augustinerprovinz "Thuringia et Saxonia" zwischen den Augustinereremitenkonventen Eschwege und Nordhausen ausgebrochene Termineistreitigkeiten⁸, die v.a. deren Rechte in den Städten Göttingen, Münden, Duderstadt und Herzberg sowie den dazwischen liegenden Dörfern betrafen. Um weitere Konflikte möglichst zu vermeiden, wurde die westliche Termineigrenze des Nordhäuser Konvents auf die Linie Duderstadt - Herzberg festgelegt. In beiden Städten hatten allein sie das Recht des Terminierens. Das Kloster Eschwege schließlich erhielt sämtliche Rechte in und um die Städte Göttingen und Münden.

Schon im ausgehenden 13./beginnenden 14. Jh., d.h. noch in der Phase der beginnenden Ausbildung der Termineien der thüringischen Konvente war es also notwendig geworden, den relativ unkontrollierten Bettel seitens der Mendikanten selbst einzuschränken und territorial abgegrenzte Termineien festzulegen.

Es fällt allerdings auf, daß in der Regel nur die Streitigkeiten zwischen den Terminariern verschiedener Häuser e i n e s Ordens geschlichtet wurden. Damit konnten die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Mendikanten aber nur höchst unvollkommen und bestenfalls zeitweilig eingedämmt werden, denn jede vertragliche Regelung über die Terminrechte in einem Ort oder Gebiet zwischen Mendikanten e i n e s Ordens barg den Keim neuer Konflikte mit den dort ansässigen oder terminierenden Vertretern a n d e r e r Bettelorden in sich, war doch auch diesen seitens ihres Ordens ebenfalls das "alleinige" Recht des Terminierens zugebilligt worden. Das Ergebnis all dessen war ein nahezu permanentes Sich-Streiten und Schlichten, waren regelrechte "Revierkämpfe", die den ehemals guten Ruf der Mendikanten unterminieren und letztendlich mehr und mehr zugrunde richteten.

Aber nicht nur Termineistreitigkeiten sorgten für stete Spannungen zwischen den Mendikanten. Angehörige der "kleineren", im Volk oftmals weniger populären Bettelorden versuchten ihre z.T. recht kärglichen Einnahmen dadurch aufzubessern, daß sie die Tracht der "großen" Orden kopierten und damit eine Verwechslung mit diesen provozierten bzw. sich gar als deren Angehörige ausgaben. 1294 befahl in einer solchen Angelegenheit der Würzburger Bischof Mangold, gestützt auf entsprechende Bullen Alexanders IV. und Clemens IV., daß keine Nicht-Minoriten eine diesen ähnelnde oder gleichende Tracht tragen dürften, den mit den Meininger Franziskanern in Konflikt geratenen Simmershäuser Wilhelmiten, ihre Kleidung so zu ändern, "ita ut eos fratres minores plena differentia habeatur."⁹

8 Vgl. Stadtarchiv Nordhausen I, Le 2

9 Hennebergisches UB, hg. von A. Wyse = Publicationen aus den königlich Preußischen Staatsarchiven, Bd. 3, Leipzig 1879, Nr. L II

Wie reagierten Geistlichkeit und Räte der thüringischen Städte um 1300 auf das nach wie vor enorme Missionsbedürfnis oder - je nach Standpunkt des Betrachters - den Expansionsdrang der Mendikanten? Hier muß man differenzieren!

In den großen thüringischen Kommunen Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen - hier hatte sich bereits rund 100 Jahre früher die Mehrzahl der Geistlichen gegen die Ansiedlung der ersten Mendikanten gesträubt - war bereits um 1300 ein gewisser "Sättigungsgrad" an geistlichen Einrichtungen aller Art erreicht worden. Nicht nur der alteingesessene Klerus, sondern auch die bürgerlichen Räte bemühten sich, dem ungehinderten weiteren Eindringen neuer Orden in diese Städte einen Riegel vorzuschieben. Dies war in Erfurt z.B. bereits 1266/67 deutlich geworden, als es den aus Gotha kommenden Augustinereremiten nur mit größter Mühe und mit massiver Hilfe des Mainzer Erzbischofs gelungen war, sich dort anzusiedeln - und zwar sowohl gegen den Widerstand der Bürger als auch der Geistlichkeit der Stadt. Der in dieser Frage offensichtlich zwischen den Bürgern und den Erfurter Geistlichen bestehende Konsens sowie die seit den letzten Jahrzehnten des 13. Jh. durch den Rat mit aller Konsequenz betriebene Politik gegen den Besitz der "toten Hand" in der Stadt führten schließlich dazu, daß es im Verlauf des Mittelalters nicht einem einzigen auswärtigen Mendikantenkonvent gelang, in Erfurt ein Terminhaus zu errichten.

Entschiedene Maßnahmen gegen den städtischen Besitz sowie die Privilegien der Geistlichkeit lassen sich an der Wende vom 13. zum 14. Jh. auch in Mühlhausen und Nordhausen nachweisen; in Altenburg gar schon im Stadtrecht von 1256. Darüberhinaus war man bestrebt, derartige Besitzerwerbungen von vorn herein einzuschränken. Die Größe des Klosterareals wurde konkret festgelegt und den Brüdern auf ewig garantiert; eine Vergrößerung so aber ausgeschlossen. Darüber hinaus mußte den Orden von Bürgern übereigneter Besitz - dies war ja nicht nur in Thüringen so - binnen Jahresfrist wieder verkauft werden. Gelegentlich mußte dem Rat im Falle der Nichtbeachtung derartiger Festlegungen sogar das Recht des Zwangsverkaufs zugestanden werden.

Das Streben der Bürgerschaften v.a. der größeren Städte nach einer immer intensiveren Kontrolle über die hier wirkenden geistlichen Anstalten inklusive der Mendikanten machen entsprechende Passagen in den Aufnahmeurkunden der Predigerbrüder und der Augustinereremiten in Nordhausen ebenso deutlich wie die Tatsache, daß der Mühlhäuser Rat, nachdem er bereits der Niederlassung der Dominikaner in der Stadt keinerlei Unterstützung gewährt hatte, sich 1302 von König Albrecht eine Urkunde ausstellen ließ, die die Ansiedlung neuer geistlicher Anstalten in der Stadt von seiner ausdrücklichen Genehmigung abhängig machte. Darauf gestützt unterbanden die Mühlhäuser Bürger noch vor 1321 die Ansiedlung der Augustinereremiten in ihrer Stadt, woraufhin diese in das nahegelegene Salza ausweichen mußten. Besonders der Mühlhäuser Rat beherrschte das klassische Prinzip des "divide et impera" in geradezu lehrbuchhafter Manier und spielte die in der Stadt ansässige Geistlichkeit einschließlich der mendikantischen Terminarier in

regelmäßigen Abständen immer wieder gegeneinander aus. Dies geschah dergestalt, daß der Rat einem Teil der geistlichen Anstalten die angestammten Rechte garantierte, während er diese dem anderen Teil mitunter erheblich beschnitt. Einige Jahre oder Jahrzehnte später wurde dann der bisher verschonte Teil des Klerus "zur Kasse gebeten" ... ein "Spiel", das sich wiederholen konnte.¹⁰

Eines wurde hierdurch v.a. erreicht: der Rat konnte seine Vorstellungen durchsetzen ohne befürchten zu müssen, auf den geschlossenen Widerstand des städtischen Klerus zu stoßen!

Anfang der 30er Jahre des 14. Jh. vereitelten darüber hinaus auch die Ratsherren und Bürger Arnstadts durch den Abschluß eines entsprechenden Vertrages die geplante Umwandlung des Terminhauses der Gothaer Augustinereremiten in einen eigenständigen Konvent.¹¹ Aber auch in Jena - hier existierte zu dieser Zeit neben dem Zisterziensernonnenkloster auch noch ein Predigerkonvent - gab es seitens der Geistlichkeit erhebliche Widerstände gegen das Eindringen weiterer Mendikanten. Die Erfurter Augustinereremiten mußten sich z.B. verpflichten, auf dem von ihnen 1323 erworbenen Grundstück lediglich ein Terminhaus, keinesfalls aber einen eigenständigen Konvent zu errichten. Die fortgesetzten Versuche der Augustiner, die angestammten Rechte des einflußreichsten Klosters der Stadt zu untergraben, führten zu einem jahrzehntelangen Konflikt mit den Zisterziensernonnen, der 1360 zugunsten der Letzteren entschieden wurde.¹² Der beharrliche Widerstand der Nonnen des Michaelisklosters konnte letztlich aber dennoch nicht verhindern, daß Jena mit sage und schreibe fünf Terminhäusern die von den mendikantischen Terminariern bevorzugteste Stadt Thüringens wurde.

Wie sah es in den kleineren Städten der Region aus?

In diesen gab es zu jener Zeit im wahrsten Sinne des Wortes zumeist noch genügend Freiräume zur Ansiedlung neuer geistlicher Anstalten; hier war die Ansiedlung der Mendikanten auch noch im 14. Jh. nicht nur geduldet, sondern oftmals sogar erwünscht. Immerhin stellte die Existenz eines Konvents oder auch nur eines Terminhauses der Mendikanten in einer kleineren Stadt neben vielen anderen Vorteilen in Seelsorge und Predigt ja auch eine deutliche Prestigeerhöhung für die betreffende Kommune dar. Daß hier die Ansiedlung der Mendikanten zunächst tatsächlich vielfach gefördert wurde, zeigt auch die Art und Weise der Erwerbung der Terminhäuser in verschiedenen kleineren thüringischen Städten im 14. Jh. Die Erfurter Predigerbrüder, die sich als erste Mendikanten in der landgräflichen Stadt Weißensee ansiedelten, erhielten das Grundstück ihres Terminhauses im Jahre 1318 vom Landgrafen Friedrich dem Freidigen geschenkt. Die drei Jahre später hier eintreffenden Erfurter Augustinereremiten mußten ihr Haus zwar kaufen, wurden vom Rat

10 Vgl. hierzu: Richter, Georg, Die Beziehungen der Mühlhäuser Bürgerschaft zur römisch-katholischen Kirche vom 13. bis zum Ausgang des 15. Jh. Phil. Diss. Leipzig 1969

11 Vgl. UB der Stadt Arnstadt 704-1495, Hg. von G.A.H. Burkhardt = Thüringische GQ, Bd. 4, N.F. Bd. 1, Jena 1883, Nr. 123

12 Vgl. UB der Erfurter Stifter und Klöster, Bd. 3, Nr. 110

aber ebenfalls von allen Lasten und Abgaben befreit.¹³ Auch die ebenfalls käuflich erworbenen Terminhäuser der Mendikanten desselben Konvents in Weimar und Kölleda waren bar jeglicher Lasten und Abgaben. All dies wäre zu jener Zeit in Erfurt, Nordhausen, Mühlhausen, Altenburg oder Jena schon längst undenkbar gewesen.

Die Entstehung und Entwicklung der Termineien als spezifischer Form mendikantischen Wirkens hatte m.E. vier Ursachen, die letztlich nicht voneinander zu trennen sind:

Erstens bestand für die Bettelmönchskonvente die Notwendigkeit nicht nur der Erhaltung, sondern auch der Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Basis, da die Mittel der sie beherbergenden Städte und deren unmittelbarer Umgebung nicht unerschöpflich waren und - unabhängig von der Popularität der Mendikanten - unter einer Vielzahl von einheimischen und auswärtigen Institutionen aufgeteilt werden mußten. V.a. der Bau der sehr aufwendigen, die meisten Pfarrkirchen an Größe deutlich übertreffenden Kirchen sowie der Klöster konnte nicht mehr ausschließlich durch Zuwendungen der einheimischen Bevölkerung abgesichert werden.

Zweitens bildeten die Termineien eine wichtige Grundlage für die Nachwuchsgewinnung der Konvente, was sich eindeutig durch die Namen von Mendikanten nachweisen läßt, die aus Städten und Dörfern stammten, die zu Termineien der Bettelmönche gehörten.

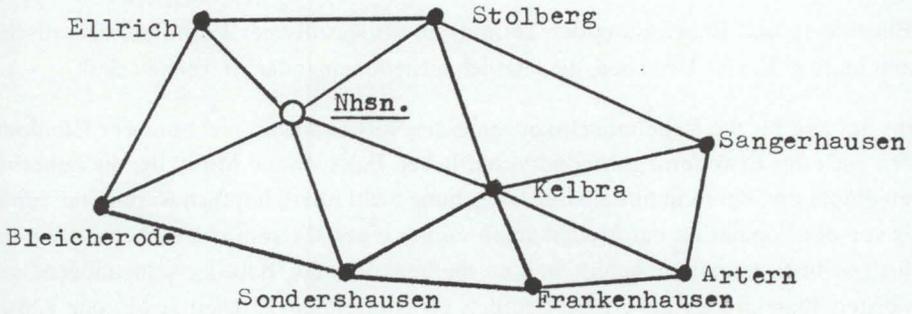
Ein dritter, ausgesprochen wichtiger Grund war die Notwendigkeit, die geistliche Ausstrahlung und Wirksamkeit der Mendikanten über die großen Städte hinaus zu erhöhen, da das flache Land besonders unter dem Mangel an überzeugenden und qualifizierten Priestern litt und sich die Entwicklung kirchenkritischer Auffassungen und Bewegungen nicht auf die Metropolen beschränkte.

Viertens trafen die Maßnahmen v.a. der größeren Städte gegen die "tote Hand" auch die seit dem 14. Jh. ihre innerstädtischen Besitzungen erweiternden Mendikanten und zeigten diesen die Grenzen innerstädtischen Expandierens deutlich auf. Darüberhinaus erwiesen sich die Terminhäuser auch für die wirtschaftliche und geistige Vorbereitung zukünftiger Konvente von Wichtigkeit, falls, wie wir mehrfach sahen, der Rat nicht gegen eine solche Konventsbildung auftrat. Allerdings bestand auch die Gefahr einer entgegenstehenden Entwicklung: die Rück- bzw. Umbildung eines Konvents in ein Terminhaus, wenn dessen Gründung übereilt war oder den spezifischen Gegebenheiten der betreffenden Stadt nicht Rechnung getragen hatte.¹⁴

13 Vgl. UB der Erfurter Stifter und Klöster, Bd. 1, Nr. 1065 u. 1143

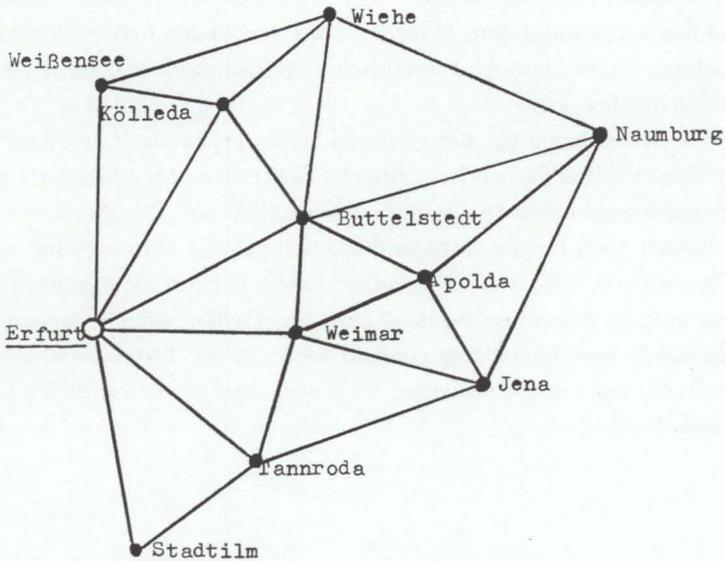
14 Dies betrifft in Thüringen wahrscheinlich den ehemaligen Franziskanerkonvent Gotha, der nach Jordan von Giano 1225 gegründet worden sein soll, später aber im "Dunkel der Geschichte" verschwindet. Möglicherweise zogen die Gothaer Minoriten um die Mitte des 13. Jh. nach Arnstadt um.

Abb.1 Lage und Entfernung der Terminhäuser
des Franziskanerkonvents Nordhausen



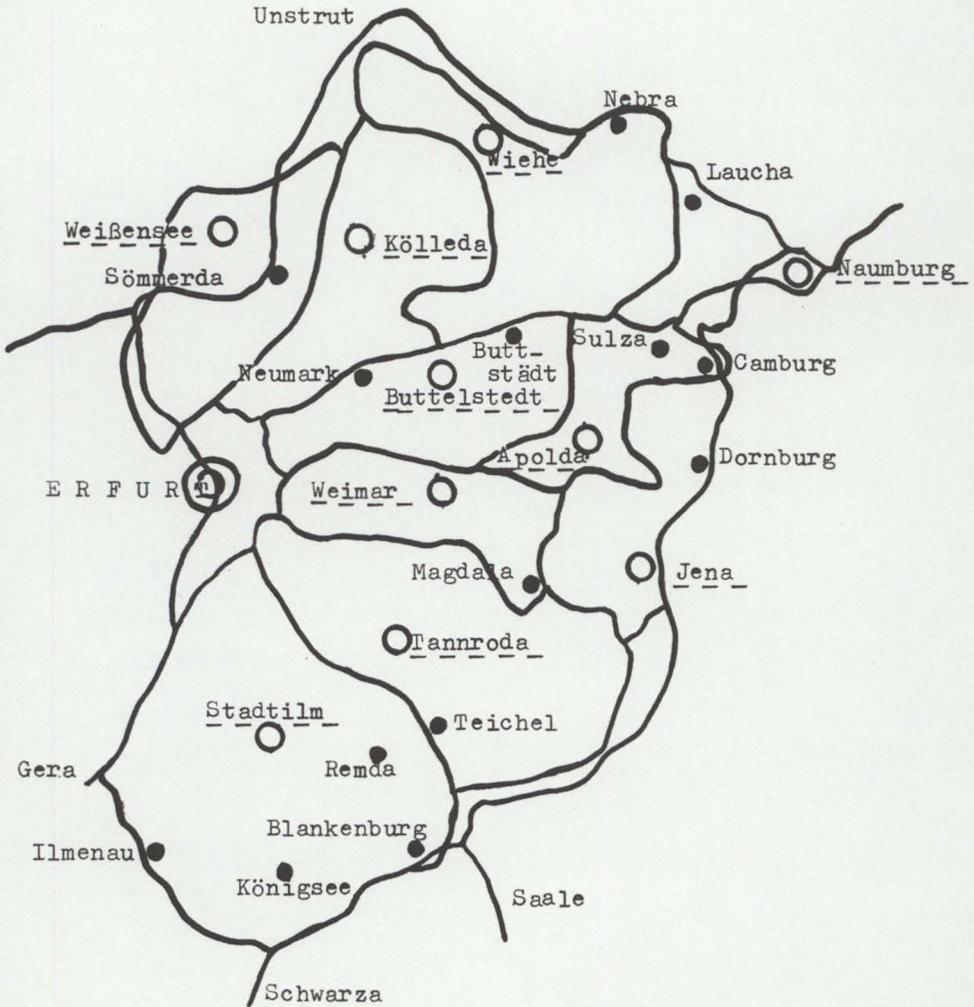
Ausdehnung: West - Ost ca. 50 km
Nord - Süd ca. 25 km

des Augustinereremitenkonvents Erfurt



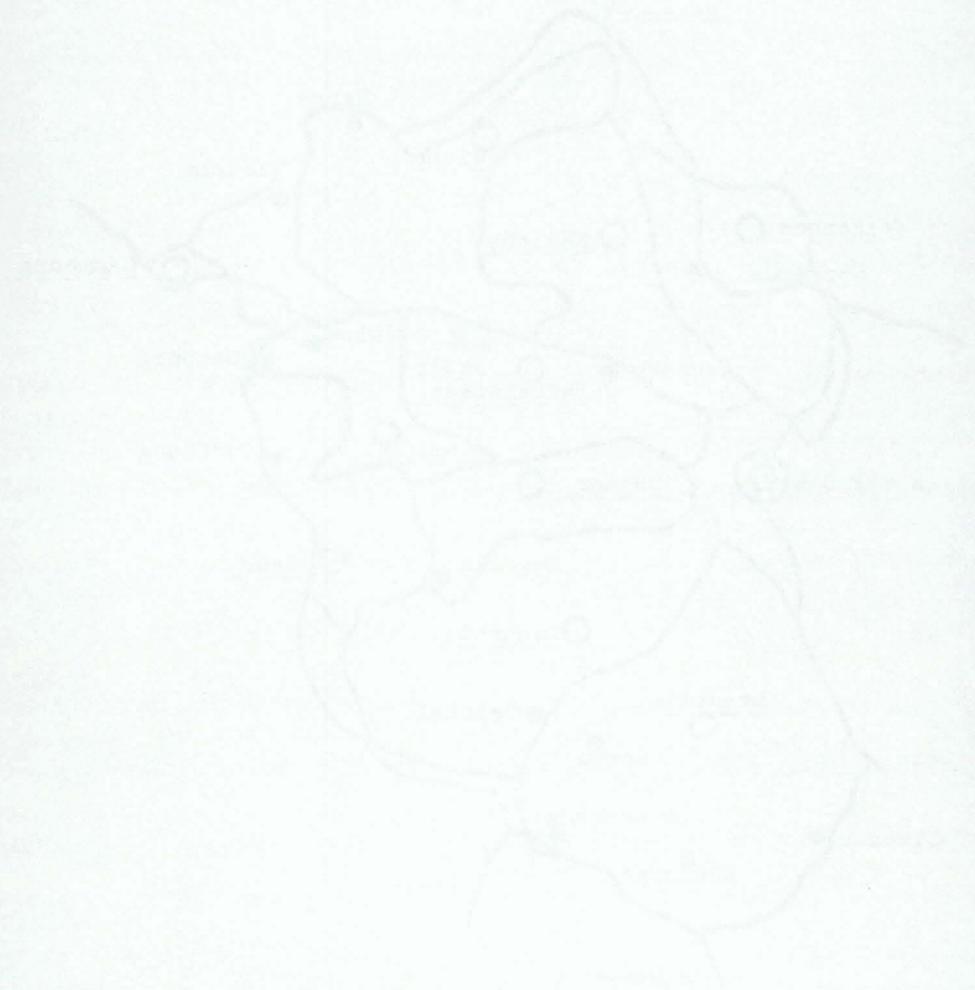
Ausdehnung: West - Ost ca. 55 km
Nord - Süd ca. 55 km

Abb. 9 Territoriale Ausdehnung der 10 Termineien des Erfurter Augustinereremitenkonvents um die Mitte des 15. Jh.



- Orte, in denen sich die Terminhäuser befanden
- weitere Städte, in denen die Terminarier des Erfurter Augustinereremitenkonvents wirksam waren

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS
50 EAST LEXINGTON AVENUE
NEW YORK, N.Y. 10017



Copyright © 1998 by The University of Chicago Press
All rights reserved. Printed in the United States of America
This book is printed on acid-free paper

Kleinstädte in Hessen, 1500-1800
Ein Überblick über ihre Entwicklung¹
von Holger Th. Gräf

- Heinz Schilling zum 23. Mai 1992 -

I

Es ist kompliziert aber gleichwohl notwendig zu bestimmen, was allgemein unter 'Stadt' und besonders unter 'Kleinstadt' im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa überhaupt zu verstehen ist. Die klassische, demographische Definition von Stadt als einer Siedlung von mehr als 2.000 Einwohnern, wie sie Werner Sombart vornahm, ist hier wenig hilfreich, da die meisten Städte in Alteuropa unter diesem Schwellenwert lagen.² Obwohl das griffige Bild Postans von der Stadt als einer nicht-feudalen Insel im Meer des Feudalismus in den letzten Jahren in der Stadtgeschichtsforschung teilweise zurückgenommen worden ist, scheint es für unsere Zwecke sinnvoll, an der rechtlichen Definition der Stadt als Bürgergemeinde festzuhalten.³

Bleibt noch das Problem, Kleinstädte von anderen städtischen Siedlungen definitorisch abzusetzen. Gewöhnlich arbeitet die Stadtgeschichte hier mit Grenzwerten der Bevölkerungszahl. Der englische Stadthistoriker Peter Clark, der in den letzten Jahren die Kleinstädte verstärkt ins Forschungsinteresse rückte, schlug für englische Kleinstädte im 17. und 18. Jahrhundert eine Bevölkerungszahl von 400-2.500 vor.⁴ Diese Gruppe umfaßte etwa 800 Städte und stellte die unterste Schicht des englischen, dreistufigen Städtesystems dar, gefolgt von etwa 200 Mittelstädten und sieben oder acht Großstädten einschließlich Londons.

Die vorliegende Untersuchung bezieht sich dagegen auf die Größenkategorien, die Hektor Ammann für das späte Mittelalter vorschlug (vgl. die Graphik am Ende des Textes!). Diese Kategorien sind für unsere Zwecke besonders geeignet, da sie Kleinstädte in vier Untergruppen unterteilen: in Zwergstädte von unter 200 Einwohnern (Kategorie VI), kleine Kleinstädte mit 200 bis 500 Einwohnern (Kategorie V), mittlere mit 500 bis 1.000 (Kategorie IV) und ansehnliche Kleinstädte mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern (Kategorie III). Die Kategorie II umfaßt

-
- 1 Es handelt sich bei dem vorliegenden Aufsatz um die erweiterte und überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich am 2. Juli 1990 im Rahmen der internationalen Konferenz über "European Small Towns in the Early Modern Period" an der Universität Leicester, England gehalten habe.
 - 2 W. Sombart, Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 25 (1907), S. 3.
 - 3 M.M. Postan, The Medieval Economy and Society, Berkeley 21975, S. 212.
 - 4 P.A. Clark, Demographic Change in English Small Towns from the Seventeenth to the Early Nineteenth Century, nicht veröffentlichtes Vortragsmanuskript, gehalten auf dem Kongress "Les petites villes en Europe Occidentale du XIIIe au XIXe siècle", Lille 29.-31. Jan. 1987, S. 3 (zitiert mit Erlaubnis des Verfassers); P.A. Clark and P. Slack (Hgg.), Crisis and Order in English Towns, 1500-1700, London 1972, S. 4.

Mittelstädte mit 2.000 bis 10.000 Einwohnern und die Kategorie I schließlich die Großstädte mit mehr als 10.000 Einwohnern.⁵

Während des Mittelalters und der Frühneuzeit spielten die Kleinstädte eine zentrale Rolle im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gefüge Deutschlands.⁶ Sie stellen einen geradezu typischen Vertreter städtischer Kommunen dar. Denn von den insgesamt 3.000-4.000 Städten im Heiligen Römischen Reich gegen Ende des 15. Jahrhunderts hatten 94,5% weniger als 2.000 Einwohner.⁷

Es fällt allerdings schwer, den Anteil der Stadt- bzw. Kleinstadtbewohner an der Gesamtbevölkerung zu bestimmen, zumindest für das Reich insgesamt. Lediglich für das Ende des 15. Jahrhunderts liegen einige Schätzungen vor.⁸ Fast zwei Drittel der städtischen Bevölkerung lebten zu diesem Zeitpunkt in Kleinstädten. Geht man davon aus, daß etwa 20% der damaligen Bevölkerung in Städten lebte, so waren es also um 1500 14% der Gesamtbevölkerung, die in Kleinstädten lebten. Auf der anderen Seite berechnete Jan de Vries einen Anteil von 3,2% der Gesamtbevölkerung, der in Großstädten mit mehr als 10.000 Einwohnern lebte.⁹ Aus diesen vorgegebenen Daten können wir schließen, daß von der etwa 12.0 Millionen zählenden Gesamtbevölkerung des Reiches um 1500 14% in Klein-, 2,8 - 3% in Mittel-, und 3,0 - 3,2% in Großstädten lebten.

Dieser Anteil von rund 20% Stadtbevölkerung um 1500 stieg auf 25 - 30% im Jahre 1600.¹⁰ Offensichtlich profitierten die Mittelstädte am meisten von dieser Bevölkerungszunahme. Dieser Anteil von 25-30% wurde am Ende Alteuropas, also um 1800, wieder erreicht, nachdem der gewaltige Einbruch der Krise des 17. Jahrhunderts und des Dreißigjährigen Krieges wieder ausgeglichen war.¹¹

Diese Zahlen sind von nur sehr begrenzter Aussagekraft, denn Städtezahl, Städtedichte und Städtegröße differierten regional stark. Gebiete mit einem hohen Urbanisierungsgrad finden sich entlang des Rheines und der Donau, in den fruchtbaren Becken- und Bördelandschaften im bzw. am Rand des Mittelgebirgsgürtels. Eine geringere Anzahl kleinerer Städte liegt in den Mittelgebirgszonen, hier in Höhen über 300 NN wie etwa im Schwarzwald, dem Spessart oder dem Bayerischen Wald. Einige Territorialherren gründeten jedoch in der Mittelgebirgszone Städte

5 H. Ammann, Wie groß war die mittelalterliche Stadt?, in: C. Haase (Hg.), Die Stadt des Mittelalters, Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 408-415, hier S. 410.

6 E. Keyser (Hg.), Hessisches Städtebuch, (= Deutsches Städtebuch, Bd. IV, 1), Stuttgart 1957, S. 35.

7 H. Ammann, Stadt, hier S. 408; - H. Stooß geht von einer Gesamtzahl von rund 5.000 Städte um 1450 aus, H. Stooß, Stadtformen und städtisches Leben im späten Mittelalter, in: ders. (Hg.), Die Stadt, Köln/Wien 1979, S. 158-194, hier S. 194; vgl. auch E. Isenmann, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250-1500, Stuttgart 1988, S. 29-32.

8 Isenmann, Stadt, S. 31.

9 J. de Vries, European Urbanization 1500-1800, London 1984, S. 39.

10 Vgl. K.-O. Bull, Die württembergischen Steuerlisten von 1544/45 und ihre Bedeutung für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, Köln 1979, S. 103; F. Koerner, Die Bevölkerungszahl und -dichte in Mitteleuropa zum Beginn der Neuzeit, in: Forschungen und Fortschritte 33 (1959), S. 325-331.

11 K. Gerteis, Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit, Darmstadt 1986, S. 59.

aus politischen und militärischen Überlegungen heraus. Diese Städte waren meist durch das Fehlen jeglicher demographischer und wirtschaftlicher Dynamik gekennzeichnet. Eine Ausnahme stellten die sogenannten "Bergstädte" dar, dabei handelte es sich um spätmittelalterliche bzw. frühneuzeitliche Minenstädte, wie zum Beispiel im Harz oder in Obersachsen.¹²

Das Erscheinungsbild der Kleinstädte und deren Grundriß hatte ein großes Spektrum. Die meisten befanden sich in engster Nachbarschaft zu einer Burg und waren von einer Stadtmauer umgeben. Allerdings stehen dem einerseits eine beträchtliche Anzahl ummauerter Dörfer und andererseits einige Kleinstädte ohne Befestigung gegenüber, so daß die Befestigung nur eine eingeschränkte Hilfe bieten kann, um ländliche von städtischen Siedlungen zu unterscheiden.¹³ Eine Reiseskizze des Engländers Fynes Moryson illustriert die Ärmlichkeit der in den hessischen Kleinstädten anzutreffenden Zustände, die den meisten deutschen Kleinstädten im 16. Jahrhundert gemein war: "The houses were of timber and clay each one for the most part having a dunghill at the doore, more like a poore village, then a city; but such are the buildings in the cities in Hessen."¹⁴

Obwohl gewisse Generalisierungen möglich sind, würden bald schwerwiegende Probleme auftauchen, wollte man von den deutschen Kleinstädten insgesamt sprechen. Es ist daher notwendig, seinen Blick auf eine Auswahl zu beschränken. Drei Gründe sprechen für dieses Vorgehen.

Erstens muß von einer sehr weitreichenden historisch-morphologischen Heterogenität der verschiedenen Regionen des Deutschen Reiches ausgegangen werden. Bereits aufgrund der römischen Besetzung der Landschaften entlang des Rheines und der Donau hatte Südwest- und Westdeutschland bezüglich der Christianisierung und der Ausbildung eines Städtensetzes im Vergleich zu Norddeutschland und den ostelbischen Gebieten einen Entwicklungsvorsprung von rund einem Jahrtausend.¹⁵ Die langfristig wirksamen Strukturen müßten auch in bezug auf die Kleinstädte berücksichtigt werden. Daher macht es wenig Sinn, einzelne Kleinstädte verschiedener weitauseinanderliegender Regionen unter einer Fragestellung zusammenzufassen, da sie sich in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht viel zu stark unterschieden.¹⁶

12 H. Dennert, Kleine Chronik der Oberharzer Bergstädte, Clausthal 1954; H. Stoob, Frühneuzeitliche Städtetypen, in: ders., Stadt, S. 195-228, hier S. 204-207.

13 Vgl. W. Gerlach, Über den Marktflecken- und Stadtbegriff im späteren Mittelalter und in neuerer Zeit, in: Festgabe für G. Seeliger zum 60. Geburtstag, Leipzig 1920, S. 141-159, hier bes. S. 143 und 150 f.

14 F. Moryson, An Itinary, Containing his Ten Yeeres Travell ..., 4 Bde., Glasgow 1907/8, hier Bd. I, S. 72.

15 Dazu P. Moraw, Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250-1490, (= Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 3), Berlin ²1989, S. 24 ff.

16 Für den 'ostelbischen Typ' der Kleinstadt, charakterisiert durch kleine Handwerksbetriebe und Landwirtschaft, lediglich lokalen Marktfunktionen sowie fehlender politischer Unabhängigkeit und Identität vgl.: R. Barthel, Strausberg (in Brandenburg), Berlin 1985. Der 'westdeutsche Typ' ist beschrieben bei H. Weizmann, Wertheim und Miltenberg. Die Parallelen und divergierenden Entwicklungsphasen zweier Kleinstädte, Wertheim 1979. - Vgl. auch M. Terao, Rural Small Towns and Market Towns of Sachsen, Central Germany, at the Beginning of the Modern Age, in: Keio Economic Studies 2 (1964), S. 51-89. - Vgl. zuletzt P. Blicke (Hg.), Landgemeinde

Zweitens ist die Zahl der Kleinstädte im Reich insgesamt viel zu hoch und ein theoretisch konstruiertes Städtennetz viel zu groß, als daß man es in einem einzelnen Aufsatz abhandeln könnte.

Drittens fehlt es schließlich an flächendeckenden, fachwissenschaftlichen Untersuchungen zu Kleinstädten, und die aufgearbeiteten Daten zu Bevölkerungsgröße, Wirtschaft etc. der Kleinstädte sind gegenwärtig noch zu unvollständig, um einen solchen Versuch zu wagen.¹⁷

Daher erscheint es ratsam, sich vorläufig auf eine bestimmte Region zu beschränken. In der vorliegenden Untersuchung wird das Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen untersucht, das sich bezüglich des Phänomens "Kleinstadt" besonders empfiehlt, weil es einerseits zwischen den großen Städtelandschaften des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Deutschland lag, die da waren die großen und bedeutenden Reichsstädte in Oberdeutschland, die Hansestädte im Norden, die alten Cathedralstädte entlang des Rheines und die großen obersächsischen Städte. Andererseits resultierte die Zersplitterung in eine ganze Reihe von Territorialstaaten über die gesamte Frühneuzeit hin in einem bunten, vielfältigen Nebeneinander von Kleinstädten auf relativ engem Raum.¹⁸ Daher kann Hessen, zumindest die nördlich des Maines gelegenen Gebiete, als eine besondere, durch Kleinstädte charakterisierte Städtelandschaft gelten.¹⁹ Die Untersuchung geht in vier Schritten vor. Erstens wird die geographische Verteilung der Kleinstädte, ihre Einbindung in das städtische und wirtschaftliche Netzwerk sowie ihre allgemeine Entwicklung bis zum Ende des 16. Jahrhunderts beschrieben. Zweitens wird der

und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich, München 1991, hier besonders den Beitrag von O. Mörke, Die städtische Gemeinde im mittleren Deutschland (1300-1800), S. 289-308.

- 17 Handbuchinformationen stellt zur Verfügung: E. Keyser (Hg.), Deutsches Städtebuch, 11 Bde., Stuttgart 1939-1974. - Die ehemalige Tendenz in der deutschen Stadtgeschichtsforschung, sich auf das Mittelalter und das 16. Jahrhundert zu beschränken, hat sich, zumindest in bezug auf die größeren Städte, in den letzten Jahren gewandelt. Im Falle der Kleinstädte hat dies aber immer noch einige Gültigkeit. Allerdings liegen mittlerweile vereinzelte Untersuchungen zu diesem Feld der Stadtgeschichte vor, besonders auch von DDR-Historikern: K. Fritze, Charakter und Funktionen der Kleinstädte im Mittelalter, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 13 (1986), S. 7-23; H. Böcker, Überlegungen zur demographischen Funktion vorpommerischer Kleinstädte im 13./14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 15 (1988), S. 45-55; K. Vetter, Die sozialen Verhältnisse in brandenburgischen Mediatstädten im 17./18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 1061-1067; G. Wölfling, Die Beziehungen der Kleinstädte des oberen Werratales zu ihrer ländlichen Umgebung vom 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: W. Mägdefrau (Hg.), Europäische Stadtgeschichte im Mittelalter und früher Neuzeit, Weimar 1979, S. 259-285. Zum ostelbischen Typ vgl. auch Th. Lewerenz, Die Größenentwicklung der Kleinstädte in Ost- und Westpreußen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Marburg 1976. - Im Gefolge der grundlegenden Untersuchung von H.H. Blotvogel, Zentrale Orte und Raumbeziehung in Westfalen vor der Industrialisierung 1780-1850, Münster 1975 sind einige Untersuchungen von historischen Geographen durchgeführt worden, die mit der Zentralitätstheorie Christallers arbeiten; etwa N. Toporowsky, Zentrale Orte und zentralörtliche Beziehungen in der Nordeifel und in ihrem Bördenvorland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Köln 1982. - Allerdings beschränken sich diese Arbeiten leider auf das Ende des 18. und das 19. Jahrhundert, was in der Regel unter anderem auf die schlechte Quellsituation für die früheren Jahrhunderte zurückzuführen ist.
- 18 Zur territorialen Entwicklung Hessens siehe die Überblicke bei V. Press, Hessen im Zeitalter der Landesteilung (1567-1655), in: W. Heinemeyer (Hg.), Das Werden Hessens, Marburg 1986, S. 225-266 und F. Wolff, Grafen und Herren in Hessen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, ebd., S. 267-332.
- 19 H.W. Struck, Die Entwicklung der Städte, in: Keyser, Hessisches Städtebuch, S. 31-48, hier S. 31; P. Moraw, Das späte Mittelalter, in: Heinemeyer, Werden, S. 195-223, hier S. 199-200; H. Stoob, Die hochmittelalterliche Städtebildung im Okzident, in: ders., Stadt, S. 146.

Umsturz bzw. die Umschichtung des Städtesystems durch die Krise des 17. Jahrhunderts untersucht.²⁰ Drittens wird die Reorganisation des Städtesystems und die Erholung bzw. der Wiederaufbau einzelner Städte unter neuen Rahmenbedingungen geschildert, die durch das Vorwalten des Territorialstaates als entscheidender Kraft gekennzeichnet waren. Viertens wird schließlich der Versuch unternommen, allgemeine Charakteristika der deutschen Kleinstädte kurz zu skizzieren, um einige strukturelle Unterschiede im Vergleich zu anderen, besonders westeuropäischen, Staaten im Übergang Alteuropas zum industriellen Zeitalter herauszustreichen.

II

Der Zusammenhang zwischen der geographischen Lage der Kleinstädte in Hessen sowie den geographischen und infrastrukturellen Gegebenheiten ist offensichtlich.²¹ Entsprechend des allgemeinen Befundes liegen die ansehnlicheren Kleinstädte an der westlichen Abdachung des Odenwaldes und in der Rhein-Main-Ebene selbst, weiter im Norden im fruchtbaren Becken der Wetterau und in nordöstlicher Richtung im Kinzigtal entlang der alten, bedeutenden Handelsstraße zwischen Frankfurt und Leipzig. Eine weitere Kette zieht sich entlang der Lahn, die teilweise von Lastkähnen befahren wurde.²² Zwei weitere Konzentrationen sind in den fruchtbaren Landstrichen der Schwalm und um Kassel zu finden.

Weniger Städte, und solche von nur geringer Bedeutung liegen in den Mittelgebirgslagen von Vogelsberg, Taunus, Westerwald, im Waldecker Bergland sowie entlang des östlichen Randes Hessens zum Thüringer Wald und der Rhön hin.

Im Gebiet des heutigen Hessen verteilten sich in der Frühneuzeit insgesamt 138 Städte²³, von denen die meisten während des Mittelalters die Stadtrechte erhalten hatten (vgl. Karte). Allerdings erhielten zehn erst im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts die Stadtrechte, meist in Zusammenhang mit der Ansiedlung von niederländischen und französischen Exulanten oder

20 Die ersten Krisensymptome -Stadtunruhen, Juden- und Hexenverfolgungen - wurden in den 1590-er Jahren spürbar, als die deutschen Städte von einer Welle wirtschaftlicher und demographischer Probleme erfaßt wurden. - Vgl. dazu H. Schilling, *The European Crisis of the 1590s: The Situation in German Towns*, in: P.A. Clark (Hg.), *The Crisis of the 1590s*, London 1985, S. 135-156. Einen Forschungsüberblick zur Krise des 17. Jahrhunderts gibt H.G. Koenigsberger, *Die Krise des 17. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 9 (1982), S. 143-165.

21 Vgl. A. Kulhavy-Bares, *Die oberhessischen Städte. Ihre Entwicklung aus der geschichtlichen und geographischen Lage*, Darmstadt 1949; zu den geographischen Grundlagen vgl. A. Pletsch, *Das Werden Hessens - Eine geographische Einführung*, in: Heinemeyer, *Werden*, S. 341.

22 M. Eckoldt, *Die Geschichte der Lahn als Wasserstraße*, in: *Nassauische Annalen* 90 (1979), S. 98-123.

23 Die Zahl entspricht den in Keyser's Städtebuch aufgeführten Städten. Der jüngere und detailliertere "Geschichtlicher Atlas von Hessen", hgg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Marburg 1960, 1974, 1984, führt einige Städte mehr auf. Da jedoch das Städtebuch zumindest grundlegende Daten zu den einzelnen Städten liefert, beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf diese Auswahl.

Waldensern²⁴. Nur 15 dieser Städte hatten mehr als 2.000 Einwohner während des 16. Jahrhunderts, einschließlich der größten Stadt (Kategorie I), Frankfurt, mit annähernd 20.000 Einwohnern am Ende des 16. Jahrhunderts. Zu dieser Gruppe der Mittelstädte (Kategorie II) zählten etwa Kassel, Homberg, Gießen, Alsfeld, Wetzlar und Darmstadt.²⁵ Die größte Gruppe städtischer Siedlungen umfaßte die mittleren und ansehnlichen Kleinstädte mit 500 - 1.000 bzw. 1.000 - 2.000 Einwohnern (Kategorien III und IV).

Alle diese Städte hatten eine gewisse Bedeutung als lokale Marktzentren, als Produktionsstätten für Textilien und/oder als Relaisstationen entlang der wichtigen Fernhandelsstraßen, die die bedeutenden Messestädte Köln, Frankfurt, Leipzig, Nürnberg und die norddeutschen Hansestädte verbanden.²⁶

Gerade weil diese Städte für uns Heutige von ihrer Größe und Bevölkerung auf den ersten Blick marginal erscheinen, muß man ihre Bedeutung für die nichtagrarische Wirtschaft und den Handel betonen.²⁷ Unabhängig von ihren zuweilen nur dörflichen Ausmaßen spielten selbst einige Klein- und Zwergstädte (Kategorien V und VI) eine wichtige Rolle in der Vermarktung von Produkten, die über den gesamten Kontinent verhandelt wurden. Ab dem 16. Jahrhundert haben sie ihr Hinterland teilweise sogar mit Überseeprodukten versorgt. So waren zum Beispiel ostindische Gewürze und Spezereien Ende des 16. Jahrhunderts in Trendelburg erhältlich, einer Kleinstadt mit kaum mehr als 500 Einwohnern im Jahre 1585.²⁸ In der Mehrzahl erfüllten die beiden untersten Kategorien von kleinen Städten aber nur administrative oder militärische Funktionen. Sie waren an landesherrliche Burgen angeschlossen und wurden gewissermaßen als 'Konkurrenzunternehmen' zu eng benachbarten Kleinstädten anderer Territorialfürsten gesehen. Beispiele sind etwa Soden, Hünfeld und Herbstein, die zur Reichsabtei Fulda gehörten, oder die Kleinstädte im Ohmtal in den Territorien des Kurfürsten von Mainz bzw. des Landgrafen von

24 Zum Beispiel Dreieichenhain (1718), Friedrichsdorf (1686), Karlshafen (1699), Kelsterbach (1699) und Offenbach.

25 Die Bevölkerungszahlen stammen alle aus Keyser's Städtebuch bzw. sind aus dort angegebenen Häuser-, Bürger- und Haushaltszahlen errechnet. Bevölkerungszahlen sind zum Beispiel: Kassel 4.500 (1472), 5.300 (1585), 6.329 (1626), 12.289 (1723) und 17.625 (1795); Wetzlar 1.600 (1567), 2.800 (1617), 1.259 (1648), 3.000 (1695) und 5.000 (1800); Alsfeld 2.800 (1579), 1.120 (1648), 2.531 (1777) und 3.289 (1818).

26 Allgemein zur Bedeutung der Kleinstädte in Hessen L. Zimmermann, *Der hessische Territorialstaat im Jahrhundert der Reformation*, (= *Der Ökonomische Staat Landgraf Wilhelms IV.*; Bd. 1), Marburg 1933, S. 164-167; Zum Verkehrsnetz W. Görlich, *Hessische Altstraßen*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 14 (1964), S. 328-344; vgl. auch die Karte "Geleitstrassen in der Wetterau, 1530", in: *Hessen im Bild alter Landkarten*, Ausstellung der hessischen Staatsarchive 1988, Marburg 1988, S. 41.

27 Ammann, *Stadt*, S. 414 f. und ders., *Der hessische Raum in der mittelalterlichen Geschichte*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 8 (1958), S. 36-70, hier besonders S. 45 ff.

28 K. Krüger, *Die deutsche Stadt im 16. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 2 (1975), S. 31-47, hier S. 34; Zimmermann, *Ökonomischer Staat*, hier Bd. II, S. 93. - Zur Einbindung kleiner Städte und selbst Dörfer in den internationalen Handel vgl. J. Strieder, *Die Frachtfuhrleute von Frammersbach in Antwerpen*, in: *Festgabe für G. Seeliger*, Leipzig 1920, S. 160-7; zum Vergleich H. Ammann, *Die schweizerische Kleinstadt in der mittelalterlichen Wirtschaft*, in: *Festschrift für Walther Merz*, Aargau 1928, S. 158-215.

Hessen. Sobald das militär-politische Interesse der Fürsten an ihnen nachließ, verzeichnete ihre Entwicklung Stagnation oder gar rückläufige Tendenzen.²⁹

Der Niedergang wurde durch eine weitreichende Verschiebung der wirtschaftlichen Initiative von den Städten zu den Territorialstaaten verstärkt, - ein Trend, der sich in der zweiten Hälfte der Frühneuzeit verfestigte.³⁰

Schätzungen zum Prozentsatz der Stadt- bzw. Kleinstadtbevölkerung an der hessischen Gesamteinwohnerschaft können nur sehr vage und vorläufig sein. Indessen kann man von einer hessischen Gesamtbevölkerung von etwa 400.000 um 1580 ausgehen.³¹ Davon lebten ca. 16.000 also 4,0% in Frankfurt.³² In den Mittelstädten lebten 9,8% und in Kleinstädten 19,0% der Bevölkerung. Das wäre also rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Dennoch scheint Hessen von dem generellen Bild, das weiter oben gegeben wurde, etwas abzuweichen. Wegen der großen Anzahl von Mittelstädten und besonders von Kleinstädten liegt der Anteil der Stadtbewohner etwas höher als im deutschen Vergleich. Dies änderte sich bezeichnenderweise bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes. Um 1800 lebten etwa 1,2 Mio. Menschen in Hessen, von denen 70.000 (5,8%) in den drei Großstädten Frankfurt, Kassel und Hanau wohnten. 152.000 oder 12,6% lebten in 41 Mittelstädten und 104.000 also nur 8,7% in den verbleibenden 94 Kleinstädten. Dies wäre ein Gesamtanteil an der hessischen Bevölkerung von 27,1%. Der Anteil der Stadtbevölkerung fiel somit um 4,9% zwischen dem Ende des 16. Jahrhunderts und 1800. Dies stimmt insofern, als die ländliche Bevölkerung besonders während des 18. Jahrhunderts rasch wuchs, ohne daß der Überschuß von den Städten aufgesogen worden wäre.³³ Demgegenüber stagnierten viele Kleinstädte in peripheren Lagen oder waren noch damit beschäftigt, die schweren Verluste des 17. Jahrhunderts auszugleichen. Die oben genannten Zahlen legen aber auch eindeutig dar, daß das überbesetzte Städtenetz des Spätmittelalters und des 16. Jahrhunderts durch die Krise des 17. Jahrhunderts regelrecht aufgebrochen wurde. Da der Bevölkerungsanteil, der in Groß- bzw. Mittelstädten lebte, um 1,8% bzw. 3,6% zunahm, wäre es irreführend, von einer De-Urbanisierung im Verlaufe der Frühneuzeit zu sprechen. Man hat sich vielmehr mit der Tatsache abzufinden, daß das Städtesystem der zweiten Frühneuzeithälfte weniger Städte benötigte als im Mittelalter und dem 16. Jahrhundert, da es unter anderen

29 W. Görich, *Straße, Burg und Stadt in Oberhessen*, in: *Hessenland* 49 (1938), S.145-150.

30 Der Einfluß der Wirtschaftspolitik der absolutistischen Herrscher ist Gegenstand von V. Press (Hg.), *Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa*, (= *Städteforschung* A/14), Köln/Wien 1983, vgl. besonders die Einleitung des Herausgebers "Der Merkantilismus und die Städte", S. 1-14 und Abschnitt IV dieses Aufsatzes.

31 Bei einem solchen Versuch wird man mit einer äußerst diffizilen Quellenlage konfrontiert. Falls überhaupt Bevölkerungszahlen vorliegen, sind diese stets auf ein einzelnes Territorium beschränkt. Einige Angaben zu Bevölkerungsgrößen gibt K.E. Demandt, *Geschichte des Landes Hessen*, Kassel und Basel 1972, S. 240, 288, 415, 505 und 532.

32 H. Mauersberg, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit*, Göttingen 1960, S. 50 f.

33 Zur ländlichen Bevölkerungsentwicklung vgl. H. Th. Gräf, *Die Bevölkerungsentwicklung von Niederrodenbach zwischen 1600 und 1763. Ein Beitrag zur dörflichen Demographie im Ancien Régime*, in: *Mitteilungen des Rodenbacher Geschichtsvereins* 7 (1991), S. 3-33, hier besonders S. 25 ff.

Rahmenbedingungen existierte und es zu einer anderen räumlichen Ordnung durch die Territorialstaaten kam.

Die hessische Stadtgeschichte des 16. Jahrhunderts ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Unter demographischen Gesichtspunkten läßt sich ein kräftiges Bevölkerungswachstum feststellen; unter politisch-gesellschaftlichen Aspekten kommt der Reformation eine besondere Bedeutung zu.

Die Bevölkerung des Alten Reiches wuchs während des 16. Jahrhunderts von 12,0 auf 16,0 Mio.³⁴ Es spricht nichts dagegen, auch für Hessen von einer solchen Wachstumsrate auszugehen. Die Städte profitierten von dieser Bevölkerungsentwicklung besonders. Frankfurt verdoppelte seine Einwohnerschaft von 10.000 im Jahre 1520 auf 20.000 im Jahre 1605.³⁵ Obwohl sich in bezug auf die Kleinstädte kein einheitliches Bild abzeichnet, kann man sagen, daß die demographische Entwicklung des 16. Jahrhunderts einen Prozeß des selektiven Wachstums der Kleinstädte einleitete, der sich, anders gelagert, in der zweiten Hälfte des 17. und während des 18. Jahrhunderts fortsetzen sollte.³⁶

Gießen wurde 1502 unter anderem von 273 Bürgern bewohnt. 1608 waren es dann 591. Die Bevölkerung anderer Mittel- und Kleinstädte scheint auf einem bedeutend niedrigeren Niveau gewachsen zu sein. Jedoch ist hier zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungszahlen für die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht sehr zuverlässig sind. In der Kleinstadt Haiger wurden 1447 98 und 1564 134 Häuser gezählt, während die Bevölkerung Herborns scheinbar stagnierte: 1538 registrierte man hier 285 und 1606 286 Häuser. Butzbach verzeichnete sogar einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung von 2.110 Einwohnern 1497 auf 1.685 im Jahre 1574. Auf der anderen Seite verdoppelte sich die Einwohnerschaft von (Bad) Nauheim innerhalb von 40 Jahren zwischen 1580 und 1620 von 500 auf 1.000, nachdem der Salinenbetrieb ab 1586 wiederbelebt wurde. In (Bad) Schwalbach hat sich die Bevölkerung ebenfalls verdoppelt; allerdings über einen längeren Zeitraum. 250 Menschen lebten hier 1495 und 500 im Jahre 1587. In Wetter stieg die Bevölkerung von 700 (1502) auf 1.100 (1592).

Zweifellos - "the German Reformation was an urban event", wie es der englische Historiker Dickens auf den Nenner brachte.³⁷ Dennoch hat sich die Reformationshistoriographie vorrangig auf die großen städtischen Gemeinden beschränkt und den reformatorischen Bewegungen in Kleinstädten kaum Beachtung geschenkt.³⁸ Jedoch ist auch für diese die Bedeutung der Reformation kaum zu unterschätzen. Wobei allerdings von vornherein klargestellt werden muß, daß die Kleinstädte im Gegensatz zu den größeren Reichsstädten nicht direkt durch die

34 de Vries, Urbanization, S. 36.

35 Die folgenden Zahlen alle aus Keyser, Hessisches Städtebuch.

36 K.A. Eckhardt, Politische Geschichte der Landschaft an der Werra und der Stadt Witzenhausen, Marburg 2. Aufl. 1928, besonders S. 102-109.

37 A.G. Dickens, The German Nation and Martin Luther, London 1974, S. 182.

38 Vgl. B. Moeller, Reichsstadt und Reformation, Berlin ²1987 mit einer ausführlichen Diskussion zur Forschung seit der Ersterscheinung dieses Buches 1962.

Säkularisationen der Reformationszeit profitieren, sondern indirekt über die Landesherrschaft, da sie in der Regel einem Territorialfürsten untertan waren.

Der säkularisierte Kirchenbesitz wurde zunächst von den Territorialstaaten eingezogen; im Falle der Landgrafschaft Hessen bereits 1527, in den anderen protestantischen Territorien Hessens entsprechend später.³⁹ Neben den Kirchengebäuden waren dies vor allem die zahlreichen Klöster, der kirchliche Grundbesitz in der städtischen Gemarkung, die Hospitäler und nicht zuletzt die Einkünfte von den verschiedenen Stiftungen und Altären. Dadurch stieg der landesherrliche Einfluß in den einzelnen Städten.

Beispielsweise existierten in Grünberg vor der Reformation vier Klöster, die zu den eindruckvollsten Gebäuden der Stadt gehörten.⁴⁰ Die Verwaltung dieser Klöster wurde nun dem landgräflichen Rentmeister in Grünberg übertragen, der zum Kloostervogt ernannt wurde. Einerseits wurden die kirchlichen Einkünfte dazu benutzt, Abfindungen an die Nonnen und Mönche zu zahlen. Andererseits wurden davon die Ausgaben für die Hospitäler, Schulen und die neugegründete Universität in Marburg sowie die Besoldung der protestantischen Prediger bestritten.⁴¹ In den Jahrzehnten nach der Reformation wurden Teile des säkularisierten Kirchenbesitzes auch an Privatpersonen verkauft. Im Moment läßt sich allerdings nicht abschätzen, welchen Einfluß diese Verkäufe auf die Besitzstruktur der Stadt nahmen. Fest steht, daß sowohl reiche Stadtbürger als auch landesherrliche Beamte, adlige wie bürgerliche, säkularisierten Kirchenbesitz erwarben.⁴²

Gelegentlich scheint es zwischen Bürgern und landesherrlicher Verwaltung allerdings auch zu Auseinandersetzungen um das Pfarrland gekommen zu sein. In Gudensberg übernahm die Landesherrschaft beispielsweise insgesamt 159 Gärten und gut 22 Hektar Ackerland von der Kirche und verpachtete diese weiterhin an die Stadtbewohner. Den Pachtzins zog der protestantische Pfarrer gewissermaßen als landesherrlicher Beamter ein. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurden von den Pächtern mehrfach Versuche unternommen, das Land in ihren freien Besitz zu überführen. Die für die gemeindliche Identität des Reformationsjahrhunderts außerordentlich interessante Argumentation muß hier außer Acht bleiben. Das in diesem Zusammenhang wichtige Ergebnis ist indessen, daß der Landgraf durchsetzen konnte, daß einerseits alle Beschwerden und Konflikte, die dieses Pfarrland betrafen, den landesherrlichen Stellen vorgetragen werden mußten und andererseits das Verbot verhängte, diese Auseinandersetzungen in der Stadt- oder in der Kirchengemeinde auszutragen oder gar zu entscheiden.⁴³ Dem Landesherrn gelang es also, die Stadt im Laufe des Reformationsjahrhunderts stärker in

39 W. Heinemeyer, *Das Zeitalter der Reformation*, in: ders., *Werden*, S. 225-266, hier besonders S. 234-241 mit Verweisen zur älteren Literatur.

40 W. Küther, *Grünberg. Geschichte und Gesicht einer Stadt*, Giessen 1972, S. 238-243.

41 Küther, *Grünberg*, S. 242 f. und 277-82.

42 Der Rentmeister in Grünberg wurde 1528 vom Landgrafen mit dem ehemaligen Franziskaner-Kloster belehnt und einiges Kirchenland später offenbar an die Familie der Grafen Riedesel verkauft. - Küther, *Grünberg*, S. 241.

43 H. Brunner, *Gudensberg und die Grafschaft Maden*, Cassel 1922, S. 152-67, besonders S. 165.

den Territorialstaat einzubinden und seine Autorität auf städtische Angelegenheiten auszudehnen.⁴⁴ Zweifellos war dies ein für die ohnehin eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Kleinstädte nachteiliger Vorgang.

Andererseits brachte die von den meisten protestantischen Fürsten betriebene Bildungspolitik klare Gewinne für viele Kleinstädte und eine Hebung ihrer zentralörtlichen Bedeutung. Bis zur Reformation war das Schulwesen fast völlig durch die Kirche monopolisiert. Nur in einer zu vernachlässigenden, kleinen Gruppe von Städten existierten zunächst Schulen, die die Bürgergemeinde, also der Rat unterhielten. In Grünberg betrieb der Stadtrat zusammen mit der Kirche eine Schule, neben der Klosterschule der Antoniter.⁴⁵

In bezug auf die Kleinstädte ist es angemessen, von einer "Educational Revolution" im Verlauf des Reformationsjahrhunderts zu sprechen, wie dies Lawrence Stone für das Elisabethanische England getan hat.⁴⁶ In Dutzenden der Kleinstädte gründeten oder reformierten die Landesherrn jetzt Schulen - Elementarschulen, damals Deutsche Schulen genannt, genauso wie Lateinschulen.⁴⁷ Letztere waren für die Kleinterritorien besonders wichtig, weil hier die Schüler auf den Universitätsbesuch im deutschen oder europäischen Ausland vorbereitet wurden. Dies trifft auch für Büdingen (1601) und für Dillenburg (1538) zu.⁴⁸ Diese beiden Daten zeigen im übrigen, daß sich dieser Prozeß über lange Jahrzehnte hinzog. Noch im Jahre 1564 ordnete Landgraf Philipp an, daß die Einkünfte des letzten, in diesem Jahr verstorbenen Altaristen in Hungen für die Unterhaltung der neugegründeten Schule benutzt werden sollten. Der gleiche Fall trat bereits 1558 in Grünberg ein. Nach dem Tod des letzten dort ansässigen Altaristen wurden dessen Einkünfte auf landgräfliche Anweisung zur Anstellung eines zweiten Lehrers aufgewendet.⁴⁹

Neben den Elementar- und Lateinschulen wurden teilweise auch spezielle Mädchenschulen gegründet, besonders in den calvinistischen Nassauer Grafschaften wie etwa in Herborm (1589), Dillenburg (1540) und Weilburg (1614).⁵⁰ Darüber hinaus errichteten die Grafen von Hanau und Nassau in Hanau (1607) bzw. in Herborm (1584) sogenannte "Hohe Landesschulen". Es handelte sich dabei um Bildungsinstitutionen im Rang von Universitäten. Sie besaßen allerdings nicht das

44 Überblick bei Gerteis, Städte, S. 114-124.

45 Küther, Grünberg, S. 243 f.

46 L. Stone, The Educational Revolution in England 1560-1640, in: Past & Present 28 (1964), S. 41-80.

47 Zu diesem Feld demnächst Ch. Berg u.a. (Hgg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. I: 15. bis 17. Jahrhundert, München 1992.

48 Vgl. die Falluntersuchung von G. Menk, Territorialstaat und Schulwesen in der frühen Neuzeit. Eine Untersuchung zur religiösen Dynamik an den Grafschaften Nassau und Sayn, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 177-220; zu den Volksschulen bzw. Deutschen Schulen G. Schormann, Zweite Reformation und Bildungswesen am Beispiel der Elementarschulen, in: H. Schilling (Hg.), Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland - Das Problem der "Zweiten Reformation", Gütersloh 1985, S. 308-316; immer noch wichtig die Arbeit des hessischen Kirchenhistorikers H. Heppe, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, Gotha 1858-1860.

49 Küther, Grünberg, S. 244.

50 Menk, Territorialstaat, S. 189.

Recht, Doktorwürden zu verleihen.⁵¹ Beide Städte zählten zu dieser Zeit weniger als 2.000 Einwohner, und Herborn überschritt diese Schwelle nicht vor dem 19. Jahrhundert.

III

Das 17. Jahrhundert veränderte das Gesicht der Städte. Nur ganz wenige von ihnen waren in der Lage, ihr Bevölkerungsniveau zu halten. Besonders die Mittelstädte in der Wetterau und südlich des Maines wurden ausnehmend schwer in Mitleidenschaft gezogen. Zehn von diesen stiegen für Jahrzehnte zu Kleinstädten ab, die restlichen 91 der 119 Städte, für die zumindest Näherungsdaten vorliegen, zählten am Ende des Dreißigjährigen Krieges weniger oder nur knapp über 500 Einwohner. In ehemals ansehnlichen Kleinstädten, wie etwa Butzbach, reduzierte sich die Bevölkerung von ca. 1.800 im Jahre 1600 auf rund 500 im Jahre 1650. Friedberg zählte 1617 300 steuerzahlende Bürger; 1647 waren es nur noch 70. Die Bevölkerung von Bensheim fiel von ungefähr 3.000 Einwohner im Jahre 1618 auf 1.016 im Jahre 1666.

Diese Bevölkerungsverluste waren nicht das Ergebnis eines gleichmäßigen Rückganges; nicht alle Städte wurden gleichermaßen davon betroffen. Am Beispiel Ortenbergs läßt sich dies illustrieren. Zweimal (1607/8 und 1612/13) wurde diese Stadt bereits vor dem Krieg von der Pest heimgesucht; dadurch reduzierte sich die Zahl der Bürger von 110 (1600) auf 96 (1615).⁵² Allerdings erholte sich die Stadtbevölkerung äußerst rasch und, da die Kriegsläufe den Vogelsberg zunächst verschonten, wuchs ihre Zahl stetig und erreichte 1634 ihren Höchststand. Als jetzt die militärischen Aktionen schwedischer und katholischer Truppen in der Gegend zunahmen, wurde auch Ortenberg von Einquartierungen, Plünderungen, Hunger und Pest heimgesucht. 1635, als die Stadt von schutzsuchenden Dorfbewohnern aus ihrem Hinterland überfüllt war, brach die Pest aus, und im Laufe der nächsten Monate erlag die Hälfte der Einwohner dieser Seuche.⁵³ Das Kriegsende sah Ortenberg dann immer noch um die Hälfte seiner Bevölkerung reduziert und durch die Fülle der Kriegslasten hoch verschuldet.⁵⁴

Der Wiederaufbau verzögerte sich erheblich. Denn Ortenberg blieb weiterhin eine gemeinsame Herrschaft der Hanauer und Stolberger Grafen. Anstatt der notwendigen Wiederaufbaupolitik wurde die Stadt zum Spielball der Engstirnigkeit und der Eifersüchteleien seiner beiden Stadtherren.⁵⁵ Entsprechend langsam verlief dann auch die wirtschaftliche und demographische Erholung. Bis ins 19. Jahrhundert hinein lebten nie mehr als 1.000 Menschen in Ortenberg (1822:980).

51 G. Menk, Die Hohe Schule Herborn in ihrer Frühzeit, 1584-1660. Ein Beitrag zum Hochschulwesen des deutschen Calvinismus im Zeitalter der Gegenreformation, Wiesbaden 1981.

52 H. Junker, Die Stadt Ortenberg im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, Gießen 1936, S. 46 f.

53 Keyser, Hessisches Städtebuch, S. 362.

54 Junker, Ortenberg, S. 83 und 88.

55 Ebd., S. 89.

IV

Die Tendenz "des républiques marchandes aux capitales politiques", die Etienne François⁵⁶ für die großen Städte des Heiligen Römischen Reiches zwischen 1500 und 1800 beschrieben hat, ist auch bei den Kleinstädten zu beobachten. Das Ende der Krise des 17. Jahrhunderts und der nach 1648 einsetzende Wiederaufbau legen offen, wie zentral wichtig die "visible hand" - die "sichtbare Hand" der Territorialfürsten - für die weitere Entwicklung der Kleinstädte war.⁵⁷ In der zweiten Hälfte der Frühneuzeit zeichnete sich daher eine Einteilung der Kleinstädte in drei Gruppen ab.

Dies waren erstens Städte, die aufgrund einer im Mittelalter und im 16. Jahrhundert erworbenen Bedeutung überdauerten. Sie zeigten kaum wirtschaftliche oder demographische Dynamik. Butzbach hatte im Jahre 1800 mit rund 1.800 Einwohner noch immer etwa die gleiche Größe wie im Jahre 1600. Einst beherbergte diese Stadt ein ansehnliches Textilgewerbe, besonders Leinen- und Wolltuchproduktion sowie Tuchfärbereien. Zeitweise betrieben die Butzbacher Tuchhändler ein eigenes Kauf- und Lagerhaus in Frankfurt. Aber während und nach dem Krieg verfiel dieses ohnehin krisengeschüttelte Gewerbe zusehends, und im 18. Jahrhundert waren von dem einst blühenden Gewerbebezug lediglich zwei Strumpfwirker übrig geblieben.⁵⁸ Darüber hinaus ist keine Spezialisierung der städtischen Wirtschaft festzustellen, weder in der Produktion noch im Handel. In Wetter, um ein weiteres Beispiel zu nennen, lebten 1592 insgesamt 1.100 Menschen; das sind nur 50 weniger als im Jahre 1800. Die Situation ist mit derjenigen Butzbachs zumindest teilweise vergleichbar: Ein bedeutendes Textilgewerbe, völliger Verfall desselben und Verarmung der Stadt im Laufe der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts; hinzu kamen fehlende Wachstumsimpulse praktisch bis ins 20. Jahrhundert. Im Falle Wetters kann allerdings ein Rückgang der Bevölkerung bereits vor dem Dreißigjährigen Kriege beobachtet werden. Bis 1617 sank die Einwohnerschaft auf etwa 700. Möglicherweise besteht hier ein Zusammenhang zwischen der ehemals berühmten und stark frequentierten Gelehrtenschule, die bereits seit den 1590er Jahren an Attraktivität verlor.

56 E. François, *Des républiques marchandes aux capitales politiques*, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 25 (1978), S. 587-603.

57 Vgl. H. Diederiks (Hg.), *The Visible Hand and the Fortunes of Cities*, Leicester 1991 und vor allem den Vortrag von Olaf Mörke über "Frühmoderner Territorialstaat und Stadtentwicklung in Deutschland (16.-18. Jahrhundert)", gehalten auf dem Kongress der International Urban History Group, Leiden 17.-19. Nov. 1988: *The Fortunes of the City and the Visible Hand, Papers I* (ungedruckt). - Die politischen und rechtlichen Aspekte sind Gegenstand von H. Schilling, *Stadt und frühmoderner Territorialstaat: Stadtrepublikanismus versus Fürsten-souveränität - Die politische Kultur der deutschen Stadtbürgertums in der Konfrontation mit dem frühmodernen Staatsprinzip*, in: M. Stolleis (Hg.), *Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt*, (= *Städteforschung*, A/35), Köln/Wien 1991, S. 19-39 - Vgl. auch H. Th. Gräf, *The Impact of Territorial State Building on German Small Towns, c. 1500-1800*, in: P.A. Clark (ed.), *Centre for Urban History, University of Leicester, Working Papers No.4*, Leicester 1990, S. 56-67.

58 E. Otto, *Zur Geschichte des Gewerbes in Butzbach während des Mittelalters und der Reformationszeit*, in: *Archiv für Hessische Geschichte*, Neue Folge 1 (1894), S. 401-49.

Alle Städte erlitten erhebliche Schäden durch Pest und Krieg. Wesentlich ist, daß diese erste Gruppe von Städten weder eine spezielle Funktion innerhalb eines Territorialstaates erlangte, noch ein spezialisiertes Gewerbe als Grundlage zu wirtschaftlicher Prosperität aufbaute. Beides war aber für ein Wachstum über das Vorkriegsniveau hinaus unbedingt notwendig.

Eine zweite Gruppe von Städten war hierin erfolgreich. Sie umfaßt Städte, die einen tiefgreifenden Funktionswandel erlebten. Sie entwickelten sich entweder zur Residenzstadt eines Landesherrn mit seiner wachsenden Bürokratie und seinem Hofstaat oder aber zur Festung.⁵⁹ Nur die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung lebte 1650 noch in Weilburg, einer Residenzstadt der Nassauer Grafen. Die Bevölkerungszahl stieg aber von 400 über annähernd 1.000 1742 und 1.500 1781 auf fast 2.000 im Jahre 1800. Der Graf übernahm beim Wiederauf- und Umbau der Stadt eine zentrale Rolle. Durch mehrere Dekrete forderte er die Bürger zum Wiederaufbau ihrer zerstörten Häuser auf. Im Falle, daß man diesen Anordnungen nicht nachkam, drohte der Verkauf des Anwesens von Amts wegen. Durch Steuerprivilegien und freien Zugang wurde versucht, die Einwanderung in die Stadt zu stimulieren, wodurch es auch zu einem Bevölkerungsaustausch mit den nassauischen Besitzungen an der Saar und der Rheinpfalz kam.⁶⁰ Trotzdem blieben die Erfolge dieser landesherrlichen Politik zunächst recht bescheiden. Bis 1683 lag die Bevölkerungszahl immer noch knapp unter 600. Ab 1701 begann Graf Johann Ernst mit der umfassenden Neugestaltung des Stadtkerns. In den nächsten Jahren wurde das Renaissance-Schloß mit einer ganzen Reihe barocker Neubauten umgeben. Am Schloßplatz wurden das Regierungsgebäude und das Stadtarchiv errichtet. Aber auch die Münze, das Zuchthaus, die Posthaltereie, die Superintendentur, das Zeughaus, der Remisenbau und der Marstall weisen auf neue Bedürfnisse des kleinen Territorialstaates hin.⁶¹ Darüber hinaus erforderte der barocke höfische Lebensstil nach dem Vorbild Versailles einen eindrucksvollen, architektonischen Rahmen. Dieser wurde durch die beeindruckende Reithalle und die bei-

59 H. Hermann und F. Irsingler (Hg.), Beiträge zur Geschichte der früh-neuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt, Saarbrücken 1983; zum Wiederauf- bzw. Neubau von Städten als Residenzen nach dem Dreißigjährigen Krieg vgl. H. Schilling, Höfe und Allianzen. Deutschland 1648-1763, Berlin 1989, S. 23-31. - Allgemein bekannt sind die bedeutenden Residenzen Karlsruhe, Mannheim, Rastatt etc. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß sogar einfache Dörfer zu Residenzen ausgewählt wurden. Dies trifft vor allem für Südwestdeutschland zu, wo sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts die Territorialgrenzen durch dynastische Erbteilungen öfters verschoben und Kleinstterritorien entstanden, die zum Teil über keine geeignete Stadt als potentieller Residenz verfügten. Vgl. K. Stroebel, Die Residenzorte in Hohenlohe. Ihre Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert und ihre heutigen Funktionen aus geographischer Sicht, Tübingen 1982, S. 7, 16-19. - Beispiele in Hessen sind die Isenburgischen "Residenzdörfer" Meerholz und Langenselbold; vgl. G.-W. Hanna, Burgen und Schlösser im Kinzigtal, Hanau 1992, S. 30 ff und S. 47 ff.

60 A. Kuhnigk, Geschichte der Stadt Weilburg, Wetzlar 1972, S. 67.

61 Vgl. die Untersuchung des Geographen P. Janisch, Weilburg/L., Der Funktionswandel einer ehemaligen Residenzstadt seit dem 18. Jahrhundert, Gießen 1982, S. 55-7, und besonders die zeitgenössische Karte mit den öffentlichen bzw. staatlichen Gebäuden.

den Orangerie-Gebäude sowie dem Lustgarten und einiger barocker Anbauten am Renaissance-Schloß gewährleistet. Ab 1712 wurde zudem der Marktplatzbereich neu gestaltet. Der Graf entschädigte bzw. siedelte fast 40 Bürgerfamilien in neue Häuser am Stadtrand um und ließ am Markt selbst 13 neue, zweigeschossige Barockhäuser errichten. Diese Aktivität des Landesherrn blieb nicht ohne Auswirkungen auf die wirtschaftliche Prosperität der Stadt. 1756 bestanden 23 Zünfte mit mehr als 120 registrierten Meistern.⁶²

Die dritte Gruppe umfaßt schließlich die Neugründungen und jene Städte, die Gegenstand gezielter landesherrlicher Wirtschaftspolitik wurden. Das bekannteste und wohl auch erfolgreichste Beispiel ist Hanau. Hier gründete bereits 1597 Graf Philipp Ludwig südlich seiner alten, damals rund 1.600 Einwohner zählenden Residenz die Neustadt Hanau. Erst 1833 erfolgte der Zusammenschluß von Alt- und Neustadt. Die Neubürger waren calvinistische Glaubensflüchtlinge aus den Niederlanden, die auf Druck lutherischer Prediger hin ihre erste Zuflucht in Frankfurt verlassen mußten. Diesen Einwanderern verdankt Hanau das heute noch blühende Edelstein- und Goldschmiedegewerbe. Darüber hinaus verfügten die Niederländer über wichtige Handelsverbindungen, die scheinbar stimulierend auf den Holz- und Weinhandel wirkten.⁶³ Obgleich die Stadt große Bevölkerungsverluste während des Dreißigjährigen Krieges erlitt - besonders während der neunmonatigen Belagerung 1635/36-, erlaubte die wirtschaftliche Prosperität eine rasche Erholung nach dem Krieg.⁶⁴ Die Einwohnerschaft wuchs derart rasch, daß bereits Mitte des 18. Jahrhunderts in Alt- und Neustadt Hanau mehr als 10.000 Einwohner wohnten.

Ein weiteres Beispiel ist das neugegründete Karlshafen an der Weser, dem allerdings nicht der Erfolg der Mainstadt beschieden war.⁶⁵ Hinter seiner Gründung standen merkantilistische und fiskalische Interessen des Kasseler Landgrafen Karl. Sein Ziel war ein eigener, hessischer Hafen an der Weser, um das flußwärts gelegene hannoversche Münden zu schwächen. Von französischen Hugenotten 1699 gebaut, zählte es 1745 etwa 600 und 1800 etwa 1.000 Einwohner.

Das wirtschaftspolitische Interesse des Landesherrn konnte aber auch das Wachstum bereits bestehender Städte begünstigen.⁶⁶ Bereits als Dorf war Großalmerode im 16. Jahrhundert für seine Glasproduktion bekannt. Der Landgraf förderte diese Spezialisierung und die städtische Wirtschaft wurde im 18. Jahrhundert durch die Einführung der Tabak-

62 Kuhnigk, Geschichte, S. 92.

63 Vgl. die erschöpfende Untersuchung von H. Bott, Gründung und Anfänge der Neustadt Hanau 1596-1620, 2 Bde., Marburg 1970; L. Caspari, Die Entwicklung des Hanauer Edelmetallgewerbes von seiner Entstehung im Jahre 1597 bis zum Jahre 1873, Elberfeld 1916; W. M. Fraeb, Beitrag zur Geschichte des Hanauer Mainverkehrswesens, in: Hanauisches Magazin, Neue Folge 3 (1923/24).

64 Wolff, Grafen, in: Heinemeyer, Werden, S. 343.

65 M. Zumstrull, Die Gründung von "Hugenottenstädten" als wirtschafts-politische Maßnahme eines merkantilistischen Landesherrn - am Beispiel Kassel und Karlshafen, in: Press, Städtewesen, S. 156-221.

66 Vgl. etwa E.G. Franz, Der Wiederaufbau Sooden-Allendorfs nach seiner Zerstörung im 30-jährigen Krieg, Witzhausen 1954.

pfeifenherstellung ergänzt. 1775 erhielt Großalmerode die Stadtrechte, und seine Bevölkerung war über das 18. Jahrhundert von 900 auf 1.500 gestiegen.

Als ein letztes Beispiel soll Steinau dienen. Lange bevor die Stadt als Heimat der jungen Brüder Grimm bekannt wurde, war sie für ihren Tabak- und Hopfenanbau berühmt.⁶⁷ Die Mehrzahl der Erwerbstätigen in der Stadt war nach dem Dreißigjährigen Krieg in der arbeitsintensiven Weiterverarbeitung des Tabaks beschäftigt, so daß der Hanauer Graf bereits 1667 versuchte, durch eine Ordnung für Tagelöhner des Arbeitskräftemangels Herr zu werden. Die günstige Lage an der alten Frankfurt - Leipziger Straße führte dazu, daß die Tabakwaren zunächst hauptsächlich in diesen großen Messestädten verhandelt wurden. Ab den 1680er Jahren profitierte das Steinauer Tabakgewerbe dann erheblich vom Aufstieg des Hanauer Tabakhandels, der ebenfalls gezielt vom Grafen gefördert wurde. Für eine kurze Periode überflügelte das Tabakgewerbe in der Grafschaft Hanau sogar das Frankfurter, nicht zuletzt durch die enge Verzahnung von Produktion, Manufaktur und Handel.⁶⁸ In Steinau wurden jährlich bis zu 50.000 Pfund Tabak auf der Stadtwaaage gewogen, in Hanau 1682 und 1683 weitere 75.000 Pfund jährlich.⁶⁹ Der größte Teil dieser Ware stammte aus einheimischer Produktion, aber bald machte der gestiegene Bedarf den Import überseeischer Rohstoffe nötig. Findige Händler zogen aus der modebedingten Nachfrage Gewinn, indem sie die einheimischen Exporte zunächst nach Bremen, Hamburg, Nürnberg und sogar nach Holland beförderten, um sie anschließend zu reimportieren und teurer, als Virginia-Tabake deklariert, zu verkaufen.⁷⁰

Die Zunahme billiger Überseeimporte und wachsende physiokratische Kritik an der Bodenzerstörung durch den Tabakanbau führten im Laufe des 18. Jahrhunderts zu einem stetigen Rückgang der Produktion in der Grafschaft Hanau. Die Weiterverarbeitung behielt dagegen ihre Bedeutung und erlebte eine letzte Blüte, als im Zusammenhang mit dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg die Importe aus Amerika unterblieben. Diese mit dem internationalen Handel gekoppelte und daher äußerst sensible und hochspezialisierte Wirtschaft Steinaus kollabierte im Laufe der Napoleonischen Kriege völlig. In dieser Zeit brachen die für Steinau wichtigen Märkte in Leipzig und Frankfurt zusammen, und durch die Kontinentalsperre wurden die Manufakturisten von Importen einerseits und die Tabakproduzenten von Exporten andererseits abgeschnitten.⁷¹ Ohne die Kenntnis dieser wirtschaftsgeschichtlichen Hintergründe ist auch die außergewöhnliche demographische Entwicklung Steinaus nicht zu verstehen. Am Ende des Dreißigjährigen Krieges lebten etwa 400 Personen in der Stadt. Um 1700 waren es bereits rund 800, und dank der wirtschaftlichen Prosperität zählte man 1795 über 1.900 Einwohner. Durch die geschilderte

67 Keyser, Hessisches Städtebuch, S. 411.

68 K. Cramer, Entstehung und Entwicklung der Hanauer Tabakindustrie, phil. Diss. Frankfurt 1925, S. 76-77; A. Dietz, Frankfurter Handelsgeschichte, 4 Bde., Frankfurt 1925, hier Bd. IV, 1, S. 58 f.

69 R. Berges, Zur Geschichte des Hanauer Tabaks, Hanau 1922, S. 21.

70 Berges, Geschichte, S. 18.

71 Cramer, Entstehung, S. 103-105.

Wirtschaftskrise im Laufe der Napoleonischen Ära reduzierte sich diese Bevölkerung wieder auf gut 1.400, ein Rückgang, der für hessische Städte als einmalig zu gelten hat.

V

Der frühmoderne Staat erwies sich für die städtische Entwicklung bis zum Ende des Ancien Régime als bedeutsamer Faktor.⁷² Dabei gilt es, einige Unterschiede zu beachten. Während für eine große, wichtige Handels- und Bankenmetropole von europäischem Rang wie der Reichsstadt Frankfurt die territoriale Staatsbildung nur eine untergeordnete Rolle - zumindest kurz- und mittelfristig - spielte, desto wichtiger wurde der Faktor 'Staat' für die weitere Entwicklung, je kleiner und unbedeutender eine Stadt war.

Abschließend soll nun die Frage angeschnitten werden, inwieweit die Bedeutung des Territorialstaates eine bestimmte Einzigartigkeit des deutschen Städtesystems, besonders auf seiner niedrigsten Ebene, also den Kleinstädten hervorbrachte.

Zunächst muß daran erinnert werden, daß seit dem Mittelalter die Grenzlinie zwischen Dorf und Kleinstadt, also ländlicher und städtischer Lebensformen, recht fließend war.⁷³ Daher sollte man nicht von einem städtischen Netzwerk sprechen, das gleichsam über den ländlichen Raum gespannt war. Auch nichtstädtische Siedlungen konnten in einem zentralörtlichen System Bedeutung erlangen, nicht nur durch die Konzentration von Handwerkskern, sondern auch durch Markt-, Rechts- und Militärfunktionen.⁷⁴ Aber diese Siedlungen waren nur für ihr direktes Umland wichtig, wie viele der stagnierenden oder sich im Niedergang befindlichen Kleinstädte. Man kann also hier nicht von einer tiefgehenden Einbindung dieser Siedlungen in ein zentralörtliches System auf höherer Ebene ausgehen. Im Gegenteil, diese Siedlungen bildeten mit ihrem Hinterland "local market systems", die etwa in England näher untersucht worden sind.⁷⁵ Selbstverständlich dürfen solche Systeme aber nicht völlig steril in sich abgeschlossen gelten. Kleinstädte, die nach dem Dreißigjäh-

72 Die bekanntesten Beispiele sind die neugegründeten Städte. Obwohl sie in ein bereits existentes Städtetz gesetzt wurde, hatten sie Erfolg, denn "was damals Zentralität begründete, war in erster Linie noch immer die Ausübung staatlicher Gewalt." W. Leiser, Zentralorte als Strukturproblem der Markgrafschaft Baden, in: E. Maschke und J. Sydow (Hgg.) Stadt und Umland, Stuttgart 1974, S. 1-19, hier S. 19.

73 Gerlach, Markflecken- und Stadtbegriff sowie Isenmann, Stadt, S. 19-25.

74 Vgl. K. Mittelhäuser, Flecken als ländliche Zentralorte in der Zeit von 1650-1850, in: D. Brosius und M. Last (Hgg.), Beiträge zur niedersächsischen Landesgeschichte, Hildesheim 1984, S. 263-284.

In vergleichender Hinsicht aufschlußreich H.K. Roessingh, Village and Hamlet in a Sandy Region of the Netherlands in the Middle of the 18th Century, in: Acta Historiae Neerlandica 4 (1970), S. 105-129. -

In Hessen bietet Fronhausen, mit einem Markt, einer Burg und einem Gericht versehen, ein gutes Beispiel, vgl. W. Schulze und H. Uhlig (Hgg.), Giessener Geographischer Exkursionsführer, 3 Bde., Gießen 1982, hier Bd. 2, S. 168-172; oder die Ronneburg, ausgestattet mit einem Archiv, einer Apotheke, einer Schule und anderen zentralörtlichen Funktionen, erfüllte sie weit mehr als nur militärische Aufgaben. - P. Niess, 700 Jahre Ronneburg, Rastatt ²1987, S. 22-24, 37.

75 Dies scheint für das vorindustrielle Europa insgesamt zu gelten. - Vgl. zu England etwa D. Fleming, A Local Market System: Melton Mowbray and the Wreake Valley, 1549-1720, phil. Diss. Leicester 1980; J. Goodacre, Lutterworth in the Sixteenth and Seventeenth Century: A Market Town and its Area, phil. Diss. Leicester 1977.

rigen Krieg spezialisierte Funktionen übernahmen, fungierten dagegen in einem flächenmäßig größeren System, obwohl dies im Heiligen Römischen Reich dazu tendierte, zunehmend durch Territorialgrenzen eingeengt bzw. in seiner Ausdehnung bestimmt zu werden.⁷⁶ Diese Tendenz trat spätestens ab der Mitte des 17. Jahrhunderts immer klarer hervor, und die Kleinstädte wurden zu integralen Bestandteilen der Territorien. Dagegen entwickelten sich die Kleinstädte, etwa in England, von ihrer lokalen Marktfunktion aus weiter und übernahmen spezialisierte Funktionen in der entstehenden Nationalökonomie und dem nationalen Städtesystem.⁷⁷ Darüber hinaus wurde die städtische Entwicklung und die Urbanisierung, in Deutschland wohl stärker als in anderen Ländern, durch die Krise des 17. Jahrhunderts unterbrochen. In den seltensten Fällen läßt sich daher eine Kontinuität in der wirtschaftlichen bzw. gewerblich-industriellen Entwicklung der Städte nachweisen. Als die Industrialisierung im 19. Jahrhundert erst langsam, ab der zweiten Jahrhunderthälfte zügiger einsetzte, hatte sie zunächst keine Verbindung zu den gewerblichen Zentren des Mittelalters und des 16. Jahrhunderts. Die Industrialisierung hat erst selbst neue, überregional bedeutsame, städtische Schwerpunkte geschaffen und damit eine neue Zentralität aus eigenem Gewicht heraus begründet.⁷⁸

Die Abtrennung alter städtischer Gewerbezentren von der neuzeitlichen Wirtschaftsdynamik wurde in der zweiten Hälfte der Frühneuzeit dadurch verstärkt, daß sich das zünftische Handwerk in den ehemals prosperierenden Kleinstädten nicht den neuen Erfordernissen anpassen konnte oder wollte und sich praktisch bis ins 19. Jahrhundert den neuen wirtschaftlichen Entwicklungen und Erfordernissen entgegenstemmte.⁷⁹ Dies gilt für die großen alten Gewerbestädte Oberdeutschlands genauso wie für die Kleinstädte in Hessen.⁸⁰

Hierin sind zum Teil die Ursachen dafür zu suchen, daß in Deutschland jenes starke liberale Wirtschaftsbürgertum fehlte, das in Westeuropa die sozio-ökonomische Modernisierung des 19. Jahrhunderts trug. Stattdessen entstand hier eine, hinter althergebrachten Bräuchen und Privilegien verbarrikadierte, Klein(-stadt)bürgerschaft.⁸¹

Dieser Trend zur sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Versteinerung trifft indes nur für einen Teil der Städte zu. Viele der Städte, auch der Kleinstädte in Hessen, die Gegen-

76 Vgl. die Zusammenfassung von Gräf, *Impact*, S. 66.

77 Vgl. demnächst H. Th. Gräf, *Leicestershire Small Towns and Pre-Industrial Urbanization*, in: *Transactions of the Leicestershire Historical and Archaeological Society* (1992).

78 Leiser, *Zentralorte*, S. 18.

79 M. Walker, *German Home Towns, Community, State, and General Estate, 1648-1871*, Ithaca 1971, S. 73-107.

80 M. Stürmer (Hg.), *Herbst des alten Handwerks - Meister, Gesellen und Obrigkeit im 18. Jahrhundert*, München 1986, wo die sozio-ökonomischen und politischen Probleme behandelt werden, die aus den Konflikten zwischen Zünften, landesherrlicher Wirtschaftspolitik und wirtschaftlicher Konjunktur entstanden; vgl. besonders S. 28-35, 40-53, hier §§ 26-33 und S. 257-259. Vgl. auch die Untersuchung von E. Kauss, *Die Grünberger Bäckerzunft vom 16./19. Jahrhundert*, in: *Mitteilungen des oberhessischen Geschichtsvereins* 29 (1930), S. 36-94.

81 Walker, *Home Towns*, S. 4 et passim; H. Möller, *Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763-1815*, Berlin 1989, S. 185.

stand der merkantilistischen und absolutistischen Interessen der Territorialfürsten waren, erlebten ein anderes Schicksal. Sie stellten im 18. Jahrhundert "stehende Heerlager der Kultur"⁸² dar, einer neuzeitlichen, urbanen Kultur, die von den neuen Eliten der Territorialstaaten getragen wurde. Diese Eliten setzten sich aus professionalisierten Beamten, Freiberuflern, Akademikern, freien Unternehmern und Manufakturisten sowie Teilen des landsässigen Adels zusammen. Allen war die Nähe zum bürokratischen Verwaltungsstaat und dem Fürsten gemeinsam, und fast alle durchbrachen die engen Grenzen der alteuropäischen Ständegesellschaft. Ihr Selbstverständnis und ihre Selbstverortung lief nicht mehr über die Geburt, sondern über ihre Bildung und ihren Dienst im bzw. am Staat.

Dieses aufgeklärte Bürgertum war offen für Mode, Literatur, Kunst und Architektur von nationalem, wenn nicht europäischem Standard. Im Vergleich mit der stark in sich geschlossenen mittelalterlichen, alteuropäischen Stadt "ist die absolutistische Stadt (demnach) eine Anti-Stadt".⁸³

Die Funktion einiger der kleinen Städte als Distributoren jener "modernen" bürgerlich-urbanen Kultur ist hervorzuheben, denn nur in diesem Falle fungierten sie in einem suprateritorialen Kontext.⁸⁴ Besonders wichtig ist diese Tatsache auch deshalb, weil Deutschland bis 1870/71 ein politisch wie wirtschaftlich fragmentiertes Gebilde blieb, man aber andererseits spätestens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von einer deutschen Kulturnation sprechen darf.

Wesentlich für die Formulierung dieser Kulturnation waren die Residenzstädte, auch die kleinsten unter ihnen.⁸⁵ So wurde in der Waldecker Residenz Arolsen, in der während der 1750er Jahre noch weniger als 800 Einwohner lebten, ab 1769 eine eigene Zeitung gedruckt, das "Waldeckische Intelligenzblatt". Andere Klein- und selbst Mittelstädte hatten dagegen in der Regel bis ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts keine eigene Zeitung (Butzbach 1842, Fritzlar 1849, Melsungen 1869, Homberg/Efze 1869), und sogar in der ehemaligen Reichsstadt Gelnhausen wurde vor 1832 keine Zeitung gedruckt.⁸⁶ Gewiß ist hier nichts über die Qualität dieser Druckwerte ausgesagt, aber Zeitungen sind u.a. ein Indikator für die Verlagerung von einer altmodischen, zünftisch orientierten Kultur zu einem "modern-urbanen", verfeinerten Kultur- und Gesellschaftsleben in diesen Städten. Die Gründung von Lesegesellschaften und selbst Theatern sowie Musikaufführungen u.ä. verweisen in vielen kleinen Residenzen auf den aufgeschlossenen Wunsch, Kultur 'à la mode'

82 J.G. Herder, *Ideen zur Philosophie der Menschheit* (1791), in: ders., *Sämtliche Werke*, Bd. 14, Berlin 1909, S. 486.

83 O. Borst, *Kulturfunktionen der deutschen Stadt im 18. Jahrhundert*, in: ders. (Hg.), *Babel oder Jerusalem? Sechs Kapitel Stadt-geschichte*, Stuttgart 1984, S. 355-392, hier S. 362.

84 W. Ribhegge, *Europäische Urbanität 1500-1800*, in: *Die Alte Stadt 15* (1988), S. 53-67; jetzt Überblick für Bayern bei E.J. Greipl, *Macht und Pracht. Die Geschichte der Residenzen in Franken, Schwaben und Altbayern*, Regensburg 1991.

85 H. Philippi, *Hessen vom Barock zum Klassizismus 1648-1806*, in: Heinemeyer, *Werden*, S. 349-385, hier S. 378; Wolff, Grafen, ebda., S. 344 f. und Ribhegge, *Urbanität*, S. 62.

86 Alle Daten nach Keyser, *Hessisches Städtebuch*.

zu rezipieren bzw. zu praktizieren.⁸⁷ So existierte ab 1791 eine Weilburger Lesegesellschaft mit 160 Mitgliedern, als die Stadt ca. 1.700 Einwohner zählte.⁸⁸ Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde das kulturelle Leben Weilburgs schließlich durch ein Theater ergänzt.⁸⁹

Ein weiterer wichtiger, bisher jedoch kaum beachteter Aspekt ist die Architektur, mit deren Hilfe man die Zweiteilung der Kleinstädte in bezug auf ihre sozio-kulturelle Entwicklung beobachten kann. In den Residenz-, den Exulanten- und Badestädten, die bald zu den Brennpunkten einer aristokratisch-bürgerlich-urbanen Mischkultur wurden, findet man barocke und klassizistische Architektur, oft von landfremden Baumeistern in massiver Steinkonstruktion ausgeführt und mit italienischen Fresken, Stukkaturen und französischen Mansard-Dächern ausgestattet. Ein wichtiges Beispiel ist die Orangerie in Weilburg, die überhaupt als eine der ersten Orangerien in Deutschland französische und niederländische Architekturelemente aufgriff.

In den anderen Kleinstädten beherrschte dagegen bis weit ins 19. Jahrhundert die traditionelle Fachwerkarchitektur, ausgeführt von einheimischen Zimmerleuten und Baumeistern, das städtische Erscheinungsbild, das mehr oder minder der Beschreibung des eingangs zitierten englischen Reisenden Moryson entsprach und sich über die Jahrhunderte kaum geändert hatte. Allerdings fehlte es nicht an Versuchen, den Barock oder Klassizismus zu kopieren. So finden sich einzelne Stilelemente in die traditionelle Fachwerkarchitektur integriert.⁹⁰

Obwohl diese kurzen Bemerkungen skizzenhaft bleiben müssen, wird deutlich geworden sein, daß es unzulässig ist, von einer De-Urbanisierung Deutschlands im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts zu sprechen. Genausowenig sollte man allzu eng an demographischen Schwellenwerten als Definitionskriterien für Kümmerstädte oder niedergehende Städte festhalten. Statt der Bevölkerungsgröße war vielmehr der Typ der Stadt und deren Funk-

87 Vgl. F. Marwinski, Lesen in Gesellschaft. Gelehrte und literarische Lesegesellschaften in Thüringen vom Anfang des 18. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 12 (1985), S. 116-140. Zu Lesegesellschaften in den kleinen Residenzstädten Schleiz und Greiz, ebda., S. 129; D. Rouvel, Zur Geschichte der Musik am fürstlich-waldeckischen Hofe zu Arolsen, Regensburg 1962.

88 G. Fitjer, Die Weilburger Lesegesellschaft, in: 300 Jahre Bibliothek des Gymnasiums zu Weilburg, 1685-1985, Weilburg 1985, S. 71-79. Mehr als die Hälfte der 160 Mitglieder wurden laut Mitgliederverzeichnis dem "Civil-Staat" zugeordnet, S. 74.

89 F. Heymacher, Zur Geschichte des Weilburger Hoftheaters, in: Heimatland (Weilburg), 2 (1923); H. Lemacher, Zur Geschichte der Musik am Hofe zu Nassau-Weilburg, phil. Diss. Bonn 1916.

90 Vgl. etwa M. Vogt, Die Ansiedlungen der französischen Glaubensflüchtlinge in Hessen nach 1685. Ein Beitrag zur Problematik der sogenannten Hugenottenarchitektur (= Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte, Bd. 73), Darmstadt und Marburg 1990; G. Binding et al., Kleine Kunstgeschichte des deutschen Fachwerkbbaus, Darmstadt 1989 und zu Stukkaturen in Fachwerkhäusern das Haus Symeren in Gelnhausen und das Haus Hauptstrasse 30 in Bad Orb, in: H. Winter, Das Bürgerhaus in Oberhessen (= Das deutsche Bürgerhaus, Bd. VI), Tübingen 1965, S. 80 ff. und Tafeln 17a und 20a. - Für den preußischen Staat zu Beginn des 19. Jahrhunderts stellte W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954, S. 14 fest, daß nur etwa 17 von 1000 Häusern massive Steingebäude und der Rest noch Fachwerkhäuser waren.

tionen innerhalb des Territorialstaates entscheidend für ihr Erscheinungsbild und ihre weitere Entwicklung.

Trotz der lebhaften sozio-kulturellen Entwicklung in einigen Residenzstädten können die deutschen Städte aber nur sehr eingeschränkt als "der melting-pot der vorindustriellen Gesellschaft"⁹¹ bezeichnet werden. Man muß zunächst stets von mindestens zwei relativ getrennten Sphären, auch, oder gerade für Residenzstädte, ausgehen: einer aristokratischen auf den Hof fokussierten und einer bürgerlich-städtischen Sphäre.⁹²

Es steht dennoch außer Zweifel, daß gerade in den Residenzstädten eine zunehmend homogene adlig-bürgerliche Territorialelite jene "Verbürgerlichung" der Kultur vorantrieb, die Deutschland zu einer der führenden, wenn nicht zu der führenden Kulturnation Europas um 1800 machte. Der Anstoß zur sozialen und politischen Modernisierung mußte dann allerdings von außen kommen.⁹³

91 R. Vierhaus, *Deutschland im Zeitalter des Absolutismus*, Göttingen 1978, S. 71.

92 Ders., *Staaten und Stände, 1648-1763*, (= *Propyläen Geschichte Deutschland*, Bd. 5), Berlin 1984, S. 40.

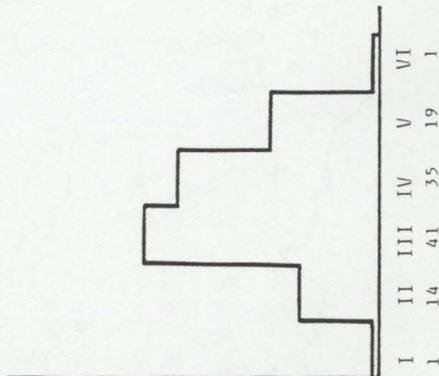
93 Borst, *Kulturfunktionen*, S. 388.

Größenkategorien hessischer Städte

- I = > 10.000 (Großstadt)
- II = > 2.000 (Mittelstadt)
- III = > 1.000 (ansehnliche Kleinstadt)
- IV = > 500 (mittlere Kleinstadt)
- V = > 200 (kleine Kleinstadt)
- VI = < 200 (Zwergstadt)

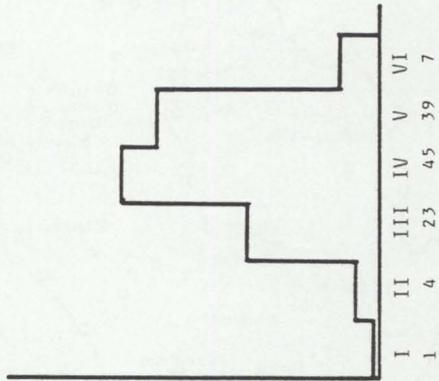
Kategorien nach H. Ammann, Wie groß war die mittelalterliche Stadt?, in: Studium Generale 9 (1956), S.504; Bevölkerungszahlen nach E. Keyser, Hessisches Städtebuch, Stuttgart 1957

Ende 16. Jahrhundert



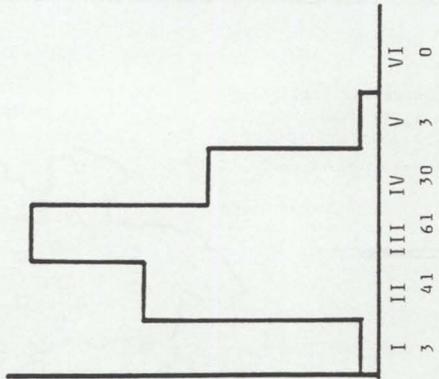
(20 Städte ohne Einwohnerzahlen)

Mitte 17. Jahrhundert



(15 Städte ohne Einwohnerzahlen)

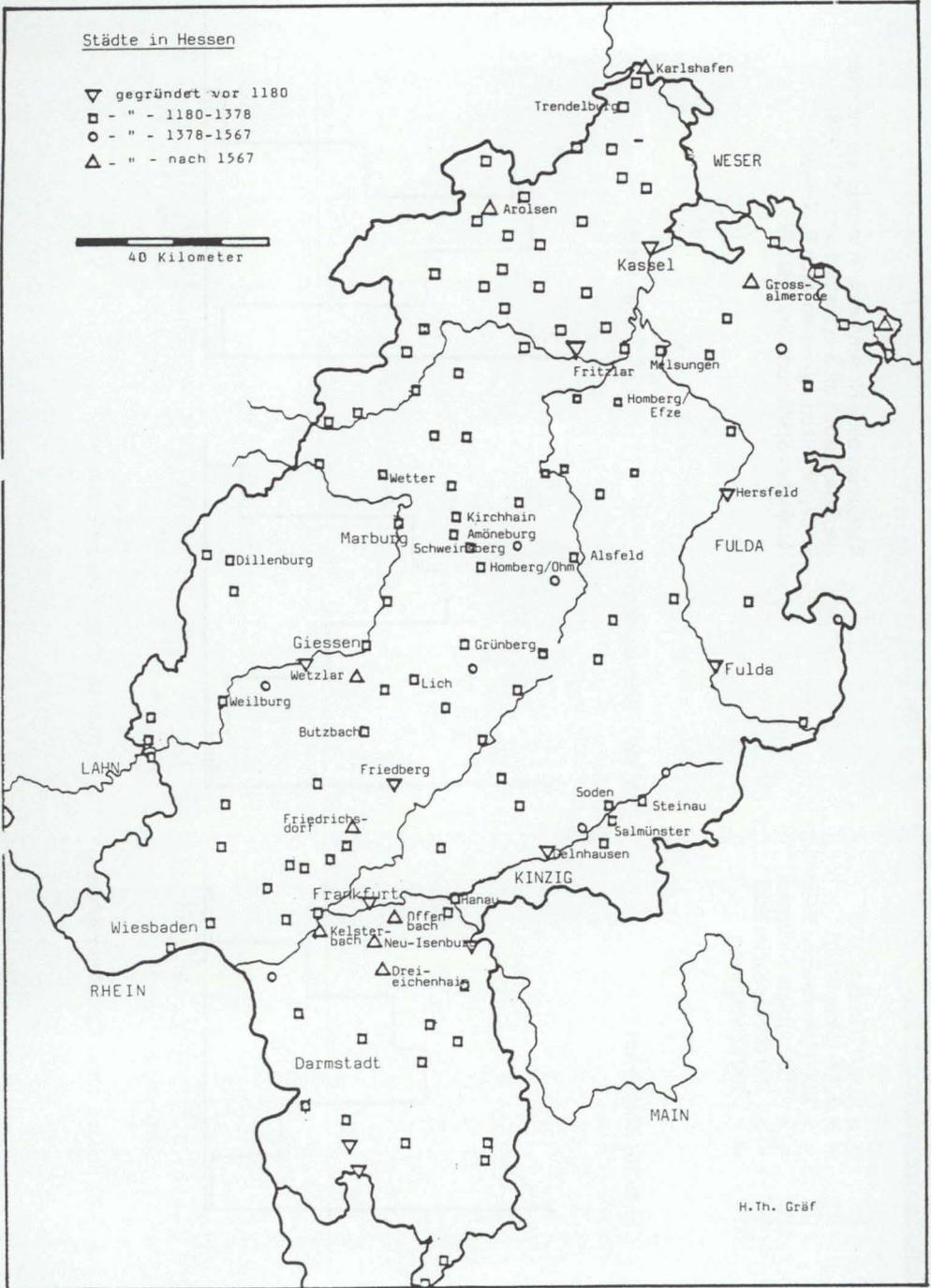
Um 1800



Städte in Hessen

- ▽ gegründet vor 1180
- - " - 1180-1378
- - " - 1378-1567
- △ - " - nach 1567

40 Kilometer



H.Th. Gräf

Die Anfänge des Eisenbahnbaus in Oberhessen¹

L. Brake

Im 19. Jahrhundert gab es zwei Oberhessen: das hessen-darmstädtische und das kurhessische. Die großherzoglich-hessische Provinz Oberhessen erstreckte sich von der südlichen Wetterau entlang des Taunus-Ostrandes bis Gießen und von da nach Allendorf; in östlicher Richtung bis Alsfeld und Lauterbach, Herbstein und Büdingen. Hinzu gehörte weiterhin, durch einen engen Schlauch von Gießen aus verbunden, das hessische Hinterland, das sich über Gladenbach, Biedenkopf bis nach Battenberg ins Edergebiet erstreckte und außerdem noch die beiden Ämter Vöhl und Itter.

Daneben gab es aber auch im Kurfürstentum Hessen eine Provinz Oberhessen. Sie schloß sich nördlich von Gießen an das hessen-darmstädtische Territorium an und umfaßte das Gebiet um Marburg, Neustadt, Frankenberg, nach Osten Treysa und Ziegenhain bis nach Breitenbach².

Dieses Gebiet der beiden Oberhessen war seit jeher vom Durchgangsverkehr bevorzugt worden. Von der Wetterau kommend durchzogen Straßen das Land nach Gießen, das Lahntal entlang nach Marburg, ins Amöneburger Becken, überwandern die oberhessische Schwelle bei Ziegenhain, gelangten in die westhessische Senke bei Fritzlar und Kassel und dort schließlich bei Göttingen ins Leinetal, von wo aus sich die norddeutsche Tiefebene öffnet³. Oberhessen war also schon seit langer Zeit ein Durchgangsland⁴.

So wurde diese Region ganz selbstverständlich in die Überlegungen zum Eisenbahnbau miteinbezogen.

Die ersten Eisenbahnpläne in Hessen gingen allerdings nicht von Oberhessen sondern von den städtischen Zentren aus. Hier plante man unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität hauptsächlich großräumige Verbindungen, mit welchen die Ströme des Fernverkehrs durch die jeweiligen Territorien gelenkt und die Transiteinnahmen im Lande gehalten werden konnten. Wie selbstverständlich orientierten sich die Eisenbahnpläne am Verlauf der bestehenden Verkehrs-

- 1 Siehe Abb.1, S.50 'Die Cassel-Frankfurter Eisenbahn'.
- 2 Vgl. U. Reuling, Verwaltungs-Einteilung 1821-1955, in: Geschichtlicher Atlas von Hessen, Text- und Erläuterungsband, Marburg 1984, S. 164-177; T. Klein, Hessen-Nassau (= Bd. 11 des Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen), Marburg 1979, S. 23-33 u. ders., Hessische Staaten, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 2, Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des deutschen Bundes, Berlin 1983, S. 645-676.
- 3 Vgl. Geschichtlicher Atlas von Hessen, Marburg 1984, Karte 2: Die naturräumliche Gliederung und das Relief von Hessen mit seinen Nachbargebieten; A. Weber, Landstraßen und Chausseebau vom 16. bis 19. Jahrhundert, in: Geschichtlicher Atlas von Hessen, Text- und Erläuterungsband, Marburg 1984, S. 190-193; R. Kellermann/W. Treue, Die langen und die Kurzen Hessen, Homberg o.J.; A. Pletsch, Das Werden Hessens, eine geographische Einführung, in: Das Werden Hessens, hg. v. W. Heinemeyer, Marburg 1986, S. 341.
- 4 Vgl. H. John, Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes im Raum Marburg und Gießen, in: Hess. Jb. f. Landesgeschichte 9 (1959), 179-214, hier S. 131-182 u. 184.

und Handelswege⁵. Eisenbahnen wurden zunächst unter dem Aspekt der hohen Gewinne betrachtet. Im Laufe der Zeit erkannten die Eisenbahnbefürworter die allgemeinen entwicklungs- politischen Wirkungen, die von der Eisenbahn ausgehen konnten und warfen auch diese Argumente in die Diskussion.

In Kassel, der kurhessischen Residenz, in der Handelsmetropole Frankfurt, der nassauischen Landeshauptstadt Wiesbaden, im rheinhessischen Mainz und schließlich auch in der großherzoglich-hessischen Residenz Darmstadt entstanden die ersten Eisenbahnkomitees. Der Ausgangspunkt war Kassel, wo schon 1832 ein Eisenbahnverein mit dem Ziel der "Errichtung einer von den Hansestädten beginnenden, durch den Norden Deutschlands über Hannover'sch-Minden nach den süddeutschen Städten führenden Eisenbahn" gegründet worden war⁶.

Wenige Jahre später, allerdings wohl schon unter dem Eindruck der Eröffnung der Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth und dem dadurch ausgelösten 'Eisenbahnfieber', gründete sich 1836 auch in Darmstadt eine Eisenbahngesellschaft, nachdem die Staatsregierung hierzu den Anstoß gegeben hatte⁷. Gleichzeitig entstanden konkurrierende Eisenbahnkomitees in Frankfurt, Wiesbaden und Mainz. Die Mitglieder dieser Vereinigungen waren zu einem sehr großen Teil Staatsdiener. Dies galt sowohl für Wiesbaden und für Darmstadt, vor allem aber für Kassel. Ausnahmen bildeten lediglich die beiden Handelsstädte Frankfurt und Mainz. Ein solcher Befund steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der bisherigen Forschung, die vor allem Vertreter des Handels- und Wirtschaftskapitals als Eisenbahnprotagonisten ausmachte - man denke an David Hansemann und an Friedrich Harkort, Joseph v. Baader, Franz Joseph Baeumann, Johannes Scharrer und Georg Zacharias Platner. Dies mag nun gewiß für das rheinische Preußen zutreffen, wo die ersten Eisenbahnen Industriezentren und Rohstofflager verbanden und auch für Sachsen, wo die Verbindung von Handelszentren im Vordergrund stand. In Hessen herrschten jedoch völlig andere Voraussetzungen. Von Industrialisierung konnte Mitte der dreißiger Jahre bestenfalls in Ansätzen gesprochen werden, dementsprechend fehlte ein potentes Wirtschaftsbürgertum. Und so übernahmen fortschrittliche Staatsdiener hier dessen Funktion als Förderer des Eisenbahnbaus⁸.

Von Gießen aus gesehen wurden sowohl nördlich, in Kassel, als auch südlich, in Darmstadt, Eisenbahnpläne diskutiert. Oberhessen befand sich in der Mitte. Nichts lag also näher, aus Gießener Sicht, als die Bestrebungen in Darmstadt und Kassel zu koordinieren und das Interesse für eine große Nord-Süd-Verbindung über Gießen zu wecken, um Oberhessen die Stellung als

5 John, S. 186.

6 StAM 60a, Nr. 44.

7 Die Regierung legte den Landstädten Anfang 1836 einen "Gesetzentwurf, Anlegung von Eisenbahnen durch Privatpersonen" betreffend vor. Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, Protokolle und Beilagen, Darmstadt 1820-1866 (VHZKHD), 7. Landtag, Beil. 358; vgl. auch StAD D12, K.9, Fs 15.

8 L. Brake, Die ersten Eisenbahnen in Hessen, Wiesbaden 1991, S. 51.

Durchgangsland zu erhalten. In Darmstadt konzentrierte man sich durch das Bahnprojekt von Frankfurt über Darmstadt nach Mannheim zunächst auf die Provinz Starkenburg mit der Residenzstadt. Da im Norden eine Bahn von Kassel nach Frankfurt geplant war, richtete sich das Interesse der Gießener Eisenbahnenthusiasten vor allem auf die nördlichen Nachbarn. Aus dem Gießener Blickwinkel betrachtet, hatte das erste Kasseler Projekt nur einen entscheidenden Schönheitsfehler. Der Kasseler Eisenbahnverein plante keine Bahn durch Oberhessen sondern eine Linie von Kassel über Fulda und Hanau nach Frankfurt, ohne überhaupt hessendarmstädtisches Gebiet zu berühren.

Nun wurden auch die Gießener Bürger aktiv. Anfang Juni 1836 konstituierte sich in der Stadt ein provisorisches Eisenbahnkomitee. Die Gründung zeigte man dem Kasseler Eisenbahnverein mit folgenden Worten an: "Die Unterzeichneten haben, in der Voraussetzung, daß eine Eisenbahn von Frankfurt a.M. über Gießen und Marburg nach Cassel angelegt werden könne, und daß die Kosten der Anlage und Unterhaltung einer solchen, durch den bedeutenden Waren- & Personen-Transport zu decken seyen, zu einem provisorischen Comité sich vereinigt, dessen Aufgabe ... ist, das allgemeine Interesse unseres Publikums auf diesen Gegenstand zu lenken, sich mit Frankfurt a.M., Marburg und Cassel in Verbindung zu setzen, um uns die Leitung der Bahn durch unsere Gegend und die Theilnahme der Anwohner der projectirten Bahn zu sichern, und alle diejenigen, welche das Unternehmen fördern können, demselben zu gewinnen."⁹

Es wurden nun in Gießen Nachforschungen über die zu erwartenden Kosten angestellt, ob es überhaupt technisch möglich war, eine Eisenbahn anzulegen und ob das gegenwärtige Verkehrsaufkommen auf den Landstraßen bei einer Rentabilitätsrechnung zugrunde gelegt werden konnte. Weiterhin wurde der Wunsch ausgedrückt, daß "die Nachbarstädte Frankfurt, Marburg & Cassel ihre materiellen und intellectuellen Kräfte" mit denen des Gießener Komitees vereinigten und die Hoffnung geäußert, daß sich in Marburg eine Vereinigung mit dem gleichen Ziel bilden möge¹⁰. Um den eigenen Bemühungen Nachdruck zu verleihen, führten die Gießener Eisenbahnfreunde eine Probesubskription für Eisenbahnaktien durch, bei der, allerdings noch unverbindlich, für einen Betrag von fast 300.000 fl. unterzeichnet wurde¹¹.

Wer waren die Gießener, die sich bereit fanden, so viel Geld für die Eisenbahn auszugeben? Soweit sich ermitteln ließ, ergibt sich in Gießen tendenziell eine ähnliche Zusammensetzung wie im Eisenbahnverein zu Kassel oder Darmstadt. Auch die Gießener Gesellschaft bestand zu ca.

9 StAM, 60a, Nr. 50. Leider enthalten die Bestände des Stadtarchivs Gießen über den Gießener Eisenbahnverein so gut wie keine Nachrichten.

Um doch zu Aussagen in Bezug auf Gießen zu kommen wurden die wenigen Spuren, die in den Staatsarchiven Marburg und Darmstadt vorhanden sind ausgewertet. Hierbei handelt es sich weitgehend um die Marburger Akten

des kurhessischen Eisenbahnvereins im Bestand 60a (Eisenbahnbehörden)

und die Darmstädter Akten des großherzoglich-hessischen Finanzministeriums G 31L (Eisenbahnwesen).

10 StAM, 60a, Nr. 50.

11 StAM, 60a, Nr. 50.

60% aus Staatsdienern, nur rund 10% waren Gewerbetreibende. Auffällig in Gießen ist weiterhin die zahlreiche Beteiligung von Mitgliedern des großherzoglichen Hofgerichts und von Universitätsprofessoren, allenvoran Friedrich Schmitthener, Professor der Staatswissenschaften, der zum Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde¹².

Als Reaktion auf die Gießener Pläne hatte sich auch in Marburg eine Eisenbahnvereinigung gebildet, die nun gemeinsam mit den Gießenern das Ziel verfolgte, die Eisenbahn durch Oberhessen, über Marburg und Gießen nach Frankfurt zu leiten¹³. "Mochte die Rivalität dieser Städte noch so groß sein, das gleiche Interesse am Bahnbau hielt sie auch über politische Grenzen hinaus zusammen."¹⁴

Gemeinsam mit dem Eisenbahn-Komitee in Gießen erreichten die Marburger gegen heftigen Widerstand, sowohl des Eisenbahnvereins in Kassel als auch des kurhessischen Handels- und Gewerbevereins, daß das kurfürstliche Innenministerium Vermessungen in der Gießener Richtung anordnete und zur Bestreitung der Kosten 200 rt. aus dem Eisenbahnfonds an die Marburger Provinzialregierung überwies¹⁵. In Kassel war man von der Entwicklung in Gießen und Marburg naturgemäß wenig erbaut - geplant war ja eine Bahn über Fulda -, hütete sich jedoch, offen gegen die beiden Eisenbahnvereine vorzugehen. Der Kasseler Handels- und Gewerbeverein sprach aber intern sehr deutlich aus, was er vom Gießener Eisenbahnverein hielt: "Wir können übrigens nicht unbemerkt lassen, daß die von Gießen ausgegangenen Vorschläge noch zur Zeit auf keiner soliden Grundlage zu beruhen, vielmehr das Werk einiger Spekulanten zu sein scheinen, denen es lediglich darum zu tun sein mag, Aktien in Umlauf zu setzen, welche vielleicht einen reellen Wert niemals erhalten werden."¹⁶

der kurhessische Eisenbahnverein entschied sich gegenüber den Gießener und Marburger Plänen für eine Hinhaltetaktik: man sei derzeit voll durch ein anderes Projekt in Anspruch genommen und habe für das Projekt in Oberhessen kein Personal verfügbar¹⁷. Die Gießener sollten keine entmutigende Absage erhalten, weil noch Unsicherheiten über die technische Ausführbarkeit der in Kassel bevorzugten Strecke über Fulda bestanden. Wie richtig diese Haltung war, zeigte sich im Sommer des Jahres 1837, als der Handels- und Gewerbeverein in Kassel, angesichts unerwarteter Schwierigkeiten auf der Fuldaer Linie, eine Untersuchung des Projekts über Marburg

12 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1. Bei der Konstituierungsanzeige des Gießener Eisenbahnkomitees im Staatsarchiv in Marburg befindet sich auch die eichnungsliste, wo die einzelnen Unterzeichner namentlich aufgeführt sind. Von den Mitgliedern des Gießener Eisenbahnvereins hatten sich der Hofgerichtsrat Knorr, der Kaufmann Heyer und der Kaufmann Noll mit Subskriptionen auch bei der Darmstädter Eisenbahngesellschaft beteiligt. Vgl. StAD D 12 9/15, Aktionärsverzeichnis der Darmstädter Eisenbahngesellschaft von 1836.

13 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

14 John, S. 193. Vgl. auch W. Glöckner, Marburg und Gießen. Zwei geschichtliche Stadtprofile auf dem Hintergrund der Landschaft, in: MOHG NF, 39 (1954), S. 62-75.

15 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1 u. 60a, Nr. 50.

16 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

17 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

und Gießen zumindest in Erwägung zog¹⁸. Nun wurden auch auf der Strecke nach Marburg und Gießen Untersuchungen veranlaßt¹⁹, die der Kreisbaumeister Müller aus Gießen, Mitglied des Eisenbahnkomitees, im Auftrag des Eisenbahnvereins auf großherzoglich-hessischem Gebiet vornahm²⁰. Die jeweiligen Gutachten kamen zu gegensätzlichen Urteilen. Müller sah keine Probleme, die Kasseler Techniker hatten jedoch Bedenken wegen des schwierigen Geländes. Der Gießener Eisenbahnverein versuchte daraufhin, vollendete Tatsachen zu schaffen und reichte ein Konzessionsgesuch für eine Eisenbahnaktiengesellschaft beim Ministerium des Inneren in Darmstadt ein²¹. Für ein solches Vorhaben glaubten die Gießener eine günstige Ausgangsposition zu haben, denn in Gießen war bereits eine Probesubskription erfolgt, welche eine Summe von ca. 300.000 fl. erbracht hatte. Weiterhin verstand man es in Gießen, das Interesse des Frankfurter Bankhauses v. Rothschild zu wecken²². Demgegenüber befand sich die Kasseler Vereinigung in einer ungünstigeren Position. Sie war zwar von der kurhessischen Regierung als einzige Eisenbahn-Assoziation offiziell anerkannt, ihre Tätigkeit war jedoch ausdrücklich auf Vorarbeiten zu Eisenbahnen beschränkt worden²³.

Aber auch das Innenministerium in Darmstadt lehnte das Ansinnen aus Gießen ab. Dem Verein wurde eröffnet, daß das "Gesuch so lange unentschieden bleiben müsse, als es noch nicht bestimmt sei, welche Richtung einer von Kassel nach Frankfurt zu bauenden Eisenbahn gegeben werden sollte".²⁴

18 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

19 Diese Untersuchungen nahm auf kurhessischem Gebiet der Kasseler Eisenbahnverein durch seine Gutachter vor. Nach längerem Zögern hatte er sich schließlich auf dringendes Verlangen der Regierung hin dazu bereiterklärt. Das Kasseler Innenministerium hatte aus dem dem Eisenbahnverein zur Verfügung gestellten Geldbetrag eine gewisse Summe ausdrücklich für die Untersuchung der Marburger Strecke bestimmt. Schon hier wird das Bemühen der Staatsregierung deutlich, klare Ergebnisse für eine Entscheidung in der Frage der Linienführung zu gewinnen. Vgl. StAM 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

20 StAD, G 31L, Nr. 811; StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

21 Der genaue Zeitpunkt dieses Konzessionsgesuchs ist leider nicht mehr festzustellen. Die Ablehnung des Gesuchs erfolgte wahrscheinlich am 19. Januar 1838. Weder im Staatsarchiv Darmstadt, noch im Stadtarchiv Gießen sind Unterlagen über dieses Konzessionsgesuch des Gießener Eisenbahnvereins erhalten. Lediglich im Staatsarchiv Marburg findet sich ein Hinweis in einem Bericht der Hanauer Provinzialregierung vom 30.01.1838 über die geplante Bahn von Frankfurt nach Hanau, wo in einer Anlage diese Informationen mitgeteilt werden. StAM 16XV, Kl. 4, Nr. 1.

22 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

23 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1 u. StAM 16XV, Kl. 4, Nr. 1. Dem Ausschuß des kurhessischen Eisenbahnvereins wurde schon am 15. August 1835 eröffnet, "daß die Führung einer Eisenbahn durch Kurhessen niemals in selbständiger sondern nur von dem Zustandekommen von Untersuchungen in anderen Ländern abhängig sein werde und nicht angenommen werden könne, daß der Verein bei dem ihm von der Regierung zugesagten und zum Theil verwilligten Gelde seinen Zweck, die Errichtung von Eisenbahnen durch Kurhessen, insbesondere durch Kassel ... und bewirkt werde ..." daß die Statuten des Vereins, welche "die Auflösung des Unternehmens möglich machen würden, weder zulässig noch zweckmäßig erscheinen". Die eingereichten Statuten des EBV wurden am 20. Mai 1836 abgelehnt und ihm stattdessen eine Urkunde der Regierung überreicht, in der seine Tätigkeit festgelegt war. Danach durfte der Verein lediglich die möglichen Richtungen für eine Eisenbahn, und die bestehenden kommerziellen Verhältnisse ermitteln, nicht aber auf eine Errichtung einer Eisenbahn direkt hinwirken.

24 StAM 16XV, Kl. 4, Nr. 1.

Damit hatten sowohl die kurhessische als auch die großherzoglich-hessische Regierung in recht ähnlicher Weise dafür gesorgt, daß nicht zu frühzeitig Vorentscheidungen getroffen wurden. Solange nicht klar war, in welcher Richtung die Eisenbahn überhaupt verlaufen sollte und überdies die Kapitalanmeldungen des Gießener Vereins noch unverbindlich waren, bestanden in den Augen der Darmstädter Regierung keine geeigneten Voraussetzungen für die Erteilung einer Konzession²⁵. Die Regierungen behielten sich die Entscheidung so wichtiger Fragen vor. In diesem Zusammenhang wird eines deutlich, auch wenn die Regierungen der beiden hessischen Staaten die Planung des Eisenbahnbaus in der Anfangszeit privaten Initiativen überließen, so setzten sie doch in jeder Phase ihr Genehmigungs- und Steuerungsmonopol durch. Auf diese Weise sollte für die notwendige Solidität potentieller Eisenbahnunternehmen gesorgt werden.

Angesichts der gegensätzlichen Vorstellungen über die Richtung der geplanten Eisenbahn, beschloß der kurhessische Eisenbahnverein, die Frage der Linienführung auf einer Generalversammlung in einer Art Anhörung endgültig klären zu lassen. Zu diesem Zwecke wurden an Vertreter der Ministerialbürokratie, an die Eisenbahnvereinigungen aus allen Teilen Kurhessens, aber auch an das Gießener Komitee Einladungen verschickt²⁶. Diese Veranstaltung fand am 31. Januar 1838 in Kassel statt. Die Meinungen prallten aufeinander. Hauptreferent war der kurhessische Geheime Baurat Dr. Friedrich Fick, ein Eisenbahnfreund der ersten Stunde. In seinem Vortrag, der veröffentlicht wurde²⁷, wog er das Für und Wider der beiden Bahnlagen gegeneinander ab. Und er kam zu dem Ergebnis, daß der Linie über Fulda aus kommerziellen Gründen und wegen des höheren zu erwartenden Verkehrsaufkommens, gegenüber der Linie Marburg-Gießen der Vorrang eingeräumt werden mußte. Zwar war die Linienführung über Gießen um einige Meilen kürzer und er gab auch Terrainschwierigkeiten bei der östlichen Strecke zu, die höhere Kosten verursachen würden, insgesamt überwogen jedoch in seinen Augen die Vorteile der Fuldaer Strecke. Dieser Ansicht traten die Marburger und Gießener Vertreter natürlich heftig entgegen. Immer wieder wurden die Terrainschwierigkeiten auf der östlichen Strecke hervorgehoben. Ein einvernehmlicher Beschluß konnte nicht gefaßt werden.

25 Ganz ähnlich hatte sich die großherzogliche Regierung im Fall der Eisenbahngesellschaft Darmstadt verhalten. Auch hier war sie erst zur offiziellen Anerkennung der Eisenbahnvereinigung bereit, nachdem die Gesellschaft Statuten vorgelegt hatte, die Aktiensubskriptionen für verbindlich erklärt worden waren und man sich auf eine bestimmte Bahntrasse geeinigt hatte. Die vorher verlangte Erteilung eines Monopols für die Errichtung aller Eisenbahnen im Großherzogtum lehnte die Regierung aus prinzipiellen Erwägungen ab. Zwar hielt das Innenministerium die geographische Lage als Durchgangsland für günstig, da es aber innerhalb des Landes keine großen Handelsstädte gab wurde die Rentabilität eines selbständigen Eisenbahnsystems bezweifelt. Als Alternative blieben nur solche Bahnverbindungen, welche die Kommunikation mit "anderen bedeutenden Handelsstädten Deutschlands" herstellten. Brake, S. 65; vgl. Der provisorische Ausschuß der Eisenbahngesellschaft zu Darmstadt an seine Comittenten, die Mitglieder der Eisenbahn-Gesellschaft zu Darmstadt, Darmstadt 1837, S. 87 25 StAM, 60a, Nr. 49.

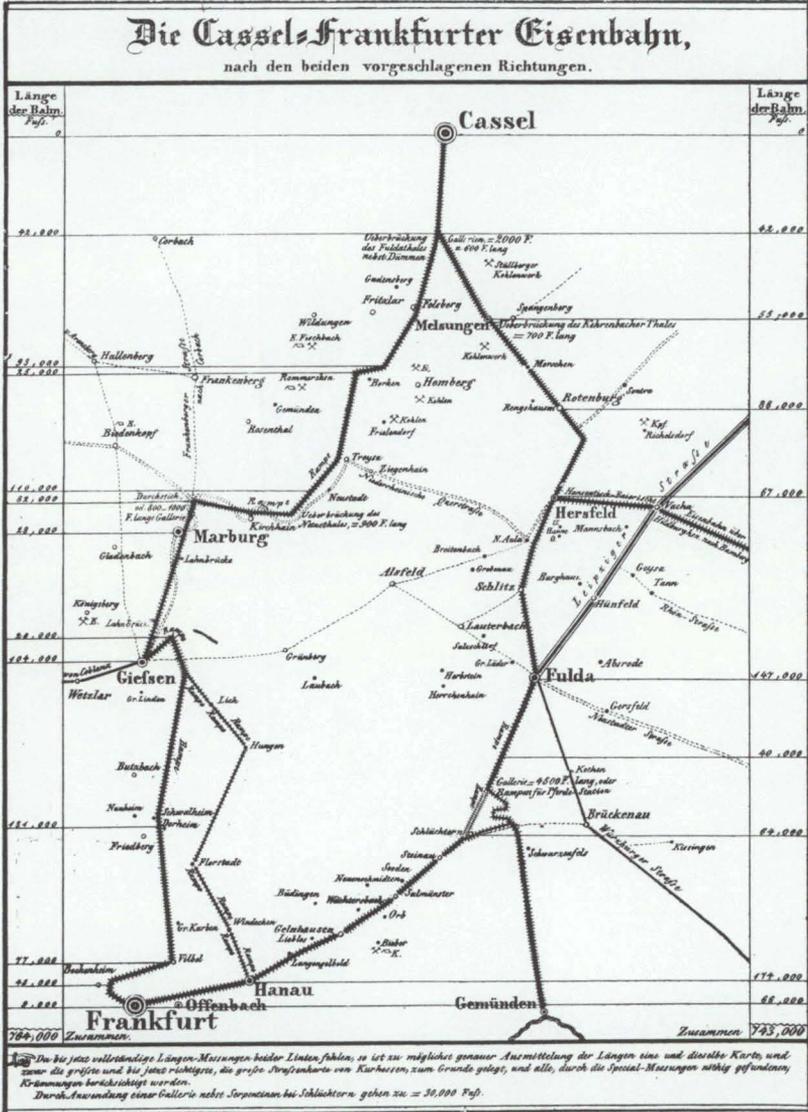
26 StAM, 60a, Nr. 49.

27 F. Fick, Die kurhessischen Eisenbahnen. Ein Vortrag gehalten am 31. Januar 1838, Kassel 1838.

Weitere Umfragen und Untersuchungen sollten endgültig Klarheit in der Frage der Linienführung bringen²⁸.

28 StAM, 16XV, Kl. 1, Nr. 1. Wie unangenehm der Kasseler Vereinigung der Umstand war, daß keine Entscheidung in der Linienfrage getroffen worden war, zeigt die Tatsache, daß sie den Bericht an das kurhessische Innenministerium immer wieder hinauszögerte und sich erst nach mehreren Mahnungen dazu bereitfand. Zudem waren in Kassel schon Ende Januar 1838, noch vor der Generalversammlung, Nachrichten eingegangen, daß die großherzoglich-hessische Regierung sich für die Bahn über Gießen aussprach und bei einer Entscheidung für diese Richtung Verhandlungen mit Kurhessen aufnehmen wollte (StAM 16XV, Kl. 4, Nr. 1). Mit Hilfe von Fragebögen wurde nun versucht Klarheit über das zu erwartende Verkehrsaufkommen zu erhalten. Vgl. StAD G 15 Friedberg, XXV, Abt. 3, Main-Weser-Bahn; StdtAG L 1464; StAM 16XV, Kl. 1, Nr. 1.

Abbildung 1:



Die Cassel-Frankfurter Eisenbahn, nach den beiden vorgeschlagenen Richtungen, gezeichnet vom kurhessischen Baukondukteur Reuße, aus: G. Heller, Die Eisenbahn von Cassel nach Frankfurt a.M., Hersfeld 1838

In dieser Situation gingen die Gießener erneut in die Offensive. Die provisorische Eisenbahngesellschaft schickte eine Petition an den Großherzog und bat um Unterstützung der Linienführung über Gießen. Erstmals befaßte sich am 23. Februar 1838 auch der Gemeinderat mit der Eisenbahnangelegenheit²⁹. In Eingaben an das großherzogliche Innenministerium und den Provinzialkommissar ersuchte die Stadt um Unterstützung der Bahn über Gießen: mit Erfolg³⁰. In Darmstadt begann sich die Regierung ernsthaft mit den Gießener Eisenbahnplänen auseinanderzusetzen. Sie forderte die Entwürfe und Karten an, die der Kreisbaumeister Müller aufgenommen hatte und ließ sich von ihm ausführlich über mögliche Linienführungen im Gebiet um Gießen berichten³¹. Schließlich fragte der Staatsminister Du Thil in Kassel an, ob und in welcher Weise die beiden Regierungen in Verhandlungen eintreten sollten³².

Der Vorsitzende des Gießener Eisenbahnvereins, Prof. Friedrich Schmitthenner, tat ein übriges und legte ein Gegengutachten zur Schrift Ficks vor, in welchem er, nach vorheriger Abstimmung mit dem Marburger Eisenbahnverein, die gemeinsamen Interessen Gießens und Marburgs vertrat. Die Linie über Fulda verwarf er wegen ihrer zu großen technischen Schwierigkeiten. Seine Hauptargumente für die Bahn über Gießen waren demnach das günstigere Terrain und die geringeren Anlagekosten. In dieser Linienführung sah er "die von der Natur vorgezeichnete". Recht polemisch führte er aus, daß sie wohl gerade deshalb von den kurhessischen Ingenieuren verschmäht werde.

29 StdtAG L 1464.

30 StAD D12, 9/15; StdtAG L 1464. Die Äußerung des 'Provinzial-Commissairs' der Provinz Oberhessen war positiv, doch schwang auch ein wenig Skepsis mit: "Da nach sicherer Nachricht, bei der Generalversammlung in Kassel sowohl von der Richtung über Marburg, Gießen pp. als auch von der Fulda, Hanau pp. die Sprache war, und jener Richtung in technischer Beziehung der Vorzug gegeben wurde, während dieser hinsichtlich des stärkeren Verkehrszuges, als vorzüglicher anerkannt worden ist, so dürfte allerdings jetzt der Zeitpunkt seyn im Interesse unserer ganzen Provinz und der Stadt Gießen zu handeln". Als Gründe führte er an: "Kommt überhaupt keine Eisenbahn zwischen Kassel und Frankfurt zu Stande, so bleibt unser seitheriges Verhältnis bestehen und ich weiß nicht, ob nicht vielleicht gerade dieses wünschenswert sein dürfte. - Kommt dagegen eine Eisenbahn zu Stande, und es wird die Richtung über Fulda gewählt, so ist unserer Provinz der Transit von Norddeutschland nach Süddeutschland genommen und höchstwahrscheinlich für lange Jahre, vielleicht für immer verloren."

31 StAM, 60a, Nr. 50. Der Staatsminister Du Thil forderte die Gesellschaft zu Gießen am 11.05.1838 auf: "Sicherem Vernehmen nach haben Sie durch den Gr. Kreisbaumeister Müller zu Gießen über die Richtung, welche einer von Marburg über Gießen nach Frankfurt anzulegenden Eisenbahn, namentlich hinsichtlich der Überschreitung der Wasserscheide zwischen den Flußgebieten der Lahn und des Mains, Zeichnungen und Richtungsentwürfe aufnehmen lassen. Die Einsicht derselben ist uns notwendig und wir fordern Sie auf, diese Entwürfe und Zeichnungen mit den etwa dazu gehörigen Gutachten und Erläuterungen unverzüglich an uns einzusenden." Vgl. StAD G 31L, Nr. 811. Der Kreisbaumeister Müller schickte am 16. Juli 1838 auf Anforderung der Oberbaudirektion einen Bericht nach Darmstadt.

32 StAM 9a, Nr. 1777 u. 16XV, Kl. 1, Nr. 1. Dabei ließ das großherzogliche Innenministerium keinen Zweifel an seiner Haltung in der Linienfrage. Die "industriellen und kommerziellen Vortheile" würden "sich entschieden für die Bahn über Marburg und Gießen gehende Bahnlinie neigen". Du Thil ließ auch keinen Zweifel an seiner Ansicht in Bezug auf die Linie über Fulda. Sie erschien "in jeder Beziehung höchst problematisch" und gehörte seiner Ansicht nach "mehr in die Kategorie der Wagnisse als in die der wohlberechneten Spekulation". "Von diesen Ansichten ausgehend stellen sich uns der Konzessionierung einer Gesellschaft für den Bau einer Eisenbahn von Kassel aus durch das Fuldataal nach Frankfurt geführt werden soll große Bedenklichkeiten entgegen". (9a, Nr. 1777).

"In der That bietet dieselbe auch dem Genie des Künstlers durchaus keine Gelegenheit zu glänzenden Entwürfen und Werken, keine Bogenstellungen über Städte hinweg, keine unterirdischen Galerien, ... nicht einmal Serpentinirungen, ja nicht einmal Anwendung von Pferdekräften mit komplizierten Bremsvorrichtungen, - nur Blöcke einzurammen, nur Schienen zu legen."³³

Auch unter dem Aspekt der Rentabilität und des Verkehrsaufkommens hielt Schmitthenner die westliche Trasse für günstiger³⁴. Daneben führte er noch ein Argument gegen die Fuldaer Strecke an, welches, neben den technischen Schwierigkeiten, das ausschlaggebende werden sollte: die Haltung der anderen Staaten, vor allem Preußens³⁵.

Tatsächlich hatte sich das preußische Kriegsministerium inoffiziell bereits gegenüber dem Kasseler Eisenbahnverein zugunsten der Bahn über Gießen geäußert. Wenig später, nachdem die Gießener Eisenbahngesellschaft den Berliner Behörden eine Denkschrift zugespielt hatte, - dabei handelte es sich wahrscheinlich um das Gutachten Schmitthenners -, sprach sich der preußische Generalpostmeister Nagler in einem Brief nach Kassel ebenfalls gegen Fulda aus³⁶.

Ende August 1838 regte die Regierung in Darmstadt schließlich offizielle Verhandlungen über die Bahn von Kassel über Gießen nach Frankfurt an. Sie erhielt jedoch keine Antwort aus Kassel. Die kurhessische Regierung war unter erheblichen Druck geraten. Alle potentiellen Verhandlungspartner bei dem Eisenbahnprojekt setzten in der Linienführung andere Prioritäten. Um Vorentscheidungen durch private Aktionen auszuschließen, untersagte das Innenministerium in Kassel im Oktober 1838 den kurhessischen Eisenbahnvereinen die weitere Tätigkeit. Die Eisenbahnverhandlungen wurden von nun an nur noch intern, innerhalb der staatlichen Sphäre geführt. In der Öffentlichkeit wurde es still um die Eisenbahn³⁷. Von der Ausschaltung der Eisenbahnvereine im Kurfürstentum war anscheinend auch der Gießener Eisenbahnverein betroffen, denn nach 1838 schweigen die Quellen über ihn und es gab anscheinend keine weiteren Vorstöße der Stadt Gießen in dieser Angelegenheit³⁸.

Überhaupt wurde die Eisenbahnpolitik in den nächsten Jahren weniger von Gießen und Marburg aus beeinflußt. Die Zentren lagen in Kassel, Frankfurt und Darmstadt. Die Regierungen dieser drei Territorien begannen seit Anfang der vierziger Jahre ernsthafte Verhandlungen über den

33 F. Schmitthenner, Die Main-Weser-Bahn, Gießen 1838, S. 11.

34 Schmitthenner, S. 45-53.

35 Schmitthenner, S. 28-29 u. 45-46.

36 StAM 60a, Nr. 53, 17.03.1838 u. 9.04.1838; vgl. 16 XV, Kl. 1, Nr. 1.

37 60a, Nr. 50; 9a, Nr. 1777. Eine Reaktion aus Kassel erfolgte darauf nicht. Wie den Akten zu entnehmen ist hatte das kurhessische Außenministerium zwar den Auftrag zu einer ablehnenden Antwort erhalten. Dieser Auftrag wurde allerdings nicht ausgeführt. Eine Aktennotiz des Außenministeriums dazu lautete: "Dem Ministerium in Darmstadt ist auch noch nicht geantwortet worden, weil es mir nicht zweckmäßig schien die Eisenbahn von hier nach Frankfurt ganz von der Hand zu weisen." (16XV, Kl. 1, Nr. 1).

38 Vgl. StAD D12, Geheimes Cabinets Sekretariat 9/15 (neu). Die letzte mir bekannte Äußerung des Gießener Eisenbahnvereins stammt vom 21.04.1838. Es ist ein Gesuch an den Großherzog mit der Bitte um Unterstützung, "daß eine Bahnlinie gewählt werden wird, welche den Interessen der Provinz Oberhessen entspricht."

Bau einer Eisenbahn durch eine Aktiengesellschaft, von Kassel über Marburg/Gießen nach Frankfurt. Kurhessen hatte in der Frage der Linienführung zurückstecken müssen. Der Kurstaat und der Kasseler Eisenbahnverein hatte von Anfang an versucht, die verkehrspolitische Schlüsselstellung Kurhessens auszuspielen, um die Linie über Fulda durchzusetzen. Ohne die Mitwirkung der Nachbarstaaten drohte die geplante kurhessische Bahn jedoch isoliert und ohne Anschlußverbindungen zu bleiben. Weder Preußen, noch Hessen-Darmstadt wollten mitspielen. Kurhessen lenkte schließlich ein. Generell zeigte sich bei den Eisenbahnverhandlungen in Hessen, daß keiner der Staaten seine Vorstellungen vollständig durchsetzen konnte. Der Weg zum Kompromiß war allerdings oft langwierig und schmerzlich.

Die Verhandlungen über die Main-Weser-Bahn kamen zunächst nicht recht voran. Gegensätzliche Vorstellungen über die Linienführung und überzogene Geldforderungen, die Kurhessen an Frankfurt stellte, führten immer wieder zum Abbruch der Konsultationen. Neuen Schwung erhielt das Projekt erst, als das Großherzogtum 1842 seiner Ständeversammlung ein Eisenbahnbauprogramm vorlegte³⁹. Die Regierung hatte sich zum Bau auf Staatskosten entschlossen und schlug eine Eisenbahn von Norden nach Süden durch das ganze Land vor, die selbst nur Bestandteil einer noch größeren Nord-Süd-Verbindung sein sollte. Der Gießener Abgeordnete Prof. Schmitthenner betonte die vielfältigen Wirkungen des neuen Verkehrsmittels. Der Wohlstand des Landes werde vermehrt, die Steuerkraft der Einwohner gestärkt und damit gesamtwirtschaftliche Prozesse ausgelöst, die schließlich dem Staat selbst zugute kämen. In diesem Sinne begrüßte er die Entscheidung der Regierung zum Bau auf Staatskosten, denn solches Baukapital sei nicht verloren, "wie etwa bei einer Kriegsschuld", sondern diese "Schulden" würden dem Land unermeßlichen Vortheil abwerfen."⁴⁰

Hatte die Regierung in der Finanzierungsfrage weithin Zustimmung gefunden, so waren die Haltungen in der Frage der Linienführung wesentlich kontroverser. Regionale Gegensätze hatten sich ja schon durch die Existenz konkurrierender Eisenbahnkomitees geäußert und kamen jetzt erneut zum Ausbruch⁴¹. Nun begannen sich auch Stimmen aus Oberhessen, in der Diskussion wieder Gehör zu verschaffen. Als es nämlich um die Frage ging, welcher Landesteil zuerst eine Eisenbahn erhalten sollte, waren die Meinungen in der Ständeversammlung durchaus unterschiedlich. Die Abgeordneten der Provinz Starkenburg, die rheinhessischen Abgeordneten und die Oberhessen waren jeweils der Ansicht, ihrer Provinz gebühre der Vorrang vor den anderen. Starkenburg trug schließlich aus folgenden Gründen den Sieg davon: In Starkenburg lag die Landeshauptstadt Darmstadt und aus dem Jahre 1838 bestand bereits ein Staatsvertrag mit dem Großherzogtum Baden und der Stadt Frankfurt über eine Bahn von Frankfurt über

39 VHZKHD 9. LT, Supplementband, Nr. 36, Vorlage eines Eisenbahnbauprogramms am 4.04.1842.

40 VHZKHD 9. LT, Beil. 7, S. 3 u. 9.

41 Vgl. Diss. S. 72.

Darmstadt nach Mannheim⁴². Zweite Priorität erhielt die Bahn durch Oberhessen über Gießen, nicht zuletzt durch den Einsatz des Gießener Abgeordneten Prof. Schmitthenner. Er führte hauptsächlich entwicklungspolitische Argumente an und machte immer wieder deutlich, "daß die ganze Zukunft von Oberhessen an" die Eisenbahn "geknüpft ist." Würde eine andere Linie gewählt, "so ist der größte Theil der Provinz auf lange, vielleicht auf immer zur Armuth und Unkultur verurtheilt". Wird jedoch eine Linie eingeschlagen, "daß sich die Bahn über Marburg, mit Bahnhöfen und Einsteighallen zu Gießen, Butzbach, Friedberg und Vilbel, nach dem Main wendet, so geht künftig der ganze Strom von Menschen und Waren aus Nordeuropa durch Oberhessen, die stagnierenden Produkte seiner entlegensten Gegenden, Getreide, Vieh, Eisen, Bausteine, Kohlen usw. kommen in Bewegung, die Wetterau wird nahe an die Märkte von Frankfurt und Mainz gerückt. ... Cassel würde das größte Emporium in Norddeutschland werden, das jetzt sehr isolierte Oberhessen in die Mitte des Weltverkehrs treten und alle Vortheile eines großartigen Transits genießen."⁴³

Nach langen und heftigen Diskussionen nahmen die beiden Kammern des Darmstädter Landtags im Sommer 1842 das Eisenbahnbauprogramm der Regierung an und genehmigten gleichzeitig den Bau der Hauptlinien im Großherzogtum auf Staatskosten⁴⁴.

Entgegen den ursprünglichen Absichten der großherzoglich-hessischen Regierung, Eisenbahnen nur durch private Bahngesellschaften bauen zu lassen, war man jetzt von diesem Prinzip abgewichen. Zu dem Umdenkungsprozeß hatte einmal das Scheitern der Darmstädter Eisenbahngesellschaft für die Bahn von Frankfurt nach Mannheim den Ausschlag gegeben, zum anderen aber auch die wachsende Einsicht, welchen ökonomischen Machtfaktor eine Eisenbahnanlage darstellen konnte. Und dieses Instrument wollte die Regierung in Darmstadt keinesfalls aus der Hand geben. Sie entschied sich daher auf den Hauptlinien für den Staatsbahnbau.

Damit war eine wesentliche Vorentscheidung im hessischen Eisenbahnbau getroffen. Sowohl das Großherzogtum Baden und die Stadt Frankfurt im Falle der Main-Neckar-Eisenbahn, als auch Kurhessen und Frankfurt im Falle der Main-Weser-Bahn entschlossen sich daraufhin ebenfalls zum Staatsbahnbau. Einen Durchbruch in den Verhandlungen über die Main-Weser-

42 Schmitthenner war ein Wortführer der Eisenbahnbefürworter. In der Landtagsdiskussion um die Eisenbahnfrage stellte er z.B. die nationale und sicherheitspolitische Bedeutung der Eisenbahn an erste Stelle, und der argumentierte hier ganz ähnlich wie Friedrich List. Durch "äußerste Concentration der Staatskräfte zu Angriff und Vertheidigung" sollte die Eisenbahn "nebst dem Zollverein das stärkste Band der Vereinigung bilden ..., die Macht der Vertheidigung unberechenbar erhöhen" sowie "den Frieden und eine glückliche Zukunft" sichern.

VHZKHD 9. LT, Supplementband, Nr. 62 u. Beil. 7, S. 2.

43 VHZKHD 9. LT, Supplementband, Beil. Nr. 7, S. 6-7.

44 VHZKHD 9. LT, Nr. 61, S. 25; Nr. 65, S. 1-6.

Bahn stellte dies allerdings nicht dar. Die Verhandlungen schleppten sich noch bis Anfang 1845 hin, als endlich auch Frankfurt den Staatsvertrag unterzeichnete⁴⁵.

Für Gießen waren folgende Bestimmungen des Vertrages von Bedeutung; zunächst der Artikel 1, in welchem der Bahnverlauf festgelegt war:

"Unter der gemeinschaftlichen Mitwirkung der Kurfürstlich Hessischen Regierung, der Großherzoglich Hessischen Regierung und des Senats der freien Stadt Frankfurt soll eine Eisenbahn von Kassel über Marburg, Gießen, Friedberg, Vilbel und Bockenheim nach Frankfurt auf Staatskosten erbauet ... werden".

In Artikel 2 waren sodann die Orte für die Hauptbahnhöfe in Kassel, Gießen und Frankfurt bezeichnet⁴⁶. Außerdem wurden die Betriebswerkstätten für das großherzogliche Gebiet nach Gießen gelegt. Gießen wurde somit zu einem zentralen Ort an der Main-Weser-Bahn⁴⁷.

Nach mehr als zehn Jahren der Vorbereitung und Planung konnte der Bau endlich beginnen. Zu diesem Zweck errichtete die großherzogliche Regierung eine "Eisenbahn-Baudirection" für die Provinz Oberhessen mit Sitz in Gießen. Zu ihrem Leiter wurde der bereits genannte, aber mittlerweile zum großherzoglichen Provinzialbaumeister avancierte, Oberbaurat Müller ernannt⁴⁸.

Es begann jetzt die Phase des Eisenbahnbaus, die seit langem herbeigesehnt worden war: die konkreten Baumaßnahmen. Daran knüpften sich im Großherzogtum viele Hoffnungen. Man erwartete, daß einheimische Unternehmer und Betriebe bevorzugt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt würden. Dadurch sollten schon in der Bauphase Impulse aus dem Eisenbahnbau an Handel, Gewerbe und Industrie weitergegeben, das Geld der beträchtlichen Investitionen im Land gehalten und der Eisenbahnbau als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wirksam werden⁴⁹.

Die heimischen Gewerbe und die Industrie konnten die Anreize jedoch nur begrenzt aufnehmen, weil weder das technologische Wissen noch die notwendigen Produktionsmittel oder die Kapazitäten vorhanden waren, um das Verlangte in der geforderten Qualität und Menge zu liefern. So gingen die Großaufträge für Schienenlieferungen und für die Erstausrüstung an Lokomotiven alle ins Ausland oder in Staaten des Zollvereins. Eine Ausnahme bildete lediglich das Wagenmaterial, das ausschließlich von hessischen Betrieben bezogen wurde.

45 Kurhessen und Hessen-Darmstadt waren sich schon Ende 1844 einig gewesen. Lediglich die für Frankfurt so wichtige Bahnhofsfrage war noch offen. Die Stadt bestand aus mehreren getrennten Bahnhöfen, die beiden Hessen wollten dies unter allen Umständen vermeiden. Als Frankfurt sich weiterhin sperrte, unterzeichneten sie am 5. Februar 1845 den Staatsvertrag alleine, die Bahnhofsfrage blieb offen. Am 5. April unterzeichnete schließlich auch der Senat der Stadt Frankfurt den Staatsvertrag und der Weg zum Baubeginn war frei (StAM 9a, Nr. 1810; StAD G 31L, Nr. 811).

46 Regierungsblatt, 1845, S. 162.

47 StAD G 311, Nr. 1284.

48 Regierungsblatt, 1847, S. 4-5.

49 VHZKHD 10. LT, Nr. 62, S. 8; Nr. 64, S. 18.

Für den Bedarf an einfacheren Eisenteilen wurden Ausschreibungen nur innerhalb des Landes vorgenommen. Auch hier zeigte sich, unter welchen ungünstigen Wettbewerbsbedingungen die einheimischen Betriebe antraten. So erhielt der Hütteninspektor Klein von der staatlichen Ludwigshütte bei Biedenkopf aufgrund der niedrigsten Forderung den Zuschlag für ein Quantum Stoßplatten von 30.000 Stück⁵⁰. In einer Eingabe an das Ministerium der Finanzen bat er jedoch um Entbindung von der Lieferung zum gebotenen Preis.

"Nur durch die bedrückende Not der Bevölkerung um Biedenkopf habe man sich bei der Versteigerung in Gießen zu dem genannten Angebot veranlaßt gesehen, um einem Teil dieser Leute auch im Winter eine Beschäftigung zu geben".

Bei der Versteigerung in Gießen hätten Ausländer "nur aus Muthwillen einen geringeren Preis geboten" und die Ludwigshütte so zu einem nicht kostendeckenden Angebot veranlaßt⁵¹. Das Finanzministerium gab in diesem Falle dem beschäftigungspolitischen Aspekt den Vorrang vor den Sparsamkeitserwägungen und schloß mit der Ludwigshütte den Vertrag ab, zu einem etwas höheren Preis als dem zunächst gebotenen⁵².

Bei der Vergabe der Bauarbeiten stellten sich die Probleme in ganz ähnlicher Weise⁵³. Eine große Zahl von Beschäftigungslosen oder Unbeschäftigten - Kleinbauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Handwerksgehilfen und kleine Handwerksmeister - standen als Bauarbeiterpotential zur Verfügung. Da kaum technische Hilfsmittel für die Erdarbeiten und die Legung der Gleise existierten, waren viele Arbeitskräfte nötig.

Nach öffentlichen Ausschreibungen oder Versteigerungen wurden die Erdarbeiten in einzelnen Losen abgegeben. Oft übernahmen diese Arbeiten Gruppen von Kleinunternehmern oder Handwerkern aus der Umgebung der Baustelle, die sich zu diesem Zweck zu Unternehmergesellschaften zusammenschlossen. Die Regierung des Großherzogtums förderte dies, indem sie nach der Veröffentlichung des Vergabetermins Rundschreiben an die betreffenden Ämter mit der Aufforderung erließ, die Versteigerungen der Erdarbeiten bekanntzumachen und ausdrücklich auf die Möglichkeit der Arbeitsgesellschaften hinwies⁵⁴. Da die Bauarbeiten an der Main-Weser-Bahn mit den Mißernten und Hungerjahren der vierziger Jahre zusammenfielen, bekam der Staatsbahnbau den Charakter von Notstandsarbeiten⁵⁵. Die Landräte und die

50 StAD G 31L, Nr. 1438; vgl. VHZKHD 14. LT, Beil. 11, S. 6.

51 StAD G 31L, Nr. 1438; vgl. VHZKHD 14. LT, Beil. 11, S. 6.

52 VHZKHD 14. LT, Beil. 11, S. 6.

53 StAD G 31L, Nr. 1293, 1296, 1297, 1300; vgl. auch VHZKHD 10. LT, Beil. 184 und 1. K. Nr. 113 u. Beil. 136.

54 StAD G 15 Friedberg XXV, Abt. 3, Main-Weser-Bahn III; Erbach X, Nr. 146.

55 StAD G 15 Friedberg XXV, Abt. 3, Main-Weser-Bahn III; Erbach X, Nr.

146. Vgl. dazu D. Klinksiek, Die Eisenbahnbauarbeiter in der Frühzeit des Eisenbahnbaus in Bayern, in: Zug der Zeit, S. 249-253, hier S. 248. Auch die Regierung Bayerns sah sich angesichts ökonomischer Krisen in den vierziger Jahren und gegenüber der großen Zahl Erwerbsloser "gezwungen, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, bei denen auch der ungelernete Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdienen konnte, und so nahm der Staatsbahnbau in den vierziger Jahren auch den Charakter von Notstandsarbeiten an."

Bürgermeister erhielten die Anweisung, dies "im Interesse der minder vermögenden Arbeiter-
 Classe möglichst zu befördern"⁵⁶. Von der Regierung aus, waren die Bauarbeiten regelrecht als
 Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gedacht⁵⁷.

Aber in Oberhessen stellten sich die erhofften wirtschaftlichen Impulse meist nicht ein. Da der
 Bau der Main-Weser-Bahn in die Krisenzeit zwischen 1846 und 1852 fiel, standen sich die
 gegensätzlichen Interessen der staatlichen Baubehörde und der notleidenden Bevölkerung
 gegenüber. Während die Verwaltungsorgane wegen der Geldknappheit auf äußerste Sparsamkeit
 achteten und die Preise für einzelne Arbeitslose sehr niedrig ansetzten, waren die Bewohner in
 der Provinz Oberhessen auf jeden möglichen Verdienst angewiesen. Bei den Versteigerungen
 trafen dann die Gebote der Unternehmer aufeinander und riefen eine heftige Konkurrenz hervor,
 was zu deutlichen Unterbietungen der vom Staat festgesetzten Anschlagssummen führte. Für die
 Regierung hatte dies den positiven Effekt, daß "besonders in der Sektion Butzbach, Friedberg
 und Vilbel" Einsparungen möglich wurden⁵⁸.

Nur die Notlage der Bevölkerung erklärt, warum sich Ortsbürger gegenseitig heruntersteigerten,
 bis Summen erreicht waren, die bei steigenden Lebensmittelpreisen nicht einmal mehr die
 Kosten deckten⁵⁹. Wenn dann noch ungünstige Bodenverhältnisse hinzukamen, bei einer
 oberflächlichen Taxierung des Geländes war dies nicht ausgeschlossen, entstanden den
 Unternehmungsgesellschaften große Verluste. Da die Baulose zum Festpreis versteigert wurden,
 blieb das Risiko bei den Unternehmern, und nur in seltenen Fällen fand sich die Baubehörde zu
 Nachzahlungen bereit⁶⁰. Waren die Unternehmer nicht mehr in der Lage, die Arbeiten fortzuführen
 oder termingerecht abzuschließen, übernahm der betreffende Sektionsingenieur das Los in
 Regie und stellte es auf Kosten der Unternehmer fertig. Ein Verfahren, das manche Unternehmer
 in den Ruin trieb⁶¹.

Die großen Hoffnungen, die zu Beginn des Bahnbaus in Hessen bestanden, erfüllten sich so nur
 zum Teil. Auf der einen Seite gelang es zwar, die Erdarbeiten und Hochbauten einheimischen
 Betrieben zu übertragen, so daß sie ihre Funktion als Notstandsarbeiten erfüllten. Da aber
 andererseits die wirtschaftlich ungünstigen Umstände auf die Preise drückten, erwiesen sich die
 Bauarbeiten nur zum Teil als Stimulans für die hessische Wirtschaft.

56 StAD G 15 Friedberg XXV, Abt. 3, Main-Weser-Bahn III; Erbach, X 146.

57 StAD G 15 Friedberg XXV, Abt. 3, Main-Weser-Bahn III. Vgl. dazu auch
 die Ausschreibungspraxis der kurhessischen Main-Weser-Bahn, die im Gegensatz zur darmstädtischen Main-
 Weser-Bahn überregional in der Eisenbahnzeitung für ihre Ausschreibungen inserierte (z.B. EZ 1847, S. 138).
 Aus dem Großherzogtum Hessen liegen solche Ausschreibungen in der EZ nicht vor.

58 In dem Bericht des Finanzministers über die Baukosten der Main-Weser-Bahn (VHZKHD 14. LT. Beil. 11, S.
 6) wurden die dadurch möglichen Einsparungen ausdrücklich hervorgehoben. "Diese wird besonders in der
 Sektion Butzbach, Friedberg und Vilbel stattfinden und muß als hauptsächlich in den Zeitverhältnissen der
 letzten Jahre begründet betrachtet werden, welche eine außerordentliche Concurrenz ... veranlaßten".

59 StAD, G 31L, Nr. 1296, 1297, 1300.

60 StAD, G 31L, Nr. 1300.

61 StAD, G 31L, Nr. 1300.

Die angesprochenen Probleme bei den Bauarbeiten hingen aufs engste mit der Art der Finanzierung zusammen. Die Regierung in Darmstadt hatte sich, mit Zustimmung der Ständeversammlung, als erste in Hessen für den Bau der Eisenbahn auf Staatskosten ausgesprochen. Das notwendige Kapital wurde mit Staatsanleihen aufgebracht, die die Ständeversammlung garantierte. Dabei nahm die großherzogliche Regierung nicht die Vermittlung eines Bankhauses in Anspruch, sondern schrieb die Staatsanleihen selbst aus. Dieses Verfahren hatte sich bei der Main-Neckar-Bahn als recht praktikabel erwiesen und wurde nun auch für die Main-Weser-Bahn angewandt⁶². Hier fielen aber Baubeginn und Mißernten zusammen. Das ganze Projekt stand unter den Vorzeichen der Agrarkrise und der Revolution. Die Anleihen wurden zwar noch vollständig gezeichnet, die Ratenzahlungen gingen allerdings nur sehr unvollständig ein⁶³. Aufgrund der Mißernten waren die Steuererträge rückläufig, Eisenbahngelder mußten zum Ankauf von Getreide verwendet werden. Der finanzielle Spielraum der Regierung wurde immer enger. Eine Anleihe im Ausland aufzunehmen, war so gut wie unmöglich. Der Kapitalmarkt war leergefegt⁶⁴. Daher mußten die Bauarbeiten auf der ganzen Strecke eingestellt werden, und ruhten einen großen Teil des Jahres 1848.

Da man jedoch das Unruhepotential der arbeitslosen Eisenbahnarbeiter fürchtete, überdies die Regierung von Kurhessen auf den Weiterbau drängte, wurden die Arbeiten im Herbst des Jahres wieder aufgenommen. Die Ständeversammlung gab ihre Zustimmung zur Ausgabe von Grundrentenscheinen im Werte von 2 Mio. Gulden. Das Geld reichte aber nur bis ins Frühjahr 1849. Das bedeutete einen erneuten Baustopp. Die Regierung nahm nun weitere Anleihen ohne die Zustimmung der Ständeversammlung auf⁶⁵. Damit konnte der großherzoglich-hessische Teil der Main-Weser-Bahn schließlich vollendet werden. Als erstes Teilstück wurde die Strecke von Frankfurt nach Friedberg ihrer Bestimmung übergeben. Die Fertigstellung der Abschnitte Gießen-Lollar-Marburg und Friedberg-Butzbach erfolgte im Laufe des Jahres 1851. Lediglich auf dem Abschnitt Gießen-Butzbach verzögerte sich die Eröffnung noch bis 1852⁶⁶. In Gießen wurde jetzt die provisorische Eisenbahndirektion der Provinz Oberhessen aufgehoben und eine "Großherzoglich-Hessische Direction der Main-Weser-Eisenbahn ... als obere Behörde für den Betrieb dieser Bahn ... mit Beibehaltung dieses Sitzes in Gießen ... constituirt."⁶⁷

62 Da die Regierung nur sehr wenige Namensobligationen für die Finanzierung der Staatsbahnen ausgab, kann nichts darüber ausgesagt werden, woher das Kapital für die Baufinanzierung stammte. Anhand der wenigen Namensobligationen läßt sich aber feststellen, daß sich auch Gießener Bürger und Institutionen an der Finanzierung der Main-Weser-Bahn beteiligten, indem sie Namensobligationen zeichneten. Vgl. G 35A, Nr. 209.

63 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt 1846, S. 217 und S. 253.

64 VHZKHD, 11. LT, Beil. Nr. 251, S. 1 u. 333, S. 1.

65 Dröll. S. 46; vgl. Regierungsblatt 1849, S. 495-498 und 1850, S. 284-287.

66 P. Hoffmann, Der Bau der Main-Weser-Bahn, in: 700 Jahre Lang-Göns, Heuchelheim 1952, S. 37-65, hier S. 43 u. 45. Vgl. auch Püschel, B., Der Bau der Main-Weser-Bahn, in: Karben. Geschichte und Gegenwart, Karben 1973, S. 258-266, hier S. 273.

67 Regierungsblatt 1853, S. 443; vgl. dazu die Bestimmungen des Separatartikels 4 zum Artikel 7 des offenen Staatsvertrages über die Main-Weser-Bahn, StAD, G 31L, Nr. 811.

Als endlich am 15. Mai 1852 die Main-Weser-Bahn in ihrer ganzen Länge eröffnet wurde, und der erste Zug von Kassel bis nach Frankfurt fuhr, schien in Gießen alles zum besten zu stehen. Doch der Schein trog. In Gießen war noch immer die Bahnhofsfrage offen, an welcher sich die Gemüter der Bürger bereits 1845 erhitzt hatten. Der Anfang dieser Auseinandersetzungen reichte einige Jahre zurück. Noch bevor die Bauarbeiten begannen, war durch eine technische Kommission der drei an der Main-Weser-Bahn beteiligten Staaten eine genaue Terrainaufnahme auf der geplanten Bahnlinie vorgenommen worden. Diese Vermessungen brachten ein Ergebnis, mit dem viele Gießener nicht einverstanden waren. Das im Sommer 1845 verbreitete Gerücht, die Baubehörde beabsichtige den Bahnhof auf dem Seltersberg anzulegen, erregte "insbesondere bei dem Handel und Gewerbe treibenden" Teil der Gießener Bürger die "lebhaftesten Besorgnisse". Die Bahnhofsfrage spaltete die Bürger⁶⁸. Auf Drängen eines Teils der Bürger schickte der Stadtvorstand eine Eingabe nach Darmstadt: Ein Bahnhof mußte nach der übereinstimmenden Ansicht der Gewerbetreibenden und des Stadtvorstandes in der Nähe derjenigen Stadtteile angelegt werden, wo Handel und Gewerbe konzentriert waren und wo auf bequeme Weise Verbindungen mit der Eisenbahn hergestellt werden konnten. Für den ins Auge gefaßten Platz galt dies nach der Ansicht des Magistrats jedoch nicht⁶⁹.

Der Stadtvorstand machte daher zwei Alternativvorschläge: "Der eine ... befindet sich unterhalb der erbaut werdenden Lahnbrücke zwischen dem Neustädter Tor und dem Ausfluß des Stadtkanals in die Wieseck nach dem Selzertor hin und führt den Namen Hamm. Er ist ganz in der Nähe der ältesten Stadttheile, ... und in seiner Nähe läßt sich bei der demnächstigen Schiffbarmachung der Lahn der Hafen vortheilhaft anbringen⁷⁰. Auch dürfte er wegen der in neuerer Zeit so sehr in Anregung gebrachten Eisenbahnverbindung nach Coblenz vorzüglich geeignet erscheinen. Der zweite Platz liegt zwischen dem Walltor und Neustädter Tor der Altstadt ganz nahe, wird mit dem Namen Gartenfeld bezeichnet und bei ihm können ebenfalls außer den bereits bestehenden Straßenverbindungen leicht weitere Communicationswege hergestellt werden."

Daher bat der Stadtvorstand, den Hauptbahnhof in möglichster Nähe der ältesten Stadtteile anzulegen und dabei die genannten beiden Orte, den Hamm und das Gartenfeld, vorzugsweise zu berücksichtigen⁷¹.

68 StdAG L 1464.

69 StdAG L 1464, 19. 6. 45.

70 In einem Staatsvertrag hatten sich Preußen, Nassau und das Großherzogtum Hessen 1844 über den Ausbau der Lahn zum Schifffahrtsweg von der Mündung bis nach Gießen geeinigt. Zusammen mit den zu diesem Zeitpunkt freilich noch recht vagen Plänen einer Eisenbahn Gießen-Koblenz bot sich der Stadt Gießen die durchaus verlockende Perspektive, ein Knotenpunkt zwischen Eisenbahn und Wasserstraße zu werden. Vgl. K. Fuchs, Zur Verkehrspolitik des Herzogtums Nassau 1815-1866, in NAN 77/1966, S. 134-141 u. ders., Die Lahn als Schifffahrtsweg im 19. Jahrhundert, in: NAM 75/1964, S. 160-201.

71 StdAG L 1464, 19.06.45. Wenig später signalisierte der großherzogliche Kreisrat Prinz seine Unterstützung: "Übrigens mag der Stadtvorstand darauf vertrauen, daß ich auch in dieser Sache den städtischen Interessen meine ungeteilte Fürsorge nach Möglichkeit und nach den speziellen Verhältnissen zuwenden werde."

Aber auch die Bewohner des Seltersberges richteten in ihrem Sinne eine Eingabe an die Regierung, und sie bezeichneten darin die Vorstellungen des Stadtvorstandes als "gegen die Wohlfahrt der Stadt als solche, ihres Handels, ihrer Fabriken und der Gewerbe" gerichtet⁷².

Die Eingabe des Gießener Stadtvorstandes blieb ohne Antwort. Da beschloß der Gemeinderat die Wahl eines Komitees, welches, unter Zuziehung einer beliebigen Anzahl Gießener Bürger, alle Schritte zu tun habe, um den "Bahnhof möglichst nahe an die Stadt zu bringen"⁷³. Das Komitee arbeitete eine neue Petition aus, welche mit den Unterschriften von 373 Gießener Einwohnern versehen nach Darmstadt geschickt wurde. Hierin wies es die Vorwürfe der Seltersberg-Eingabe zurück und stellte die Bewohner des Seltersbergs als eine quantité négligeable dar. Auf dem Seltersberg befänden sich gerade zweiundzwanzig Häuser und bei deren Bewohnern handele es sich "mit wenigen Ausnahmen" nur um "Angestellte". "Der Stand der Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibenden" sei aber "in der Stadt ansässig" und daher sollte der Bahnhof möglichst nahe bei der Stadt angelegt werden⁷⁴.

Die Bahnbehörde setzte für die Anlage des Bahnhofes jedoch andere Prioritäten. In ihren Überlegungen spielten technische Erwägungen bei der Trassenführung die entscheidende Rolle. Für die Gießener wurde dadurch der Provinzialbaumeister Müller, Chef der "Eisenbahn-Baudirection" für die Provinz Oberhessen, einer der ersten Eisenbahnbefürworter in der Stadt und Mitglied des einstigen Eisenbahnvereins, zu einem wichtigen Gegenspieler. In einem Gutachten, das er als Mitglied der gemeinsamen technischen Kommission für die Main-Weser-Bahn über die Linienführung erstattete, ging er auch auf die Bahnhoffrage in Gießen ein. Er votierte für den Bahnhof auf dem Seltersberg. Den Gießener Vorstellungen widersprach er vor allem aus vier Gründen: Erstens würde bei einer Verlegung des Bahnhofes die Trassenführung insgesamt beeinflußt, was bei der Weiterführung der Strecke in Richtung Butzbach zu technischen Schwierigkeiten und finanziellen Mehraufwendungen führen mußte. Dort wollte man einen Tunnel einsparen. Zum zweiten hielt er den felsigen Baugrund auf dem Seltersberg für günstig. Drittens bot dieser Standort die Möglichkeit einer direkten Verbindung mit der Lahn, deren Ausbau an der Einmündung der Wieseck enden sollte. Schließlich ergab sich seiner

72 StdAG L 1464, 16.08.45. Vgl. zur Eingabe der Bewohner des Seltersberges StdAG L 1464, 31.03.1846 Entwurf einer Eingabe des vom Gemeinderat gewählten Komitees.

73 StdAG L 1464, 17.03.46. Mitglieder waren die Gemeinderäte Dr. Bansa, Labroise, Löber, Fillmann und Noll.

74 StdAG L 1464, 31.03.1846. Konzept der Vorstellung und Bitte. Daß diese Aussage nicht korrekt war ergibt sich aus den Akten über die Anlage eines neuen Anatomiegebäudes aus dem Jahre 1838, StAD G 31L, Nr. 811. Es standen dort die Häuser des Geheimrats Dietz, des Kaufmanns Müller, des Hofgerichtsrats Knorr und des Prof. Dr. Birnbaum. Daneben gab es in dieser Gegend allerdings noch einiges unbebautes Gelände mit Gärten und Äckern.

Ansicht nach durch den außerhalb Gießens liegenden Bahnhof für die Stadt die Möglichkeit zu einer ungehinderten Ausdehnung⁷⁵.

Als dies in Gießen bekannt wurde, entfalteten der Magistrat und die Bürger erst recht vielfältige Aktivitäten, mit der sie das Blatt zu wenden hofften. Der Gemeinderat beschloß Bohrversuche auf dem Hamm und im Gartenfeld und bestellte Gutachten von ausländischen Technikern, um die Expertisen der großherzoglichen-hessischen Baubeamten zu entkräften⁷⁶. Auf dieser Grundlage sandte der Stadtvorstand auf seine Kosten eine Delegation nach Darmstadt, um dort vor Ort seine Interessen vertreten zu lassen. Gleichzeitig wurde der Gießener Abgeordnete, Prof. Schmitthenner, eingeschaltet, dem man nahelegte, einen den Interessen der Stadt entsprechenden Antrag in der Ständeversammlung einzubringen und auch sonst in geeigneter Weise für die Sache der Stadt zu wirken⁷⁷.

Die Berichte der Delegation und Schmitthenners wichen in ihrer Einschätzung der Lage voneinander ab. Wo die Delegation die Aussicht wahrnahm, daß die Wünsche des Stadtvorstandes in Beziehung auf den Bahnhof berücksichtigt werden würden, schrieb Schmitthenner, der Standort auf dem Seltersberg scheine beschlossen und in dem Wunsch, den Bahnhof in Stadtnähe zu bauen, "würde nur ein Partikularwunsch gesehen, gegen den wiederholt auch andere Bitten in Darmstadt vorgetragen ... worden seien." In Darmstadt würde das Prinzip vertreten, "den bestehenden Verkehr nicht zu hemmen und demzufolge Bahnhöfe einige hundert Schritte vor den Städten anzulegen"⁷⁸. Auch seine Anfrage an die Ständeversammlung, worin er im Auftrag der Stadt um Unterstützung der Gießener Belange in der Bahnhofsfrage gebeten hatte, stieß in der Ständeversammlung auf keinerlei Interesse⁷⁹. Er selbst plädierte schließlich ebenfalls für den Seltersberg als Standort und hielt eine Änderung der Entscheidung der Behörden für zweifelhaft⁸⁰.

75 StAD G 31L, Nr. 811, Bericht vom 14.09.1845. "Es hat dieses Project gewiß sehr vieles für sich, indem man eines Theils dorten für die zu errichtenden Gebäude mit Bestimmtheit auf sehr günstigen Baugrund (Felsen) rechnen kann, anderen Theils aber eine unmittelbare Verbindung mit der Lahnschiffbarmachung, welche allem Anschein nach am Einfluß der Wieseck endigen wird, leicht herzustellen ist." "Ein vermittelnder Vorschlag würde der sein, den Bahnhof auf die ... Stelle zwischen der Altstadt und neuen Vorstadt, zu verlegen, wo er sich der als Schiffahrts-Canal herzustellenden Wieseck unmittelbar anschließen würde, während jedoch der eben berührte Nachtheil, daß eine Erhöhung bis über den höchsten Wasserstand stattfinden müßte, ebenfalls nicht zu vermeiden wäre (...). Jedenfalls wird indessen aus dem Vorgetragenen erhellen, daß nur die so eben gedachte Stelle und die früher projektierte, hinter dem Anatomiegebäude, in Betrachtung gezogen werden können."

76 StDAG L 1464, 17.07.1846, 30.07.1846, 3.08.1846. Am 18.08.1846 lieferte der Ingenieur Wagner aus Kassel sein Gutachten, welches, versehen mit einem zustimmenden Kommentar des Obergeringieurs der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn und der kurhessischen Main-Weser-Bahn, Francois Splingard, die Position des Stadtrates bestätigte. Das Gutachtens Stephans fiel nicht so positiv aus und wurde von der Stadt nicht weiter verwandt.

77 StDAG L 1464, 21.08.1846 Beschluß, einer Delegation nach Darmstadt. 12.11.1846 Schmitthenner soll Antrag stellen.

78 StDAG L 1464, 7.11.1846 Schreiben Schmitthenners an den Bürgermeister.

79 Verhandlungen der ersten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 10. Landtag, Prot.Nr. 118 vom 23. Juni 1847.

80 StDAG L 1464, 7.11.1846 Schreiben Schmitthenners an den Bürgermeister.

Schmitthener behielt recht. Die einmal abgesteckte Bahnlinie ließ sich nicht ohne erhebliche Mehrkosten nach den Sonderwünschen einzelner Gemeinden abändern. Am 16.11.1846 erhielt der Stadtvorstand einen Ministerialerlaß, wonach die "Bitte um Bestimmung des Bahnhofplatzes im Hamm allerhöchsten Orts nicht bewilligt" worden war. Begründet würde diese Entscheidung damit, es entstünden zu hohe Kosten aber nur wenige Vorteile. Die Baustelle auf dem Seltersberg sei dagegen von seiner Hoheit dem Großherzog allergnädigst genehmigt worden⁸¹.

Bei der Herstellung der Bahntrasse war man natürlich auf eine möglichst gerade Linienführung bedacht. In vielen Fällen lagen die Anhaltstellen und Bahnhöfe daher weit außerhalb der Ansiedlungen. Das berichtete auch der Chef der Eisenbahn-Bau-Direction der Provinz Oberhessen, der Provinzialbaumeister Müller, als er im März 1847 von einer Reise zu den sächsischen und preußischen Eisenbahnen zurückgekehrt war. "Es ist mir ... die Bemerkung interessant gewesen, daß beinahe an allen größeren Städten ... die Bahnhöfe sehr weit, mitunter wohl eine halbe Stunde, von der Stadt entfernt liegen, und ich habe dabei an Gießen gedacht, wo man wegen einer Entfernung von 5 Minuten ein so großes Aufsehen macht."⁸²

In der Regel wurden nur bei Residenzstädten oder bei Handelszentren wie Frankfurt und Mainz Ausnahmen gemacht. Aber auch dann ließen die enge Bebauung und zum Teil noch vorhandene Befestigungswerke Bahnhofsanlagen innerhalb von Städten nur selten zu. Dies galt natürlich auch für Gießen.

Die Finanzierung gab schließlich den Ausschlag. Am 9.08.1847 erhielt der Stadtvorstand erneut einen ablehnenden Bescheid. Daran änderte sich nichts mehr, obwohl die Gießener nicht aufgaben und noch bis Anfang der fünfziger Jahre ihren Plan weiterverfolgten⁸³.

Der Bahnhof wurde auf dem Seltersberg erbaut. Bis der Bahnhof mit seinen Einrichtungen im Jahre 1854 betriebsbereit war, errichtete die Main-Weser-Bahn-Verwaltung am Oswaldsgarten eine provisorische Haltestelle, die somit seit 1850 als erster "Bahnhof" Gießens gelten kann⁸⁴.

Mit der Eröffnung der Eisenbahn ergaben sich für die Gießener Geschäftsleute neue Möglichkeiten. Weitere wirtschaftliche Perspektiven eröffneten sich, als zu Beginn der sechziger Jahre die Bahnen Gießen-Koblenz und Gießen-Deutz fertiggestellt waren. Gießen wurde zu einem kleinen Eisenbahnknoten. In anderen Teilen Oberhessens kamen die Vorteile der Eisenbahn dagegen nicht in gleicher Weise zum Tragen, z.B. in Marburg.

81 StdAG L 1464, 16.11.46.

82 StAD G 31L, Nr. 843, 10.03.1847.

83 StdAG L 1464, Schmitthener in Darmstadt an Bürgermeister. Die Anlage des Bahnhofs auf dem Hamm würde einen finanziellen Mehraufwand von 300.000 fl. erfordern. Vgl. Erlaß des Finanzministeriums vom 9.08.1847. Auch ein weiterer Antrag im Jahre 1849 wurde abschlägig beschieden, Erlaß vom 18.10.1849.

84 Vgl. E. Knauß, Gießen - Vergangenheit und Gegenwart -, Gießen 1981, S. 41.

Hier änderte der Eisenbahnbau nicht nur wenig an der schlechten wirtschaftlichen Situation, sondern der wirtschaftliche Niedergang setzte sich sogar in der ganzen kurhessischen Provinz Oberhessens trotz des Eisenbahnbaus fort. Der Nationalökonom Bruno Hildebrand beschrieb in den siebziger Jahren die wirtschaftliche Lage in der ehemaligen kurhessischen Provinz Oberhessens folgendermaßen:

"Der früher starke Verkehr der Landstraßen erstarb und trügerisch war die Hoffnung auf den Schienenweg. Derselbe führte den kleinen Landstädten keinen Verkehr zu, er trägt den wenigen vorhandenen in die Ferne hinaus und macht die sichersten Käufer vom platten Land der Nachbarschaft untreu. Sie fahren stolz an der alten Marktstadt vorüber zum nächsten größeren Verkehrsmittelpunkte."⁸⁵

So zeigte sich, daß auch in Orten, die endlich den lang ersehnten Bahnanschluß erhalten hatten, nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gingen. Aufschwung und Stagnation lagen, wie die Beispiele Gießens und Marburgs belegen, in Oberhessen dicht beieinander. Mit der Eisenbahn, einem verbesserten Verkehrsträger war zwar eine wichtige Voraussetzung zu weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen geschaffen, aber die Eisenbahn allein löste keines der bestehenden Probleme.

85 StAm 19i, Nr. 341. Vgl. B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, hg. von H. Gehring, Bd. 1, Jena 1922, S. 140-150.

Von der Schwierigkeit Republikaner zu sein Die gestörte Verfassungsfeier 1927 in Gießen

Ernst Dieter Nees

Einführung

In Hessen schien während der zwanziger Jahre die neue republikanisch-demokratische Staats- und Herrschaftsform fester verankert und mehr akzeptiert zu sein als in den anderen Ländern des Deutschen Reiches. Die Parteien der Weimarer Koalition, SPD, Zentrum, DDP erreichten bei Landtagswahlen jeweils deutlich über 50 % der Stimmen und konnten stabile Regierungsbündnisse eingehen. Dennoch gab es interne Spannungen, vor allem nach 1924 wurde die Zusammenarbeit schwieriger und der Druck der rechten Oppositionsparteien stärker. Die Sozialdemokraten als führende Kraft stellten fest: "Besonders das Zentrum und in einzelnen Fällen auch die Demokraten bekannten sich nicht zu einer entschlossenen Politik im eigentlichen Sinne der Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung"¹.

Auch bei den öffentlich geführten Diskussionen über politische Grundsatzfragen befanden sich in Hessen, wie überall im Reich, die Anhänger des neuen Staatssystems von Anfang an und auf Dauer vielfach in der Defensive. Ihr Eintreten für die eigene politische Überzeugung bestand überwiegend im Reagieren auf haßerfüllte Angriffe national-konservativer Monarchisten sowie radikal völkischer und linksextremer Gruppen². Gerade an zwei Formen staatlicher Selbstdarstellung, nämlich der Flaggenfrage (nationale Farben) und den Verfassungsfeiern (Nationalfeiertag) entzündeten sich bekanntlich immer wieder heftige Auseinandersetzungen, trat gleichfalls aber oft auch das "gebrochene Selbstverständnis"³, eine innere Schwäche der staatstragenden demokratischen Parteien zutage. Eindeutigkeit, bekennerhaftes, mutiges uneingeschränktes Eintreten für die neu geschaffene Staatsordnung war eher selten und erreichte bis zu einem gewissen Grade Aufsehen.

Das folgende Beispiel mag zur konkreten, ortsbezogenen Veranschaulichung der zuvor skizzierten und in der Fachliteratur allgemein beschriebenen Problematik beitragen, zugleich indes helfen, die Erinnerung an diejenigen zu bewahren, die unerschrocken aktiv für die Ideale der Weimarer Republik kämpften.

-
- 1 Jahrbuch der Sozialdemokratie 1927, S. 439; zur Stärkung des rechtsbürgerlichen Elements im Zentrum auf Reichsebene s.M. Vogt: Parteien in der Weimarer Republik, in Bracher/Funke/Jacobsen: Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1987, S. 148 f.
 - 2 Gesamtkomplex, wie allgemein geläufig, ausführlich dargestellt u.a. bei K. Sontheimer: Antidemokrat. Denken in der Weimarer Republik, München 1968; Bracher/Funke/Jacobsen: Die Weimarer Rep. 1918-1933, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1987; H. Schulze: Die Deutschen u. ihre Nation, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982; P. Gay: Die Republik der Außenseiter, Frankfurt 1970.
 - 3 Klaus W. Wippermann: Polit. Propaganda u. staatsbürgerliche Bildung, Bonn 1976, S. 302.

Der Zwischenfall

Alle Bemühungen, den Jahrestag der Weimarer Verfassung durch gesetzliche Regelung reichseinheitlich zum nationalen Feiertag zu machen, waren bis zum Jahre 1927 gescheitert⁴. Entsprechende Initiativen im Reichstag und Reichsrat erfuhren immer wieder dilatorische Behandlung, eine zustimmende Mehrheit vor allem im Reichstagsplenum erschien kaum je als wahrscheinlich. Nur Baden hatte den 11. August offiziell zum Staatsfeiertag erklärt. Dies war zunächst 1923 auf dem Verordnungsweg geschehen, ein Antrag der Rechtsparteien im Badischen Landtag, diesen Feiertag wieder abzuschaffen, wurde allerdings im Jahre 1927 abgelehnt und damit die Einführung gewissermaßen nachträglich parlamentarisch legitimiert.

In Hessen fanden am Verfassungstag seit 1922 staatlich organisierte öffentliche Feiern statt. Die Schuljugend bekam nach kurzem Gedenken schulfrei, ein Großteil der Beamten Dienstbefreiung. Die Regierung wünschte, daß besonders die Provinzialhauptstädte und Kreisstädte bei einer angemessenen, würdigen Ausgestaltung der amtlichen Feiern mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Für die Republikaner bedeutete dies alles "leere, hohle Mache", sie riefen mehr oder weniger zum Boykott auf und freuten sich höhnisch über die mancherorts festzustellende Zurückhaltung der Bevölkerung. "Wie wenig bringen es diese hunderprozentigen Republikaner fertig, die Republik beliebt zu machen", lautete die Agitation. "Gesteht, daß der Flaggenwechsel ein Fehler war! Rückt ab von den falschen Propheten der nationalen Knochen-erweichung! Ein Geschlecht, das seine große Vergangenheit leugnet und schmäht, schlägt sich selbst ins Gesicht. Ein Volk, das im Weltkrieg trotz des schließlichen Zusammenbruches so viel unerhört Großes geleistet hat, braucht seinen Blick vor niemand zu senken. Und werdet nicht schon nervös, wenn eine Regimentsfeier abgehalten wird".⁵

Am 11. August 1927 begann in Gießen das Gedenken an den Verfassungstag um 12 Uhr mittags mit einem viertelstündigen Geläut der evangelischen Kirchen. Der Festakt fand, wie in den Jahren zuvor, am Abend um 20.15 Uhr im gutbesetzten Stadttheater statt. Er wurde eingeleitet von der Musikkapelle des 1. Bataillons Infanterieregiment 15 mit Ludwig van Beethovens Egmont-Ouvertüre. Danach begrüßte Provinzialdirektor Graef die Festversammlung. Laut Bericht des Gießener Anzeigers⁶ stellte er unter anderem fest, man könne als erfreulichen Fortschritt verzeichnen, "daß die Frage der Staatsreform lange nicht mehr so umstritten werde,

4 Übersicht über die Entwicklung, besonders auch in Hessen, s. Parlament im Kampf um die Demokratie, der Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933, bearb. u. herausgg. von E.G. Franz u. M.Köhler, Darmstadt 1991, S. 412 f.

5 Friedberger Neue Tageszeitung 11.08.1928; auch 11.08.1924: "Seit 5 Jahren hat das deutsche Volk eine Reichsverfassung, die als freieste der Welt in der sozialist. Frauenzeitschrift 'Frauenwelt' gepriesen wird. Das Maß der Freiheit, das dem deutschen Volke unter diesem Staatsgrundsatz geboten wird, beleuchtet Art. 178 der Reichsverfassung in folgendem Satz: Die Bestimmungen des am 28. Juni in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt. Also das Diktat von Versailles bricht das Reichsrecht u. der Diktator des deutschen Volkes ist die Reparationskommission der Entente".

6 1. Blatt 12.08.1927.

wie noch vor zwei Jahren". Ganz im Stil der bei dieser Gelegenheit üblichen "konfliktvermeidenden Enthaltbarkeit" (K.W. Wippermann) mit Hinweisen auf Notsituationen und der Beschwörung des Gemeinschaftsgedankens forderte er auf zu Liebe und Verantwortungsgefühl "für die Zukunft von Volk und Reich". Im Anschluß an ein Chorlied des Gesangsvereins 'Heiterkeit' und Richard Wagners 'festlichem Zug zum Münster' (Lohengrin), gespielt von der Militärkapelle, hielt Oberstudienrat i.R. Prof. Hüter die Festrede.

Er ging bei seiner Betrachtung aus von der Krisensituation am Ende des Krieges, von der Notwendigkeit eines Neuaufbaus des Staates auf neuer Grundlage und mit neuen Formen, wie es seinerzeit Hindenburg in einem Brief an Ebert formulierte. Übernehmen wir nun direkt den Text des Gießener Anzeigers: "Der Redner erinnerte weiter an die Not- und Elendstage der jüngsten Vergangenheit, an das grausame Versailles, den Ruhreinbruch der Franzosen, die noch immer andauernde Besetzung wertvoller Teile des Deutschen Reiches durch fremde Truppen, sowie an die Zeit des Bürgerkriegs. Trotz mancher Unausgeglichenheiten und widriger Dinge, von denen er verschiedene Einzelheiten zum Teil mit beißender Kritik erwähnte, wollte man in dieser Stunde aber einem frohen Optimismus huldigen. Formal habe die Republik vollständig gesiegt; denn zu den Herzensrepublikanern, die seinerzeit die Weimarer Republik geschaffen hätten, seien die sogenannten Vernunft-Republikaner hinzugekommen, und diesen seien im letzten Jahre noch die Muß-Republikaner gefolgt, womit der Redner die Deutschnationale Volkspartei meinte, deren Politik er dabei mit kritischen Bemerkungen betrachtete. Nunmehr ließ der Redner eine weit abgesteckte Betrachtung der deutschen Geschichte folgen, die immer nur "eine Fürstengeschichte" gewesen sei und ging dabei die einzelnen Epochen unter dem Gesichtswinkel republikanischer Einstellung durch. Hierbei kritisierte er in der Hauptsache die Fürsten und dabei insbesondere wiederholt mit ausgesprochener Schärfe die Hohenzollern, namentlich auch den früheren Kaiser Wilhelm II. Bei diesem Teil der Ansprache fiel gar manches Wort, das in den Kreisen der sogenannten "Vernunft- und Muß-Republikaner", deren innere Umstellung sich nicht so rasch vollzieht, sehr peinlich berührte und jedenfalls leider nicht dazu beigetragen hat, das Moment des bisherigen Trennenden noch weiter in den Hintergrund zu schieben. Als der Redner in diesem Zusammenhang mit großer Schärfe das frühere monarchische Regime und seine Spitze erörterte und dabei stark parteipolitisch sich aussprach, kam es zu einem Zwischenfall. Der Kommandeur unseres Bataillons und die in seiner Begleitung befindlichen Offiziere, sowie die zahlreich erschienenen Unteroffiziere und kurz darauf auch die Militärkapelle verließen den Theatersaal, wobei bei dem Fortgang der Kapelle Pfuirufe aus dem Publikum ertönten. Der Redner feierte zum Schluß Gießen und Oberhessen, die einen Friedrich Gottfried Welcker, Weidig-Butzbach, Georg Büchner-Darmstadt, Karl Vogt, Rübsamen, Gutfleisch und Wilhelm Liebknecht ihr eigen nennen konnten, deren Wirken er gleichfalls verherrlichte. Mit dem Bekenntnis zur Republik und der Aufforderung, an die Ideale des neuen Volksstaates zu glauben und an deren Erringung mitzuarbeiten, schloß der Redner seine von starkem Beifall gefolgt Ausföhrungen". Nach einem Liedvortrag des Gesangsvereins 'Eintracht'

brachte Provinzialdirektor Graef das Hoch auf das deutsche Vaterland aus, dem der gemeinsame Gesang der Nationalhymne folgte. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unternahm anschließend einen Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt.

Der Zwischenfall erregte beträchtliches Aufsehen und löste Diskussionen aus, die weit über Gießen hinausgingen. Einerseits fühlten sich die Republikaner vom störenden Auszug der Reichswehrangehörigen provoziert, ja bestätigt in ihrer Auffassung, daß große Teile der Armee dem Volksstaat gegenüber grundsätzlich ablehnend eingestellt seien. Dies drückte beispielsweise ein Kommentar der Berliner Vossischen Zeitung aus, in dem es hieß: "Der neue Fall wirkt besonders aufreizend, weil er an die vielen Fälle erinnert, in denen Offiziere der Reichswehr und Truppen der Wehrmacht an Veranstaltungen teilgenommen haben, die für jeden Unbefangenen einen deutlich monarchistischen, also staatsfeindlichen Charakter trugen, ohne daß je einer der Herren Anstalten gemacht hätte, für den Staat und die Verfassung zu demonstrieren, der er den Treueid abgelegt hat."⁷ Sie sahen eine einseitige Parteinahme auch in diesem Vorfall zugunsten von DNVP und DVP. Nachdem er von Provinzialdirektion und Gießener Polizeiamt Informationen eingeholt hatte, protestierte der hessische Staatspräsident Carl Ulrich in einem Schreiben an den Reichswehrminister gegen "die bewußte Störung der behördlich arrangierten Verfassungsfeier", die als eine "Demonstration gegen republikanische Staatsgesinnung zu betrachten sei".⁸

Andererseits wurde Hüter vorgeworfen, aggressiv und beleidigend eine völlig verfehlte Ansprache gehalten zu haben. Die Gießener Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei beispielsweise protestierte durch ein Schreiben an den Oberbürgermeister und den Provinzialdirektor (mit Abschrift an den hessischen Innenminister und den Staatspräsidenten) scharf gegen die Rede, als einen Versuch "eine überparteiliche Volksfeier auf das Niveau einer sozialistischen Funktionsversammlung herabzudrücken". Die DVP begrüße die Haltung des Reichswehrkommandeurs, der die Taktlosigkeiten des Redners gebührend gekennzeichnet habe⁹. Und der Gießener Anzeiger stellte in einem "Nachwort" zur Verfassungsfeier fest: "Wer gekommen war in dem Glauben, bei dieser Gelegenheit eine Rede großzügiger, geistvoller Art, der Voranstellung des Einigenden und der bewußten Ausschaltung alles Trennenden zu hören, der sah sich bitter enttäuscht. Statt dessen vernahm man in dieser Hauptrede der Veranstaltung nur den Niederschlag der politischen Ansichten des Parteimannes, dessen Ausführungen wohl nach dem Herzen seiner Parteifreunde gewesen sein mögen, die aber der Größe und den Erfordernissen einer Verfassungsfeier nach unserer Meinung nicht gerecht wurden"¹⁰. Bezeichnenderweise empfahl die Zeitung als beispielhaft die Berliner Rede des DVP-Reichstagsabgeordneten Siegfried von

7 Zitiert nach Darmstädter Zeitung 13.08.1927.

8 Darmstädter Zeitung 20.08.1927.

9 Gießener Anzeiger 25.08.1927; zur Stärke der Rechtsparteien in Gießen, s.E. Knauß MOGH Bd. 45, 1961, S. 54, 59.

10 1. Blatt 13.08.1927.

Kardorff und plädierte dafür, künftig vor allem "Worte der Versöhnung, der Hinlenkung zu den hohen Zielen der wahren Volksgemeinschaft zu sprechen".

Ein entschiedener Republikaner

Von nebulösen Phrasen, schillernden Worthülsen, aber auch dem übermäßig skrupulösen, fast ängstlichen Sichzurückziehen auf sogenanntes nationales Kulturgut (so in manchen Empfehlungen der Reichszentrale für Heimatdienst für Verfassungsfeiern) hielt allerdings gerade Ludwig Hüter nichts. Der gebürtige Darmstädter¹¹ war 1889 in das Kollegium des Gießener Gymnasiums (LLG) eingetreten. "Seine lautere, jeder Verschommenheit abholde Gesinnung, sein klarer, das Wesentliche sofort erfassender Verstand"¹² verschafften ihm bald allseitige Anerkennung. Er ging geradlinig seinen Weg, verleugnete nie seine politische Grundüberzeugung. Freundschaft verband ihn mit dem gleichfalls zeitweise am Gymnasium tätigen Dr. Eduard David, dem Begründer der Mittelhessischen Sonntagszeitung, aus der später die Oberhessische Volkszeitung hervorging. Hüter betätigte sich als Mitarbeiter bei diesem Blatt und entschloß sich, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu werden. Er bekannte sich nach 1918 uneingeschränkt zur demokratischen Republik, zu den Werten der Weimarer Verfassung. Sein Eintreten für weltanschaulichen Pluralismus und Toleranz fand jedoch da die Grenze, wo auf die Beseitigung des neuen politischen Systems hingearbeitet wurde. Es allein, meinte er, biete nämlich die Voraussetzung für ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Zusammenleben und die angestrebte Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit. Deshalb dürfe man beispielsweise nicht zulassen, daß Republikgegner wichtige staatliche Ämter besetzt hielten und ihre dadurch gegebenen Möglichkeiten nutzten, um zerstörerisch zu wirken.

Mit Gleichgesinnten gründete Ludwig Hüter am 21. Januar 1922 eine Ortsgruppe Gießen des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes, einen ersten Aufruf zum Beitritt unterzeichneten 34 Lehrerinnen und Lehrer aus den Bereichen Universität, höhere Schulen und Volksschulen, einschließlich Berufsschule¹³.

11 geboren 23.11.1861, gestorben 9.12.1940 in Gießen.

12 aus Jahresbericht des Gymnasiums für das Schuljahr 1926/27 anlässlich Hüters Pensionierung; er unterrichtete die Fächer Griechisch, Latein, Deutsch und Staatsbürgerkunde; zum folgenden s. auch Oberhess. Volkszeitung 23.11.1931 u. Der Wegweiser 9. Jahrg. 1932, Nr. 1

13 Gießener Anzeiger 11.02.1922; um einen Eindruck von Bedeutung und Zusammenfassung dieser Gruppe zu vermitteln, seien an dieser Stelle die Namen mit jeweils kurzem, erläuterndem Zusatz wiedergegeben. Von der Universität unterzeichneten: Ernst v. Aster (Ordinarius f. Philosophie u. Pädagogik), Paul Cernak (außerordentl. Prof. für Physik), Robert Arnold Fritzsche (Oberbibliothekar der Univ. Bibl.), Hugo Hepding (außerordentl. Prof. für Klass. Philosophie), Georg Honigmann (Dr. med., Lehrbeauftragter für Gesch.d. Medizin), Walter Kinkel (Hon. Prof. f. Philosophie), Kurt Koffka (außerordentl. Prof. für experiment. Psychologie), Wolfgang Mittermeier (Ordinarius der jurist. Fakultät), Karl Schaum (ordentl. Prof., Direktor d. physikal.-chem. Instituts), Karl-Ludwig Schmidt (ordentl. Prof. f. evang. Theologie), Karl Uller (außerordentl. Prof. f. Physik), Oswald Weidenbach (Lehrbeauftr. f. Soziologie). Von den Volksschulen unterzeichneten: Julius Biedenkopf (Lehrer an d. Stadtknabenschule/Pestalozzischule), Wilhelm Dietz (Volksschule Lich), Fritz Euler (Lehrer an der

Der Bund wollte - verkürzt dargestellt - mehr Jugendliche für die Republik gewinnen und zögernde, innerlich unsichere Lehrer überzeugen; denen helfen, die antirepublikanischen Pressionen ausgesetzt waren. In einer Entschließung aus dem Jahre 1924 heißt es, die Ortsgruppe Gießen fordere "unbedingt Wahrhaftigkeit in der Lehrtätigkeit auf allen Wissensgebieten" und verwerfe jede tendenziöse Darstellung, gleichgültig in welche Richtung diese Tendenz weise. "In der Schulverwaltung will sie wirken für die Ausmerzung wertloser Literatur aus den Büchereien der Schulen und ihre Ersetzung durch solche Schriften, die zu Wahrhaftigkeit und sozialer Gesinnung erziehen und für die Umgestaltung der Lehrbücher in gleichem Sinne". Gravierende Fälle von Propaganda gegen die Republik, von Anfeindungen und Schädigungen republikanisch eingestellter Lehrer und Schüler sollten geklärt und durch Aussprachen erledigt werden. "Die Ausforschung gegnerischer politischer Gesinnung und Berichterstattung hierüber lehnt die Ortsgruppe grundsätzlich ab." Schließlich wollten sich die Mitglieder auch im privaten Leben "unter Nichtachtung aller Unterschiede der Klasse, des Standes, der Partei und des Bekenntnisses" beispielgebend verhalten¹⁴. Anregende Vorträge, Tagungen (Art republikanische Fortbildungsveranstaltungen), Bereitstellung von Materialien (hauptsächlich auch für das Fach Staatsbürgerkunde) rundeten die Bestrebungen des Republikanischen Lehrerbundes ab. Neben Wilhelm Loos und Prof. Ernst von Aster wurde Ludwig Hüter in den Vorstand gewählt. Hier, nicht in der Parteiarbeit, fand er sein eigentliches Betätigungsfeld. Seinem intensiven Arbeitseinsatz war es mit zu verdanken, daß sich die Organisation allmählich über Hessen hinaus in vielen Teilen des Reiches verbreitete.

Stadtmädchenschule/Schillerschule), Martin Fischer (Rektor an der Bezirksschule/Goetheschule, später Kreisschulrat), Luise Flick (Lehrerin an der Bezirksschule/Goetheschule), Pauline Grossert (Lehrerin an der Stadtmädchenschule/Schillerschule), Otto Grünebaum (Lehrer an der Bezirksschule/Goetheschule), Ernst Hahn (Lehrer an der Volksschule Hungen), Friedrich Huf (Lehrer an der Berufsschule), Heinrich Huth (Lehrer an der Bezirksschule/Goetheschule), Wilhelm Loos (Rektor der städt.Knabenschule/Pestalozzischule), Friedrich Ost (Lehrer an der Stadtknabenschule/Pestalozzischule), Ernst Ploch (Lehrer an der Volksschule Lollar), Johannes Reul (Rektor an der Bezirksschule/Goetheschule), Hermann Schmidt (Rektor der Berufsschule i.E.). Von den höheren Schulen unterzeichneten: Wilhelm Hahn (Oberlehrer am Realgymnasium), Ludwig Hebermehl (Zeichenlehrer am Realgymnasium und a.d. Oberrealschule), Ludwig Hüter (Gymnasium), Siegfried Kann (Dr. phil., StR am Gymnasium), Karl Michel (StR a.d. Oberrealschule), David Sander (Dr. phil., Rabbiner der liberalen jüd. Gemeinde), Otto Weißgerber (StR. a.d. Oberrealschule). In späteren Jahren arbeiteten engagiert mit: August Messer (Ordinarius f. Philosophie u. Pädagogik) u. Dr. Adam Scheurer (Bezirksschule/Goetheschule) sowie Rektor Petri (Volksschule Wieseck). Details zu Organisationsweise u. Entwicklung s.E.D. Nees: Der Deutsche Republikanische Lehrerbund u. seine Aktivitäten in Oberhessen i. Wetterauer Gesch.Bl. Bd. 35, 1986, S. 127 f.

14 Der Wegweiser Jahrg. 1; Nr. 1/2, Sept. 1924; auf Initiative des Dt. Rep. Lehrerbundes wurde am 17.05.1926 in Gießen auch eine republ. Studentengruppe gegründet, s. Der Wegweiser 3. Jahrg., Nr. 3/4, Dez. 1926, Hüter war später maßgeblich am Zustandekommen der Eisernen Front beteiligt.

Widersprüche

In den weiteren Auseinandersetzungen um den Zwischenfall bei der Verfassungsfeier traten Widersprüchlichkeiten zutage. Während der Gießener Anzeiger und der Bericht des Polizeibeamten an die hessische Regierung die Kritik Hüters am früheren monarchischen System und insbesondere an den Hohenzollern als Anlaß für den störenden Weggang der Reichswehr genannt hatten, beruhte die Stellungnahme des Reichswehrministeriums auf einer anderen Begründung. Dort hieß es zunächst auch, es sei keine überparteiliche Rede gehalten worden, dann aber: "In Gießen machte der Redner eine absprechende Bemerkung über den Herrn Reichspräsidenten und kritisierte Mitglieder der Reichsregierung"¹⁵. Der Kommandeur habe sich daher völlig korrekt verhalten. Solche Verschiebung der Rechtfertigungsgründe sollte offensichtlich die Offiziere vom Verdacht mangelnder Republiktreue entlasten. Hüter wehrte sich gegen die neu auftauchenden Vorwürfe. Unter anderem machte er im Berliner Tageblatt ("In eigener Sache") auf die bestehenden Widersprüche aufmerksam und versicherte, die Behauptung des Reichswehrministeriums, er habe den Reichspräsidenten herabgesetzt, sei eine "glatte Unwahrheit". Er formulierte nachdrücklich: "Ich erkläre hiermit öffentlich, daß mich die Unterstellung, ich hätte über den Reichspräsidenten eine absprechende Bemerkung gemacht, schwer beleidigt. Ihn herabzusetzen, wäre für mich ganz unmöglich, da er doch durch das demokratische Wahlrecht zu seiner Würde emporgestiegen ist, und ich würde zur Wahrung meiner persönlichen Ehre gegen den mir unbekanntem Erfinder dieser Nachricht und gegen den Reichswehrminister als Vertreter derselben gerichtlich vorgehen, wenn nicht mein Mißtrauen gegen die deutsche Rechtsprechung bei politischen Beleidigungen ebenso groß wäre, wie das des Reichskanzlers Marx". Seine Bemerkung über Mitglieder der Reichsregierung bezeichnete er als so allgemein, daß seiner Meinung nach für einen Reichswehrkommandanten kein Anlaß gewesen sein könnte, die Festversammlung zu verlassen. Er bekräftigte die Feststellung, den Stein des Anstoßes stelle in Wirklichkeit seine Kritik an Fehlleistungen des vergangenen Systems und des letzten Kaisers dar. Von ihr allerdings Abstand zu nehmen, sah er keinen Grund¹⁶.

Außerdem veröffentlichte Hüter den Wortlaut der Rede im Dezember-Heft des Wegweisers (Zeitschrift des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes), um allen Interessierten die Möglichkeit für die Entscheidung zu geben, "ob ich für etwas anderes als die echte Republik Partei ergriffen habe". Die hinsichtlich des Reichspräsidenten Hindenburg umstrittene Passage lautete im Kontext der Beschreibung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg: "Im Innern aber, ein unseliges Erbe des Völkermordes, rohe blutige Gewalttaten der Links- und Rechtsbolschewisten: Bürgerkrieg und Meuchelorde. Noch schlimmer der moralische Tiefstand zum Teil in sogenannten gebildeten Kreisen, die die demokratische Redefreiheit, die ihnen die Republik schenkte, mit Schimpffreiheit verwechseln. Die öden Witzeleien sogenannter

15 Gießener Anzeiger 20.08.1927, desgl. Darmstädter Zeitung vom Tage.

16 Zitate nach Darmstädter Zeitung 27.08.1927

gebildeter Volksgenossen über den ehemaligen Sattlergesellen sind erst verstummt, als der frühere Kadett durch Volkswahl zur höchsten Stelle des Reiches emporstieg". Bei den als Angriff auf die Reichsregierung beanstandeten Stellen hieß es: "In diesem Sommer 1927 erhob sich das unwürdige Gezänke um den doch eigentlich selbstverständlichen Nationalfeiertag. Seltsamerweise schlug der Reichsinnenminister eine Enquete über Frankreich und Amerika vor. Wir wissen doch alle, wie Frankreich und Amerika ihre Nationalfeste feiern und daß sie ihre Nationalflagge ehren". Und etwas später: "Zu den Herzensrepublikanern, die die Republik geschaffen, gepflegt, behütet und gerettet haben, stießen die Vernunftsrepublikaner. Mitbürger, die mit ihrem Herzen zunächst am alten Staate festhielten - durchaus ehrenvoll für sie - aber dann aus Vernunftsgründen den neuen Staat rückhaltlos anerkannten. Im letzten Jahre sind die Mußrepublikaner dazu gekommen. Die Zwangsläufigkeit der Verhältnisse war stärker als die Abneigung gegen die Republik. Die große monarchistische Oppositionspartei (DNVP) ist um ihrer Interessen willen in die republikanische Regierung eingetreten, die Reichsminister, die sie stellte, haben den Eid auf die Verfassung abgelegt. Die Partei verspricht in ihren Richtlinien Einstellung der Schmähungen gegen Schwarz-Rot-Gold und äußerte Achtung vor den Reichsfarben. Partei und Minister stimmen zum Schutze der Republik der weiter dauernden Verbannung Wilhelms II. aus Deutschland zu. Freilich ohne innere Zwiespältigkeit geht es dabei nicht ab: Das Getöbe in der Rechtspresse gegen die Beflaggung von Gemeindedienststellen in Preußen mit den Reichsfarben! Die Gegner dieser Verordnung tun ja so, als ob die Freiheit der Stadtgemeinden, für die sie doch früher wenig übrig hatten, bedroht sei durch die Verordnung der Beflaggung. Die Herzensrepublikaner werden daher diesen Auch-Republikanern Mißtrauen und Vorsicht entgegenbringen, aber auch duldsame Nachsicht".

Man kann wohl unschwer der angesehenen Frankfurter Zeitung zustimmen, die nach Analyse der Rede und besonders der zuvor zitierten Stellen ihr Unverständnis darüber äußerte, daß aus Hüters Ausführungen eine Beleidigung des Reichspräsidenten und parteipolitisch einseitige, scharfe Kritik an Mitgliedern der Reichsregierung herauszulesen sei. Sie resümierte: "Es muß einem Republikaner in der Verfassungsfeier erlaubt sein, seinem republikanischen Empfinden auch Ausdruck zu geben. Er kann nicht völlig farblos sprechen. Eine Reichswehr, die in jeder republikanischen Redewendung eine für sie unerträgliche parteipolitische Stellungnahme sieht, dagegen, wie doch wirklich zur Genüge bekannt, sich in monarchistischen Gedankenkreisen gerne aufhält, verscherzt sich immer mehr das Vertrauen des Volkes"¹⁷.

Hüter wollte klar Stellung beziehen, er haßte ja, wie schon gezeigt, Halbheiten. Die Manifestation seiner republikanischen Überzeugung sollte werbend und ermutigend wirken. Bösertige Geschichtsklitterung und Hetze gegen die "Novemberverbrecher" und ihren "internationalen Anhang", gegen die "schwarz-rot-gelbe Judenrepublik" forderten seine Reaktion

17 zitiert nach Darmstädter Zeitung 23.08.1927; einen Zwischenfall mit der Reichswehr hat es auch in Donaueschingen gegeben, er wird hier nicht berücksichtigt.

heraus. Zuviel wurde seiner Meinung nach noch immer beschönigt, verschwiegen, verfälscht und verkannt. In diesen Zusammenhang ist seine tatsächlich in der Rede enthaltene eindeutige Kritik an den Hohenzollern und speziell an Wilhelm II. zu stellen¹⁸. Er wollte die Blicke auf demokratische Strömungen lenken und zeigen, wie entschieden gegen sie vorgegangen worden war. Wenn Rechtsparteien und Reichswehrministerium Überparteilichkeit der Verfassungsfeiern forderten, konnte dies für Hüter nur bedeuten, daß sie nicht im Sinne lediglich einer einzigen republikanischen Partei zu gestalten seien. Ein andersgearteter "Kompromiß", ein künstliches, quietistisches Überkleistern grundlegender Gegensätze kam für ihn nicht in Frage.

Die geschilderten Widersprüchlichkeiten wurden nicht aufgeklärt. Die Standpunkte blieben unvermindert konträr. Amtliche Stellen kümmerten sich nicht mehr um die Angelegenheit, offiziell galt sie als erledigt. Ludwig Hüter und seine Freunde fühlten sich freilich zunehmend beunruhigt durch "die sich um einen politischen Abenteurer scharenden chaotischen Geister". Sie begriffen bald, wie sehr es nicht allein um die Existenz von Republik und Verfassung ging. "Was an edlen Geisteswerten die Besten unseres Volkes uns und der Menschheit geschenkt haben, droht von einem fanatisierten, der Dämonie der Gewalt ergebenen Radikalismus weggefegt zu werden"¹⁹.

Leider mußten sie erleben, daß ihr Kampf gegen "boshafte Neid, nationalistische Überheblichkeit und schauderhaften Rassenfanatismus" vergebens war.

18 Im Sinne einer neuen Geschichtsbetrachtung hielt Hüter an verschiedenen Orten Vorträge, u.a. mit den Themen: Bismarck u. sein Werk in geschichtl. Beleuchtung; Fürsten u. Volk in der deutschen Geschichte des 18. u. 19. Jahrhunderts; Fürsten und Volk, Längsschnitte durch die Geschichte.

19 Der Wegweiser 7. Jahrg. Nr. 4/5, August 1930, S. 136.

Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt von Giessen nach 1945

von
Heinrich Schmidt

I. Vorbemerkungen

Im Rahmen des Projektes "Zerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte" der Professoren Dr. J. Nipper vom Geographischen Institut der Universität zu Köln und Dr. K. Hewitt von der Wilfried Laurier University von Waterloo (Ontario/Kanada) soll ein besonderer Abschnitt dem Wiederaufbau der Innenstadt der Stadt Gießen gewidmet werden. Gießen gehört in diesem Zusammenhang zu den für dieses Projekt ausgesuchten Vergleichsstädten.

Die Begriffe **Altstadt** und **Innenstadt** sind nicht deckungsgleich. Die **Altstadt** ist der Teil der Stadt Gießen, der im Plan Nr. 1 "Stadt und Festung Gießen von 1759/92" mit allen Festungsanlagen¹ dargestellt ist. Zur Verdeutlichung der Situation sind in diesem Plan die bebauten Flächen schwarz ausgetuscht und die Wege und Gassen etwas erweitert worden, um ihre Namen besser lesbar zu machen. Die Gesamtbreite der Umwallung beträgt durchschnittlich 32 Klafter. Es ist sicher zulässig zu unterstellen, daß es "Hessische Klafter"² zu 2,50 m sind. Somit hat die Umwallung eine mittlere Breite von ca. 80 m. Mit ihrer Schleifung zwischen 1805 und 1810, dem Einbeziehen ihrer noch vorhandenen Freiflächen sowie der Anlage des Anlagenringes weit außerhalb der Wälle sind größere Bauflächen zur Erweiterung der Altstadtbebauung bis zum Anlagenring neu entstanden. Auf ihnen wurden nach 1810 nur massive, meist zwei- bis dreigeschossige Bürgerhäuser an neuen, 10 - 12 m breiten und geraden Straßen als Fortsetzung der bisherigen engen und winkligen Gassen und Wege angelegt.

Die dadurch entstandene Gesamtfläche bis zum Anlagenring wird als Innenstadt bezeichnet.

Der mit 2 bezeichnete Plan ist nach einer Skizze in Blei von Wilhelm Gravert³ mit der Achse des Anlagenringes entstanden.

Die Größe der Innenstadt einschließlich der Straßen des Anlagenringes mit Südanlage, Westanlage, Nordanlage und Ostanlage betrug 1948 69,30 ha. Davon entfielen auf bebaute Flächen einschließlich der Hausgärten 48,55 ha und auf Straßen, Wege, Grünanlagen, Botanischen Garten und Schulgrundstücke 20,75 ha.

1 Bastei, auch Bastion genannt, ist ein Festungswerk, das aus der Umwallung vorspringt. Schanze ist ein stark ausgebauter Stützpunkt in einer befestigten Stellung. Kasematten sind schußsichere Unterkunftsräume in Befestigungen.

2 Klafter - fr. Längenmaß (1,7 - 3m) und Raummaß für Brennholz.

3 Gravert, Wilhelm (1890 - 1958), Baudirektor der Stadt Gießen von 1928-1945 und 1949-1958.

Die Innenstadt von Gießen wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mehrfach von schweren Luftangriffen getroffen (Hake)⁴. Auf der bebauten Fläche der Innenstadt von 48,55 ha war die Hälfte aller Gebäude so stark beschädigt, daß sie abgebrochen werden mußten. Für diese Teile war die Neuordnung des Grundes und Bodens notwendig geworden. Beim Wiederaufbau traten zudem viele Einzelprobleme auf, wie sie wohl kaum auf einer so kleinen Fläche in etwa gleich großen Städten aufgetreten waren.

Für die Stadt Gießen werden einige Entwicklungen der Innenstadt umfassender dargestellt, so daß bei anderen Städten lediglich auf allgemeine Ausführungen zur Stadt Gießen verwiesen werden kann. Der Verfasser hat versucht, alle Aufsätze, die er im Verlauf von mehr als 30 Jahren entweder in den Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gießen⁵ oder in der Lokalpresse veröffentlicht hat, in historischer Reihenfolge zu ordnen, zu straffen, zu gewichten und zu einem Aufsatz zusammenzufassen. Dabei werden sowohl die baulichen als auch die gesellschaftlichen Entwicklungen jeweils gesondert für sich und fortlaufend behandelt. Die Pläne sind teils den obengenannten Aufsätzen entnommen, teils ergänzt oder neu gezeichnet worden.

Gießen war von seiner Gründung um 1150⁶ bis wenige Jahre nach 1800 ein befestigter Ort mit kleiner Einwohnerzahl.

Zwischen 1530 und 1533 ließ Landgraf Philipp der Großmütige Gießen zu einer starken Festung ausbauen; er verlegte dabei die Stadttore weit nach draußen und leitete die Wieseck im Osten und Süden weiträumig um die damalige Stadt⁷.

Nicht behandelt wird die Gestaltung der neuen Fassaden der Innenstadt. Ausgeklammert wird auch die Frage, welchen Einfluß die verschiedenen Baudezernenten und Baudirektoren auf das Baugeschehen hatten. Diese Frage wurde mit Prof. Dr. Nipper eingehend erörtert. Der Verfasser hält es jedoch nicht für angebracht, die Ergebnisse dieser Diskussionen selbst schriftlich darzustellen, da Prof. Dr. Nipper zusätzliche Unterlagen zur Verfügung standen.

In den als "Anlage" beigefügten Plänen sind die Grundstückszuschnitte nebst Gebäudebestand nach der Bodenordnung mit späterer Bebauung auf je einer gesonderten Zeichnung im Maßstab 1:500 und alsdann jeweils auf DIN A 4 verkleinert gegenübergestellt worden.

Gebäude, die zum Zeitpunkt der Plananfertigung des Neuen Bestandes (erst nach 1961) noch nicht vorhanden waren, wurden nachträglich **nicht** eingezeichnet.

4 Hake - Graef, Dietrich, Angriffsziel Gießen 1944/45, Sonderband des Oberhessischen Geschichtsvereins 1989.

5 Schmidt, Heinrich, Gießens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum; Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins zu Gießen, 46. Band, Gießen 1962 und Wandlungen in der Innenstadt Gießens, Oberhessischer Geschichtsverein, 66. Band, Gießen 1981.

6 Knauß, Erwin, Gießen, Vergangenheit und Gegenwart, 2. Auflage, S. 37.

7 Knauß, Erwin, a.a.O., S. 39.

Wurden bestehende Gewerbe- oder Industriebetriebe erst nach vollzogener Bodenordnung - was öfter der Fall war - in die neuen Gewerbe- oder Industriegebiete am Stadtrand verlagert, so war in den meisten Fällen eine nochmalige teilweise Bodenordnung notwendig. Es wurden dann lediglich der alte Bestand und der letzte Zuschnitt dargestellt: Die Entwicklung selbst wurde in diesen Beitrag nicht durch Zwischenpläne aufgenommen. Aufgenommen wurden aber einige Pläne, die im Text nicht behandelt worden sind.

Gebäude oder Gebäudeteile, die sechs oder mehr Vollgeschosse haben, sind in den Plänen gestrichelt worden (---).

Besonderen Dank schuldet der Verfasser Herrn Gustav Mank⁸, der diesen Beitrag überprüfte und notwendige Verbesserungen oder Ergänzungen vorschlug sowie Herrn Otto Stumpf⁹, der den Beitrag nochmals durchsah und weitere Verbesserungen empfahl.

II. Zur baugeschichtlichen Entwicklung der Innenstadt nach der Schleifung der Festungsanlagen (1805-1810) bis zum Kriegsende 1945

Wegen des beschränkten Raumes werden zunächst nur einige Pläne der Innenstadt vorgestellt. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Pläne für die Darstellung der entsprechenden Entwicklung der Innenstadt ausreichend sind, zumal im anschließenden Text auf wichtige Änderungen gegenüber dem vorhergehenden Plan eingegangen wird.

1. Der Plan Nr. 3 aus dem Jahre 1830 ist aus den Unterlagen zur Erhebung der Grundsteuer aller bebauten und unbebauten Parzellen durch Hochzeichnen der Wege, Straßen, Gassen und Gräben entstanden. Zwischen diesem Plan und dem Stadtplan von 1759/92 unter Ziff. I "Vorbemerkungen" sind nur geringe Änderungen in Breite und Führung der Wege und Gassen festzustellen.
2. Der Plan Nr. 4 von 1882 zeigt gegenüber dem von 1830 erhebliche Änderungen, bedingt durch die nach 1810 einsetzende Industrialisierung sowie den Bau und Betrieb der Eisenbahnlinien, die durch Gießen führen bzw. hier beginnen oder enden. In beiden Bereichen wurden auf Dauer erhebliche Arbeitskräfte benötigt. Dies bedingte neben der Ausdehnung der Stadt außerhalb des Anlagenringes auch eine weitere Verdichtung der Bebauung in der Innenstadt.

8 Mank, Gustav, 4.11.1916. Von 1946 bis 1971 Stadtverwaltung Gießen, zuletzt für sieben Jahre Leiter des Haupt- und Ordnungsamtes, zugleich Wahrnehmung der Aufgaben eines Verwaltungsdirektors und zeitweise Hilfsdezernent des Magistrats. Von 1971-1983 Direktor des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ) Gießen.

9 Stumpf, Otto, 24.02.1915. Mitarbeiter und Leiter der Hypothekenabteilung der Bezirkssparkasse Gießen.

Bis 1882 sind neue Straßen in Form eines Ringes um die Innenstadt gelegt oder geplant worden. Sie verlaufen im allgemeinen deutlich außerhalb der ehemaligen Befestigungen, so daß dazwischen größere unbebaute Flächen als Grün- und Anlageflächen entstanden sind. Auf ihnen wurden später u.a. städtische Schulen und sonstige öffentliche Gebäude (Stadttheater) errichtet. Die Grünflächen dienten im 20. Jahrhundert auch weitgehend zur Verbreiterung des Anlagenringes auf vier Fahrspuren mit Abbiegespuren, so daß die vorhandene Bausubstanz vom Ende des 19. Jahrhunderts nicht angegriffen werden mußte.

Innerhalb des Anlagenringes sind bis 1882 die Schillerstraße, die Damm- und die Plockstraße, größere Teile der Bahnhofstraße sowie die Neuen Bäume zu durchweg 10 m breiten Straßen ausgebaut worden. Die enge Schulgasse wurde verbreitert und war für lange Zeit die breiteste Stadtstraße: Sie führte von da an die Bezeichnung Schulstraße.

3. Der Plan der Innenstadt von 1903 (Nr. 5) zeigt, daß fast alle in 1945 vorhandenen innerstädtischen Straßen angelegt und bebaut worden waren, wie z.B. Diezstraße, Senckenbergstraße, Landgrafenstraße und Johannesstraße.

Kurz vor bzw. nach der Jahrhundertwende wurden folgende öffentliche Gebäude in der Innenstadt errichtet oder erweitert:

- die evangelische Johanneskirche, Goethestraße 14,
- das Volksbad der Stadt Gießen, Seltersweg 58A,
- die Stadtknabenschule, Nordanlage 8,
- die Höhere und erweiterte Mädchenschule, Schillerstr. 8,
- das Stadttheater, Südanlage 1.

4. Der Stadtplan von 1944 (Nr. 6) weist weitere kleinere Durchbrüche gegenüber dem von 1903 aus. Dazu gehören die Mühlstraße, die Verbindung vom Seltersweg zur Goethestraße u.a.

In ihm sind bereits die Gassen, die mit Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Mai 1949 aufgehoben wurden, besonders gekennzeichnet. Es sind: Dreihäusergasse, Hundsgasse, Kaplaneigasse, Kornblumengasse, Zozelsgasse sowie mehrere sog. "Einfahrten", letztere vielfach in Privateigentum.

5. Bautechnische Entwicklungen zwischen 1919 und 1945

Bis zum Jahre 1919 wurden in der Stadt Gießen neben herrschaftlichen Villen und größeren Einfamilienhäusern nur viergeschossige Mietwohngebäude, selten zusätzliche Hinterhäuser,

errichtet¹⁰. Durch die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg waren die in Form von Sparguthaben und Anleihen angelegten Geldvermögen des Bürgertums abgewertet worden. Die Vermögensverluste dieser Schicht waren so erheblich, daß sie für längere Zeit für den Bau von Mietwohnungen ausfiel.

Somit waren das Deutsche Reich, seine Länder und vor allem die Städte und die von ihnen gegründeten und getragenen Wohnungsbaugesellschaften verschiedener Rechtsformen erheblich stärker als vor 1914 gefordert, die Bevölkerung mit geeigneten Wohnungen zu tragbaren Mieten zu versorgen.

Für die Zeit nach 1919 ist für den technischen Bereich festzustellen:

- Die Kleinwohnungen mit etwa 50 - 70 m² Nettogröße lösten in zunehmendem Maße die großen Wohnungen ab.
- An die Stelle der Geschoßhöhe von bisher 3,20 - 3,70 m trat nach 1919 die bis heute übliche lichte Höhe von 2,50 m + 0,25 m Decke, so daß statt drei nunmehr vier Wohnungen in etwa gleichem umbauten Raum unterzubringen waren.
- Das zweigeschossige Reihenhaus mit kleinem Garten für jeweils eine Familie wurde eine beliebte und vielfach angewandte Bauform.

6. Die Altstadtsanierung Teil I 1936 - 1939

Haus und Wohnung sind Wirtschaftsgüter. Sie unterliegen deshalb wie alle sonstigen Wirtschaftsgüter der Abnutzung, der Alterung und schließlich der Unmodernität und Unwirtschaftlichkeit und müssen deshalb nach einem gewissen Zeitraum abgebrochen werden. Bauquartiere aus älterer Zeit werden oft von ihren Erstbewohnern verlassen. An deren Stelle ziehen in der Regel Bewohner ein, die nur geringe Mieten zahlen können oder wollen. Die Unterkünfte verkommen allmählich, so daß sie letztlich nur noch als "Notunterkünfte" oder "Schlichtwohnungen" zu bezeichnen und irgendwann zu "sanieren" sind. Wenn solche Gebäude für ein Bewohnen nicht mehr geeignet waren, wurden sie von der Baupolizei (heutige Bezeichnung: Bauaufsichtsamt) für baufällig erklärt und geräumt. Diese Grundstücke wurden im allgemeinen von der Stadt erworben und die Gebäude abgebrochen. In der Regel blieben sie zunächst unbebaut als Baulücke liegen.

Da der Wiederaufbau der Stadt nach 1945 zugleich mit einer Sanierung verbunden sein sollte, werden nachfolgend die Ziele und Abläufe der Altstadtsanierung I von 1936-1939 im Grundsatz dargestellt.

¹⁰ Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Grundes und Bodens der Stadt Gießen in den 25 Jahren zuvor behandelt die Dissertation von Joh. Aug. Meyer, Gießen 1903.

- Ankauf der alten, baufälligen und meist auch unhygienischen Wohn- und Wirtschaftsgebäude durch die Stadt oder eine hiermit beauftragte Gesellschaft, Umsetzung der Bewohner durch die Stadt in bessere Wohnverhältnisse und anschließend Abbruch der alten Gebäude.
- Verbreiterung bestehender Straßen und Plätze zur Aufnahme des fließenden und ruhenden Verkehrs durch die Anlage zusätzlicher Verkehrsflächen und deren Übereignung an die Stadt aufgrund rechtswirksamer Bebauungspläne, insbesondere nach 1919.
- Hebung des sozialen Umfeldes des zu sanierenden Gebietes und gleichzeitige Auflockerung der Wohndichte.

Welche dieser Einzelaufgaben mit besonderem Vorrang bewertet und gelöst werden muß, ist örtlich und zeitlich verschieden.

Die beiden Zeichnungen (Plan 6) zeigen die Grundrisse vor und nach der Sanierung des Sanierungsgebietes I von 1936 - 1939. Wenige Jahre vorher waren die städtischen Gebäude Marktlaubenstraße 4 und 6 auf frei gewordenem Marktgelände errichtet worden. Für beide Gebäudegruppen lag eine einheitliche Planung vor, so daß auch eine ansprechende, harmonische Fassadengestaltung an Marktlaubenstraße, Lindenplatz und Kirchenplatz erzielt wurde.

Die bebaubaren Flächen aus der Altstadtsanierung I waren von der Stadt an die kurz vorher gegründete städtische Wohnungsbau Gießen GmbH übereignet worden. Die Baugruppe wurde alsbald begonnen und trotz mancher Schwierigkeiten im Untergrund zügig fertiggestellt.

Eine Sanierung in diesem Umfang ist nur möglich, wenn aus allgemeinen Mitteln (Steuergelder) verlorene oder verbilligte Zuschüsse zum Erwerb der Grundstücke oder für die Errichtung der neuen Gebäude gegeben werden, weil sonst die sogenannte Kostenmiete untragbar hoch wird und die Wohnungen deshalb nicht vermietbar sind.

III. Die Bombenangriffe auf Gießen in 1944/45

Den älteren Gießener Bürgern ist die Erinnerung vor allem an den ersten von mehreren Bombenangriffen am 6. Dezember 1944 noch präsent, durch den insbesondere die Innenstadt mit ihren Fachwerkhäusern in Schutt und Asche sank.

Gegen Jahresende 1989 ist vom Oberhessischen Geschichtsverein Gießen die Dokumentation "Hake" (Hecht) erschienen. Hake¹¹ war seitens der Alliierten der Tarnname für Gießen. Der Inhalt des Buches beruht im wesentlichen auf den aus den englischen Geheimarchiven

¹¹ Hake - siehe Seite 81.

freigegebenen Urkunden, Berichten und Stellungnahmen der Royal Air Force sowie den Berichten einzelner Bomberbesatzungen, ergänzt durch Erlebnisberichte Gießener Bürger.

In den einleitenden Abschnitten dieser Veröffentlichung werden die Überlegungen bzw. Stellungnahmen der maßgeblichen Stellen der Royal Air Force wiedergegeben, ob die Bombardierungen rein militärischer Art, also Angriffe auf strategische Objekte, wie z.B. Brücken, den jeweiligen "Flaschenhals"¹², größere Rüstungsbetriebe usw. sein sollten oder ob sie insbesondere gegen die Zivilbevölkerung gerichtet werden sollten. Die Entscheidung fiel zu Lasten der Zivilbevölkerung.

Im letzten Abschnitt dieser Dokumentation werden u.a. Größe, Leistung, Bewaffnung und Tragfähigkeit der angreifenden Bomber sowie ihre Angriffswege nach Gießen an Hand von Karten und Skizzen gezeigt. Ebenso werden den Aufnahmen der bombardierten Flächen die jeweiligen Ausschnitte aus den amtlichen deutschen Karten gegenübergestellt. In dieser Dokumentation werden Verluste von insgesamt 813 Menschen angegeben; davon waren

614 Gießener Bürger =	75,5 %
113 Wehrmatsangehörige =	13,9 %
70 Zivilausländer =	8,6 %
16 Kriegsgefangene =	2,0 %
----	-----
813	100,0 %

Der Umfang der Zerstörung der Innenstadt ist aus Plan 8 zu ersehen.

IV. Von der Besetzung Gießens am 27./28. März 1945 bis zur Beschlußfassung des Fluchtlinien- und Bebauungsplanes am 5. Mai 1949

Gießen wurde am 27./28. März 1945 von den amerikanischen Streitkräften besetzt. Am 8. Mai 1945 kapitulierte das Deutsche Reich bedingungslos. Es hatte somit aufgehört zu bestehen. An seine Stelle traten - auch als Gesetzgeber - die vier Besatzungsmächte.

Mit dem 8. Mai 1945 wurde der Geschäftsführer der Zigarrenfabrik Rinn & Cloos AG in Heuchelheim bei Gießen, Rechtsanwalt Dr. Karl Dönges, von der amerikanischen Militärregierung zum Oberbürgermeister der Stadt Gießen bestellt. In Hessen erfolgte die erste Kommunalwahl zur Stadtverordnetenversammlung auf zwei Jahre am 26. Mai 1946. Stärkste

12 Unter "Flaschenhals" wird die Zusammenführung aller Gleise größerer Bahnhöfe auf jeweils zwei Gleise nach den Haupttrichtungen, in Gießen z.B. nach Frankfurt/Main sowie nach Koblenz/Köln, verstanden. Sie wurden im Zweiten Weltkrieg von allen Kriegsführenden als "strategisch wichtig" eingestuft und entsprechend mit schweren Sprengbomben angegriffen.

Fraktion des Gießener Parlaments wurde die SPD; aus ihren Reihen wurde Albin Mann zum Oberbürgermeister gewählt.

Zu den ersten Aufgaben der Stadtverwaltung nach 1945 gehörten auch Aufträge für Planungsentwürfe zum Wiederaufbau der Innenstadt. An Entwürfen gingen ein:

1. Von Prof. Peter Grund von der TH Darmstadt (zwei Vorschläge)
2. Von Prof. Karl Gruber, beauftragt von der Fraktion der oppositionellen CDU
3. Von Wilhelm Gravert, Baudirektor der Stadt Gießen von 1928 - 1945 und von 1949 - 1957
4. Von einheimischen und auswärtigen Architekten und vom Regierungspräsidenten Darmstadt zusammen zwölf, also insgesamt 16 Entwürfe. Einige wurden von ihren Verfassern zurückgezogen, ehe sie beraten werden konnten.

Ihnen allen gemeinsam war die Verbreiterung bestehender Straßen und Wege. Bei der neuen Breite bestanden erhebliche Unterschiede, ebenso bei der Führung zusätzlicher neuer Straßen. Keiner der Entwürfe erhielt die ungeteilte Zustimmung des Magistrats. Daraufhin wurden am 11. Juni 1946 von der Stadt drei Gutachter und ein Obergutachter aus dem Regierungspräsidium beauftragt, der Stadt einen allseits anerkannten Entwurf zur Ausführung vorzuschlagen. Sie konnten sich bis zum Sommer 1948 auf keinen gemeinsamen Vorschlag einigen.

Inzwischen waren drei Ereignisse eingetreten, die die weitere Entwicklung in der alten Bundesrepublik und damit auch in Gießen maßgeblich bestimmten.

- Mit der **Währungsreform** vom 20./21. Juni 1948 wurden die Nominalbeträge aller Geld- und Kapitalvermögen im Verhältnis 10:1 herabgesetzt und es wurde neues Geld ausgegeben. In der Währungsreform wurde die R-Mark bei laufenden Verbindlichkeiten (Löhne, Gehälter, Mieten u.a.) im Verhältnis 1:1 abgelöst. Jede natürliche Person erhielt die sogenannte Kopfquote von 40,- DM im Verhältnis 1:1. Die Umstellungsquote bei angemeldeten privaten Altgeldguthaben betrug 100:6,5, bei Hypotheken und Schuldverschreibungen 10:1. Bestehende Schulden (Hypotheken) waren jedoch in voller Höhe erhalten geblieben, zahlbar zu 1/10 an den Gläubiger und zu 9/10 an den Staat (Umstellungsgrundschulden); dieser Betrag war in Raten innerhalb von 30 Jahren zu zahlen. Damit hatten alle Bürger erkennen müssen, daß das Deutsche Reich und seine Bewohner auch vermögensrechtlich den Krieg verloren hatten und daß nicht nur sie, sondern auch ihre Heimatstadt bitter arm geworden waren. Trotzdem wirkte die Währungsreform wie eine Initialzündung. Zigarettenwährung und Schwarzmarkt verschwanden; jeder Bürger krepelte - bildlich gesprochen - die Ärmel hoch und arbeitete bis zur Erschöpfung. Die Errichtung von Wohnungen und Arbeitsplätzen hatte Vorrang vor allen anderen Bedürfnissen. Mit der Währungsreform war auch die Bewirtschaftung aller Baustoffe aufgehoben worden, womit Neubauten ermöglicht wurden.

- Die **Kommunalwahl** am 25.04.1948 ergab eine bürgerliche Mehrheit und damit eine Koalition von FDP und CDU mit Oberbürgermeister Dr. Otto-Heinz Engler an der Spitze. Dr. Engler (FDP), früherer Mitarbeiter einer Hypothekenbank, betrieb sogleich energisch die weiteren Vorarbeiten zum Wiederaufbau. Auch die Kaufmannschaft der Innenstadt wollte gegenüber den Nachbarstädten und Konkurrenten Wetzlar und Marburg das verlorengangene Terrain rasch wieder zurückgewinnen, das diesen wegen geringerer Bombenschäden zugefallen war.
- Das im Jahre 1946 neugebildete Land Hessen war aus Landesteilen von Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Frankfurt/Main, Nassau und anderen kleinen Landesteilen zusammengefügt worden. Jeder dieser Teile hatte - historisch bedingt - sein besonderes Planungs- und Bodenrecht, das vielfach noch aus dem 19. Jahrhundert stammte und für jeden Landesteil weiterhin anzuwenden war.

Alle Bemühungen der Länder, sich für ihre sogenannten Aufbaugesetze auf **eine** einheitliche Fassung zu einigen, blieben erfolglos. Die übrigen Bestimmungen der Länderbaurechte behielten bis auf weiteres ihre Gültigkeit.

Am 25. Oktober 1948 wurde das **Hessische Aufbaugesetz** (HAG) verkündet, das das neue Planungs- und Bodenrecht in Kraft setzte.

Nach diesem Gesetz waren drei sogenannte Obere Bauleitpläne, der Flächennutzungsplan, der Baugebietsplan und der Generalverkehrsplan, zu erstellen. Aus diesen drei Plänen waren alsdann der Fluchtlinienplan und der Bebauungsplan zu entwickeln; nur die beiden letzteren waren für den Grundstückseigentümer verbindlich.

Außerdem war im HAG mit dem Baulandumlegungsverfahren, dem Grenzausgleich, der Enteignung und dem Institut eines Vorkaufsrechtes zugunsten der Gemeinde neues Bodenrecht geschaffen worden. Alle übrigen Bestimmungen der Hess. Bauordnung von 1882 blieben bestehen.

Das Baulandumlegungsverfahren ist ein "Gesetzlich geregeltes Grundstückstauschverfahren". Zu diesem Verfahren können alle Grundstücke eines Gebietes zwangsweise zugezogen werden, sofern gewisse gesetzliche Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Verfahren werden alle zugezogenen Grundstücke einschließlich der vorhandenen öffentlichen Wege und Straßen zu einer "Masse" vereinigt und - bildlich gesprochen - in einen Topf geworfen. Von dieser Gesamtfläche werden vorweg die neuen Straßen und öffentlichen Flächen ausgeschieden und der Gemeinde übereignet. Der Rest, das Nettobauland, wird an die seitherigen Eigentümer im gleichen Verhältnis verteilt, wie deren Grundstücke bei der Einleitung des Verfahrens nach Größe, Wert und Lage zueinander standen. Es wird weiterhin gefordert:

- Die neu zu bildenden Grundstücke müssen nach Größe und Zuschnitt bebauungsfähig sein; nicht bebauungsfähige Grundstücke dürfen nicht gebildet werden.
- Zersplitterter Besitz eines Eigentümers ist nach Möglichkeit zusammenzulegen. Besser als Worte erläutern die beiden Zeichnungen (Plan 10) das Gesagte.
- Kleine Grundstücke können auch in Geld statt in Gelände abgefunden werden.
- In zerstörten Stadtteilen können bis zu 10 % der eingeworfenen Grundstücke nach Fläche oder Wert an die Gemeinde unentgeltlich übertragen werden. Diese kostenlose Landabgabe ist die Gegenleistung der Beteiligten für den verbesserten Zuschnitt der Grundstücke sowie der Straßenführung und die damit unmittelbar verbundenen Vorteile wie bessere Raumausnutzung mit Verminderung der Baukosten sowie breitere Wohnstraßen. Auf freiwilliger Basis, ohne den hoheitlichen Eingriff der Baulandumlegung, wäre die Neuordnung der Grundstücke in der Innenstadt Gießens niemals zu erreichen gewesen¹³.

Im Zeitraum von 1948 bis 1989 ist die Baugesetzgebung mehrfach grundlegend geändert worden. Dies wirkte sich auch unmittelbar auf den Wiederaufbau der Innenstadt aus. Deshalb werden in diesem Beitrag zunächst die jeweils gültigen Baugesetze in Kurzform dargelegt und dann wird die darauf folgende bauliche Entwicklung beschrieben.

V. Die Planung vom 5. Mai 1949 zum Wiederaufbau

Im Falle der Innenstadt Gießens kam dem Fluchtlinienplan die größere Bedeutung zu. Ehe der Fluchtlinienplan, der die geplante verbindliche Führung, Höhe und Breite aller innerstädtischen Straßen auswies, in der Stadtverordnetenversammlung bzw. ihren Ausschüssen beraten wurde und zur Abstimmung kam, hatte Oberbürgermeister Dr. Engler, der auch Baudezernent war, dem Verfasser dieses Aufsatzes aufgetragen, den Mitgliedern des Bauausschusses, getrennt nach Fraktionen und Gruppen, den Fluchtlinienplan, die geplante Bebauung sowie die Baulandumlegung eingehend zu erläutern. Auch in Vorträgen beim BdA (Bund deutscher Architekten) und dem BDB (Bund Deutscher Baumeister) konnten sie vom Verfasser vor der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung erläutert werden.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Mai 1949 wurde dem Fluchtlinienplan und dem Bebauungsplan für die gesamte Innenstadt **einstimmig** zugestimmt. Damit war eine vertrauensvolle Grundlage zu ihrer Realisierung geschaffen worden. Die wichtigsten Festsetzungen beider Pläne waren:

¹³ Vgl. Pläne Nr. 11 bis 21.

- Die beiden Hauptstraßenzüge der Innenstadt, Walltorstraße - Seltersweg und Neuen Bäu - Neustadt, die sich am Marktplatz kreuzen, erhalten eine Breite von 16,50 m und viergeschossige Bebauung. Der Marktplatz wird auf 35 m Breite und 85 m Länge aufgeweitet.
- Nebenstraßen wie Sonnenstraße, Neuenweg, Kaplansgasse u.a. werden auf 12,50 m verbreitert. Für diese Straßen wird die dreigeschossige Bebauung festgesetzt.
- Straßen von untergeordneter Bedeutung und Versorgungsstraßen werden je nach ihrer Bedeutung mit 8-10 m Breite festgesetzt; ihre zulässige Bebauung wird auf zwei Geschosse begrenzt. Im gesamten Aufbaubereich ist die geschlossene Bebauung zulässig.
- Zur Entlastung des oberen Seltersweges, dessen massive Gebäude weitgehend erhalten geblieben waren und der deshalb nicht verbreitert werden konnte, wird eine Parallelstraße im Abstand von etwa 60 m zum Seltersweg ausgewiesen. Sie führt heute den Namen Katharinengasse zur Erinnerung an die inzwischen überbaute Gasse gleichen Namens zwischen Kaplansgasse und Löwengasse.
- Für die Verbreiterung bestehender und die Anlage neuer Straßen werden ca. 24.000 m² benötigt. Diese Fläche entspricht etwa dem 100-fachen eines mittleren Grundstücks am Marktplatz.
- Die Mindestgröße eines Grundstücks wird auf 120 m² festgesetzt, seine Mindestbreite soll 8 m nicht unterschreiten.
- Die Straßen des Anlagenringes sollen in einem gesonderten Verfahren verbreitert werden, weil zum Zeitpunkt des Beschlusses am 5. Mai 1949¹⁴ die Bundesrepublik Deutschland verfassungsmäßig noch nicht bestand. Das Grundgesetz trat erst mit Ablauf des 23. Mai 1949 in Kraft. Infolgedessen konnten für die Abschnitte des Ringes, die bis dahin Teile ehemaliger Reichsstraßen waren (gesamte Süd- und Ostanlage), noch keine Verträge bezüglich Ausbau und Kostenteilung abgeschlossen werden.
- Die vor dem Zweiten Weltkrieg eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt sollen verstärkt fortgesetzt werden.

Diese und andere Festsetzungen, die wegen geringerer Bedeutung nicht aufgeführt werden, gestatten die zusammenfassende Feststellung:

Der Wiederaufbau der Innenstadt der Stadt Gießen, wie er 1949 beschlossen und auch weitgehend verwirklicht wurde, liegt etwa in der Mitte zwischen

¹⁴ Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat verabschiedet. Die erste Bundestagswahl war am 14. August 1949, die Bildung der ersten Bundesregierung fand am 7. September 1949 statt.

- der Beibehaltung des alten Stadtgrundrisses mit den engen Gassen und der ursprünglichen Struktur und Bebauung als historischer Stadt,
- der Anlage eines neuen Straßennetzes als Grundlage einer völlig neuen baulichen und damit auch gesellschaftlichen Struktur des zerstörten Stadtteils, insbesondere der Innenstadt.

Von den Baulandumlegungs- und Sanierungsmaßnahmen waren rund 600 Eigentümer betroffen.

Die beschlossene Straßenerweiterung bzw. die Führung neuer Straßen ist aus Plan 9 zu ersehen.

VI. Die Realisierung der Planung vom 5. Mai 1949

Mit der Verabschiedung des Fluchtlinienplanes am 5. Mai 1949 war zugleich für das gesamte Gebiet der Innenstadt ein Baulandumlegungsverfahren - dieses wiederum einstimmig - beschlossen worden. Es konnte auch in Abschnitten ausgeführt werden, ohne daß nochmals ein Stadtverordnetenbeschluß herbeigeführt werden mußte. Es war zudem möglich, anstelle eines Baulandumlegungsverfahrens einen Grenzausgleich, heutige Bezeichnung nach dem BauGB "Grenzregelungsverfahren", vorzunehmen oder auch einen Kaufvertrag abzuschließen, wenn dies angebracht erschien.

1. Die Baulandumlegungsverfahren in der Innenstadt

Dem Stadtvermessungsamt war aufgrund seiner Ortskenntnis weitgehend bekannt, welche Kleinbesitzer voraussichtlich nicht wieder aufbauen konnten. Gründe hierfür konnten das fortgeschrittene Alter der Eigentümer, das Fehlen geeigneter Nachfolger oder zu geringe Eigenmittel sein. Mit gutem Ergebnis wurde auch versucht, aufbauwillige Eigentümer zu veranlassen, benachbarte Kleinparzellen vor der Einleitung des Verfahrens zur Vergrößerung ihres Besitzes aufzukaufen. Die Stadt ihrerseits versuchte, im Umlegungsverfahren weitere Kleinparzellen zu erwerben und diese im gleichen Verfahren mit weiterem städtischen Besitz zu größeren Parzellen zu vereinigen. Diese wurden dann meist an die städtische Wiederaufbau AG übereignet, die auf ihnen aufbaute, sobald benötigte öffentliche Mittel hierfür bereitgestellt waren.

Als Beispiel für die Baulandumlegung bzw. die Bodenordnung sind folgende Pläne beigefügt:

Plan 11: Bereich Neustadt/Sandgasse; geordnet nach dem Muster der Altstadtsanierung I von 1936/39 (Kaufverträge)

- Plan 12: Bereich Marktplatz/Waagengasse (Baulandumlegung)
- Plan 13: Teilabschnitt Marktplatz/Marktstraße (Baulandumlegung)
- Plan 14: Bereich Walltorstraße/Asterweg (Baulandumlegung)
- Plan 15: Teilumlegungsgebiet Kreuzplatz (Baulandumlegung)

Neben den allgemeinen Schwierigkeiten mit einzelnen Eigentümern wegen des Zuschnittes ihres neuen Grundstücks oder der Höhe von Entschädigungen gab es zeitbedingt besondere Probleme, wie z.B.:

- Nicht alle Rückerstattungsverfahren¹⁵ der Innenstadt waren bereits abgeschlossen. Für noch nicht abgeschlossene Verfahren mußten zusätzliche Verhandlungen mit der "JRSO"¹⁶ geführt werden.
- Aus verschiedenen Gründen dauerte es öfters länger, bis die rechtlichen Erben eines Besitzers ermittelt waren bzw., in ungeklärten Fällen, für sie ein Abwesenheitspfleger bestellt werden konnte.
- In der Deutschen Demokratischen Republik waren alle Banken enteignet worden. Hatten sie vor 1945 Grundstücke im Bereich der Bundesrepublik Deutschland beliehen, was öfters zutraf, wurden die Hypotheken von der Deutschen Reichsbank in Leipzig verwaltet. Sie erkannte die Umstellungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Juni 1948 als nicht rechtens an und forderte eine Umstellung von 1:1 in DM. Bis hierüber ein höchstrichterliches Urteil vorlag, verging geraume Zeit. Erst nach Vorliegen des Urteils des BGH hinterlegte die Umlegungsstelle die auf 1/10 abgewertete Summe beim Amtsgericht Gießen mit dem ausdrücklichen Verzicht auf Rückforderung; sie erhielt alsdann die erforderliche Löschungsbewilligung, ohne die eine Berichtigung des Grundbuches nicht erfolgen durfte.

15 Rückerstattung - Mit dem Militärregierungsgesetz Nr. 59 vom 10.11.1947 sollten Schäden an Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum, die Personen aufgrund rassistischer, religiöser oder politischer Verfolgung in ursächlichem Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen des Nationalsozialismus erlitten hatten, wiedergutmacht werden. Soweit hierbei Vermögensgegenstände, insbesondere Immobilien, in der Zeit zwischen dem 20.01.1933 und dem 8.05.1945 an Private oder an juristische Personen zwangsweise übertragen oder zugunsten des Deutschen Reiches enteignet worden waren, waren diese an die ehemaligen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger zurückzugeben oder Nachzahlungen zu leisten. Es gab Wiedergutmachtungsbehörden und eine Wiedergutmachtungsgerichtsbarkeit.

16 JRSO - Jewish Restitution Successor Organisation = Jüdische Nachfolge-Organisation. Sie vertrat die Ansprüche derjenigen Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden oder verstorben und deren Rechtsnachfolger unbekannt waren.

- Zu beachten war auch das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953, soweit es sich um Ansprüche von Ausländern auf deutschen Besitz handelte¹⁷.

2. Zwischenergebnis des Wiederaufbaues zwischen 1949 und 1961

Bis 1961 waren etwa 75 - 80 % der Flächen, die im Bereich der Innenstadt erneut zu bebauen waren, durch die Bodenordnungsmaßnahmen in neue Baugrundstücke eingeteilt worden. Der Aufbauwille hinsichtlich der restlichen 20 - 25 % war gering. Infolgedessen erschien die Fortführung der innerstädtischen Maßnahmen nicht dringend zu sein, besonders auch deshalb nicht, weil die Stadt ihre finanziellen Anstrengungen nunmehr zunehmend auf große Projekte wie die Errichtung der Kongreßhalle und der neuen Gebäude der Stadtverwaltung - beide am Berliner Platz gelegen -, auf neue Bürgerhäuser, Schulen sowie die Erschließung neuer, größerer Wohn- und Gewerbeflächen konzentrierte.

Mithin kann der Zeitabschnitt 1949 - 1961 nicht nur von seinen Rechtsgrundlagen, sondern auch von der hierauf basierenden Entwicklung her als die erste Phase des Wiederaufbaus bezeichnet werden:

- Die am 5. Mai 1949 beschlossene Führung und Breite der Straßen ist eingehalten worden. Die bis 1961 vorgenommenen Änderungen sind unbedeutend; sie erfolgten stets unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen.
- Der Erwerb des notwendigen Straßengeländes ist durch Bodenordnungsmaßnahmen weitgehend erfolgt. Selbst in den Bereichen, in denen die Baulandumlegungsverfahren noch nicht eingeleitet waren, wurden nicht wenige Ankäufe durchgeführt, was spätere Regelungen erleichterte.
- Der Straßenausbau hatte 1961 diesen Stand noch nicht ganz erreicht, da zuvor oft noch Erneuerungen von Ver- und Versorgungsleitungen vorgenommen werden mußten.
- Der im Herbst 1949 einsetzende Wiederaufbau war insofern zunächst unbefriedigend, als nicht wenige Bauherren nur ihren Laden oder diesen und im ersten Stockwerk noch eine Wohnung für eigene Zwecke errichteten. Dieser erste Bauabschnitt diente somit nur persönlichen Bedürfnissen. Inzwischen sind jedoch fast alle Gebäude auf die vorgegebene Höhe aufgestockt worden.

17 Londoner Schuldenabkommen - Das Londoner Schuldenabkommen regelte die deutschen Vorkriegsschulden, die sich aus Waren- und Dienstleistungen ergaben und die im Inland entsprechend abgesichert waren. Seine Bestimmungen galten nur in den Staaten, die das Gesetz ratifiziert hatten (z.B. nicht in der Schweiz).

- Nicht wenige Bauherren gingen mit Zustimmung der Bauaufsicht ab Mitte der 50er Jahre dazu über, statt der zulässigen vier nunmehr fünf oder statt drei nunmehr vier Geschosse zu errichten, um ihre Rendite zu steigern. Nach dem alten Hess. Baurecht war erst ab dem sechsten Geschoß der Einbau eines Personenaufzuges erforderlich, so daß diese Aufstockung ohne weiteres zu verwirklichen war. In späteren Jahren wurden - vor allem in gewerblich genutzten Gebäuden - Aufzüge nachträglich eingebaut.

VII. Weitere gesetzliche Entwicklungen

1. Das Bundesbaugesetz und die Baunutzungsverordnung

Das Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960, in Kraft getreten am 1. Juli 1960, kann als die Vereinheitlichung und Fortentwicklung der bis dahin bestehenden Baugesetzgebung der Länder der Bundesrepublik Deutschland gelten, die meist als "Aufbaugesetze" erlassen worden waren. Die wichtigsten Abschnitte des BBauG sind:

- die Bauleitplanung; Flächennutzungsplan und Bebauungsplan
- die Sicherung der Bauleitplanung mit Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen
- die Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung
- die Bodenordnung mit Baulandumlegung; Grenzregelung und Enteignung
- die Erschließung
- Ermittlung von Grundstückswerten
- Verwaltungsverfahren bei Mängeln in der Planung und bei Ordnungswidrigkeiten.

Im BBauG wurde somit einheitliches Planungs-, Boden- und Erschließungsrecht geschaffen.

Das BBauG kennt nur zwei städtebauliche Pläne, den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan. Ersterer umfaßt das gesamte Gemeindegebiet. Der Flächennutzungsplan bindet nur die Behörden in ihren Entscheidungen; er ist jedoch für den einzelnen Grundstückseigentümer nicht verbindlich. Aus ihm kann der Eigentümer für sich keine Rechte ableiten.

Aus dem Flächennutzungsplan ist der verbindliche Bebauungsplan zu entwickeln. Er bindet den jeweiligen Grundstückseigentümer bezüglich der Verwendung seines Grund und Bodens.

Baulandumlegung und Grenzregelung können ebenfalls als Weiterentwicklung der bis dahin gültigen Aufbaugesetze angesehen werden. Deshalb kann auf ihre nähere Darstellung weitgehend verzichtet werden.

Das BBauG regelt auch die Erschließung. Sie ist Aufgabe der Gemeinde; diese kann sie durch Vertrag auf einen Dritten übertragen. Die Unterhaltung der Erschließungsanlagen richtet sich auch weiterhin nach Landesrecht.

Die Herstellung der öffentlichen Straßen, Wege, Plätze und Grünanlagen setzt einen Bebauungsplan voraus. Liegt keiner vor, so darf die Erschließung nur mit Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde geschehen. Die Gemeinden erheben zur Deckung ihres Aufwands Erschließungsgebühren.

Unberührt von diesen Bestimmungen zu den Erschließungsanlagen bleibt die Verteilung der Kosten von Anlagen zur Ver- bzw. Entsorgung von Wasser, Strom, Wärme oder Gas sowie die Abwasserbeseitigung. Sie können sowohl von der Gemeinde als auch von einer Gesellschaft hergestellt und/oder betrieben werden. Näheres regelt eine Ortssatzung.

Die Aufgaben der selbständigen Gutachterausschüsse, die den Wert bebauter und unbebauter Grundstücke sowie von Rechten an diesen zu ermitteln haben, sind ebenfalls ein wichtiger Abschnitt im BBauG. Die Gutachterausschüsse haben aus den Kaufpreissammlungen die "Richtwertkarten" zu erstellen; letztere werden in zunehmendem Maße den Entscheidungen von Behörden und der Wirtschaft zugrunde gelegt. In Gießen ist der Gutachterausschuß dem Stadtvermessungsamt angegliedert.

Am 26. Juni 1962, also nur ein Jahr später, erließ die Bundesregierung die Baunutzungsverordnung. Danach sind im Flächennutzungsplan die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nachzuweisen, unterteilt in Wohnflächen, gemischte Flächen, gewerbliche Flächen und Sonderbauflächen. Außerdem wurde in dieser Verordnung das Maß der baulichen Nutzung festgelegt, unterschieden nach Grund- und Geschoßflächenzahl.

2. Bauliche Entwicklung in der Innenstadt ab der Gültigkeit des BBauG

Seit dem Inkrafttreten des BBauG mit der Baunutzungsverordnung vom 26. Juni 1962 sind in der Innenstadt Gießens einige bauliche Entwicklungen - Bau von Hochhäusern - eingetreten, die bereits Ende der 50er Jahre erkennbar wurden, z.B. die Errichtung des 8-geschossigen Verwaltungsgebäudes des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ecke Walltorstraße/Asterweg und des Geschäftshauses Kreuzplatz 1 (Pläne 14 u. 15)¹⁸. Innenstädte werden in der Regel nach der Baunutzungsverordnung als "Kernstadt" ausgewiesen oder angesehen. Für eine solche beträgt die Grundflächenzahl stets 1,0 und die Geschoßflächenzahl ab dem 6. Geschoß 2,4.

¹⁸ Hinweis: Beide 8-geschossigen Gebäude haben kaum freie Flächen zum Parken der Fahrzeuge der Mitarbeiter und Besucher.

Besondere Entwicklungen

- Etwa ab 1962 wurden in Gießen auf vielfach zu kleinen Flächen größere Gebäudekomplexe errichtet, die erheblich von der ursprünglichen Planung abweichen. Es fehlen öfters die nötigen Freiflächen bzw. die erforderlichen Abstellplätze. Die vollständige Bebauung der vorhandenen Flurstücke war jedoch gegen Entrichtung von Ausgleichszahlungen möglich. Die Ablösung in Geld ist keine Lösung, wenn nicht entsprechend Parkhäuser errichtet werden. Es wird auf "Bereich zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße - eine nicht realisierte Planung" S. 105 verwiesen.
- Mit zunehmendem Abstand vom Kriegsende - etwa ab 1960 - wurden die Sozialwohnungen größer als dies in den 50er Jahren zulässig war. Sie durften nunmehr auch bauseits mit Zentralheizungen ausgestattet werden; dies wurde in der Regel auch wahrgenommen.

Als besonderes Beispiel der Wandlungen nach 1961 wird der Bereich Neuen Bäume NW aufgeführt; dazu wird auf Plan 17 verwiesen. Mit dem Beginn des Neubaus des Stadtpostamtes Neuen Bäume 2 wurde dieser Teil der Sonnenstraße zur Wiederbebauung interessant. Die Grundstücke Sonnenstraße 3 - 15 (nur ungerade Zahlen) wurden zum Teil von der Wiederaufbau AG erworben oder von ihr als Betreuungsunternehmen der seitherigen Eigentümer bebaut.

Besonders interessant wurde die Eckfläche Neuen Bäume/Diezstraße mit einer Größe von ca. 4.400 qm, auf der die meist zweigeschossigen Gebäude im Krieg erhalten geblieben waren. Nachdem ein dort ansässiger mittlerer Gewerbebetrieb an den Stadtrand verlagert worden war, bot sich diese Fläche wegen der Nähe zum neuen Stadtpostamt zur Bebauung mit Läden, Praxen und Stadtwohnungen an. Die unmittelbare Nachbarschaft dieses arrondierten Besitzes zum Botanischen Garten in Größe von ca. 29.000 qm mit seinem schönen und alten Baumbestand war ein zusätzlicher Grund zur Errichtung von Stadtwohnungen.

Die im Krieg erhalten gebliebene Bausubstanz dieser Fläche besaß keinen besonderen Wert, so daß vom Grund und Boden aus eine relativ gute Ausgangslage bestand. Die Gießener Stadtverwaltung hatte - dem allgemeinen Trend der 60/70er Jahre folgend - ebenfalls großes Interesse, an dieser Stelle ein Hochhaus entstehen zu lassen. Der Bauträgergesellschaft gelang es, die Fläche von etwa 4.400 qm mit Unterstützung der Stadt anzukaufen. Die folgenden Verhandlungen der Bauträgergesellschaft mit Behörden und Nachbarn waren schwierig, zeitraubend und verursachten manchen Ärger für alle Beteiligten.

Das Bauwerk Neuen Bäume 11, 13 und Diezstraße 7 ist gegliedert in:

- einen 6-geschossigen Baukörper, Neuen Bäume 11, mit Läden, Praxen und Wohnungen mit Zugang von der Straße Neuen Bäume,

- einen von der Straße Neuen Bäume zurückversetzten zweigeschossigen Mittelteil mit Läden und Praxen, Neuen Bäume 13 und
- den 15-geschossigen Haupttrakt, Diezstraße 7, mit Wohnungen, einigen Praxen und einer Tiefgarage (46 Einstellplätze) mit Zugang von der Diezstraße.

Die Bauträgergesellschaft hat nach Fertigstellung dieses Baukörpers Wohnungs- und Teileigentum begründet. Aufgrund der Teilungsgenehmigung wurden 155 rechtliche Einheiten gebildet, davon 147 Eigentumswohnungen mit einer mittleren Nettowohnfläche von 69,2 qm. Die weiteren acht Einheiten sind Teileigentum (Läden und Praxen); ihre mittlere Nettofläche beträgt rund 157 qm pro Einheit.

Da die größeren Wohnungen nur schwer verkäuflich waren, wurden einige von der Bauträgergesellschaft nachträglich in kleinere Einheiten unterteilt; sie sind in der Zahl von 155 nicht enthalten.

3. Das Städtebauförderungsgesetz

Im Deutschen Städtetag und auch in Fachkreisen bestand Einigkeit darüber, daß dem BBauG von 1960 ein weiteres Gesetz folgen müsse. Es sollte über die Sanierung einzelner Gebäude und Wohnungen hinausgehen und größere Flächen umfassen. Stadtsanierung sei nicht nur die Wiederbebauung eines Gebietes, sondern müsse auch die sozialen Besitzstände der Mieter, Pächter und anderer Berechtigter berücksichtigen und alle Aspekte der Umstrukturierung beachten; ihnen seien auch alle entstehenden Kosten zuzurechnen.

Die Beratungen über dieses Gesetz beanspruchten einen Zeitraum von ca. zehn Jahren. Am 27. Juli 1971 wurde das "Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden", kurz "Städtebauförderungsgesetz (StBauFG)" genannt, veröffentlicht; es trat am 1. August 1971 in Kraft. Es umfaßte auch die Dorferneuerung. Von diesem Gesetz wurde eine besondere Förderung des Städtebaus erwartet.

Stadterneuerung ist keine neue oder einmalige Aufgabe. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatte es in einigen europäischen Ländern eine große Erneuerungswelle gegeben, in der ganze Bauquartiere abgebrochen und privat neu bebaut wurden¹⁹. Den Gemeinden oblag damals im wesentlichen nur die Planung des Straßennetzes.

Die wichtigsten Inhalte, Bestimmungen und Vorschriften des StBauFG²⁰ sind:

¹⁹ Hierbei ist besonders Paris zu erwähnen. Auf den Flächen der ehemaligen Festungswälle entstanden Ringstraßen.
²⁰ Der nachfolgenden Zusammenstellung ist im wesentlichen der Kommentar Gaentzsch, Städtebauförderungsgesetz 2. Auflage, Verlag Reckinger & Co. Siegburg, zugrunde gelegt.

- Das StBauFG ist ein räumlich und zeitlich begrenztes Sonderrecht. Mit der Aufhebung der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes endet auch die Anwendung des Sonderrechts des StBauFG.
- Die Gemeinde bezeichnet durch Beschluß den Teil des Gemeindegebietes, der nach ihrer Auffassung sanierungsbedürftig ist. Sie hat vorbereitende Untersuchungen durchzuführen.
- Maßnahmen, die nicht nur von örtlicher Bedeutung für die Gemeinde, sondern auch für die Landes- bzw. die Regionalentwicklung von Bedeutung sind, müssen durch Rechtsverordnung der Landesregierung zu solchen bestimmt werden.
- Der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen haben umfangreiche vorbereitende Untersuchungen vorauszugehen. Dazu gehören u.a. die Aufzählung der städtebaulichen Mängel sowie die Darstellung der sozialen und strukturellen Verhältnisse.
- Die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes wird durch Gemeindebeschluß herbeigeführt.
- Außerhalb des Sanierungsgebietes können Flächen als Ersatz- bzw. Ergänzungsflächen festgelegt werden.
- Die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes und eines Ersatz- und Ergänzungsgebietes begründet eine Genehmigungspflicht für Rechtsgeschäfte an Grundstücken. Sie ist auch die Voraussetzung für die Anwendung besonderer rechtlicher Instrumente wie Vorkaufsrecht und Aufhebung von Miet- und Pachtrechten.
- Die Genehmigung nach § 15 umfaßt auch eine Preiskontrolle und die Möglichkeit, Rechtsgeschäfte nicht zu genehmigen.
- Für die Durchführung einer städtebaulichen Genehmigung wird zwischen Ordnungsmaßnahmen und Baumaßnahmen unterschieden.
- Erforderliche Ordnungsmaßnahmen im Grunderwerb sind zügig herbeizuführen.
- Maßnahmen der Vorbereitung und der Durchführung der Sanierung können von der Gemeinde auch einem Beauftragten durch Vertrag übertragen werden.
- Die wesentlichen Durchführungsmaßnahmen können nur an einen von der Landesbehörde anerkannten Sanierungsträger übertragen werden. Der Sanierungsträger wird - je nach Vertragsgestaltung als Treuhänder der Gemeinde oder in eigenem Namen - auf eigene Rechnung tätig.

- Für Entwicklungsmaßnahmen gelten weitgehend die Vorschriften wie bei der Sanierung.
- Das StBauFG läßt erstmals zu, daß durch öffentliche Maßnahmen (Bauleitplanung, öffentliche Infrastruktur) eingetretene Bodenwertsteigerungen bei der Entschädigung *nicht* berücksichtigt werden oder bei Abschluß der städtebaulichen Maßnahmen abgeschöpft werden. Dies war eine alte Forderung des Bundes Deutscher Bodenreformer²¹.
- Bei Maßnahmen nach dem StBauFG hat sich der Bund durch Zuschüsse zu beteiligen.

3.1. Bereich zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße

Die vollständige Wiederbebauung und Sanierung dieses Bereiches hat rund 30 Jahre beansprucht. In ihm wurden Neuplanungen vorgenommen und später verworfen, die darzustellen sind; sie werden in geographischer Reihenfolge beschrieben.

Zur besseren Darstellung der Grundstücksverhältnisse zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße hat der Verfasser diese Fläche wegen ihrer Länge von ca. 430 m in drei Abschnitte aufgeteilt. Als natürliche Quergrenzen boten sich die Kaplansgasse, die Löwengasse (Gasse der Lohgerber), die Wolkengasse (Gasse der Walker oder Blauwalker, beides ältere Bezeichnungen) sowie die Westanlage ab ihrem Anfang am Selterstor bis zur Bahnhofstraße an.

3.1.1. Bereich Seltersweg/Bahnhofstraße - Teil I

Teil I dieses Bereiches wird in den Lageplänen Nr. 18 und 19 dargestellt. Dieser Bereich ist nach Gravert zwischen 1400 und 1500 gebaut worden. Seine mittelalterliche Struktur und der ältere Gebäudebestand des 16. bis 18. Jahrhunderts blieben bis 1944/45 weitgehend erhalten. Lediglich die Gebäude entlang des Seltersweges (Seltersweg 2 bis 36, nur gerade Zahlen) waren bereits zwischen 1870 und 1935 durch moderne massive Gebäude ersetzt worden.

Der untere Seltersweg galt bis zur Zerstörung der Innenstadt als der Teil mit den höchsten Bodenwerten. Hier war der Aufbauwille auch deutlich ausgeprägt.

Um ihn zu realisieren, wurde zunächst lediglich der Teilabschnitt zwischen Seltersweg und der neuen Parallelstraße durch eine Baulandumlegung und durch Grenzausgleiche zu bebauungsfähigen Grundstücken geordnet. Der Wiederaufbau der Gebäude Seltersweg 2 - 28 (neue Numerierung) war Mitte der 50er Jahre beendet. Dieser Teilabschnitt bereitete, im Gegensatz zu

²¹ Bund deutscher Bodenreformer, gegründet 1898 durch den dt. Volkswirt Adolf Damaschke, 1865-1935; er forderte die Besteuerung der bei der Stadtplanung entstandenen Bodengewinne.

fast allen übrigen Bodenordnungsmaßnahmen in der Innenstadt, nicht unerhebliche rechtliche Schwierigkeiten. Dieser Abschnitt wurde - weil bereits geordnet und bebaut - nicht in die Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz einbezogen.

Die Parallelstraße zum Seltersweg zwischen Kaplangasse und Löwengasse trug die historische Bezeichnung Teufelslustgärtchen²², sie wurde später umbenannt und führt nunmehr den ebenfalls historischen Namen Katharinengasse.

3.1.2. Eine nicht realisierte Planung

Die für den ruhenden Verkehr vorgesehene Fläche an der ehemaligen Katharinengasse erwies sich bald als unzureichend. Deshalb wurde eine angrenzende Teilfläche hierfür nachträglich ausgewiesen. Als auch diese Fläche nicht ausreichte, wurde der Bau eines mehrgeschossigen Parkhauses von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Gießen waren z.Zt. dieser Planung etwa 6.000 Personen in der Innenstadt tätig, die vielfach von auswärts kamen.

Gründe für diese Lage waren (Plan 18):

- der Grund und Boden war nicht teuer im Vergleich zu den Bodenwerten im Seltersweg und in der Bahnhofstraße.
- Die noch aufstehenden Gebäude waren abbruchreif.
- In unmittelbarer Nähe befanden sich die damals umsatzstärksten Geschäfte mit zahlreichen Mitarbeitern.

Gegen Ende der 60er Jahre bildete sich auf Anregung der Industrie- und Handelskammer Gießen eine Bürgerinitiative mit dem Ziel, dieses Parkhaus auf eigene Rechnung und Gefahr zu bauen und zu betreiben.

Die damals verantwortlichen Kommunalpolitiker der Stadt Gießen haben diese Initiative aufgegriffen und gefördert. Das benötigte Gelände, das zum größten Teil von der Stadt bereits erworben war, sollte der "Parkhausgesellschaft GmbH & Co. KG Gießen Mitte" im Erbbaurecht überlassen werden. Ihr gehörten 52 Gießener Geschäftsleute an, fast alle aus dem Innenstadtbereich. Das geplante Parkhaus wies 626 Plätze aus. Der Baubeginn war für Mitte 1971 vorgesehen. Alle erforderlichen Unterlagen für eine Baugenehmigung lagen vor; sie waren auch

²² Teufelslustgärtchen, genannt nach einem Besitztum der im 17. und 18. Jahrhundert vielfach erwähnten Familie Deubel.

schon geprüft, so daß das Baugesuch genehmigt werden konnte. Auch die Baustelle war bereits eingerichtet worden.

Der Bauantrag wurde - sehr zur Überraschung aller Beteiligten - plötzlich nicht genehmigt. In der damaligen Mehrheitskoalition von SPD und FDP, die bis dahin das Parkhausprojekt einstimmig mitgetragen hatte, setzte sich plötzlich der Gedanke durch, den gesamten Individualverkehr aus dem Innenstadtbereich herauszunehmen; von der Koalition wurde deshalb der bis dahin rechtswirksame Bebauungsplan für das Parkhaus aufgehoben.

Folgen dieses Beschlusses waren:

- Ein erheblicher, tiefsitzender und langanhaltender Vertrauensschwund gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung trat ein.
- Ein großer Teil des eingezahlten Gesellschafterkapitals der Parkhaus GmbH & Co. KG war für Vorbereitungs- und Planungsarbeiten verbraucht worden.
- Die Parkhausgesellschaft lehnte spätere Angebote der Stadt Gießen für einen anderen Standort ab und löste sich dann auf.

Wenige Jahre später wurde an gleicher Stelle auf einer erheblich vergrößerten Fläche das Kaufhaus Horten Aktiengesellschaft im Sanierungsgebiet nach dem StBauFG erbaut; es wurde am 15. Oktober 1976 eröffnet (Plan 19).

3.1.3. Bereich Seltersweg/Bahnhofstraße - Teil II

Die Grundstücke des Teils II (Plan Nr. 20), die unmittelbar auf den Seltersweg oder die Bahnhofstraße aufstoßen, sind im wesentlichen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neu gebildet und bebaut worden.

Sie hatten für die vom Seltersweg bzw. von der Bahnhofstraße aus erschlossenen Besitzungen eine für die Innenstadt beachtliche Größe. Im Gegensatz hierzu standen die von der Löwengasse bzw. von der Wolkengasse aus erschlossenen Grundstücke. Sie hatten noch den mittelalterlichen Zuschnitt, einen überalterten Gebäudebestand und einen geringen Flächeninhalt.

Fast alle Wohn- und Geschäftsgebäude im Seltersweg und in der Bahnhofstraße waren im Zweiten Weltkrieg nicht oder nur geringfügig beschädigt worden. Der Fluchtlinienplan trug dem Rechnung, indem er von einer Verbreiterung beider Straßen absah und dafür eine Parallelstraße zum Seltersweg mit 16,50 m Breite ab Löwengasse zur Westanlage auswies, die einige Jahre später auf 23,0 m erweitert wurde. Für die Löwengasse und die Wolkengasse zwischen der

neuen Straße und der Bahnhofstraße waren zunächst keine besonderen Änderungen in Führung und Breite vorgesehen.

Anfang der 60er Jahre wurde das renommierte Hotel "Prinz Carl" (Seltersweg 40) aufgegeben. Sein Grundbesitz wurde teilweise von der "Bilka GmbH" übernommen und nach Abbruch aller Gebäude wurde auf einem Teil dieser Fläche ein zweigeschossiges Kaufhaus errichtet; es wurde zum 31. März 1990 geschlossen²³. Weitere Flächen des ehemaligen Hotels wurden für die Parallelstraße benötigt und zu Beginn der 60er Jahre von der Stadt erworben.

Der Abschnitt entlang des Seltersweges zwischen Löwengasse und Wolkengasse sowie der neuen Katharinengasse konnte, obwohl die alten Gebäude erhalten geblieben waren, nach dem HAG so geordnet werden, daß wirtschaftliche Grundstücke zwischen dem Seltersweg und der Parallelstraße (Katharinengasse) entstanden sind.

3.1.4. Bereich Seltersweg/Bahnhofstraße - Teil III

Die Grundstücke in den entsprechenden Abschnitten des Seltersweges, der Westanlage und der Bahnhofstraße sind erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neu und rechtwinklig zugeschnitten und alsdann mit meist drei- bis viergeschossigen massiven Wohn- und Geschäftshäusern bebaut worden (Lageplan Nr. 21). Sie waren für Gießener Verhältnisse vielfach als "stattlich" zu bezeichnen. Lediglich die Zuschnitte der Grundstücke Wolkengasse 7 bis 23 (nur ungerade Nummern) gingen auf die Verhältnisse des 16. und 17. Jahrhunderts zurück. Ihre Gebäude galten bereits Mitte der 30er Jahre als abbruchreif; sie waren im Krieg erhalten geblieben. Lediglich die Anwesen Seltersweg 66, 68 und 70 waren erheblich beschädigt worden.

Im Teil III lag als einzige öffentliche Einrichtung innerhalb des gesamten Gebietes zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße das im Jahre 1898 erbaute städtische Volksbad Seltersweg 56 A. Es wurde im Jahre 1968 wegen Überalterung seiner Einrichtungen abgebrochen, nachdem neben dem neuen Freibad in der Ringallee auch ein neues Hallenbad errichtet worden war.

Als einzige kulturelle Einrichtung im Bereich zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße bestand das "Gloria-Lichtspielhaus" Seltersweg 54; es wurde Anfang 1975 geschlossen. In seinen Räumen befinden sich nunmehr zwei Läden.

Im Teilabschnitt Oberer Seltersweg waren lediglich die beiden Eckgebäude am Ende des Seltersweges so beschädigt, daß hier auf jeweils 18 m Länge eine Zurücknahme der Baufluchtlinie um ca. 4 m möglich war. Beide Eckgebäude sollten, von der Frankfurter Straße

²³ Dieses Grundstück ist inzwischen an die Fa. Peek & Cloppenburg veräußert worden.

her gesehen, einen städtebaulichen Akzent bilden. Dies war bis 1944/45 durch zwei stattliche Eckgebäude mit je einem Turm erreicht worden. Die heutigen beiden Eckgebäude lassen jegliche Symmetrie vermissen.

Die mittlere Besitzgröße betrug für den gesamten Abschnitt III 1.137 qm; der Vergleich mit den Besitzgrößen von 216 qm im restlichen Teil beweist, daß Ende des 19. Jahrhunderts ein großzügiger Grundstückszuschnitt möglich war.

Die baulichen Änderungen in diesem Abschnitt sind zu einem erheblichen Teil durch die Firma Karstadt AG ausgelöst worden. Sie betrieb bis zu den Bombenangriffen auf Gießen auf dem Anwesen Seltersweg 28 eine "Korzentralfiliale". Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Vergrößerung dieses Besitzes nicht möglich. Die Karstadt AG konnte 1952 das Anwesen Seltersweg 64 in einer Größe von 2.679 qm erwerben, die Gebäude niederlegen und ihren Neubau bereits 1953 beziehen. Sie hat später mehrfach benachbarte Anwesen wie z.B. Seltersweg 58, 60, 62, 66, 68, 70 und auch rückwärtige Teile aus dem ehemaligen Volksbad sowie Westanlage 6 erwerben und sich in mehreren Abschnitten erweitern können.

Der Neubau Karstadt bewirkte einen starken Zuwachs von Kunden aus dem weiten Umland von Gießen. Nachdem die Stadt in 1967 auch das Anwesen Westanlage 20 erwerben konnte, stand eine genügend große Fläche zur Errichtung eines Parkhauses durch die "Gießener Parkhausgesellschaft mbH in Düsseldorf" zur Verfügung. In 1989 ist dieses Parkhaus nochmals erweitert worden. Es gehört nunmehr der Karstadt AG und ist mit dem Kaufhaus Seltersweg 64 durch drei Fußgängerbrücken in verschiedenen Stockwerken verbunden.

Zwischen 1961 und 1971 sind, abgesehen von der Karstadt AG, keine größeren Neubauten im gesamten Bereich zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße errichtet worden. Dies änderte sich sehr schnell nach der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG) in 1971.

4. Die Errichtung des City-Centers

In Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes hatte die Stadtverordnetenversammlung am 30. September 1971 beschlossen, wesentliche Teile des Bereichs zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße mit insgesamt 85 Flurstücken als Sanierungsgebiet auszuweisen. Ziel der Sanierung sollte sein, den Bereich zwischen beiden Straßen sowohl für geschäftliche Unternehmen als auch für das Bewohnen besser als seither nutzbar zu machen. Die dadurch bedingten Wandlungen sind am stärksten im Teilbereich II (zwischen Löwengasse und Wolkengasse) und zugleich etwas über diese Quergasse hinaus eingetreten (Plan 20).

In diesem Teilbereich mußten die mit dem damals üblichen Komfort ausgestatteten massiven drei- bis viergeschossigen Geschäftshäuser Bahnhofstraße 23, 27, 29, 31 und 33, die meist zweigeschossigen geringerwertigen Gebäude Löwengasse 11, 15, 17, 23 und 25 sowie Wolkengasse 10, 12, 16, 20, 22, 24 und 26 abgebrochen werden. Weitere Gebäude dieses Bereichs waren gleich nach dem Erwerb der Grundstücke durch die Stadt abgebrochen worden.

Zum Sanierungsträger war die "Treukredit Aktiengesellschaft für Stadt- und Gemeindeentwicklung" in Bonn bestimmt worden. Ihr oblag im wesentlichen der Ankauf der Grundstücke im Sanierungsgebiet, soweit sie noch nicht von der Stadt erworben waren. Die Verhandlungen über den Wert der abzubrechenden Wohn- und Geschäftshäuser waren schwierig und zeitraubend.

Bauträger wurde die "Neue Heimat Süd-West" in Frankfurt/Main, die bereits mehrfach ähnliche Aufgaben gelöst hatte. Sie wurde auch Eigentümerin der zu sanierenden Grundstücke.

Für den gesamten Bereich wurden die Bebauungspläne Nr. 56 und 57a entwickelt. Bei der Ausführung der Neubebauung wurde im Bereich zwischen der Löwengasse und der Wolken-gasse (Plan 20) die bis zu sechs Geschosse hohe und dichte Gebäudegruppe Bahnhofstraße 15, 17, 19 mit Reichensand 3, 5, 7, 9 und 11 sowie Katharinengasse 12, 14 mit Tiefgarage errichtet, die sich etwas über die ehemalige Wolkengasse hinaus erstreckt. Dieser Komplex enthält 83 Eigentumswohnungen, 80 Teileigentumseinheiten (Einstellplätze in der Tiefgarage) und 47 Teileigentumseinheiten (Läden, Büros und Praxen). Im Laufe der Zeit wurden in einzelnen Straßen mehrfach Umnúmerierungen von Gebäuden vorgenommen.

Nicht alle Eigentümer sind mit ihrer Entscheidung, sich im City-Center einzukaufen, zufrieden.

(Der Plan zum Abschluß des Sanierungsverfahrens ist als Verkleinerung - Plan 22 - beigelegt.)

5. Von Industrie- und Gewerbeflächen zu Misch- und Wohnbauflächen

Ziel der Sanierung der Innenstadt von Gießen war auch eine Entmischung von Nutzungen, die unvermittelt aneinandergrenzten und untereinander unverträglich waren. Einige seit vielen Jahrzehnten in der Innenstadt bestehende Industrie- und Gewerbebetriebe, die mit dem Wiederaufbau noch gewachsen waren, störten ihre Nachbarschaft durch Lärm, Geruch und Behinderung der Zu- und Abfahrten. Außerdem fehlte ihnen die Möglichkeit zur weiteren Ausdehnung. Sie wurden deshalb nach 1961 in neu ausgewiesene Industriegebiete - vielfach auf städtisches Eigentum - umgesiedelt. Ihre seitherigen Betriebsgrundstücke gingen im Wege von Tauschverträgen auf die Stadt über. Erst nach Bildung der Stadt Lahn²⁴ und ihrer Auflösung wurden sie an

24 Am 1.01.1977 wurden Gießen, Wetzlar und weitere 14 umliegende Gemeinden aufgrund des Hess. Gesetzes vom 13. Mai 1974 zur kreisfreien Stadt Lahn mit 155.261 Einwohnern zusammengeschlossen. Dieser Zusam-

private Investoren mit der Auflage verkauft, sie nach dem Abbruch der aufstehenden Gebäude alsbald wieder zu bebauen, wobei im Erdgeschoß Läden oder Praxen von Rechtsanwälten, Ärzten und sonstigen Freiberuflern oder Verwaltungen im Sinne der §§ 4 oder 7 der Baunutzungsverordnung sein konnten.

5.1. Das Anwesen Schanzenstraße 12/Mühlstraße 11 in Größe von 5.473 qm war Eigentum der Fa. Schaffstaedt. Sie hatte sich auf Inneneinrichtungen von Schwimmbädern, Apparatebau und Heizungen spezialisiert. Das benachbarte Grundstück Schanzenstraße 16 in Größe von 3.124 qm, das ebenfalls bis zur Mühlstraße reichte, war Eigentum des "Konsumvereins Gießen und Umgegend e.G.m.b.H."; auf ihm befanden sich sein Zentrallager, die eigene Bäckerei und sonstige Einrichtungen für rund 35 Filialen im Raum Gießen. Diese Genossenschaft konnte in den 50er Jahren noch 1.620 qm hinzuerwerben. Somit besaßen beide Firmen eine Fläche von zusammen rund 11.000 qm. Fast alle Gebäude zwischen Schanzenstraße und Mühlstraße waren in 1944/45 nicht oder kaum beschädigt worden.

Ende der 60er Jahre wurde die Fa. Schaffstaedt GmbH in das Industrie- und Gewerbegebiet am Rande des Stadtteils Wieseck umgesiedelt; dabei wurde ihr seitheriger Besitz Schanzenstraße/Mühlstraße von der Stadt erworben, die alsbald die Betriebsgebäude abbrach (Plan 23).

Etwa zur gleichen Zeit fanden im mittelhessischen Raum innerhalb der Konsumgenossenschaften größere Umstrukturierungen statt. Dadurch wurde der Besitz Schanzenstraße 16 frei und ebenfalls von der Stadt erworben; seine Lagerhallen wurden alsbald abgebrochen. In der ersten Hälfte der 70er Jahre konnte die Stadt auch die Anwesen Westanlage 44 und 46 erwerben, die unmittelbar an die ehemaligen Besitzungen Schaffstaedt angrenzten und die die unmittelbare Verbindung der ca. 11.000 qm zur Westanlage herstellten.

Der Besitz einer fast unbebauten Fläche von ca. 11.000 qm im Innenstadtbereich reizte zu einer neuzeitlichen Bebauung. Die Planung von 1977 sah vor, auf dieser Freifläche ein unterirdisches Parkhaus mit mehreren Stockwerken, im Erdgeschoß nicht störende Gewerbebetriebe und in den oberen Geschossen Wohnungen zu erstellen.

menschluß wurde von der betroffenen Bevölkerung weitgehend abgelehnt. In der am 20.03.1977 stattgefundenen Kommunalwahl wirkte sich dies in einem "Erdrutsch" zuungunsten der bis dahin führenden SPD aus. An ihrer Stelle wurde die in der Opposition stehende CDU mit Mehrheit gewählt, die zuerst allein, dann in Koalition mit der FDP die Geschicke der Stadt Gießen für rund ein Jahrzehnt leitete.

Die Stadt Gießen verlor bei der Auflösung der Stadt Lahn am 1. August 1978 ihre bis zum 1. Januar 1977 bestehende Kreisfreiheit; sie wurde kreisangehörig.

Die neuen Baugrundstücke wurden im Erbbaurecht vergeben. Das unterirdische Parkhaus mit Ein- bzw. Ausfahrt Westanlage hat rund 600 Einstellplätze mit einem teilweise überdeckten Gewerbeteil von 1.000 qm. Die Baumaßnahme wurde im Jahre 1980 begonnen und Ende 1981 ohne den Teil mit den Eigentumswohnungen fertiggestellt; letzterer wurde bald danach ebenfalls errichtet. Es entstanden insgesamt 96 Wohnungen, davon 20 Eigentumswohnungen.

Die Gestehungskosten von unterirdischem Parkraum betragen rund das Doppelte von denen eines oberirdischen Parkraumes. Erschwerend kam hinzu, daß der Boden des untersten Parkgeschosses unter dem Wasserspiegel der in geringem Abstand vorbeifließenden Lahn und damit im Grundwasserstrom der Innenstadt lag, so daß besondere Vorkehrungen bei der Errichtung zu treffen waren. Die Kosten waren nicht unbeträglich.

Aufgrund einer eigenwilligen und daher aufwendigen Bebauung, die eine Angleichung an die historische Bebauung der Innenstadt suchte, lagen deren Kosten deutlich über denen im sozialen Wohnungsbau. Beide Mehrkosten wurden durch die Gewährung eines Zinszuschusses der Stadt aufgefangen, der stark über den allgemeinen städtischen Rahmen hinausging. Daneben erfolgte die übliche Förderung durch das Land Hessen bei Refinanzierung mit Bundesmitteln (Wohnungsbaudarlehen).

Um die Wohnqualität im Bereich der Mühlstraße weiter zu steigern, wurde sie für jeden Durchgangsverkehr gesperrt²⁵.

- 5.2. Das Anwesen des Brühl'schen Verlages bestand vor 1945 aus den Grundstücken Schulstraße 7/9, den Betriebsgrundstücken Kanzleiweg 9, Schloßgasse 16 und Kaplaneigasse 7 in Größe von zusammen 2.490 qm und dem nur ca. 50 m entfernten Anwesen Sonnenstraße 3/5 mit 1.130 qm, auf dem die Lagerhalle für Papier und sonstige Hilfsstoffe sowie eine Autohalle zur Unterstellung von Auslieferungsfahrzeugen des "Gießener Anzeigers" standen.

Der "Gießener Anzeiger" (GA) durfte ab 2. Januar 1943 nicht mehr erscheinen, während die Parteizeitung "Oberhessische Tageszeitung" weiterhin erschien. Die Betriebsgebäude des "Gießener Anzeigers" waren 1944/45 so stark beschädigt worden, daß sie neu aufgebaut werden mußten. Der "Gießener Anzeiger" erschien erstmals wieder am 24. August 1949.

Bei der Baulandumlegung des Bereiches Marktlaubenstraße/ Schloßgasse/Schulstraße verblieben von den Grundstücken des "Gießener Anzeigers" 2.068 qm; eine Ausdehnung

²⁵ In Plan 23 ist das Haus Westanlage 44 noch als bestehend eingetragen; es ist inzwischen abgebrochen worden.

war nicht möglich. Die Grundstücke in der Sonnenstraße waren nach 1945 anderweitig verwendet worden. Da der "Gießener Anzeiger" - wie die meisten Tageszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland - nachts gedruckt und sofort ausgeliefert wird, wurden die Bewohner der benachbarten Wohnstraßen in erheblichem Maße gestört. Dies sowie die Enge des Anwesens ohne Erweiterungsflächen waren der Anlaß zur Verlagerung des Brühl'schen Verlages (Brühl'sche Universitätsdruckerei) und Verlages des "Gießener Anzeigers" in das neu erschlossene Industriegebiet im Stadtteil Wieseck, Am Urnenfeld 12. Sein bisheriges Anwesen wurde von der Stadt übernommen; es wurde vorübergehend für Zwecke der Stadt Lahn verwendet.

Nach der Auflösung der Stadt Lahn wurde es an einen privaten Investor veräußert, der auf ihm moderne Gebäude mit Eigentumswohnungen und einigen Praxen im Erdgeschoß mit insgesamt 24 rechtlichen Einheiten, meist Wohnungen, errichtete (Plan 24).

5.3. Der Neubau des Arbeitsamtes

Wegen der Enge der Kreuzung Nordanlage/Ostanlage mit Walltorstraße/Marburger Straße wurden die außerhalb des Anlagenringes liegenden Grundstücke Nordanlage 61 und 63 sowie Marburger Straße 5 nachträglich in den Wiederaufbau der Innenstadt einbezogen, um eine verkehrsgerechte Lösung zu ermöglichen (heutige Bezeichnung Kennedyplatz, Plan 25). Die Stadt erwarb bereits 1951/52 aus dem ehemaligen Besitz der Familie Bock (Zigarrenfabrik, Marburger Straße 5) bzw. deren Rechtsnachfolger eine größere Fläche, so daß diese in Verbindung mit den von der Stadt Ende der 30er Jahre erworbenen Grundstücken Nordanlage 61 und 63 eine Fläche von 4.743 qm besaß, von denen 2.736 qm für die Aufweitung der Kreuzung verbraucht wurden. Von der Restfläche von 2.007 qm erhielt die städtische Wiederaufbau AG 1.499 qm, auf denen sie die fünfgeschossigen Wohngebäude Nordanlage 55, 57 und 59 mit Marburger Straße 1 als nördlicher Begrenzung des neugeschaffenen Platzes errichtete.

Die Stadt Gießen erklärte 1971 die gesamte Innenstadt als "sanierungsbedürftig" im Sinne des StBauFG. Hiernach wurde die Sanierung des Betriebsgeländes des Gießener Brauhauses mit einer Fläche von rund 8.000 qm teilweise als Substanzsanierung (Beseitigung ungesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse) und teilweise als Struktursanierung (Beseitigung von Funktionsmängeln durch Neustrukturierung eines Gebietes) als dringlich angesehen.

In Abstimmung mit der Stadt erwarb die Brauerei ein Grundstück im Industriegebiet im Stadtteil Wieseck, das nur wenige Bauten aufwies und zur Disposition gestellt worden war. Die Stadt übernahm das Brauereigelände, obwohl bei Vertragsabschluß keine Pläne über die zukünftige Verwendung dieses Betriebsgeländes bestanden.

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hatte nach dem Neubau des Landratsamtes Gießen in der Ostanlage dessen bisheriges Anwesen Landgraf-Philipp-Platz 3 erworben. In den folgenden Jahren wurde zusätzlich das benachbarte Anwesen Landgraf-Philipp-Platz 5 und 7 (ehemalige Zigarrenfabrik) von den Egly-Erben angekauft. Nach dem Abbruch der alten Gebäude wurden die neuen 4-geschossigen Bürogebäude Landgraf-Philipp-Platz 3, 5 und 7 (Plan 26) errichtet.

Der Arbeitsverwaltung sind vom Gesetzgeber im Laufe der Zeit weitere Aufgaben übertragen worden. Die hierfür benötigten Mitarbeiter waren in sechs verschiedenen angemieteten Gebäuden in Gießen untergebracht, die weit auseinander lagen; dies erschwerte den Arbeitsablauf ungemein.

Um diesem Mißstand abzuhelpfen, hat die Bundesanstalt für Arbeit das ehemalige Gelände des Gießener Brauhauses von der Stadt und zusätzlich einige benachbarte Flächen von Privaten zur Abrundung angekauft, um ein neues Arbeitsamt bauen zu können und gewisse Reserven für evtl. Erweiterungen zu haben. Voraussetzung zur Bebauung war ein Bebauungsplan nach § 9 BBauG; er wurde erstellt und am 7. September 1981 rechtswirksam.

Sein wesentlicher Inhalt ist:

- Das Plangebiet wird als Mischgebiet ausgewiesen.
- Für das Grundstück der Arbeitsverwaltung wird eine fünf- bis achtgeschossige Bauweise vorgeschrieben.
- Für die Pkw ihrer Mitarbeiter ist eine Tiefgarage zu schaffen.
- Die noch vorhandenen, derzeit unsichtbaren Mauern und Kasematten²⁶ der Festung Gießen aus dem 16. Jahrhundert genießen Denkmalschutz und sind zu erhalten.
- Etwa 40 % des Baugrundstücks sind als Garten- oder Grünflächen anzulegen und zu 25 % mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.
- Eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen Marburger Straße und Asterweg ist herbeizuführen.

Die Entwicklung im einzelnen ist aus Plan 25 zu ersehen.

Die bisherigen Verwaltungsgebäude Landgraf-Philipp-Platz 3, 5 und 7 stehen nach Umbau und Renovierung dem Regierungspräsidium zur Verfügung.

26 Kasematten sind schußsichere Unterkunftsräume in Befestigungen.

6. Verlagerung von Teilen der Universität zwischen 1946 und 1957 in die Innenstadt (Schloßbereich)

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts lagen alle Universitätsgebäude im sogenannten Schloßbereich der Altstadt, mithin am Brandplatz, in der heutigen Senckenbergstraße und am Landgraf-Philipp-Platz.

Nach 1871 waren wesentliche Teile der Universität mit dem Vorlesungsgebäude, dem Institut für Physik und Chemie sowie die Universitätsbibliothek und die Aula in den Ludwigstraßenbereich verlegt worden.

Im Schloßbereich waren verblieben:

- Im "Kollegiengebäude" Brandplatz 4 die Verwaltung des Botanischen Gartens, Teile des Botanischen Instituts, das Geodätische Institut²⁷ und das Meteorologische Institut.
- Im Anwesen Brandplatz 3 das Reitinstitut.
- Im Anwesen Senckenbergstraße 6 das Botanische Institut und in Nr. 7 die Abteilung Pflanzenkrankheiten der Landesuniversität; der größere Teil dieses Gebäudes diente anderen Zwecken.
- Im Anwesen Braugasse 7 - ehemaliges Lazarett, das im Jahre 1925 durch die Stadt Gießen vom Land Hessen erworben worden war - das Agrikulturchemische Institut, das Forstinstitut sowie das Geologische und Paläontologische Institut; die Gebäude dieses Anwesens waren im Zweiten Weltkrieg im wesentlichen erhalten geblieben.

Das Kollegiengebäude Brandplatz 4 war im letzten Krieg stark beschädigt worden. Aus städtebaulichen Gründen wurde es zur Erweiterung des Brandplatzes abgebrochen (Plan 27).

Das Grundstück mit dem Reitinstitut nebst Stallung und Scheune auf der gegenüberliegenden Seite war bald nach 1949 in das Eigentum der Stadt Gießen übergegangen. Es wurde zu Beginn der 80er Jahre mit weiteren von der Stadt inzwischen angekauften Grundstücken vereinigt und neu bebaut (Plan 27).

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das erhalten gebliebene Neue Schloß nunmehr für Zwecke der Universität eingerichtet. Auch das benachbarte dreigeschossige Zeughaus mit einer bebauten Fläche von ca. 1.900 qm wurde Ende der 50er Jahre instandgesetzt. Dabei wurden im hohen Giebeldach zusätzliche Böden eingezogen, um damit weitere Nutzflächen zu erhalten.

²⁷ Bis Mitte der 30er Jahre konnte an der Landesuniversität Gießen auch Forstwissenschaft studiert werden. Die Forstleute wurden deshalb in der Geodäsie (Vermessungskunde) soweit ausgebildet, daß sie für forstwirtschaftliche Messungen zur Laufendhaltung oder zur Anfertigung von Forstkarten befähigt waren.

Der zusammenhängende Besitz des Landes Hessen mit Zeughaus und Neuem Schloß beträgt rund 26.750 qm. Auf ihm waren nach 1920 die mehrgeschossigen Wohnbauten für Landesbedienstete Senckenbergstraße 5, 17, 19 und 21 errichtet worden. Der Rest dient jetzt der Universität (Plan 26).

Außerdem hat das Land Hessen in der Innenstadt für Zwecke der Universität noch erworben:

- Das Anwesen Diezstraße 15 in Größe von 1.305 qm, in dem früher die "Kinderbewahranstalt" der evang. Gesamtgemeinde Gießen untergebracht war. Seine Gebäude waren sehr stark beschädigt worden und mußten abgebrochen werden. Auf seinem Gelände errichtete der "Verein für Jugendfürsorge und Jugendpflege eV" ein Kinderheim, das nach der Verlegung der Kinder auf die Leppermühle bei Großen-Buseck an das Land Hessen übereignet wurde.
- Schließlich hat das Land Hessen das mehrgeschossige Anwesen Brandplatz 1 in Größe von 498 qm (früher Tapetenhaus Hochstätter) für die Universität erworben.

Die nunmehr in der Innenstadt vorhandenen Räumlichkeiten sind im Umfang mit denen des Ludwigstraßenbereiches (ohne Bibliothek) durchaus vergleichbar, auch wenn dort nach 1957 weitere benachbarte Grundstücke für die Universität angekauft wurden.

7. Sanierungsgebiet "Am Burggraben" mit dem Ergänzungsgebiet "Zu den Mühlen"

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen hat am 10. Dezember 1987 die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Am Burggraben" mit dem Ergänzungsgebiet "Zu den Mühlen" in Gießen beschlossen. Es ist nach dem City-Center die zweite Sanierungsmaßnahme, die in Gießen als gesonderte Maßnahme durchgeführt werden soll (Pläne 28 und 29).

Dieses Gebiet umfaßt Teile der Altstadt, für die der Aufbauwille bis 1989 sehr gering war. Der überalterte Gebäudebestand in der Wetzsteinstraße wurde in seinem bisherigen Zustand belassen. Es war jedoch möglich, alle Grundstücke, die zur Verbreiterung der nördlichen Seite des Kirchenplatzes benötigt wurden, sowie die benötigten Teilflächen in der Wetzsteinstraße zu ihrer Begradigung vor 1961 zu erwerben, so daß der Kirchenplatz und die Wetzsteinstraße auf die in 1949 beschlossene Breite ausgebaut werden konnten (Pläne 28 und 29).

Die mit der Sanierung laut Beschluß vom 10.12.1987 beauftragten Stellen erwarten Investitionen von rund 100 Mio. DM. Mitte April 1990 hat das Land Hessen über den Regierungspräsidenten mittelhessischen Städten rund 30 Mio. DM für Sanierungszwecke ihrer Innenstädte zugewiesen. Dabei entfielen auf Gießen 1,8 Mio. DM. Der Regierungspräsident hat dazu ausgeführt:

"Mit diesen Förderungsmitteln solle der Lebensraum in den Innenstädten erhalten, weiter ausgebaut und damit erreicht werden, daß die Stadtentwicklung sich sowohl im Inneren als auch nach außen in neuen Baugebieten gleichmäßig vollziehe ..." ²⁸

Wenn die Sanierung des Gebietes "Am Burggraben" beendet sein wird, ist sowohl der Wiederaufbau der Innenstadt als auch deren Sanierung als abgeschlossen zu bezeichnen. Größere bauliche Änderungen dürften aus heutiger Sicht alsdann in der Innenstadt nicht notwendig werden. Einzelne punktuelle spätere Vorhaben werden das Gesamtergebnis nicht beeinflussen.

VIII. Museumsneubauten

1. Unterkünfte des Oberhessischen Museums bis zum 6. Dezember 1944

Bis zum Angriff am 6. Dezember 1944 waren an Räumlichkeiten für das Oberhessische Museum und die Gail'schen Sammlungen ²⁹ vorhanden:

- Brandplatz 2 (Altes Schloß), Eigentum der Stadt Gießen, mit der Museumsverwaltung und der Abteilung Altertummuseum;
- Landgraf-Philipp-Platz 2 (Neues Schloß), Eigentum des Landes Hessen, mit den Abteilungen Völkerkunde und Kriegsmuseum sowie den Kunstsammlungen der Gustav-Bock-Stiftung;
- Brandplatz 3 (Turmhaus am Brand), Eigentum der Stadt Gießen, mit den Ausstellungsräumen des Oberhessischen Kunstvereins. Der überwiegende Teil des Gebäudes diente jedoch anderen Zwecken.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die wertvollsten Teile des Oberhessischen Museums und der Gail'schen Sammlungen in das Hungener Schloß ausgelagert. Das Alte Schloß und das Turmhaus am Brand brannten am 6. Dezember 1944 vollständig aus. Damit wurden alle in den beiden Gebäuden verbliebenen Gegenstände vernichtet. Das landeseigene Neue Schloß stand nach 1945 dem Museum nicht mehr zur Verfügung.

Erst um die Wende der 70er zu den 80er Jahren konnten für das Museum sachgerechte Räume erbaut werden. Bis dahin waren seine Bestände behelfsmäßig im Dachgeschoß der Liebigschule

²⁸ Mittelhessische Anzeigen-Zeitung Gießen, Ausgabe 16 vom 18. April 1990, S. 1 (Land fördert Sanierung).

²⁹ Dr. h.c. Gail, Wilhelm, 17.03.1854 - 25.02.1925. Inhaber und Vorstandsvorsitzender der Zigarrenfabrik Georg Philipp Gail AG (gegr. 1812) sowie Begründer und Eigentümer der Firma "Wilhelm Gail'sche Dampfziegelei und Thonwaarenfabrik" (heutiger Name: Gail AG).

und ab 1962 teilweise auch im Haus Asterweg 9 untergebracht. Letzteres diente bis dahin als Unterkunft für das Stadtbauamt und das Vermessungs- und Grundstücksamt.

2. Wiederaufbau des Alten Schlosses

Das Alte Schloß, dessen Ruinen in 1977 einschließlich der Fundamente abgebrochen worden waren, wurde mit den gleichen Außenansichten wie vor der Zerstörung wiederaufgebaut; der Innenausbau erfolgte nach den Bedürfnissen des Museums. In ihm sind seit dem 1. Juni 1980 die Abteilung für Kunst und Kunsthandwerk sowie die Museumsverwaltung untergebracht. Es weist auch einen geräumigen und ansprechenden Festsaal (Netanja-Saal) für etwa 200 Personen auf.

3. Ankauf des Leib'schen Hauses, Kirchstraße 2

Im Jahre 1975 hatte die Stadt das Leib'sche Haus (Burgmannenhaus, Georg-Schlosser-Straße 2, früher Kirchstraße 2), eines der ältesten Fachwerkhäuser der Bundesrepublik Deutschland, angekauft. Sie brach alsbald dieses Haus ab; es wurde nach den früheren Maßen als Fachwerkhaus wieder aufgebaut. Im Innern ist es für die Bedürfnisse eines Museums eingerichtet worden. In ihm ist seit 1977/78 ein Teil des Museums mit den Abteilungen Stadtgeschichte, Bürgerkultur, Volkskunde und Wirtschaftsgeschichte untergebracht.

4. Ankauf des Hauses Wallenfels

Schließlich hat die Stadt im Jahre 1979 auch das benachbarte Haus Wallenfels (Kirchplatz 21, jetzt 6) aufgekauft, abgebrochen und nach seinen ehemaligen Außenmaßen wieder aufgebaut; im Innern ist es sachgemäß eingerichtet worden. In ihm sind die Museumsabteilungen Erdgeschichte, Frühgeschichte bis zur Merowingerzeit, Klassische Archäologie und Völkerkunde untergebracht.

5. Der Stadtkirchturm

In unmittelbarer Nähe der beiden letztgenannten Gebäude stand die Stadtkirche mit dem etwas abseits stehenden Turm. Dieser war bis zur Jahrhundertwende Eigentum der Stadt, während die dazugehörige Kirche stets Eigentum der Kirchengemeinde war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Kirchturm ebenfalls Eigentum der evang. Kirchengemeinde geworden. Die Kirche -

erbaut von dem bekannten Baumeister Moller aus Darmstadt³⁰ - war im Zweiten Weltkrieg so stark beschädigt worden, daß sie abgebrochen werden mußte. An ihrer Stelle wurde in unmittelbarer Nähe die Pankratiuskapelle als Notkirche errichtet (Plan 30).

Die welsche Haube des Stadtkirchenturms diente bis etwa 1900 als Wohnung des Türmers. Er hatte Brände anzuzeigen. Die Haube brannte im letzten Krieg vollständig ab. Sie wurde Ende der 70er Jahre mit erheblicher finanzieller Unterstützung der Stadt maßstabgerecht wieder aufgebaut.

Bereits vor diesem Wiederaufbau war im Erdgeschoß des Stadtkirchturms eine Taufkapelle eingerichtet worden. In ihr liegen Bücher aus, in denen die Namen der Gefallenen der Stadt Gießen und der Gefallenen der nach dem letzten Weltkrieg zugezogenen Flüchtlinge verzeichnet sind.

Somit ist neben dem nahegelegenen Schloßbezirk am Kirchenplatz ein kleineres kulturelles Zentrum entstanden.

IX. Verkehrspolitische Maßnahmen

Für die Entwicklung einer Stadt ist neben ihrer Boden- und Siedlungspolitik eine zweckmäßige und kontinuierliche Verkehrspolitik von entscheidender Bedeutung.

1. Der Ausbau des Anlagenringes

In Kap. II Ziff. 1 bis 4 wird auf S. 83/84 die Entstehung des Anlagenringes dargestellt. Der um die Jahrhundertwende fertiggestellte Anlagenring hatte zwei Fahrspuren und verhältnismäßig breite Bürgersteige, vielfach mit Bäumen bestanden.

Ab 1935 war es notwendig geworden, in einzelnen Abschnitten Verbreiterungen vorzunehmen. Sie bestanden aus:

- Verbreiterung der Fahrbahn der Westanlage zwischen Bahnhofstraße und Seltersweg durch Inanspruchnahme von Vorgärten auf beiden Straßenseiten; dabei wurden auch Radfahrwege angelegt.

³⁰ Georg Moller (1784-1852), ein Baumeister des Klassizismus, erbaute in Darmstadt u.a. das Landestheater und die Ludwigskirche.

- Abbruch der im Jahre 1810 erbauten Oktroihäuschen am Selterstor mit Neugestaltung des Platzes.
- Verbreiterung der Fahrbahn der gesamten Südanlage durch die Einbeziehung von Anlagengelände und Wegnahme einer Baumreihe. Im Gegensatz zu fast allen anderen Teilen des Anlagenringes hatten die Anwesen der Südanlage keine Vorgärten.

Mit Beginn der 50er Jahre setzte eine starke Zunahme des Autoverkehrs - insbesondere des Fernverkehrs - ein. Noch erinnerlich sind den Anliegern des Straßenzuges Marburger Straße - Ostanlage - Moltkestraße - Licher Straße die schweren Lastzüge aus Westfalen, die ab Steinbach die Autobahn E 4 nach Süden benutzten. Erst mit dem Bau des Teilstückes des Gießener Ringes A 485 ist für diese Anlieger eine gewisse Entlastung eingetreten.

Der ständig zunehmende Autoverkehr machte den Ausbau des gesamten Anlagenringes auf vier Spuren mit Fahrbahnteiler und Abbiegespuren notwendig. Hierbei wurden größere Flächen des Grünzuges entlang des inneren Ringes beansprucht. Zur Verbreiterung der Westanlage und kleinerer Teile der Nordanlage und zur Schaffung einer verkehrsgerechten Kreuzung am Oswaldgarten wurden, soweit diese unmittelbar an die Eisenbahnlinie Gießen - Kassel angrenzten, nach Errichtung einer Stützmauer Teile der ehemaligen Böschung des Bahnkörpers in das Straßengelände der West- und Nordanlage einbezogen; zugleich wurde die benachbarte Eisenbahnbrücke erheblich verbreitert. Außerdem waren weitere Vorgärten zu erwerben. Bei diesem Ausbau wurden nur wenige ältere Wohngebäude abgebrochen. Soweit Eckgrundstücke an der äußeren Straßenseite ausgebombt waren, mußten deren Neubauten zurückversetzt werden, um die notwendigen Flächen für Abbiege- und Einfädelungsspuren freizuhalten, obwohl deren Ausmaß noch nicht in allen Fällen bekannt war. Dieser Grunderwerb machte größere Anstrengungen notwendig.

Bei diesen Straßenbauarbeiten wurden alle noch erhaltenen Oktroihäuschen abgebrochen. Eine Versetzung wurde leider nicht ernsthaft erwogen.

Es erwies sich bald als notwendig, zusätzlich einen vierspurigen Außenring zu bauen. Er besteht aus Teilen der

- BAB A 485 (Gießen-Marburg)
- BAB A 480 (Wetzlar-Reiskirchen)
- B 429 (Westtangente) und
- B 49 (Gießen-Wetzlar-Limburg)

Mit dem Schlußstück am Gießener Nordkreuz wurde dieser für Gießen außerordentlich wichtige Ring Ende 1983 vollendet.

Nach Fertigstellung des äußeren ca. 22,5 km langen Gießener Ringes wurden die B3 und die B 49, soweit sie Teil des Anlagenringes waren, zur Landesstraße L 3475 herabgestuft (Plan 31).

Die Westanlage vom Seltersweg bis zum Abzweig der Gabelsberger- straße und diese selbst sind Teil der Landesstraße L 3047 geworden, während der restliche Teil der Westanlage als Kreisstraße K 28 ausgewiesen wurde.

Die Nordanlage ist Stadtstraße geblieben. Nähere Einzelheiten sind dem Plan Gießen-Innenstadt, Straßenführung 1989 (Plan 30) zu entnehmen.

2. Das Parkproblem

Wie in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland ist auch in der Innenstadt von Gießen das Parkproblem bis jetzt nicht zufriedenstellend gelöst worden. Versuche, vom Beginn des Wiederaufbaus ab 1949 bis Ende der 80er Jahre eine befriedigende Lösung zu finden, reichten nicht aus. Ursachen dieses Zustandes sind:

- In der Innenstadt sind seit Jahren etwa 6.000 Beschäftigte tätig. Soweit sie in Umlandgemeinden oder auch in weiter entfernten Stadtteilen wohnen, benutzen sie in der Regel ihren Pkw, um an die Arbeitsplätze zu gelangen.

Außerdem wohnen in der Innenstadt rund 5.200 Einwohner, die z.T. öffentliche Parkflächen in Anspruch nehmen, weil es auf ihren Grundstücken an Einstellplätzen mangelt und das geplante Parkhaus zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße nicht gebaut wurde. Für fehlende Einstellplätze hatten die Grundstückseigentümer Ablösesummen gezahlt, ohne daß seitens der Stadt ausreichende Parkflächen zur Verfügung gestellt wurden.

- Während die Zahl der Beschäftigten im allgemeinen durch Rationalisierung abnimmt, ist durch die Zunahme neuer bzw. die Erweiterung bestehender Dienstleistungsunternehmen die Zahl von rund 6.000 Beschäftigten bis 1989 konstant geblieben.
- Die Stadt hat ihre frühere Funktion, Einkaufszentrum der Mittelhessischen Region zu sein, zurückgewonnen. Infolgedessen hat die Zahl der Einkäufer sowie der Besucher der verschiedenen Dienstleistungszweige gegenüber der ersten Phase des Wiederaufbaus erheblich zugenommen. Die Besucher wollen möglichst in der Nähe ihrer Einkäufe oder Vorsprachen bei Dienstleistungsbetrieben in der Innenstadt parken. Das an langen Samstagen praktizierte "Park + Ride-System" war bis jetzt wenig erfolgreich.
- Im März 1946 war die Schließung der ehemaligen Hessen-Darmstädtischen Landesuniversität (Ludoviciana) verfügt worden. Am 16. Mai 1946 wurde die Landesuniversität in eine

Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin umstrukturiert; sie hatte deshalb nur wenige Studierende. Nachdem diese Hochschule im Jahre 1957 wieder Volluniversität (Justus-Liebig-Universität) geworden war, stieg die Zahl der Studierenden einschließlich der der später gegründeten Fachhochschule auf mehr als 20.000 an. Viele von ihnen wohnen in Umlandgemeinden; sie benutzen in der Regel einen Pkw zur Fahrt nach Gießen. Bürger und Studierende, die am Stadtrand wohnen, verhalten sich gleichermaßen.

Nach der Reichsgaragenordnung von 1939 ist jeder Grundstückseigentümer verpflichtet, entsprechend den vorhandenen Wohnungen für die Beschäftigten und die voraussichtlichen Besucher Einstellplätze anzulegen; dies erfolgte öfters nicht. Stattdessen wurden Ablösesummen an die Stadt gezahlt, ohne daß diese echten Parkraum schuf. Andererseits entstanden in der Innenstadt Parkhäuser zur Vermietung, die von Privaten oder Gesellschaften errichtet wurden, wie z.B.

- Parkhaus der Karstadt AG, Reichensand 10	878 Plätze
- Fina-Parkhaus, Südanlage 32	220 Plätze
- Parkhaus Westanlage 44	<u>600 Plätze</u>
	1.698 Plätze

An öffentlichen Parkflächen, meist mit Parkuhren ausgestattet, sind u.a. vorhanden

- | | |
|--|--------------------------------|
| - Teile des Oswaldsgartens | 125 Plätze |
| - Kanzleiberg mit Brandplatz,
Landgraf-Philipp-Platz
und Lindenplatz ³¹ | 160 Plätze |
| - Parkplatz zwischen Diezstraße
und Neuen Bäue ³² | <u>20 Plätze</u>
305 Plätze |
- Für die Zeit nach 15.30 Uhr sowie an Samstagen stehen die unmittelbar am Anlagenring gelegenen Parkplätze der Stadtverwaltung, der Kreisverwaltung, des Arbeitsamtes und anderer Behörden der Allgemeinheit zur Verfügung.
 - In den Straßen, die nicht Teil der Fußgängerzone sind, ist das Parken mit Parkuhren möglich. Es ist beabsichtigt, weitere Straßen für den Autoverkehr zu sperren.

31 Es ist zu beachten, daß auf dem Brandplatz in den Monaten Juni bis Oktober dreimal, in den übrigen Monaten zweimal in der Woche für je einen halben Tag Wochenmarkt ist, wodurch in dieser Zeit etwa 70 Plätze nicht benutzbar sind. Versuchsweise findet in 1991 auch im Sommer nur 2 mal wöchentlich Wochenmarkt statt.

32 Der größere Teil der früheren Parkfläche ist 1988/89 in eine Grünfläche umgewandelt worden.

3. Die Fußgängerzone

Mitte der 60er Jahre gingen viele Städte dazu über, ihre Alt- oder Innenstädte in Fußgängerzonen umzugestalten, um dadurch ein urbanes Leben zu ermöglichen. Kennzeichen einer Fußgängerzone sind u.a.:

- Herausnahme des Durchgangsverkehrs,
- eine einheitliche Straßenfläche statt Trennung in Fahrbahn und Bürgersteige,
- die Anlage von Brunnen, die Anpflanzung von Bäumen, das Aufstellen von Sitzgelegenheiten für Gespräche oder zum Kaffeetrinken u.a. und
- Gelegenheit für Parteien und sonstige Gruppen der Bevölkerung, ihre Anliegen öffentlich zu vertreten.

Fußgängerzonen sind inzwischen zu einem beliebten Treffpunkt für Jung und Alt geworden.

Auch die Stadt Gießen schloß sich Ende der 60er Jahre dem allgemeinen Trend an, weil der ständig zunehmende Autoverkehr in den Innenstadtstraßen - insbesondere im Seltersweg - die Fußgänger stark behinderte. Der Ausbau eines Teils der Innenstadt zur Fußgängerzone ist in Abschnitten durchgeführt worden. Der Zustand in 1989 ist aus Plan 30 zu ersehen. Wesentliche Änderungen sind nicht mehr zu erwarten.

Die Fußgängerzone in Gießen ist keine echte Fußgängerzone; sie ist ihrem Wesen nach nur eine verkehrsberuhigte Zone. Fast alle Grundstücke in den Straßen, die nach und nach zu Fußgängerzonen umgebaut werden, müssen von eben diesen Straßen angedient werden. Der notwendige Güterverkehr in der Fußgängerzone ist deshalb nur während festgelegter Zeiten möglich. Selbst die neue Rittergasse und die neue Katharinengasse, die ursprünglich als Durchbruchs- und Andienungsstraßen zur Mäusburg, zum Kreuzplatz und zum Seltersweg geplant und ausgebaut waren, sind nachträglich in die Fußgängerzone einbezogen worden. Einige dieser Straßen sind inzwischen mit Bäumen bepflanzt worden, wie der Neuenweg, die Sonnenstraße (teilweise) und vor allem die Plockstraße.

Es bestehen, soweit bekannt ist, weitere Überlegungen zur Erweiterung ergänzender verkehrsberuhigter Zonen. Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten.

X. Das Baugesetzbuch

Am 1. Juli 1987 trat das Baugesetzbuch (BauGB) in Kraft; es trat an die Stelle des bisherigen BBauG und des Städtebauförderungsgesetzes. Hierbei wurden zahlreiche Vorschriften des StBauFG neugefaßt oder in größerem Umfang geändert. Zahlreiche Vorschriften des bisherigen Rechtes entfielen. Da der Wiederaufbau der Innenstadt - abgesehen vom Sanierungsgebiet "Am Burggraben" - zu diesem Zeitpunkt praktisch abgeschlossen war, war das BauBG für den Wiederaufbau der Innenstadt ohne Bedeutung.

Zum Zeitpunkt 1. Juli 1987 betrug

die Zahl der Gebäude	475
die Zahl der Arbeitsstätten	931
die Zahl der Beschäftigten	5.190

XI. Gesellschaftliche Wandlungen

Im folgenden werden nur die wichtigsten gesellschaftlichen Wandlungen dargestellt. Zu ihnen gehören insbesondere:

1. Wandlungen im Eigentum

Aufgrund der Planungen und verbindlichen Vorgaben aus den Wiederaufbauplänen von 1949 ergab sich, daß für den größten Teil der zerstörten Altstadt mit etwa 600 Grundeigentümern rund 400 nicht wieder mit Grund und Boden abgefunden werden konnten. Sie wurden mit Geld entschädigt. Die Entschädigungen für aufstehende Mauern waren gering, weil diese infolge Alters, des Ausglühens und aus Gründen der Festigkeit kaum noch verwendungsfähig waren. Rechtsverfahren wurden hierdurch nicht ausgelöst.

Mit dem Gesetz über das Wohnungseigentum vom 15. März 1951 wurde die Möglichkeit eröffnet, bei Wohngebäuden Wohnungseigentum und bei gewerblicher Nutzung Teileigentum zu begründen. Mit dem Wohnungs- bzw. dem Teileigentum am Bauwerk ist jeweils ein ideeller Anteil am Grund und Boden verbunden.

Das Institut des Wohnungs- bzw. des Teileigentums ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, erst ab Mitte der 60er Jahre in Gießen in größerem Umfang angewendet worden. Als Beispiele wurden z.T. bereits genannt:

- das Grundstück Neuen Bäume 27 mit	6 rechtl. Einheiten
- der Komplex Neuen Bäume 11, 13 und Diezstraße 7 mit	155 rechtl. Einheiten
- City-Center (ohne Einstellplätze) mit	130 rechtl. Einheiten
- Katharinengasse 13 mit	13 rechtl. Einheiten
- Mühlstraßenkomplex	20 rechtl. Einheiten
- Teilung sonstiger Objekte	15 rechtl. Einheiten
- Ecke Kanzleiberg 7 mit Schloßgasse 4, 6 sowie Brandgasse 6, 10, 12 mit	64 rechtl. Einheiten
	<hr/>
	413 rechtl. Einheiten

Hinzu kommen weitere Aufteilungen von Mietwohngebäuden, die an die Mieter verkauft worden sind; aus Gründen des Datenschutzes waren sie im einzelnen nicht zu ermitteln.

Vorteile der Eigentumswohnung (ETW) bzw. des Teileigentums sind:

- Wesentlich mehr Bürger können nunmehr Eigentümer von Grund und Boden mit Teilen von Gebäuden werden gegenüber den bis dahin üblichen Verfahren durch Kauf von Einzelobjekten.
- Die Unterhaltung der Gebäude ist weitgehend dem Verwalter des Grundstücks verantwortlich übertragen. Somit kann unterstellt werden, daß die Anwesen mit ETW regelmäßig und ordnungsgemäß unterhalten und - falls erforderlich - auch modernisiert werden; dies war bei manchen Eigentümern, vor allem bei Erbengemeinschaften in der ersten bzw. der zweiten Generation nicht immer möglich.
- Der Eigentümer einer ETW ist selbständig und nicht von einem Vermieter abhängig.
- Eine ETW stellt auch einen beachtlichen Vermögenswert dar.

Wohnbaugesellschaften jedweder Rechtsform können sich durch die Bildung und den Verkauf von ETW in bestehenden Mietwohngebäuden zusätzliches Eigenkapital für Neubauten oder die Modernisierung älteren Wohnbesitzes schaffen.

2. Entvölkerung der Innenstadt

Es wird des öfteren behauptet, daß sich die Innenstadt von Gießen zunehmend entvölkere. Dies sei nicht zuletzt eine unmittelbare Folge des Ankaufs bebauter Grundstücke durch Gesell-

schaften oder kapitalstarke Einzelne mit nachfolgendem Abbruch der Wohngebäude durch die Käufer. Sie würden alsdann hochrentierliche Geschäftshäuser oder Bürogebäude errichten. Die dadurch zunehmende Entvölkerung müsse mit allen Mitteln unterbunden werden.

Die Annahme der Entvölkerung ist unzutreffend. Es ist unbestritten, daß durch

- die notwendige Verbreiterung bestehender und die Anlage neuer Straßen beim Wiederaufbau nach 1949,
- die Einbeziehung von Grundstücken mit bisherigen Wohngebäuden in öffentliche Grundstücke (z.B. in Schul- oder Behördenparzellen) und
- den Neubau von größeren Geschäftshäusern (z.B. Karstadt, Kerber, Horten, Bezirkssparkasse usw.)

die mit Wohngebäuden bebaute Fläche der Innenstadt seit 1949 spürbar kleiner geworden ist. Mit der Ballung von Dienstleistungen in der Innenstadt sind Straßen oder Straßenteile, die bis 1945 ausschließlich dem Wohnen dienten, zunehmend für die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben interessant und annehmbar geworden.

In Städten und größeren Umlandgemeinden ist es vielfach üblich geworden, daß die Kinder die elterliche Wohnung verlassen, ehe ihre Berufsausbildung abgeschlossen ist; sie bevorzugen andere Wohn- und Lebensformen. Die vorstehenden Beobachtungen werden durch die amtlichen Zahlen der jährlichen Statistischen Berichte der Stadt Gießen erhärtet.

Danach betragen

Jahr	Person pro Wohnung	Räume pro Person
1959	3,65	1,08
1969	3,04	1,33
1979	2,55	1,60
1988	2,14	1,80

Hinweis:

Die Werte für 1989 lagen bei Abfassung dieses Beitrages noch nicht vor.

Dem Verlust an Wohnraum stehen auch beträchtliche Gewinne gegenüber:

- Es wurden sehr oft ein, mitunter sogar zwei Geschosse mehr gebaut, als in 1949 beschlossen worden war; dies gilt sowohl für die 16,5 m als auch für die 12,5 m breiten Straßen.

- Die Gewinne an Wohnflächen sind besonders groß auf Sanierungsflächen, wie z.B. Neustadt/Sandgasse (Plan 11) und zwischen Seltersweg und Bahnhofstraße (City-Center, Pläne 19 - 21).
- Auf ehemals gewerblich genutzten Flächen, z.B. in der Mühlstraße (Plan 23) und Teilgebiet Brandplatz (Plan 27).

Aufgrund eingehender Vergleiche ergab sich in 1981 für die Stadt Gießen ohne Innenstadt und eingemeindete Stadtteile eine Wohndichte von 71,2, für die Innenstadt selbst von 142,7 Personen/ha bebauter Fläche. Es gibt keinen anderen Bereich in der Stadt, der eine solche Wohndichte aufweist. Schon von dieser Seite her kann nicht von einer Entvölkerung der Innenstadt gesprochen werden. Es wird Aufgabe aller verantwortlichen Stellen sein, die Aktivitäten im Wohnungsbau für die Innenstadt weiterhin zu fördern.

Der Anteil der Ausländer beträgt für die gesamte Stadt 10 %, für die Innenstadt 16 % gem. statistischem Jahresbericht für 1988.

3. Umsetzung von Betrieben

Außer den in Kap. VII Ziff. 2 genannten größeren Firmen Schaffstaedt mit Konsumverein, Brühl'sche Druckerei sowie Brauerei Denninghoff sind einige jener Firmen zu nennen, die ihre Betriebe aus der Innenstadt in eine der Gießener Industrie- oder Gewerbeflächen am Stadtrand verlagerten, wie z.B.

- Karosserie-Lackierbetrieb Bellof von Löbers Hof 6/8 in die Rodheimer Straße 100,
- Sattlerei Völsing von der Westanlage 46 in den Watzenborner Weg 16,
- Schlosserei Dewald von der Georg-Schlosser-Straße 6 in den Kiesweg im Stadtteil Wieseck.

In den Kreis dieser Umsiedlungen sind auch jene Handelsbetriebe einzubeziehen, die wegen der Enge ihres Anwesens oder der Ausdehnung der von ihnen angebotenen Palette ihre Lagerhaltung oder ihre Großhandelsabteilungen an den Stadtrand oder in eine der Nachbargemeinden von Gießen verlagerten, wie z.B.

- die Firma Ernst Weimer von der Bahnhofstraße 40 in den Ohlebergweg 13 und Siemensstraße 17,
- das Lager der Karstadt AG vom Seltersweg 64 in das Industriegebiet von Fernwald-Annerod,

- die Großhandelsabteilung der Firma Edgar Borrmann von der Neustadt 5-9 in das Industriegebiet von Fernwald-Annerod,
- die Nudelfabrik Grieb von der Neustadt 32 nach auswärts.

Aufgrund aller Umsiedlungen, die seit 1949 allein aus der Innenstadt in Nachbargemeinden erfolgt sind, sind auch ca. 800 Arbeitsplätze, meist handwerklicher Natur, verlagert worden. Sie haben die Struktur der Innenstadt insofern beeinflußt, daß nunmehr die ausgesprochenen Dienstleistungsbetriebe (Verwaltungen, Banken, Versicherungen, Beraterberufe usw.) dominieren. Die dadurch bewirkte Entmischung ist beachtlich.

Soweit Umsetzungen der vorgenannten Art in heute noch selbständige Gemeinden erfolgte, sind der Stadt Gießen sowohl Arbeitsplätze als auch Steuereinnahmen verlorengegangen.

4. Änderungen in den Wertverhältnissen des Grund und Bodens

Vorweg ist festzustellen, daß die Bodenwerte der Innenstadt, aber auch in den sonstigen Bereichen der Stadt und im Umland seit 1961 in erheblichem Maße gestiegen sind. Ursachen dieser Steigerungen sind u.a.

- der ständige Kaufkraftschwund der DM und
- die nicht ausreichenden Bereitstellungen baureifen Geländes im Stadtgebiet, vor allem nach 1970.

Infolge der langanhaltenden Rezession Ende der 1920er/Anfang der 30er Jahre waren die Einkommen fast aller Bevölkerungsschichten, verstärkt durch die Brüning'schen Notverordnungen³³, nach und nach um insgesamt ca. 20 % zurückgegangen. Bei den Immobilien waren die Preise durch zahlreiche Notverkäufe oder Insolvenzen ebenfalls stark zurückgegangen.

Mit dem Bau der Autobahnen ab 1933 und der Wiederaufrüstung ab 1935 entstand ein erhöhter Landbedarf, der eine spürbare Preiserhöhung bei Grundstücken zur Folge hatte. Daraufhin erließ die Reichsregierung 1935 einen Preisstop für bebaute und unbebaute Grundstücke, der 1956 für bebaute und erst 1960 für unbebaute Grundstücke aufgehoben wurde. Ab diesem Zeitpunkt gingen die Baulandpreise schnell und erheblich in die Höhe. Hierbei ist zu beachten, daß der Preisindex für Bauleistungen in 1913 = 100, in 1936 = 131,4 und in 1961 = 424,4 betrug, so daß

33 Dr. Heinrich Brüning (1885-1970), Reichskanzler (1930-1932). Durch die Brüning'schen Notverordnungen wurden die Beamten- und Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst in vier Etappen um insgesamt 20 % zur Entlastung der Reichs- und Länderfinanzen gekürzt. Dies wirkte sich auch auf die Löhne und Gehälter der Wirtschaft mit einer Kürzung aus. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug zu dieser Zeit rund 6 Mio. bei etwa 65 Mio. Einwohnern im Reichsgebiet.

zwischen 1936 und 1961 eine Preissteigerung um das 3,2-fache gegenüber 1936 eingetreten war, während die Bodenpreise für bebaute Grundstücke bis 1956 und für unbebaute bis 1960 zwangsweise stabil gehalten wurden. Das schnelle Steigen ab 1960 war somit z.T. nur eine Angleichung an die übrigen Preise im Bausektor.

Der Preisindex für Bauleistungen beträgt zum 1. April 1990 = 1665. Wird bedacht, daß der Bodenwert in den besten Lagen im Seltersweg bereits 1907 bei der neuen Bewertung für die Grundsteuern 100 M/qm betrug, so ist der heutige Wert (Mitte 1990) nicht stärker gestiegen als die Preise für die Bauleistungen.

4.1. Wertekarten der Innenstadt für 1949

Parallel mit den Vorarbeiten zur Aufstellung des Fluchtlinien- und Bebauungsplans der Innenstadt war für ihren gesamten Bereich in gemeinsamen Sitzungen der Verantwortlichen der Stadt für den Wiederaufbau Karle³⁴, Gravert und Schmidt eine "Wertekarte" erstellt worden. Sie sollte sowohl für alle Kaufverträge als auch für Entschädigungen bei Mehr- oder Minderzuweisungen von Grund und Boden bei den kommenden Baulandumlegungen angewandt werden.

Da die Besatzungsmächte nach 1945 den in 1935 verhängten Preisstop der Reichsregierung für bebaute und unbebaute Grundstücke nicht aufgehoben hatten, war von den Werten aus dem Jahre 1935 auszugehen. Wichtigste Grundlage für diese Wertekarte war die vom Grundstücks- und Vermessungsamt der Stadt Gießen laufend gehaltene "Kaufpreisansammlung", die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreicht.

Diese Wertekarte wurde in 1950 gemeinsam mit der Bewertungsabteilung des Finanzamtes Gießen auf die gesamte Gemarkung für bebaute und unbebaute Grundstücke - jedoch ohne Waldgrundstücke - als Besteuerungsgrundlage erweitert. Hierbei wurden die Werte der Innenstadt auch vom Finanzamt als zutreffend bezeichnet und angehalten.

Da die einzelnen Grundstücke in der Regel senkrecht oder fast senkrecht auf die Straßen auftreffen, sind die Bodenwerte ebenfalls senkrecht zu diesen eingetragen worden.

34 Julius Karle (1880 - 1961), Amtsvorstand des Grundstücks- und Vermessungsamtes der Stadt Gießen von 1912 - 1945; Vorsteher des Ortsgerichtes bis 1950.

4.2. Wertekarte der Innenstadt für 1964

Das Jahr 1964 wurde statt 1959 - wie ursprünglich vorgesehen - deshalb gewählt, weil zum 1. Januar 1964, erstmalig seit 1935, neue Einheitswerte aller Grundstücke zur Besteuerung des Grund und Bodens zu ermitteln waren. Gemäß einer Übereinkunft zwischen dem Finanzamt und der Stadt Gießen wurden diese in einer kleinen, paritätisch besetzten Kommission von jeweils zwei Mitarbeitern beider Behörden ermittelt. Seitens der Stadt Gießen war dies der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied des Gutachterausschusses³⁵. Auch gegen die neu ermittelten Werte, die bei den folgenden Baulandumlegungen angewandt wurden, wurden - wie auch bei den Steuerzahlern zur Einheitsbewertung - keine Widersprüche eingelegt.

4.3. Wertekarte der Innenstadt für 1987

Bei der Abfassung dieses Beitrages wurde die Wertekarte von 1987 verwendet, weil die für 1989 noch nicht vorlag. In ihr ist vom Gutachterausschuß eine stärkere Generalisierung vorgenommen worden, was wegen des fast abgeschlossenen Wiederaufbaus zulässig erscheint.

Im Straßenzug Kreuzplatz - Seltersweg werden die höchsten Mieten für Läden und sonstige Geschäftsräume gezahlt. Mithin hat hier der Bodenwert sowohl für die gesamte Innenstadt als auch für die übrige Stadt seinen bislang höchsten Stand erreicht; das gilt vor allem für den oberen Seltersweg.

Die starke Erhöhung der gewerblichen Mieten im Seltersweg wirkt sich dahin aus, daß statt der zahlreichen früheren Geschäfte für Dinge des täglichen und jährlichen Bedarfs mehr und mehr Läden für sonstige Dinge und Dienste entstanden sind. Sie bewirkte auch eine überproportionale Erhöhung der Mieten für Wohnräume in den besseren Wohnlagen der Stadt.

XII. Das Baudezernat

In diesem Abschnitt wird die Besetzung des Baudezernats in Kurzfassung dargestellt; den Dezernenten waren im allgemeinen noch weitere Aufgaben übertragen.

³⁵ Gutachterausschuß gemäß §§ 136 - 144 BBauG. Er besteht aus einem Vorsitzenden, der in Hessen vielfach ein Beamter des höheren Vermessungsdienstes ist und weiteren ehrenamtlichen Gutachtern. Sie werden vom Regierungspräsidenten jeweils auf vier Jahre berufen.

1. Rückblick

Am 1. April 1939 wurden die Dörfer Klein-Linden mit 2.250 und Wieseck mit 4.060 Einwohnern in die kurz zuvor kreisfrei gewordene Stadt Gießen eingemeindet, so daß sie nunmehr rund 42.000 Einwohner hatte.

Oberbürgermeister (OB) der Stadt Gießen war Dr. Karl Keller³⁶, der 1925 nicht nur einstimmig zum OB auf weitere 12 Jahre wiedergewählt worden war, sondern in der gleichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auch mit großer Mehrheit als OB auf Lebenszeit berufen wurde. Er schied am 1. April 1934, erst 54 Jahre alt, aus. In der Bevölkerung wurde allgemein unterstellt, daß dieses Ausscheiden auf Druck der NSDAP erfolgte.

Baudezernent ab 1925 war Prof. Dr. Ing. Ernst Hamm³⁷, Absolvent der TH Karlsruhe, zunächst als Beigeordneter, dann als Bürgermeister. Er war ein engagierter Befürworter des Erbbaurechts; er unterstützte - wie auch OB Dr. Keller - die Bestrebungen der deutschen Bodenreformer³⁸ sowie eine vorausschauende Bodenpolitik. Beide förderten auch die Tätigkeit der Baugenossenschaften, von denen die Baugenossenschaft 1894 Gießen e.G.m.B.H., heute e.G., bis etwa 1935/36³⁹ sehr oft Bauprogramme der Stadt realisierte und als einzige noch nach 1991 besteht. Nach seinem Ausscheiden aus den Diensten der Stadt Gießen wurde bis 1945 kein Baudezernat mehr bestellt; OB Heinrich Ritter übernahm diese Position.

Nach dem 8. Mai 1945 bis August 1946 bestand kein selbständiges Baudezernat. Anfallende Aufgaben wurden durch Baudirektor Gravert und Vermessungsrat i.R. Karle jeweils für ihre früheren Arbeitsgebiete wahrgenommen.

Nach der Kommunalwahl 1946 übernahm OB Albin Mann bis zu seinem Ausscheiden im Juni 1948 zusätzlich das Baudezernat. Ab der Kommunalwahl 1948 war es bis Juni 1966 üblich, daß der jeweilige OB auch das jeweilige Baudezernat übernahm. Da die OB Dr. Engler und Osswald

36 Dr. h.c. Karl Keller, geb. 5.05.1889 in Mainz. Von 1907 - 1914 Beigeordneter der Stadt Gießen, ab 1914 OB, in 1925 wiedergewählt. Ehrenbürger der Stadt. Am 13.07.1951 in Groß-Umstadt verstorben.

37 Dr. Ing. Ernst Hamm, Prof., geb. 16.05.1886, verst. 1952. Beigeordneter, später Bürgermeister und zugleich Baudezernat bis 15.04.1939. Anschließend Ministerialrat im Reichsinnenministerium. Ab 1950 bis zu seinem Tode Leiter des Referats Raumordnung im Bundesinnenministerium in Bonn.

Verschiedene höhere Beamte, die Schwierigkeiten mit der örtlichen NSDAP oder mit Dienststellen des "Reichsstatthalters" hatten, konnten in jenen Jahren - falls sie wirkliche Kapazitäten waren - in das Reichsinnenministerium wechseln.

38 Bodenreform war ursprünglich die Bestrebung zur Schaffung eines neuen Bodenrechts, durch die die anfallenden hohen Gewinne, die bei der Umwandlung von bis dahin land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken in Bauland anfielen, weggesteuert werden sollten. Mit diesen Beträgen sollten die Erschließungskosten gesenkt und der Ausnutzung des Bodens durch den Bau von Hinter- und Seitengebäuden und dem Entstehen eines Proletariats entgegengewirkt werden. Führender Kopf dieser Bestrebungen war der dt. Volkswirt Adolf Damaschke (1865-1935), der auch den Deutschen Bund der Bodenreformer gründete.

39 Im Jahre 1935 gründete die Stadt die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH, an der sie zunächst mit 90 % beteiligt war. Seit Anfang der 50er Jahre ist sie Alleingesellschafterin. Wohnungsbestand in 1989 über 7.000 Wohnungen.

auch gleichzeitig Kämmerer waren, war es für den Verfasser dieses Beitrages bei seinen Vorlagen für Baulandumlegungen, sonstigen Bodenordnungsmaßnahmen und Kaufverträgen nicht schwer, sowohl in der Innenstadt als auch außerhalb des Anlagenrings die erforderlichen Mittel zu erhalten.

2. Verzeichnis der Dezenten für die Bauverwaltung von 1945-1989

		erlernter Beruf
1945 - August 1946	Kein Dezent, Geschäfte führte Stadtbaurat Gravert (Hoch- und Tiefbau) sowie Vermessungsrat Karle (Vermessungsamt, Grundstücksverwaltung, Feldpolizei, Hausverwaltung)	
August 1946 - Juni 1948	Dezent OB Albin Mann, bis 1933	Gewerkschaftsbeamter
Juli 1948 - März 1949	Dezent: Beigeordneter Philipp Nicolaus	Architekt (BDA)
März 1949 - Juni 1954 (Ende Dienstzeit)	Dezentat: Bgm. bzw. OB Albert Osswald	Kaufmann
Dabei ab Januar 1961	Hilfsdezent Dezentat I OB Osswald ⁴⁰ Stadtbaudirektor Becker Dipl.Ing.	Architekt
Oktober 1963 - Juni 1966	Dezent: OB Bernd Schneider	Jurist

40 Hilfsdezent waren städtische Beamte, die für ihr Arbeitsgebiet vortragsberechtigtes, aber nicht stimmberechtigtes Mitglied des Magistrats waren. Im Bausektor wurde diese Stelle seit 1966 nicht mehr besetzt.

Juli 1966 - Juni 1968	Dezernent: Stadtrat Dr. Gerhard Eickmeier	Jurist
Juni 1968 - November 1970	kein Dezernent; Aufgaben des Dezernats nahm OB Bernd Schneider wahr	
November 1970 - Mai 1975	Dezernent: Stadtbaurat Erich Bartsch	Dipl.Ing.
Juni 1975 - Dezember 1976	Dezernent: OB Bernd Schneider	Jurist
Januar 1977 - Mai 1977	Dezernent: Stadtrat Walter Froneberg	Journalist
Juni 1977	Dezernent: OB Wilhelm Runtsch	Jurist
Oktober 1977 - März 1982	Dezernent: Stadtbaurat Manfred Bergmann	Dipl.Ing.
Mai 1982 - August 1985	Dezernent: Stadtbaurat Johann A. Wolf	Dipl.Ing.
August 1985; am 16.9.91 auf wei- tere 6 Jahre gewählt	Dezernent für Umwelt, Stadtentwicklung und Bauwesen Ekkehard Friedrich Dammann	Dipl.Ing.

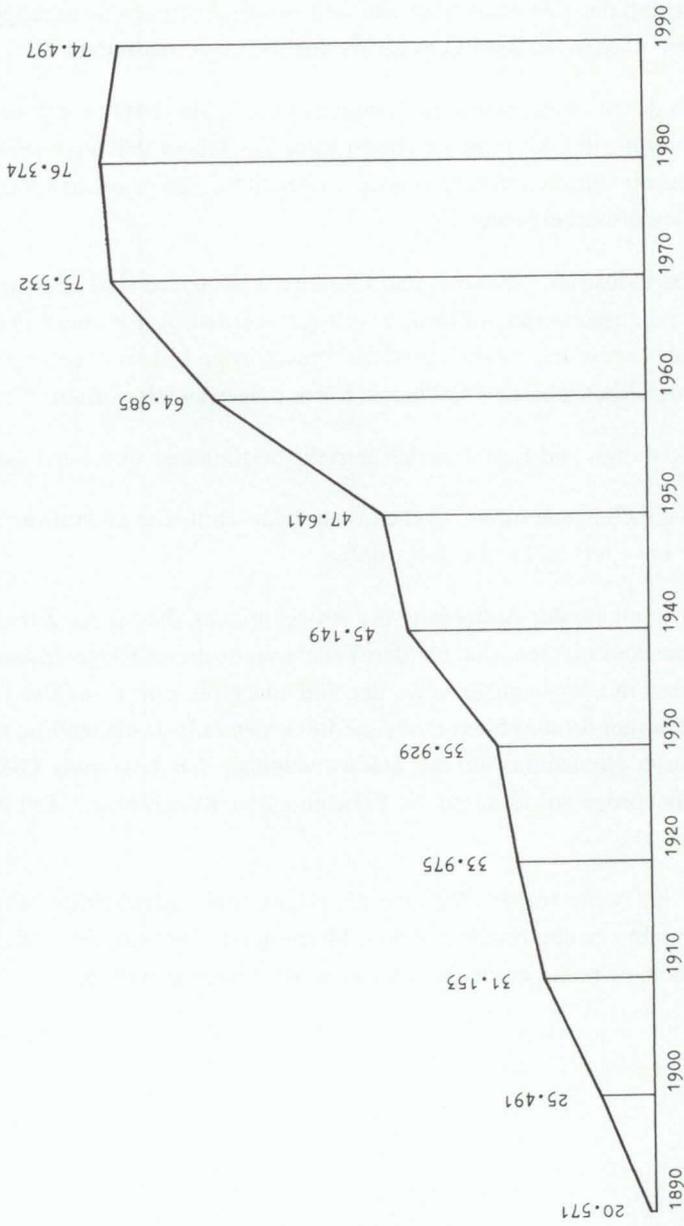
XIII. Zusammenfassende Betrachtungen

Nach Abschluß der z.Zt. laufenden und weit fortgeschrittenen Sanierungsmaßnahmen "Am Burggraben" nach § 142 BauBG ist für die Innenstadt festzustellen:

- Der von der Stadtverordnetenversammlung am 5. Mai 1949 beschlossene Wiederaufbau mit Sanierung der Altstadtbereiche ist Ende des Jahres 1989 abgeschlossen worden. Die beschlossene Straßenführung wurde eingehalten; öfters wurden Gebäude mit 8 und mehr Geschossen errichtet.
- Störende Industrie-, Gewerbe- und Großhandelsbetriebe sind an neue Standorte in entsprechend ausgewiesenen Flächen verlagert worden. Auf ihrem freigewordenen Grund und Boden entstanden vorwiegend mehrgeschossige Mietwohngebäude. Lagerhallen der Großhandelsbetriebe sind vielfach in Büros umgewandelt worden.
- Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetriebe bestimmen weitgehend das Stadtbild.
- Sowohl die Gebäude für kulturelle als auch für schulische und universitäre Belange sind spürbar erweitert und verbessert worden.
- Die Anwesen auf der Außenseite des Anlagenringes, die bis zur Zerstörung weitgehend Wohnzwecken dienten, sind für den Teilabschnitt dieses Ringes zwischen der Bahnhofstraße und der Westanlage sowie der Südanlage bis zum Ende der Ostanlage (Beginn der Marburger Straße) für vorhandene Behörden (z.B. Justizbehörden in der Ostanlage) oder durch Neubauten für die Stadtverwaltung, den Landkreis Gießen und sonstige Landesbehörden sowie durch die Errichtung der Kongreßhalle Teil der Innenstadt geworden.
- Gießen hat seine frühere Stellung als größte und bedeutendste Stadt im mittelhessischen Raum vor den Nachbarstädten Marburg und Wetzlar, die weniger zerstört waren als Gießen, nicht nur zurückgewonnen, sondern noch ausgebaut.

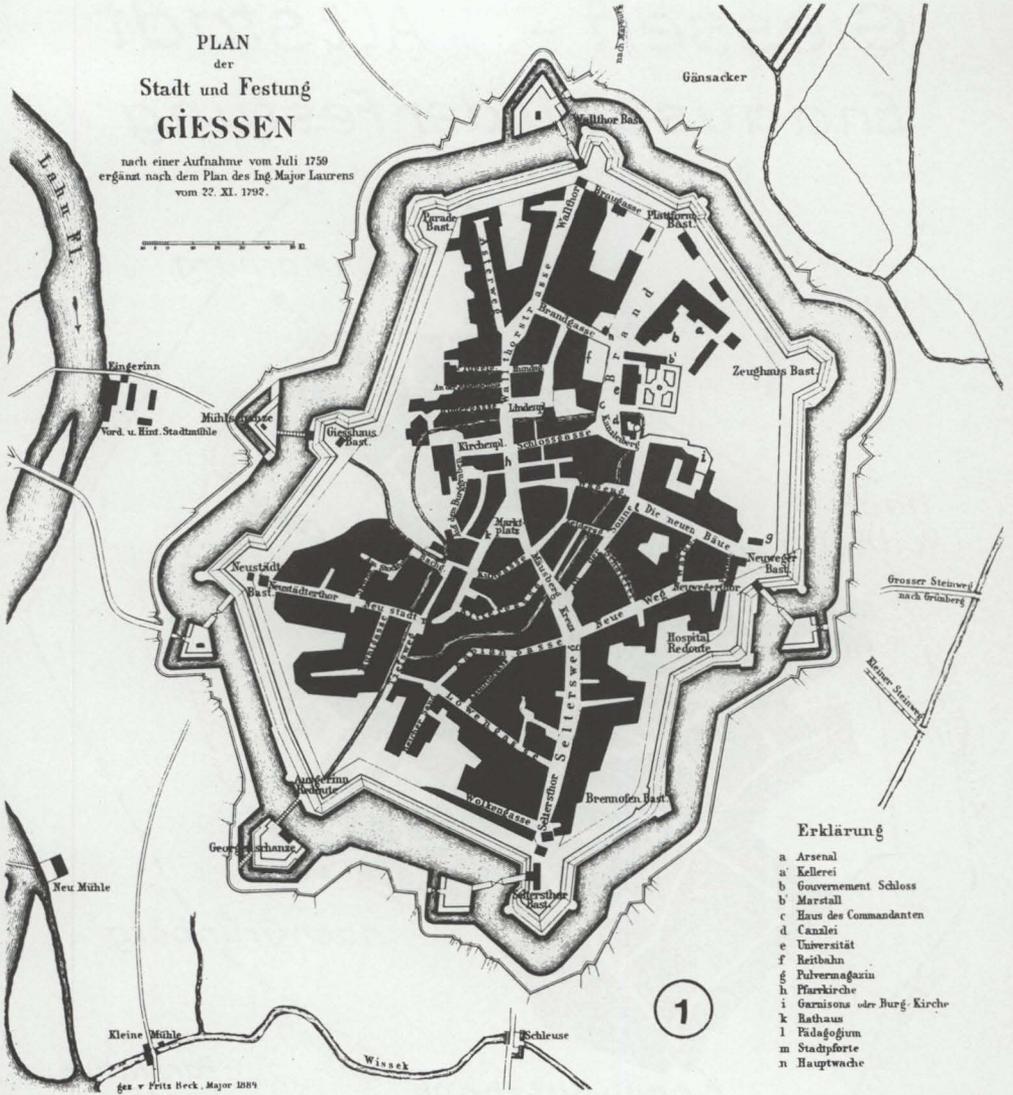
XIV. Anhang

Bevölkerungsentwicklung der Stadt Gießen seit 1890



PLAN
der
Stadt und Festung
GIESSEN

nach einer Aufnahme vom Juli 1759
ergänzt nach dem Plan des Ing Major Laurens
vom 22. XI. 1792.



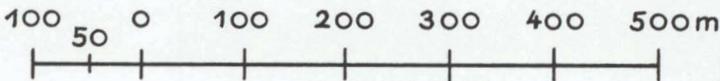
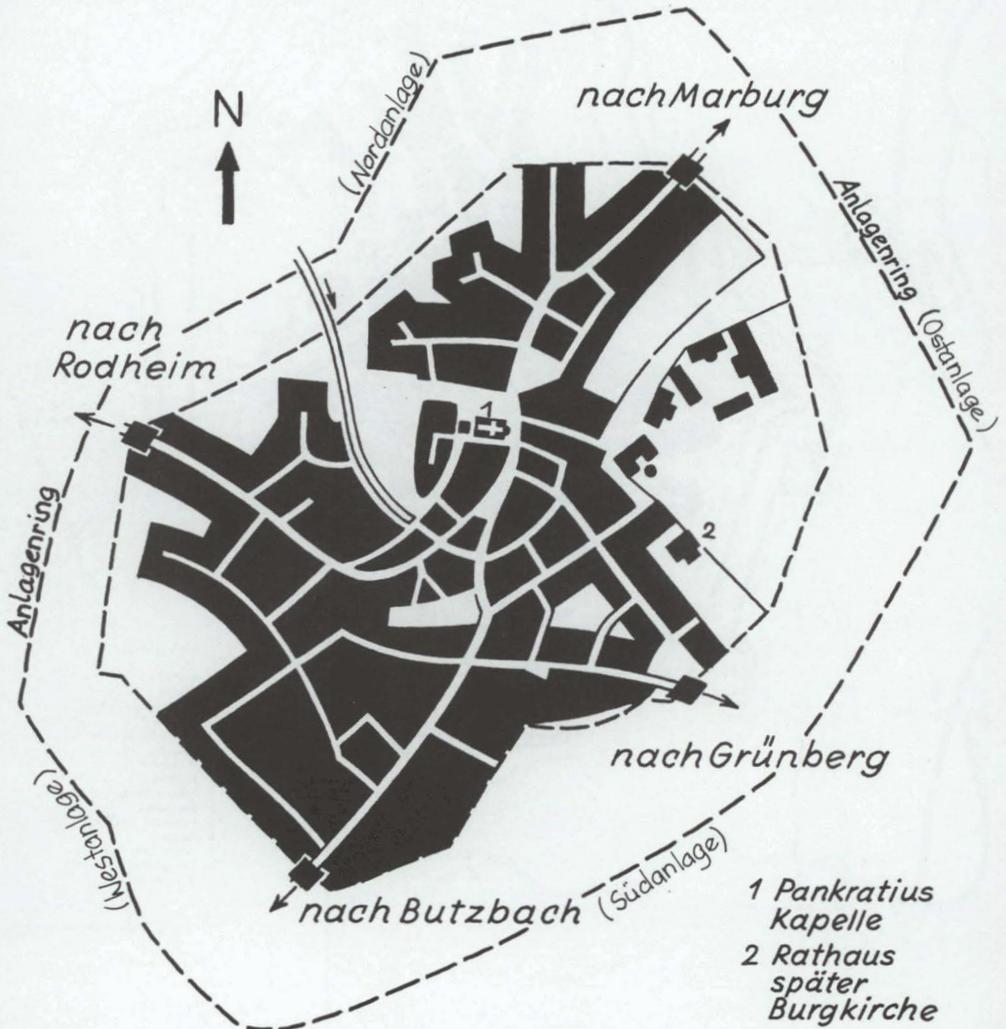
Erklärung

- a Arsenal
- a' Kellerei
- b Gouvernment Schloss
- b' Marstall
- c Haus des Commandanten
- d Canzlei
- e Universität
- f Reitbahn
- g Pulvernagazin
- h Pfarckirche
- i Garnison oder Burg-Kirche
- k Rathaus
- l Pädagogium
- m Stadtpforte
- n Hauptwache

Lith. geogr. Anst. v. C. Weibacher, Darmstadt.

Giessen - Altstadt

Endausbau der Festung

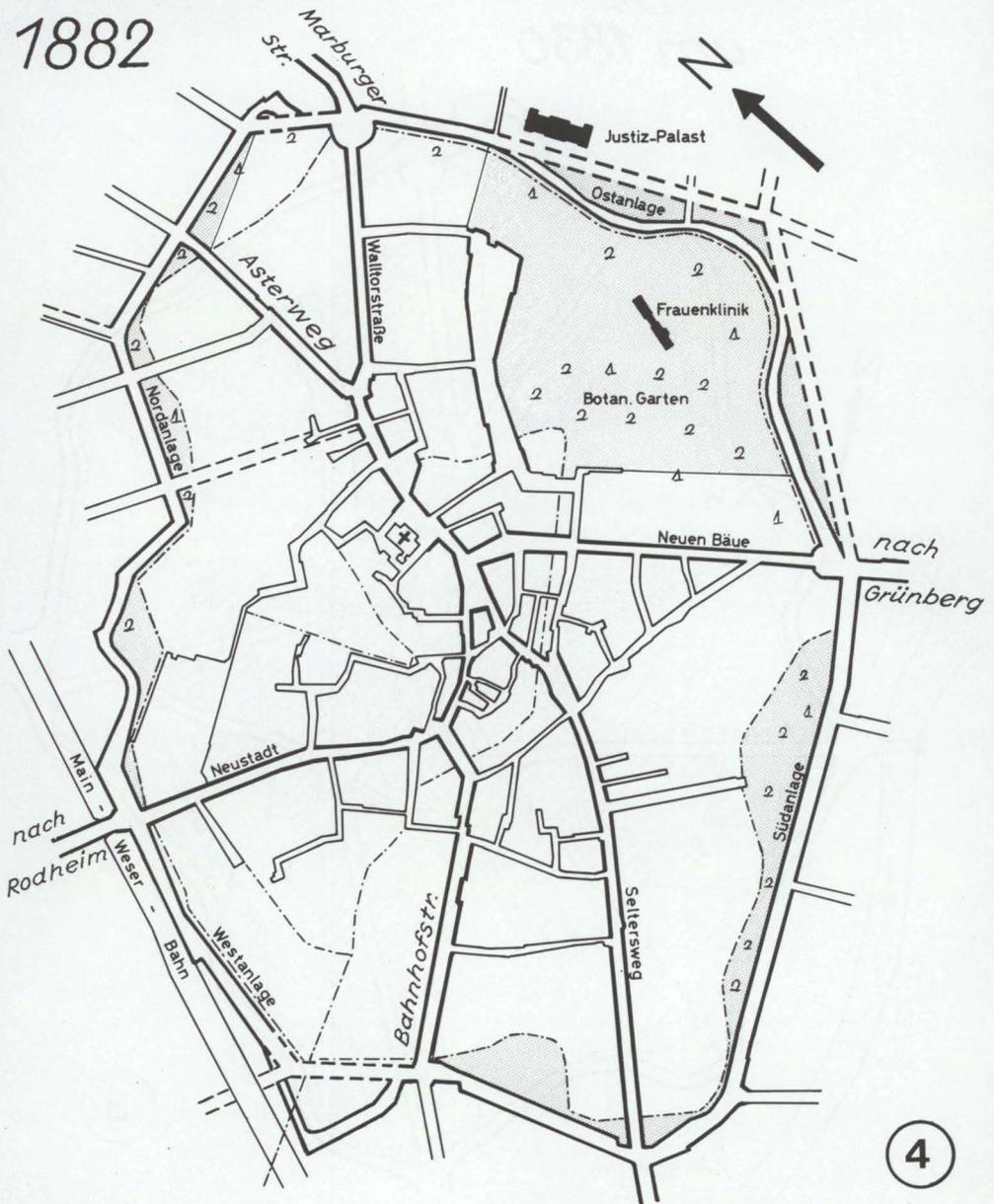


Giessen - Innenstadt um 1830



- offene Wasserläufe
- ▨ bebaute Fläche
- Wichtige Straßen und Plätze

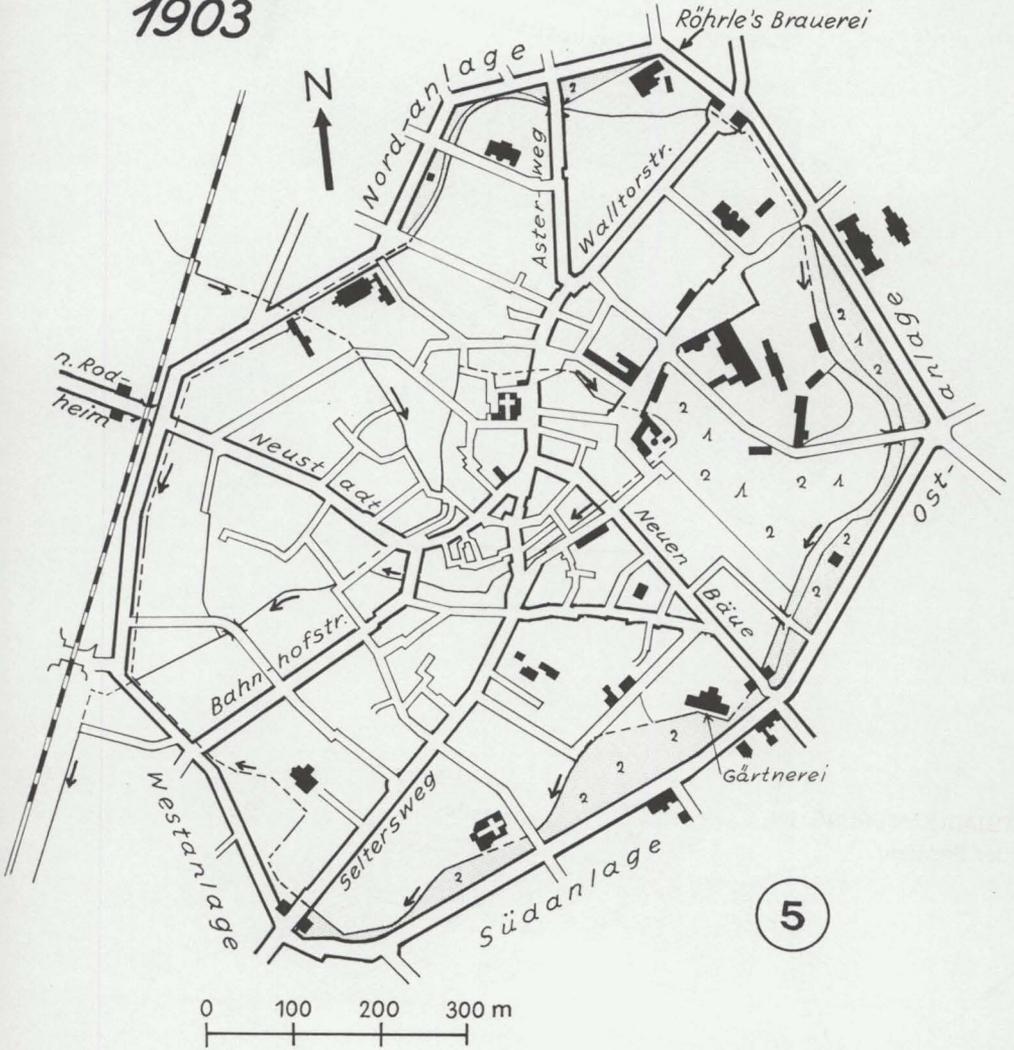
Giessen-Innenstadt 1882



0 100 200 m

- Proj. Straßen
- Offene Wassergräben
- Wichtige Straßen u. Plätze
- Grünflächen

Giessen - Innenstadt 1903



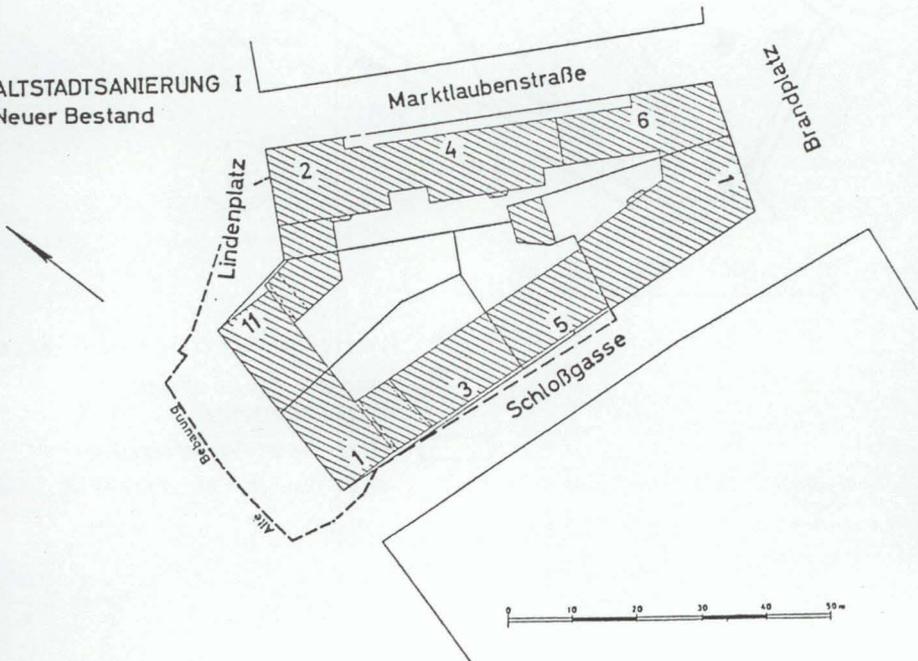
-  Wichtige Straßen u. Plätze
-  Gräben, teils offen,
teils verrohrt.
-  Grün- bez. Parkflächen

ALTSTADTSANIERUNG
1.TEIL (1936-1939)

Alter Bestand

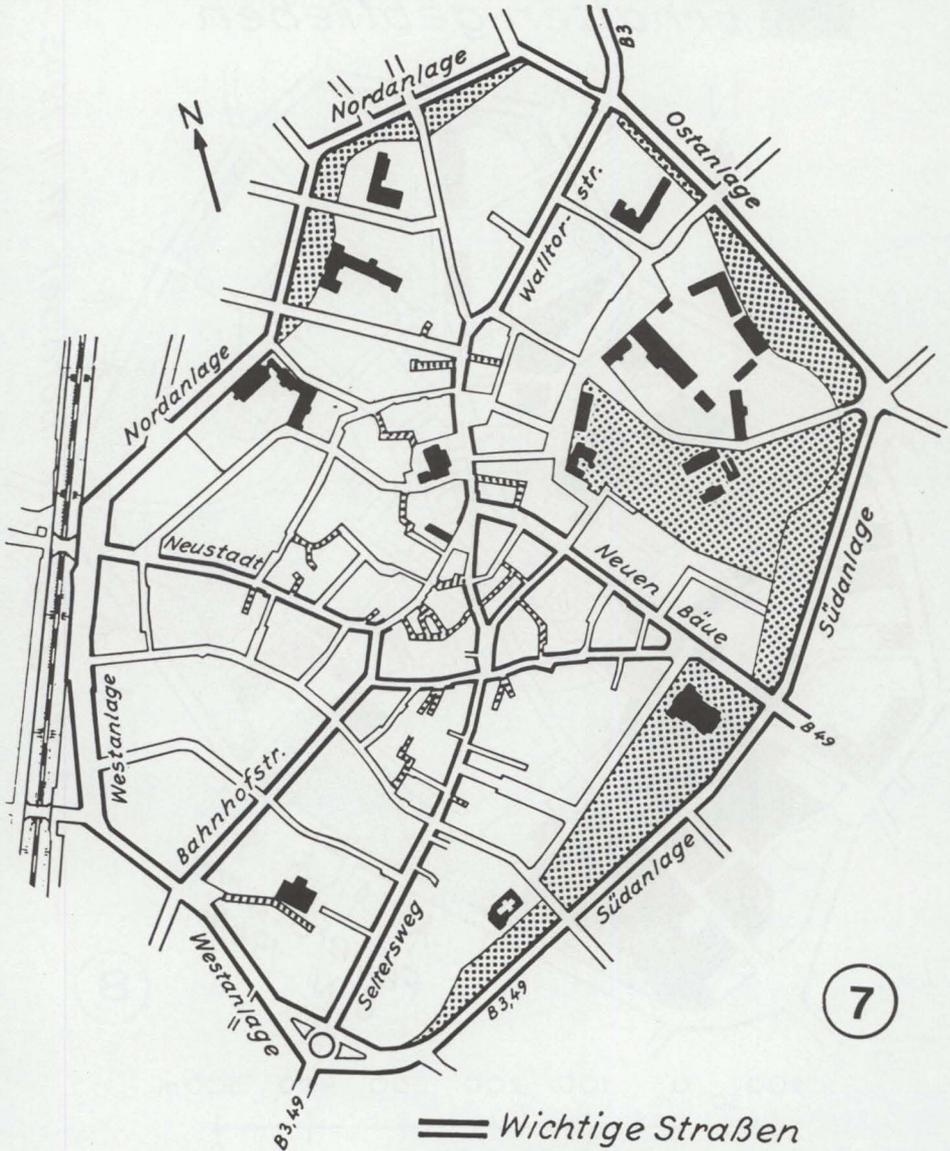


ALTSTADTSANIERUNG I
Neuer Bestand



Giessen - Innenstadt

Alte Straßenführung 1944



=== Wichtige Straßen

— Nebenstraßen

■ öffentl. Gebäude

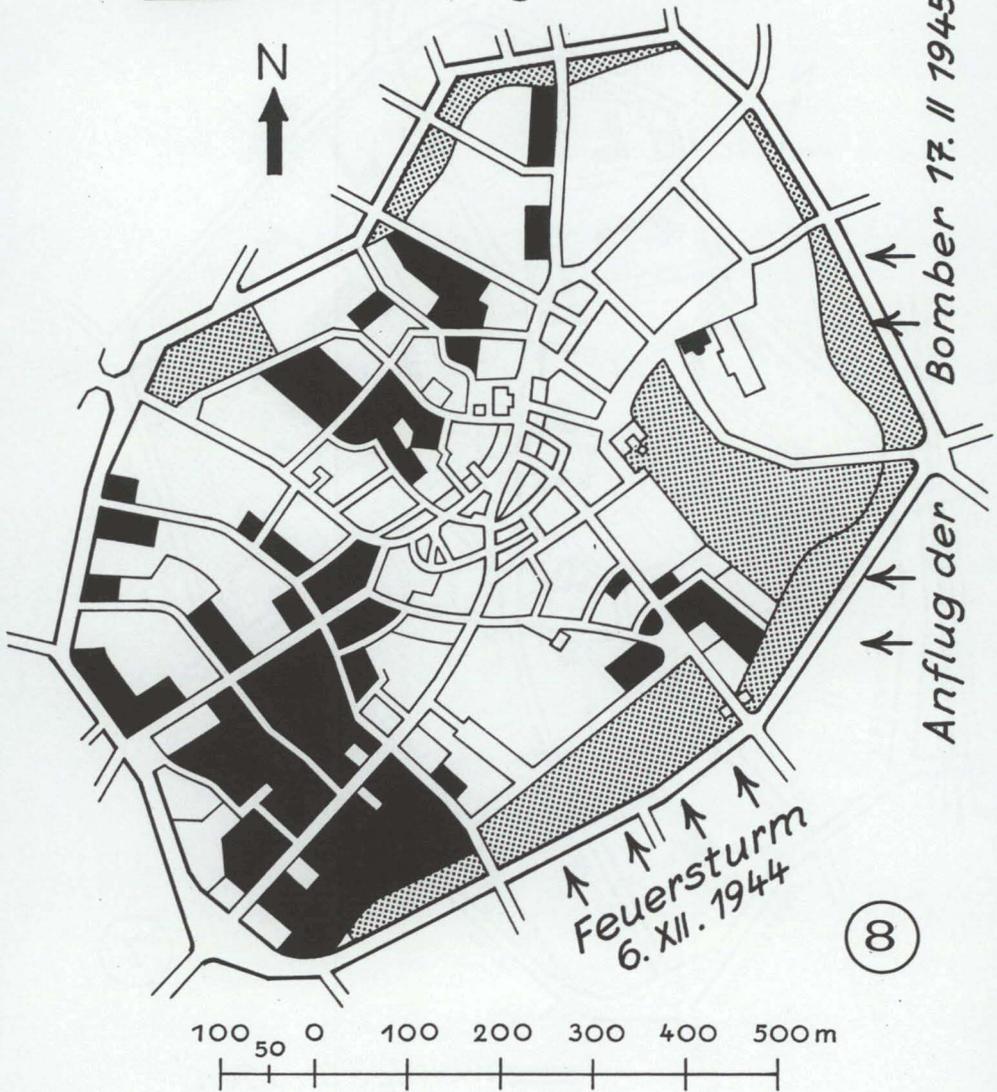
▤ Mit Beschluß vom 5.5.1949 aufgehobene Wegflächen

0 100 200 300 m

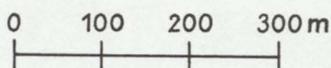
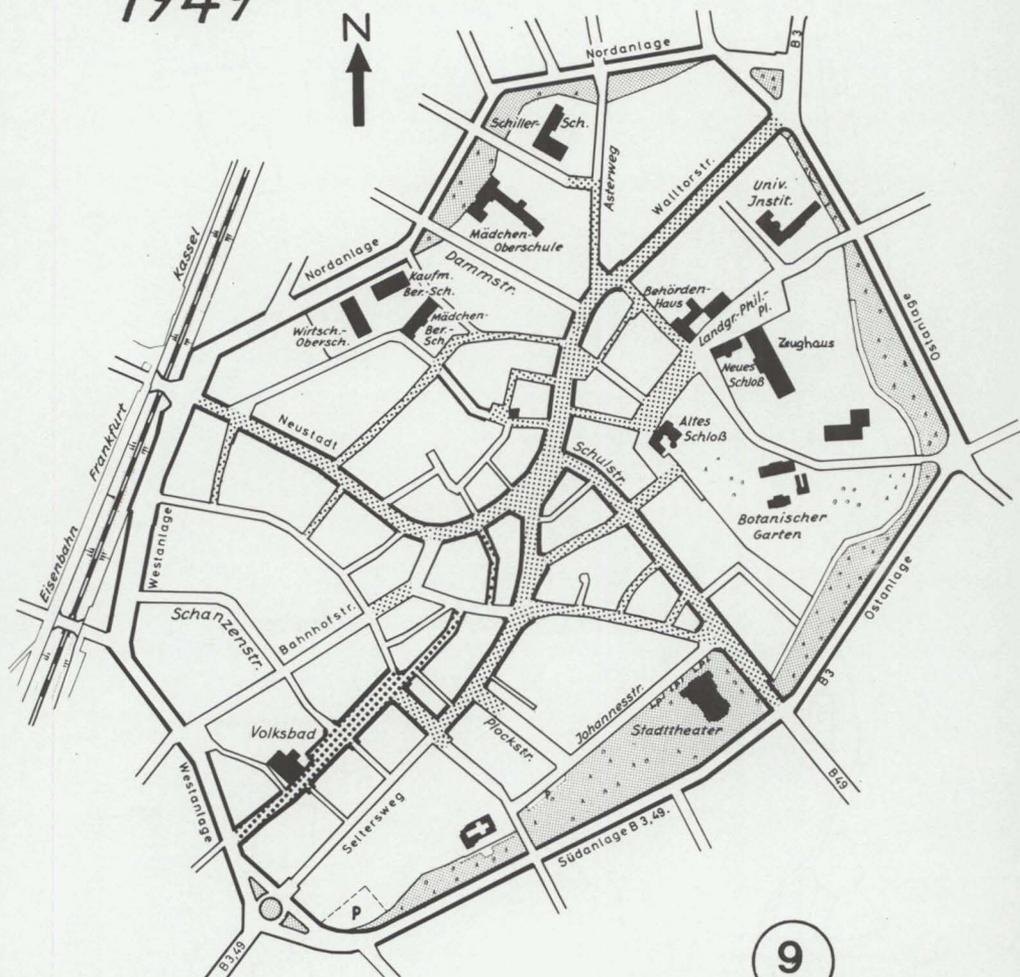
Giessen-Innenstadt

Umfang der Zerstörung

■ Erhalten geblieben



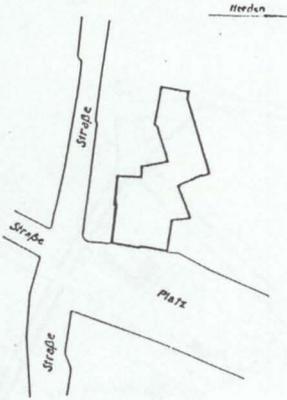
Giessen-Innenstadt Gepl. Straßenführung 1949



-  **Wichtige Straßen**
-  **Nebenstraßen**
-  **öffentl. Gebäude**
-  **gepl. Straßen**
-  **vorhandene Straßen zu verbreitern**

Zweckmäßige Gestaltung von Baugrundstücken

Vor der Umlegung

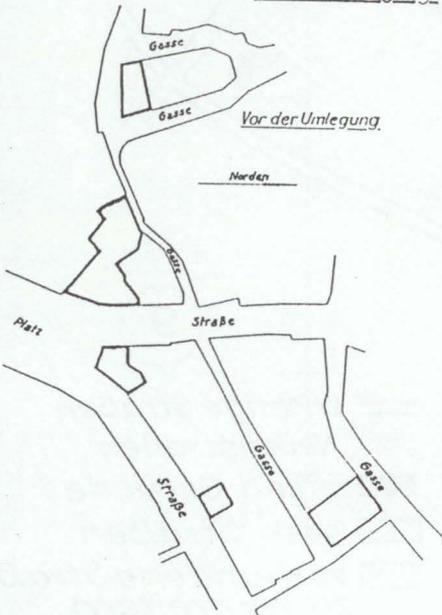


Nach der Umlegung

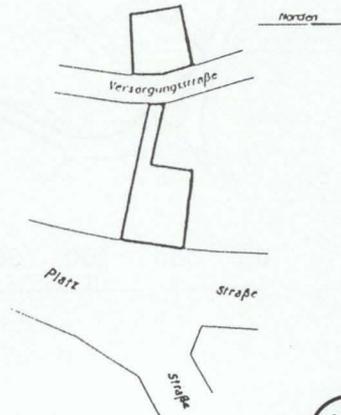


Zusammenlegung zersplitterten Grundbesitzes

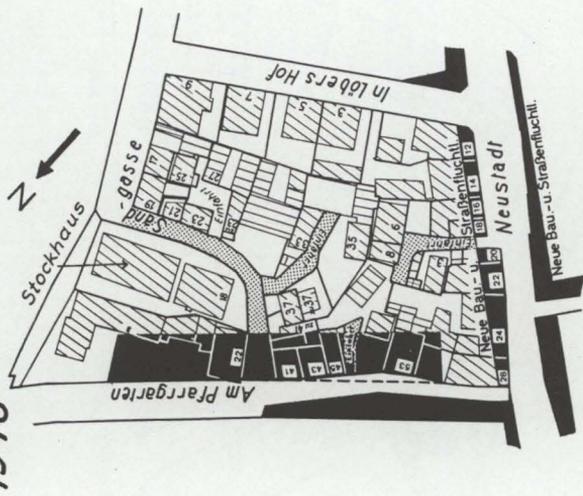
Vor der Umlegung



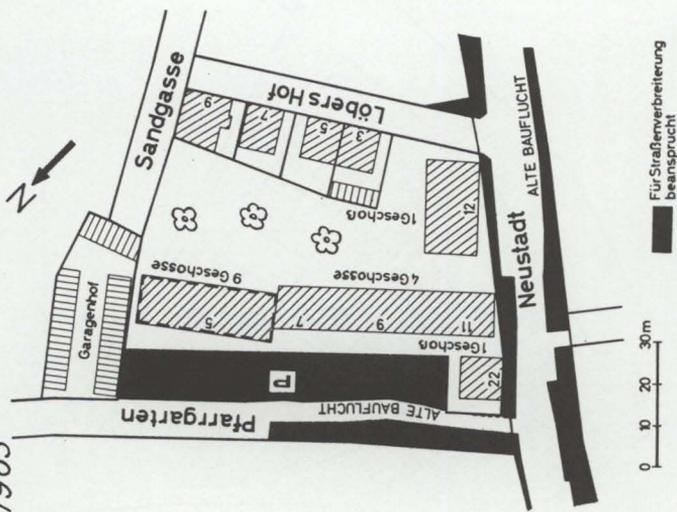
Nach der Umlegung



**Bereich:
Neustadt-Sandgasse
Alter Grundstückszuschnitt
1948**

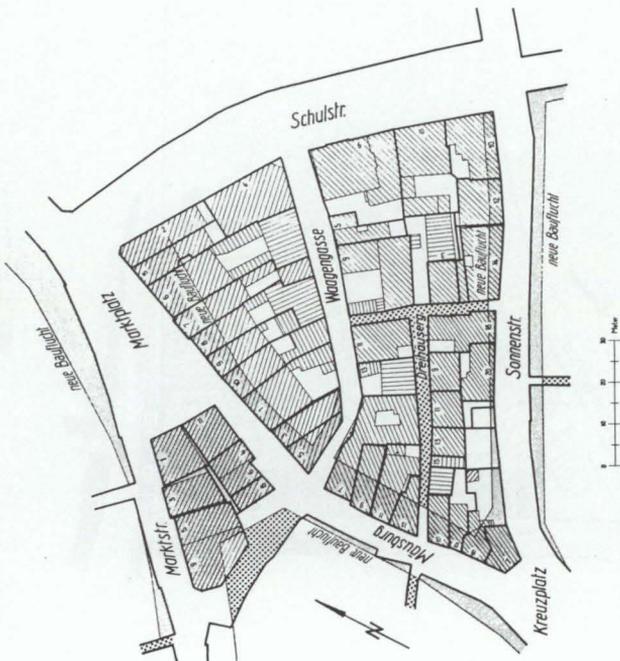


**Bereich:
Neustadt-Sandgasse
Neuer Grundstückszuschnitt
1965**



Alter Zustand 1948

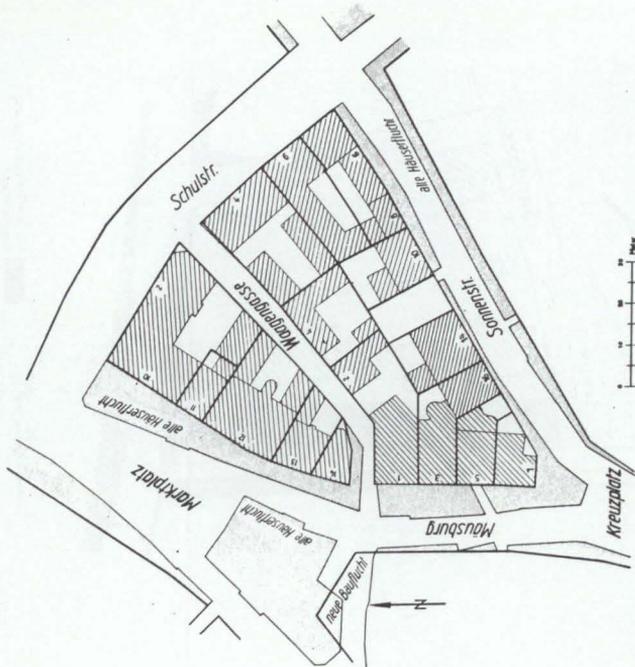
Bereich: Marktplatz-Waagengasse-Sonnenstraße



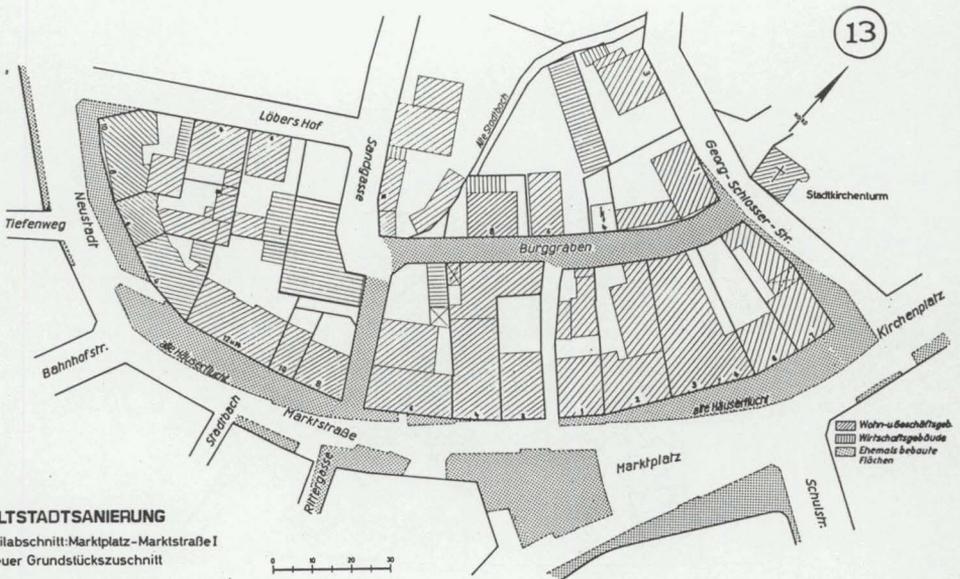
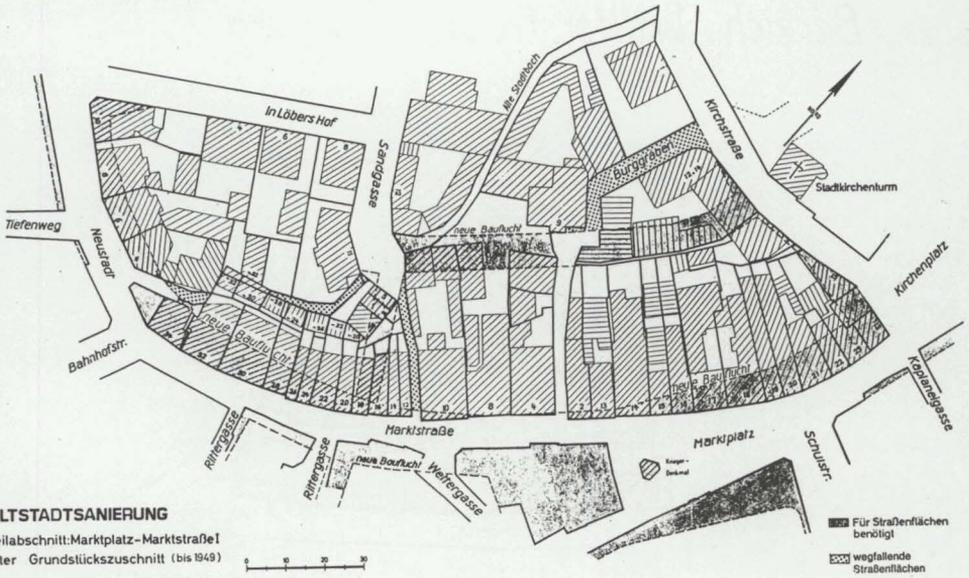
- Wohngebäude
- Wirtschaftsgebäude
- für Straßenverbreiterung benötigt
- aufzuhebende Straßenflächen
- Freiflächen = 14,7%
- 42 Flurstücke, mittl. Größe = 127 qm
- 30 Eigentümer, mittl. Besitzgr. = 178 qm

Neuer Zustand 1960

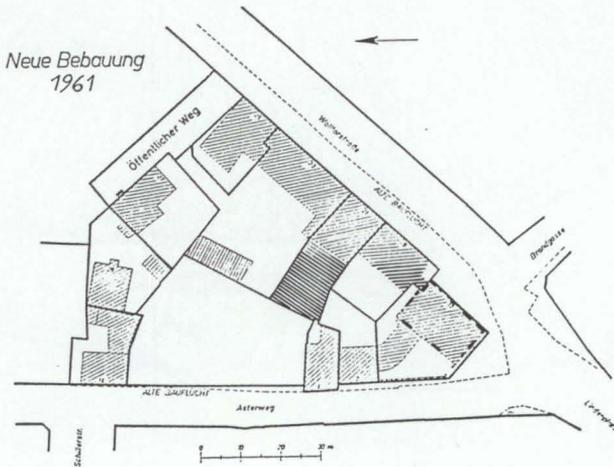
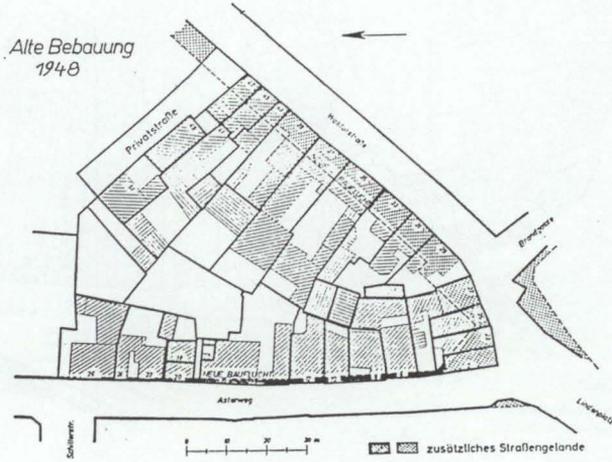
Bereich: Marktplatz-Waagengasse-Sonnenstraße

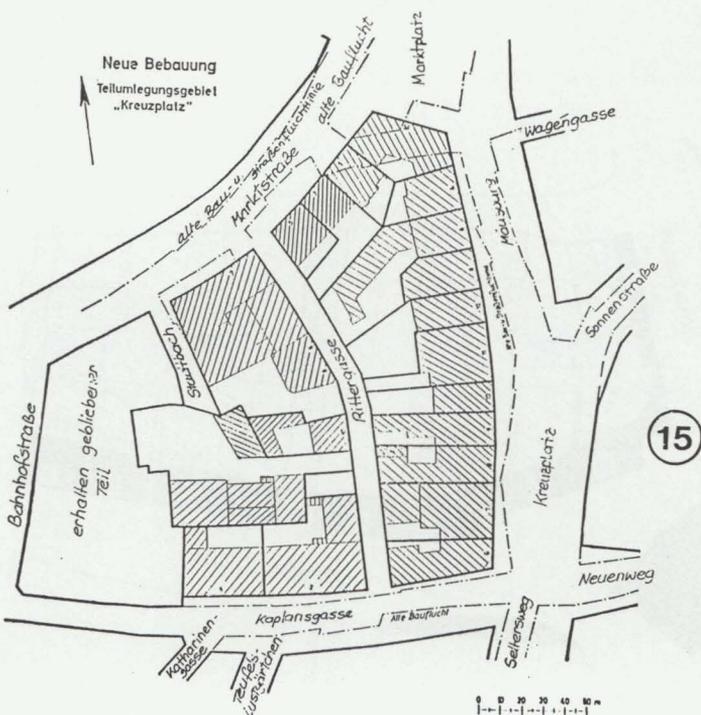
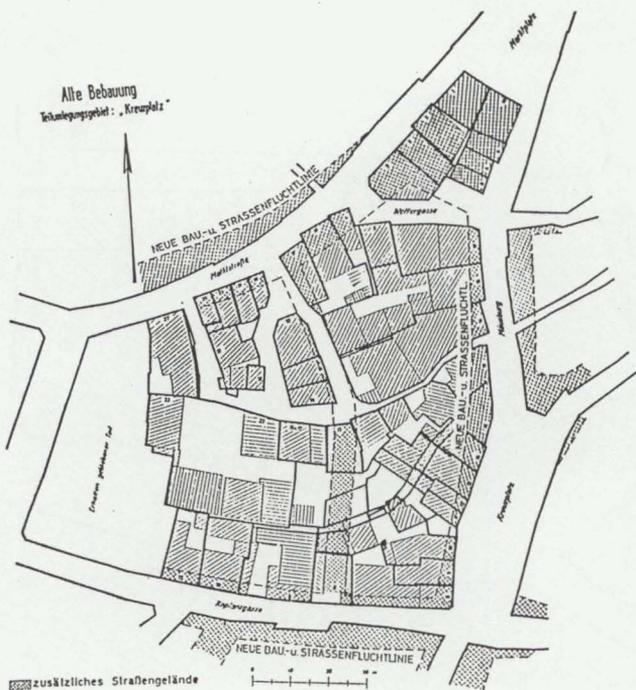


- Wohngebäude
- Wirtschaftsgebäude für Straßenverbreiterung benötigt
- Freiflächen = 22,9%
- 16 Flurstücke, mittl. Größe = 295 qm
- 15 Eigentümer, mittl. Besitzgr. = 307 qm



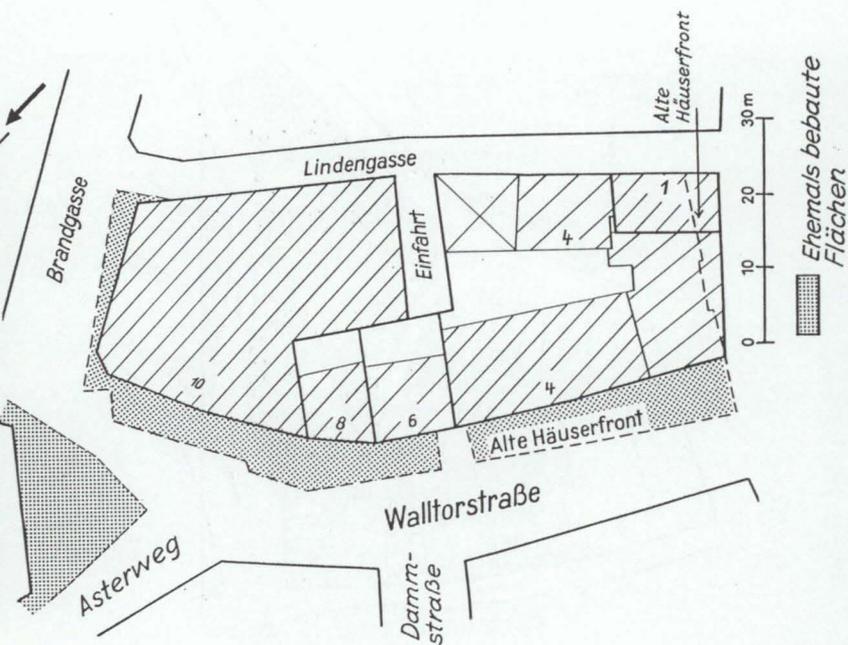
Bereich Walltorstraße - Asterweg





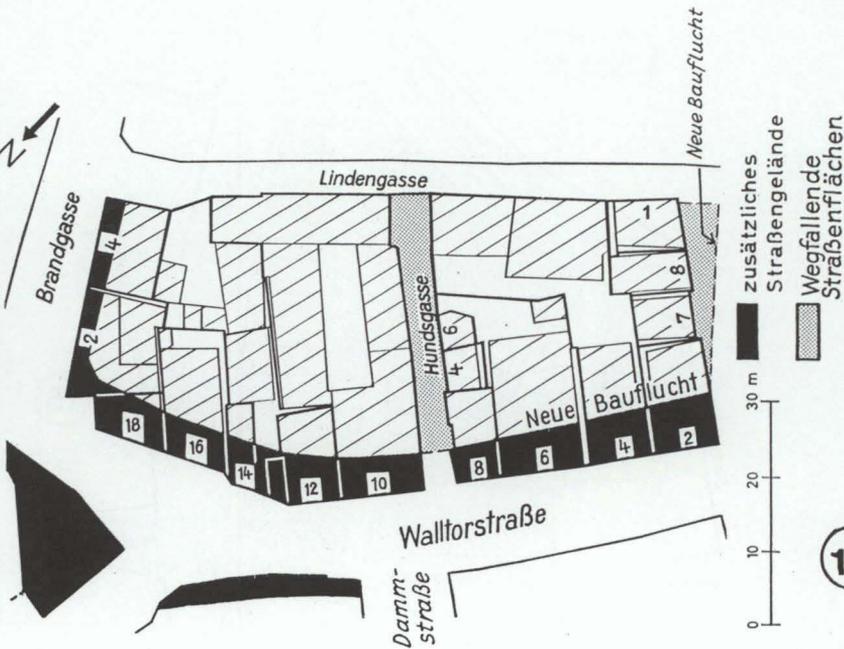
Neuer Bestand 1960

Teilumlegungsgebiet „Brandgasse“
 5 Eigentümer-durchschn. Größe d. Besitzes 493 qm
 dazu 383 qm zusätzl. Straßengelände

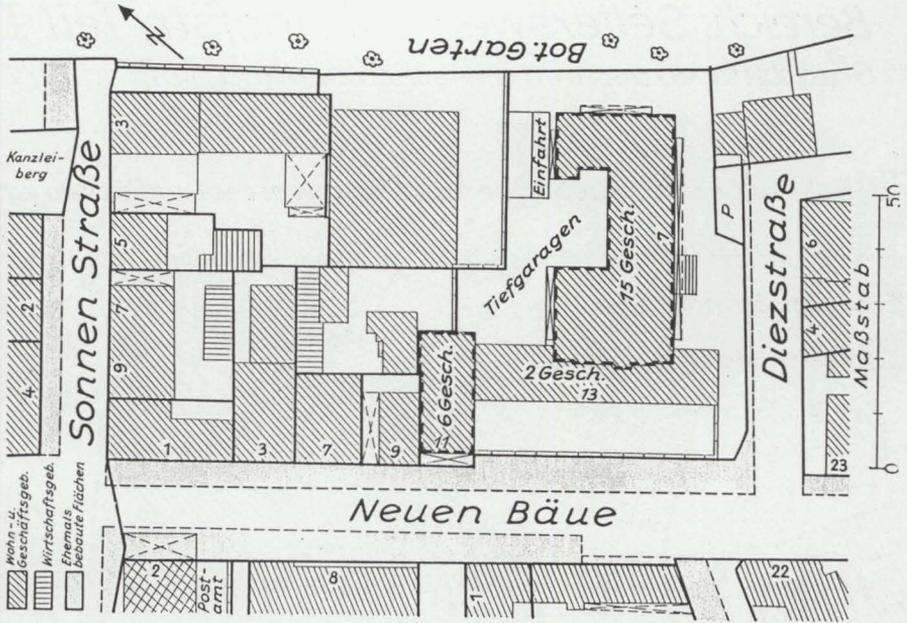


Alter Bestand 1949

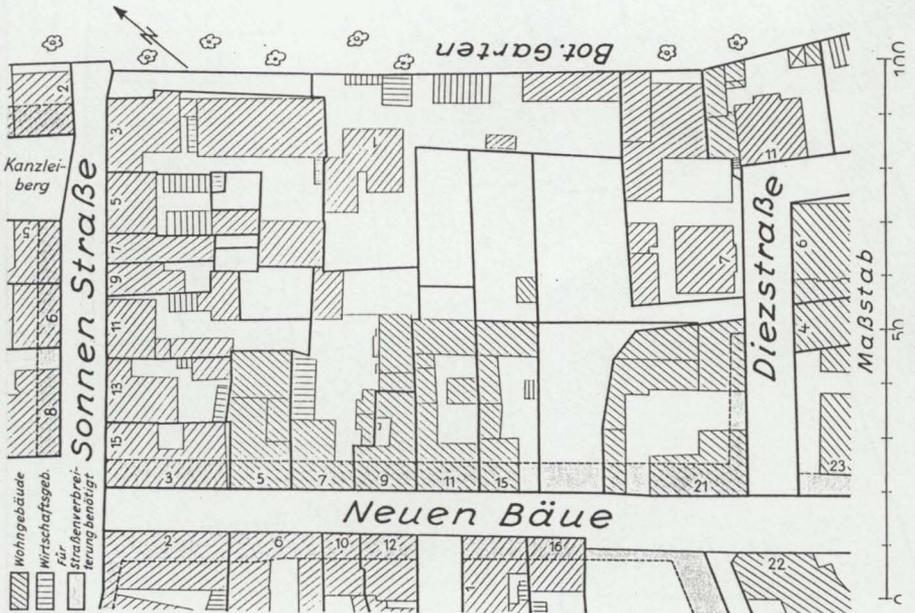
Teilumlegungsgebiet „Brandgasse“
 15 Eigentümer-durchschnittl. Größe d. Besitzes 190 qm



Bereich: Neuen Bäume NW
Neuer Bestand 1975



Bereich: Neuen Bäume NW
Alter Bestand 1948

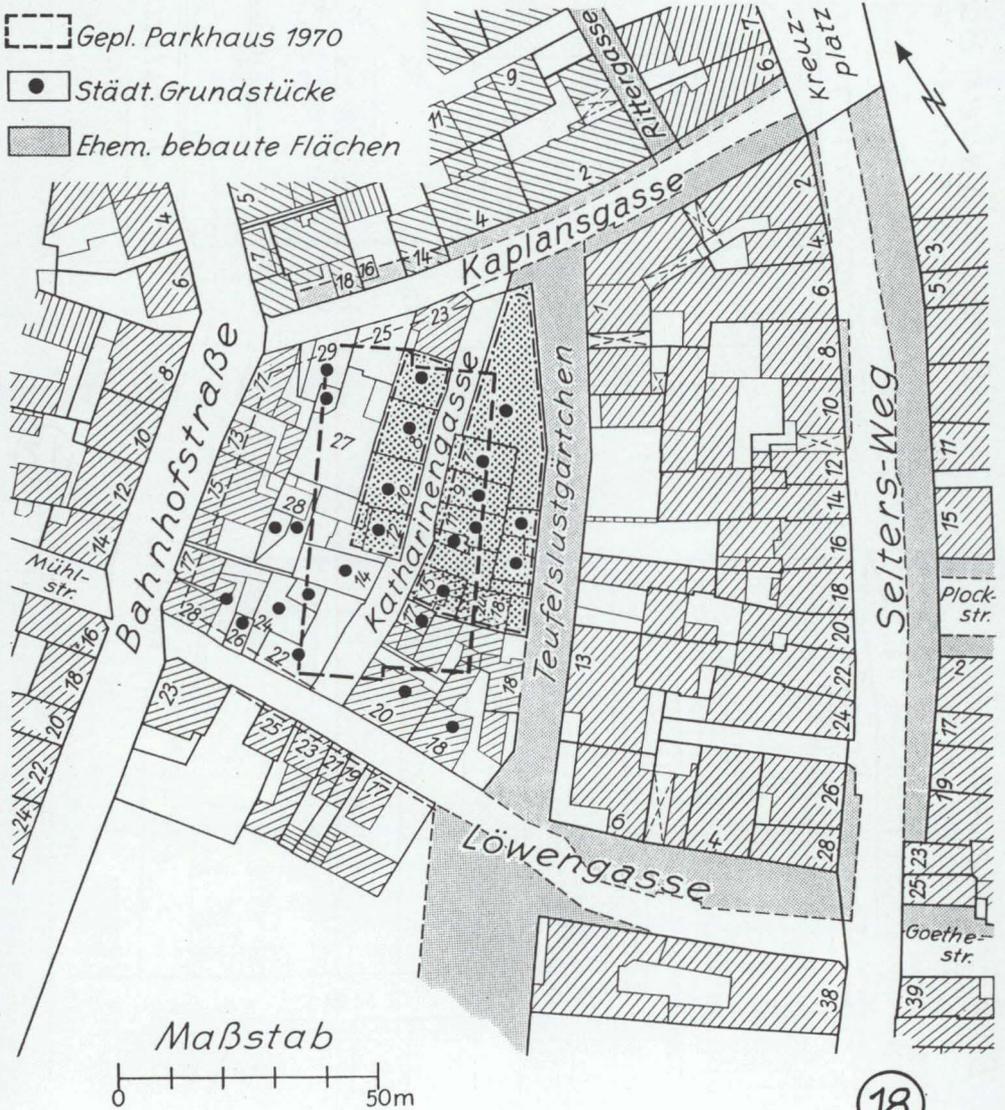


17

Bereich: Seltersweg Bahnhofstr. Teil I

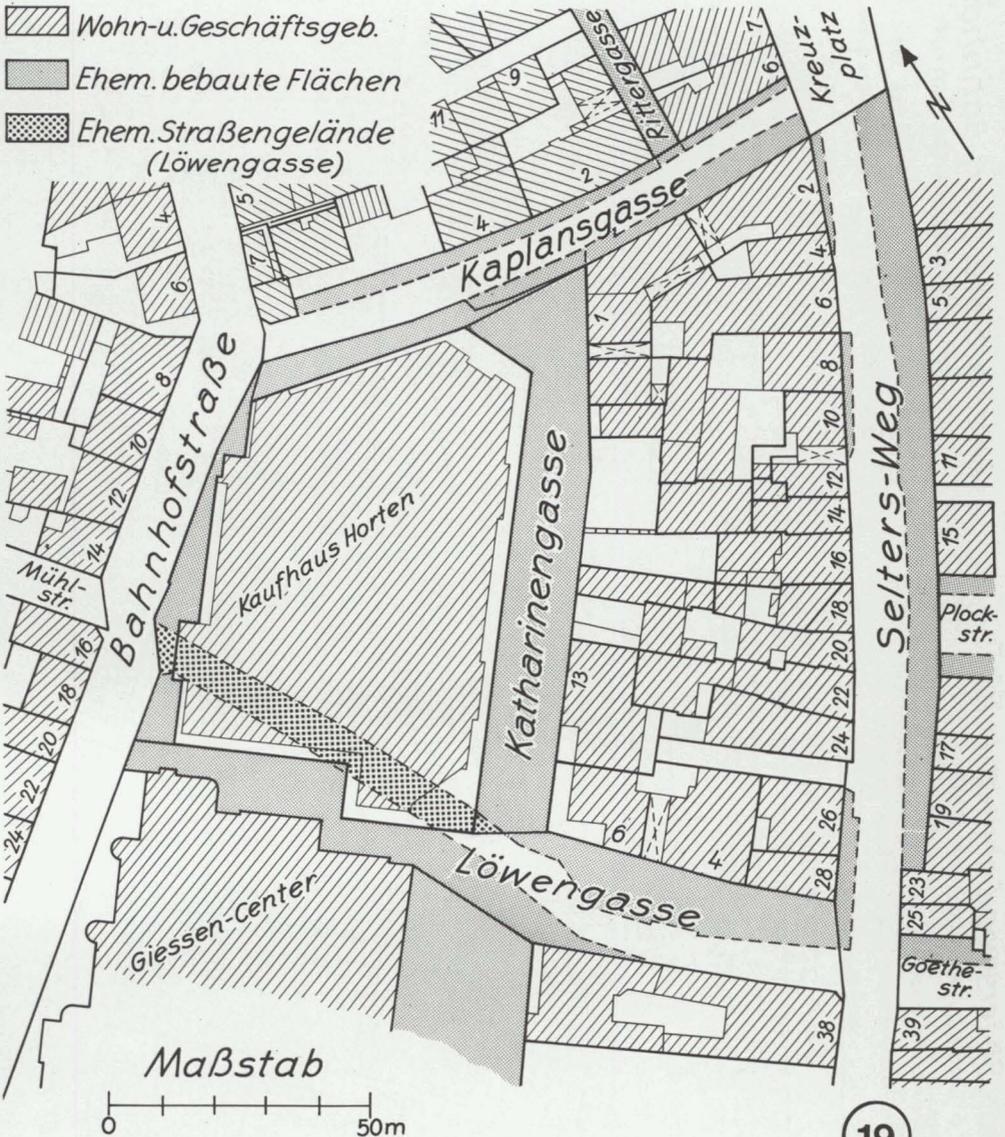
Grundstückszuschnitt (Zwischenzustand) Anfang 1971

-  Wohn- u. Geschäftsgebäude
-  Ausgewiesene Parkflächen v. 1955
-  Gepl. Parkhaus 1970
-  Städt. Grundstücke
-  Ehem. bebaute Flächen



Bereich: Seltersweg-Bahnhofstr. Teil I.

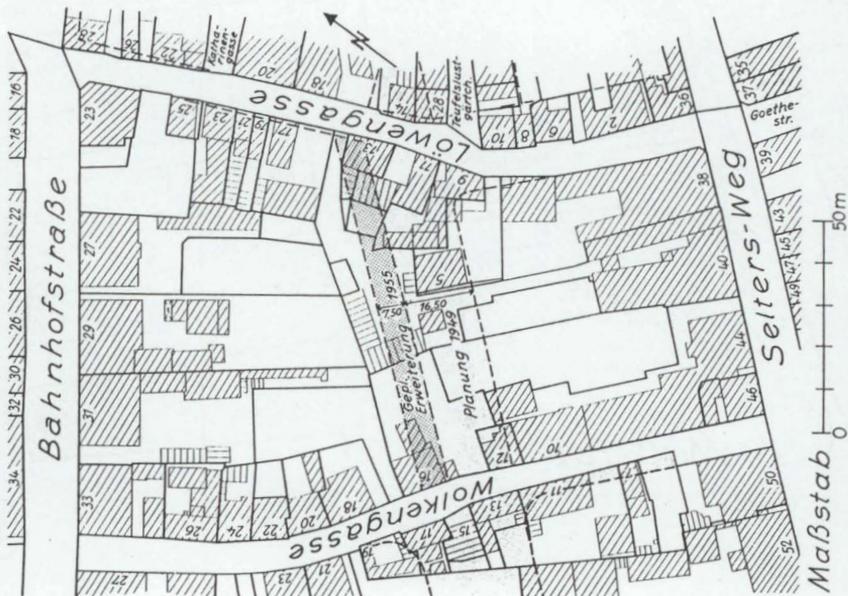
Grundstückszuschnitt Anfang 1980



Bereich: Seitersweg-Bahnhofstr. Teil II

Alter Grundstückszuschnitt 1948

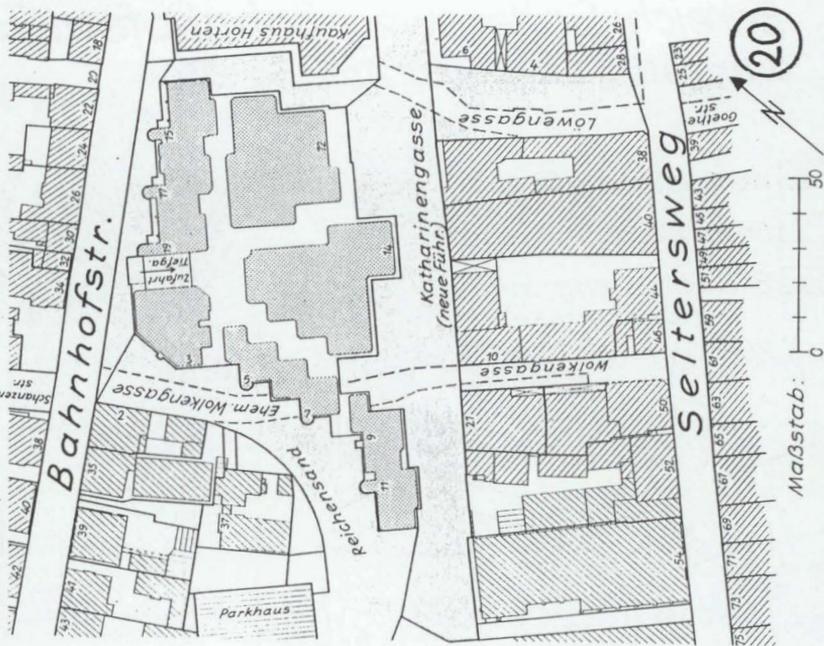
-  Wohn- und Geschäftsgrundstücke
-  für Straßenverbreiterung (in 1949) (bzw. neue Straßen) vorgesehen
-  Wirtschaftsgebäude
-  Straßenverbreiterung



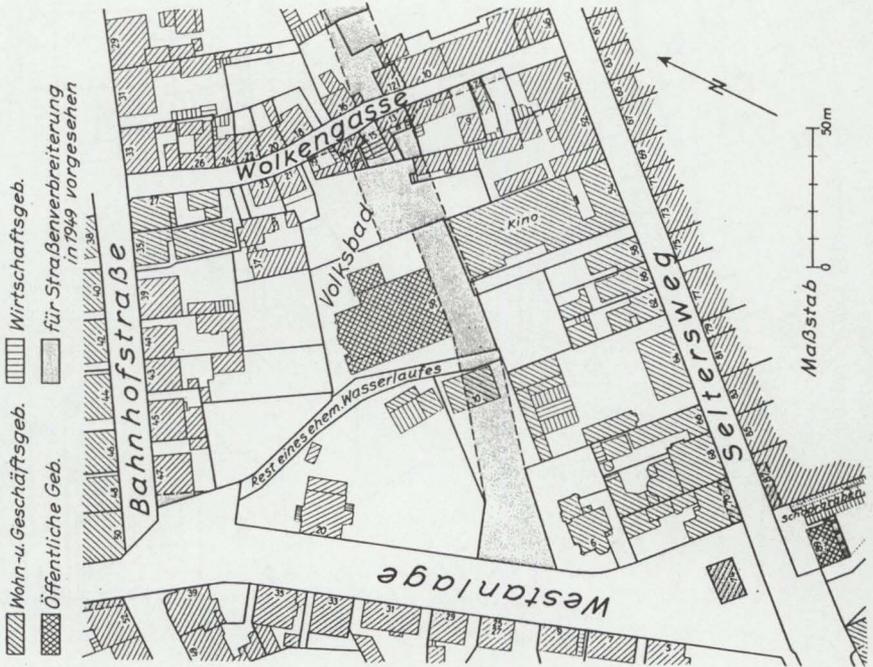
Bereich: Seitersweg-Bahnhofstr. Teil II

Neuer Grundstückszuschnitt 1980

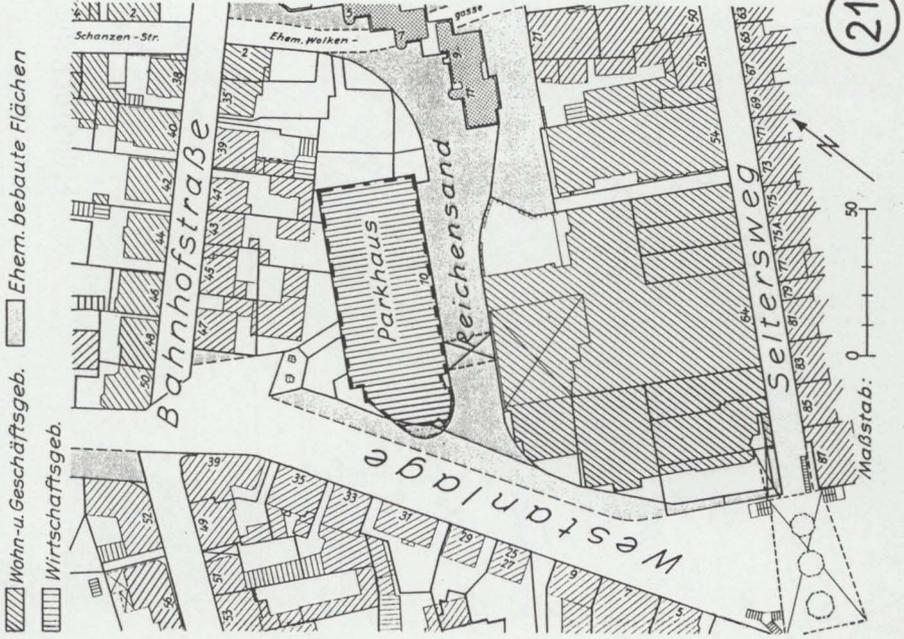
-  Wohn- u. Geschäftsgeb.
-  Geb. des City-Centers
-  Wirtschaftsgeb.
-  Ehem. bebaute Flächen

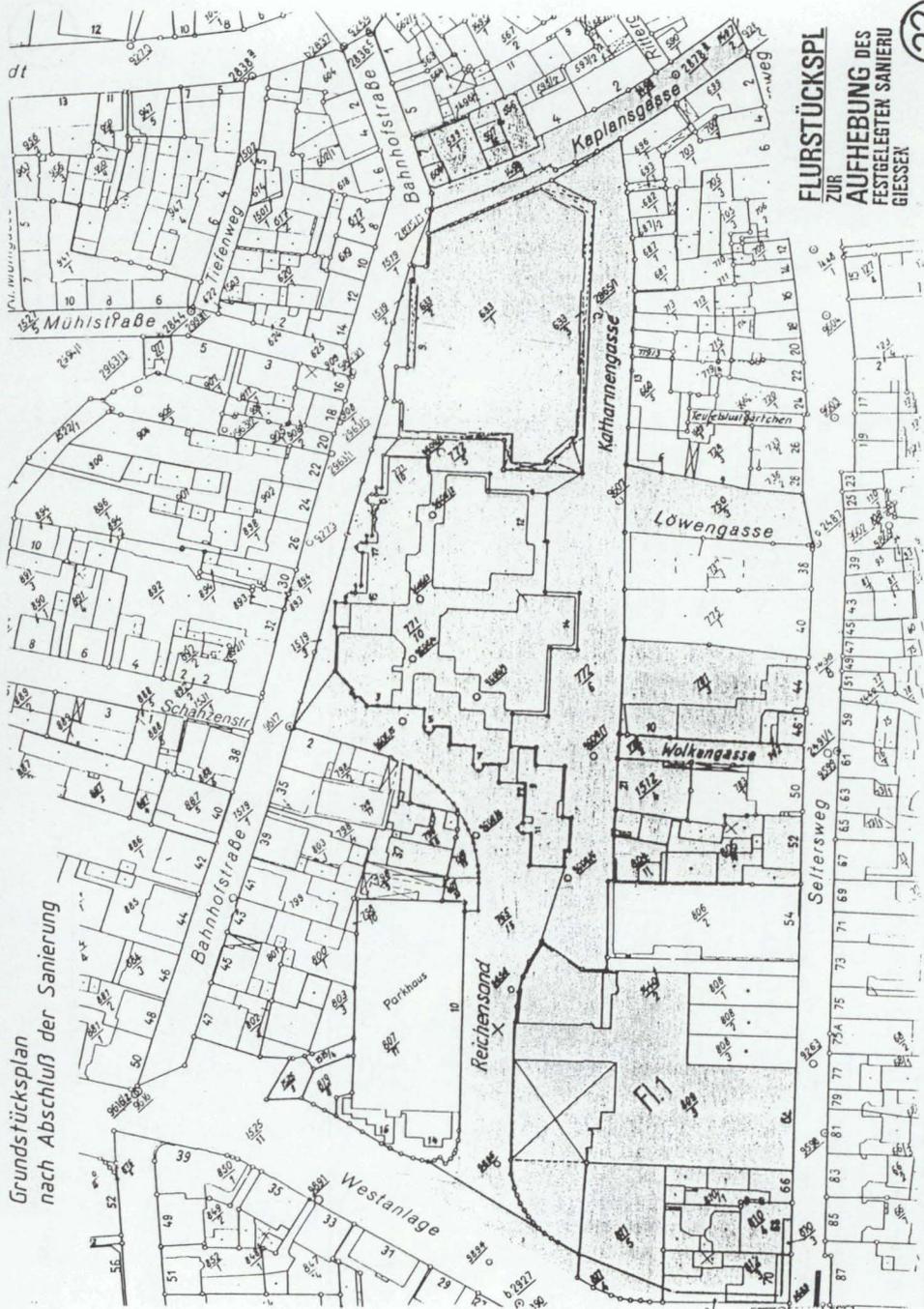


Bereich: Seltersweg-Bahnhofstr. Teil III
 Alter Grundstückszuschnitt 1948



Bereich: Seltersweg-Bahnhofstr. Teil III
 Neuer Grundstückszuschnitt 1980/190





Grundstücksplan
nach Abschluß der Sanierung

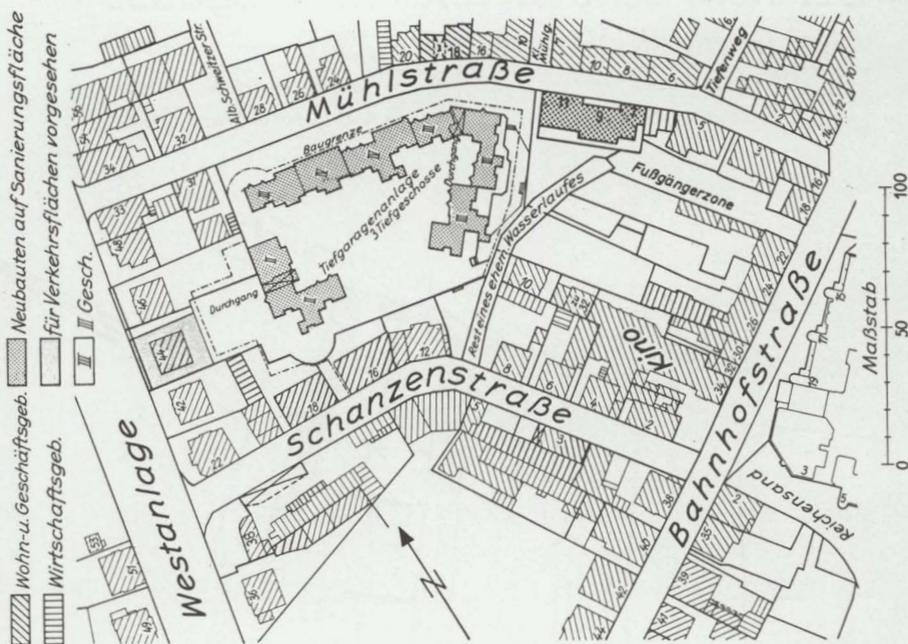
FLURSTÜCKSP
L
ZUR
AUFHEBUNG DES
FESTGELEGTE
SANIERUN
GIESEN

22

Bereich: Mühlstraße-Schanzenstraße
Alter Grundstückszuschnitt 1948



Bereich: Mühlstraße-Schanzenstraße
Grundstückszuschnitt 1980/90



23

Bereich: Schulstraße-Schloßgasse

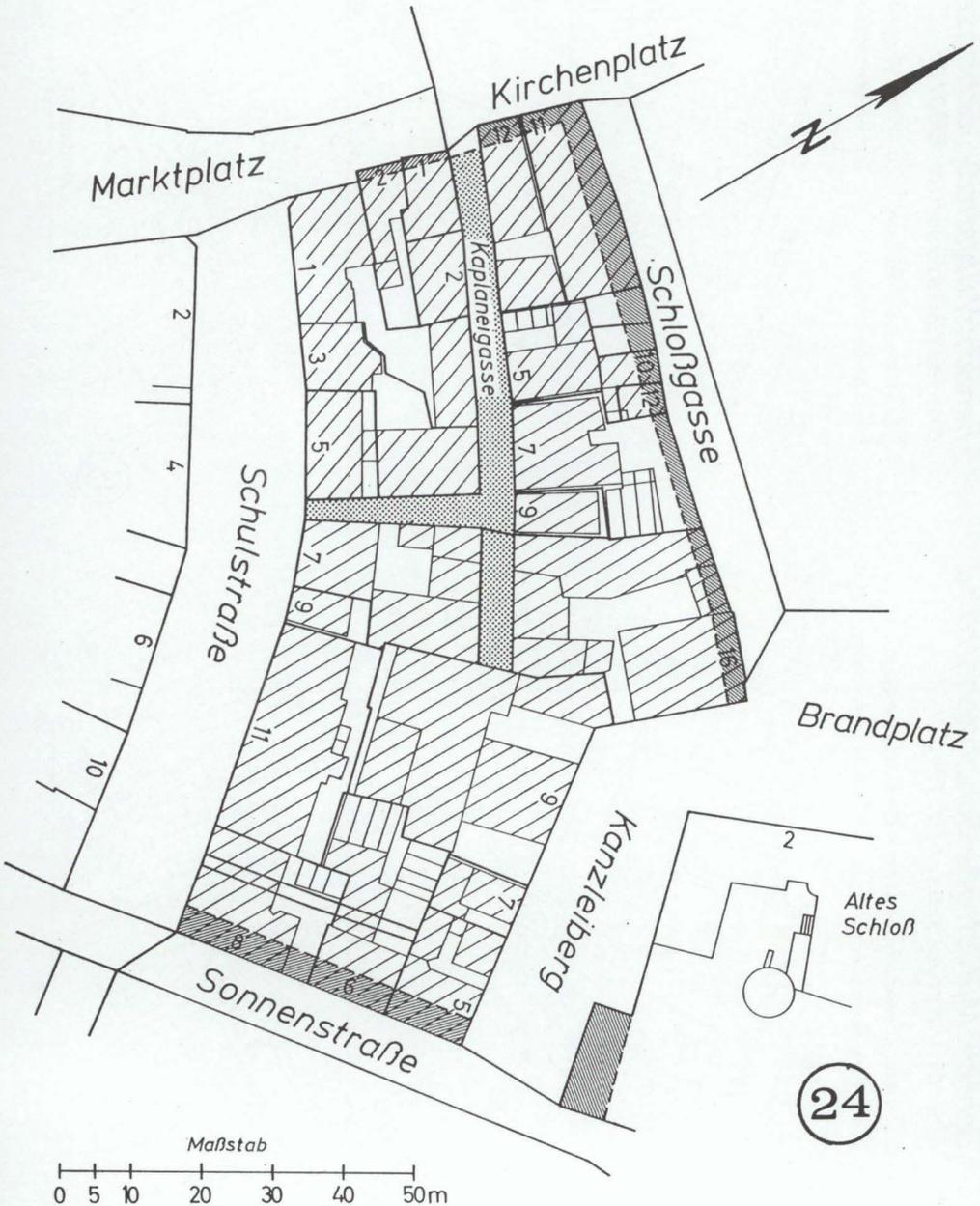
Alter Grundstückszuschnitt 1948

 Wohn.-u. Geschäftsgeb.

 Für Straßenverbr. vorgesehen

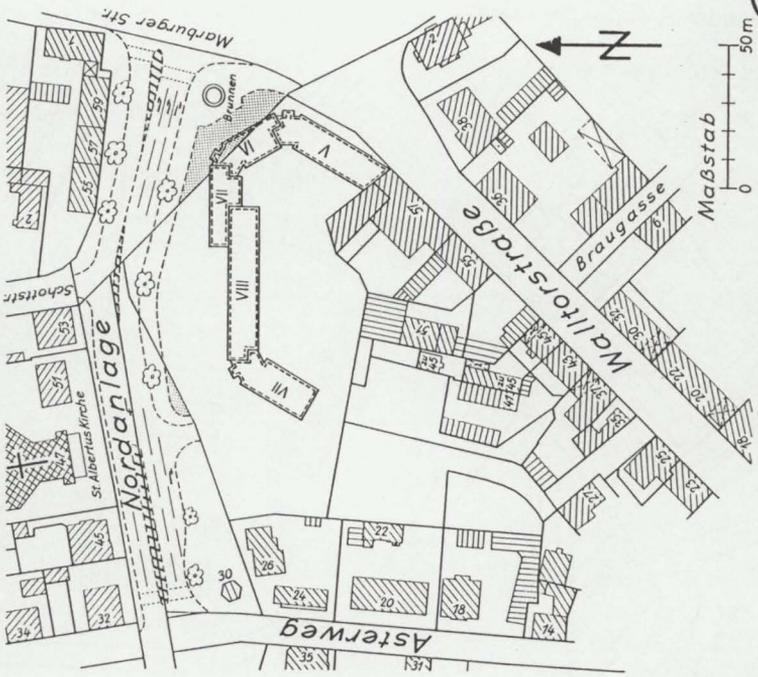
 Wirtschaftsgebäude

 Aufzuehende Wegflächen



Bereich: Walltorstraße-Asterweg Teil II
 Bebauungsplan von 1981 (vereinfachte Darstellung)

-  Wohn- u. Geschäftsgeb.  Wirtschaftsgeb.  5 Geschosse
-  Gepl. Gebäude des Arbeitsamtes  Seither: Sira-Bengelände
-  Zur Erweiterung d. Nordanlage vorgesehen

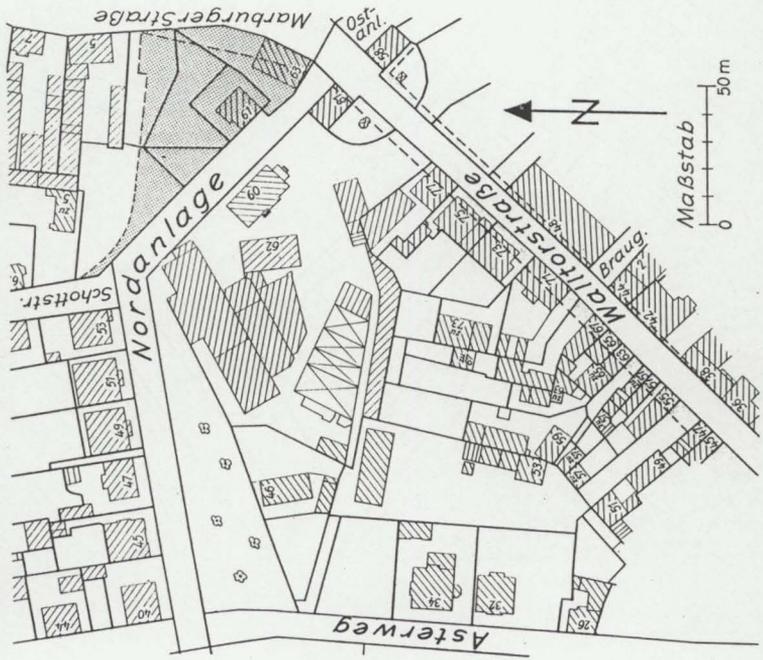


25

Bereich: Walltorstraße-Asterweg Teil II

Alter Grundstückszuschnitt 1948/49

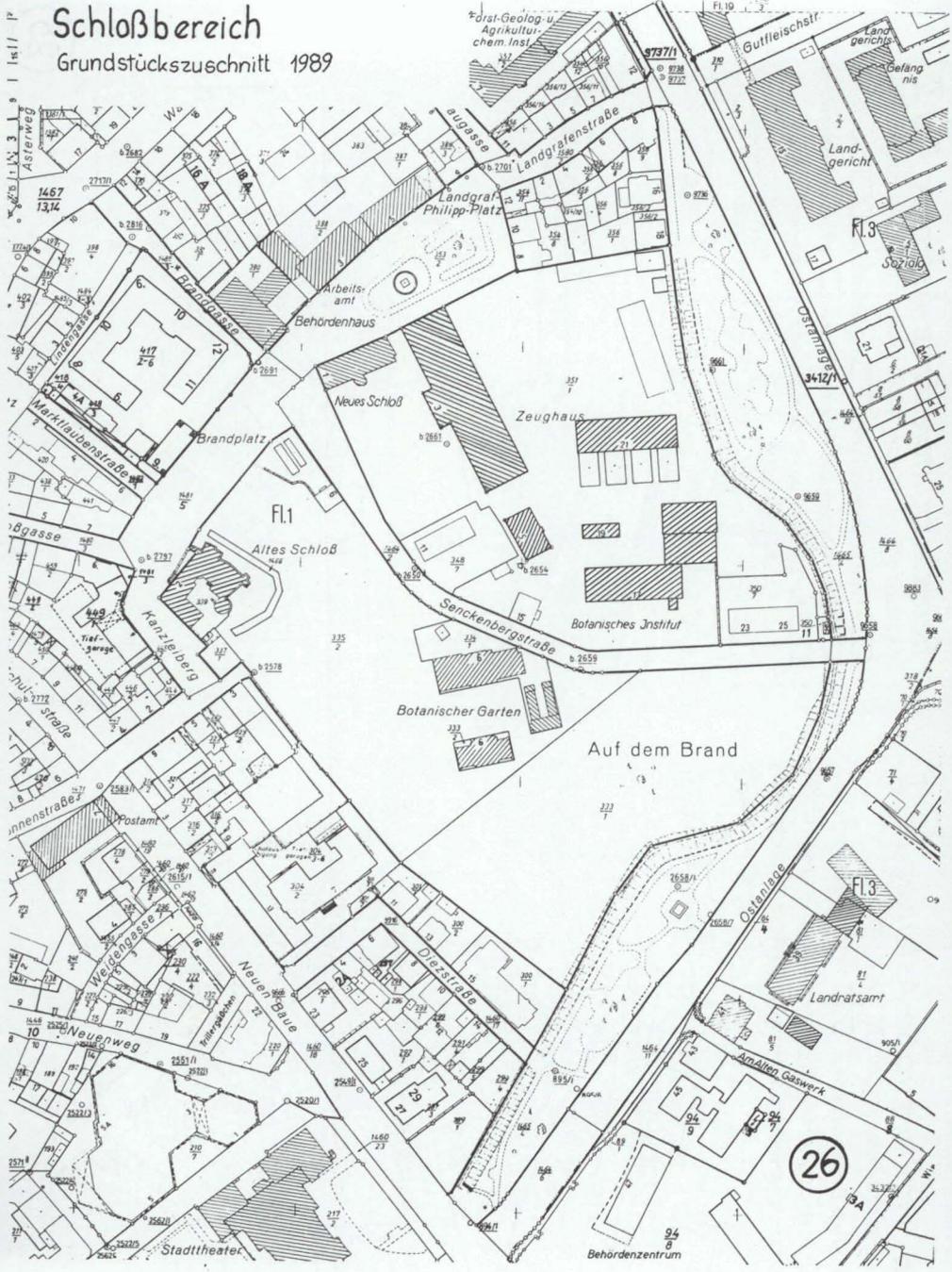
-  Wohn- u. Geschäftsgeb.  Wirtschaftsgeb.
-  Für Straßenverbreiterungen benötigt (nach Plan 1949)
-  Für Straßenverbreiterungen (außerhalb des Anlagenringes)



Maßstab
 0 50m

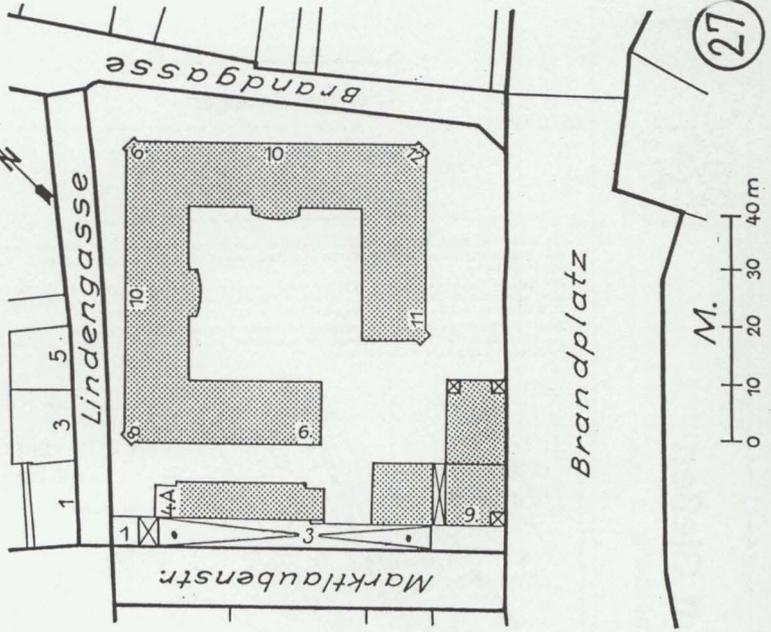
Schloßbereich

Grundstückszuschnitt 1989



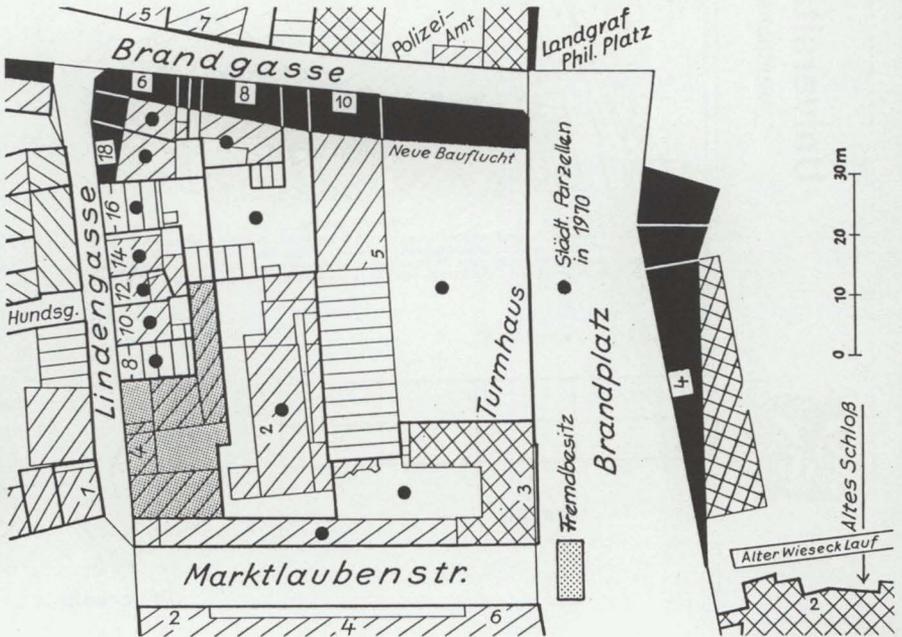
Teilgebiet Brandplatz Zustand 1985

 Wohnng.
  Wirtschaftsg.



Teilgebiet Brandplatz (55.1949)

 Zusätzl. Straßengel.
  Wohngeb.
  Öffentliche Geb.
  Wirtschaftsgeb.





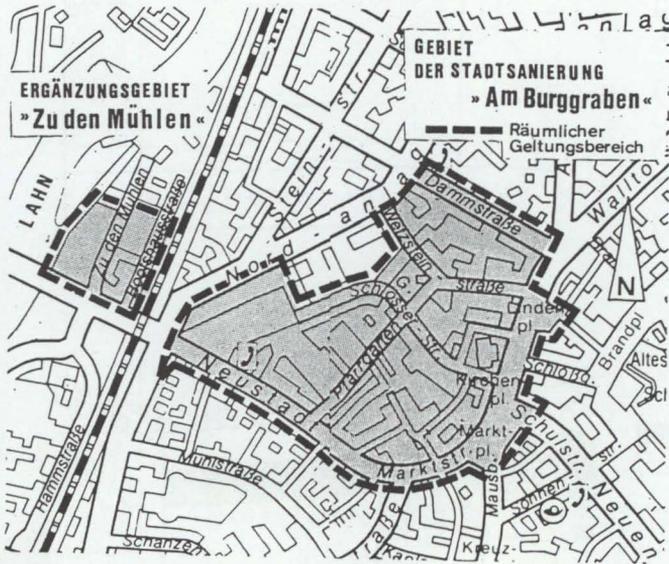
Ausschnitt

Giessener Anzeiger

vom 7. MAI 1988 Nr. 19

Universitätsstadt Giessen Amtliche Bekanntmachung

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Giessen hat am 10. 12. 1987 die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Am Burggraben“ mit dem Ergänzungsgebiet „Zu den Mühlen“ in Giessen beschlossen.



Sanierungsatzung Aufgrund des § 142 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 8. Dezember 1986 Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2253) und des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66) beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Giessen die folgende Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „AM BURGRABEN“ mit dem Ergänzungsgebiet „ZU DEN MÜHLEN“ in Giessen:

Umlauf / Verbleib

Table with 4 columns and 2 rows for tracking document circulation.

Die Übereinstimmung der Fotokopie mit dem Original wird hiermit bestätigt. 09. MAI 1988 6300 Giessen, den



28

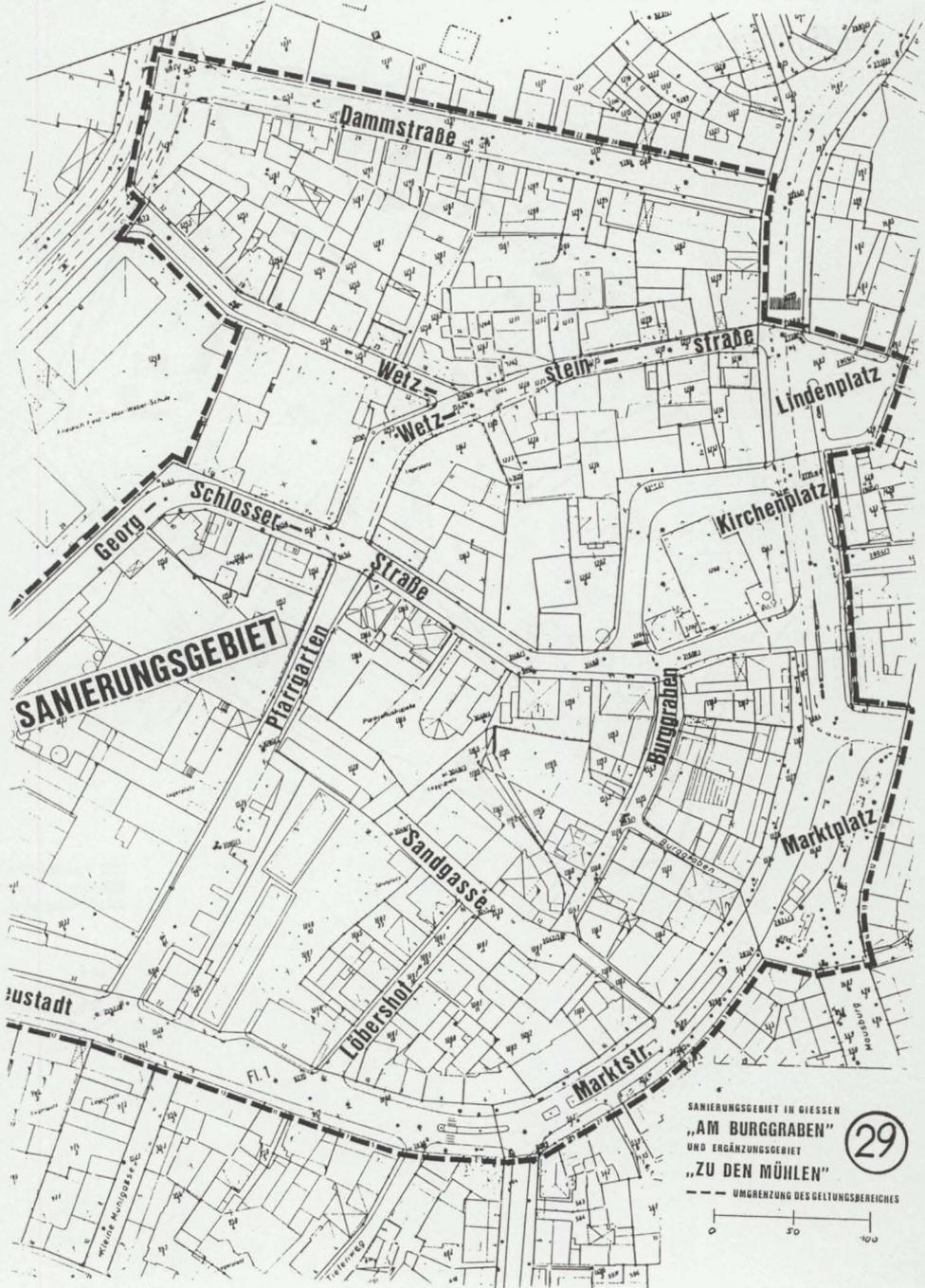
(Unterschrift)



Blg. - Z. Vorgang -

Gießen - Innenstadt

Sanierungsgebiet „Am Burggraben“



Gießen - Innenstadt

Straßenführung 1989

Fußgängerzone

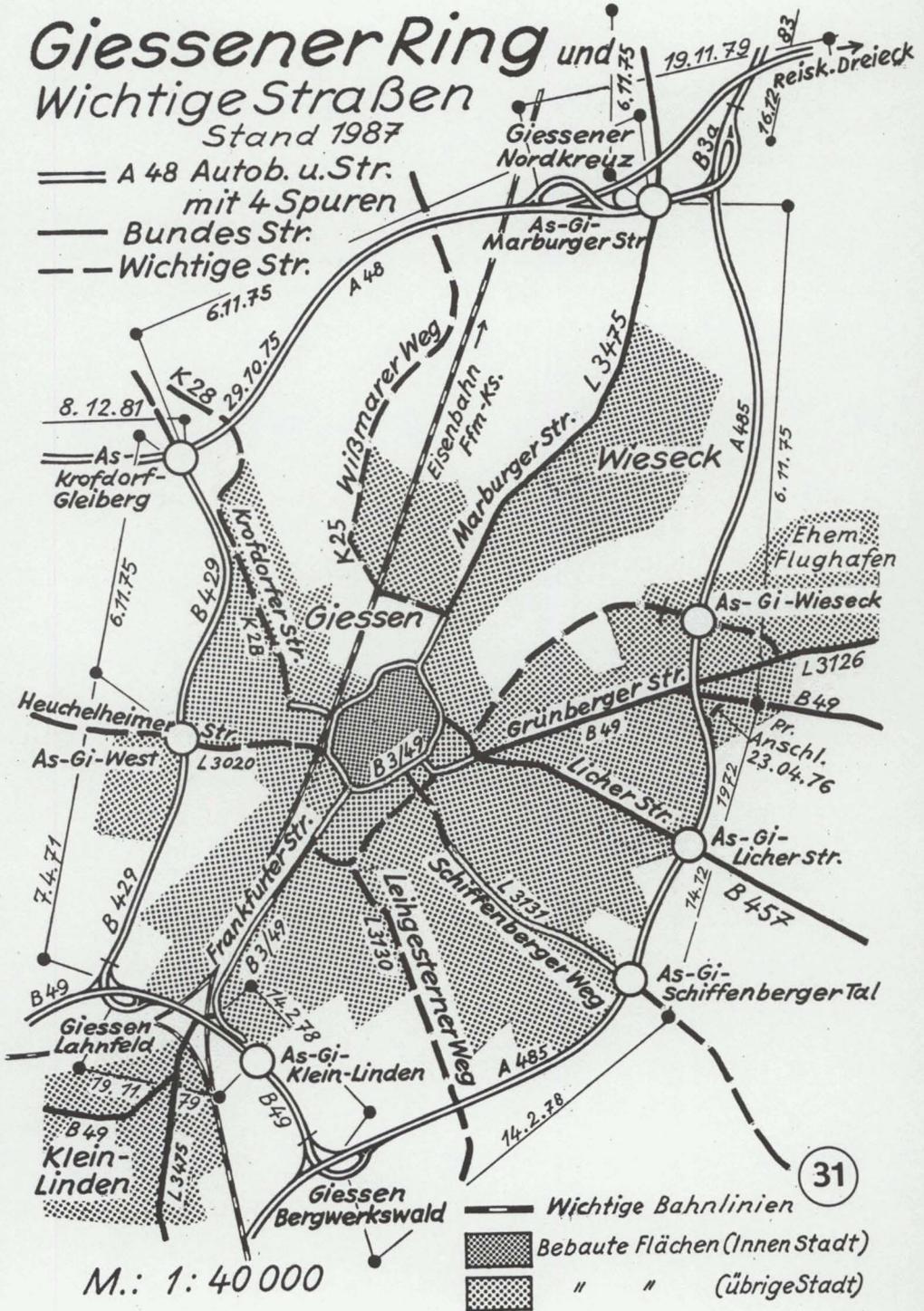


30

Giessener Ring und Wichtige Straßen

Stand 1987

- ==== A 48 Autob. u. Str. mit 4 Spuren
- Bundes Str.
- - - - Wichtige Str.



Der Wiederaufbau in Gießen nach 1945
Stefan Eberlein, Stefan Kielwein, Jörg Thorn
Tutor: Kurt Heyne

Einleitung und gleichzeitiger Forschungsbericht

Wir haben das Thema deshalb gewählt, weil wir uns schon immer wunderten, daß Gießen eine so heterogene Bausubstanz hat. Moderne Zweckbauten stehen neben Bürgerhäusern der Jahrhundertwende, Renaissancehäuser am Landgraf-Philipp-Platz gegenüber Arkaden aus der Zeit um 1900, in der Mitte der Stadt ein altes Barockhaus, welches in den 80er Jahren restauriert wurde, gleich um die Ecke Beton und Glas - und alles überragt von einem erst spät restaurierten Stadtkirchenturm, der auf das Spätmittelalter zurückgeht. Wir wollten einfach mal der Frage nachgehen, wie es dazu kam, daß man in Gießen schöne alte Bauten, die teilweise oder noch ganz die Bombardierung überstanden hatten, verschwinden ließ. Außerdem hofften wir dadurch Aufschluß zu bekommen, welche Politik nach dem Kriege in unserer Stadt betrieben wurde und welche möglichen Alternativen nicht berücksichtigt wurden.

Es war uns klar, daß unsere Arbeit in der Hauptsache im Durchschauen von Akten im Stadtarchiv, im Studieren der Baupläne und im Vergleich des Bildmaterials lag. "Oral history", d.h. Befragung von Zeitzeugen und Auswertung dieser Interviews, war für uns weniger von Bedeutung. Die Bewohner Giessens und die Geschäftsleute, die wir befragten, konnten uns immer nur dasselbe sagen: "Wir wollten nach dem Krieg schnell aufbauen, man brauchte ein Dach über dem Kopf, wie gebaut wurde, war uns egal."

Weiterhin muß man sich klarmachen, daß es damals längst nicht die vielfältigen Möglichkeiten des Widerspruchs gegen städtische Baupläne gab wie heute, so daß eine Diskussion um Stadtanierung, Wiederaufbau, Straßen- und Verkehrsführung eigentlich nur am Anfang und in der Presse, meist durch Experten, geführt wurde. Unsere Interviews beschränkten sich deshalb auch auf wenige ausgewählte Personen aus dem Baubereich: Stadtbaudirektor Wolf, den Sohn des früheren Stadtbaudirektors Klaus Gravert, Obervermessungsrat a.D. Heinrich Schmidt, Diplom-Ingenieur und Prüfstatiker J.M. Eberlein, und von den Politikern einen Verantwortlichen für den Wiederaufbau Giessens in der Zeit von 1954 - 1963, Ex-Bürgermeister, Ex-Ob und Ex-Ministerpräsident Albert Osswald.

Über die Geschichte des Wiederaufbaus Giessens gibt es eine ausführliche Schrift von Heinrich Schmidt: "Giessens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum".¹ Auch die Veröffentlichung von Kurt Kühnemann: "Neues Leben aus

1 In: Mitteilungen des Oberhess. Geschichtsvereins (MOHG) Bd. 46, Gießen 1992, S.85-122

Ruinen - Gießen in und nach der Stunde Null",² die gerade erschienen war, half uns weiter. Wir erkannten aber sehr schnell, daß man durch solche Veröffentlichungen in seinem Urteil beeinflußt wird. Vor allem die Schmidtsche Veröffentlichung hat stark apologetischen Charakter, d.h. der Verfasser hat sich zwar bemüht, "so objektiv wie möglich zu sein", aber er war ja einer der Hauptbeteiligten an der Ausarbeitung des Planes Gravert und daher später interessiert, die damaligen Pläne zu rechtfertigen und die Selbstkritik auf das Allernotwendigste einzuschränken. Schmidt stand bei seiner damaligen Arbeit sein gesamter Mitarbeiterstab im Amt zur Verfügung, der natürlich in einer gewissen inneren Bindung und Verpflichtung der bisherigen Baupolitik gegenüber war. Soweit uns das möglich war, versuchten wir trotz des Übergewichtes der Expertenäußerungen eigene Anmerkungen und auch Kritik anzubringen. Diese mußte sich auf den historischen und ästhetischen Bereich beschränken, weil uns geodätische und mathematische Spezialkenntnisse fehlten. Es scheint uns aber trotzdem möglich, zu städtebaulichen Konzepten und ihrer Verwirklichung einiges zu sagen. Obwohl wir uns oft auf Schmidts Ausführungen beziehen mußten, wird unsere Distanz zu dieser Art Städtebaupolitik doch klar erkennbar.

Im Stadtarchiv konnten wir dank der Hilfe der Herren Nöhl und Knauß ungestört arbeiten. Wir vermieden auch den Fehler von Wettbewerbsgruppen vor uns, die erst sehr spät aus Angst vor der Behörde Stadtarchiv dort zu arbeiten begonnen hatten.

In der letzten Phase unserer Untersuchungen sahen wir uns einzelne Stadtteile, Straßen und sogar einzelne Häuser genauer an. Wir mußten mit Erschütterung feststellen (was die Schrift von Schmidt nicht bieten konnte), daß der größte Teil der Bausubstanz von Gießen erst in den 50er bis 70er Jahren abgerissen worden ist. Bei der Frage nach den Ursachen dieser Handlungsweise bekommt man verschiedene Antworten:

1. Gedankenlosigkeit und Engstirnigkeit vieler Mitbürger und Verantwortlichen der Stadt,
2. das damals wohl noch nicht ausgeprägte Empfinden, daß zu einer lebenswerten Umwelt auch die Erhaltung von schönen alten Häusern gehört,
3. der Wille zum Wiederaufbau ließ alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Aufbau- und Stadtpläne Gießens von 1948/49, 1960, 1971 und 1980/81 wurde uns mit Erschrecken deutlich, wie tief diese Pläne, vor allem die Aufbaupläne, in das ursprüngliche Stadtbild eingegriffen haben, und wie wenig Widerspruch laut wurde. Manchmal erschien uns das Ganze wie ein gigantisches Sandkastenspiel, wie ein riesiger Verschiebebahnhof. Der die Planer immer wieder bestimmende Haupt Gesichtspunkt war offensichtlich wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Art. Dies war für uns die ernüchterndste

2 Gießen 1983.

und traurigste Erkenntnis. Wenn Städtebau fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzens und der verkehrstechnischen Selbstbefriedigung gesehen wird, müssen Gesichtspunkte wie Schönheit, Erholung, Mitmenschlichkeit einfach vor die Hunde gehen. Wir vermochten zwar außerordentlich großes Verständnis für die Bauplanung 1948 aufzubringen, obwohl man auch damals woanders (z.B. in Polen) historisch getreu wiederaufgebaut hat. Was aber nicht hingenommen werden kann, ist die Selbstzerstörung einer Stadt danach. Das sollte als Erkenntnis für zukünftige Bauvorhaben in der Stadt aus unserer Arbeit zu entnehmen sein. Wie verschiedene Bürgerproteste Ende der 70er Jahre bewiesen, läßt sich heute eine solche Vernichtung von angeblichen "Kracheburgen", die einem im Wege sind, nicht mehr durchführen. Das Gewissen der Bevölkerung ist hoffentlich geschärft.

Beginn des Wiederaufbaus

Als die Amerikaner am 28. März 1945 Gießen besetzten, kamen sie in eine stark zerstörte Stadt. Gießen hatte im 2. Weltkrieg 28 Luftangriffe ertragen müssen. Der schlimmste Angriff war am 6. Dezember 1944 erfolgt und hatte die Innenstadt zu mindestens 70 %, die äußeren Bereiche zu 67 % zerstört. "Der Stadtkern in seiner alten Bebauung, die sich früher einmal sehr gut darstellte, der Marktplatz, Ausdruck verpflichtender Tradition des vorausgegangenen Jahrhunderts, alles das lag in Schutt und Asche. Zunächst konnte nichts anderes getan werden, als Schutt wegzuräumen".³

Wenn es in Gießen an allem mangelte - eines war mit Sicherheit vorhanden: Schutt. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, daß von 5.500 Gebäuden in Gießen 4.800 beschädigt oder total zerstört waren. "Noch im Oktober 1945 hatte Gießen von rd. 12.300 Wohnungen mit etwa 55.000 Räumen lediglich 865 Einheiten mit nicht einmal 3.000 Zimmern (oder ähnlichen Unterkünften), die keiner Instandsetzung bedurften".⁴

Im Folgenden sollen nun die besonders markanten Zerstörungsgebiete und Häusergruppen vorgeführt werden.

Eine Tabelle der Bauschäden kann verdeutlichen, welche ungeheure Zerstörung die Innenstadt und zwei Dörfer am Rande Giessens betroffen hat:

3 Kurt Kühnemann, "Neues Leben aus Ruinen - Gießen in und nach der Stunde Null", Gießen 1983, S.9

4 Kurt Kühnemann, a.a.O., Seite 9

Von allen Gießener **Schulen** hatte nur die Goetheschule den Krieg unbeschädigt überstanden, war aber von zwangsverschleppten Polen als Quartier belegt worden.

Symbolisch für die Zerstörung der **Kirchen** war die Stadtkirche, deren Turmstumpf die Trümmerlandschaft überragte. Nur die Johanneskirche konnte schon 1945 wieder Gottesdienste abhalten. Die katholische Kirche St. Bonifatius stand erst wieder ab 1948 voll zur Verfügung.

Das Versorgungsnetz war so gut wie vollständig zerstört. Die Gasversorgung konnte erst zwei Jahre nach dem Einmarsch der Amerikaner wieder in Betrieb gesetzt werden. Universitäts- und Kliniksbauten waren zum großen Teil zerstört, auf das Klinikum waren allein 52 Bombentreffer niedergegangen, die 121 Todesopfer kosteten. Zerstört war auch das Evangelische Schwesternhaus und das Landgericht. Angesichts dieser Zerstörungen stellte sich die Frage:

Wie sollte man vorgehen?

Um neuen Wohnraum für die vielen Heimkommenden, die Flüchtlinge aus den Ostgebieten und die Besatzungsmacht zu schaffen, hätte der Neubau sofort beginnen müssen. Aber dazu fehlten Baustoffe und Arbeitskräfte. "Es fehlten nicht nur alle materiellen Voraussetzungen, solches zu schaffen, auch an den primitivsten Planungen ließ sich vorerst nichts vorantreiben. Es gab baurechtlich eine Fülle von Unwägbarkeiten."⁵

Es besteht kein Zweifel, daß die zerstörten Stadtteile zu allererst wieder aufgebaut werden mußten, weil das städtische Straßennetz mit allen darin verlegten Versorgungsleitungen einen ungeheuren Wert darstellte, den man nicht einfach ignorieren wollte. Außerdem konnte man den Zusammenhang zwischen den Wohn- und Geschäftsgebieten, der geschichtlich gewachsen war, nicht einfach übersehen.

Es war also nur logisch, daß man zunächst als Vorbedingung des Wiederaufbaues die Trümmerbeseitigung anging.

Wie uns ältere Mitbürger erzählten, hätten sie es damals nie für möglich gehalten, daß diese Unmengen von Schutt noch in ihrer Lebenszeit zu beseitigen gewesen wären.

Bei manchen Straßen konnte man noch 1945/46 nicht einmal genau die Straßenführung erkennen. Häusergrenzen waren verwischt, und manche Gegenden Gießens konnte man nur über Trampelpfade erreichen.

Wenn heute Ruinen oder nicht mehr verwendbare Hausteile abgerissen werden, wird kaum noch etwas von der Substanz wiederverwendet. Wir konnten das z.B. beim Abriß des alten Hauses Ecke Johannesstraße - Neuen Weg erkennen, der noch Ende der 70er Jahre erfolgte. Von dem

5 Kürt Kühnemann, a.a.O., Seite 11

Material des Hauses wurde nichts mehr verwendet, die schönen Sandsteineinfassungen der Fenster aus der Wilhelminischen Zeit wurden auf den Müll gekippt.

Ganz anders war die Situation 1948. In den Trümmern waren wertvolle Baustoffe vorhanden, die von der Trümmerverwertung wiederbenutzt werden konnten. Die Zahl der Fach- und Hilfsarbeiter war allerdings außerordentlich gering, weil viele Männer im Kriege gefallen, verwundet oder in Kriegsgefangenschaft geraten waren oder aus anderen Gründen nicht für den Wiederaufbau zur Verfügung standen (z.B. weil sie nur schlecht bezahlt oder weil die Verkehrsverhältnisse für die vom Umland einpendelnden Arbeitskräfte zu schwierig waren).

Die Problematik der Situation wird klar, wenn man den Hilferuf des ersten gewählten Oberbürgermeisters Albin Mann vom Juli 1947 nachliest:

"Gießen war einmal eine schöne Stadt. Saubere Straßen und gepflegte Grünanlagen mit einer großen Zahl an Privatgärten trugen ihr den Titel Gartenstadt ein.

Heute ist als Kriegsfolge der Name Trümmerhaufen mindestens für den größten Teil der Stadt angemessen. Muß dies so sein? Nein und abermals nein!

Die Stadtverwaltung ist leider nicht in der Lage, ohne Mithilfe aller Kreise der Bevölkerung den bedauernswerten Zustand zu ändern. Wenige Städte dürfte es geben, in denen das Straßenbild so stark von Angehörigen der Besatzung belebt wird wie in Gießen.

Ursache dafür ist die verkehrsgünstige Lage Gießens, die auf dem ehemaligen Flughafen das größte Versorgungs- und Nachschubdepot in der amerikanisch besetzten Zone brachte. Die Zahl der bei den Dienststellen der Besatzungsmacht Beschäftigten erreicht annähernd 8.000. Dazu kommen rd. 2.000 Beschäftigte auf den Bauten des Depots. In der gesamten amerikanischen Besatzungszone sind nach den Feststellungen der Arbeitsbehörden 85.000 Angestellte und Arbeiter tätig. Während Gießens Einwohner rd. den hundertsten Teil Hessens ausmachen, ist die Zahl der hier Beschäftigten rd. der zehnte Teil. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß in Gießen keine großen Industriegebiete vorhanden waren, in denen große Arbeitsmassen durch die Kriegsfolgen freigestellt wurden. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Besatzungsmacht muß sehr weit herangeholt werden. Hinter Ulrichstein, aus den Kreisen Lauterbach und Biedenkopf und dem Dillkreis holen täglich Omnibusse Arbeiter heran. Aus den Gefängnissen in Butzbach kommen täglich Hunderte von Gefangenen und müssen zurückgebracht werden. Das Arbeitsamt hat noch Anforderungen für mehr als 600 Kräfte für das Depot auf dem Flughafen und kann diese nicht bereitstellen. Wer irgend kann, zieht die Beschäftigung bei der Besatzungsmacht vor, weil ihm dort zusätzliche Verpflegung gegeben wird. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn die städtischen Dienststellen, besonders aber das Bauamt, zu dessen Aufgabe die Sauberhaltung unserer Stadt gehört, die erforderlichen Arbeitskräfte nicht

bekommen kann? Dazu kommt, daß der Transportapparat nur ungenügend arbeitet. Treibstoff- und Reifenmangel für Lastkraftwagen sind ein großes Hindernis. Die Strassenreinigung ist mehr als mangelhaft. Leider muß aber auch gesagt werden: Ein Teil der Bürger hat mit dazu beigetragen, daß sich immer mehr Schutt auf den Bürgersteigen abgelagert hat. Hier muß in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten.

Im Einvernehmen mit der Militärregierung, die Transportmittel zur Verfügung stellen will, soll in der Zeit vom 28. Juli bis 3. August dieses Jahres ein allgemeiner Bürgereinsatz zur Beseitigung der größten Mißstände durchgeführt werden. Das Bauamt ist beauftragt, im Zusammenwirken mit dem Freiwilligen Aufbaudienst die Organisation dieser Einsätze der Gießener Einwohner durchzuführen. Ich erwarte, daß sich keine arbeitsfähige Person diesem Vorhaben entzieht. Wer nicht mithilft, hat das Recht verloren, hier in Gießen zu wohnen. Mitbürger! Männer und Frauen! Haltet Euch bereit, bei dieser Aktion mitzuhelfen! Keine Kraft ist zu gering! Jeder kann helfen! Ich bitte darum!

Alle Grundstückbesitzer wollen umgehend dafür Sorge tragen, daß die Bürgersteige von Unrat und Trümmern befreit und das an den Vorgärtenmauern und -zäunen wachsende Gras beseitigt wird. Dort, wo Nachbarn ortsabwesend sind, sollte diese Arbeit freiwillig übernommen werden. Wo ganze Straßenzüge unbewohnt sind, haben sich die Verwalter der Grundstücke um die Erledigung dieser Aufgaben zu kümmern. Wenn jeder vor seinem Grundstück sauber hält, dann wird bald das Straßenbild ein besseres werden.

Hausmüll, Gemüseabfälle usw. darf nicht auf die Trümmer geworfen werden, weil dadurch nur die für die Gesundheit so gefährliche Rattenplage vermehrt wird. Muß es denn erst zu Seuchen kommen, bevor die Vernunft für die Reinhaltung der Stadt zu arbeiten beginnt? Es ist sowieso schlimm genug, daß die Schäden am Kanalnetz wegen Arbeitermangel noch nicht beseitigt werden konnten. Obwohl bereits im Herbst vorigen Jahres z.B. mit den Arbeiten am Kanal im "Nizza" begonnen wurde, konnten diese bis dahin noch nicht zu Ende gebracht werden und bergen Gefahren für die Volksgesamtheit, auf deren Beseitigung ich andauernd dränge. Deshalb: Helft mit!"⁶

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 3. Aug. 1945 wird angeordnet, daß die Durchführung der Aufräumungsarbeiten in der Stadt Gießen auf Samstag, den 18. August 1945 verlegt worden ist. Dazu haben sich die Bewohner der nachfolgend genannten Straßen mit Schaufeln, Spaten, Hacke, Hammer usw. um 8 Uhr vormittags auf den unten angegebenen Sammelplätzen einzufinden. Die den Behörden und größeren Industriefirmen in der vorigen Woche bereits bekanntgegebenen Sammelstellen bleiben dieselben. Den Anordnungen der Bezirksarchitekten und sonstigen Aufsichtsorganen ist unbedingt Folge zu leisten. Zur Betreuung von Kindern, die der Aufsicht bedürfen, können von jeder Hausgemeinschaft eine bis zwei Frauen freigestellt werden, die möglichst arbeitsfähig sein müssen. Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Spengler, Glaser und Schlosser sind, soweit sie jetzt schon für den Wiederaufbau eingesetzt sind, von der Aufräumungsarbeit freigestellt.

Der Polizeidirektor: Düsing.

Verzeichnis der Sammelplätze und der dazu gehörigen Straßen:

Bezirksarchitekt Dirksmüller

- Sammelplatz 1: Landgrafenstraße**
innerhalb des Bezirks: Ostanlage, Neuenweg, Kreuzplatz, Marktplatz, Walltorstraße.
- Sammelplatz 2: Kaiserallee — Persiluhr**
mit Gutenbergstraße, Gartenstraße, Am Nahrungsberg, Am Ahon Friedhof, Bergstraße, Hessenstraße, Licher Straße, obere Wolfstraße, Ludmannstraße, Georg-Philipp-Casal-Straße, Karl-Vogt-Straße.
- Sammelplatz 3: Schützenhaus**
mit Grünberger Straße, Rödgener Straße.
- Sammelplatz 4: Bahnübergang — Licher Straße**
Am Kugelberg, Friedensstraße, Stadteil Plattenhausen.
- Sammelplatz 5: Posener Straße — Alter Steinbacher Weg**
Stadteil Ostpreußen.

Bezirksarchitekt Schmidt

- Sammelplatz 1: Ecke Ludwigstraße — Bismarckstraße**
mit Ludwigstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Löberstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Stephanstraße zwischen Goethestraße und Gartenstraße, Kepplerstraße, Bismarckstraße, Henselstraße, Am Nahrungsberg zwischen Bismarckstr. u. Gartenstr.
- Sammelplatz 2: Ecke Bahnhofstraße — Neustadt**
mit Schützenberger Weg, Heegstrauch- und Altenfelds-
weg, Neustadt, Marktstraße, In Löbers Hof, Sandgasse, Pfarrgarten, Wetzsteingasse, Wetzsteinstraße, Kirch-
straße, Burggraben, Zozelgasse, Bahnhofstraße zwi-
schen Neustadt und Kaplansgasse.
- Sammelplatz 3: Ecke Steinstraße — Dammstraße**
mit Steinstraße und Nordanlage zwischen Neustadt und
Ederstraße, Dammstraße, Schillerstraße, Weserstraße,
Ederstraße, Im Garfeld, Zu den Mühlten.
- Sammelplatz 4: Ecke Asterweg — Nordanlage**
mit Steinstraße und Nordanlage zwischen Ederstraße
und Marburger Straße, Asterweg, Schottstraße, Schwarz-
schweg, Werrastraße, Am Sandfeld, Auf dem Sandfeld,
Wißmarer Weg.
- Sammelplatz 5: Ecke Marburger Straße und Steinstraße**
mit Marburger Straße bis Friedhofsallee, Friedhofsallee,
Am Rödberg.

Bezirksarchitekt Schuhmacher

- Sammelplatz 1: Ecke Molke- und Roonstraße**
Kaiserallee und Molkestraße.
- Sammelplatz 2: Ecke Kaiserallee und Wolfstraße**
Unter der Liebigshöhe, Tannenweg, Jahnstraße, untere
Wolfstraße, Curmannstraße, Fröbelstraße, In den Eich-
gärten und Eichgärtenallee.
- Sammelplatz 3: Ecke Kaiserallee und Roonstraße**
Roonstraße, Großer Steinweg, Eichweg, Ostanlage,
Wiesenstraße, Gutfleischstraße.

Bezirksarchitekt Meyer

- Sammelplatz: Ecke Liebigstraße und Ebelstraße**
Straßen: Liebigstraße vom Aulweg bis an den Bahn-
körper Riegelpfad und Alicenstraße ganz, sowie die
dazwischen liegenden Teile der Querstraßen.

Bezirksarchitekt Nikolaus

- Sammelplatz 1: Hotel Schütz**
Bahnhofstraße (von der Wieseck bis Hotel Schütz),
Grabenstraße, Westanlage (von Bahnhofstraße bis Sel-
terstor), Bahnhofstraße (von Hotel Schütz bis Schanzen-
straße), Westanlage (von Hotel Schütz bis Schanzen-
straße), Schanzenstraße, Wolkengasse.
- Sammelplatz 2: Plockstraße — Ecke Anlage**
Seltersweg (von Goethestraße bis Kreuzplatz), Plock-
straße, Johannesstraße, Maigasse, Goethestraße (von
Anlage bis Ludwigstraße), Bismarckstraße (von Anlage
bis Lonystraße), Südanlage (von Goethestraße bis
Theater), Lonystraße.
- Sammelplatz 3: Bahnhofstraße — Ecke Mühlstraße**
Bahnhofstraße (von Schanzenstraße bis Neustadt), Mühl-
straße, Westanlage (von Schanzenstraße bis Neustadt),
Mühlgasse, Tiefenweg, Kaplansgasse, Löwergasse, Ka-
tharinengasse, Teufelsstülgärtchen.
- Sammelplatz 4: Finanzamt**
Goethestraße (von Ludwigstraße bis zur Bahn), Lud-
wigstraße (Goethestraße bis Neustadt), Stephan-
straße (Goethestraße bis zur Bahn), Bleichstraße (Lud-
wigstraße bis Gmaultstraße), Lessingstraße, Gmault-
straße, Bruchstraße.
- Sammelplatz 5: Selterstor**
Frankfurter Straße (Selterstor bis zur Wieseck), Selters-
weg (Selterstor bis zur Goethestraße), Goethestraße bis
zur Anlage, An der Johanneskirche, Südanlage (bis zur
Goethestraße), Bleichstraße (bis zur Ludwigstraße),
Löberstraße (von Bleichstraße bis zur Goethestraße).

Bezirksarchitekt Fischer

- Sammelplatz 1: Ecke Frankfurter Straße, Wetzlarer Weg**
untere Frankfurter Straße bis Ecke Klinikstraße, Wetz-
larer Weg bis Ecke Hofmannstraße, Wilhelmstraße bis
Ecke Rodthohl, Rodthohl, Hofmannstraße, Friedrich-
straße bis Ecke Röntgenstraße und Kliniksviertel.
- Sammelplatz 2: Ecke Frankfurter Straße — Schubertstraße**
Rest Frankfurter Straße, Seibertstraße, Händelstraße,
Beethovenstraße.
- Sammelplatz 3: Ecke Wartweg — Uhlantstraße**
Wartweg, Freilichtstraße, Am Schlangenzahl, oberer
Aulweg bis Ecke Leihgesterner Weg, Leihgesterner Weg,
Fichtestraße, Amtsstraße, Rest Friedrichstraße.
- Sammelplatz 4: Ecke Aulweg — Wilhelmstraße**
Rest Wilhelmstraße, obere Ludwigstraße bis Ecke Lie-
bigstraße, Iheringstraße, Günthersgraben, Eise-Brand-
ström-Straße, Auf der Weißerde, Welkerstraße, Am
großen Morgen, Unterhof.

Bezirksarchitekt Seuling

- Sammelplatz: Am Biebertalbahnhof**

Bezirksarchitekt Fink

1. Sammelplatz: Ecke Mittelweg — Crednerstraße.
2. Sammelplatz: Ecke Glaubrechtstraße — Buchnerstraße
Für die Bewohner der umliegenden Straßen.

Diese Bekanntmachung zeigt ^{Schmidt, Gießen} wie nötig die Mithilfe der Bevölkerung bei der Trümmerbeseitigung war!!

Aus dem Aufruf wird ersichtlich, daß die Trümmerbeseitigung zwei Jahre nach dem Kriegsende noch große Probleme bereitete. Der Arbeitskräftemangel war auch deshalb so gravierend, weil viele Beschäftigte bei den Amerikanern arbeiteten, wo sie sich eine bessere Verpflegung erhofften. Klage führte der OB auch über den ungenügenden Lkw-Bestand, um den Schutt abzutransportieren. Es wird in dem Aufruf auch eine wichtige Einrichtung genannt, die bei dem Thema Trümmerbeseitigung nicht weggedacht werden kann: der FAD, d.h. der Freiwillige Aufbaudienst. Dieser FAD war schon im Sommer 1946 noch unter OB Dönges, der noch von der Besatzungsmacht eingesetzt war, ins Leben gerufen worden. "Überall wurde geschippt und ausgebessert, und an den Sonntagen fanden sich Tausende bereit, unter persönlicher Führung der Stadtverwaltung, die Straßen vom Schutt zu säubern und wieder passierbar zu machen."⁷ Was bereits im Jahre 1945 geleistet worden war, darüber berichtete der Leiter der Baugemeinschaft, Architekt Dirksmöller in der Gießener Freien Presse:

Wiederaufbau in Gießen

Die ausführlichen Darlegungen der Wiederaufbaupläne in der Stadt Frankfurt/Main ("Frankfurter Rundschau" vom 5.03.46) geben Anlaß zu einem Hinweis auf den Stand der Arbeiten in Gießen.

Hier nahm Anfang Juli 1945 die "Baugemeinschaft für den Wiederaufbau im Stadt- und Landkreis" ihre Arbeit auf. Es wurde keine besondere Abteilung Statistik eingerichtet. Vielmehr wurden alle auf diesem Gebiet unumgänglich erforderlichen Arbeiten von den Bezirksarchitekten im Rahmen ihrer Tätigkeit miterledigt.

Bereits im Juli 1945 wurden Gleisanlagen gelegt und Bagger eingesetzt, um tatkräftig an die Aufräumung zu gehen, ohne daß allzuviel Zeit durch langwierige Besprechungen vergeudet wurde. Bis heute ist eine Fläche von ca. 28.000 qm restlos von Schuttmassen gesäubert. Auf dieser Grundlage kann die von mir ausgearbeitete Stadtplanung, die heute bereits genehmigungsreif ist, aufbauen. Die von mir vorgesehene Neuplanung des Stadtkerns sieht u.a. 2 unvermeidliche Durchbrüche vor, durch die der Anforderungen des modernen Verkehrs Rechnung getragen wird. Nach neuerlichen Überarbeitungen ist die Planung nun auch in wirtschaftlicher Hinsicht so durchdacht, daß auch in dieser Beziehung Bedenken kaum noch vorgebracht werden können.

Von den 1945 in die Dringlichkeitsstufen eingereihten 500 Häusern wurden bisher über 80 Prozent (z.T. behelfsmäßig) fertiggestellt. Etwa 500 Baugesuche aller Baugattungen wurden darüber hinaus freigegeben. Der größte Teil dieser Bauvorhaben ist im Rohbau vollendet. Der freien Initiative wurde trotz des allgemeinen Bauverbotes ein weiterer Spielraum gelassen.

* Wegen des schlechten Zustandes des Originals erfolgte Abschrift.

Durch Unterstützung von über 1000 Selbsthilfemaßnahmen durch Materialzuweisungen seitens der Baugemeinschaft konnte ein großer Teil von Wohnungen vor dem Verfall gerettet werden.

Es entspricht nicht der katastrophalen Not unserer Zeit, mit bürokratischer Sturheit nur endgültige Baulösungen freizugeben. Vielmehr macht die Not im Hinblick auf die noch kommenden schlechten Wirtschaftsjahre vorerst z.T. Behelfslösungen unvermeidlich, wenn der Wohnungsbedarf gedeckt und das Geschäftsleben einigermaßen aufrecht erhalten werden soll. Daneben sollen und müssen im Hinblick auf die neue bauliche Stadtwerdung Aufbauvorhaben in endgültiger Form entstehen. Aber hier hat die wirtschaftliche und soziale Lage die Grenzen des Möglichen zu bestimmen.

Aus den Reihen der Bevölkerung wurde die freiwillige Mithilfe am Wiederaufbau an uns herangetragen. Mit sofortiger Unterstützung der Baugemeinschaft entstand als selbständige Organisation der "Freiwillige Aufbau-Dienst", in dem etwa 50 % freiwillige Helfer in ihrer Freizeit bereits ansehnliche Zusatzleistungen vollbrachten.

Anfang Dezember 1945 wurde ein Wiederaufbau-Ausschuß zur Unterstützung der Baugemeinschaft gegründet, dem u.a. auch die Beurteilung der Baugesuche nach wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gesichtspunkten obliegt, was jetzt ja auch von Regierungsseite allgemein vorgeschlagen wird.

Von Seiten der Stadtverwaltung wurde der Baugemeinschaft in der Erkenntnis, daß nach bisherigen bürokratischen Methoden die Not nicht zu bannen ist, volle Unterstützung gewährt. Wir werden demnächst über die praktischen Erfolge unserer Arbeit einen genauen Rechenschaftsbericht vorlegen können. Dieser Bericht wird deutlich vor Augen führen, daß es im wesentlichen der Gründung und der Tätigkeit der Baugemeinschaft für den Wiederaufbau als vorübergehender Notgemeinschaft zu verdanken ist, wenn Gießen heute hinsichtlich des Wiederaufbaues mit an erster Stelle in Groß-Hessen steht.

H. Dirksmüller, Freier Architekt
und Leiter der Baugemeinschaft

Wie diese Trümmerbeseitigung vor sich ging, konnten wir im Interview mit Gießern erfahren, die damals halfen. Besondere Probleme waren z.B., daß der Schutt nicht einfach abtransportiert werden konnte, sondern daß die Backsteine ausgebuddelt, aussortiert, gesäubert und aufgeschichtet werden mußten, weil sie ja wiederverwendet werden sollten. Erinnern konnten sich die Helfer auch noch daran, daß die verbogenen leichten T-Träger und das Gestänge (welches der statischen Sicherung des Hauses diene) einem ständig im Weg war und daher gleich am Anfang mühsam weggeschafft werden mußte. Probleme bereiteten auch die schweren

Doppel-T-Träger, die nicht abtransportiert werden konnten, weil nicht genügend Transportmittel zur Verfügung standen, bzw. diese von der Besatzungsmacht requiriert worden waren. Bei manchen Räumungsaktionen mußte auch bedacht werden, daß Trümmerreste auf die Arbeitenden herunterfallen konnten.

Deshalb wurden einige Ruinen vor der Aufräumarbeit zum Einsturz gebracht. Manche Jungen, die bei dieser Arbeit zusahen, wollten dann solche Aktionen nachahmen und brachten sich selbst in eine oft lebensbedrohende Situation. Mancher unliebsame Zeitgenosse wollte weniger bei der Trümmerbeseitigung helfen als vielmehr "Fundstätten" für Kupferkabel, Bleirohre, etc. auskundschaften, die sich dann günstig bei den Schrottverwertungsfirmen versetzen ließen (z.B. Firma Schmitt, Rodheimer Straße). Deshalb wurden an Ruinengrundstücken, wo besonders reichhaltig solches Material zu finden war, zeitweise Posten aufgestellt.

Alles, was irgendwie noch zu verwerten war, wurde von diesem Wiederaufbaudienst gesammelt und wiederverwendbar gemacht, so z.B. der von den Steinen abgeklopfte Mörtel als Zusatzstoff für Zement genutzt, die aus Balken und Brettern entfernten Nägel gerade geklopft und Holzbalken, Fensterrahmen usw. für andere Gelegenheiten verwendet, wenn sie nicht schon vorher von der Bevölkerung als Brennmaterial entwendet waren.

In der theoretischen Diskussion machte man sich schon sehr früh Gedanken zum "wirtschaftlichen Anwendungsbereich der Trümmerbaustoffe". Ein Bauingenieur Wolfgang Triebel kommt 1948 in der Baurundschau zu folgendem Ergebnis: "Es bedeutet deshalb nicht, dieser etwaigen Weiterentwicklung des Hohlblockes vorzugreifen, wenn abschließend festgestellt wird, daß innerhalb der Wandbauarten aus Trümmerbaustoffen, insbesondere aus Ziegelsplittbeton, der Hohlblock nach allen drei Maßstäben (Kohlebedarf, Arbeitsaufwand und -kosten) die günstigste Bauart ist."⁸

Der von der Stadt initiierte und geleitete Wiederaufbau begann eigentlich erst mit dem Wiederaufstehen des politischen Lebens. Das aber setzte Wahlen voraus, und diese Parteigründungen. Das bedeutete, daß erst ab 1946 mit wirksamen öffentlichen Wiederaufbaumaßnahmen zu rechnen war. Private Baumaßnahmen geschahen aber schon 1945/46 und liefen unter der Rubrik "Schwarzbauten". Es ist schon erstaunlich, woher private Bauherren in der Schillerstraße, Südanlage und sogar im Stadtkern die Baustoffe, vor allem den Zement, herbekamen, mit denen sie dann - zum Teil ohne sich überhaupt um die Baubehörde zu kümmern - Wiederaufbau betrieben.

Das veranlaßte das Land Hessen, ein allgemeines Bauverbot am 14. Juni 1946 zu erlassen. Ausgenommen waren lediglich die Bauten, die im Rahmen des hessischen Notbauprogramms

8 Wolfgang Triebel, Der wirtschaftliche Anwendungsbereich der Trümmerbaustoffe, Baurundschau Jg. 38, Hamburg 1948, Nr. 7/8, S. 168.

errichtet werden sollten. Die von diesem Programm betroffenen Personen waren total Ausgebombte, Evakuierte, dringend wohnungssuchende kinderreiche Familien, politisch, rassisch und religiös Verfolgte sowie Schwerbeschädigte. Seit April 1946 waren durch die Hauptabteilung Wiederaufbau des Innenministeriums in Wiesbaden alle "aus der laufenden Produktion anfallenden Baustoffe ... beschlagnahmt und über die Bezirks- und Kreisstellen für Bauwirtschaft an freigegebene Bauvorhaben vergeben worden."⁹ Das aber bedeutete in der Praxis, daß private Bauträger von der Stadt und vom Staat kein Material zu erwarten hatten, wie überhaupt in dieser Zeit die Einzelinitiative und Improvisationskunst gefragt war und von den deutschen Behörden wenig erwartet wurde. Im Februar 1946 waren in hessischen Städten demokratische Bauausschüsse gegründet worden, in denen der OB, der Stadtbaurat, Vertreter der politischen Parteien, Sachverständige, Vertreter der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Architekten, Vertreter der Bauwirtschaft und Gewerkschaften saßen. Dieses so vielfältig zusammengesetzte Gremium hatte dann vor allem die Mängelverwaltung zu betreiben. Der Wiederaufbau kam daher in den Jahren 1945 bis 1948 nur recht langsam in Gang. Diese Tatsache aber hatte ungeahnte politische Folgen. In Gießen war aus den ersten Kommunalwahlen im Mai 1946 die SPD mit 14 von 24 Sitzen als absolut stärkste Partei hervorgegangen. Sie stellte bis 1948 in Albin Mann den Gießener OB, konnte aber ihre starke Stellung bei der zweiten Kommunalwahl nicht mehr halten, weil man ihr den nur zögernden Wiederaufbau zur Last legte. Daß der Wiederaufbau in dieser Zeit vor allem an der Bewirtschaftung der Baustoffproduktion scheitern mußte, wird z.B. an folgenden Zahlen klar: "Die Stadt Gießen hat für den Monat August 1947 31.000 Backsteine (ein einstöckiges kleines Typenhaus erfordert 38.000 Backsteine) und 64 t Zement (für eine Decke sind allein 30 t nötig) zur Verfügung."¹⁰

Man sieht: Obwohl die Stadtverwaltung dem Schwarzhandel in Baumaterial "durch restlose Erfassung der Baustoffherzeugung mit allen Mitteln entgegenarbeiten" sollte, konnte sie damit nicht eine einzige Tonne Zement mehr für ihre Bauvorhaben bekommen. Die Behörden in Gießen und Wiesbaden wirkten zudem noch gegeneinander, weil das Wirtschaftsministerium die Zuteilung von Baustoffen an Betriebsangehörige genehmigt hatte, "wenn dies der Aufrechterhaltung des Betriebes dient". So erhielten die Arbeiter in den Ziegeleien 500 Steine pro Woche als Deputat, die sie dann selbst verbauen oder an Baugenossenschaften aus Belegschaftsmitgliedern veräußern konnten. Diese Baugenossenschaften waren im Grunde große Schieberbetriebe. Ein Betrieb in der Nähe von Gießen, in dem 67 Arbeiter beschäftigt waren, konnte auf diese Weise pro Woche die gesamte Monatsrate der Stadt Gießen (33.000 Steine) auf dem Schwarzen Markt verschieben.

Alle Behördenweisheit konnte also nichts gegen den Schwarzen Markt ausrichten. Da half es auch nichts, daß der hessische Minister Binder einen "ständigen Aufbaurat" zusammenrief, "der

9 Gießener Freie Presse 19.08.1947

10 Gießener Freie Presse 19.08.1947

die besten Fachleute aus allen am Bauwesen interessierten Kreisen Großhessens umfassen sollte."¹¹ Da in allen öffentlichen Baugremien auch wirtschaftlich und politisch gebundene Persönlichkeiten saßen, war gar nicht anzunehmen, daß die wenigen öffentlichen Bauaufträge nach ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten vergeben werden würden. Schon bevor die erste Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war, also noch vor Mai 1946, hatte man sich in der Stadtverwaltung und im sogenannten Bürgerausschuß, einem bloß beratenden Organ aus Vertretern der zugelassenen politischen Parteien, Gedanken über einen Bebauungsplan gemacht. Aus der Gießener Freien Presse (GFP) vom 1.2.1946 konnten wir entnehmen, daß vor allem zwei Modelle vorgestellt wurden. Die beiden vortragenden Architekten, Herr Gruber und Herr Dirksmöller, unterschieden sich in folgendem: Prof. Gruber sieht aus verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und historischen Gesichtspunkten heraus die Führung des Seltersweges über den vergrößerten Marktplatz durch die Walltorstraße bis zur Marburger Straße als Geschäftsstraße vor. Dabei soll das architektonische Kleinod der Stadt Gießen, der Gebäudekomplex Altes Schloß, Neues Schloß, Zeughauskaserne, Botanischer Garten über die Sonnenstraße mit einem **Durchbruch** durch den Botanischen Garten erschlossen werden.

Architekt Dirksmöller schlug dagegen eine Führung des Seltersweges mit einem neuen Durchbruch vom Kreuzplatz über die Wagengasse, Schulstraße zum Brandplatz mit der Weiterführung über die Landgrafenstraße zur Ostanlage vor.

Diese Vorschläge konnten aber zunächst zu keiner Entscheidung führen. Man mußte warten, bis die neugewählte Stadtverordnetenversammlung entschieden hatte. Grundlinien der späteren Bebauung werden aber schon erkennbar: Man plante im wesentlichen nach verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dabei bevorzugten manche zunächst die traditionelle Fluchtlinienführung, ohne aber die Stadt nach historischen Gesetzen wiederaufbauen zu wollen.

Schon auf ihrer zweiten Sitzung am 26. Juli 1946 (parlamentarische Sommerpause gab es damals noch nicht) beriet das Gießener Stadtparlament bereits über einen neuen Bebauungsplan. OB Mann erklärte dabei, die Planungen in Gießen seien weiter fortgeschritten als in anderen hessischen Städten. Man zeichne gerade einen neuen Plan über den alten "und nach der Neuplanung durch die vorgesetzten Dienststellen und der hoffentlich zwischenzeitlich erfolgten Verabschiedung des Gesetzes über die Umlegung, werde man an die äußerst schwierige Frage des Umlegungsverfahrens in zertrümmerten Stadtzentren gehen können."¹²

Diese Auffassung war aber viel zu optimistisch. Erst ab 1948 sollte ein Baulandumlegungsverfahren möglich sein. Natürlich wollte jeder so schnell wie möglich die Trümmerlandschaft beseitigt sehen. Es gab aber auch Menschen, die Furcht vor den neuen Bauplänen hatten, so vor allem die Besitzer von Ruinengrundstücken. Es mußten also öffentliche und private Interessen

11 Gießener Freie Presse 15.02.1946

12 Sitzungsprotokoll vom 26.07.1946

austariert werden. Daß es dabei keine so lautstarken Auseinandersetzungen wie heute gab, ist darauf zurückzuführen, daß eine kritische Öffentlichkeit damals nicht existiert hat, ja gar nicht existieren konnte, denn jeder betrachtete nur seine eigenen Probleme.

Stadtbaudirektor Gravert beschreibt die Stadtplanungssituation wie folgt: "Schon im Jahre 1946 hatten verschiedene Fachleute zu planen begonnen, aber Lösungen, die die Struktur und den Organismus Gießens nicht kannten, mußten fehlschlagen. Man träumte von neuen Gebilden der Stadtform und verlor dabei den Boden unter den Füßen. Wettbewerbe sollten dabei die Lösung für den gesamten Wiederaufbau bringen, aber wie bald kam die Ernüchterung, als man feststellen mußte, wie teuer Illusionen sind und wie wenig im Grunde genommen eine Generation, genauer eine einzelne Generation zu leisten vermag. Man vergaß, daß eine Stadt ebenso eine lebende Entwicklung darstellte wie ein Baum.

Deshalb konnte nur aus gründlicher Kenntnis des Stadtorganismus ein neuer Plan entstehen, der andererseits auch vieles offen halten mußte, weil wir die Zukunft nicht kannten und das Leben stärker war als unser Können."

Bis der Plan des Stadtbaudirektors Gravert verwirklicht werden konnte (November 1949 erlangte er Rechtskraft), gab es noch heiße Diskussionen in der Presse. Zugleich mit den schon genannten Experten Gruber und Dirksmöller legte auch Gravert, der auch Leiter des Stadtbauamtes vor 1945 gewesen war, ein Projekt vor, das aber nicht veröffentlicht wurde. Gravert mußte in dieser Zeit aus politischen Gründen noch Zurückhaltung üben. Weitere Pläne folgten im Laufe des Jahres 1946, so die Pläne von Prof. Grund und Prof. Schweizer (Frühjahr 1947). Dazu kam ein anderer Entwurf des Stadtbaudirektors Hardt. Gutachter waren aufgeboten worden, aber obwohl die Angelegenheit eilte, war von den Gutachtern kein Urteil zu erwarten. Nach weiteren Vorschlägen machte der Stadtverordnete Architekt Nicolaus Bebauungsvorschläge in seiner Eigenschaft als Bauausschußmitglied. Die Interessen des Haus- und Grundbesitzervereins vertrat er als Vorsitzender noch nebenbei mit in der Öffentlichkeit. "Bei seinem Vortrag zeigte er auch den Entwurf eines seiner Angestellten, des bereits am Anfang erwähnten Architekten Gravert, dessen Ideen interessanterweise mit den seinen eine starke Verwandtschaft zeigen, obwohl zwischen beiden vorher kein Gedankenaustausch stattgefunden haben soll."¹³

Nach der Kommunalwahl von 1948 wurde Architekt Nicolaus zum Beigeordneten gewählt und legte sämtliche Planungsunterlagen im Regierungspräsidium Darmstadt vor. Der Gutachter, Regierungsbaurat Gaßner, verfertigte im Juli 1948 sogar noch einen eigenen Entwurf der Regierung. Sämtliche Pläne wurden sodann ausgestellt. "In diese Ausstellung lud der Dezernent für das Bauwesen, Nicolaus in seiner Eigenschaft als freier Architekt eine Anzahl Gießener Architekten und nahm von diesen nach zweistündiger Beratung den Antrag entgegen, in seiner Eigenschaft als Dezernent und Mitglied des Bauausschusses diesem Ausschuß seine eigenen

Pläne, sowie die Entwürfe von Prof. Gruber und Architekt Gravert als Grundlage für einen endgültigen Bebauungsplan zu empfehlen. Daß dabei einige Fachkollegen, die durch Gedankenaustausch zu seinem Entwurf beigetragen haben, gleichfalls mitbestimmen, hingegen andere Gießener Planverfasser gar nicht geladen waren, sei nur am Rande vermerkt."¹⁴

Hier waren also private Interessen mit öffentlichen vermischt worden. Ein Privatarchitekt war Baudezernent geworden und trat selbst als Mitbewerber an der Planung auf. Eine wachsame Presse erreichte, daß ein paar Tage später dieser "Privatinteressenvertreter" seine beiden Pläne zurückzog. In der Diskussion kamen auch die ausgebombten Kaufleute mit ihrem Sprecher zu Wort, der die städtischen Stellen bat, die Planung schnellstens in die Tat umzusetzen, "um eine weitere Schädigung des Handels zu vermeiden, und Gießen wieder die Entwicklung zur Metropole von Oberhessen zu ermöglichen."¹⁵

OB Dr. Englert stimmte dem zu und betonte, "daß die Wirtschaft in kürzester Zeit in der Lage sein werde, ihre Initiative bei der Planverwirklichung unter Beweis zu stellen."¹⁶

Man sieht, die Geschäftswelt Gießens wollte ein entscheidendes Wort mitreden beim Wiederaufbau. Die mehr links stehende GFP kommentierte ironisch: "Dann können die in Gießen beschäftigten, aber noch auswärts wohnenden Mitbürger hier Wohnungen erhalten."

Weiter hieß es: "Die Hausbesitzer werden wieder Mieten einnehmen und die Gießener Geschäftsleute größeren Absatz erzielen können. Unsere Stadtkasse wird durch erhöhte Einkommenssteueranteile, mehr Umsatz- und Gewerbesteuer, verstärkte Einnahmen aus den Versorgungsbetrieben usw. profitieren. Vor allem aber ein psychologisches Aktivum! - werden die durch viele Jahre 'in der Fremde' lebenden Gießener endlich zurückkehren und ihr Einkommen hier verleben können." Im Gießener Forum, das alle diese Fragen diskutierte, meldete sich auch Architekt Dirksmüller zu Wort und faßte seinen Eindruck wie folgt zusammen: "Materielle Gesichtspunkte wie Verkehr und Wirtschaft sind offenbar allein für den Wiederaufbau maßgebend, während geistig-künstlerische Momente mit keinem Wort erwähnt werden."¹⁷ Alle waren sich nur über eines im Klaren: Die Entscheidung, eine ausgebombte Stadt wieder aufzubauen, war so folgenswer, daß noch spätere Generationen davon betroffen wären.

Zwei entgegengesetzte Vorstellungen gab es für den Wiederaufbau zerbombter Städte:

1. Man baut nach dem alten Stadtplan mit geringfügigen Abweichungen. Diese sollen nur dort vorgenommen werden, wo auch vorher unmögliche Verkehrsverhältnisse geherrscht haben. Je nach Ansicht wurde das traditionell oder rückschrittlich genannt.

14 Gießener Freie Presse 28.09.1948

15 Gießener Freie Presse 30.09.1948

16 Gießener Freie Presse 30.09.1948

17 Gießener Freie Presse 16.10.1948 Architekt Dirksmüllers alternative Vorstellungen von 1946, zu denen wir uns ausdrücklich bekennen, werden im Anschluß an diese Veröffentlichung erneut publiziert.

2. Man bezieht das, was an Bausubstanz da ist, in eine neue Planung mit ein, die aber mit alter Straßenführung aufräumt. Manche nennen das radikal, andere modern.

Aufbau nach Plan - Warum der Plan Gravert angenommen wurde!

Der Plan Gravert beruht auf der Vorstellung, die Stadt nach dem alten Stadtplan wieder aufzubauen, es wurde also traditionell verfahren.

Nach langer Diskussion in der Presse, in der Öffentlichkeit und in den städtischen Gremien wurde schließlich im Herbst 1948 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Plan des Architekten Gravert in seinen Grundzügen anzunehmen. Allerdings mußten einige Details überarbeitet werden, damit dieser modifizierte Plan so schnell wie möglich verwirklicht werden konnte.

Für diesen Entschluß der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Überlegungen insbesondere bestimmend gewesen:

1. Nachdem Gießen zerstört worden war, waren die sechs Pfeiler des wirtschaftlichen Lebens, Garnison, Handel, Universität und verschiedene Verwaltungen von Reich und Land, vor allem aber Industrie und Gewerbe stark angeschlagen. Der Handel war nun zum wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Lebens geworden, sollte also wieder aktiviert und gefördert werden. Voraussetzung war, daß die Innenstadt, also das natürliche Zentrum des Handels, so rasch wie möglich wieder funktionsfähig gemacht, d.h. wiederaufgebaut werden konnte, um der wirtschaftlichen Konkurrenz der beiden weniger zerstörten Nachbarstädte Marburg und Wetzlar entgegenwirken zu können. Gegenüber Marburg war Gießen schon ins Hintertreffen geraten, weil es 1946 seine Volluniversität eingebüßt, Marburg diese aber behalten hatte.

"Nachbarstädte sind immer und selbst dann noch Rivalen, wenn sie auf Grund ihrer historischen Entwicklung und ihrer geographischen Lage verschiedene STRUKTUREN aufweisen und bis dahin andere Aufgaben zu erfüllen hatten. Die Geschichte lehrt, daß die Funktion einer zerstörten Stadt sehr oft von einer Nachbarstadt übernommen und von ihr nicht wieder abgegeben wurde."¹⁸

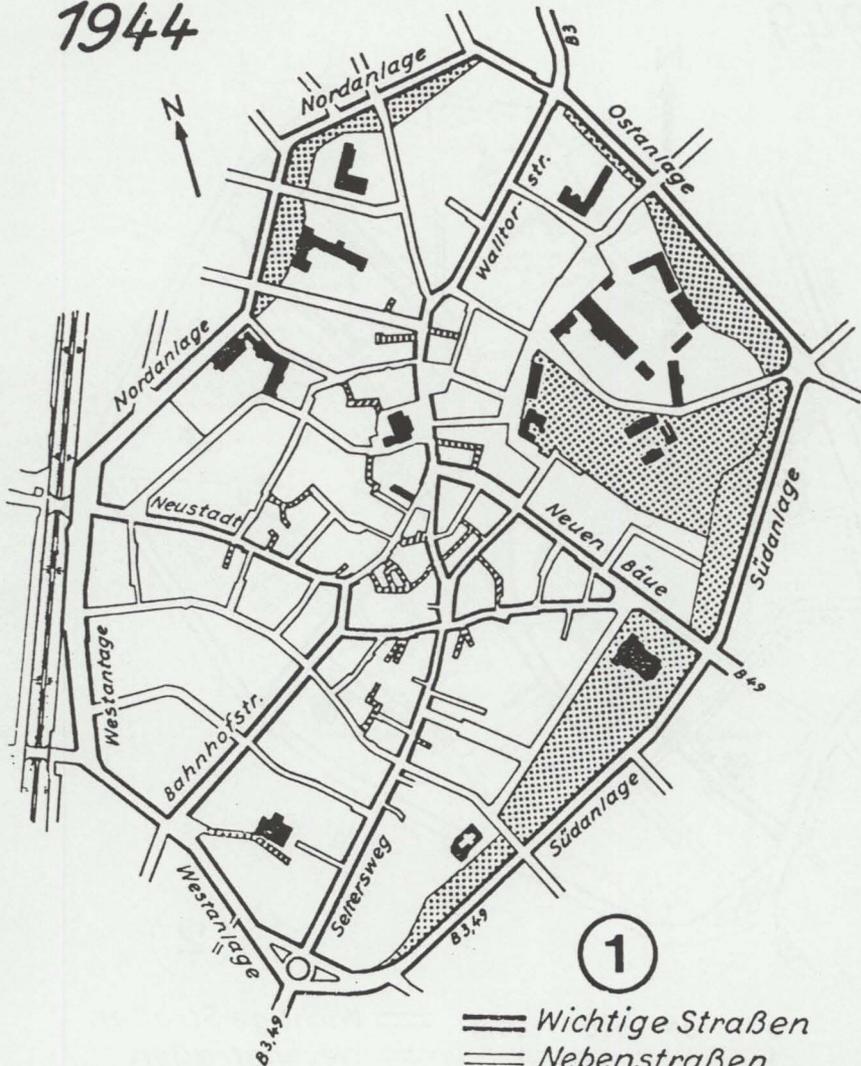
2. Durch den verlorenen Krieg wurden nicht nur die Einwohner, sondern auch die Städte und Gemeinden bettelarm. Infolge der Währungsreform wurde die Menge des vorhandenen Geldes noch geringer. Auch finanzielle Hilfe von außen konnte man nicht erwarten. So mußten die Pläne, sollten sie tatsächlich realisierbar sein, den finanziellen Umständen angepaßt werden.

¹⁸ Heinrich Schmidt, "Gießener Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum", MOHG 1962, S.99.

Giessen - Innenstadt

Alte Straßenführung

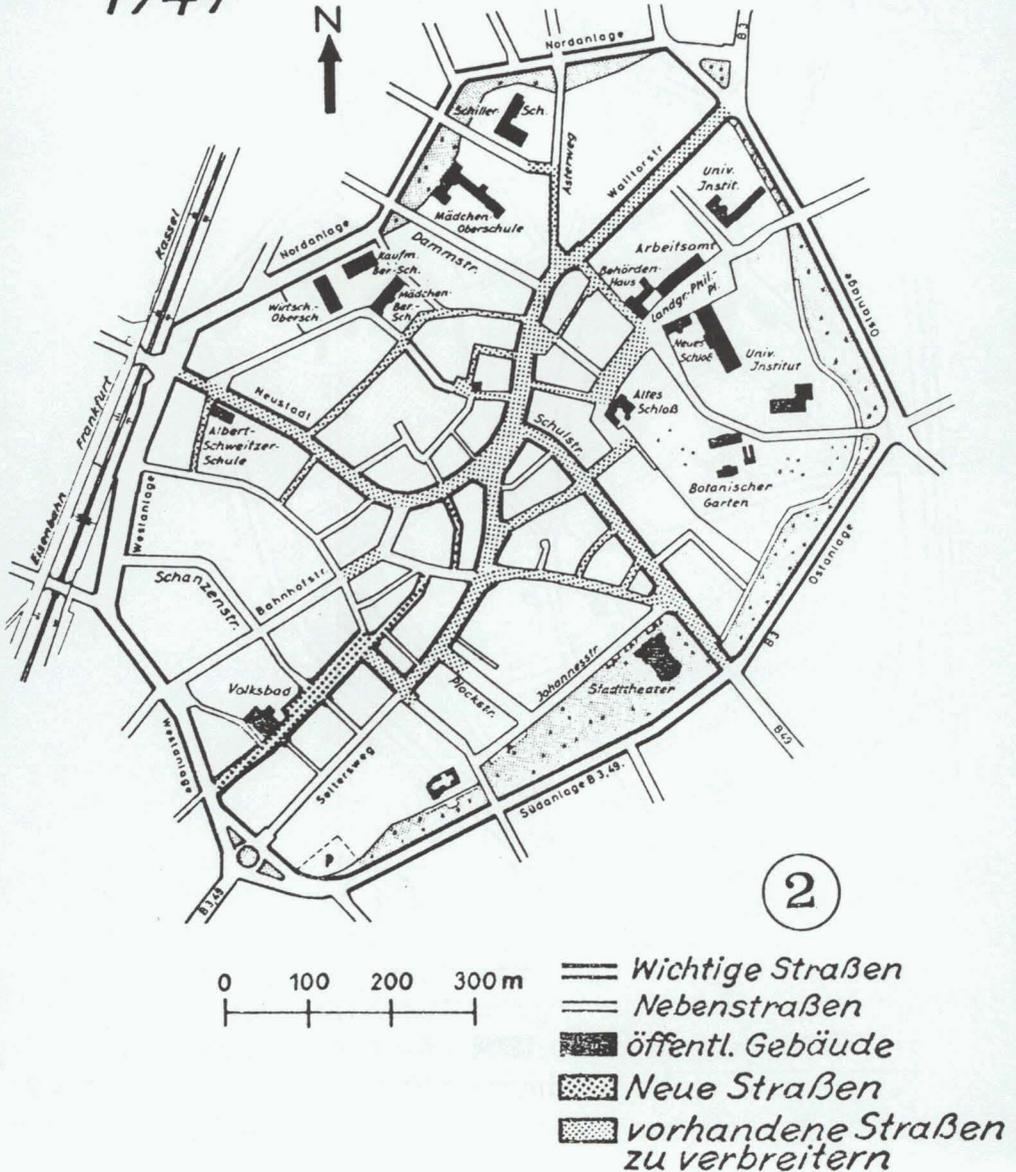
1944



①

-  Wichtige Straßen
-  Nebenstraßen
-  öffentl. Gebäude
-  Mit Beschluß vom 5.5.1949 aufgehobene Wegefächern

Giessen-Innenstadt Gepl. Straßenführung 1949



Der Vergleich der beiden Karten (Karte 1 und 2) zeigt deutlich, daß sich die Straßenführung Gießens nicht sonderlich verändert hat, abgesehen vom Wegfall einiger Wege und Gassen. Die einzige Änderung, die vorgenommen wurde, war die Verbreiterung der Hauptverkehrsstraßen.

3. Das vielfach 5 m tief gelegene Kanalnetz blieb zum größten Teil unzerstört. Es blieben zwei Möglichkeiten: Entweder man behielt das alte Kanalnetz bei, wodurch eine Veränderung der Straßenführung nicht möglich war, oder man baute ein neues Kanalsystem, wobei die Straßenführung verändert werden konnte, allerdings würden dabei die Kosten ungeheuer in die Höhe schnellen. Der Plan Gravert entsprach den Vorstellungen der Stadtverordnetenversammlung in diesem Punkt, da er vorsah, die traditionelle Straßenführung samt Kanalnetz beizubehalten.¹⁹

"Die vorhandenen Straßen waren deshalb, entsprechend den zu erwartenden Bedürfnissen, zu verbreitern, zu begradigen und in ihrem Höhenverlauf auszugleichen."²⁰

4. Auch mußte man den Interessen und ausdrücklichen Forderungen der bisherigen Grundstückseigentümer entgegenkommen, die an der alten Stelle wieder aufbauen wollten. Niemand war in der Zeit nach der Währungsreform bereit, sein Grundstück an Wohnungsbau-Gesellschaften oder an die Stadt zu verkaufen. Jeder wollte an gewohnter Stelle seine Geschäfte tätigen und vor allem wohnen. Diesen Forderungen kam ebenfalls der Plan Gravert nach Meinung vieler Stadtverordneter entgegen.
5. Ein gewisser Nachteil war die fehlende Erfahrung über den Wiederaufbau zerstörter Städte. Aber auch anderen Städten ging es nicht besser. Die vorhandenen Baumaterialien durften in der ersten Zeit nur für dringende Reparaturen beschädigter Wohnungen, nicht aber für den Wiederaufbau oder Neubau ganzer Straßenzüge verwendet werden.
6. Da Gießen eine Mittelstadt war und aufgrund seiner geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse es auch bleiben konnte, waren die Pläne sämtlicher Architekten nur für eine Mittel- und keine Großstadt ausgelegt.

Diese sechs Gründe waren ausschlaggebend dafür, daß kein anderer Plan als eben der Plan Gravert angenommen wurde.

Im Winter 1948/49 wurden dann die ersten Spezialpläne, insbesondere der Fluchtlinienplan erstellt. Die Einzelheiten der Straßenführung wurden in der Stadtverordnetenversammlung am 5.5.1949 beschlossen.

¹⁹ H. Schmidt in: MOHG 46, a.a.O., Seite 99. Die Karten stammen von Autor H. Schmidt.

²⁰ MOHG 46, a.a.O., Seite 99

Von 600 Grundstückeigentümern, die von den geplanten Veränderungen betroffen waren, wurden nur 10 Einsprüche eingereicht, die sich allerdings nicht gegen die Konzeption des Plans richteten, sondern eher die noch festzusetzenden Entschädigungen des für die Straßenverbreiterungen abzugebenden Grundes und Bodens und der noch abzubrechenden Gebäude und Ruinen betrafen.

"Da aber die Lösung dieser Frage nicht in das Planfeststellungsverfahren, sondern in das anschließende Verfahren zur Bodenordnung gehört, konnten die wenigen eingegangenen Einsprüche von der Stadtverordnetenversammlung als unbegründet zurückgewiesen werden."²¹ Es erscheint uns nun als notwendig, nicht nur die Entstehung, sondern auch den wesentlichen Inhalt dieses Planes zusammengefaßt darzustellen. Mit Hilfe eines Interviews, welches wir am 3.12.1984 mit Vermessungsrat Heinrich Schmidt führten, gelang es uns, den Gravertschen Plan in zehn Punkte zu unterteilen.

1. Von den Veränderungen betroffen war vor allem die Innenstadt, wo insbesondere im Bereich Mäusburg, Marktplatz, Walltorstraße und Neuen Bäue - Neustadt die Straßenbreite auf 16,50 m und eine 4-geschossige Bebauung festgelegt wurde.
2. Nebenstraßen (z.B. Sonnenstraße, Neuenweg, Kaplansgasse) sollten auf 12,50 m verbreitert werden. Wegen der geringen Breite wurde 3-geschossige Bebauung vorgeschrieben.
3. Die Breite bei Straßen von untergeordneter Bedeutung und reinen Versorgungsstraßen wurde auf 8 - 10 m festgesetzt, die zulässige Bebauung auf zwei Geschosse begrenzt.
4. Fast alle Gebäude des oberen Seltersweges mit Ausnahme derjenigen an der Einfahrt (heute: Schuhhaus Darré und Karstadt) waren noch erhalten geblieben. Der Seltersweg konnte dort nicht verbreitert werden. Daher war eine Durchbruchstraße parallel zum Seltersweg verlaufend vorgesehen. Diese Straße sollte 16 - 23 m breit sein, die Geschäfte des Seltersweges von der Rückseite beliefern und für einen großen Teil des ruhenden Verkehrs der Innenstadt dienen (s. Abb.1).
5. Um neue Straßen und Plätze anzulegen und existierende zu vergrößern, mußten etwa 24.000 qm, die bisher bebaut waren, aus Privateigentum entnommen werden. Diese Fläche entsprach etwa 100 mittleren Grundstücken am Marktplatz.
6. Etliche Gassen der Innenstadt erschienen zu winklig und eng und sollten deshalb aufgehoben werden. **Dazu gehörten die Gassen mit noch erhaltenen, aber renovierungsbedürftigen alten Häusern, z.T. aus dem 18. Jahrhundert.** Betroffen waren die Dreihäusergasse, Zozelgasse, Hundsgasse, Kaplansgasse und Kornblumengasse. Zahlreiche sog. "Einfahrten"

21 MOHG 46, a.a.O., Seite 100

wurden ebenfalls beseitigt, um die übrigen Straßen verbreitern zu können. Von der Aufhebung waren 2.000 qm betroffen, die nicht in den obigen 24.000 qm enthalten sind.²²



Abb.1. Dieses Foto zeigt die Durchbruchstraße, die parallel zum Seltersweg verläuft. Rechts befindet sich das neue City-Center mit einer Fülle kleiner Geschäfte. Am Ende der Durchbruchstraße befindet sich Karstadt (graues Gebäude).

7. Für den gesamten Bereich der Innenstadt galt die geschlossene Bauweise, d.h. Gebäude an Gebäude. Ausnahme: Der Anlagenring.
8. Mindestgrößen der Grundstücke: 120 qm. Mindestbreite: 8 m.
9. Maßnahmen zur Altstadtsanierung, die vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen wurden, sollten weitergeführt werden.
10. Die Innenstadt sollte von jeglichem Durchgangsverkehr entlastet und daher die Straßenzüge im Anlagenring verbreitert werden. Schon in den 30er Jahren waren Süd- und Westanlage verbreitert worden, das sollte jetzt fortgesetzt werden. Auch für diese Verbreiterung wurden große Flächen gebraucht, sie sind ebenfalls nicht in den schon erwähnten 24.000 qm enthalten. Die Breite des zu erweiternden Anlagenringes war nicht festgelegt worden, denn der Wiederaufbau sollte absoluten Vorrang haben.

²² MOHG 46, a.a.O. Seite 101.



Abb.2. Ein Stück Alt-Gießen, das die Bombennacht überstand: Die Sandgasse in der Nähe der Stadtkirche. (Aus Kühnemann)

Beide Bilder zeigen sogenannte "Einfahrten", die später in einem Sanierungsverfahren samt erhaltener Häuser beseitigt wurden, um größeren Bauvorhaben Platz zu machen.

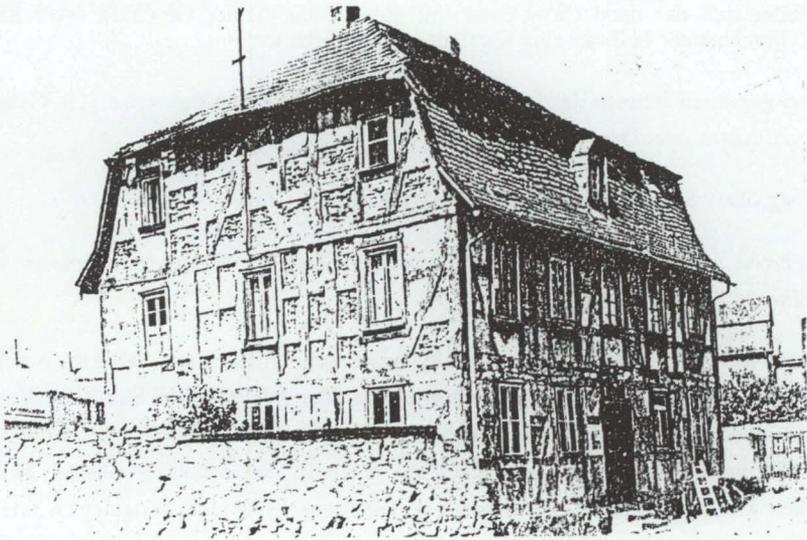


Abb.3. Auch das ehemalige "Städtische Hospital" im Pfarrgarten, das um 1700 erbaut worden war, überstand den Krieg. 1960 fiel es der Spitzhacke zum Opfer. (Aus Kühnemann)



Abb.4. Die Karte zeigt Gießens Innenstadt mit der Straßenführung, wie sie sich heute noch präsentiert. Die markierten Kästchen sind die sogenannten öffentlichen Bauten.



Abb.5. Auch das oben abgebildete Behördenhochhaus und der dahinter liegende Gebäudekomplex, in dem sich auch das Gießener Polizeipräsidium befand, sind öffentliche Bauten.

Gießen lag nun mit der Festlegung des Fluchtlinienplanes nach Schmidts Meinung in der Mitte zweier Extrema, nämlich:

- a) Die alte Struktur Gießens mit allen Straßen und Gassen wird wieder hergestellt;
- b) Ein vollkommen neues Straßennetz wird angelegt, Gießens ehemalige Struktur wird verändert.²³

Diese Lösung b) mußte ausscheiden, weil eine solche Neustrukturierung der Stadt sich allein wegen der Auseinandersetzung mit den privaten Eigentümern zu lange hingezogen hätte. Außerdem standen ja auch noch Teile von Straßenzügen (z.B. oberer Seltersweg). Möglichkeit a) schied für die damaligen Vorstellungen deshalb aus, weil 1. der Verkehr nur schwer durchzuleiten gewesen wäre, 2. die historisch getreue Restaurierung zu schwierig und zu teuer erschien und der Mut dazu fehlte. 3. Planungsvorgaben von vor dem 2. Weltkrieg bei den nun wieder eingestellten Beamten des Bauamtes und der Planungsbehörden eine Rolle spielten, 4. man etwas neues "Modernes" an die Stelle alter teilzerstörter oder ganz zerstörter Häuser setzen wollte (Innovationseuphorie).

Das weitaus größte Problem für den Wiederaufbau war aber nicht die Erstellung eines neuen Fluchtlinien- und Bebauungsplans sondern dessen Realisierung. Neue Fluchtlinien und ein neuer wirtschaftlicher Wiederaufbau setzten eine Neuregelung der Privateigentumsverhältnisse voraus. Es mußten neue Gesetze verabschiedet werden, die die notwendige Verbreiterung von Straßen und einen rentablen Aufbau rechtlich möglich machten. Diese Problematik, besonders in rechtlicher Hinsicht, hatten die meisten Landesregierungen bald erkannt. So erließen die Länder sog. Aufbaugesetze, wie auch das hessische Aufbaugesetz vom 25.10.1948, welches jetzt auch in Gießen den Wiederaufbau rechtlich möglich machte.

So konnte nun das für den Ausbau der Straßen notwendige Gelände in das Eigentum der Stadt übergehen und die übrigen Grundstücke - nach dem sog. Baulandumlegungsverfahren - geordnet und in "baureife Grundstücke im Sinne des hess. Aufbaugesetzes" umgeformt werden.

Am 5.5.1949 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung den neuen Fluchtlinienplan und die Einführung eines Baulandumlegungsverfahrens für die zerstörten Teile der Innenstadt.

Das Baulandumlegungsverfahren ist ein "gesetzlich geregeltes Grundstücksaustauschverfahren". Dabei können unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen alle Grundstücke eines Gebietes zwangsweise eingezogen werden und würden so zu einer zusammenhängenden Fläche vereinigt. Von dieser Fläche werden die neuen Straßen und öffentlichen Flächen ausgeschnitten und der

23 MOHG 46, a.a.O. S.102.

Gemeinde übereignet. Der Rest wird in ein gleiches Verhältnis zu den alten Grundstücken, natürlich verkleinerte bebauungsfähige Grundstücke, umgelegt und an die seitherigen Besitzer verteilt.

Das hess. Aufbaugesetz fordert im einzelnen für die Baulandumlegung, daß die "neu zu bildenden Grundstücke ... nach Größe und Zuschnitt bebauungsfähig, d.h. wirtschaftlich zugeschnitten sein müssen ...

Nicht bebauungsfähige Grundstücke dürfen nicht gebildet werden."²⁴ Auch sollten zersplitterte Grundstücke eines Eigentümers nach Möglichkeit zusammengefügt werden.

Für die Stadt Gießen selbst beschloß die Stadtverordnetenversammlung die kostenlose Landabgabe in der Innenstadt allgemein auf 9,4 % festzulegen.²⁵ Wurde dieser Satz in Einzelfällen überschritten, so wurde den Eigentümern die Differenzfläche entsprechend vergütet. Für den Fall, daß der Satz nicht erreicht wurde, hatte der Eigentümer Ausgleichszahlungen an die Stadt zu leisten.

Grundstücke, die kleiner waren als 120 qm, wurden als nicht bebauungsfähig erachtet. Diese Grundstücke wurden den Eigentümern mit Geld abgefunden. Wollte ein Eigentümer dennoch bauen, mußte er zusätzliches Gelände erwerben. In diesem Zusammenhang war es wichtig zu entscheiden, wer von den Besitzern der Kleingrundstücke auszuschneiden hatte, und in welcher Form und Höhe die Entschädigung sein sollte. Man mußte herausfinden, wer von den Kleingrundstücks-Besitzern vermutlich nicht mehr aufbauen konnte, sei es wegen des hohen Alters der Besitzer oder weil die Nachkommen ein Geschäft nicht weiterführen wollten oder gar weil die Besitzer zu hoch verschuldet waren. Hatte man solche Leute ausfindig gemacht, versuchte man sie zu überzeugen, ihr Grundstück an die Stadt oder bauwillige Nachbarn weiterzuverkaufen. Oder man bot ihnen an, ihr Grundstück gegen ein am Stadtrand gelegenes zu tauschen.

Dies alles geschah, um die Zahl der kleinen, schlecht bebaubaren Grundstücke zu reduzieren. So gelang es auch wirklich, die Hälfte aller Grundstücke der Innenstadt für die Stadt zu erwerben.

Des weiteren wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 5.5.1949 beschlossen, daß das Umlegungsverfahren in Teilabschnitte aktiviert werden könnte. So mußte man nicht warten, bis sich im gesamten Abschnitt der Innenstadt sämtliche 600 Besitzer entschieden hatten, ob und wie sie wieder aufbauen wollten und vor allen Dingen, wie die finanziellen Angelegenheiten geregelt waren. Es war einfacher, in kleinen Einheiten von 20 - 40 Eigentümern die Umlegung durchzuführen. So konnte, falls die finanziellen Mittel vorhanden waren, schneller mit dem Bauen angefangen werden.

24 MOHG 46, a.a.O., S. 104.

25 MOHG 46, a.a.O., S. 106.

Nun konnte man beginnen, die Altstadt in gut bebaubare und große Grundstücke zu gliedern, wobei die vorgeschriebene Mindestgröße von 120 qm sogar zur Ausnahme geworden ist.

Ob die nachschauende kritische Betrachtung tatsächlich ergibt, "daß das Ergebnis der Baulandumlegung der Innenstadt nicht ein Diktat sondern immer nur ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Eigentümer nach Erhaltung und Verbesserung ihres Besitzes und den Forderungen der Allgemeinheit nach einer durchgreifenden Altstadtsanierung"²⁶ war, versuchten wir in einem Interview mit Betroffenen herauszubekommen. So erklärte uns z.B. der Inhaber des Modegeschäftes Bette, heute Mäusburg, früher Marktplatz, in aller Deutlichkeit, daß von einem Kompromiß überhaupt nicht die Rede hätte sein können. Bette kam 1948 aus der Kriegsgefangenschaft heim und erlebte die Diskussion um den Stadtentwicklungsplan noch in aller Ausführlichkeit. Die Geschäftsleute seien nicht einmal gefragt, geschweige denn von der Stadt Gießen zu einer Diskussion eingeladen worden. "Es wurde von oben herunter befohlen. Wir mußten, weil der Marktplatz verbreitert, das Denkmal beseitigt und die Geschäftsfront zurückverlegt wurde, in Verhandlungen mit Nachbarn versuchen, selbst mit den Problemen fertig zu werden. Herr Vermessungsrat Schmidt war einer der eifrigsten und entschiedensten Verfechter der städtischen Bauplanung und versuchte gegenüber Grundstückseigentümern die Ziele der Stadt durchzudrücken. Einige Geschäftsleute hätten ihm damals am liebsten die Pest an den Hals gewünscht."²⁷

Für Bette z.B. war die Baulandumlegung deshalb problematischer als z.B. bei dem bekannten Gießener Café Rühl am Marktplatz, weil er eine breitere Front zum Marktplatz hin hatte und deshalb mehr Land abgeben mußte, was er in Verhandlungen mit den Nachbarn zu kompensieren versuchte.

Bis zu welchem Grade ist die Planung von 1949 verwirklicht worden?

- "1. Die im Jahre 1949 beschlossene Führung und Breite der Straßen ist durchweg eingehalten worden; ...
2. Der Geländeerwerb ist für alle Straßen abgeschlossen, ausgenommen sind die Entlastungsstraßen zum oberen Seltersweg und einige kleinere Stücke in Nebenstraßen. In der geplanten Entlastungsstraße sind inzwischen wichtige Teilstücke schon städtisches Eigentum geworden.
3. Der Straßenbau hat diesen Stand nicht ganz erreicht. Dies ist verständlich, denn eine Straße kann erst dann ausgebaut werden, wenn das gesamte hierfür benötigte Gelände erworben ist. Außerdem ist es zweckmäßig, mit dem Ausbau so lange zu warten, bis die

26 MOHG 46, a.a.O., S. 109.

27 Interview vom 26.01.1985, telefonisch.

meisten Gebäude errichtet sind, damit die Straßen nicht dauernd aufgerissen werden müssen.

Die wichtigsten Straßen wie Walltorstraße, Seltersweg, Neustadt, Sonnenstraße, u.a. und Plätze wie Marktplatz und Kreuzplatz sind in ihren Fahrbahnen vollständig ausgebaut. Soweit stellenweise noch alte, erhalten gebliebene Gebäude oder Ruinen in die Bürgersteige hineinragen, beeinträchtigen sie den Fahrzeugverkehr überhaupt nicht, den Fußgängerverkehr nur unerheblich. Mit der Verbesserung dieser Stellen ist ebenfalls in absehbarer Zeit zu rechnen.

4. Wenn die Planung von 1949 bezüglich der Straßenführung weitgehend verwirklicht wurde, so ist in der baulichen Gestaltung stärker von der Planung abgewichen worden."²⁸

Der Wiederaufbau ab 1949 war in städtebaulicher Hinsicht unbefriedigend. Manche Bauherren errichteten Gebäude, die nicht die vorgeschriebene Höhe erreichten. Bis 1960 waren keine weiteren Aufstockungen erfolgt. Das Straßenbild wirkte oft unregelmäßig, da einige Bauherren sofort bis zur vorgeschriebenen Höhe bauten und damit hohe und niedrige Häuser nebeneinander standen. Zur Entschuldigung für das störend wirkende Aussehen mancher Straßen wäre zu sagen, daß oft die finanziellen Mittel fehlten, um die entsprechenden Gebäude fertigzustellen.

Ab 1952/53 wurde in Gießen eine sogenannte Wiederaufbau AG für die Innenstadt eingesetzt, damit das provisorische Bauen vermieden werden konnte. Diese Gesellschaft regelte alle finanziellen Schwierigkeiten und betreute fast den gesamten Wiederaufbau in der Innenstadt.

Die Wiederaufbau AG konnte allerdings nicht verhindern, daß manche Straßen Schluchten ähnelten, da die Häuser zu hoch gebaut wurden. Das Verhältnis Straßenbreite zu Gebäudehöhe stand in keiner Relation zueinander. Begründet wurde dies so: Die ständig steigenden Baupreise mußten abgefangen werden, damit eine Rendite erwirtschaftet werden konnte, um die im sozialen Wohnungsbau vorgeschriebenen Höchstmieten nicht zu überschreiten. So wurden manche Gebäude höher gebaut, als 1949 vorgesehen war.²⁹

Man erhoffte sich nun auch, daß durch die Verabschiedung des Fluchtlinienplanes theoretisch eine Verminderung der Wohndichte erreicht werden konnte. Die Praxis nach 1953 sah anders aus, da die bebauten Grundstücke über das zulässige Maß ausgenutzt wurden. Damit war die Zahl der Wohnungen über den errechneten Umfang angestiegen. Man muß dazu aber sagen, daß eine Wohnung in den alten Häusern der Innenstadt mit einer Neubauwohnung in diesem Stadtteil nicht verglichen werden kann. Die Zahl der Mietparteien ist heute größer als vor dem Krieg, da heute der Wohnraum besser genutzt wird und hier mehr Menschen leben können.³⁰

²⁸ MOHG 46, a.a.O., Seite 112/113.

²⁹ MOHG 46, a.a.O., S. 114.

³⁰ Ebd.

Die sich ändernde Baugestaltung soll auch erwähnt werden. Man kann das Alter eines Hauses gut an seiner baulichen Gestaltung erkennen. Charakteristisch dafür ist das Flachdach, welches an die Stelle des geneigten Daches tritt. Aber auch die Fassade änderte sich. Man sieht von großen Mauerflächen ab und versucht die Wand durch Gebrauch von Glasflächen und dünnen Pfeilern aufzulösen (Bsp.: Neue Bezirksparkasse Gießen).

Zur baulichen kamen auch erhebliche soziologische Veränderungen der Innenstadt. Sie sollen an dieser Stelle an besonders markanten Punkten kurz dargestellt werden:

"1. Der Abschnitt der Nord-Süd-Achse vom Marktplatz bis zum Selterstor ist eindeutig zur besten Geschäftslage der Innenstadt geworden."³¹

Zu den alteingesessenen Geschäften, die die Chance, die sich ihnen nach 1948 bot, genutzt und sich erheblich erweitert hatten, kamen noch große Kaufhäuser und Filialbetriebe hinzu. Große Bedenken sind jedoch gegenüber folgender Behauptung von Heinrich Schmidt angebracht: "Die geschäftliche Bedeutung des Teilstückes Marktplatz-Selterstor ist zudem durch jene Gießener Geschäftsleute verstärkt worden, die ihren Besitz in der Walltorstraße oder in Nebenstraßen veräußerten und sich aus wirtschaftlichen Überlegungen im Hauptgeschäftszug oder in dessen unmittelbarer Nähe niedergelassen haben."³²

Wir versuchten mit Hilfe älterer Literatur und Bildbänden über Gießen diese Behauptung zu verifizieren, konnten jedoch kein Beispiel einer solchen "freiwilligen Umsetzung" auffinden. Auch eine nachträgliche Befragung von Heinrich Schmidt³³ konnte keinen Aufschluß geben. Die meisten Gießener Geschäftsleute, die schon vor 1945 ihr Geschäft in der Mäusburg, am Kreuzplatz oder im Seltersweg gehabt hatten, verblieben auch dort. Dies betrifft insbesondere die Geschäfte Bette, Schwan, Horn, Imhäuser, Geisse, Winterhoff, Bach, Reinig, usw.

"2. Eine weitere bemerkenswerte Wandlung in der Innenstadt ist durch die allmähliche Änderung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur der letzten 15 Jahre verursacht worden. Die heutige Wirtschaftsstruktur ist - kurz gesagt - gekennzeichnet durch das besonders starke Wachsen der sogenannten tertiären Arbeitnehmergruppen."³⁴

"3. Die Behörden, die sich aus Platzmangel oder aus anderen Gründen bis 1948 nicht in der Innenstadt ansiedeln konnten, gründeten ihre Niederlassungen in deren unmittelbaren Nähe, wie z.B. am Berliner Platz oder eben am Anlagenring. Auch hierzu einige Beispiele: "Die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung am Berliner Platz, das Landratsamt, das

31 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.

32 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.

33 Telefoninterview vom 26.01.1985.

34 MOHG 46, a.a.O., Seite 115.

Arbeits- und Sozialgericht, die Mittelhessischen Wasserwerke, die Dresdner Bank AG und zahlreiche staatlichen Ämter, die auf Miete in einem Bürogebäude des Anlagenringes untergebracht sind wie das Straßenneubauamt, das Hessische Kulturamt u.a. Hinzu kommt das z.Zt. im Bau befindliche Bürgerhaus am Berliner Platz. Damit beginnt die Innenstadt mit ihren Funktionen als Zentrum über den Anlagenring hinauszugreifen."³⁵

Es mußte daher besonders für den Bereich Seltersweg - Kreuzplatz, Mäusburg und Marktplatz eine verkehrsgerechte Lösung gefunden werden, denn mit zunehmendem Autoverkehr in den 60er Jahren war in diesen engen Straßen die Katastrophe vorprogrammiert.

Wir konnten von älteren Gießener Bürgern erfahren, daß sie noch wußten, wie z.B. im Seltersweg Autoverkehr, Straßenbahn und Fußgängerwege bestanden und wie die Luft in einem unerträglichen Maße verpestet war. Es ist uns heute noch unerklärlich, wie die Geschäftsleute in diesem Bereich sich so lange mit aller Macht gegen die Einführung einer Fußgängerzone wehrten und eine Minderung ihrer Einnahmen, ja sogar einen Ruin ihres Geschäftes befürchteten. Ex-OB Albert Osswald veranschaulichte uns im Interview, mit welcher Raffinesse er den Widerstand der Geschäftsleute überwinden mußte: "Auf der ersten Protestversammlung erschienen etwa 80 Geschäftsleute, die über rote Zahlen klagten, weil der Verkehr aus der Innenstadt verlegt werden sollte. Ich bat sie um ihre Geschäftsunterlagen, ich wollte das einmal überprüfen. Schließlich verstand ich ja als ausgebildeter Volkswirt etwas von diesen Dingen. Hier schreckten schon etliche zurück. Auf der nächsten Versammlung ein Jahr später kamen nur noch 40, zwei Jahre später existierte nur noch ein harter Kern von 5 Geschäftsleuten. Die überwiegende Zahl hatte also eingesehen, daß eine verkehrstechnische Lösung durch Einführung einer Fußgängerzone, Parkuhren, usw. keineswegs zu einer Verminderung ihres Umsatzes und erst recht nicht zu einem geschäftlichen Ruin führte."³⁶

4. Die bedeutendste, wenn auch nach außen nicht sichtbare Wandlung gab es bei der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, d.h. der Durchführung der Baulandumlegung. Sie hatte zur Folge, daß fast die Hälfte der Eigentümer wegen der Kleinheit ihrer Grundstücke für Neubauten diese Grundstücke aufgeben mußten.

"Die vor der Umlegung vorhandenen Klein- und Mittelparzellen sind mitunter von den Nachbarn, zum überwiegenden Teil aber von der Stadt erworben worden. Soweit die Stadt sie nicht zur Arrondierung der verbliebenen Privatgrundstücke oder als Ersatz für das mitunter über 9,4 % hinaus abgegebene Straßengelände verwandte, wurden sie von der Umlegungsbehörde zusammengelegt und "große" Baugrundstücke gebildet. Dieses "groß"

35 MOHG 46, a.a.O., Seite 116.

36 Interview vom 21.01.1985.

ist relativ und nur im Verhältnis zu den seitherigen Besitzungen und Bauparzellen der Innenstadt zu verstehen. Die neu gebildeten städtischen Baugrundstücke sind in der Regel an die städtischen Wiederaufbau AG veräußert worden, die sie alsbald bebaute".³⁷

Dadurch, daß die Stadt alleiniger Aktionär der Wiederaufbau AG war, verblieben die Grundstücke im Eigentum der Stadt.

5. Für viele, die nach der Baulandumlegung auf ihrem Besitz verblieben waren, war es nun aus welchen Gründen auch immer nicht möglich, neu zu bauen oder den errichteten Neubau zu erhalten. Sie mußten verkaufen. In den ersten Jahren nach 1949 traten dabei als Käufer meist private Personen, in den späteren Jahren jedoch meist juristische Personen auf, vor allem aber auch die Wiederaufbau AG.

Die Verkäufe im Bereich Seltersweg und am Kreuzplatz hielten sich in Grenzen, da man dort durch die günstige Geschäftslage die finanziellen Lasten leichter ertragen konnte. Außerdem wurde dort frühzeitig mit dem Neubau begonnen, so daß die Baukosten noch niedriger lagen als zu Beginn der fünfziger Jahre. Durch die frühe Fertigstellung erlebten die Bauherren den lang anhaltenden konjunkturellen Aufschwung am ehesten mit. Auch dies soll anhand von zwei Beispielen dargestellt werden:

- a) Dort, wo der Asterweg von der Walltorstraße abzweigt, befanden sich mehrere kleine und mittlere Grundstücke, die Handwerkern oder Kaufleuten gehörten. Die Walltorstraße war noch im 19. Jh. die Hauptstraße der Gießener Innenstadt. Nachdem jedoch der Bahnhof verlegt worden war, verlor die Walltorstraße immer mehr an Bedeutung. Dies zeigte sich insbesondere nach der Zerstörung der Stadt, als noch lange Zeit in der Walltorstraße vom Wiederaufbau nichts oder wenig zu sehen war. Der Stadt fiel es deshalb nicht schwer, die Grundstücke bis auf zwei aufzukaufen. Im Rahmen der Baulandumlegung wurden die Grundstücke wieder weiterverkauft. Bald danach begannen der Deutsche Gewerkschaftsbund, die ihm nahestehende Gewobag, sowie die Wiederaufbau AG mit dem Wiederaufbau. So gewann die Walltorstraße einen Teil ihrer früheren Bedeutung zurück, hat sie aber bis heute als Geschäftsstraße im Vergleich zum Seltersweg immer noch nicht. Das bewiesen uns z.B. die Betrachtung der Kunden- und Verkehrsströme, die selbst an Markttagen, an denen der nahegelegene Brand- und Lindenplatz von Käufern sehr stark frequentiert wird, an den Geschäften der Walltorstraße vorbeigehen.

Dies könnte z.T. daran liegen, daß der Wiederaufbau in nicht gerade attraktiver Form stattgefunden hat. Die Gegend um den Marktplatz und Seltersweg wirkt auf viele mehr aufgelockert und anziehender als die Walltorstraße.

37 MOHG 46, a.a.O., Seite 117.

- b) Ein weiteres Beispiel für die Veränderung der Seiten- und Nebenstraßen ist das Gebiet, welches von den Straßen Neustadt, Pfarrgarten, Sandgasse und Löbers Hof eingegrenzt wird. In diesem Viertel waren stark verschachtelte Kleingrundstücke noch sehr ausgeprägt. Die meist recht baufälligen Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen sollten bereits bei einer Altstadtsanierung in den 30er Jahren verschwinden. Von dort besaß die Stadt bereits einige Grundstücke. Nach 1948 gelang es, noch weitere Grundstücke teils durch Tausch, teils durch Kauf zu erwerben. Die Stadt plante, dort eine gewerbliche Berufsschule zu errichten. 1958 jedoch entschloß man sich, diese Schule nicht in der Enge der Innenstadt, sondern an den Stadtrand, genauer gesagt an der Abzweigung des Wiesecker Weges von der Marburger Straße zu errichten. Eine Sanierung, wie sie dann Anfang der 60er Jahre mit diesen älteren Gebäuden durchgeführt wurde (totaler Abriß, keine Restaurierung), wäre heute nicht mehr denkbar. Die Bürger würden heute einen solchen Kahlschlag nicht mehr hinnehmen.

Quellennachweis

Zum Anlesen von allgemeinen, aber auch von speziellen Informationen, benutzten wir folgende Lektüre:

Zeitschriften:

- Architektur und Wohnform; Stuttgart, Jahrgänge: 56 (1946/48), 58 (1949/50), 59 (1950/51), 60 (1951/52), 61 (1952/53), 62 (1953/54)
- Baurundschau; Rolf Spörhase, Hamburg, Jahrgänge: 38 (1948), 39 (1949), 40 (1950), 41 (1951), 42 (1952), 43 (1953)
- Baukunst und Werkform; Nürnberg, Jahrgänge: 3 (1950), 5 (1952), 6 (1953), 7 (1954)
- Bauliteratur; Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Ffm. Jahrgänge: 1950 und 1951
- Bauwelt; Berlin, Jahrgänge: 44 (1953) 45 (1954)
- Gießener Freie Presse ab 1.1.1946
- Gießener Anzeiger ab 1949
- Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Gießen; 1948/50, 1950/51, 1951/52, 1952/53
- Gießen ist neu erstanden; Aus dem Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Gießen; Gießen 1961
- Protokoll der Gießener Gemeindevertretung (später Stadtverordnetenversammlung, aus den Jahren 1946 - 1950)
- Podiumsgespräch der Gießener Volkshochschule vom 28.10.1981 zum Thema "Geschichte und Geschichtsbewußtsein in Gießen"

Ernst Blumschein: Gießen, die lebensvolle Stadt an der Lahn,
Gießen 1956

Karl Glöckner: Gießen 1248 - 1948, Siebenhundert Jahre Gießen in Wort und Bild, Gießen 1948

Erwin Knauß: Gießen in Vergangenheit und Gegenwart, 2. Auflage, Gießen 1981

Ekkehard Komp: Gruß aus'm Lotz, Das alte Gießen, Gießen 1979

Kurt Kühnemann: Neues Leben aus Ruinen, Gießen in und nach der Stunde Null, Menschen und Mächte des Wiederaufbaus, Dokumentation Gießen 1983

Magistrat der Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Armin Nagel, Gießen, Dokument des Lebenswillens einer deutschen Stadt, Hanau 1952

Pressestelle der Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit Karl Brodhäcker; Gießen, 15 Jahre nach der Stunde Null, ein Rechenschaftsbericht der Universitätsstadt Gießen, Gießen 1960

Heinrich Schmidt, Gießens Entwicklung von der mittelalterlichen Innenstadt zum modernen Geschäftszentrum, in: Mitt. d. Oberh. Geschichtsvereins, (MOHG) 46, 1962

Fotonachweis

Dem fast unerschöpflichen Archiv von Herrn RUDOLF METZGER, Gießen, **Pestalozzistraße**, verdanken wir auf direktem oder indirektem Weg alle älteren Bilder.

Eine große Hilfe war uns die Ausstellung zum Thema "Gießen in und nach der Stunde Null" in der Bezirkssparkasse Gießen von Stadtdenkmalpfleger Bachmann.(1984)

Die Pläne wurden uns freundlicherweise von Obervermessungsrat a.D. Heinrich Schmidt zur Verfügung gestellt.

Interviewliste

- 1) Bette, (Inhaber des Modehauses Bette) - Gießen 16.01.85 telefonisch
- 2) Jürgen Michael Eberlein - Gießen 05.12.84 und 23.01.85
- 3) J. A. Wolf, Stadtbaurat
- 4) Klaus Gravert, Sohn des früheren Stadtbaudirektors - Gießen 18.01.85 (telefonisch)
- 5) Albert Osswald - Gießen 21.01.85
- 6) Heinrich Schmidt - Gießen 03.12.84 und 26.01.85 (telefonisch)

Für das Korrekturlesen sei Herrn Heinrich Knapp besonders gedankt.

Fotodokumentation*

A. Beispiele für gelungenen Wiederaufbau

Carl Ludwig Leib

Kirchstraße 2

Kunsthandlung

Vergoldererei

Umfangreiches Lager in Kunstblättern



Telephon 166

Bilder-
Einrahmungs-
Geschäft

Abb.1: Nach Ansicht verschiedener Forscher gehört das Haus Leib, das zeitweise auch Saalfeldsches Haus genannt wurde, zu den interessantesten Bauwerken des späten Mittelalters. Balkenkonstruktion und Holzbearbeitung geben Einblick in die Kunstfertigkeit des Fachwerkbaus, wie er vor gut 600 Jahren praktiziert wurde.

* Alle alten Photos stammen aus dem Archiv von Rudolf Metzger



Abb.2: Die "Burgmannen" waren die Vertreter, die Statthalter des Landgrafen in der Stadt. So bekamen die Herren von Schwalbach, von Rodenhausen, von Schenk und andere nach der Errichtung des "Alten Schlosses" Anfang des 14. Jahrhunderts die Erlaubnis, ihre Häuser in das Gebiet der alten Wasserburg zu bauen. Das Haus Leib, erbaut 1349, und das Haus Wallenfels sind solche Burgmannenhäuser. Allerdings erhielt das Haus Wallenfels seine charakteristischen Formen erst in barocker Zeit. Das Leib'sche Haus wurde in der Bombennacht von 1944 getroffen und schwer beschädigt.



Abb.2a: Teilweise aus den alten Balken rekonstruiert, beherbergt das Leib'sche Haus seit 1977 einen Teil des Oberhessischen Museums. Wie auf dem neuen Foto zu sehen ist, wurde das Haus möglichst historisch getreu nachgebaut. Eine Restaurierung des Inneren nach historischem Vorbild scheiterte an den Kosten und an dem fehlenden Wissen von der Beschaffenheit der Innenräume.

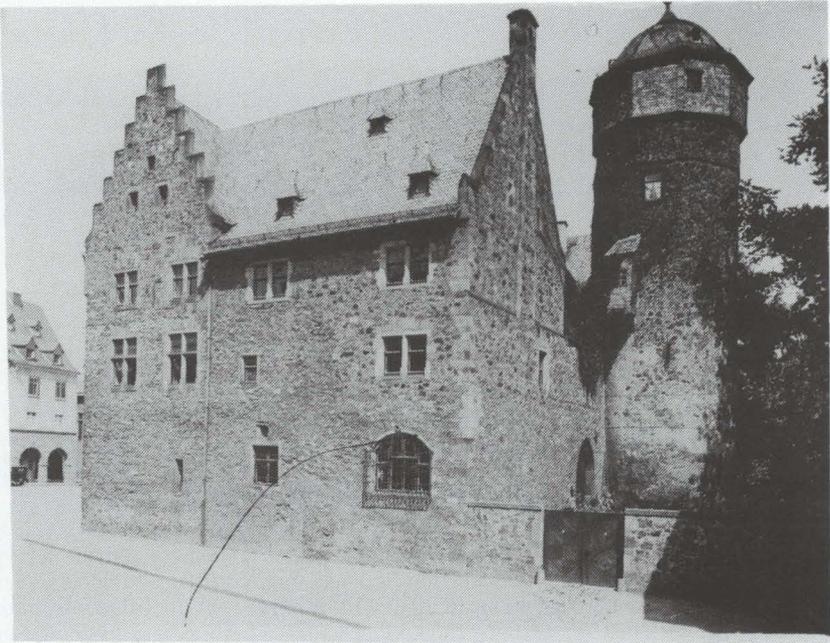
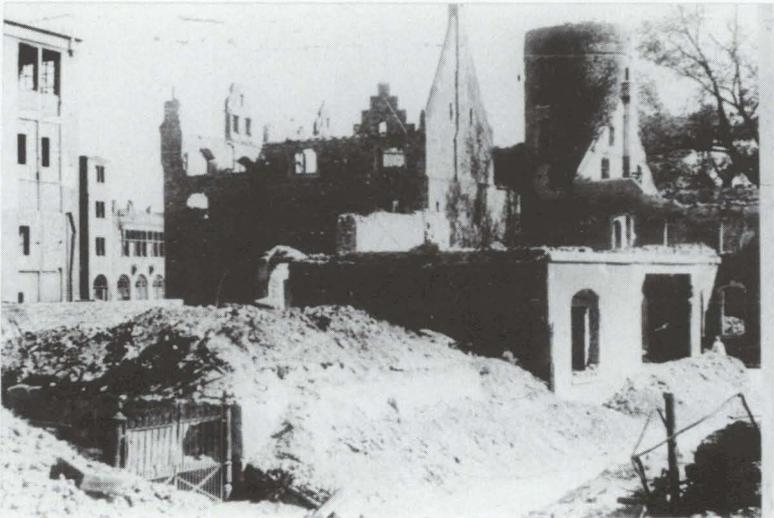


Abb.3, 3a: Das Alte Schloß, erbaut vermutlich um 1330 und für längere oder kürzere Zeit Sitz der hessischen Landgrafen, wurde 1903 der Stadt Gießen übergeben, die es gründlich renovierte und hier das Oberhessische Museum unterbrachte. Auch das Schloß brannte total aus, jahrzehntelang schaute die Ruine auf Kanzleiberg (links im unteren Bild) und Wochenmarkt.



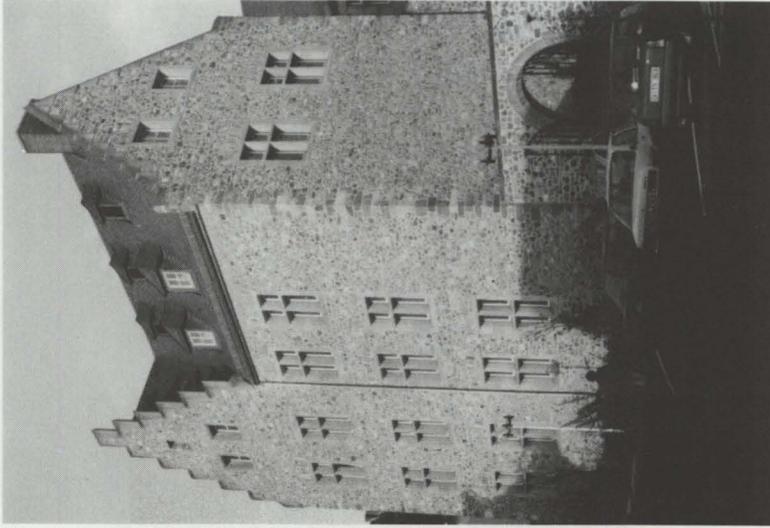


Abb. 4. 4a: Nachdem sich die Stadtverordnetenversammlung nach langem Ringen für den Wiederaufbau entschieden hatte (Ex-OB Albert Osswald hatte noch die Absicht gehabt, die Trümmer des Gebäudes abreißen und beseitigen zu lassen), konnte hier 1980 die Gemäldesammlung und die Abteilung für Kunsthandwerk des Oberhessischen Museums eröffnet werden.

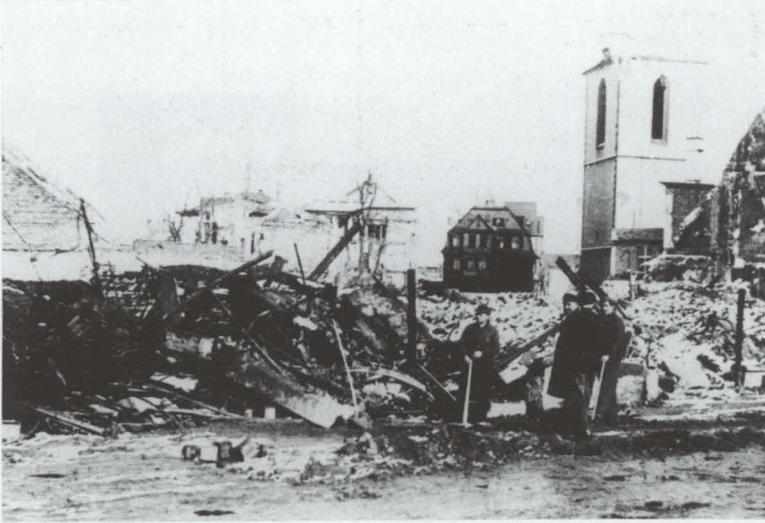


Abb.5: Am radikalsten zerstört war das Gebiet zwischen Kaplangasse und Kirchplatz. Hier hatten Bomben "tabula rasa" gemacht.



Abb.5a: So, präsentiert sich der Kirchplatz heute. Der Stadtkirchenturm war noch gut erhalten. Er wurde 1980/81 restauriert.



Abb.6, 6a: "1583: Das Zeughaus wurde zu bauen angefangen; zu diesem Bau wurde ein Kanal aus der Lahn durch die Schwarzlach bis in den Wallgraben geführt, um die Steine vom Steinbruch am Felsen zu Wasser an die Baustelle zu bringen", heißt es in einer Gießener Chronik. Die längste Zeit in seinem 300-jährigen Bestehen diente das Zeughaus als Kaserne, wenn es auch zwischendurch als Schuttboden, Getreidespeicher, Abstellmagazin, Theaterboden u.a. zweckentfremdet wurde. Die ausgebrannte Ruine (unteres Bild) sollte ursprünglich abgebrochen werden.





Abb.7: Dem Einsatz des damaligen Hochschulkanzlers Wilhelm Köhler ist es zu verdanken, daß das schönste Gießener Gebäude wieder aufgebaut und der Universität übergeben wurde.

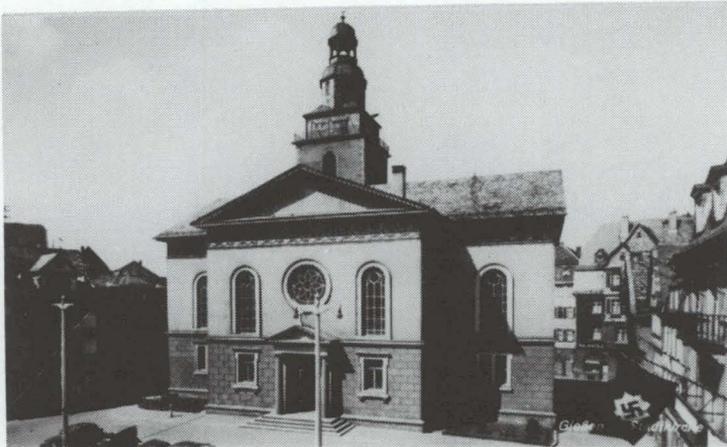


Abb.8: Die Stadtkirche vor der Zerstörung



Abb.9, 9a: Es handelt sich hier um das Gebäude des Gerichts in der Gutfleischstraße Ecke Ostanlage. Die Gebäude wurden in ähnlicher Weise wiederaufgebaut, also auch die sogenannte "Beamtenlaufbahn" zwischen Amts- und Landgericht, bekannt auch als "Seufzerbrücke" von den Angeklagten. Die Wiederherstellung kann als gelungen betrachtet werden.



B. Beispiele für fragwürdigen oder versäumten Wiederaufbau



Gießen-Rathaus

Abb.10: Das Gießener Rathaus war in den Ursprüngen spätmittelalterlich. Die zweibogige Eingangshalle wurde vermutlich im 16. Jahrhundert erbaut. Ab 1605 war im 1. Obergeschoß das "Gymnasium illustre", aus dem zwei Jahre später die Gießener Universität hervorging. Rats- und Gerichtssitzungen fanden hier statt, Empfänge für den Landesherrn, in Kriegszeiten die harten Verhandlungen mit den Besatzungsmächten - das Gießener Rathaus war Jahrhunderte lang Dreh- und Angelpunkt der wechselvollen Geschichte der Stadt.

17 Menschen fanden im Gewölbekeller des Rathauses - wahrscheinlich durch eindringendes Kohlenmonoxyd - den Tod. Ihre Leichen wurden vier Tage später gefunden. Die beiden steinernen Torbögen und die seitlichen Brandmauern des Rathauses überstanden den Feuersturm.

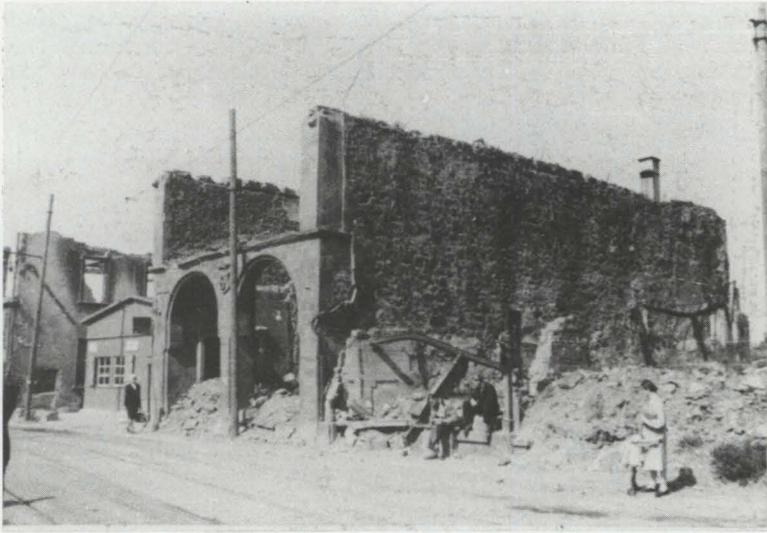


Abb.11, 11a: Das Rathaus hätte historisch getreu wiederaufgebaut werden können; dann hätte man aber die Vorderfront weiter zurückverlegen, d.h. nach hinten bauen müssen. Das aber war wegen der Grundstücksrechte zu schwierig. Außerdem fehlten das Geld und die Mittel für einen historisch gerechten Aufbau. Die einfachste Lösung war daher die Trümmerbeseitigung und moderner Neubau. Das folgende Bild zeigt die Stelle, an der das Rathaus einmal stand.

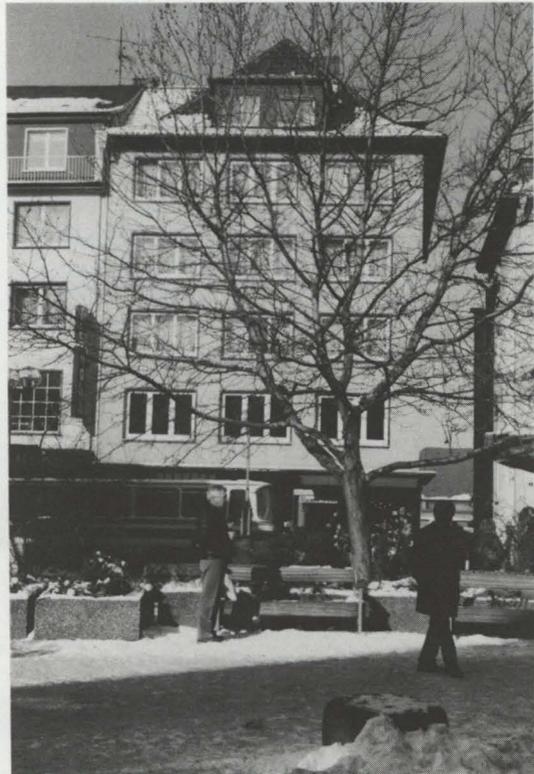
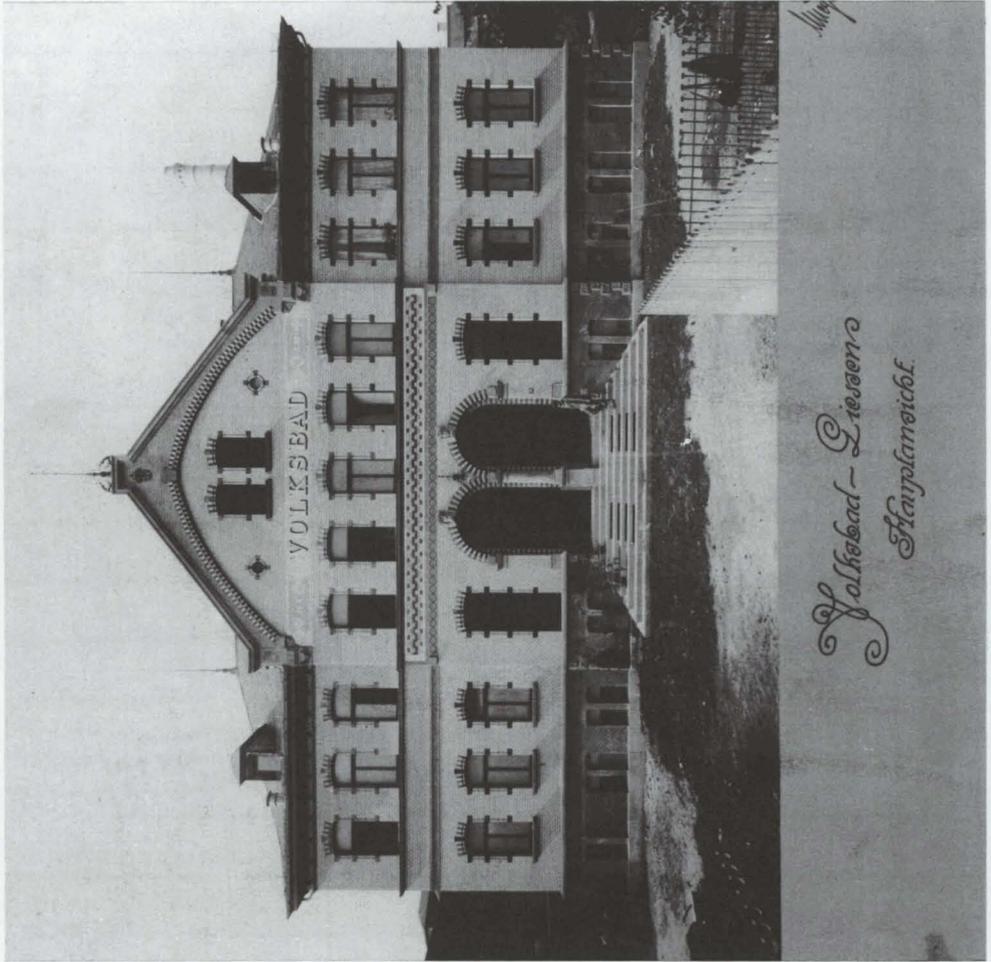


Abb.12: Ein Hallenbad (aus der Jugendstilzeit), das unzerstört geblieben war, wurde für den Neubau von Karstadt in den 60er Jahren abgerissen - die Stadt brauchte die Gewerbesteuern, um unter anderem auch weitere "Sanierungsmaßnahmen" durchführen zu können.



Am 17. September 1898 öffnete das Gießener Volksbad im Seltersweg 58a seine Pforten. Es war aus freiwilligen Zeichnungen der Bürgerschaft mit einem Kostenaufwand von rund 200.000 Mark finanziert worden und - wie es um die Jahrhundertwende hieß - "mustergültig eingerichtet". Es lag ungefähr im Bereich zwischen dem heutigen Parkhaus Westanlage und dem Kaufhaus Karstadt. Schwimmbassin, Wannen- und Heilbäder gehörten zur Einrichtung des Hallenbades.

Das Bad hatte im Sommer von 6 bis 9 Uhr abends, im Winter von 8 bis 8 Uhr abends geöffnet. Während der Mittagspausen von 1 bis 3 Uhr blieb die Anstalt geschlossen. Für das Baden waren 40 Pfennig um die Jahrhundertwende zu bezahlen, die Besichtigung kostete á Person 0,30 M.

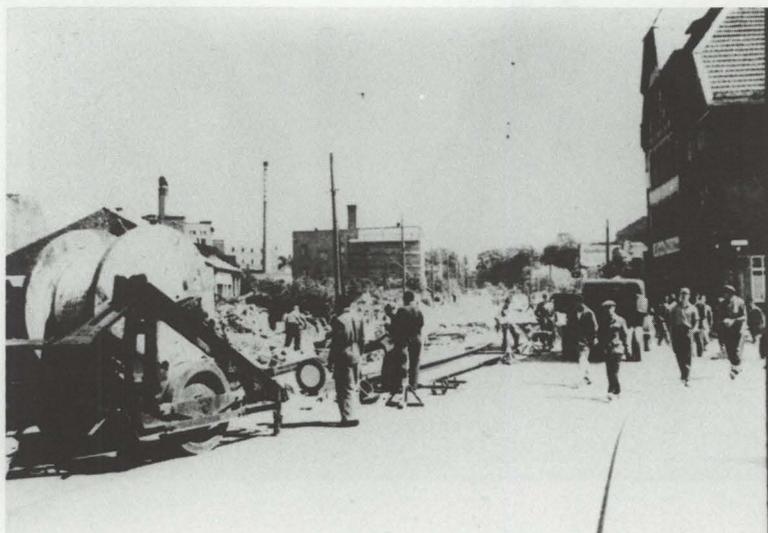


Abb.13,13a: Wie die meisten Straßen der Innenstadt war auch die Walltorstraße durchweg mit Fachwerkhäusern bebaut, von denen nur zwei die Bombardierung überstanden (oberes Bild, rechts; unteres Bild, Frontaufnahme). Die Walltorstraße war, wie auf dem oberen Foto zu sehen ist, derart zerstört, daß an eine Rekonstruktion der Fachwerkhäuser 1948 nicht zu denken war.





Abb.14: Heute wirkt die Walltorstraße wie eine Schlucht auf den Betrachter. Die Häuserhöhe steht in keiner Relation mehr zur Straßenbreite, daher wirkt diese Straße auch besonders kalt und unansehnlich.



Abb. 15 Die Universitäts-Reitbahn am Brandplatz. Die gedeckte Halle (links) wurde zerstört, das Wohnhaus blieb erhalten, fiel aber den Sanierungsmaßnahmen in den 60er Jahren zum Opfer.



Abb.16, 16a: Erst in den 1880er Jahren wurde die Bahnhofstraße als direkte Verbindung zum Marktplatz angelegt. Sie entwickelte sich schnell zu einer lebhaften Geschäftsstraße.

Gießen — Bahnhofstraße



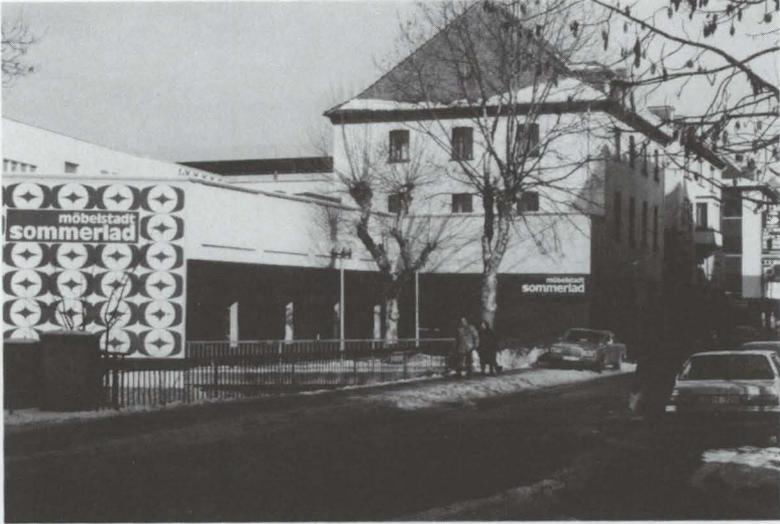


Abb.17, 17a: Ein Beispiel für die Zerstörung von Wohnraum noch in den 70er Jahren bietet der mittlere Teil der Bahnhofstraße. Dort, wo auf dem alten Bild (erstes Bild von der Bahnhofstraße, zwei Seiten vorher) noch das Café Amend steht, befindet sich heute Sommerlad (oberes Bild). Für dieses Möbelfachgeschäft wurden mehrere Häuser in der Bahnhofstraße und im Flutgraben geopfert. Die Wohnraumzerstörung führte Mitte - Ende der 70er Jahre zu heftigen Diskussionen mit dem Magistrat. Hier liegt eindeutig ein Beispiel für wirtschaftliche Konzentration und für unästhetische Veränderungen des Stadtbildes nach dem Kriege vor.





Abb.18, 18a, 18b: Der Zerstörungsgrad des Eingangs zum Seltersweg ist, wie man auf den Bildern sehen kann, derart groß, daß ein Wiederaufbau in historisch getreuer Art schwer vorstellbar erscheint.

Da aber der ganze mittlere Teil des Seltersweges noch erhalten war, hätte man sich eine historisierende Angleichung der beiden Häuser am Eingang denken können.

Dieser Bereich am Selterstor gehörte zu den heftig diskutierten in Gießen. Im Interview mit Albert Osswald (21.01.1985) kam heraus, wie sehr den damaligen OB diese Diskussionen auch heute noch berühren. Die Lösung, hier einen Übergang zu schaffen in der Form, wie er auf dem Bild zu sehen ist, verdankt die Stadt dem damaligen Stadtbaudirektor Dr. Eickmeier.



Abb.19:

Wie viele Gießener distanzierte sich auch Albert Osswald von den Plänen einer Überführung. Er hätte lieber eine Unterführung gehabt. Die sogenannten Experten warnten damals eindringlich vor einer solchen Unterführung: Man bekomme dann einen riesigen Grundwassersee, dessen Entfernung Millionen kosten würde. Wie aber das Beispiel des Kaufhauses Karstadt zeigt, etwa 50 m vom Selterstor entfernt wurde man mit solchen Grundwasserproblemen ziemlich schnell beim Legen des Fundamentes fertig. Beim Neubau der Bezirkssparkasse in der Johannesstraße gab es ähnliche Probleme mit dem Wasser, wie man überhaupt sagen kann, daß Gießen eine riesige schwimmende Insel ist. Dies hängt mit der geographischen Lage zusammen.

Osswalds Vorschlag einer Unterführung hätte den Vorteil gehabt, daß man noch viele kleine Geschäfte wie in Frankfurt hätte einrichten können, daß der Verkehr noch flüssig in die Frankfurter Straße geleitet worden wäre und daß die Beschwerden, die vor allem ältere Bürger, Behinderte und Familien mit Kindern an der Rolltreppe haben, vermieden worden wären. Die Rolltreppen sind manchmal lange Zeit außer Betrieb und schwierig zu warten.



Abb.20, 21: Im Volksmund nennt man diese mißlungene Konstruktion des Übergangs über das Selterstor "Elefantenklo" - wegen der drei großen Löcher in der Plattform. Ein anderer Grund, diese Kontruktuion so anzulegen, war nach Albert Osswald, eine Verbindung zu dem auf der anderen Seite des Selterstors geplanten Kaufhaus Kerber zu schaffen. Heute befindet sich dort ein Parkplatz, d.h. man hatte schon mit den Baumaßnahmen begonnen, ohne daß das Einverständnis des in der Nähe liegenden Geschäftes Rohrbach vorlag. Für diese Planungen mußten drei alte Bürgerhäuser, darunter auch das noch gut erhaltene Café Hettler, weichen (60er Jahre).



. zu Nr. III 28090.

Abchrift.

r Oberfinanzpräsident Hessen , Darmstadt, den 6. April 1944.
Schäftszeichen: O 5300 - 112/8 V 14.

Fr.: Eingezogenes Vermögen des Ignaz Israel Pfeffer, zuletzt wohnhaft in Gießen, Marktplatz 6.

Stellungnahme!

zu dem Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Gießen vom 5. November 1943 auf unentgeltliche Übertragung des Grundstücks in Gießen, Marktplatz 6.

Zu dem eingezogenen Vermögen des Ignaz Israel Pfeffer, zuletzt wohnhaft in Gießen, gehört das in der Gemarkung Gießen gelegene und in Band 7 Blatt 348 eingetragene Grundstück

Flur I Nr. 517 Hofreite auf dem Marktplatz (Marktplatz 6) = 407 qm

Das Grundstück wurde zufolge Berichtigung des Grundbuchs am 11. August 1943 auf das Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) überschrieben. Der Einheitswert 1935 beträgt 68 000 RM.

Der Oberbürgermeister der Stadt Gießen begehrt das Grundstück zum Zwecke der Altstadtanierung, teils zur unmittelbaren Niederlegung teils als Austauschobjekt.

Das Hintergebäude des Hauses Marktplatz 6 liegt in der Wagengasse. Zur Verbreiterung der Wagengasse müßten nicht nur dieser Teil des Hauses Marktplatz 6 niedergelegt werden, sondern noch zahlreiche andere Häuser, die in der Wagengasse liegen. Die Altstadtanierung ist jedoch eine Aufgabe der Nachkriegszeit, deren Durchführung jetzt noch nicht übersehbar ist; Bebauungspläne liegen nicht vor. An die Lösung dieser umfangreichen Aufgabe wird erst herangetreten werden können, wenn das große Wohnungsbauprogramm der Nachkriegszeit erfüllt ist. Die Niederlegung der Altstadt-häuser wird daher nicht so rasch erfolgen können. Im übrigen Hinweis auf den Erlaß des Reichsministers des Innern vom 4. Oktober 1943 IV c 38 II/42/3550 D Abs. 3.

Meines Ermessens sind die Voraussetzungen für eine unentgeltliche Übertragung des Hauses Marktplatz 6 in Gießen auf die Stadt Gießen somit nicht gegeben.

Im Auftrag:

gez.: Unterschrift.

Schon im Kriege wurde die Altstadtanierung vorbereitet und zu diesem Zwecke Judengrundstücke enteignet. Das war deshalb leicht möglich, weil die "Endlösung" auch in Gießen im September 1942 durchgeführt worden war.

Oberbürgermeister
: Stadt Gießen

Gießen, den 8. April 1944.

Verfg.

1. An das
Stadtbauamt Gießen

G i e s s e n .

Nachdem die Stadtverwaltung bei der Hessischen Landesregierung den Antrag gestellt hat, ihr das Judengrundstück des Isaak Israel Sonn, Gießen, Walltorstr. 42 zu übereignen, erschien heute ein Vertreter der Abteilung IX (Baurat Laux) und erklärte, daß der Hessische Staat die Absicht habe, dieses Anwesen für eine spätere Erweiterung des Landratsamts zu erwerben und dementsprechend an die Stadt Gießen das Ansinnen zu richten, ihre Ansprüche auf den Erwerb dieses Hauses zurückzustellen. Nach meinem Dafürhalten ist in dem Generalbebauungsplan vorgesehen, das neue Landratsamt an anderer Stelle zu errichten. Sollte dies jedoch aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, weil dringendere Bauvorhaben zur Ausführung kommen müssen, wäre die Frage zu prüfen, ob dieses Grundstück überhaupt für die Erweiterung des Landratsamts in Frage kommt. Ich bitte zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

- √ 2. Wvl. 1.5.44.

J.V.

Neubaupläne schon im Krieg.

40 04/5

Giessen, den 4. Februar 1944

Betr.: Verwaltung und Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeind
hier: Judengrundstück Isaak Israel Sonn, Giessen, Walltorstrasse 42.

Verfg.

1. auf 17. IV 44
21 /
1.) Schreiben an den Herrn Reichsstatthalter in Hessen - Landesregie-
rung - Abteilung III (Innere Verwaltung), Darmstadt.

Auf Grund der Verfügung vom 4. Dezember 1943 - zu Nr. III 39 356 habe ich nachgeprüft, inwieweit die Stadt Giessen an dem Erwerb des Anwesens Hofreite in der Walltorstrasse 42 interessie ist. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass der Erwerb des hier angebotenen Grundstücks Walltorstrasse 42 im Interesse der Altstadtanierung geboten erscheint. Das Grundstück fällt zwar nicht unmittelbar in die Altstadtanierung, weil hier eine Änderung der Baufluchtlinien nicht geplant ist, es könnte aber als Austauschobjekt für Altstadtanierungsgrundstücke in Anspruch genommen werden. Es wäre allerdings denkbar, dass sich der Überlassung an die Stadt Giessen insofern Schwierigkeiten entgegenstellen werden, als eine mit ihrem Anwesen angrenzende Firma; sowohl die Lagerhalle, als auch das Gelände hinter dem Wohnhaus seit einer Reihe von Jahren von den Vorbesitzern gemietet hat und seit dieser Zeit Kaufinteressent ist mit der Absicht, ihren Betrieb auf das hier in Rede stehende Grundstück auszudehnen. Gegebenenfalls müsste sich die Tauschabsicht auf das Vorderhaus beschränken.

Auch für die Walltorstraße gab es während des Krieges Sanierungspläne - die „Ghettohäuser“ Nr. 42 und Nr. 48 waren durch die sogenannte „Evakuierung“ freigeworden.

Blicke aus der untergegangenen jüdischen Gemeinde zu Gießen

von

Josef Stern

Dem Andenken an meine kleine Schwester ESTHER 1926 - ? 1942

In jeder festfundierte Gemeinschaft gibt es Typen, die von sich reden machen, gibt es Vorkommnisse, die belächelt, kritisiert, übertrieben und weitererzählt werden, und gibt es Hintergründe, die solche Reden und Erzählungen hervorrufen - erfreuliche und zumeist bedauerliche. Es entsteht die Anekdote, die, wenn unter die Lupe genommen, dokumentiert.

Die im nationalsozialistischen Terror-Regime untergegangene jüdische Gemeinde zu Gießen war eine festfundierte Gemeinschaft, hatte ihre Typen und ihre Geschichtchen. Die weitaus meisten der redenden und besprochenen Personen sind nicht mehr am Leben, und mit ihnen ist sicherlich auch so manche erzählenswerte Geschichte der Vergessenheit anheimgefallen. Was einem kleinen jüdischen Bub, der, erst fünfzehnjährig, aus Gießen hatte flüchten müssen, in Erinnerung geblieben ist, und was er andernorts noch über seine Gemeinde und ihre Menschen zu hören bekam und aus älteren und späteren Quellen ersah, soll hier aufgezeichnet sein, als Ergänzung zur Dokumentation der jüdischen Bevölkerung Gießens.

Frühe Feindschaft und Befürchtung

Gleich zu Anbeginn der Neuzeit erfuhr der religiös fundierte Judentum bei seiner Anwendung in Gießen einige Schlappen, denn die wenigen damals in der Stadt ansässigen Juden wehrten sich mutig gegen Zwangsmaßnahmen, und hielten standhaft an ihrer Religion fest. (Gegen die vielen Verordnungen anderer Art, wie finanzielle Sonderabgaben, wirtschaftliche Ausschaltungen und Vertreibungen konnten sie sich natürlich nicht wehren).

Martin Luthers anfängliche Verteidigung des Judentums ("Daß Jesus Christus ein geborener Jude sey", 1523) brachte nicht den von ihm erwarteten Erfolg der Massentaufen. Zornig darob, rief er zu intensiver Missionsarbeit und zu drastischen Schritten auf, die von Landgraf Philipp dem Großmütigen von Hessen und von seinen Nachfolgern teils hemmungslos zugelassen, teils aber auch, aus eigenen meist wirtschaftlichen Erwägungen heraus, toleranter gehandhabt wurden. Über hundert Jahre lang waren die Gießener Juden den von Theologen und Pfarrern, sogar von "besonderen Judenpredigern" militant geschürten und angewendeten Zwangspredigten ausgesetzt. Es hatte nichts genützt - Juden sind ein hartnäckiges Volk, so steht es schon in der Bibel. Wie sie sich verhalten hatten, darüber sagen die Quellen einiges aus.

In die Kirche mußten sie kommen, um sich von der alleinigen Heilslehre des Christentums überzeugen zu lassen. "Judenkonvente" nannte man diese Missionspredigten. Als man sah, daß viele Israeliten sich weigerten, eine Kirche zu betreten, verlegte man die erzwungene Teilnahme auch ins Rathaus. Aber auch dort blieben viele weg.

Nichtbefolgung des Erscheinungsbefehls war nur eine Form des protestierenden Widerstandes. Jüdische Leute, die doch hingegangen waren, verursachten Lärm bei christlichen Handlungen, und einige verstopften sich ostentativ die Ohren, so daß die sicherlich oft wütenden Bekehrungsversuche der Gießener Zeloten auf taube Ohren fielen. Einer dieser Kirchenmänner, der protestantische Prediger und Pfarrer Nigrinus, der von 1565 bis 1580 in Gießen tätig war, ereiferte sich mit seinen Streitschriften gegen die Juden derart, daß Ludwig IV. von Hessen-Marburg von seinem Bruder, dem Landgraf Wilhelm IV. von Hessen-Kassel, aufgefordert wurde, dem Pfarrer solche Schriften zu verbieten. Die Ursache zu diesem Einschreiten war weniger die Ausübung christlicher Nächstenliebe, als eine möglich erscheinende Befürchtung: die Unduldsamkeit der Katholiken gegen andere Religionsangehörige könnte gefördert werden, der junge Protestantismus könnte im Zuge der Gegenreformation ins Wanken geraten, und die wenigen Juden könnten imstande sein, "unsere Untertanen in ihrem christlichen Glauben irre zu machen und davon abzuführen". So heißt es in der Judenordnung von 1585.

In dem kleinen Städtchen an der Lahn, in dessen Mauern eine winzige Zahl von jüdischen Menschen lebte, erlebten die Einwohner und die Obrigkeit eine eindringliche, wenngleich nur zeitweilige Lebenserfahrung: Haß erzeugt - Angstvorstellungen!

Doch nicht nur passiven Widerstand leisteten die Gießener Juden, sie erfaßten sogar eine sich ihnen bietende Gelegenheit, ihre Meinung öffentlich kundzutun.

In der philosophischen Fakultät der Universität legte man den fortgeschrittenen Studenten auf, eine These öffentlich vor einer Hörschaft darzulegen, und diese dann vor Gegenrednern zu verteidigen; dies alles auch in hebräischer Sprache. Kam da ein Herr D. Coelestinus Mislente und hielt eine hebräische Disputation wider die Juden in Gießen. Über das sich anschließende Wortgefecht berichtet Balthasar Schupp: "... da sind die gelehrte Juden von Franckfurt und Gießen kommen und haben ihm publice in hebräischer Sprache opponiret".

Bemerkenswert hierbei ist nicht nur, daß die ununterbrochenen angefeindeten Juden den Standpunkt ihrer Religion verteidigen konnten, sogar in einem akademischen Rahmen, sondern auch die Person des Übermittlers dieses Kuriosums Johann Balthasar Schupp, 1610 in Gießen am Marktplatz Nr. 11 geboren (ich übrigens auch, 311 Jahre später), war ein vehemente Judenhasser. In schwedischem Dienst hielt er die Festpredigt beim Westfälischen Frieden, doch als Pfarrer zu St. Jacobi in Hamburg ließ er sich in ganz gemeiner, widerwärtiger Sprache gegen

Manuel Teixeira, den jüdischen diplomatischen Vertreter der schwedischen Königin Christina in Hamburg aus, wie auch gegen die Juden überhaupt. - Was er da über die Juden seiner Geburtsstadt schreibt, kommt einem fast wie ein Beifall vor!

KNAUSS, Erwin, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945; eine Dokumentation. Wiesbaden, Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, 1974, pp. 9-10; 4. Aufl., 1987, pp. 19-20.

375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart (Katalog der Ausstellung vom 11. Mai bis 25. Juli 1982), pp. 47, 118.

SILBERGLEIT, R., in jüdische Familien-Forschung, Manuel Teixeira, Heft 17, März 1929.

Mit Dank an Herrn Gad Landau, Haifa.

Gießener Gründe

Im 18. Jahrhundert schrieb ein entrüsteter Stadtvater unter ein Aufnahmegesuch: "Wir müssen in Prassilgen (Brasilien) leben, weil alles zu uns will."

Auch die Zünfte sträubten sich gegen Zuzug, aus Angst vor Konkurrenz.

Und die Gießener jüdische Gemeinde müßte auf einen Zuwachs verzichten, weil die abschlägige Antwort der Stadt einen höchst seltsamen Grund fand:

"... Das mußte auch eine Judenfrau erfahren, der man die Aufnahme in die Stadt verweigerte, weil sie wahrscheinlich an Nasenkrebs leidet, äußerst ekelhaft aussieht und daher für junge empfindsame schwangere Frauen dieser Anblick sehr bedenkliche Folgen haben dürfte".

Dr. EBEL, Geschichte der Stadt Gießen, in Wegweiser durch die Universitätsstadt Gießen und ihre Umgebung, Gießen, Emil Roth Verlag, 1907. Neue Ausgabe 1912/13, p. 58-59
Dieses Buch schenkte mir Frau Lilly Ben-David (Mannheimer) sel.

Buchstäblich bereichert

Die folgende Erzählung ist einer mundartlichen Sammlung, die in Gießen erschienen ist, entnommen. Wenngleich nicht unbedingt auf unsere Stadt gedichtet, haben die Gießener Juden, wie viele anderen, die hier besprochene Prozedur durchmachen müssen: die behördlich verordnete Annahme eines bürgerlichen Familiennamens.

De neu Name.

Vor hunnerd Johr — heut glaabt mrsch nit —
do hatt noch jeder kschre Zidd
an Name nor; aach jede Schicks
hieß Ruth, Rebekche — weiter nig.

Uff amol in dm Amtsblatt stüht,
deß jeder Zidd n Name kriecht.
Do hieß es nu: „Ihr Zidde laaft;
beim Amtmann werd-r jeh gedaaft!“

Ds Isaacke — recht unbeliebt —
sich aach uffs Amtsgericht begibt.
Sei Fraa rief nooch: „Steck dr was ein!
Ich möcht gern haïße Lilienstein!“

E koom zerick aach in-re Stund,
& Rebekche & kaum erwarte funnt.
„Wie haïße mr?“ rief se beglickt.
„Ei, Strinkert!“ saat ihr Mann bedrickt.

„Was, Strinkert? Bist meschugge Mann!“
Der Isak saat: „Was willste dann?
Sei froh, deß de den Name host —
zehn Gulde hot ds r gekost!“

Rudolf Dietz

Werner: „Mir lache als.“ 1. Folge.

Nach einer anderen Version hat ein Herr Steißeimer 20 Gulden für das t und das h bezahlt (es ist phonetisch zu verstehen).

1) Der Autor (geb. 1862), der mehreres Jüdische gedichtet hat, meinte hier "Mädchen" schlechthin.

Mir lache als. Eine Sammlung hessisch-fränkischen Humors, herausgegeben von Dr. Ferdinand Werner. Giessen, Emil Roth Verlag, 1934. 2. Aufl. 1936, p. 65.

Das Büchlein wurde mir von Frau Ursula Oelbermann, deren Familie mit der meinen seit unserer Kindheit befreundet ist, zur Verfügung gestellt.

Gesetz

Ein Jude ist verpflichtet, 248 Gebote und 365 Verbote einzuhalten und auszuführen, also 613 Obliegenheiten, von denen viele seinen Tagesablauf minutiös bestimmen und in ihrer Gesamtheit sein ganzes Leben formen und charakterisieren. Inwieweit sich ein Jude an alle hält oder in welchem Maße er (oder sie) Konzessionen macht, stempelt ihn (oder sie) heutzutage zum Anhänger entweder der orthodoxen oder der konservativen oder gar der progressiven, reformistischen Glaubensrichtung. Im einstmaligen Giessen waren solche Unterschiedlichkeiten - zu denen sich noch mehrere Nuancen gesellen - noch nicht ausgeprägt. Im allgemeinen waren die Leute religiöse, d.h. ausübende Juden, und wer doch ein wenig mit dem Zeitgeist ging, fand in Raw Benedikt Levi - in dessen Amtszeit die folgende Geschichte fällt - seinen Seelsorger. Dessen 1867 eingeweihte Synagoge in der Südanlage war "die Liberale", wurde von streng Gesetzestreuen jedoch abwertend "die Orgelsynagoge" genannt. Die Orgel war nämlich der Hauptgrund der Orthodoxen, sich von Rabbiner Levi abzuwenden und später eine Austrittsgemeinde mit eigener Synagoge in der Steinstraße zu gründen. Diese Rechtgläubigen befolgten die Religionsgesetze dem Buchstaben nach in voller Strenge, wie ihre Vorfahren es seit jeher taten. Was in der Bibel steht, und was rabbinische Verordnung, "Halacha" ist, muß befolgt werden.

Im Jahre 1852 kommt eine traurige Dame in Gießen an. Es ist Frau Löwenstein, die ein Dutzend Jahre zuvor mit ihrem Gemahl Hirsch nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewandert war. Nun ist ihr Mann darüber verstorben, und sie hatten keinen Sohn. Da muß unweigerlich ein Gebot angewendet werden, wie es im Fünften Buch Moses, Kapitel 25, expressis verbis steht: Der Bruder des Verstorbenen muß die Witwe ehelichen. Weigert sich aber der Schwager, dies zu tun, ist eine Zeremonie zu vollziehen, derentwegen die Witwe Löwenstein die lange Schiffsfahrt über den Atlantischen Ozean zurück nach Gießen hat machen müssen. Vor Zeugen muß sie einen Schuh vom Fuß des Eheverweigerers ziehen, muß vor seinem Antlitz auf den Boden spucken und sagen: "So geschehe dem Mann, der das Haus seines Bruders nicht erbaut." Daraufhin hat sich Frau Löwenstein wieder nach Amerika eingeschifft. Die biblische "Chaliza" hat sie und ihren Schwager von einer aufgezwungenen, vielleicht sogar beiderseits unerwünschten Leviratsehe entbunden. Der Grund dieses Gesetzes aber war ursprünglich ein ausgesprochen sozialer zum Schutze der Frau.

So waren die Gießener Juden und die des Umkreises. Nicht zu verwundern, daß eine solche Gemeinschaft starrer Strenggläubiger in ihrem religiösen Enthusiasmus den jahrhundertlang währenden Angriffen gegen sie standhalten konnten.

Gießener Gassen - Geschichten

Unter den Erinnerungen aus seiner Jugend- und Schulzeit nennt Louis Frech (1858-1936) mehrere jüdische Personen und auch Begebenheiten. Ein Gruppenbild, wohl um die Jahrhundertwende, zeigt Angestellte der Firma Heyligenstaedt, von denen einer Herzberger und ein anderer Grüneberg heißt (p. 19). Auf der abgebildeten Stammtischplatte der "Union 1873" sind Dutzende von Mitgliedernamen säuberlich eingeschnitzt; jüdische Namen sind von Antisemiten zu beseitigen versucht worden, sind aber immer noch lesbar. Der Tisch steht jetzt im Dach-Café und wird von der Besitzerin, Frau Erika Bliedung, die mir dies berichtet hat, treu bewahrt (p. 26). Louis Frech erwarb 1907 das Haus in der Ludwigstraße 18 von Ganss Scholum (sic), der in der großen Dokumentation "Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945" von Erwin Knauß unter Nr. 257 aufgeführt ist (p. 21). Weitere jüdische Namen sind Alteisenhändler Rothenberger (p. 166), Metzger Kessler vom Neuenweg (p. 207) und Hausbesitzer Wetterhahn, Grünstein und Rosenbaum in der Liebig- und Bahnhofstraße (p. 193).

Von geschichtlicher Bedeutung ist die sonst nirgends noch aufgezeichnet gefundene Existenz einer israelitischen Elementarschule, die am Burggraben in einem Häuschen untergebracht war, das zum Café Ebel gehörte. Der dort tätige Lehrer hieß Arje Löb Rosenthal (p. 48).

Ein beträchtlicher Teil der Erinnerungen führt uns das Treiben im alten Gießen vor Augen. Da spielen sie mit Kastanien und warfen diese flach über die Pflastersteine am Kreuzplatz. Eine trifft, unbeabsichtigt, den vorbeigehenden jüdischen Bürger Elias Meier am Kopf. Da reißt die ganze Bande fluchtartig aus und gewahrt in der Judengasse ein ihnen unbenutzt erscheinendes Haus. Bedauerlicherweise, so Frech, kam ihnen das Verlangen auf, die Kastanien mittels Bombardement der Fensterscheiben loszuwerden. Ein Nachbar kam und schimpfte, und wieder liefen die Buben weg. Prahlerei ob der Heldentaten wechselten mit "Ehme" (Angst) vor dem Bevorstehenden, mancherorts wurden unausgezogene Kleider ausgeklopft, denn die Gießener Väter waren in Bestrafung von Ungezogenheiten solidarisch (pp. 109/110).

Noch einmal kommt die Rede auf den Makler Elias Meier, der als ein gutmütiger, behäbiger Mann mit immer freundlichem Gesicht geschildert ist. Im Jahre 1866 kommt Franz Knie, ein Vorfahr der von Carl Zuckmayer so schön beschriebenen Seiltänzerfamilie der Katharina Knie, nach Gießen und wird Idol der Buben. Bei einem weiteren Besuch tänzelt er hoch über dem Kreuzplatz. Da hört man Elias Meier sagen: "Iwwer dem Sail laaf ich aach!" Das greifen die Buben auf, und wann immer Herr Meier am Kreuzplatz in ihre Sicht kommt, rufen sie im Chor "E-li-aaas!" Er bleibt stehen und hört von hinter ihrem Versteck "Iwwer dem Sail laaf ich aach!" Da sagt er: "Schmus, soll ich mer ärjern; es leit mer uff!" - und geht weiter (p. 130).

Ein anderer Bösen-Bubenstreich betraf den "alten Kleiderjuden" Awwele Beyfuss. "Der Mann trübte kein Wässerchen, brachte sich und seine Familie schlecht und recht durch, reizte aber durch seine eigentümliche Sprache mit ausgeprägt jüdischem Jargon, überhaupt durch sein

ganzes Wesen, die Spottlust der Jungen". Diesem guten Mann also wollten sie in ihrem Übermut ein Ständchen bringen. So zogen sie über die Mäusburg durch das enge Judengäßchen. Auf ihrem Weg sprangen sie alle über einen Stein, der ein Kanalloch mitten in der Judengasse verdeckte, denn da soll, nach einer blödsinnigen und von niemandem geglaubten Überlieferung, ein Jude begraben sein. Vor Awweles Haus, gegenüber der Dreihäusergasse, begannen sie, Lieder zu singen. Der Mann kam ans Fenster und sagte schmunzelnd und wohlgefällig: "Wart, es kriegt jeder ebbes!" - und reichte den Buben Äpfel, was diese mit dreimaligem Hurra quittierten. Dann aber bemächtigte sich der Bande etwas arg Häßliches, von Frech selbst "nicht schön und schnöder Undank" bezeichnet; die Lausbuben gröhlten: "Der Bismarck kommt geritte, die Zeitung in der Hand, o weh ihr arme Jidde, die Cholera is im Land!" Der also Verspottete und Beleidigte reagierte schnurstracks, indem er einen Kübel Wasser über die Bande ausschüttete. Bevor diese wieder Reißaus nahmen, fielen sie über den Leopold Beyfuss her, "der sich tapfer seiner Haut wehrte und dadurch mächtig in unserer Achtung stieg" - so erinnert sich Louis Frech. In Gießen aber hieß es anderen Tages, die Buben hätten sich vom Awwele Beyfuss noch einmal taufen lassen (pp. 142/143).

Nicht nur die Kinder trieben Unfug, auch die Erwachsenen konnten ihn bisweilen nicht lassen, denn der Gießener besaß einen Hang, andere zu verspotten, was mit seinem Verfügen über eine gute Dosis Humor kommentiert wird. Wohnte da anno 1869 auf dem Asterweg ein jüdischer Schreibwaren- und Drucksachenhändler namens Eduard Spier, ein braver und gutmütiger Mann. Leider aber hatte er von Geburt an einen Schönheitsfehler - auffallend dicke, wulstige und aufgeschwollene Lippen; daher nannten ihn die Gießener den "schönen Eduard", und bedachten ihn, ohne es argwöhnisch zu meinen, mit einem schillernden Verschen:

Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,
 Verderblich ist das Tigertier,
 Doch das Schrecklichste der Schrecken
 Das ist ein Kuß vom Eduard Spier.

(p. 180)

Geschichten aus Gießen von und mit Louis Frech, 1858-1936. Gießen, Union Gießen 1873 und WTB (Wort - Ton - Bild) Verlag 1986. Das Buch wurde mir dankenswerterweise von Dr. Erwin Knauß zur Verfügung gestellt.

Der Levit

Am 26. Juli 1882 ereignete sich ein Schauspiel, das für die Kulturwelt von großer Bedeutung war, und für die kleine Welt der Gießener jüdischen Gemeinde ein pikantes Nachspiel hatte: die Uraufführung des "Parsifal" in Bayreuth.

Bekanntlich war Richard Wagner ein unverbesserlicher Antisemit. Das hinderte viele Musiker, die Kunst von Persönlichem unterschieden, nicht, sich der Kunstauffassung des Komponisten anzuschließen. So auch Hermann Levi, der erfolgreiche Dirigent, ein Gießener.

Erfolge und Anerkennung waren Wagner durchaus wichtiger als konsequentes Beharren auf gemachten Behauptungen. Er scheute sich nicht, Levi für die christlichste seiner Opern zu wählen. Jemand protestierte dagegen und warnte Wagner, Levi erfuhr es - und dankte ab. Da sandte Wagner ihm erst ein Telegramm und dann einen Brief, der die un-wagnerischen Worte enthielt: "Verlieren sie nichts von ihrem Glauben", und Levi kam zurück und führte die Oper und den Komponisten zu einem großen Erfolg.

Nach beendiger Oper schritt Wagner, wie es seine Gepflogenheit war, an der Spitze seiner noblen Gesellschaft durch sein Festspielhaus, einem Hohepriester gleich. So stieß er auf den Bewirker seines Erfolgs, auf den Leviten. Aber eine Überraschung erwartete ihn hier: zur Seite Hermann Levis stand sein Vater, der alte Rabbiner aus Gießen. O, wie unangenehm!

Wagner wußte sich durch gespielten Übermut aus der Klemme zu ziehen, begrüßte den alten Rabbiner aufs herzlichste und sagte: "Wie sind Sie mit Ihrem ungeratenen Sohne zufrieden?" "So ziemlich", antwortete Dr. Levi. "Ihr Hermann", sagte darauf Richard Wagner, "müßte als mein *alter ego* eigentlich den Namen Wagner führen!" Das sagte der Mann, der in seiner Streitschrift "Das Judentum in der Musik" den Juden jedes Verständnis für die Musik abgesprochen hatte.

Jahrelang versuchte der Komponist, den Dirigenten zur Änderung seines jüdischen Namens und auch seiner Religion zu bewegen; Hermann Levi, der Gießener Rabbiners-Sohn, blieb fest, zum Unterschied von vielen anderen. Die neuerdings gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen sind unangebracht.

Erzählt, und hier teilweise zitiert, von Josef Marx, dem Kantor der Synagoge in der Südanlage, im Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens, Mainz, 5. Jg. Nr. 6, Juni 1930. Auch: Josef Stern, Hermann Levi und seine jüdische Welt, in Zeitschrift der Geschichte der Juden, VII. Jg. 1970 Nr. 1, Tel-Aviv, Olamenu Verlag.

Ruhe, bitte

Der jüdische Mensch ist bekanntlich sehr vielen Geboten und Verboten verpflichtet, von früh bis spät, von der Geburt bis zum Tod. Letzteres erlangte in Gießen Aktualität, als der neue Friedhof um die Jahrhundertwende am Rodtberg angelegt wurde. Die Stadtverwaltung war der an und für sich löblichen Meinung, ihre verstorbenen Bürger friedlich beieinander liegen zu lassen, und an dieser letzten Ruhestätte die im Leben trennenden Grenzen der Konfessionszugehörigkeit aufzuheben. Selbstredend hatten da die Rabbiner Dr. Sander und Dr. Hirschfeld ein Wörtchen mitzureden - Kritik aber kam aus anderer Richtung:

Siefener Religionskrieg

Im scheene Giese an der Laa
 Da hat — Gott soll's er lohne —
 Die Schbadt en Kerchhof uffgedhaa
 For alle Konfessione.
 En Kerchhof, da hält jeder Raß,
 Woher er däch dhut schdamme,
 Was sich im Leue bees gchäft,
 Leiht da im Dod beifamme.
 Das wår soweid ganz wohlgedhaa,
 Do klöblich fängt zu schreie
 Der brotestant'sche Pfarrer aa:
 „Ich muß de Kerchhof weihē.
 Ich muß en weihē, gebt's nor zu,
 Dann werd en Gott beschütze,
 Doch wenn ich en net weihē dhū,
 Da kann mer'n net beihē.“
 Der Berjermeister dhut erklären,
 Des könt er nor erlaume,
 Wann damit einverschdanne wår'n
 Die wo was Annersch glauwe.
 Un frägt die Kabbolike aa,
 Un däch de Kabbli frägt er;
 Die Kabbolike sage: Naa!
 Des is e Plan, e schreckter. —
 Der Protestant hört de Beschluß
 Un kriecht en klädne Schrecke.
 Un sätzt bei sich voll Zorn: Ich muß
 Es bene Vrieder schbede.
 Un dhut Euch bei der erschte Leich,
 En scheene Obiisch *) versiehre;
 Schbadt, daß er redd't vom Himmelreich,
 Da dhut er rāsonniere.
 Er war Euch mit sein ganze Schdad
 Zu dere Leich erschiene.
 E Schimbfer ei am off'ne Grab,
 Des hädßt em Herrgott diene.
 Der Kabbli schweigt allādins un denkt:
 „Weschugge. So e Zores.
 Ich wiß mich net enel. Gehent!
 Wer dod is, is kapores!
 Ob mer des Grab kabbolisch weih't
 Un ob mer's Ewangelisch,
 Des mecht de Dode wenig Freid
 Un mecht se däch net selig.“ —
 — So denk ich däch. Pfui Teiwel! zu
 Is des däch e Venehme?!
 So ebbes nennt mer Grabestruh —
 Des Giese sollt sich schdme!

*) sprach.

Denk mal drei Silben, dreh dich dreimal um!

Unter der Ägide der Gießener Ludwigs-Universität ist ein Bismarckturm errichtet worden. Kommerzienrat Heichelheim wurde, wie auch andere Juden, als einer der Geldspender dazu genannt. Das versetzte den studierenden Antisemiten einen förmlichen Wutanfall, und, sich auf eine beiläufige Bemerkung des Sprechers der Studentenschaft beziehend, schrieb wutschnaubend die "Deutsche Volkswacht": "Besteht denn die ganze Poesie des Studentenlebens nur in einigen hundert Mark Judengeld? Sollte das wirklich die Anschauung der gesamten Gießener Studentenschaft sein? Dann können uns diese Herren herzlich leid tun. Wenn die Herren Studenten diesmal auf die finanzielle Unterstützung nicht studentischer Kreise angewiesen waren, dann hätten sich in Gießen gewiß noch national gesinnte deutsche Männer gefunden, die zu diesem Zwecke gern ihr Scherflein beigetragen hätten. Man brauchte dann nicht zu den Juden betteln zu gehen ... Wir glauben, der selige Bismarck würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß die Gießener Bismarcksäule nur mit Hilfe jüdischen Geldes erbaut werden konnte."

In der nächsten Nummer sah sich jedoch das Antisemitenblatt zur Aufnahme einer Erklärung des **R e k t o r s** der Gießener Universität vom 12. August 1905 genötigt:

In Nr. 60 der "Deutschen Volkswacht" vom 5. August d.J. findet sich eine falsche Darstellung der Art, wie sich Herr Kommerzienrat Heichelheim an der Bismarcksäule beteiligt hat, die mit Rücksicht auf den gleichzeitig vorgenommenen **g r o b e n A u s f a l l** gegen seine Beteiligung eine Zurückweisung und Aufklärung des Sachverhalts von mir verlangt.

1. Die Gießener Studentenschaft ist nicht "zu den Juden um eine finanzielle Unterstützung betteln gegangen," sondern Herr Kommerzienrat Heichelheim hat mir aus freiem Antrieb einen freiwilligen Beitrag zu dem Bismarckturm übergeben.
2. Die Herren Studenten waren diesmal nicht auf die finanzielle Unterstützung nichtstudentischer Kreise angewiesen; der Bismarckturm wäre auch ohne den freiwilligen Beitrag des Herrn Heichelheim aus eigenen Beiträgen der Studentenschaft und von Dozenten der Landesuniversität errichtet worden.
3. Der selige Bismarck würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er den groben Ausfall im Ihrem Blatt hören könnte, denn die Bedeutung des Bismarckturmes als nationales Denkmal der Gießener Studentenschaft wird durch den generösen freiwilligen Beitrag des Herrn Kommerzienrates Heichelheim in keiner Weise herabgewürdigt ...

gez. **V o s s i u s**

Hätte der zeternde Antisemit mit seinen Artgenossen und seinem Hetzblatt sich besser in der Stadt umgesehen, wären ihm eine ganze Menge Gebäude und Einrichtungen aufgefallen, die alle mit freiwilligen Spendengeldern, auch von vielen jüdischen Bürgern, errichtet wurden. Er dürfte mit all seinem Anhang z.B. nie das Stadttheater betreten, denn in seinen Mauern steckt sehr viel jüdisches Geld. Nicht nur das - dem 1903 gegründeten Komitee zum Theaterbau stand ein ihm wohl Bekannter vor: Herr Kommerzienrat Heichelheim!

Am Theater prangt die Aufschrift "EIN DENKMAL BÜRGERLICHEN GEMEINSINNS", und dem Reichskanzler, der die Gleichberechtigung der Juden forderte, ist eine BISMARCKSÄULE gewidmet. Jene Antisemiten verdienen von all dem nicht mehr als drei Silben - GEMEIN und SÄU.

Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 15. Jg. Nr. 34, 23.08.1905, p. 271.

Übermut und Unterhemd

Für Studenten ist es ein leichtes, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, besonders wenn nach den beschwerlichen Fronttagen des ersten Weltkrieges Übermut sich geltend macht, und dazu noch geschürt wird. Das mußte der stud. med. Rudi Rosner erfahren.

Als es wenig zu beißen und zu schlucken gab, bekam er ab und zu Kuchenpakete zugeschickt; mit denen kamen gleichzeitig auch immer seine Kommilitonen in die Bude in der Bleichstraße, und die wußten, warum. Da wurde viel "geflachst" und gelacht. Einmal aber, es war im Winter 1919 oder 1920, wollte er sich doch schlafen legen, und da hatten die schon wieder was zu beanstanden: "So macht man das nicht - mit einem Hechtsprung geht's ins Bett! Und überhaupt - in so einem Unterhemd?!" Das war dem Studiosus aber doch zuviel, er wollte Eigenständigkeit beweisen, und rannte zu aller Gaudium im Unterhemd in die Südanlage. Und rannte in einen Schupo. Der hatte nichts anderes zu tun als ihn "aufzuschreiben" wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Es ist uns nicht überliefert worden, welche Strafe ihm auferlegt wurde.

Später, in Israel, kam Dr. Rafael Rosner noch sehr intensiv mit dem Gesetz und seiner Anwendung in Berührung - er wurde Gefängnisarzt.

Mitgeteilt von Frau Herta Rosenbaum am 14.08.1988.

Welche Schande ...

"Risches" war allen deutschen Juden ein vertrauter Begriff, mit dem sie leben mußten, er bezeichnete umgangssprachlich den allgegenwärtigen Antisemitismus.

Dr. Ernst Imanuel Simon ist ein in Israel bekannter und kompetenter Sportarzt. Im Zuge der Dokumentation der jüdischen Bevölkerung Gießens mit Dr. Erwin Knauß stieß ich auf ihn, und er erzählte mir vieles.

Als Kriegsteilnehmer konnte er 1919 ein Zwischensemester an der medizinischen Fakultät in Gießen belegen, Ersatz für verlorengegangene Studienzeit. Durch und durch Sportler, erlangte er als Erster das neu eingeführte Sportabzeichen; der Dekan versammelte alle Medizinstudenten, betonte die Wichtigkeit der Leibesübungen und verlieh ihm feierlich das Abzeichen. Bei einem Hallensportfest am 18. Januar 1920 wurde er Sieger im Hochsprung.

Mit anderen jüdischen Studenten war er Mitglied im K.J.V., Kartell jüdischer Verbindungen, das in Gießen gerade im Entstehen, offiziell noch nicht registriert war, und vorerst als "Stammtisch" bezeichnet wurde. So auch ließ man es zu einem von der Universität angekündigten Geländelauf zu, und so wurde es akzeptiert.

An einem Sonntagmorgen im Dezember wurde dieser Geländelauf ausgetragen, von Gießen nach Wieseck und wieder zurück. Die drei Ersten, die am Ziel ankamen, waren Simon, Grünebaum und Rothschild. Das Ziel war am oberen Ende des Seltersweg, wo sonntagvormittags die Bürger zu promenieren pflegten. Dr. Simon, der sein gut geführtes Tagebuch noch besitzt, erinnert sich, daß er von den Gießener Juden daraufhin mehrere Würste, eine Gänsekeule, Obst und Blumen bekam, und am Abend wurde im K.J.V. gefeiert. Und dann setzte der Risches ein - die Universität wollte dem K.J.V. den ersten Preis nicht geben, denn man hätte im entsprechenden Register keine Eintragung gefunden! Darauf erklärte Simon, unter solchen unsportlichen Umständen verzichten sie auf den Preis, werden aber Konsequenzen ziehen. Tags darauf erschien ein hoher Beamter der Universität in seinem Studentenzimmer und sagte, man hätte die Angelegenheit vor den Senat gebracht und ihnen den Preis doch zugesprochen. Da entgegnete Simon, er müsse es erst mit seinen Bundesbrüdern besprechen. Alsdann teilte er dem Beamten mit, daß sie den Preis annehmen werden, aber unter der Bedingung: Ankündigung am "Schwarzen Brett" und offizielle Überreichung. Und so geschah's.

Ein Assistenzarzt, ebenfalls Mitglied des K.J.V., erzählte, daß am Tage nach dem Geländelauf der Chef seiner Klinik wehklagte: "Welche Schande, wir sind gestern von den Juden besiegt worden!"

Grün gerettet

Frau Herta Rosenbaum ist so alt wie unser Jahrhundert - genauer gesagt: acht Tage jünger. Als sie, eine junge Studentin, 19 wurde, bereitete ihr ihr Freundeskreis eine Überraschung - ein Ständchen vor ihrem Haus in der Wilhelmstraße. Sehr begeistert müssen die jungen Leute da gesungen haben, denn es gesellte sich ihnen einer hinzu, von dem man keinen herkömmlichen Takt erwarten konnte - ein Schutzmännchen. Der bezichtigte die Sängerschar der öffentlichen Ruhestörung und zückte seinen amtlichen Schreibblock. Da aber gewahrte er unter den jungen Leuten ein bekanntes Gesicht. "Sie sind doch das Mädchen, das immer mit der grünen Mütze herumgelaufen ist!" Tatsächlich war Lilly Weil aus der Neustadt, Hertas gute Freundin, als Schülerin des humanistischen Gymnasiums eine Ausnahmeerscheinung in der Stadt, denn die grüne Mütze wurde sonst nur von Jungens getragen. "Na, also studiert mal schön weiter", sagte der Ordnungshüter und ging seines Weges - vielleicht sogar im richtigen Takt.

Erzählt von Herta Rosenbaum, geb. Weissenberg, verw. Schramm, im Elternheim Bet Baruch zu Haifa, 14.08.1988.

Bellevue

Wie ein jüdischer Bürger fest in der Gießener Bevölkerung integriert war, zeigt ein Liedchen, das man in der Stadt gesungen hat.

Das monumentale Fachwerkhaus am Marktplatz 11 hieß "das Kaminka'sche Haus", denn der ehrwürdige Uhrmacher und Juwelier David Kaminka wohnte in ihm und hatte dort sein stadtbekanntes Geschäft. Daß er von den Nazis ausgewiesen wurde, aus Deutschland flüchten mußte und in hohem Alter von fast hundert Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika gestorben ist, als sein Haus am Gießener Marktplatz schon lange nicht mehr da war, tat dem Liedchen keinen Abbruch - erst neulich hörte ich es wieder in der Stadt.

Vor dem Haus stand das Denkmal mit dem dreigeteilten Brunnen, auf dessen hohem Sockel eine hünenhafte Gestalt stand, mit Schwert und hocherhobener Siegestrophäe, aber ansonsten nur dürrtügig bekleidet, den Krieg von 1870/71 verherrlichend. Dem Marktplatz zugewandt, besaß die allegorische Figur unvermeidlich auch eine recht naturgetreue Rückseite, und die war es, die das Liedchen entstehen ließ:

Der Opa Kaminka, den möcht ich net sein,
Der guckt ja dem Denkmal in den Popo hinein!

(Ältere Schlammbeißer können's bezeugen.)

Deutsch-Unterricht

Viele Juden aus Osteuropa waren nach Deutschland geflüchtet. Sie hatten es bestimmt nicht leicht, sich an eine fremde Umwelt zu gewöhnen, und auch der jüdische Typ im Reich war in vielen Hinsichten anders, als was sie gewohnt waren. Aber sie waren zuversichtlich, erlernten Berufe oder studierten, gründeten Familien, erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit und zogen als brave deutsche Soldaten in den Ersten Weltkrieg. Daß sie trotz ihrer redlichen Bemühungen von manchen Bevölkerungsschichten oft herablassend als "Ostjuden" bezeichnet wurden, bestärkte nur ihr Anpassungsbestreben, und man muß nicht unbedingt ein Psychologe sein, um zu erkennen, daß hierbei oft übertrieben wurde.

Ein solcher junger Mann gelangte aus der Ukraine nach Oberhessen, erlernte ein gutes Handwerk und eröffnete noch vor der Jahrhundertwende ein Geschäft in Giessen. Es florierte, wurde vergrößert und ins Stadtzentrum verlegt, der Inhaber - es war Herr David Kaminka - war in der inzwischen gegründeten Familie, in der Synagoge und in der Gesellschaft eine anerkannte Persönlichkeit, und selbst in den Vorstand seiner Innung wurde er gewählt.

Kurz nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst stand er eines Morgens wieder in seinem Geschäft, als zwei junge Männer hereinkamen, um für Mitgliedschaft in der just organisierten Ortsgruppe der zionistischen Bewegung zu werben. Da wollte der Herr des Hauses aber nicht mitmachen, und es entfachte sich, wie das bei Juden so üblich ist, eine heftige Diskussion. In der Hitze des Gefechts entfuhr es dem Geschäftsmann: "Aber das ist doch eine ostjüdische Angelegenheit!" Und einer der jungen Herren erwiderte: "Wissen Sie, Arminius der Cherusker hatte einen Gefreiten, der hieß auch Kaminka!"

Mitgeteilt von Dr. Josef (Seppel) Spier sel., der dabei war. Der andere Herr war höchstwahrscheinlich der nachmalige Schriftsteller Gerson Stern ("Weg ohne Ende").

Vorstellung

Wenn man heute in der Bundesrepublik Jüdisches darbietet, in Radio- oder Fernsehsendungen und auf Bühnen, dann ist das überwiegend Ostjüdisches. Das Wesen des bodenständigen deutschen Judentums ist vergessen. Im allgemeinen wissen die Bundesbürger nicht, daß zwischen den deutschen Juden und denen aus Polen und Rußland eine Unterschiedlichkeit bestand, die sich in der Mentalität und in der Lebensweise offenbarte. Zeitweise führte die Differenzierung zu Spannungen. Den deutschen Juden waren Sprache, Habit und Umgangsformen ihrer östlichen Religionsbrüder zuwider, diese mit ihrem umfangreichen biblischen und talmudischen Wissen fühlten sich den "Jeckes" turmhoch überlegen und hielten den stark assimilierten Großstadtjuden für den Prototyp des deutschen Judentums. Es waren die Männer und Frauen der aufkommenden zionistischen Bewegung, die den Weg zu den "Ostjuden"

suchten und fanden; die Allgemeinheit der jüdischen Deutschen aber wollte keinen "Bollack" im Bekanntenkreis, geschweige denn in der Familie.

Die folgende, sehr kurze Begebenheit ist weltweit bekannt geworden. Wo und wann immer ich sagte, daß ich aus Gießen stamme, erzählte man sie mir wieder - bei Bodenbearbeitungen in Orangenplantagen von Rischon Le-Zion, auf der Jerusalemer Universität oder in den Washington Hights in New York City. Sammy Gronemann soll sie in einem seiner Bücher erwähnt haben.

Nach Gießen gelangte die Kunde, daß ein berühmter "Rebbe" aus dem Osten im nahen Bad Nauheim zur Kur weilte. Dr. Hirschfeld, der Rabbiner der orthodoxen Gemeinde in der Steinstraße, wollte sich eine Begegnung mit ihm nicht entgehen lassen, vertrat er doch mit zelotenhaftem Eifer das streng gesetzestreue Judentum, stand einer "Austrittsgemeinde" vor, und glaubte mit Recht, sich mit jedem Talmudgelehrten messen zu dürfen.

Im allen bekannten dunklen Anzug und schwarzen Zylinder nahm er den Zug nach Bad Nauheim. Die Begegnung soll vor dem Aufzug des Hotels stattgefunden haben und, wie gesagt, sehr kurz gewesen sein.

Der Gießener, seine Hand ausstreckend: "Großherzoglich Oberhessischer Provinzial- und Ober-rabbiner Dr. Hirschfeld."

Der Rebbe: "Mejglech" (Möglich).

Exegese

Irgendwo in Gießen veranstaltete man einen öffentlichen Wohltätigkeitsabend. Unter den bedienenden Damen waren selbstredend auch Jüdinnen. An einem der Tische saßen angeheiterte Studenten; einer von ihnen rief: "Komm doch mal zu uns, schöne Sara, und schenk uns ein!"

Die Dame trat zu ihnen, und während sie ingoß, sagte sie ganz ruhig:

"Sie irren, meine Herren. Es war Rebekka, die die Kamele tränkte."

Die Dame war angeblich Lola Klein, die Tochter des Kantors der Synagoge in der Steinstraße, Bernhard Klein s.A.

Beschnittene Wurzeln

Recht tragikomisch mutet heute ein retrospektiver Blick auf einen ganz spezifischen Teilaspekt des Antisemitismus an, der unter dem Lehrpersonal und der Studentenschaft der Ludwigs-Universität lange schon vor der sogenannten "Machtübernahme" heftig wütete.

Begegnet uns da der Ordinarius Julius Geppert, über den der Bibliotheksrat und Historiker Andreas Anderhub später schrieb: "In der Medizinischen Fakultät hatte Julius Geppert

uneingeschränkt Zustimmung erfahren, als er 1907 gegenüber den russischen Studenten in Gießen seiner Ausländer- und Judenfeindlichkeit und auch, kaum verdeckt, seiner Revolutionsfurcht Ausdruck gegeben hatte." (1) Wie mußte der emeritierte Pharmakologie-Professor Dr. Julius Geppert wohl gedacht, protestiert, geflücht, und sicher auch gezittert haben, als ihm am 20. Juli 1933 die Lehrbefugnis entzogen wurde, weil er laut Paragraph 3 des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" - ein Vierteljahr zuvor erst veröffentlicht - als "Halbjude" erkannt wurde!

Einige Gedanken sollte sich ebenfalls der Außerordentliche Professor für Chemie Hans Freiherr von Liebig gemacht haben. Würde er über seinen weltberühmten Vorfahr hinaus in seine eigene Vergangenheit gescheut haben, so hätte sich ihm die Ur- Ur- Ur-Großmutter des 1803 in Darmstadt geborenen Johann Justus Liebig vorgestellt, die rein jüdisch war. Sie hieß Bilha und war eine Enkelin des jüdischen Pferdehändlers Lew oder Löw in Darmstadt. Zu Pfingsten 1650 wurde diese Jüdin getauft, und hieß fortan Sophia Dorothea Darmstädter. Demnach war der seit 1843 dem deutschen Adelsstand zugehörige Justus von Liebig, der rassentheoretischen Nomenklatur zufolge, zu 1/32 Angehöriger der jüdischen Rasse. (2)

Nichtsdestotrotz unterstützt der a.o. Prof. Hans Freiherr von nicht nur völkische und nationalistische Zielsetzungen, er war auch ein Verfechter des Antisemitismus und Mitglied der Hauptleitung des "Alldeutschen Verbandes", der im politischen Spektrum äußerst rechts stand, für Macht- und Kolonialpolitik, Annexionismus eingetragen war, und "rassenmäßige Zusammensetzung" des deutschen Volkes forderte. (3)

Wer Bernt Engelmanns Bilanz "Deutschland ohne Juden" (4) zur Hand nimmt, wird schnell herausfinden, daß Liebig sich in recht guter Gesellschaft befand!

(1) 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart. (Katalog der Ausstellung vom 11. Mai bis 25. Juli 1982), pp. 188, 192. Der Katalog wurde mir freundlicherweise von Herrn Museumsdirektor Dr. Firdhelm Häring überlassen.

(2) Unbekannte Jüdische Vorfahren christlicher Gelehrter. In Jüdische Familien-Forschung, Mitteilungen der Gesellschaft für jüdische Familien-Forschung, Jg. VII, September 1931, Heft 27, pp. 400-401. Mit Dank an Herrn Gad Landau, Haifa.

(3) 375 Jahre Universität Gießen 1607-1982, Geschichte und Gegenwart, a.a.O., pp. 188, 189.

(4) Engelmann, Bernt, Deutschland ohne Juden. Eine Bilanz. München, Franz Schneekluth, 1970.

Trude Hess Sel.

Fräulein Trude Hess aus der Alicenstraße war eine begabte und beliebte Schauspielerin am Gießener Stadttheater. 1930 spielte sie die Hauptrolle in William Somerset Maughams Bühnenstück "Die heilige Flamme". Mit diesem Drama war die Theatergruppe auch zu einem Gastspiel in Alsfeld eingeladen, und dort mußte Trude Hess eine schmerzhaft Erfahrung machen. Von ihrem ersten Auftritt an und bis zum Schluß des Aktes kam aus einer Ecke des

Zuschauerraumes störender Lärm und Gepfiff. Es waren Nationalsozialisten. Einer von ihnen, der aus dem Saal gewiesen wurde, war ein Student aus Gießen. Ganz unverhohlen gestanden die Lummel, daß ihr Geschrei der Jüdin gelte.

Die Reaktion des Publikums kam zu Beginn des nächsten Aktes. Kaum war Fräulein Hess auf den Brettern, brach spontan ein stürmischer Applaus los. Nicht nur das - der Alsfelder Bürgermeister entschuldigte sich für das fleghafte Benehmen der Nazis, und nach dem letzten Vorhang gab es, unter riesigem Beifall, Blumenspenden.

Der Theaterskandal kam bei der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Da versuchte ein Nazi mit gemeinen und vulgären Ausdrücken das Stück anzugreifen und herabzuwürdigen, um das Gebaren seiner Kumpane zu rechtfertigen. Es half ihm nichts, zu eindeutig waren die niederträchtigen Absichten der Antisemiten, eine Jüdin öffentlich zu verlästern.

Die Gießener Schauspielerin Trude Hess hat sich 1933 das Leben genommen.

Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens, Mainz, 5. Jg. Nr. 4, April 1930, p. 7.

Erwin KNAUSS, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933-1945, 3. (4) erw. Aufl., p. 224 (p. 231) unter Nr. 372b; Wiesbaden, Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, 1982 (1987).

Ein Nasenstüber

Ein Gießener Musikhändler liebte besonders Liszt, Mendelssohn und Wagner und ließ deren Porträts an seiner Hausfassade in Reliefs anbringen. Über den Standort des Hauses bestehen geteilte Meinungen - einige behaupten, es stand zwischen dem Café Hettler und der Bleichstraße, jemand anders sagt, es läge gegenüber, als letztes Gebäude des Selterswegs. Wie dem auch sei, als die Nazis an die Macht kamen und ihre Herrschsucht den Bewohnern zu spüren gaben, verdroß sie das musikalische Triumvirat, und sie beauftragten einen Handwerker, den Juden aus den Abbildungen wegzumeißeln. Arg erstaunt aber waren sie, als sie die Wand weniger Wagner wiederfanden! Zur Rede gestellt, gestand der Mann treuherzig: "Ei, ich hab doch den mit der größten Nas' weggemacht!"

Ein Beleg für diese Episode befindet sich im städtischen Archiv.

Her zu uns!

So lautet der Ruf der Kreisleitung des jüdischen Pfadfinderbundes für Hessen. "Jüdische Jugend bricht auf", heißt es da, "um dem deutschen Judentum einen neuen Grundstock zu geben. Täglich lesen wir von Zusammenbrüchen jüdischer Geschäfte, täglich lesen wir von Austritten aus jüdischen Gemeinden, täglich mehrt sich die Zahl der jüdischen Erwerbslosen ..."

Weiter wird in diesem Aufruf der unerträgliche Zustand des zerstrittenen deutschen Judentums beschrieben, und die Forderung an die Jugend, eine gesamtjüdische Haltung anzustreben, gestellt. Losgelöst von innenpolitischer Zerklüftung der Parteien soll die Jugend im "Jüdischen Pfadfinderbund Deutschlands", einem Erziehungsbund, zur freien Entscheidung angehalten werden. Hier können die ethischen Forderungen des Judentums - Ehrlichkeit, Lauterkeit des Charakters, Brüderlichkeit den Mitmenschen gegenüber, Hilfsbereitschaft - erfüllt werden.

Die pathetische Aufforderung zur Schaffung einer zeitgeborenen Einheitsfront der jüdischen Jugend schließt pragmatisch:

"Gerade an die jüdische Jugend in Klein- und Landgemeinden richten wir den Ruf, organisiert euch, bildet Ortsgruppen. Pfllegt den Geist jüdischer Gemeinschaft. Setzt euch umgehend mit Sekretariat der Kreisleitung des jüdischen Pfadfinderbunds für Hessen, Gießen, Moltkestraße 2, in Verbindung, unserer Unterstützung seid ihr gewiß."

Diese Adresse kennen wir, und so wissen wir auch, wer den Aufruf verfaßt hat. Es ist die rührige Frau Else Brumlik, seit langem schon Betreuerin der jüdischen Jugend. Neun Monate vor der Machtübergabe an die Nazis hat sie es geschrieben, ein Jahr vor den ersten pogromartigen Angriffen auf Juden in ganz Deutschland. Und der Gießener JPD wuchs, veranstaltete regelmäßige Heimabende, ging auf Fahrten, lud zu Elternabenden ein und erzog zu hehren Tugenden. Wir Buben und Mädchen hatten unsere Kluft, unsere Wimpel und unseren Führer - den von allen geliebten Sohn der Frau Brumlik, Horst.

Wenig später geschah in Gießen, was in dem historischen Roman "Stark wie ein Spiegel", allerdings mit *Licentia poetica*, erzählt ist. Die Hitler-Jugend überfiel den jüdischen Jugendbund, und im Gemeindehaus in der Lonystraße fand jene große, dramatische Versammlung statt, in der der Zusammenschluß der Bünde diskutiert wurde - diesmal freilich zionistisch betont und von denen, die den Nazi-Terror für eine bald vorübergehende Episode hielten, vehement angegriffen.

Noch im unglücklichen Schicksalsjahr 1933 ist die Familie Brumlik aus der Stadt geflüchtet und hat später im Kibbutz Matzuba eine neue Heimat gefunden - außer Horst. Der wurde von einer jugoslawischen Zwischenstation nach Deutschland zurückgefordert, um die Organisation der jüdischen Jugend, jetzt im "Maccabi" vereinigt, in die Hand zu nehmen, und die Leute zur Auswanderung vorzubereiten. Bald darauf mußte er wegen seines Lungenleidens in die Schweiz gehen. Nach dem Krieg wieder in Gießen, hat er, zusammen mit Fritz Kaminka aus Israel, zum Andenken an die untergegangene jüdische Gemeinde die Errichtung der Gießener Gedächtnis-Synagoge in der Haifa-Bai bei der Stadtverwaltung angebahnt.

Dem Ruf seiner Familie "Her zu uns!", diesmal aus Israel kommend, konnte der leidende Horst Brumlik nicht folgen, doch hat er auf seine Weise dorthin seinen Pfad gefunden.

Mitteilungsblatt des Landesverbandes Religionsgemeinden Hessens, Main, 5. Jg. Nr. 1, Januar 1930, p. 4; 7. Jg. Nr. 4, April 1932, p. 4.

Josef Stern, Die Gießener Juden in Israel. Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Giessen, N.F. Bd. 65, 1980, p. 16 (Bild), pp. 24-25, 29-33.

Josef Stern, Stark wie ein Spiegel, Gießen, W. Schmitz Verlag, 1989, pp. 51-76.

Tapfere Traude

So mancher Nazi in der Stadt trieb es gleich von Anfang an recht schlimm und schikanierte Juden bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Die Rowdies schreckten auch nicht davor zurück, Kinder zu belästigen, und wenn ein solcher Nazi auch Lehrer war, gab es für ihn nichts Leichteres, als seine jüdischen Schüler vor der ganzen Klasse zu beschämen. Dafür gibt es leider viele Beispiele.

Ein kleines Gießener Mädchen hat das auch über sich ergehen lassen müssen. Sie hieß Gertraud Siesel, man nannte sie Traude. Das mißfiel dem Lehrer, denn eine Nichtarierin, so erklärte er seiner Klasse, dürfe einen derart urdeutschen Namen nicht tragen. Er hängte dem Kind einen anderen Namen an und befahl ihm, diesen vor der Klasse zu wiederholen. Das jüdische Kind aber weigerte sich, das zu tun, und sagte immer wieder: "Ich heiße Traude Siesel". Der Nazi wurde zornig, das Kind ließ sich nicht unterkriegen. Da schrie er: "Zum allerletzten Mal - wie heißt du?"

Die kleine Jüdin bewies Mut und erwiderte recht betont:

"Trau - de Si - esel".

Diese Begebenheit wurde in den frühen 30er Jahren in der Stadt unter den jüdischen Bürgern herumgesprochen.

Tante Jettchens Warnung

In der Synagoge dürfen sich die Frauen nur in dem für sie bestimmten, abgesonderten Raum befinden. Wenn eine Frau diese althergebrachte Regel bricht, dann muß schon etwas Furchtbares geschehen sein - und das passierte auch einer alten Gießenerin, die an einem Wochentag die hintere Tür der Synagoge in der Steinstraße aufstieß und sehr aufgeregt zu den Männern stürzte, die das Abendgebet verrichteten.

Es war unsere liebe Tante Jettchen, gottesfürchtig und die Gesetze bis auf die kleinste Kleinigkeit genauestens einhaltend, doch war es ihr nie vergönnt gewesen, eine ordentliche Schulausbildung zu absolvieren; klein und buckelig war sie auch, und bis in ihre alten Tage ist sie unverheiratet geblieben. Einmal lebte sie mit ihrem Bruder, unserem Großvater, ein anderes

Mal mit einem Vetter, und zuletzt wohnte sie mit uns in dem Ghetto in der Walltorstraße. Allen half sie, wo immer sie konnte.

Am Oswaldgarten ging sie vorbei, als ein Lastwagen voll schreiender SA-Leute heranfuhr, an welchem Transparente mit schrecklichen Aufschriften waren. Und da schrieten die Nazis auch im Chor. Und da rannte die alte Frau zur Synagoge, um ihre Gemeinde zu warnen.

Den Herrn Bernhard Meier packte sie am Ärmel und zerrte ihn zur Tür. "Habt ihr's denn nett gehört?" 'Wir dulden keine Sabbat-Tage' schreien sie!"

Herr Meier sah sie ungläubig an, doch da hörten sie alle schon das Schreien der Nazis, deren Lastwagen nun von der anderen Richtung die Steinstraße hinabfuhr. Sie hörten es und sie lasen es: "Wir dulden keine Sabotage!"

Kaum einer lächelte über die Ungelehrsamkeit der störenden Frau. Keiner aber konnte ahnen, welcher Schrecken wirklich in der Warnung der Tante Jettchen steckte - auch diese schöne Synagoge wurde von Nazihorden niedergebrannt.

Eigenes Erlebnis.

Lachen im Leid

Das Folgende ist ausschließlich auf einen bestimmten Ort bezogen, es ist vielerorts gehört und weitererzählt worden. Mit dem Aufkommen einer politisch bedauerlichen Situation in unserer Stadt aber trägt es zur zeitweiligen Gestaltung eines Genre-Bildes innerhalb einer jüdischen Familie in Gießen bei. Es ist der politische Witz im "Dritten Reich".

In den süd- und westdeutschen Dörfern war der Viehhandel quasi ein jüdisches Monopol. Die Ursache liegt in dem langwährenden Verbot für Juden, Boden zu besitzen, und ihrem gleichzeitigen Ausschluß aus den Handwerksbetrieben durch die Zünfte. Blieb ihnen der Handel, und ein einmal angefangenes Unternehmen wurde stets von den Söhnen weitergeführt.

In Gießen wurde alle 14 Tage ein großer, zentraler Viehmarkt abgehalten, hinter der Bahnüberführung am Oswaldgarten, gegenüber dem Bahnhof des "Bieberlieschens". Da kamen sie alle angereist, die jüdischen Viehhändler, manche sogar von weither, und handelten und unterhielten sich in der ihnen eigenen Sprache, dem "Jüdisch - Deutsch", das zur Fachsprache ihres Gewerbes geworden war, und auch von den christlichen Geschäftspartnern verstanden und gesprochen wurde.

Die im Terrorstaat Schlag auf Schlag verkündeten Gesetze und Verordnungen gegen die jüdische Bevölkerung verboten ihnen eines Tages auch die Teilnahme am Gießener Viehmarkt. Jemand jedoch war dieser erwerbsverhindernden Ausschließung mit einer anderen zuvorgekommen: die Hoteliers nahmen die Juden, die jahraus, jahrein bei ihnen zu übernachten pflegten, nicht mehr auf. Sofort erwies sich in dieser Zwischenzeit eine jüdische Solidarität,

indem Familien die Viehhändler, die sehr früh am Morgen zur Stelle sein mußten, bei sich zum Übernachten aufnahmen.

Das taten auch meine Eltern. Wir wohnten damals bereits, nachdem wir aus dem unter Denkmalschutz stehenden alten Fachwerkgebäude am Marktplatz ausgewiesen wurden, in dem ehemaligen jüdischen Altersheim in der Walltorstraße 48 (jetzt 36), das später eines der drei Ghettohäuser wurde, in die man alle noch in der Stadt verbliebenen Juden unter menschenunwürdigen Bedingungen einpferchte. Die Eltern sahen in jener Hilfeleistung auch eine zuzügliche, wenngleich dürftige Einnahmequelle, zumal mein Vater vom Handelsreisenden zum Hausierer bei den jüdischen Familien umschwingen mußte. Jedes Bett, jede Schlafgelegenheit wurde den Viehhändlern zur Verfügung gestellt, und die Eltern verbrachten die Nacht irgendwie in der Küche. Wir Kinder wurden ausquartiert und gingen zu Verwandten und Bekannten schlafen.

Um nicht von Mitschülern auf dem Gang zum jeweiligen Übernachtungsort gesehen zu werden, machte ich mich mit der für den nächsten Tag gepackten Schultasche so spät als nur möglich auf den Weg. Bis das geschah, blieb ich mit den Viehhändlern in unserer Wohnung zusammen. Sie tranken mit uns Kaffee, rauchten, spielten Karten und erzählten Witze. Eine höchst sonderbare Atmosphäre herrschte in der Stube: Die Türen fest verschlossen und verriegelt, Fenster und Fensterläden zu, Vorhänge ebenfalls, und man erzählte flüsternd, mit vorgehaltener Hand, und lachte. In den Tagen der stets zunehmenden Verfolgung und des sich zuspitzenden Terrors, als Osthofen und Dachau bereits wohlbekannt, gefürchtete Begriffe waren, florierte der politische Witz. Selbstbetrügerische Ausflucht? Überlebensstrategie?

"Habt ihr schon gehört - man hat Hitler prophezeit, daß er an einem jüdischen Feiertag sterben wird."

"Das kann doch net wahr sein, das wär doch ..."

"Doch - denn jeder Tag, an dem er sterben wird, wird ein jüdischer Feiertag sein!"

Am ausgebrannten Reichstagsgebäude in Berlin haben die Bauarbeiter eine große Aufschrift angebracht: "Daß wir hier arbeiten, verdanken wir dem Führer!"

Da führt mer e Kuh zum Schuk (Markt), un die Pore (Kuh) läßt von hinne was uf die Gass falle. Jemand anners siehts net un trabbt anei. Da hebt er die Hand un schreit: Heil Hitler! - Nu, die Rischesköpp (Antisemiten) nehme den fest un verhaache'nen. Der abber sacht: Ei ihr habts ja selwer iberall aageschriwwe: "Trittst du in ein Geschäft hinein, so soll dein Gruß Heil Hitler sein!"

"Wo fühlt sich der Führer am wohlsten?"

"Aufm Klo. Da hat er nämlich die braune Masse hinter sich, und den einzigen Arbeitslosen vor sich."

Die Klasse hat einen Aufsatz zu schreiben "Über die Macht und die Größe des Dritten Reiches.

Der kleine Moritz bringt sofort sein Heft dem Lehrer. Der sieht zu seinem Erstaunen ein einziges Wort geschrieben, beherrscht sich aber, und läßt den Vater des Schülers zu sich kommen. Moritz wird hinzugerufen und bekommt von seinem Vater eine Ohrfeige. "Hab ich der net schon siwwemal gesacht, daß mer schreibt "nebbich" mit zwei b?!"

("Nebich" ist ein von Jiddisch-Sprechenden gebrauchter, auch sonst weitverbreiteter Ausdruck des mitleidigen Erbarmens. Sammy Gronemann schreibt, das Wort "spottet jeder Übersetzung".)

Ein Parteigenosse wird Vater und kann sich auf Abzahlung einen Kinderwagen, dessen Teile nach und nach geliefert werden, selbst zusammenbasteln. Als die Mutter vom Wagen nichts zu sehen bekommt, fragt sie ungeduldig nach dem Grund. Ihr Mann: "Was ich auch mach - immer kommt dabei e Maschinengewehr raus!"

Jemand klopfte an die Tür von Ernst Röhm. "Kann ich den Herrn Stabschef sprechen?" "Das ist jetzt leider nicht möglich, er ist sehr beschäftigt".

"Ja, was macht er denn um diese Zeit?"

"Er spielt mit einem Herren 'Dame'.

Der Lehrer fragt die Klasse: "Angenommen, ihr gewinnt auf einmal tausend Mark - was würdet ihr mit dem Geld machen?"

Sagt der Heinrich: "Ich würd es dem Führer geben."

Sagt der Karl: "Ich geb's dem Winterhilfswerk."

Sagt der kleine Moritz: "Ich verdeil's unner die Arme."

"Aber das sieht dir doch gar nicht ähnlich", wendet der Lehrer ein, "wie kommst du denn auf diese Idee?"

"Ganz einfach", sagt Moritz, "fünfhunnert Mark unner de rechte Arm, fünfhunnert unner de linke Arm - un nix wie üwwer die Grenz!"

Ein Pfarrer stellte Göbbels wegen seiner Großmäuligkeit, seiner Hetzreden und Tiraden zur Rede. "Laß nie die Lüge deinem Mund entweihn", zitierte er ihm aus einem national-deutschen Gedicht.

"Ich sage doch immer nur die Wahrheit", antwortete Göbbels, "das Volk muß die Wahrheit hören!"

"Da lügst du ja schon wieder, du bist unverbesserlich, und für jede Lüge sollst du dich einmal im Grab umdrehen!"

Nach Jahren kam auch der Pfarrer oben an, und an der Himmelstür erkundigte er sich beim Petrus nach dem Göbbels.

"Der Göbbels?", sagt Petrus, "ach ja, der Göbbels - aber den kannst du nicht besuchen. Den haben wir da unten in der Hölle als Ventilator angestellt."

Glück auf!

Bei Gießen gab es einmal einen ansehnlichen Bergwerksbetrieb, von dem der Bergwerkswald und eine nach ihm benannte Straße zeugen. Doch noch etwas zeugt davon - ein Lied. Im "Zupfgeigenhansl", dem beliebten Liederbuch der Jugendbewegungen, finden wir die bekannten Zeilen: "Glück auf! Glück auf! Der Steiger kommt,", und darüber steht geschrieben: "Aus der Gegend von Gießen".

Die sechs Strophen des Liedes, die von der Arbeit und von dem Schätzelein des Bergmanns erzählen, werden heute wohl vergessen sein, weniger aber die Melodie. Die wurde nämlich einem ganz anderen Text zugeordnet, und alle sangen es begeistert, als Hitler 1935 die erste seiner Annexionsabsichten verwirklichte - das Saarlid.

Glück und Saar - das waren denn auch Faktoren, die zwei mutigen jüdischen Familien zur Seite standen, als Verordnungen gegen Juden bedrohlich und sogar lebensgefährlich wurden.

Am Rhein war eine Großkundgebung angesagt, um die Rückkehr des Saargebiets ins Reich propagandistisch zu untermauern. Aus allen Richtungen, und auch aus dem Saarland selbst, rollten Züge, und viele Tausende demonstrierten dort für die große Politik der Nazis.

In einem der Züge saß ein Gießener Jude. Der war dabei, bestieg aber nach verebtem Sieg-Heil-Gebrüll einen anderen Zug und fuhr ins Saarland. Auf französischem Hoheitsgebiet angelangt, atmete er tief und erleichtert auf. Er hatte seine gesamte Barschaft, und auch die einer befreundeten Familie, mit sich geführt. Dank der Saarkundgebungen konnte er diese Vermögen aus dem naziverseuchten Deutschland herausretten. Die beiden Familien wanderten bald danach aus und konnten in einer neuen Heimat eine neue Existenz gründen.

Der Zuruf "Glück auf!" begleitet den Bergmann zu seinem Aufstieg vom Dunkel des Schachts ans Tageslicht. Er begleitete auch die beiden Gießener Familien von der Finsternis des Terrorstaates zur Helle der Freiheit. Und Aufstieg - Alija - ist ja das Wort für die Einwanderung ins Land Israel.

Vielorts oft gehört.

Letzte Blicke

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war die Postverbindung zwischen den Gießener Juden und der Außenwelt abgeschnitten. Wir, die wir rechtzeitig von Deutschland hatten fliehen können, konnten und können uns kein richtiges Bild von dem Leben unserer in der Stadt zurückgebliebenen Angehörigen machen. Wir wissen nicht, ob sie, insbesondere nach der Masseneinpfahrung in die Ghettohäuser, überhaupt noch Erwerbsmöglichkeiten hatten, ob eine Gemeindekasse zur Unterstützung der Allerbedürftigsten vorhanden war, wieviel von den rationierten Lebensmitteln ihnen zustand. Wir fragen, ob sie entlohnte Arbeiten verrichten durften oder gar zu Zwangsarbeiten herangezogen wurden. Hatten die Kranken genügend ärztliche Hilfe, und bekamen sie Arzneien? Bestand Lehrmöglichkeit für die Kinder, hatten sie Schulbücher? Spätere Aussagen von Zeitzeugen, vor allem die lobenswerten Arbeiten des OStR Kurt Heyne und seiner Schüler, können das Bild nur annähernd verdeutlichen.

Berichte aus einer anderen (wenngleich ähnelnden) Sphäre, in denen eine jüdische Komponente enthalten ist, liefern einen kleinen Mosaikstein zu dem Bild, dessen Vollständigkeit wir wohl nie erfahren werden. Das sind die letzten uns zugänglichen Blicke aus der untergehenden jüdischen Gemeinde zu Gießen.

Der nationalsozialistische Terror wütete in Gießen besonders heftig, ein beträchtlicher Großteil der Bevölkerung belästigte die noch verbliebenen Juden unaufhörlich, und die Stimmung in der Stadt war bedrohlich antisemitisch. In einer solchen gefahrenträchtigen Atmosphäre wagte eine kleine Anzahl edelmütiger Bürger, den bedrängten und verängstigten Menschen zu helfen. Auch gab es einen Kreis christlicher Andersdenkender, der sich in einer Wohnung in der Südanlage als "Freitagskränzchen" zu treffen pflegte, die Lage besprach und Auslandssender abhörte - ein Kapitalverbrechen. Es war der Kaufmann-Will-Kreis.

Einer abgefeimten Spitzelin der Gestapo, der Schwedin Dagmar ("Babbs") Imgart, gelang es, scheinheilig in diesen Kreis einzudringen und danach diese guten Menschen ans Messer zu liefern. Der Kunstmaler Heinrich Will aus der Friedrichstraße Nr. 8 starb im Februar 1943 als Opfer der "Babbs" unter dem Beil der Gestapo. Nicht nur er; die "Giessener Freie Presse" berichtete am 27.09.1947: "10 Jahre Arbeitslager für Dagmar Imgart - Sühne für fünf Morde".

Die jüngste Teilnehmerin am "Freitagskränzchen" war die Medizinstudentin Renate Roese. Sie wurde im Denunziationsbericht der Imgart erwähnt und folgerichtig eines Morgens in aller

Frühe in ihrer Wohnung in der Bergstraße verhaftet und abgeführt. Über ihrem Haupt schwebte nun auch das Damoklesschwert der Hinrichtung.

Gießener Juden, die an jenem Morgen, gekennzeichent mit dem gelben Stern, in Gießen Schnee räumen mußten, erlebten die Verhaftung Renates mit. Der Sohn einer jüdischen Familie, die mit den Roeses befreundet war, stahl sich daraufhin von seinem Schneeräumkommando in der Bergstraße fort, und rief Renates Schwester, Gisela Roese in München an. Gisela versorgte nämlich die Giessener via Renate mit den illegalen Flugschriften des kirchlichen Widerstandes, darunter Predigten und Hirtenbriefe des Grafen von Galen und des Kardinals Faulhaber, der Pastoren Niemöller und Bonhoeffer, die die Gläubigen über die Zustände im NS-Staat und die von den Nationalsozialisten verübten Verbrechen an den Juden und der Euthanasie informierten. Gisela konnte nun das sie belastende Material vernichten - sie war durch die gewagte Tat eines jüdischen Freundes vor dem sicheren Zugriff der Gestapo gerettet worden.

Die Schwestern Renate und Gisela Roese waren mit ihrer Freundin Hildegard Bünding unter den ganz wenigen, die den jüdischen Familien, die in den Ghettohäusern eingepfercht leben mußten, durch riskierte Besuche halfen. Die beiden Schwestern unternahmen noch weitere Hilfsaktionen für Giessener Juden und arbeiteten einen abenteuerlichen Fluchtplan aus, auf den hin sie mit Fahrrädern bis nach Theresienstadt gekommen sind. Dort gerieten sie dann selbst noch in russische Gefangenschaft.

Alle lebten in Todesbängen, die Verfolgten wie die Hilfsbereiten, im selben Boot auf stürmischen, orkangepeitschten Wellen im Meer des Hasses dahintreibend. Ihr einziger Kompaß war ihr Glaube, ihr Gewissen und ihre Hoffnung, doch in der Finsternis sahen sie nicht, wohin die Nadel zeigte.

In ihrer menschlichen Verstrickung jedoch setzten sie das Flammenzeichen für menschenwürdiges Zusammenleben.

KUSCHKE, Dr. Mutgart (Herausgeber), *Damals und Heute* Nr. 6; Schriftenreihe Ehemaliger der Ricarda-Huch-Schule zu Giessen, Bd. 1, 2. verm. Aufl., 6350 Bad Nauheim, Selbstverlag, Burgallee 41, 1991.

HEYNE, Kurt et al., *Judenverfolgung in Giessen und Umgebung 1933-1945*. Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, NF Bd. 69, Giessen, 1984.

HEYNE, Kurt, *Widerstand in Giessen und Umgebung 1933-1945*. MOHG, NF Bd. 71, Giessen, 1986.

Dank den beiden Lokal-Historikern.

Zum Abschluß

Giessen, gegründet in der Mitte des 12. Jahrhunderts, als Stadt 1248 erstmals erwähnt, zum großen Teil zerstört am 6. Dezember 1944.

Ein erster Blick eines Gießener Juden sieht uns aus einem Frankfurter Register entgegen. Man schreibt das Jahr 1341.

Allerletzte, verschüchterte Blicke werfen Gießener Juden einem Turmfenster in der Westanlage zu, als sie auf ihrem allerletzten Weg von der Goetheschule zum Viehbahnhof getrieben wurden. Heimlich winkt ihnen von hinter dem Vorhang Gutti Wagner zu, die es uns erzählt. 16. September 1942, die Hohen Feiertage.

Sieben Jahrhunderte ...

Vorliegende Geschichten erzählen vom Gießener Milieu, von innerjüdischen Angelegenheiten, vom allgegenwärtigen Antisemitismus und von den schweren Jahren der nationalsozialistischen Terrorherrschaft.

Hin und wieder kommen ehemalige Bürger, kommen die Kinder, Enkel und Urenkel der erwähnten Personen in die Stadt, oft mit Ehepartnern und mit eigenen Kindern und Enkeln; sie finden ein anderes Gießen vor, es ist nicht mehr "ihr" Gießen, aus dem sie geflohen sind. Andere haben sich geschworen, nicht mehr zu kommen - vielleicht nur noch zu den Gräbern ihrer Familien. Sie alle haben ihre Wurzeln in der einst so schönen und geliebten Stadt an der Lahn, wo ihre Vorfahren gelebt und geliebt haben.

In der Marktstraße und am Kirchenplatz hatten sie Läden, in der Neustadt backten sie Brot und in der Bahnhofstraße nähten sie Kleider. In der Judengasse, am Marktplatz und in der Zozelsgasse versammelten sie sich zum Gebet, später in der Südanlage und in der Steinstraße. Sie waren Handelsleute und Bankiers, Ärzte und Hausierer, Lernende und Lehrende, Anwälte, Hausfrauen und Handwerker. Sie waren Philantropen und Künstler. Sie haben gelacht und sie haben gelitten. Alle trugen zum Wohle der Stadt bei.

Sie waren - Gießen.

**Aus der Öffentlichkeitsarbeit des Oberhessischen Geschichtsvereins
Exkursionen und Vorträge im Berichtsjahr 1990/1991
von
Hans Szczech**

Nachdem wir im 75. Band unserer "Mitteilungen", der fristgerecht 1990 erschienen war, über die Exkursionen und Vorträge von 1988 bis 1990 berichtet und damit 2 Jahre dieser Seite unserer Öffentlichkeitsarbeit aus den in diesem Bande eingangs dargelegten Gründen hatten behandeln müssen, kommen wir mit dem heute vorliegenden Bericht über die Exkursionen und Vorträge im Arbeitsjahr 1990/91 zu dem nunmehr seit vielen Jahren üblichen Brauch zurück, im anfallenden Jahresband "Neue Folge, Bd.76/1991" für unsere Mitglieder und Freunde die Öffentlichkeitsarbeit im Rückblick festzuhalten, von der wir glauben, sie sei ein wesentlicher Bestandteil dessen, was zu den Aufgaben unseres Geschichtsvereins gehört.

Ungewöhnlich war wohl im Jahre 1990, daß die erste der Exkursionen, die nun seit 36 Jahren von dem 2. Vorsitzenden Hans Szczech geplant, organisiert und geleitet wurden, noch vor der Jahreshauptversammlung durchgeführt wurde.

Sie war eine Halbtagsfahrt, die zwei Zielorten in der unmittelbaren Nähe Gießens galt, nämlich einleitend Großen-Linden, das 1990 sein 1200-jähriges Bestehen feiern konnte, und Heuchelheim, in dessen alte Martinskirche nach jahrelanger Abwesenheit im Vorwinter 1989 der beachtenswerte Marienaltar nach vorbildlicher Restaurierung aus Wiesbaden zurückgekehrt war. Die kurze Anfahrt über Leihgestern erlaubte es Szczech am 5. Mai erst im Bereich der im wesentlichen noch romanischen Peterskirche von Großen-Linden vor ihrer Südseite innerhalb des ummauerten Kirchhofes nicht nur auf die Geschichte des Ortes einzugehen, sondern auch vor dem einschiffigen, kreuzförmigen Bau mit dem mächtigen quadratischen Vierungsturm und dem ebenfalls quadratisch abschließenden Ostteil die Geschichte und die Funktion der alten Senderichtskirche vorzutragen, die bis zur Reformation zum Dekanat Wetzlar und dem Archidiakonats Dietkirchen gehörig, während des gesamten Mittelalters dem Erzbistum Trier unterstellt war.

Der stattliche Bau einschließlich des Vierungsturms ist in seiner heutigen Gestalt wohl noch in der ersten Hälfte des 13. Jahrh. entstanden, aber wie Ausgrabungen nachgewiesen haben, im Kern älter. Die beiden, das Westportal flankierenden, Rundtürme sind wohl erst um 1500 errichtet worden, während das nördliche Seitenschiff sogar erst zu Anfang unseres Jahrhunderts, wodurch dem einst wichtigen Bau Wesentliches der an sich noch streng romanischen Anlage genommen wurde.

Die sicher einst der Bedeutung der Kirche entsprechende Ausstattung fiel dem Bildersturm fast restlos zum Opfer, nicht aber das später im Westen eingefügte Portal mit seinem reichen, bis heute trotz vieler Bemühungen in zahlreichen Publikationen rätselhaften Bilderschmuck, der in der Literatur ebensoviele Deutungen erfuhr, wie er im letzten wohl un-

geklärt bleiben muß. Dessen ungeachtet zeigen die Gewände Bilder-Szenen, die auf oberitalienische Vorbilder zu verweisen scheinen und damit unterstreichen, daß der heimische Raum mit der Großen-Lindener Kirche ein Denkmal besitzt, das nachwievor einer besonderen Interpretation wert ist, zumal sich in den dargestellten Szenen vielleicht auch Einflüsse erkennen lassen, die auf die Kreuzzüge zurückgehen.

Weniger monumental, aber im ganzen reizvoller gibt sich die inmitten des einst befestigten Kirchhofes auf einem ins Lahntal vorspringenden Geländesporn errichtete Martinskirche von Heuchelheim, an der die Jahrhunderte der Gotik ihre Spuren hinterlassen haben, wenn auch, nicht nur des Patroziniums wegen, ein romanischer Vorläuferbau angenommen werden darf, der in mehreren Bauphasen seit der Mitte des 13. Jahrhunderts dem heutigen Bau weichen mußte.

Der älteste Teil dürfte im Bereich des Turmes zu suchen sein, an dem im Osten im 14. Jahrh. ein schlanker, polygonal schließender Chor angebaut wurde, während das Kirchenschiff dem ausgehenden Mittelalter zugehört.

Die zu einem großen Teil erhaltenen Ausmalungen, unter ihnen eine figurenreiche Darstellung der Kreuzigung, und die farbige Behandlung des Chorraumes erfahren ihren künstlerischen Höhepunkt in dem spätgotischen Schnitzaltar mit seinen bemalten Flügeln, der, in Heuchelheim erhalten, ahnen läßt, was in fast allen Dorfkirchen des heimatlichen Raumes vorhanden war und seit dem 16. Jahrh. sinnlos vernichtet wurde.

Umso mehr regte der Altar Szczech an, ihn ikonographisch und ikonologisch zu interpretieren und, damit verbunden, auch zu datieren. Danach dürfte er um 1500 entstanden sein, an der Schwelle der späten Gotik zur beginnenden Neuzeit. Sowohl die geschnitzten Bilder des Altarschreines, die um die Geburt Christi kreisen, wie die Madonnenstatue im Mittelfeld des Schreines zeigen Einzelheiten in der figuralen Behandlung, die den unbekanntem Meister als einen Bildschnitzer ausweisen, der sich bereits dem Neuen geöffnet hat. Diese Feststellung unterstreichen auch die Bildszenen auf den innen und außen bemalten Flügeln, die in ihrer Komposition und Thematik nur als ein sehr bewußter, überall auf dem Lande wahrnehmbarer Beitrag zu der sich durchsetzenden Renaissance begriffen werden können.

Für diese sehr in die Tiefe gehende und auf die Theologie des ausgehenden Mittelalters bezogene Interpretation gab der intime Raum der überaus reizvollen Heuchelheimer Martinskirche den würdigen Rahmen ab und schuf zugleich die Einstimmung für die weiteren Besichtigungen des Sommerhalbjahres 1990.

Bevor diese folgten, stand die Jahreshauptversammlung an, auf der, also bereits nach der ersten Exkursion, erst im Mai der Direktor des Oberhessischen Museums, Dr. Friedhelm Häring nach der zügigen Erledigung der üblichen und anfallenden Regularien über einen Neuerwerb des Museums sprach. Unter dem Thema "Virginia und Virginius" stellte Häring ein Gemälde des auch als Gießener Universitätsmaler bekannt gewordenen Johann Nikolaus Reuling vor, der von 1697 bis 1780 lebte. Ihm verdanken wir einige Bilder der berühmten Professoren-Galerie unserer Universität.

Die dargestellte Szene, die Reuling sich im Innern einer barocken Architektur abspielen läßt, ist, so konnte man hören und erläuternde Dias auch sehen, in ihrer Dramatik und Pathetik während der Barockzeit ein beliebtes Thema nicht nur der Literatur, sondern auch der Malerei gewesen. Überall in Europa, so Häring, verstehe man "Virginia" als die reine, jungfräuliche Tochter eines liebenden, aber strengen und gerechten Vaters, der sich berufen fühlt, die Ehre der geschändeten Tochter zu rächen, und in ihrer Erdolchung die einzige Möglichkeit sieht, der Jungfrau Genugtuung zu verschaffen. In dem leider zu kurzen Vortrag versuchte Häring, das vorwegzunehmen, was er in Band 75 unserer "Mitteilungen" ab der Seite 203 breiter ausgeführt hat. In diesem Aufsatz wurde auch nicht versäumt, das Entstehungsjahr des Bildes vor dem städtebaulichen Hintergrund des Bildes im Jahre 1767 abzuhandeln und darüber hinaus den Opfertod der "reinen Jungfrau" Virginia in der im Mittelalter sich herausbildenden Marienverehrung ihren religiösen Höhepunkt finden zu lassen. Ausgehend von der Symbolkraft der Rose, dem Sinnbild der Reinheit, war es in dem Vortrag und Beitrag Härings das Ziel, diesen Zusammenhang herauszuarbeiten, wie er denn überhaupt bemüht war, über die Vordergründigkeit seiner Aussage hinaus das vorgestellte Bild ikonographisch als eine im Religiösen wurzelnde Verkündigung auszuwerten.

Bereits weniger als 4 Wochen später, am 10. Juni, fuhren wir auf der "Mail", der alten Poststraße, an Limburg vorbei, durch Holzappel zunächst nach Arnstein, dem malerisch über diesem Teil des tief eingeschnittenen Laufs der Lahn gelegenen ehemaligen Prämonstratenserkloster mit seiner imposanten, viertürmigen Abteikirche. Bereits unterwegs wurde nicht nur in die frühmittelalterliche Vergangenheit der Region eingeführt, sondern besonders auch in die wechselvolle Geschichte der Grafschaft und des späteren Herzogtums Nassau, die Parallelen zur hessischen Geschichte aufweist, die nicht nur überraschen, sondern auch durch ihre Ähnlichkeit überzeugen. Exemplarisch für die Geschichte Nassaus wurde die von Holzappel ausführlich vorgetragen, das lange unter der Teilung der nassauischen Hauptlinien, der ottonischen und der walramschen, zu leiden hatte, bis es 1643 als Grafschaft Holzappel an den Feldmarschall Peter Melander verkauft wurde, um nach seinem Tode wieder häufig den Besitzer zu wechseln.

Kunstgeschichtlicher Höhepunkt war die Besichtigung der Basilika St. Maria und Nikolaus, die 1208 nach der Umwandlung einer Burg in ein Kloster geweiht wurde. Dieser Funktionswechsel war im 13. Jahrh. nicht selten und spielte sich wohl vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Wormser Konkordats ab. Auch für unseren Schiffenberg, den Altenberg bei Wetzlar, Ilbenstadt und Konradsdorf trifft er zu und scheint mehr als nur eine gesellschaftspolitische Veränderung in dem so bewegten 12. Jahrh. darzustellen.

Anfang des 14. Jahrh. wurde die Kirche auf ihren heute noch erhaltenen Grundriß erweitert. Veränderungen während des 18. Jahrh., besonders im Innern, haben ihr Erscheinungsbild, namentlich die Viertürme-Anlage, das Typische dieser romanisch konzipierten "Gottesburg", nicht beeinträchtigt. Es hat sich auch nach der Säkularisierung im Jahre 1802 bis heute erhalten.

Ihre Baugeschichte trug Szczech vor der eindrucksvollen SW-Seite vor und setzte sie anschließend bei der Besichtigung des Inneren fort, nachdem es gelungen war, eine Lücke zwischen dem Ende des sonntäglichen Gottesdienstes und dem Einzug einer größeren Wallfahrerguppe zu finden.

Die Doppelchoranlage, die man durch ein reich profiliertes Portal in der eingewölbten Vorhalle im Westen betritt, überrascht durch die fast üppige barocke Ausstattung, die 1760 der Kirche den Hochaltar im Ostchor einbrachte, während der Westchor und das Schiff durch die Ausmalungen unseres Jahrhunderts zweifellos an Wirkung verloren haben. So wurde die Kirche durch die Interpretation geradezu zu einem Lehrstück des abendländischen Sakralbaus seit der Romanik bis in unsere Gegenwart, wie wir es selten im Laufe der Jahre so anschaulich vorgefunden haben. Denn bald nach 1139 scheint man mit dem Bau begonnen zu haben, der bis in unsere Gegenwart hinein immer wieder seine Substanz kaum verändernde Zutaten empfangen hat.

Der Nachmittag, der durch Dauerregen beeinträchtigt wurde, war der Besichtigung in Montabaur gewidmet, einem vorgeschobenen Stützpunkt Triers inmitten nassauischen Besitzes, bis es 1803 mit der Auflösung des Kurstaates Trier zu Nassau-Weilburg kam. Der Kern der mittelalterlichen Stadt entwickelte sich seit dem 10. Jahrhundert zwischen der Burg im Norden und der Pfarrkirche St. Peter im Süden. Im 13. Jahrh., in der Nachwirkung der Kreuzzüge, zum erstenmal "Mons Tabor" genannt, entfaltete sich die Stadt mit zahlreichen, zum Teil leider immer noch verschieferten Bürgerbauten längs der Hauptstraße, die durch Freilegung des Fachwerkes zweifellos sehr gewinnen würde und sich an diesem trüben Juni-Tag wegen des Regens besonders triste gab, ein Eindruck, den weder der Schloßhof trotz des farbigen Anstrichs der ihn säumenden Bauten minderte, noch die Pfarrkirche, deren wechselvolle Baugeschichte auch durch die Interpretation des noch sichtbar vorhandenen nicht deutlich genug dargestellt werden konnte, da das Innere nur spärlich erhellt war. Daher konnten weder die aus dem späten Mittelalter erhaltenen Ausmalungen erkannt noch die einzelnen Bauphasen deutlich genug voneinander getrennt werden, die die Kirche sichtbar dem 14. und dem 15. Jahrh. zuordnen.

Dennoch brachte der Tag einen weiteren Beitrag zur Geschichte und Kunst des uns benachbarten und in vielem verwandten Kulturraumes und seiner eindrucksvollen Kunstdenkmäler, die uns aufs neue bestätigten, daß Geschichte und Kunst eine Einheit bilden, der wir uns seit Jahrzehnten verpflichtet fühlen.

Diese Zusammenhänge herauszuarbeiten und sichtbar zu machen, war auch das Ziel der Ganztagsfahrt am 19. August nach Kassel. Der Vormittag war nach der Einführung in die hessische Geschichte während der Anfahrt ausschließlich dem Schloß Wilhelmshöhe gewidmet, dessen großzügige und weiträumige Anlage nicht nur die Geschichte und den Zeitgeist ihrer Bebauung demonstriert, sondern auch darüber hinaus neue Bedeutung erfahren hat durch die reichen Sammlungen der landgräflichen und kurfürstlichen Landes-

herrn sowie des Hessischen Landesmuseums und der zahlreichen Galerien der ehemaligen so überaus kunstträchtigen Residenz, soweit sie die Zerstörung des letzten Krieges überstanden haben.

Nach einer kurzen Einstimmung vor der Fassade des Schlosses in die Fülle des zu Erwartenden konnten die Teilnehmer sich vor den Vitrinen oder den Bildern dort konzentrieren, wohin sie tendierten. Nach der Mittagspause im Zentrum der Stadt traf man sich vor der Westseite der wieder aufgebauten und dabei sehr veränderten Martinskirche im Mittelpunkt der bis auf geringe Reste vernichteten Altstadt Kassels.

Absperrungen in dem nicht ohne Problematik innerhalb der alten Außenmauern zu einer lichten Halle wieder Erstandenen erlaubten uns nur in seinen südlichen Vorraum auch einen Blick auf das mehrgeschossige Grabmal Philipps des Großmütigen, das im Stil seiner Zeit errichtet, nicht nur in Hessen, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, denn mit diesem typischen Menschen der Renaissance, seinen unberechenbaren Reaktionen und seinem Testament begann nach seinem Tod im Jahre 1567 nicht nur der Niedergang Hessens, sondern auch des Reiches, das von Glaubenskriegen erschüttert wurde, von denen es sich nicht mehr erholen konnte. Gedanken solcher Art und Hinweise begleiteten die Teilnehmer während einer Rundfahrt durch die Stadt und zu dem Park von Schloß Wilhelmshöhe, in dem wir zum Abschluß die berühmten Wasserspiele betrachten konnten und sie, entsprechend vorbereitet und eingestimmt, als das Zeugnis jener feudalistischen Zeit verstanden, die am Ende des 18. Jahrh. mit der Französischen Revolution ihr Ende zu finden begann.

Thematisch, aber auch allgemein historisch und kunstgeschichtlich gestalteten wir die 2-Tagefahrt am 8. und 9. September nach Nürnberg, nicht nur, um nach vielen Jahrzehnten die Stadt einer großen deutschen Vergangenheit, die damit exemplarisch steht für das Mittelalter, da in ihr in seltener Einheit Kunst und Geschichte lebendig geblieben sind, wiederzusehen, sondern auch die Ausstellung "800 Jahre Deutscher Orden" im Germanischen Museum zu besuchen.

Der erste Tag war ausschließlich der Besichtigung der Kaiserlichen Reichsburg und der Stadtpfarrkirchen St. Sebald und St. Lorenz gewidmet. Die lange Anfahrt hatte Szczech dazu benutzt, in großen Zügen mit markanten Epochen der Geschichte des Mittelalters vertraut zu machen, auf das künstlerische Erbe der Stadt vorzubereiten und für den Besuch der Ausstellung am zweiten Tag so viel über den Deutschen Orden vorzutragen, daß es den Mitfahrenden überlassen werden konnte, sich in den Ausstellungsräumen nicht nur zu rechtzufinden, sondern auch nach ihrer eigenen Wahl mit dem sich zu beschäftigen, für das sie sich persönliche besonders interessierten.

Durch diese Ausführungen für die Besichtigungen der beiden Tage vorbereitet, begannen wir in dem Hof der Reichsburg vor der doppelgeschossigen Pfalzkapelle, deren Inneres uns leider zur eigenen Interpretation kaum Gelegenheit bot, da wir uns einer öffentlichen Führung anschließen mußten, die ihre Zeit naturgemäß mehr für die übrigen Räume der

Burg verwendete, so daß der großartige Raum der Kapelle mehr als zu kurz kam. Die Burg ist zum großen Teil wieder aufgebaut, und man sah, durch die Räume gehetzt, die bei solchen Gelegenheiten üblichen Details, gewürzt mit anekdotenhafter Ausschmückung, statt daß man versucht hätte, die Gesamtanlage in ihre historische Bedeutung und Funktion zu integrieren. Um die bemühte sich Szczech noch einmal zusammenfassend vor dem Abstieg in die bürgerliche "Civitas", auf die er von der Terrasse des kaiserlichen "Oppidum" herablicken ließ und versuchte, in dem Gewirr der Dächer und Giebel der wieder aufgebauten Stadt die wichtigsten Sakral- und Profanbauten herauszuheben, um die herum die Stadt im Laufe ihrer langen Geschichte gewachsen ist.

Nach der Mittagspause versammelten wir uns vor dem im Ganzen noch romanischen Westchor der Sebaldus-Kirche, mit deren Errichtung man im 13. Jahrh. begann, an Stelle eines älteren Vorläuferbaus. Die heutige Anlage, malerisch, außen wie im Inneren in gleicher Weise eindrucksvoll und überwältigend, ist im Grund eine Doppelchorkirche, eine Basilika mit östlichem Querhaus und Chor. Beide wurden im 14. Jahrh. ersetzt durch den gewaltigen Hallenchor, der um 12 m das stehengebliebene Kirchenschiff überragend, heute das Außenbild bestimmt, jedoch trotz der unterschiedlichen Stilelemente keinen Bruch des Raumgefüges und Gefühles zuläßt, obwohl der Westchor und das Hochschiff, beide an den Bamberger Dom und die Zisterzienserkirche in Ebrach erinnernd, noch ganz der romanischen Tradition verhaftet sind. Sie scheinen sich geradezu in dem Hallenchor der Ostseite aufzulösen, dessen Weihe 1379 bezeugt ist und den vielleicht ein Parler geplant hat.

So wie der Außenbau und die Gesamtarchitektur reich ist an Einzelheiten, unter denen die Portale einen besonderen Rang einnehmen, bewahrt das Innere eine Fülle von Kunstwerken, an denen sich die ganze Entfaltung des gotischen Kunstschaffens ablesen läßt und wohl ihren Höhepunkt erfährt mit dem Sebaldusgrab des Peter Vischer. Er begann ab 1488 mit der Gestaltung des Hochgrabes, indem er den älteren silbernen Reliquienschrein des Titelheiligen bis 1519 mit der künstlerischen Umrahmung ausstattete, die das Ganze bereits zu einem Werk der Renaissance werden ließ, die in Nürnberg früher als sonstwo auf deutschem Boden Platz zu greifen beginnt. Das bezeugen auch die Glasmalereien in den hohen Fenstern des Ostchores, die zu dem Besten gehören, das für diese Zeit der deutsche Kunstraum aufzuweisen hat.

Im krassen Gegensatz zu der trotz der vielen Besucher wohlthuenden Stille in dem großen Kirchenraum umgab uns auf dem Weg aus dem "Oppidum" in die "Civitas" das lärmvolle Gedränge eines Plätze und Straßen füllenden Volksfestes. Es ließ nicht zu, Erläuterungen auf dem Weg zur Lorenzkirche zu geben, weder zu dem berühmten Brunnen noch zu der Frauenkirche, jenem Juwel spätgotischer Sakralarchitektur, und machte es auch unmöglich, vor der ragenden Westseite von St. Lorenz das Notwendige zu ihrem Äußeren vorzutragen. Deshalb mußten wir uns auch dafür auf die Wirkung des Innenraumes beschränken, der sich allerdings, durch nichts beeinträchtigt, in der reichen Fülle seiner Architektur und der fast vollständig erhaltenen Ausstattung der umfassenden Interpretation Szczechs erschloß. Er begann mit wohl unumgeharen Hinweisen zur Geschichte des Baues selbst,

die überraschend dürftig überliefert ist, aber wohl noch ins 13. Jahrh. zurückreicht. Das Meiste wächst jedoch im 14. Jahrh. empor und erfährt erst im 15. Jahrh. mit dem lichten, hohen Chor seine Vollendung, der 1478 geweiht wird. Von den starken Zerstörungen im letzten Krieg ist nichts mehr zu sehen. Längst sind die eingestürzten Gewölbe wieder geschlossen, und der Kirchenraum empfängt seine Besucher wieder mit diesem Gefühl des "sursum corda", jenes "die Herzen empor", einem Gefühl, dem sich hoffentlich niemand entziehen wird, wenn er unter den hohen Gewölben die unverändert prächtige Ausstattung bewundert. Sie gelangte allerdings erst im 19. Jahrh. in den Besitz von St. Lorenz, ähnlich wie das für die Frauenkirche am Hauptmarkt bekannt ist und wie wir es vom Frankfurter Dom wissen. Zu den besonders berühmten Pretiosen der Lorenzkirche gehören das Sakramenthaus des Adam Krafft, der es gegen Ende des 15. Jahrh. schuf, ein Wunderwerk spätgotischer Steinmetzkunst, und der "Englische Gruß" des Veit Stoss, der erst am Vorabend der früh in Nürnberg eingeführten Reformation geschaffen wurde. Zu den "Wundern" der Kirche gehören auch die Glasfenster des Hohen Chores, ein Wunder auch deshalb, weil kein Bildersturm jemals in Nürnberg den reichen Bestand vernichtet hat, wie das im hessischen Raum fast ausnahmslos der Fall ist. Mit Gedanken auch dieser Art beendeten wir die Besichtigungen des ersten Tages, um sie am Sonntag mit dem Besuch im "Germanischen Museum" fortzusetzen, das mit seiner Ausstellung über den Deutschen Orden die entscheidende Anregung für diese Fahrt gegeben hatte.

Trotz der zahlreichen Leihgaben, darunter vielen aus polnischem Besitz, mußte man feststellen, daß das Mittelalter wenig für diese Ausstellung beigetragen hat. Umso mehr häuften sich die Exponate, namentlich aus dem 18. Jahrh. und der Gegenwart bis ins 20. Jahrh., da der Orden in Österreich nach der napoleonischen Zeit, wenn auch mit veränderter Zielsetzung, zu einer neuen Nachblüte gelangt war. Paramente und Uniformen kennzeichnen nunmehr die letzte Phase einer Ordensbewegung, die zur Zeit der Kreuzzüge im Heiligen Land entstanden, nach einer wechselvollen Geschichte für die Kolonisation des deutschen Ostens zu höchster politischer Bedeutung sich entwickelt hatte und ihre Struktur und Intention verlor, als der Hochmeister Albrecht von Brandenburg 1525 sich zur Reformation bekannte und den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit umwandelte.

Nach der Mittagspause, vor der Rückfahrt, warfen wir einen Blick in die stark zerstörte, aber wieder aufgebaute Vorstadtkirche St. Jakob. Ihr neben anderen sehenswerten Kunstwerken wieder eingebrachter Hochaltar ist um 1370 entstanden und gilt als Hauptwerk der Nürnberger Tafelmalerei des ausgehenden 14. Jahrhunderts, einer Zeit, in der auch anderenorts in Deutschland die Tafelmalerei einen ersten Höhepunkt erreichte.

In der gegenüberliegende Kirche St. Elisabeth, einem Kuppelbau, den der Deutsche Orden am Ende des 18. Jahrh. für seine Nürnberger Niederlassung, die über die Reformation hinaus weiterbestanden hatte, errichtete, konnte Szczech die Eindrücke der beiden Tage nicht nur zusammenfassen, sondern auch den zwar pompösen, aber den "kalten" Bau exemplarisch interpretieren für die Entwicklung des abendländischen, besonders des deut-

schen Sakralbaus seit der Romanik bis an die Schwelle des 19. Jahrh., das sich nicht nur politisch und gesellschaftliche, sondern auch kunstgeschichtlich erschöpft hatte, indem es nicht mehr Gleichwertiges oder wenigstens Ähnliches anzubieten hatte.

Als wir am 13. Oktober die letzte Exkursion, die um diese Zeit seit vielen Jahren übliche Halbtagsfahrt, begannen, war sie nicht nur die letzte im Jahre 1990, sondern auch die letzte der von Szczech 36 Jahre lang gestalteten Exkursionen.

Ziel war die in jüngster Zeit vorzüglich und vorbildlich renovierte, reizvolle, gotische, ehemalige Wallfahrtskirche in Hirzenhain an der Nidder, kurz vor dem Austritt aus dem Vogelsberg in die Wetterau. Der unverändert erhaltene Kirchenbau, der sich sogar einen Teil seiner spätmittelalterlichen Ausstattung hat bewahren können, schien besonders geeignet zu sein, sich zu verabschieden und von Erwin Knauß, dem 1. Vorsitzenden des Oberhessischen Geschichtsvereins, verabschiedet zu werden.

Zuvor hatte Szczech versucht, den geradezu zierlichen Kirchenraum bau- und kunstgeschichtlich als ein Zeugnis sakraler Vergangenheit sichtbar zu machen. Dazu bot sich der Lettner mit seiner bilderreichen Ausstattung, der die alte Wallfahrtskapelle von der fast quadratischen Kirchenhalle des späten 15. Jahrh. trennt, als besonders geeignet an. Er überrascht ebenso wie der reiche Statuenbestand der Kirche, der sowohl von der Bauhütte in Frankfurt wie von dem Mainzer Kulturkreis beeinflusst sein dürfte. Die Augustiner-Chorherren, die seit 1437 bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrh. in Hirzenhain ein kleines Kloster unterhielten und die Wallfahrt betreuten, scheinen die Künstler in diesen Teil des Vogelsberges geholt zu haben. Von den zahlreichen Figuren der alten und erhaltenen Ausstattung verdienen drei Objekte besondere Beachtung: Von mehreren Marienstatuen des 15. Jahrh. die sogenannte "Weisse Madonna", um 1450 aus Stein gearbeitet, der überaus zierliche Lettner mit seiner feinen Maßwerkbrüstung über 5 Arkaden vom späten 15. Jahrh. und der eindrucksvolle Crucifixus aus der gleichen Zeit, der heute wieder über dem Lettner vom Triumphbogen herab den Kirchenraum beherrscht und damit dem gegen 1500 sich durchsetzenden Neu-Verständnis vom Kreuz gerecht wird.

Für die das Jahresprogramm zusammenfassenden Schlußworte, in die sich Knauß und Szczech teilen, bot die gotische kleine, aber sehr delikate Kirche von Hirzenhain den angemessenen Rahmen. Sie ließ einen Rückblick zu, der von Erfahrungen und Erinnerungen geprägt wurde und zugleich die Hoffnung einschloß, die Begegnung mit der Vergangenheit und ihrer Kunst möchte die Brücke schlagen in die Zukunft unseres Geschichtsvereins, der seit mehr als nunmehr 110 Jahren sich stets dieser Aufgabe bewußt war und es in Zukunft auch bleiben möge.

Weniger als zwei Wochen später, bereits am 24.10., konnte Erwin Knauß, der 1. Vorsitzende des Vereins, vor 93 Mitgliedern und Gästen im Netanya-Saal des Alten Schlosses die Vortragsreihe des Winterhalbjahres 1990/91 eröffnen, für die er wieder, wie nun ebenfalls seit Jahrzehnten, ausschließlich die Referenten gewonnen hatte. Einleitend gab er der Hoffnung Ausdruck, mit der Verlegung der Veranstaltungen auf den Mittwoch nicht nur

den Wünschen vieler Besucher zu entsprechen, sondern sie auch leichter Parkplätze finden zu lassen, was seit Einführung des verlängerten, verkaufsoffenen Donnerstagsabend von Mal zu Mal schwerer geworden war.



Für den ersten Abend hatte Knauß den Friedberger Studienrat Ansgar Röpling aus Wöllstadt im Wetterau-Kreis gewonnen, der über "1000 Jahre Geschichte Polens - von Mieszko bis heute" sprach und mit diesem seinem Thema eine seit langem bestehende Lücke nicht nur in unserem Geschichtsbewußtsein schloß und längst fällige Informationen über unseren östlichen Nachbarn gab, sondern hoffentlich auch dazu beitragen konnte, daß Vorurteile abgebaut wurden und endlich die Polen die ihnen zustehende objektive Würdigung erfahren. In diesem Sinne gelang es Röpling in dem einundeinhalb Stunden dauernden Vortrag, eindrucksvoll bis jetzt bei uns Versäumtes nachzuholen und die Zuhörer erfahren zu lassen, daß Deutsche und Polen nicht immer nur "Feinde" gewesen sind, unter welcher Überschrift eine der Gießener Tageszeitungen ihren Bericht über diesen Vortrag veröffentlichte.

Der Referent begann seine Ausführungen mit Mieszko, der 966 Christ wurde und zwischen Weichsel und Oder seinen Staat, der vom 10. Jahrh. an, trotz des sehr wechselvollen Verlaufs seiner oft mehr als turbulenten Geschichte, bis heute ein Bestandteil des westlich orientierten Auslandes geblieben ist. Wie einen Leitfaden ließ der Vortragende diese bei uns nur zu oft vergessene Tatsache durch seine Ausführungen laufen, die durch die Bindung Polens an das römisch-katholische Christentum, ungeachtet aller Rückschläge, immer wieder aufs neue angestrebt und damit unterstrichen worden sei. Dazu konnte man an diesem Abend bei uns unbekannte Einzelheiten aus der polnischen Geschichte hören, wie z.B.

die vernichtende Niederlage eines deutsch-polnischen Heeres im Jahre 1241 gegen die Mongolen, die das gesamte Staatsgebiet furchtbar verwüstet hätten. Auch erfuhr man in diesem Zusammenhang manches über das Mit- und Nebeneinander. Das Gegeneinander habe sich erst seit dem Ende des 18. Jahrh. entwickelt, als Preußen sich in den polnischen Teilungen zusammen mit Österreich und Rußland des politisch, gesellschaftlich und auch wirtschaftlich zerrissenen und unglücklichen Landes bemächtigt habe. Sein "Goldenes Zeitalter" habe Polen zwischen 1500 und 1650 erlebt, in welchen Jahrzehnten Kultur und Handel und damit Wohlstand und Stabilität geblüht hätten. Die Reformation, die sich zunächst unter dem Adel verbreitet habe, hätten die Jesuiten, von dem König ins Land gerufen, rückgängig gemacht und dabei, bis heute an vielen Plätzen sichtbar, das Land der Renaissance erschlossen. Auch die so oft von uns zitierte Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410, in der der Deutsche Orden der Übermacht der Polen erlegen sei, dürfe nicht als ein Sieg der Slaven über die Germanen verstanden werden, da auf beiden Seiten aus Deutschen und Polen gemischte Verbände gekämpft hätten. Mit dem Aufhören der Existenz des polnischen Reiches im Jahre 1795 sei jener unselige Gegensatz entstanden, der seitdem ständig zugenommen und das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen immer mehr gestört habe, da Preußen eine strenge und zielstrebige Germanisierung durchgeführt hätte.

Schließlich sei der sich im 19. Jahrh. entfaltende Gegensatz zwischen Deutschen und Polen weiter verstärkt worden, als 1918 nach dem Versailler Vertrag ein selbständiges Polen wieder erstand und große Teile des deutschen Ostens und namentlich Oberschlesiens polnisch geworden waren. Der bei den Polen nunmehr einsetzende Kampf gegen das Deutschtum sei in der NS-Zeit zu einem Höhepunkt eskaliert, als man die polnischen "Untermenschen" für nicht lebenswert gehalten und begonnen habe, sie systematisch auszurotten. Diese nationalsozialistische Rassenpolitik habe 1939 im Hitler-Stalin-Pakt ihre "rechtliche" Bestätigung erhalten und bei der Neuordnung des Ostens nach dem totalen Zusammenbruch des NS-Reiches jene Auswirkungen mit sich gebracht, die heute die so notwendige Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen fast unmöglich zu machen scheinen. Dem aufgestauten Haß und Rachebedürfnis der Polen, was man aus der jüngsten Geschichte verstehen sollte, seien Millionen Deutsche zum Opfer gefallen und wurden Millionen aus ihrer Heimat vertrieben, und immer wieder erführen wir bis heute, wie beide Seiten sich schwer tun zu vergessen, was sie sich zugefügt haben. Vielleicht wäre es zu vermeiden gewesen, wenn man mehr von einander gewußt und die Geschichte besser gekannt hätte.

Das Wissen darum und die Frage, bedrückend und unbeantwortet, standen zweifellos im Raum, als der Referent seinen Vortrag beendet hatte. Der Beifall war herzlich und verdient. Fragen an ihn wurden kaum gestellt, und die, wie zu erwarten war, üblichen und bekannten Einwände konnten die Anwesenden nicht überhören lassen, was die Geschichte uns zu sagen hat. Dieser Vortrag mußte nachdenklich stimmen und ist geeignet, das Verhältnis von Deutschen und Polen die leidvolle Vergangenheit vergessen zu lassen und beiden Seiten ein Nebeneinander zu ermöglichen, nachdem Polen sich aufs neue zum abend-

ländischen Westen bekannt hat und sich bemüht zeigt, mit diesem neuerlichen Bekenntnis ernst zu machen.

Mit der gleichen, uns nachwievor belastenden Vergangenheit, in der Millionen unschuldiger Menschen einer verbrecherischen Ideologie zum Opfer fielen, sahen sich am Montag, dem 12. November 78 Interessenten konfrontiert, die außerhalb des bekannten Programms einer Einladung von Erwin Knauß kurzfristig gefolgt waren, dem es gelungen war, aus Anlaß des Gedenkens an die Pogromnacht des Jahres 1938 eine Autorenlesung anzubieten. Dafür hatte er einen alten Gießener, den heute in Hanau lebenden Professor Dr. med. Werner Schmidt, gewinnen können, der aus seinem erschütternden Buch "Leben an Grenzen" ausgewählte Kapitel vorlas.

Schmidt, zunächst in Lang-Göns, später in Gießen groß geworden, studierte hier auch Medizin und mußte alsbald, Sohn einer jüdischen Mutter und eines, wie das damals hieß, "arischen" Vaters, erleben, welchen Einschränkungen und wachsenden Schikanen er als "Halbjude" zunehmend unterworfen wurde. "Als Mensch und als Arzt absolut einwandfrei", wie man dem "völlig unverdächtig" aussehenden, protestantischen Medizinalpraktikanten bescheinigte, gelang es ihm nicht, die Grenzen zu überschreiten, die eine wahnwitzige Öffentlichkeit ihm setzte.

Nur mit Bestürzung und Empörung mußte man hören, welchen Nachstellungen er bald nach 1933 ausgesetzt war, wie er die sogenannte "Reichskristallnacht" schilderte, die nach Beendigung seines Studiums sich häufenden Behinderungen, denen er und seine Familie, systematisch sich verstärkend, schutz- und rechtlos preisgegeben wurde.

Umso wohlthuender ist der ruhige und sachliche Bericht Schmidts anzunehmen und zu würdigen, der sein Buch, das die Erinnerungen an eine Welt des Hasses und der vorsätzlichen Vernichtung wachhalten soll, ohne Erregung vortrug, obwohl die Anwesenden sicher verstanden hätten, wenn er seinen Gefühlen den durchaus verständlichen Ausdruck verliehen hätte.

Sein und seiner Familie Schicksal steigerte sich zu einem geradezu dramatischen Höhepunkt in den Kapiteln, in denen der Sohn von der Verschleppung der Mutter nach Theresienstadt im Februar 1945 berichtet, und alsbald nach dem Ende dieses Deutschland total vernichtenden Krieges die Mutter und mit ihr andere aus Gießen verschleppte Juden aufzuspüren und aus dem Lager, das die Russen befreit hatten, heimzuholen sich bemühte.

Die Stille, mit der die Anwesenden den Worten des Autors lauschten, und die klare, trotz aller Tragik seines Aufenthaltes in Theresienstadt, sachlich gebliebene Sprache wiesen ihn nicht nur als einen Meister des Deutschen aus, sondern machten es überzeugend verständlich, daß er für dieses Buch 1990 mit dem Literaturpreis der Deutschen Ärztekammer ausgezeichnet wurde und bis in die Gegenwart immer wieder aufs neue dankbare Anerkennung dafür erhält, daß seine Erinnerungen nicht vergessen lassen können, was in deutschem Namen unschuldigen Menschen angetan wurde.

Als Schmidt sein autobiographisches Buch zuschlug, herrschte spürbare Betroffenheit im Netanya-Saal, denn weder mochte sich jemand dem sympathischen Vorlesenden und seinem Erlebnisbericht verschließen, noch fehlte es unter den Zuhörern an Menschen der Generation, die zur Zeit des geschilderten Geschehens noch unmündig war, noch gar an den zahlreichen "Zeitzeugen", die sich ihrer Vergangenheit schämen mußten und hoffen durften, daß nicht zur Geschichte und allenfalls einem literarischen Erlebnis wird, was damals Menschen widerfuhr.

Professor Dr. Werner Schmidt darf versichert sein, daß auch in unserer Stadt noch genug Menschen leben, die sehr wohl darum wissen und nicht vergessen wollen und können, was durch diesen "seinen" Abend für sie zu einer immer noch hautnahen Gegenwart geworden war. Dafür verdient Schmidt, unser Mitbürger aus einer schrecklichen Zeit, uneingeschränkt Dankbarkeit.

Bereits in der folgenden Woche, am 14.11., waren 91 Zuhörer erschienen, um Frau Dr. Britta Spranger aus Mainz über "Theaterbau und Ricarda-Huch-Schule - Beitrag zur Gießener Kulturgeschichte" zu folgen und ihre Lichtbilder zu sehen. Das Thema regte, wie zu erwarten war, zu diesem zahlreichen Besuch an, weil die Bauten, die vorgestellt werden sollten, zu denen in Gießen gehören, die bis heute unverändert den Blick auf sich ziehen und seit Jahrzehnten bei sicher allmählich Tausenden mit persönlichen Erinnerungen verbunden sind.

Dieses zusammen mit der Aussage des Jugendstils, der offenbar die Zeitgenossen zu begeistern verstand, und seine Geschichte, die sich in einer für das Bürgertum fruchtbaren und wohl auch glücklichen Zeit entfaltete, fanden in Frau Spranger eine Interpretin, die es verstand, nicht nur über die Planungen und die Entwürfe der leitenden Architekten sowie die Baugeschichte des Theaters, des "Denkmals bürgerlichen Gemeinns", und der Schule an der Nordanlage zu berichten, sondern auch diese beiden Bauwerke in die allgemeine Kunstgeschichte zu integrieren.

Man erfuhr an diesem Abend auch Interessantes aus dem Leben der beteiligten Architekten, die als Kinder ihrer Zeit die Haltung des bürgerlichen Gießens demonstrieren, für die Theater und Schule 1907 eingeweiht werden konnten. Beide Vorhaben waren gedacht, so konnte man sich überzeugen lassen, als Ausdruck des bürgerlichen Wohlstandes zu Beginn unseres Jahrhunderts und des Bildungsideals, für die man das Theater und die "Höhere Mädchenschule" baute und also exemplarisch nehmen darf.

Dem Stil dieser Zeit, so konnte man ebenfalls hören und auch sehen, sind nicht nur die allegorischen Bildwerke an der Fassadenseite des Theaters und der Schule in der Nordanlage zuzuordnen, sondern auch die Gesamtkonzeption der Schule mit großem Lehrhaus, kleinem Singhaus, anschließender Turnhalle, der ansehnliche Lehrgarten und der Schulbrunnen. Auch sei es für die Zeit charakteristisch gewesen, daß die enge Verbindung zur Natur nach Ausdruck gesucht und sie in liebevollen Détails gefunden habe, wie das heute noch im Treppenhaus der vom Zweiten Weltkrieg arg mitgenommenen Schule zu sehen

sei, wo in Stein gemeißelte Tiere, wie Lurche, Libellen und Käfer, so angebracht sind, daß sie auch von kleinen Schülerinnen gesehen werden konnten und können, Schmuck für das Auge zum Sehen angebracht und geschaffen in einer Zeit, in der die Menschen noch Muße hatten und in der Schule andere Ideale vorgestellt werden sollten.

Der Beifall für die Referentin, die als ausgezeichnete Kennerin des Jugendstils gilt, war offenbar nicht nur Ausdruck der Dankbarkeit dafür, daß die aus Mainz Stammende so viel Schönes an diesem Abend vorgestellt hatte; er war vielleicht auch das Zeichen einer gewissen Wehmut, die die Älteren an diesem Abend empfunden haben mögen, daß unsere Gegenwart, wie verständlich es auch sein mag, so sachlich und nüchtern geworden ist und wie notwendig dieser Wandel auch eintreten mußte nach allem, was unser Jahrhundert in seinem Verlauf gebracht hat.

Einen Beitrag zur Geschichte unserer jüngsten Vergangenheit lieferte am 12.12. Dr. Markus Bernhardt, Gießen, uns durch seinen Aufsatz in den Mitteilungen, Bd. 75, S.95 ff. bekannt, der vor 49 Zuhörern über das Thema "Stadt Gießen zwischen 1945 und 1948" sprach und in seinen Ausführungen insbesondere "die Entstehung politischer Führungsgruppen in Gießen nach 1945" erläuterte.

Einleitend stellte der Referent fest, daß die Auswirkungen der Besatzungszeit auf das kommunale Leben bisher von den Historikern noch nicht gezielt und ausführlich behandelt worden seien. Dieser Umstand sei umso verwunderlicher, weil unmittelbar nach dem totalen Zusammenbruch bereits bis 1947 Neuformierungen der Verwaltungsstruktur festzustellen und ein Parteigefüge nachzuweisen seien. Dieser Umstand sei umso verwunderlicher auch deshalb, weil die Neuansätze, die nur auf die von der amerikanischen Besatzungsmacht geschaffenen Bedingungen zurückführen seien, sich deutlich von den Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg unterschieden hätten. Diese hätten damals anders aussehen müssen, denn die politische Gewalt war 1918 in deutschen Händen geblieben und nur indirekt in die Abhängigkeit der Siegermächte von damals geraten. Doch sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß in Gießen, im Band 75 unserer "Mitteilungen", in dem Beitrag von Norbert Gissel S.25 ff., nachzulesen ist, daß der Neuaufbau des Sports in Gießen nach dem Zweiten Weltkrieg bereits 1945 einsetzte und sich alsbald zügig vollzog.

In seinem Referat fing der Vortragende mit dem März 1945 an, als die Amerikaner in das zum großen Teil zerstörte Gießen einzogen, und wies darauf hin, daß die lokale Militärregierung weitgehend auf sich angewiesen war. Daraus habe sich eine Stadt-Staat-Situation ergeben, die in jeder Hinsicht, pragmatisch wie personal, sehr kleinlich gehandhabt worden sei und sich erst im April zögernd mit der Einsetzung eines Oberbürgermeisters, des Dr. Karl Dönges, konsolidiert habe. Dessen Tätigkeit, so Bernhardt, habe mehr einem "privaten Patrimonium" geglichen und alsbald eine Kluft zwischen der eingesetzten Stadtverwaltung und einem Zurückhalten der Bevölkerung erkennen lassen, was jedoch keine Politikmüdigkeit erzeugt habe. Im Gegenteil seien die Mitglieder der KPD und die gut,

auch während des Dritten Reiches, fest organisiert gebliebene SPD schnell wieder aktiv geworden, während die bürgerlichen Parteien nur langsam sich wieder gefunden und neu formiert hätten. Zu dieser Entwicklung habe die Ende 1945 begonnene und praktizierte Handhabung der Entnazifizierung wesentlich beigetragen, die den Sozialdemokraten 1946 einen deutlichen Wahlerfolg eingebracht habe. Dabei sei es zu einem zweiten "Umbruch" gekommen, wobei der neue SPD-Oberbürgermeister Albin Mann 70 bis 80 % der städtischen Berufsbeamten entlassen und die freiwerdenden Stellen fast zur Hälfte mit Angestellten besetzt habe. Das sei, so Bernhardt, zwar keine Revolution gewesen, wohl aber eine radikale Umstrukturierung. Dadurch sei die Macht des Berufsbeamtentums gebrochen und der Weg frei geworden für die weitere kommunal-politische Zukunft Gießens, die aus der alten Richtung herausgenommen, sich nunmehr habe entfalten können.

Der verdiente und anhaltende Beifall konnte Dr. M. Bernhardt zeigen, wie stark das Interesse an dem besteht, was ab 1945 in Gießen geschah, und zwar nicht nur bei denen, die damals Zeugen dieser Ereignisse wurden, sondern auch bei denen, die diese Zeit nur vom Hörensagen kennen.

Erst in der zweiten Januar-Hälfte, am 23.1.1991, wurde unsere Öffentlichkeitsarbeit mit dem Vortrag des bei uns seit langem bekannten ehemaligen Archivdirektors von Frankfurt und Vorsitzenden des dortigen Geschichtsvereins Professor Dr. Wolfgang Klötzer, Langen bei Darmstadt, fortgesetzt, der über "Die Kultur der mittelalterlichen Stadt" im vollbesetzten Netanya-Saal vor 97 Mitgliedern und zahlreichen Gästen sprach.

Eine der Gießener Tageszeitungen gab ihrem Vortragsbericht die Überschrift "die Attraktivität des urbanen Lebensraumes" und traf damit genau das, was Klötzer mit seinem Thema meinte. Nach einer Einleitung, mit der er den grundsätzlichen Rahmen zu seinen Ausführungen absteckte, zeigte sich der Referent nicht nur als vorzüglicher, sondern auch als kritischer Kenner des Materials, in dessen Mittelpunkt der Mensch stehe, eine Betrachtungsweise städtischer Vergangenheit, die bis in unsere Gegenwart hinein von Fachhistorikern zumeist übersehen worden sei, obwohl ihr sehr gefächertes soziales Gebilde etwas sei, das, wie man hören konnte, aus allen Schichten und Kreisen bestehe, die in einer mittelalterlichen Stadt lebten und ihre gesellschaftliche Struktur geprägt hätten. So gesehen aber sei die mittelalterliche Stadt geradezu ein Kunstwerk, das bereits alle Elemente der Moderne enthalte. Trotz der Vielschichtigkeit, zu der der Klerus ebenso gehöre wie die Armen, um gerade diese so gegensätzlichen Pole ihrer gesellschaftlichen Struktur zu nennen, sei die Stadt immer für alle ein Hort der Geborgenheit gewesen, so daß zu überlegen sei, ob das den Menschen eigene Heimatgefühl sich weniger an einer Landschaft als in der Stadt entwickelt habe. Dabei seien ihre Plätze, obwohl es Grün und Brunnen gegeben habe, nur Markt- oder Sammelplätze gewesen, da die Stadt nicht nur Lebensraum, sondern auch Festung gewesen sei. Trotz der gesellschaftlichen Verschiedenheit der Bewohner habe stets das Bürgertum die entscheidende Rolle gespielt, und sein oft zitiertes Selbstverständnis habe sich nur in der Stadt entwickeln können.

Dort habe es kulturelle Aktivitäten freigesetzt, und durch sein Mäzenatentum habe es jede Art von Kunst gefördert. An zweiter Stelle sei es das Verdienst kirchlicher Kreise gewesen, die sich als Kulturträger erwiesen und namentlich durch ihre Aufträge an die Architekten bis heute sichtbare Denkmäler geschaffen hätten. Dazu gehöre auch das Schulwesen, das erst langsam aus den Händen des Klerus in die Verantwortung und Trägerschaft des Bürgertums und seiner Verwaltungshoheit übergewechselt habe. Auch die Bibliotheken, ursprünglich eine Sache der Dome, Stifte und Klöster, namentlich der Bettelorden, seien schon recht früh in die Regie der Städte übergegangen und keineswegs die ausschließliche Angelegenheit kirchlicher Einrichtungen oder der Fürsten geblieben bzw. geworden. Exemplarisch dafür nannte Klötzer besonders den "Meister"-Sang, dessen Träger die Zünfte gewesen seien, eine auf den Süden beschränkte Literaturform, die eigenartigerweise den Hansestädten völlig fehle, und schließlich gehörten auch in die Kulturlandschaft der mittelalterlichen Stadt die städtische Hygiene ebenso wie die mannigfachen Formen der Feste, des Sports und jeder Art von öffentlicher und privater Geselligkeit, was alles zusammen die Urbanität der Stadt ausmache, natürlich nicht die Vielzahl der kleinen Städte, wohl aber der großen, wie etwa Frankfurts, das der Referent bei der Zeichnung seines eindrucksvollen Gemäldes von Augen hatte. Das aber erklärt sich nicht nur aus der Tatsache, daß Klötzer als der langjährige Leiter des Frankfurter Archivs "seine" Stadt auf Grund der Quellenlage besonders gut kennt, sondern aus der Bedeutung der Main-Stadt, die seit der Frühzeit im Reich eine führende Rolle gespielt hat.

Als der uns stets willkommene Gast seine mit sichtbar wachsendem Interesse vorgetragen, vorbildlich gegliederten und deshalb besonders einprägsamen Ausführungen schloß, erhielt er uneingeschränkten und anhaltenden Beifall. Auch darf er als ein Zeichen der bei uns keineswegs immer üblichen Dankbarkeit mit nach Hause nehmen, daß an ihn nicht anschließend jene Fragen gestellt wurden, die nur zu oft geeignet sind, die Wirkung eines Vortrags zu schmälern.

Vier Wochen später sprach zu uns am 20. Februar Dr. Klaus Dieter Rack aus Friedberg über "die Burg Friedberg im Alten Reich - Betrachtungen zur ihrer Verfassung und Sozialgeschichte", der mit diesem offenbar breite Kreise anregenden Thema 103 Interessierte in das Alte Schloß hatte sich einfinden lassen.

Manche von ihnen werden an diesem Abend Neues und Überraschendes über die Geschichte und Funktion der als "Reichsburg" bekannten, weiträumigen Anlage gehört haben. Ausgehend von der unterschiedlichen Quellenlage, die, so erfuhr man, einige Historiker veranlaßt habe, die Friedberger Burg als "Raubritter-Burg" zu bezeichnen, begann der Referent damit, Grundsätzliches zum Namen der Burg festzustellen, die am zutreffendsten einfach mit "Burg Friedberg" oder als "kaiserliche Burg" zu bezeichnen sei, da der "Reichs"-Begriff erst seit dem 15. Jahrh. traditionell verstanden werde. Während seines Referats war es deshalb Anliegen Racks, nur das vorzutragen, was als quellenmäßig gesichert gelten kann, ein an sich selbstverständliches Verfahren, das gerade bei Nachrichten über die

Friedberger Burg sehr nötig ist und auch als solches sich erwies, weil bei der Darstellung der Geschichte Friedbergs nur zu oft Tatsachen und Wünsche sich gemischt haben und dadurch ein Bild entstehen ließen, das dringend der sachlichen Berichterstattung und der Kritik bedurfte.

Beides ist an diesem Abend hinreichend zu Wort gekommen. Vieles von dem, was man zu hören bekam, war zum Teil bekannt, vieles gründete aber auch auf neuen und sehr überraschenden Aspekten.

Zur Geschichte der Burg selbst erfuhr man, daß sie in der 2. Hälfte des 12. Jahrh. zur Sicherung und Verwaltung des Königslandschaft Wetterau angelegt wurde und zum erstenmal 1216 urkundlich greifbar wird. Die Burgmannen, ursprünglich reichsministeriale Unfreie, an deren Spitze der "Burggraf" stand, entwickelten sich im Laufe der folgenden Jahrhunderte zu einem Stand untereinander verwandter Regimentsburgmannen, die bereits im 15. Jahrh. die Stadt Friedberg in ihre Abhängigkeit gezwungen hätten. Im 16. Jahrh. habe die Burg ihren Höhepunkt im Reichsverband erreicht. Für die Folgezeit habe sich, so Rack, trotz des Gegensatzes zwischen Reichsstände- und Reichsritterschaft, die Burg im Vergleich zu anderen kaiserlichen Anlagen ungewöhnlich lang behaupten können und galt bis 1806 als rechtlich einzigartiger Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Im Laufe der Jahrhunderte hatte die Friedberger Burg eine Führungsposition erworben, die sich über den ritterschaftlichen Adel des Gebietes zwischen Rhein, Main und Lahn erstreckte, und erst 1817 ging sie in die volle Souveränität des Großherzogtums Hessen-Darmstadt über.

So verstanden war die Fragestellung des Referenten vom Darmstädter Archiv und ihre Beantwortung von Anfang an berechtigt, und der Beifall für das sachkundige und sachkritische Referat war verdient, wenn auch einige Dias als Demonstration zweifellos dem Ganzen gedient hätten, zumal die Anlagen der Burg auch, von der Kunstgeschichte her reizvoll und sehenswert, das historische Thema aufgelockert und bereichert hätten. Dennoch durfte Rack Gießen in dem Bewußtsein verlassen, daß man hierzulande in Zukunft Friedberg und das Gelände seiner ehemals "kaiserlichen Burg" mit anderen Augen besuchen und besichtigen wird.

Für den Vortrag am 13.02.1991 konnte ein Historiker des Amöneburger Gymnasiums gewonnen werden, Oberstudienrat Thomas Martin, der vor 86 Erschienenen über "Bonifatius, die Karolinger und das Kloster Fulda" sprach und die allgemein- und kirchengeschichtliche Bedeutung des Bonifatius behandelte und nicht nur seine Beziehungen zu den frühen Karolingern auf Grund der vorhandenen Quellen beleuchtete, sondern auch die Gründung Fuldas sowohl in die Missions- wie auch die allgemeine Politik des 8. Jahrh. zu integrieren versuchte. Dadurch, so die These des Referenten, wurde die Gründung des Benediktinerklosters Fulda im Jahre 744 zu einem wichtigen Rückhalt des Missionswerks des Bonifatius wie auch der Politik des fränkischen Hausmeiers Karlmann, der sich durch die Unterstützung der Kirche die Legitimation zu verschaffen suchte, die er gegenüber

dem Adel brauchte, da ihm der Königstitel fehlte. Durch dieses enge Zusammengehen von Staat und Kirche seien die Weichen für eine Verbindung gestellt worden, die für die nächsten Jahrhunderte wirksam und bestimmend werden sollte. Der Intention der Gründung des Klosters habe die Auswahl des Ortes entsprochen, da in der "Buchonia" vier Stellen zusammengetroffen seien und der Platz durch seine Verkehrslage auch strategisch wichtig gewesen sei.

So betrachtet ließ sich auch die eingangs gestellte Frage des Referenten beantworten, ob Fulda nur aus missionarischen Gründen entstanden oder ein Ort der Selbstheiligung der Mönche war, entsprechend dem monastischen Ideal Benedikts. Wie man hören konnte, sei es bis heute umstritten, was die Gründung Fuldas veranlaßt habe. Mit dem Rücktritt Karlmanns und seines Nachfolgers Pippin, der 751 König der Franken geworden war und bis 768 regierte, habe das Kloster zunächst seinen Einfluß auf die Politik verloren und damit auch Bonifatius selbst. Er habe sich nunmehr mit dem Adel auseinandersetzen müssen. Doch sei in der Folgezeit die Entwicklung seiner Stiftung Fulda nicht behindert worden, die im Gegenteil durch zahlreiche Schenkungen, auch nach dem gewaltsamen Tod des Bonifatius bei den Friesen im Jahre 754, zunehmend an Bedeutung gewonnen und eine der Hauptträger der karolingischen Renaissance geworden sei, besonders nachdem die Abtei unter Königsschutz gestellt, auch wieder zu politischem Einfluß unter Karl dem Großen gelangt sei.

Der Beifall der Zuhörer war reichlich, zumal sich unter ihnen viele befanden, die sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Persönlichkeit des Bonifatius und seiner Zeit beschäftigen konnten, da die Stätten seines Wirkens öfters Zielorte unserer Exkursionen gewesen sind. Deshalb dürfte auch kaum der Einwand eines der Anwesenden den Gesamteindruck des Vortrags geschmälert haben, die Tätigkeit des Bonifatius habe die freie Entwicklung der fränkischen Kirche zu einer deutschen Nationalkirche im Keime erstickt, indem er sie jeder Selbständigkeit beraubt und sie an das römische Papsttum gekettet habe. Die sachliche Berichterstattung Martins dürfte diesen nicht unbekannt, aber immer wieder auftretenden kirchlichen Einwand ausgeräumt haben.

Mit gesellschaftlichen Strukturen und dem Leben in mittelalterlichen Städten befaßte sich auch der Referent des letzten Vortrags im Winterhalbjahr 1990/91, der Wissenschaftliche Assistent des Fachbereiches Geschichte an der Universität Jena, Dr. Matthias Vöckler, der am 20. März vor 55 Interessenten über "Bürger und Klerus im mittelalterlichen Thüringen zwischen Kooperation und Konflikt" sprach.

Mit diesem Vortrag hörten wir zum ersten Mal einen Referenten aus dem uns benachbarten Thüringen, das Jahrhunderte lang mit Hessen seine Geschichte teilte, mit Erfurt, dessen Vergangenheit sogar bis zur Auflösung des Kurstaates Mainz am Anfang des 19. Jahrh. zu unserer unmittelbaren Nachbarschaft gehörte und geradezu ein Musterbeispiel dafür bot, an dieser einmal mainzischen Stadt die Spannungen zwischen dem Klerus und den Bürgern exemplarisch darzustellen. Obwohl sie zeitweise zu harten Auseinandersetzungen

geführt hätten, seien, so führte Vöckler aus, damit weder der der kirchlichen Obrigkeit schuldige Gehorsam aufgegeben worden, noch hätten sie jemals die Glaubenssubstanz der Bürger in Frage gestellt.

Ausgehend von einem in der sogenannten "Petrus-Chronik" für das Jahr 1141 belegten Streit zwischen dem Stadtherrn, dem Erzbischof von Mainz, und den Bürgern, erfuhr man während des Vortrags von zahlreichen Konflikten, in denen es meist um Sonderrechte des Klerus und das wachsende Selbstbewußtsein der Bürger ging, die besonders durch den Tuchhandel zu steigendem Wohlstand gelangt waren und bei der Verwaltung der Stadt Mitbestimmung forderten. Gegen den fernen Landesherrn sei es aber auch zu Verbindungen zwischen der Geistlichkeit, obwohl sie den Kampf um ihre überkommenen Privilegien nicht aufgab, und der Bürgerschaft gekommen. Namentlich die Franziskaner hätten seit dem 13. Jahrh. zu vermitteln versucht, was jedoch nicht ausgeschlossen habe, daß es auch Auseinandersetzungen mit dem Orden in den Städten gegeben habe, wenn es um Grundbesitz und Liegenschaftskäufe oder etwa auch um das Schulwesen gegangen sei, da der Klerus vielerorts gegen die Städte sein traditionelles Bildungsmonopol immer wieder habe durchsetzen wollen.

Von solchen und ähnlichen Bestrebungen wußte Vöckler u.a. auch aus der Reichsstadt Mühlhausen und von Jena zu berichten, wo es in dieser Frage wie oft zu einem Kompromiß gekommen sei.

Das interessierte und sichtlich angeregte Publikum dankte mit reichlichem Beifall dem Jenersen Referenten und dem lautgewordenen Wunsch, er möchte nicht der einzige Vortragende bleiben, den man in Zukunft aus Thüringen hören könne.

Diese Hoffnung unterstrich abschließend auch Erwin Knauß, der 1. Vorsitzende des Oberhessischen Geschichtsvereins, und verband sie zugleich mit dem Dank an alle, die während des an diesem Abend zu Ende gegangenen Winterhalbjahres 1990/91 unsere Vorträge in so großer Anzahl besucht und dadurch die Arbeit des Vereins unterstützt und gerechtfertigt hätten, zu dessen vornehmster Aufgabe es gehöre, aus der Vergangenheit in der Gegenwart für die Zukunft zu wirken.

**Bericht des Ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Erwin Knauß in der
Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 17. April 1991:**

Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

Sie werden verstehen, daß ich am Ende einer 14jährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Vereins - nachdem vorher schon 24 Jahre als Vorstandsmitglied hinter mir lagen - ein wenig weiter zurückgreife in meinem Jahresbericht, als nur den Ablauf des letzten Vereinsjahres zu beleuchten.

Dies tue ich auch deshalb, weil wir bei der Gelegenheit von Vereinsjubiläen erfahren haben, wie wichtig solche dokumentarischen Berichte für die Vereinsgeschichte sein können. Vorausschicken möchte ich einige Zahlen:

Die aktuelle Mitgliederzahl beträgt 817.

Am 1.10.1982 hatten wir 517 Mitglieder. In dem Zeitraum der letzten 10 Jahre haben wir 152 Mitglieder verloren, davon 74 durch den Tod, 70 durch Austritt (überwiegend wegen Wegzugs aus Gießen oder altersbedingt) und 8 durch Streichung.

Es mag auch ganz interessant sein zu erfahren, daß in der ältesten bei uns noch vorhandenen Mitgliederliste aus dem Jahre 1961 162 Mitglieder verzeichnet sind, von denen heute noch 23 dem Verein angehören.

Mit Stolz darf der Vorstand darauf verweisen, daß der Mitgliedsbeitrag seit dem 31.03.1977 unverändert bei 24,- DM für das Einzelmitglied geblieben ist. Daneben haben wir damals den nur um 6,- DM erhöhten Familienbeitrag eingeführt.

Durch die weit höhere Mitgliederzahl und die gute Beitragsmoral hat sich das Beitragsaufkommen von rd. 2.500,- DM im Vereinsjahr 1970 auf nunmehr 17.650,- DM im abgelaufenen Vereinsjahr erhöht.

Dabei sind wir dankbar, daß sich inzwischen über 500 Mitglieder dem Einzugsverfahren der Bank angeschlossen haben. Dies ist für uns eine wesentliche Kostenersparnis und erleichtert die Arbeit unseres Rechners. Schon an dieser Stelle danke ich den beiden Rechnern, die in meiner Amtszeit als Vorsitzender ganz wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Verein auf einer finanziell soliden und gesunden Basis steht, wie sich das vor allem aus dem nachfolgenden Finanzbericht ergeben wird.

Zwei Zahlen mögen das verdeutlichen: Im Jahre 1970 betrug das aktive Vereinsvermögen 1.900,- DM; am Ende des Jahre 1990 standen wir bei ca. 36.800,- DM, derzeit beträgt unser Vermögen rd. 45.300,- DM.

Die Tatsache, daß wir durch Veruntreuungen in den Jahre 1975/76 völlig pleite waren und mit Schulden belastet bei 0,0 wieder anfangen mußten, ist heute bereits Geschichte und von vielen vergessen. Dank gilt hier besonders unserem Ehrenmitglied Otto Stumpf, der

mit seiner reichen Erfahrung in finanziellen Dingen und mit hohem Engagement die schwierige Situation in kürzester Zeit gemeistert hat, wozu natürlich auch die große Solidarität unserer Mitglieder beigetragen hat. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß wegen dieses finanziellen Mißgeschicks damals kein einziger Austritt erfolgte.

Mit Robert Groß, der Otto Stumpf im Jahre 1985 ablöste, hat unser Verein einen ebenso tüchtigen wie versierten Mann gewinnen können. Er mußte leider eine dringend notwendige Kur antreten, so daß sein Finanzbericht anschließend verlesen wird.

Und nun lassen Sie mich in aller gebotenen Kürze einige Höhepunkte des Vereinsgeschehens der letzten 1 ½ Jahrzehnte darstellen. Herausragende Ereignis war zweifellos der 100. Geburtstag des OHG im Juni 1978, den wir drei Tage lang mit festlichen Veranstaltungen, Vorträgen und Exkursionen begangen haben. Ein Mitgliederzuwachs von über 100 innerhalb eines Jahres war das beeindruckende Zeichen dafür, daß der Verein in ein breiteres Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt war. Im Bd. 64/1979 sind diese Festtage ausführlich durch Herrn Szczech dokumentiert worden.

Im Jahre 1988 gedachten wir in einer von Musik umrahmten festlichen Abendveranstaltung auch des 110jährigen Bestehens des Vereins. Der eindrucksvolle Festvortrag unseres Mitglieds, Prof. Dr. Moraw, ist sicher vielen von Ihnen in Erinnerung und wurde ebenfalls in unseren MOHG abgedruckt.

Damit komme ich zu den Publikationen des Vereins:

Die Jahresbände des Vereins mit dem traditionellen Namen "Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen", (MOGH) konnten - mal früher, mal später im Jahr - immer rechtzeitig erscheinen. Seit dem Jubiläumsjahr 1978 haben wir den blaßblauen durch einen leuchtend gelben Einband ersetzt. Unsere Bände gelten heute hinter den drei großen Vereinspublikationen aus Wiesbaden, Kassel und Darmstadt als bedeutendste regionalgeschichtliche Zeitschrift in Hessen. Dem 75. Band/1990 in dieser Reihe wird im Laufe des Herbstes der 76. Band/1991 folgen.

Neben den "Mitteilungen ..." konnten wir in den letzten 10 Jahren insgesamt 15 Sonderbände herausgeben, die unseren Mitgliedern kostenlos zur Verfügung standen. Der Sonderband für 1991, die wertvolle Arbeit unseres Mitglieds Helmut Nachtigall über die "Hüttenberger Hoftore in Stadt und Kreis Gießen", konnten wir im Februar der Presse vorstellen, und gestern hatten wir sogar den seltenen Fall, eine 2. Auflage eines Sonderbandes vorzustellen, weil die 1. Auflage bereits vergriffen ist und viele neue Anfragen vorliegen. Es handelt sich um die Arbeit unseres Mitglieds Dietrich Gräf über die Luftangriffe auf Gießen während des Zweiten Weltkrieges mit dem beziehungsreichen Namen "Hake" (= Hechtdorsch), dem Codewort für den schwersten Angriff auf Gießen am 6.12.1944.

Beide Sonderbände - wie auch der Jahresband 1990 - sind in begrenzter Anzahl auch heute abend hier zu bekommen. Meine Mitarbeiter im Stadtarchiv und mein Nachfolger im Amt haben die entsprechenden Listen vorbereitet. Im Anschluß an die Versammlung können

sie dort die Bücher erhalten. Es darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß wir auch vier Festschriften herausbringen konnten:

1977:

Zum 75. Geburtstag unseres Ehrenvorsitzenden, Museumsdirektor i.R. Dr. Herbert Krüger

1978:

Zum 100. Geburtstag des Oberhessischen Geschichtsvereins

1979:

Zum 100. Geburtstag des Oberhessischen Museums Gießen

1987:

Zum 65. Geburtstag des 1. Vorsitzenden

Um jüngere Wissenschaftler anzuspornen, haben wir sowohl zum 100. als auch zum 110. Geburtstag des Vereins einen Preis von je 5.000,- DM ausgelobt.

Der erste Wettbewerb brachte drei Preisträger, deren Arbeiten dann in den MOHG abgedruckt wurden; der zweite Wettbewerb läuft noch bis zum 30. Juni 1991 und wird danach von einem Preisrichter-Kollegium vergeben.

Der Verein hat noch einen umfangreichen Bestand von MOHG-Bänden nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies liegt vor allem daran, daß nur etwa die Hälfte der Mitglieder die zuzustehenden Bücher abholt. Eine Zusendung würde unsere personellen und finanziellen Möglichkeiten überfordern; sie ist daher nur in Ausnahmefällen für auswärtige Mitglieder möglich.

Um frühere Bände auch unseren neuen Mitgliedern leichter zugänglich zu machen, haben wir die Möglichkeit geschaffen, diese Bände zum halben Preis zu erwerben. Auf Grund der großen Nachfrage haben wir den MOHG-Band 69/1984 mit der wichtigen Arbeit der Schüler unseres Vorstandsmitglieds Kurt Heyne über die "Judenverfolgung in Gießen und Umgebung", der ebenfalls vergriffen war, jetzt für einen Nachdruck in Auftrag gegeben.

Für die Werbung eines neuen Mitglieds kann als Prämie ein früherer MOHG-Band nach Wunsch erworben werden.

Der Verkauf - sowohl der MOHG-Bände als auch der Sonderbände - an Nichtmitglieder ist eine bedeutende jährliche Einnahmequelle für den Verein und deckt annähernd die Hälfte der Unkosten. Beispielsweise hatten wir im Jahre 1990 einen Verkaufserlös von 12.100,- DM.

Ein ganz wesentlicher Teil unserer Vereinsarbeit sind die Exkursionen der Sommerhalbjahre. Sie werden seit 36 Jahren ununterbrochen und fast ausschließlich von unserem zweiten Vorsitzenden, dem jetzt im 83. Lebensjahre stehenden Hans Szczech, durchgeführt. Wir können seine Arbeit und seine Leistungen nicht hoch genug einschätzen, und

viele seiner inhaltsreichen und einfühlsamen Führungen in Zukunft schmerzlich vermissen. Umso dankbarer dürfen wir sein, daß er im vorletzten Jahresband 74/1989 eine ausführliche Chronologie seiner Halbtags-, Ganztags- und Zwei-Tagesfahrten niedergelegt hat, die uns manche schönen Erlebnisse und Eindrücke in Erinnerung rufen wird. Die Beliebtheit dieser Exkursionen ist von Jahr zu Jahr größer geworden und hat ebenfalls einen Anstieg der Mitgliederzahl bewirkt.

Um Interessierte an unseren Exkursionen für den Verein zu gewinnen, haben wir die Fahrpreise für Mitglieder billiger gestaltet; doch sind Gäste stets willkommen. Fast alle Exkursionen waren ausgebucht, und doch kam es nur sehr selten vor, daß jemand zurückstehen mußte oder mit dem eigenen Auto hinterher fuhr. Wie das im Hause Szczech mit dauernden Abmeldungen und Umbuchungen immer auf die Reihe kam, ist mir bis heute ein Rätsel. Jedenfalls war dies in all den Jahren eine bewundernswerte organisatorische Leistung, zumal ja auch die Busse immer rechtzeitig und passend geordert werden mußten. Für alle, die im letzten Oktober in der Kirche von Hirzenhain/Vogelsberg dabei sein konnten, war es bewegend, die Abschiedsrede von Herrn Szczech zu hören.

Ein dritter Bereich unserer Vereinsarbeit sind die Vorträge der Winterhalbjahre, für die ich seit Mitte der 60er Jahre verantwortlich bin. Kontinuierlich hat sich hier die Teilnehmerzahl von zunächst zwischen 25 und 40 auf heute durchschnittlich (je nach Thema und Referent) über 80 Besucher erhöht. Allerdings wird es auch von Jahr zu Jahr schwieriger, zugkräftige Referenten zu gewinnen, zumal die Honorarforderungen wachsen. Wesentlichen Anteil daran, daß die Vortragsabende gut besucht werden, hat zum einen die Tatsache, daß wir nach wie vor keinen Eintritt erheben; zum andern ist es eine große Hilfe, immer wieder die Begleitung durch die örtliche Presse zu erfahren. Sowohl die Vorberichte wie vor allem die Rezensionen sorgen dafür, daß unsere Volksbildungsarbeit in breiteren Bevölkerungskreisen bekannt wird und dadurch viele neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Die angenehme Atmosphäre im Vortragssaal des Oberhessischen Museums im Alten Schloß mag ebenfalls zu steigenden Besucherzahlen beigetragen haben. Im vergangenen Jahr mußten wir unsere traditionellen Donnerstag-Abende wegen des verkaufsoffenen Abend aufgeben und sind auf mittwochs ausgewichen, was sich als richtig erwiesen hat. Mein Dank gilt hier dem Direktor des Oberhessischen Museums, Dr. Friedhelm Häring, als dem Hausherrn und seinen Bediensteten, die uns immer den Saal offen halten und herrichten, vor allem aber der Stadt Gießen, die uns diesen Vortragssaal kostenlos zur Verfügung stellt und damit unsere Aufgabe für die Volksbildung ideell und materiell fördert.

Seit vielen Jahren führt der OHG einmal im Jahr einen VHS-Kurs durch, der vornehmlich von den Vorstandsmitgliedern getragen wird und dem Verein zahlreiche neue Mitglieder zugeführt hat. Der Kurs macht mit den Institutionen Uni-Bibliothek, Museum und Stadtarchiv bekannt und führt ein in die Grundzüge der Genealogie, der Vor- und Frühgeschichte, der Kunstgeschichte, der Geographie der engeren Heimat und der Stadtgeschichte. Die

Honorare dafür fließen in die Vereinskasse; allerdings sei nicht verschwiegen, daß der Vorstand sei 1980 - also in diesem Jahr zum 12. Male - in einem attraktiven Ort der engeren Heimat mit guter Gastronomie zu einer Vorstandssitzung zusammenkommt, die man auch als 'Arbeitsessen' bezeichnen kann. Diese Einrichtung hat sich als außerordentlich förderlich erwiesen und lohnt zweifellos den Aufwand, der im übrigen nur einen Bruchteil des VHS-Honorars ausmacht.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal nachdrücklich das betonen, was ich schon bei vielen Exkursionen und bei manchen Hauptversammlungen gesagt habe: Abgesehen von einer geringen Aufwandsentschädigung für die aufopferungsvolle Arbeit des Rechners und für die Auslagen in der Geschäftsstelle, wird die gesamte Arbeit im Verein ehrenamtlich geleistet. Was wir z.B. durch die Leistung von Herrn Szczech in der Leitung der Exkursionen jährlich sparen, hat mir der befreundete Vorsitzende eines anderen größeren hessischen Geschichtsvereins gesagt: Es sind zwischen 2.000,- und 3.000,- DM im Durchschnitt.

Lassen Sie mich nun noch einiges berühren, was nicht regelmäßig in den jährlichen Berichten vorkommt:

Ich bin ein wenig stolz darauf, daß es mir in den letzten Jahren gelungen ist, bei drei (3) Ausnahmen alle Städte und Gemeinden des Kreises Gießen, dazu auch noch Butzbach und Hüttenberg als Mitglieder des OHG zu gewinnen. Dies bedeutet finanziell natürlich wenig, ist aber ideell von besonderem Wert und betont unsere führende Position unter den Geschichts- und Heimatvereinen in Mittelhessen. Wir betrachten im übrigen diese kleinen, meist örtlichen Vereine, nicht als Konkurrenz, sondern eher als wichtige Ergänzung und Bereicherung der uns zugewiesenen Aufgabe geschichtlicher Bildung.

Allein die Tatsache, daß nur rd. 53 % unserer Mitglieder innerhalb der Gemarkung Gießen wohnen, fast 33 % aber im Landkreis Gießen und sogar 14 % außerhalb desselben beweist unsere überregionale Bedeutung.

Mit den uns nahe stehenden Vereinen, dem 'Gleibergverein', dem 'Freundeskreis des Klosters Arnsburg', der "Heimatvereinigung Schiffenberg", dem "Heimatkundlichen Arbeitskreis Lich", dem 'Förderkreis alter Kirchen', der 'Hessischen Familiengeschichtlichen Vereinigung, Sektion Gießen" und dem "Wetzlarer Geschichtsverein" unterhalten wir eine gegenseitige Mitgliedschaft unter Austausch unserer Publikationen.

Es ist mir am Schluß meines Berichts ein großes Bedürfnis vielfältigen Dank auszusprechen:

Wie wahrscheinlich die meisten unter den heute hier anwesenden Mitgliedern wissen, habe ich am 2. April nach über 27jähriger Tätigkeit als Leiter des Stadtarchivs mein Amt an meinen Nachfolger, Herrn Dr. Ludwig Brake, abgegeben. Ich freue mich, daß die Wahl auf ihn gefallen ist und freue mich ebenso, daß er heute abend unter uns ist und seine Bereitschaft signalisiert hat, im OHG mitzuarbeiten.

Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang der Stadt und ihrer Verwaltung, die es - unabhängig von der politischen Couleur - ermöglichte, daß der OHG seine Geschäftsstelle im Stadtarchiv unterhalten durfte, was beiden Seiten zugute kommt. So werden die Publikationen des OHG und alle Bücher, die dem Verein für Buchbesprechungen zur Verfügung gestellt werden, in die Präsenzbücherei des Stadtarchivs übernommen. Ferner stellt der Verein jeweils über 100 Exemplare seiner Veröffentlichungen dem Kulturamt der Stadt zur Verteilung an Schulen zur Verfügung. Im Gegenzug unterstützt die Stadt durch finanzielle Zuwendungen den Verein bei der Bestreitung der Druckkosten. Ferner konnten die Pressekonferenzen zur Vorstellung unserer Publikationen in städtischen Räumen durchgeführt werden.

Für diese fruchtbare Zusammenarbeit war es natürlich eine glückliche Konstellation, daß die Ämter des Stadtarchivars und des 1. Vorsitzenden in einer Hand lagen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß dieses fruchtbare Zusammenwirken auch in Zukunft weiter bestehen bleibt.

Dank schuldet der Verein auch den beiden stundenweise im Stadtarchiv beschäftigten Mitarbeitern, dem 1987 verstorbenen Dr. Günther Rath und dem seit 1983 tätigen Aloys Nöhl, der auch heute abend wieder hilft, gewisse organisatorische Aufgaben zu meistern. Vielen Mitgliedern sind diese beiden Pensionäre, die in ihrer Arbeit im Stadtarchiv eine sinnvolle Tätigkeit gefunden haben, bekannt und vertraut, und beide haben den notwendigen Kontakt zwischen Vereinsführung und den Mitgliedern nach Kräften gefördert.

Die erfolgreiche Vereinsarbeit der letzten 1 ½ Jahrzehnte aber wäre nicht möglich gewesen ohne die bereitwillige Unterstützung der örtlichen Presse. Ihre ausführlichen Berichte über unsere Exkursionen und Vorträge haben uns manche neue Mitglieder zugeführt, die Rezensionen unserer Publikationen - wie heute wieder - förderten den Buchverkauf ganz wesentlich. Den Feuilleton- und Lokalredaktionen der Gießener Tageszeiten gilt daher der Dank des Vorstandes und des ganzen Vereins.

Abschließend gilt mein persönlicher Dank dem Vorstand in seiner Gesamtheit, der durch seine engagierte Mitarbeit wesentlichen Anteil am Aufschwung des Vereins hatte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur echte Teamarbeit zu diesen Erfolgen führen konnte. Die Solidarität der Vorstandskollegen in schwierigen Situationen habe ich besonders wohlthuend empfunden.

Ihnen allen aber, die Sie heute abend gekommen sind, und mit Ihnen stellvertretend der gesamten Mitgliedschaft danke ich herzlich für ihre Anteilnahme am Geschehen im Verein.

Lassen Sie mich enden mit dem Wunsch, Ihre solidarische Begleitung der Vorstandsarbeit und die fruchtbare Zusammenarbeit des neu zu wählenden Vorstands mögen auch in Zukunft zum Wohl des Vereins bestimmend sein.

Ich danke Ihnen für die Geduld, mit der Sie mir zugehört haben und bitte Sie nochmals um Entschuldigung, daß ich die Zeit meiner Vorstandschaft aus den angeführten Gründen so ausführlich dargelegt habe.

Satzungsgemäß hat der gesamte Vorstand nach dreijährigem Turnus zurückzutreten. Ob dieser Modus sinnvoll ist oder ob nicht bei einer Überarbeitung unserer Satzung das Vorgehen in anderen Vereinen übernommen werden sollte, immer nur Teile des Vorstandes neu zu wählen, um eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten, muß einer Überlegung in der Zukunft überlassen bleiben.

Heute müssen wir uns nach der gültigen Satzung richten und die schreibt die Neuwahl des gesamten Vorstandes vor.

Bevor ich jedoch diesen Rücktritt des bisherigen Vorstandes formell bekannt gebe und den Wahlleiter bitte, das Szepter in der Versammlung zu übernehmen, darf ich mich noch einer sehr angenehmen Pflicht unterziehen.

4 der bisherigen Vorstandsmitglieder werden nicht mehr für die Neuwahl kandidieren, und ich möchte sie vor dieser Versammlung verabschieden:

Herr Museumsdirektor Dr. Häring, der heute abend nicht anwesend ist, hat uns seine persönlichen Gründe erläutert, warum er zunächst nicht mehr als Vorstandsmitglied fungieren möchte. Wir haben diese Gründe zu akzeptieren und danken ihm sehr für seine Mitarbeit. Er hat viele unserer Jahresversammlungen durch seine Vorträge bereichert, was den Besuch von ca. 30 Mitgliedern in den späten 70er Jahren auf über 90 in den späten 80er Jahren zweifellos erhöht hat. Besonders angenehm war es, daß wir viele Vorstandssitzungen in seinem Dienstzimmer, also zentral in der Stadt und ohne gastronomischen Zwang, abhalten konnten.

Nach 22jähriger Vorstandsmitarbeit, davon 4 Jahre als Rechner und 14 Jahre als Schriftführer scheidet auch der ehemalige Direktor unserer Universitätsbibliothek, Dr. Hermann Schüling, aus dem Vorstand aus. Wir verdanken ihm in Nachfolge seines Vorgängers Direktor Dr. Schawe, der unser Ehrenmitglied war, die enge Zusammenarbeit des Vereins mit der Universitätsbibliothek, die für den Verein den Schriftentausch mit fast 300 Tauschpartnern in der BRD und im Ausland vornimmt, was für uns eine erhebliche finanzielle Unterstützung bedeutet. Die Herstellung unserer zweimal im Jahre versandten Rundschreiben an die Mitglieder ist eine andere großzügige und dankbar empfangene Hilfe, die wir seiner Initiative verdanken. Für seine Tätigkeit, vor allem als Rechner und Schriftführer für den Verein, wurde er von der Jahreshauptversammlung 1987 zum Ehrenmitglied ernannt.

Wir haben ein Abschiedsgeschenk aus seinem Interessengebiet ausgesucht, das ihm Freude bereiten möge; seine Gattin, die manches Tel.-Gespräch zu führen hatte, mögen die Blumen erfreuen.

Die Verabschiedung von Herrn Studiendirektor i.R. Hans Szczech fällt mir, wie sich viele unter ihnen denken können, sehr schwer und bewegt mich stark.

Dies nicht nur, weil wir 36 Jahre lang im Vorstand dieses Vereins zusammengearbeitet haben, auch nicht, weil Herr Szczech nach dem Ausscheiden von Dr. Krüger im Jahre 1977 mein, wie ich oft scherzhaft formuliere, 'Copilot' bei der Steuerung des Vereins geworden

ist, sondern vor allem, weil ich in ihm im Laufe des langen gemeinsamen Weges einen wahrhaften und väterlichen Freund gefunden habe.

Wer ihn je auf den Exkursionen oder in anderen Bereichen erlebt hat, wird seine Persönlichkeit und seine hohen fachlichen Qualitäten nicht vergessen. Er war stets ein kritischer, aber wo es angebracht war, auch ein solidarischer Begleiter meiner Vereinsführung, und ich verdanke ihm sehr viel. Darum war es für mich eine große Freude, daß er zu Beginn des Jahres 1990 für seine Wirksamkeit und seine Leistungen, auch außerhalb des Vereins, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet wurde. Er wird - da bin ich sicher - den Verein auch in Zukunft mit wachen Augen begleiten; ja, zu unserer großen Freude wird er sogar im Oktober 1991, falls dies seine Gesundheit zuläßt, eine Halbtagesexkursion leiten.

Ich möchte dem neu zu wählenden Vorstand empfehlen, Herrn Szczech nach Dr. Krüger, der jetzt seinen 89 Geburtstag in der Nähe von München begehen durfte, aber leider sehr schwer krank ist, zum 2. Ehrenvorsitzenden des Vereins der Versammlung nach § 5, Abs. 1 der Satzung vorzuschlagen.

Als Abschiedsgeschenk haben wir nur ein ganz bescheidenes Päckchen mitgebracht. Es soll aber sehr wertvoll sein. Wir haben es auf Vermittlung unseres Vorstandsmitglieds Kurt Heyne erworben, und wir sind ganz sicher, daß es dem scheidenden 2. Vorsitzenden viel Freude bereiten wird, denn wir hörten, daß er nach Ostern mit seiner weiteren Familie eine Woche in Rom gewesen ist.

Seiner Gattin, die manche organisatorischen Probleme der Exkursionsvorbereitungen mit viel Geduld ertragen und getragen hat und die seinen Berufs- und Lebensweg und damit auch sein Wirken in unserem Verein stets positiv und aktiv begleitet hat, möchten wir diese Blumen überreichen und die Hoffnung aussprechen, sie mit ihrem Mann noch recht oft bei Veranstaltungen in unserem Verein begrüßen zu können.

Nun, nach diesem uns wohl alle bewegendem Abschied, komme ich endgültig zum letzten, was ich als noch amtierender Vorsitzender zu sagen habe: In meinem letztjährigen Vorstandsbericht habe ich ganz zum Schluß folgendes wörtlich gesagt:

"Nicht verschweigen möchte ich schließlich zum Schluß, was bereits bei der Neuwahl des Vorstandes vor zwei Jahren deutlich gesagt wurde, der Schriftführer, der 2. und der 1. Vorsitzende werden im Jahre 1991 ihre Ämter zur Verfügung stellen. Der Vorstand hofft, Ihnen zur nächstjährigen Jahreshauptversammlung ein Konzept für die Weiterarbeit vorstellen zu können." soweit das wörtliche Zitat.

(Ich füge wie damals in Klammern hinzu: Dieser Entschluß wurde bereits im Frühjahr 1988 gefaßt, also viel früher, als vielleicht irgendwelche unliebsamen Ereignisse ihn beeinflußt haben könnten).

Ich komme zurück zu dem im vorigen Jahr angekündigten Konzept für die weitere Vereinsarbeit. Wir vom bisherigen Vorstand glauben nicht nur, daß wir nach unserem Rücktritt verpflichtet sind, ein solches Konzept vorzulegen, sondern daß die Mitglieder-

versammlung auch erwarten kann, daß wir uns Gedanken über die neue Zusammensetzung des Vorstands gemacht haben, schon um eine gewisse Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten und keinen abrupten Bruch oder eine Lücke zu provozieren.

Von 1977 bis 1988 bestand der Vorstand aus 5 Mitgliedern, von 1988 bis heute hatten wir entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl und des im Jahre 1991 zu erwartenden Reviements diese Zahl auf 8 erhöht. Beide Modelle haben sich bewährt. Davon ausgehend möchten wir der Versammlung vorschlagen, die Gesamtmitgliederzahl des Vorstandes auf höchstens 9 festzulegen, d.h. außer dem 4köpfigen geschäftsführenden Vorstand höchstens bis zu 5 Besitzer zu wählen. Nachdem sich die bisherigen Vorstandsmitglieder Robert Groß, Kurt Heyne, Dr. Jürgen Leib und Dr. Siemer Oppermann bereit erklärt haben, erneut zu kandidieren, darf ich Ihnen diejenigen Damen und Heeren zur Neuwahl vorschlagen, die wir nach Gesprächen und Überlegungen im Laufe des Jahres zur Mitarbeit gewonnen haben:

Ich tue dies bewußt alphabetisch:

Ich hatte schon erwähnt, daß Dr. Ludwig Brake, der am 2. April mein Amt als Stadtarchivar hauptamtlich übernommen hat, bereit ist, im Vorstand des OHG aktiv mitzuarbeiten und auch die Möglichkeit einzuräumen, daß unser Rechner die geschäftlichen und finanziellen Angelegenheiten des Vereins in den Räumen des Stadtarchivs erledigen kann. Mit ihm wäre die Kontinuität der Zusammenarbeit zwischen Verein und Archiv gewährleistet.

Als Nachfolger in meinem Amt als 1. Vorsitzender möchten wir Ihnen Herrn Michael Breitbach vorschlagen. Herr Breitbach stammt aus Frankfurt/M., ist 43 Jahre alt und lebt seit 20 Jahren mit seiner Familie in Gießen. Er studierte in Frankfurt/M. und Heidelberg. Seit 1982 ist er Fachhochschullehrer an der Verwaltungsfachhochschule des Landes Hessen in Wiesbaden mit der Abteilung in Gießen; für eine begrenzte Zeit ist er als Jurist der Präsidialabteilung unserer Justus-Liebig-Universität in Gießen zugeordnet. An der FH lehrt er Verfassungs- und Staatsrecht mit dem Schwerpunkt Verfassungsgeschichte.

Sein besonderes historisches Interesse fand u.a. Ausdruck in einer kürzlich durchgeführten und gut besuchten Ausstellung "Der Beamte im Nationalsozialismus", die er mit Kollegen und Studenten und in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt dem Publikum vorstellte. Das Verwaltungshandeln in der Stadt Gießen in der Zeit von 1933-1938 wurde dann auch in einer von der Stadt Gießen herausgegebenen Publikation dargestellt; ferner hat Herr Breitbach an Hand von Akten des Stadtarchivs Gießen seine Untersuchungen fortgeführt und kürzlich in einem Aufsatz in der angesehenen hessischen historischen Zeitschrift "Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde" veröffentlicht.

Ich kenne Herrn Breitbach seit rd. 15 Jahren auch aus anderen Lebensbereichen, schätze ihn sehr und halte ihn für ausgezeichnet geeignet, den Verein zu führen und zu repräsentieren.

Mit großer Freude begrüße ich die Bereitschaft von Frau Dr. Felschow, seit vielen Jahren Leiterin unseres Gießener Universitätsarchivs, in unserem Vorstand mitzuarbeiten. Frau Felschow hat sich mit ihren Arbeiten über die Städte Wetzlar und Gießen als kenntnisrei-

che Wissenschaftlerin ausgewiesen und wurde wegen dieser Leistungen auch in die Hessische Historische Kommission in Darmstadt berufen. Sie würde nicht als 'Alibi-Frau', wie man dies vielleicht mutmaßen könnte, sondern als ausgezeichnete Fachfrau in den Vorstand eintreten, wo sie sich bereit erklärt hat, an der Redigierung und Herausgabe unserer "Mitteilungen ..." mitzuwirken.

Als 2. Vorsitzenden möchten wir Ihnen Herrn Dr. Thomas Martin vorschlagen. Herr Martin ist Historiker an der JLU und dort dem Lehrstuhl Mittelalter und Landesgeschichte zugehörig. Er ist seit frühester Jugend mit seiner Vaterstadt und ihrer Geschichte verwachsen und hat über die Zeit des späten Mittelalters bereits einen beachtenswerten Aufsatz in unseren MOGH veröffentlicht. Er wird mich im Falle seiner Wahl federführend in der Herausgabe der MOHG ablösen und sich in Zukunft auch um das Winter-Vortragsprogramm in Inhalt und Organisation kümmern.

Last but not least bin ich froh, daß die bereits erwähnte traditionelle gute Zusammenarbeit zwischen dem OHG und der JLU-Bibliothek fortgesetzt werden wird, wenn sie Herrn Dr. Schnellling als Nachfolger von Herrn Dr. Schüling in das Amt des Schriftführers wählen.

Ich danke Ihnen allen noch einmal für Ihre Aufmerksamkeit und ich wünsche mir sehr, daß die gedeihliche Entwicklung des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen auch unter dem neuen Vorstand weiter anhält.

Rezensionen

Kirtorf und das Eußergericht. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, von Anette Weber-Möckl, hrsg. vom Magistrat der Stadt Kirtorf, Gießen 1990, 400 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 38,--.

Anlaß zur Herausgabe dieser Darstellung war das 500jährige Jubiläum der Stadt Kirtorf. Über das Heimatgeschichtliche und Folkloristische hinaus will die Autorin "das innere Leben in Stadt und Dorf, die Organisation des Zusammenlebens und den alltäglichen Kampf ums Dasein darstellen, andererseits die Außenbeziehungen zu Nachbargemeinden und zur Obrigkeit" schildern. Das Buch gliedert sich in einen umfangreichen historischen Grundriß und einen Anhang für spezielle Themenbereiche. Grundlage bildete Material aus dem Stadtarchiv Kirtorf, den Gemeindearchiven, der Staatsarchive Darmstadt und Marburg sowie die neueste Literatur. Die Autorin vermittelt eine Fülle von interessanten Details zu vielfältigen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Phänomenen. Angesichts der Komplexität des Themas, Kirtorf ist aus sieben Gemeinden zusammengewachsen, hätte ein stärker systematisierender Zugriff bei der Anlage der Darstellung den inneren Zusammenhang der vielen Einzelinformationen deutlicher hervortreten lassen können.

(Ludwig Brake)

Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933, bearbeitet und herausgegeben von Eckhart G. Franz und Manfred Köhler, Darmstadt 1991 (= Vorgeschichte des Parlamentarismus in Hessen Bd. 6), 652 Seiten, 54 Abbildungen, Kart. DM 88,--.

Die Dokumentation "Parlament im Kampf um die Demokratie" ist als Band sechs der im Auftrag des hessischen Landtages und mit seiner finanziellen Unterstützung in der Reihe zur Vorgeschichte des Parlamentarismus in Hessen erschienen. Sie soll "Geschichte und Wirken des Hessischen Landtages in den Jahren des Volksstaates" illustrieren. Das Buch besteht aus zwei Teilen: der Einleitung und dem folgenden Dokumententeil. Die Einleitung gibt auf 70 Seiten knappe Hinweise, die es ermöglichen, den folgenden Dokumententeil in den zeitlichen Zusammenhang einzuordnen. So werden hier der staatliche Rahmen, das Verfassungsgefüge, Wahlen, Parteien, Regierungen und schließlich auch der hessische Landtag selbst, seine Zuständigkeit, seine Organisation und seine Arbeitsweise vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund erläutert.

Der Dokumententeil orientiert sich mit dem Abdruck von ausgewählten Auszügen aus den Parlamentsdebatten an den Schwerpunktthemen der Landtagsverhandlungen in den Jahren von 1919 bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Durch die Wiedergabe von

"Aussprachen" zu einzelnen Themen soll, im Unterschied zur Konzeption früherer Bände, deren Dokumentationseinheit jeweils eine Parlamentsrede war, "das Wechselspiel politischer Richtungen und Fraktionen" wiedergegeben werden.

Der Band richtet sich nach Aussagen der Herausgeber an Politiker, Parlamentarier und kritische Zeitgenossen, er stellt aber auch sachgerecht aufbereitetes Quellenmaterial für Universität und Schule zur Verfügung.

(Ludwig Brake)

Italien im Bannkreis Napoleons. Die römischen Gesandtschaftsberichte Wilhelm von Humboldts an den Landgraf/Großherzog von Hessen-Darmstadt 1803-1809, bearbeitet von Eva-Marie Felschow und Ulrich Hussong, hrsg. v. Eckhart G. Franz, Darmstadt 1989 (= Arbeiten der Hessischen Historischen Kommission, Neue Folge, Bd. 4), 459 Seiten, 41 Abbildungen, Kart. DM 76,--.

Mit der Quellenedition Eva-Marie Felschows und Ulrich Hussongs werden erstmals die Darmstädter Humboldt-Berichte vollständig veröffentlicht. Der textkritische Apparat ist wohlthuend auf das Wesentliche reduziert. Er greift nur ein, wo es notwendig ist. Eine knappe Einleitung, Sachanmerkungen und Verweise auf die Berichterstattung in der Darmstädter Zeitung ordnen die Informationen in den zeitlichen Kontext ein. Ein biographischer und topographischer Index erschließt die chronologisch angeordneten Gesandtschaftsberichte.

Für Wilhelm von Humboldt war die Berufung auf den zweitrangigen Posten des "preußischen Ministerresidenten am römischen Stuhl" 1802 und ein Jahr später, im Einverständnis mit Preußen, die zusätzliche Betrauung mit der Wahrnehmung der hessen-darmstädtischen Interessen in Rom kein Karrieresprung. Dennoch stellte die Zeit zwischen 1802 und 1809 eine wichtige Orientierungsphase in seiner Biographie dar. Die Berichte nach Darmstadt beginnen erst zögernd mit politischen Lageberichten in mehrwöchigem Abstand, nehmen dann aber an Häufigkeit zu und werden zu wöchentlichen Berichten über "wichtige, zum allgemeinen europäischen Interesse sich eignenden politische Vorfälle", die schließlich auch "merkwürdige Gegenstände aus dem Gebiete der Kunst" mit umfassen. Wichtigster Gegenstand der Berichte Humboldts in seiner römischen Zeit war die auch für Hessen bedeutende Frage der Bistumsorganisation und der Eingliederung der katholischen Kirchenteile in die Territorialstaaten.

(Ludwig Brake)

Marburg. Entwicklungen, Strukturen, Funktionen, Vergleiche, hrsg. v. A. Pletsch, Marburg 1990 (= Marburger Geographische Schriften Heft 115; = Bd. 32 Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur; = Festschrift zum 39. Deutschen Kartographentag vom 24. bis 26. Mai 1990), 318 Seiten, zahlreiche z.T. farbige Abbildungen und zwei Kartenbeilagen, 36,- DM.

Als Ergänzung zum 1966 erschienenen landeskundlichen Exkursionsführer "Marburg und Umgebung" soll die vorgelegte Aufsatzsammlung einige der jüngsten Veränderungen in der Struktur und Funktion der Stadt Marburg "in ihrer historischen Tiefe und ihrer aktuellen Komplexität" aufarbeiten "und damit einem breiten Publikum" näherbringen und verständlicher machen. Dem aufwendig ausgestatteten Band, der gleichzeitig in den "Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur" und in den "Marburger Geographischen Schriften" erscheint, gelingt die Einlösung dieses Anspruches nicht immer. Der Grund hierfür, und das deutet sich im Untertitel (Entwicklungen, Strukturen, Funktionen, Vergleiche) schon an, liegt in der Heterogenität der einzelnen Beiträge. Diese Unterschiedlichkeit erklärt sich zum Teil aus der Funktion des Bandes als Festschrift des 39. Deutschen Kartographentages, die er überdies noch wahrzunehmen hat. Bei den 11 Aufsätzen lassen sich vier Gruppen unterscheiden. Mit dem im Vorwort gestellten Thema befassen sich tatsächlich Wolfram Döpp (Marburg an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Hinweise auf Stadterneuerung und Stadtplanung), Diethelm Fichtner (Stadtplan und Stadtansierung in Marburg seit dem Zweiten Weltkrieg), Jürgen Leib u.a. (Marburg als Universitätsstadt) sowie Jürgen Leib und Günter Mertins (Stadtexkursion Marburg). Daneben steht ein anderer Komplex, der sich mit der historischen Kartographie (Elmar Brohl, Marburg-Karten aus dem 17. und 18. Jahrhundert) und den Einsatzmöglichkeiten geographischer Informationssysteme in der Kartographie beschäftigt (Karl-Heinz Müller, Der Marburger Raum im modernen Kartenbild). Zwei weitere Beiträge haben geographische Grundlagen und Grundstrukturen (Johannes Preuß, Naturfaktoren des Marburger Raumes; Alfred Pletsch, Der Marburger Raum. Grundzüge der kulturlandschaftlichen Entwicklung) zum Gegenstand. Die vierte Gruppe schließlich bilden zwei vergleichende Städteskizzen von Walter Heinemeyer (Marburg und Eisenach in ihren Anfängen. Ein städtegeschichtlicher Vergleich) und Alfred Pletsch (Marburg und Poitiers. Vergleichende Skizze zweier Partnerstädte).

(Ludwig Brake)

Ursula Braasch-Schwersmann, Das Deutschordenshaus Marburg. Wirtschaft und Verwaltung spätmittelalterlicher Grundherrschaft (Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte 11). Marburg: N.G. Elwert 1989, 366 S., 3 Abb., 2 Faltpäne in Kartentasche.

Während zur Frühgeschichte des Deutschen Ordens und seiner Niederlassung in Marburg - nicht zuletzt wegen der Verbindung zur Person der hl. Elisabeth - eine Reihe von Publikationen

vorliegen, fehlten über die weitere Entwicklung dieses Hauses im 14. und 15. Jahrhundert bislang eingehende Untersuchungen. Angesichts dieser Forschungslücke setzt sich die vorliegende Arbeit - eine Marburger Dissertation - die Aufarbeitung der ökonomischen und administrativen Gegebenheiten des Marburger Deutschordenshauses im Spätmittelalter zum Schwerpunkt, wobei erstmals in größerem Maße die reichhaltige ungedruckte Überlieferung herangezogen wird, die sich im wesentlichen in einem nahezu geschlossenen Bestand im Staatsarchiv Marburg befindet. Das Thema "Grundherrschaft" wird weit gefaßt, neben der Analyse des Besitzstandes und der Erwerbspolitik der Marburger Niederlassung werden die Nutzung des Besitzes und der verschiedenen Einkünfte, die rechtlichen Formen der Gütervergabe, die Verwaltungsstruktur und die Inhaber einzelner Verwaltungsämter sowie deren Kompetenzen untersucht.

Nach einem Überblick über Anfänge und Entwicklung des Deutschen Ordens in Marburg und über Entstehung der Ballei Hessen mit den ihr zugeordneten Niederlassungen folgt zunächst die Erörterung des Grundbesitzes und Gütererwerbs des hessischen Haupthauses an der Lahn. Auf einer breiten Materialbasis von 800 Schenkungs- und Kaufurkunden, die aus einem Zeitraum von fast 250 Jahren stammen, sind bis zum Jahre 1479 insgesamt 340 Schenkungen und 448 Ankäufe nachweisbar. Die überwiegende Zahl dieser Besitzerwerbungen fällt in den Zeitraum von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts (292 Schenkungen bzw. 375 Ankäufe).

Der durch Schenkungen und gezielte Ankaufspolitik zustandegekommene umfangreiche Grundbesitz wurde vom Orden nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil selbst bewirtschaftet. Die meisten Güter wurden auf der Grundlage von Pacht- und Leihverträgen ausgetan und brachten beträchtliche Einnahmen an Geld und Naturalien ein. Erbpacht, Vitalpacht und Landsiedelleihe bildeten die drei Hauptvergabeformen für die verschiedenen Besitztümer des Hauses Marburg. Die detaillierte Betrachtung der Pacht- und Leihbedingungen zeigt, daß die ehemals in Naturalien bestehenden Abgaben allmählich durch die Einziehung von Geldzinsen abgelöst wurden und somit auch im grundherrlichen Bereich die Geldwirtschaft zunehmend an Bedeutung gewann. Besonders aufschlußreich sind die Ausführungen über die Eigenwirtschaft des Hauses Marburg. Durch die Auswertung des ungedruckten Quellenmaterials - vornehmlich des 15. Jahrhunderts - wird das Ausmaß des vom Orden betriebenen Eigenbaus erstmals klar erkennbar und ein anschauliches Bild von der Praxis des landwirtschaftlichen Betriebes vermittelt. Ackerbau und Viehzucht, Schweine- und Schafhaltung, Weinanbau und Bierherstellung waren wichtige Bestandteile des Eigenbetriebes, die nicht nur der Selbstversorgung dienten, sondern von vornherein auch auf die Produktion von Überschüssen und deren Vorkauf abzielten.

Entscheidende Voraussetzung für die gewinnbringende Nutzung des Besitzes war die Ausbildung einer gut organisierten Verwaltung, die im hessischen Haupthaus in Marburg ähnlich wie in anderen Niederlassungen des Ordens strukturiert war. An der Spitze stand der Komtur,

dem weitere Mitglieder des Konvents unterstützend zur Seite standen. Komtur, Haus- oder Vizekomtur, Trapir, Pietanzmeister und Prior waren die Hauptverantwortlichen in der Verwaltung, die das Gesamtvermögen und die Rechnungslegung zu kontrollieren hatten. Insgesamt sind in Marburg neben der Leitung dreizehn Verwaltungsämter nachweisbar, die jedoch zum Teil nur vorübergehend besetzt waren. Eine Zusammenstellung der Ämterlaufbahnen Marburger Deutschordensbrüder im späten 14. und 15. Jahrhundert (S.262-274), die auf der Grundlage überlieferter Auflaßregister erfolgte, verdeutlicht die Vielfältigkeit der Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung und zeigt die unterschiedliche Länge einzelner Amtszeiten.

Ein wichtiges Hilfsmittel für die effiziente Verwaltung des Hauses Marburg war die Entwicklung eines klar gegliederten Geschäftsschrifttums. Das Anlegen von Kopieren, Zinsverzeichnissen, Jahresrechnungen, Ämterauflaßregistern u.a. ermöglichte eine Kontrolle über den umfangreichen, weit verstreuten Ordensbesitz und dessen vielfältige Nutzung. Wie aussagekräftig gerade diese Quellentypen für wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen sind, belegt die ergebnisreiche, auf diesen Unterlagen im wesentlichen basierende Arbeit von Br.Schw. Durch die Auswertung des reichhaltigen ungedruckten Quellenmaterials gelangt die Verfasserin in vielen Fragestellungen zu Präzisierungen des bisherigen Kenntnisstandes, so etwa bei der Betrachtung der Pachtverhältnisse, der Erörterung der Eigenwirtschaft oder bei den Angaben zu den Amtszeiten der Marburger Komture und deren Aufgabenbereich. Veranschaulicht wird die Darstellung durch zahlreiche Tabellen im Text sowie durch zwei Karten im Anhang, die den Besitz und den Besitzerwerb des Deutschordenshauses Marburg im Mittelalter dokumentieren. Die vorliegende Studie gibt am Beispiel des hessischen Haupthauses, daß zu den angesehensten und wohlhabendsten Niederlassungen des Deutschen Ordens im Mittelalter gehörte, einen umfassenden Einblick in das Funktionieren einer spätmittelalterlichen Grundherrschaft und analysiert zudem Wirtschaft und Verwaltung eines großen Deutschordenskomplexes. Bleibt zu hoffen, daß diese methodisch außerordentlich ansprechende Arbeit Anstoß und Vorbild für weitere Untersuchungen zu den kleinere hessischen Deutschordensniederlassungen sein möge, deren Ergebnisse als Ausgangspunkt für eine bis jetzt noch ausstehende Darstellung der gesamten Ballei Hessen dienen könnten.

(Eva-Marie Felschow)

Klaus-Dieter Rack, Die Burg Friedberg im Alten Reich. Studien zu ihrer Verfassung- und Sozialgeschichte zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert. Darmstadt, Selbstverlag der Hess. Historischen Kommission 1988, X und 424 S., kartoniert DM 48,--.
(= Quellen und Forschungen zur Hessischen Geschichte 72).

Der Hinweis auf die Wichtigkeit und die Forderung nach der Verbindung von institutionen- und verfassungsgeschichtlichen mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen sowie deren Einlösung in

der historischen Forschung kennzeichnen die Arbeiten der Historiker und deren Umfeld, die sich im Gefolge Otto Brunners u.a. mit der seit 1974 erscheinenden Zeitschrift für Historische Forschung ein fachlich anerkanntes Sprachrohr geschaffen haben.

In dreierlei Hinsicht löst die vorliegende Dissertation diese Forschungskonzeption ein.

Erstens dadurch, daß sich Rack mit der Burg Friedberg eines Verfassungs- und gleichzeitig Sozialkörpers des Alten, Heiligen Römischen Reiches annimmt, der bereits gegen Ende seiner Existenz den Zeitgenossen als anachronistische Antiquität galt, mithin in der älteren, national- und anstaltsstaatlich orientierten Forschung wenig Interesse fand und wenn, dann in der Regel äußerst negativ beurteilt wurde.

Zweitens dadurch, daß der Ansatz des Forschungsvorhabens vom "Streben nach 'Multiperspektivität'" (S.5) getragen wird, das in dem gegebenen Rahmen jedoch nicht voll eingelöst werden kann. Dadurch erhalten aber die, den Kern der Arbeit ausmachenden verfassungs- und sozialgeschichtlichen Betrachtungen eine gewissermaßen höhere Valenz als "Klammer" und als Rahmen für die historische Realität.

Drittens schließlich wird Rack den verfassungs- und sozialgeschichtlichen Kontinuitäten des Reiches gerecht, wenn er sich bewußt nicht an herkömmliche Periodisierungsschemata hält, sondern die Entwicklungslinien aus dem Spätmittelalter heraus in die frühe Neuzeit hinein und bis zum Ende des Alten Reiches verfolgt.

Mit dieser Dissertation wird eine wesentliche Lücke geschlossen; in der Forschung zur Burg Friedberg im besonderen und der Burgengeschichte im allgemeinen, die gerade für die Frühneuzeit als unterentwickelt bezeichnet werden muß. Da sich Rack durch die Arbeit Th. Schilp (Die Reichsburg Friedberg im Mittelalter. Untersuchungen zu ihrer Verfassung, Verwaltung und Politik, Friedberg 1982, = Wetterauer Geschichtsblätter 31) "mitunter zum Widerspruch (S.2) anregen läßt, greift er zweckmäßigerweise ins Mittelalter zurück, was allerdings durch seinen Ansatz bereits hinreichend gerechtfertigt ist.

Zunächst schildert Rack die "Erste Besiedlung, Gründung und Anfänge von Burg und Stadt Friedberg" und die "Schaffung der Verfassungsgrundlagen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts" (Kapital 2 und 3). Von dieser Basis aus beschäftigt er sich im vierten und fünften Kapitel mit der Burgmannschaft, wobei zuerst die formalen Kriterien zur Aufnahme, Zugehörigkeit und Aufgabe bzw. Entzug der Mitgliedschaft aufgearbeitet werden. Das fünfte Kapitel widmet sich dann der historischen Entwicklung des sozusagen politischen Alltags der Burg bis zum Ende des Alten Reiches und mit sorgfältiger Argumentation weist Rack hier nach, daß die im Spätmittelalter einsetzende und die frühneuzeitliche Geschichte bestimmende, generelle Tendenz zu einer institutionellen Verdichtung und Zentralisierung von Herrschaft auch für die Burg Friedberg zu gelten hat und zur Bildung des sogenannten Regiments - eines Gremiums von zwölf Burgmannen - führte. In der sozialgeschichtlichen Untersuchung der Trägergruppe dieses 'Regiments' gelingt Rack der Nachweis, daß diese, sich durch Kooptation ergänzende Gruppe, eine Oligarchisierungstendenz aufweist, wie sie allenthalben bei

korporativen Herrschaftsgremien des Alten Reiches, etwa den städtischen Räten oder in anderer Form den Domkapiteln zu beobachten ist.

Mit einem äußerst sensiblen Gespür für das politische und soziale Gefüge des Alten Reiches legt der Verfasser dar, wie in den letzten anderthalb Jahrhunderten der Burggeschichte die formale Burgmannschaft mehr und mehr zu einer Prestigeangelegenheit wurde, während die politische Bedeutung nicht mehr an der wirtschaftlichen oder militärischen Rolle der Burg festgemacht werden kann, sondern an der Einbindung in das soziale und informelle Beziehungsgeflecht des Reiches und des Kaiserhofes.

Exemplarisch wird dies anhand des Ringens zwischen den einzelnen Interessengruppen innerhalb der Burgmannschaft im Zusammenhang mit den Burggrafenwahlen zwischen 1671 und dem Ende der Burg aufgezeigt (Kapitel 9.2). In diese Auseinandersetzungen schalteten sich die hessischen Landgrafen, Kurmainz und selbst der großbritannische König als Kurfürst von Hannover ein. Das Feld dieser noch stark konfessionell gefärbten und motivierten Konflikte bot an erster Stelle der Kaiserhof, denn der Kaiser galt stets und unbestritten als der oberste Protektor und Lehnsherr der Burg. Parallel zum wachsenden Einfluß der kaiserlich-katholischen Seite im Zusammenhang mit den Türken- und Franzosenkriegen ab den 1660-er Jahren kann Rack eine sich verstärkende Position der katholischen Gruppe in der Burgmannschaft ausmachen und so diese Vorgänge an die allgemeine Reichsgeschichte anbinden.

In langfristiger Konsequenz wird Burg und Stadt Friedberg schließlich 1806 dem stets kaisertreuen Hessen-Darmstadt zugeschlagen und so die Sonderstellung der Burg "zwischen Reichsstandschaft und Reichsritterschaft" (Kapitel 10) beendet.

Der durchweg lesenswerte Textteil wird durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie 16 Tabellen und Stammbäume ergänzt. Das Personen- und Ortsregister erlaubt raschen Zugriff auf die Fülle der gelieferten Detailinformationen.

Insgesamt ist es Rack hervorragend gelungen, die zahlreichen neuen Ergebnisse seiner Untersuchung gewinnbringend in einen an der Geschichte des Alten Reiches insgesamt orientierten Forschungszusammenhang zu stellen, ohne den Wert der Arbeit für den landes- und lokalgeschichtlich interessierten Leser zu vermindern.

Holger Th. Gräf

Werner Best: Funde der Völkerwanderungs- und Merowingerzeit aus der frühgeschichtlichen Siedlung Fritzlär-Geismar, Schwalm-Eder-Kreis. Mit Beiträgen von Bernd Päßgen und Angela Franz. Wiesbaden 1990 (Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Abt. Archäologische Denkmalpflege. Reihe: Materialien zur Vor- und Frühgeschichte von Hessen 12, 2).

IX + 152 S., zahlr. Abb., Karten, Tabellen.

Von 1973 bis 1980 betrieb das Landesamt für Denkmalpflege Hessen eine weitausgedehnte Flächengrabung südlich von Fritzlar-Geismar zur Erforschung einer Siedlung, die vom 1. Jh. v. Chr. (Spätlatène) bis ins frühe Mittelalter (10. Jh.) ein Jahrtausend lang - was äußerst wichtig ist - in Kontinuität bestanden hat. Abgesehen von den großen Siedlungsgrabungen im Bereich der Nord- und Ostseeküste hat Fritzlar-Geismar "bereits das bisher größte wissenschaftlich gewonnene frühgeschichtliche Fundmaterial im freien Germanien" erbracht (so der Grabungsleiter Rolf Gensen in "Hessen im Frühmittelalter. Archäologie und Kunst", 1984, S.67). Eines der Hauptziele der Grabung war es, Wandlungen des Zivilisationsgefüges anhand des Baugefüges (ca. 300 Grubenhäuser wurden registriert) und des Fundguts - hier bezogen auf den o.g. Zeitraum - zu erforschen. Angesichts des Fehlens schriftlicher Quellen für Nordhessen zwischen Germanicus und Bonifatius kommt der Geismarer Grabung - im Kernbereich der Chatten - eine herausragende Bedeutung zu, welche die Besiedlung dieses Raumes über ein Jahrtausend hinweg einer sehr viel fundierten Beurteilung zuführen wird.

Ganz bewußt verwende ich hier das Futurum, da die wissenschaftliche Erschließung des gesamten Fundmaterials erfahrungsgemäß und zu Recht seine Zeit braucht; Teilbereiche können indessen vorab abgeschlossen und als Bausteine zur Schlußbilanz publiziert werden. In diesem Sinne ist die vorgelegte Studie - eine Kölner Dissertation aus dem Jahre 1984 - einzuordnen. Sie setzt sich zum Ziel (S.2), aufgrund der Funde von Geismar erstmalig eine archäologische Chronologie vom ausgehenden 4. Jh. bis zum beginnenden 8. Jh. für Nordhessen zu erstellen und damit Anschluß an die Christenberg-Chronologie Gensens zu gewinnen (Die entsprechende Auswertung der spätlatène-kaiserzeitlichen Funde von Geismar ist in Marburg in Vorbereitung; Best S.2 Anm. 24).

Erschwert wurde das Projekt des Vf. durch die Tatsache, daß bisher nordhessische Siedlungskeramik aus der Zeit vom Ende des 4. Jh. bis zum Anfang des 8. Jh. weitgehend unbekannt war. Von daher gesehen kommt der vorgelegten Fundedition - die Zahl der nichtgefäßkeramischen Kleinfunde ist relativ klein - eine gesteigerte Bedeutung zu.

Im Mittelpunkt des Bandes steht die Beschreibung der eindeutig in den Berichtszeitraum datierbaren Gefäßkeramik (Katalog S.11-43); Annex: vorgeschichtliche Keramik S.43-47), ergänzt durch die Edition der Kleinfunde S.100-107), also aller Gegenstände bzw. Gegenstandsfragmente aus Metall, Glas, Knochen oder Geweih sowie aus Ton, sofern es sich nicht um Gefäße handelt. Um dies dem Nichtarchäologen zu veranschaulichen: Amulette, Fibeln, Nadeln, Perlen, Riemenzungen, Schnallen Kämmen, Spinnwirtel, Knochenscheiben, Webgewichte, Pfeilspitzen, Sporne, Hufeisen, Haken, Hämmer, Messer, Nägel, Scheren, Sichel, Schlüssel, Spielsteine, Würfel u. dgl. - kurzum Sachgüter aus dem alltäglichen Lebensbereich jener fernen Generationen.

Hinsichtlich der Gefäßkeramik erschien es notwendig, aufgrund von vergesellschafteten Fundkomplexen, Form- und Verzierungsmerkmalen und Änderung der Magerung des Tons Methoden zur Aufstellung einer relativen Chronologie zu erarbeiten (S.48-79), also eine

differenzierende Aufgliederung des Fundmaterials in Zeitphasen - zunächst ohne Bezug auf das uns geläufige Zeitraster "nach Christi Geburt" (= absolute Chronologie). Es zeigte sich, daß für das Geismarer Keramikgut Quarzsand, Kalk und die Magerungskombination Kalk + Quarz als relativchronologische und auch typologische Indizien gewertet werden können (S.78). Das Ergebnis seiner Untersuchungen hat Vf. (S.98-99) konzis als Tabelle mit Kommentar - gewissermaßen als Kern der ganzen Studie - zusammengefaßt. Demnach sind für Geismar drei Phasen (VWZ = Völkerwanderungszeit) erkennbar:

-- VWZ 1:

Ende des 4. Jh. bis Mitte des 6. Jh. (Leitformen: Terra Nigra-Fußschalen, Varianten dreiteiliger Schalen).

-- VWZ 2:

Mitte 6. Jh. bis ca. 700 (Leitformen: Knickwandkeramik).

--- VWZ 3:

Das 8. Jahrhundert (weitgehend mit Christenberg Befestigungsperiode 2 übereinstimmend).

Ausdrücklich wird die absolute Chronologie mit der Kennung "Anhaltspunkte" belegt.

Wenn man indessen bedenkt, daß vor der Geismarer Grabung kaum Siedlungskeramik aus jener Epoche bekannt war, so wird der Wert der Studien von Best bewußt: Andere nordhessische Siedlungen des Fritzlarer Raumes aus dem 5. bis 7. Jh. können ab sofort aufgrund der praktisch immer vorkommenden Keramik mit größerer Sicherheit datiert werden. Und da sich der Fundertrag der Archäologen stetig mehrt - eher eine banale Finanzfrage! -, kann im Laufe künftiger Forschung die vom Vf. aufgestellte Chronologie präzisiert werden - auf jeden Fall hat Geismar den Durchbruch gebracht.

Die Kleinfunde von Geismar haben, da es sich im Regelfall um langlebige Gebrauchsformen handelt, wenig zur Chronologie beisteuern können (S.118, mit Tabelle S.119). Demgegenüber leisten sie ihren Beitrag zur Rekonstruktion der Alltagsgeschichte, einer Seite der Geschichte, deren Relevanz auch allmählich ins Bewußtsein der Mittelalterhistoriker dringt. Schmuckfunde aus Bronze und Edelmetall aus dem Boden Geismars spiegeln einen gewissen Wohlstand der ansässigen Bevölkerung; in die gleich Richtung weist die reduzierend gebrannte Drehscheibenkeramik, die vom Verbraucher gekauft bzw. ertauscht werden mußte. In Geismar hat es spezialisiertes Handwerk gegeben, wie die Verarbeitung von Bronze und Eisen am Ort zeigt.

Gensens Einschätzung einer kontinuierlichen Besiedlung des Platzes kann Vf. für seinen Berichtszeitraum mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bejahen; freilich kann zur Frage temporärer Siedlungsreduktion derzeit noch nichts Verbindliches ausgesagt werden. Immerhin hat die Grabung keinen Hinweis auf Brand- und Schwemmschichten ergeben, doch ist wohl - als vorläufige Vermutung - zu bemerken, daß in der Spätlatène - und Kaiserzeit der Platz

dichter besiedelt war. Darüber wird man erst fundierter urteilen können, wenn Geismar umfassend ausgewertet ist.

Die mit großer Sorgfalt und abwägendem Urteil gestaltete Fundedition Bests ist ein wesentlicher Beitrag zur Erforschung menschlicher Existenz in Nordhessen zwischen Antike und Mittelalter; sie stellt die Keramikchronologie zumindest für die Region Fritzlar aus dem Nichts auf solide Grundlagen.

Abgerundet wird der vorgelegte Band durch zwei Sonderuntersuchungen von Bernd Päßgen über die Fundmünzen (S.139-149) und von Angela Franz über anatomische und histochemische Untersuchungen an verkohlten Speiseresten (S.151-152). Die elf römischen Fundmünzen (von einem republikanischen Denar bis zu Folles aus der ersten Hälfte des 4. Jh.) ordnet Päßgen in den römerzeitlichen Münzfundbestand der Niederhessischen Senke ein und diskutiert Vorkommen und Funktion dieser Gepräge in der *Germania Libera*. Karolingische und ottonische Münzen fehlen - bislang - für Geismar. Ein halbiertes Denar des 11./12. Jh. im Fundgut ist allein wenig aussagekräftig. - Die Analyse der Speisereste an Keramik, vorgenommen von Angela Franz, weist auf einen Getreidebrei aus Weizen- und Roggenkörnern ohne weitere Zusätze hin. Es sei unterstrichen, daß hier die naturwissenschaftlichen Methoden der Erhellung des Alltags der merowingerzeitlichen Bevölkerung Nordhessens in willkommener Weise dienlich sind und erhöhte Beachtung für künftige Grabungen verdienen.

Hans Heinrich Kaminsky

Rudolf Lenz (Hg.), Katalog der Leichenpredigten und sonstiger Trauerschriften in der hessischen Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Bd. 11,1 und 11,2 der "Marburger Personalschriften - Forschungen", zusammen 1090 Seiten, Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen 1990, 174 DM.

Rudolf Lenz (Hg.), Katalog der Leichenpredigten und sonstigen Trauerschriften in der Universitätsbibliothek Marburg, Bd. 12 der "Marburger Personalschriften - Forschungen", 334 Seiten, DM 89,-.

Der Verfasser des zuvor genannten Buches, Leiter der Marburger Forschungsstelle für Personalschriften, eine Einrichtung der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz, hat in Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern Kataloge der Leichenpredigten aus der Zeit von der Reformation bis zum Jahre 1800 mit viel Fleiß und Umsicht erstellt. Der Band 11,1 und 11,2 registriert insgesamt 1515 Trauerschriften. Band 12 berücksichtigt 683 Veröffentlichungen. Beiden Bänden sind umfangreiche Register u.a. sämtlicher Personen- und Ortsnamen, der Verfasser der Predigten, der Epicedien, sowie der Trauerorden beigelegt. Damit erschließen sich bedeutsame Einsichten in die protestantische Ober- und Mittelschicht, der hessischen Adelsfamilien und der beiden regierenden Häuser Hessens und deren Beziehungen zu

anderen Dynastien. Die Bände sind über eine Personalgeschichte hinaus eine wahre Fundgrube für derzeitige gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Verhältnisse in Hessen, darüber hinaus für Kultur- und Religionsgeschichte der Neuzeit bedeutsam.

Ernst Schering

Maria Sipsie-Eschbach: Griechische und römische Münzen aus der Münzsammlung der Justus-Liebig-Universität. Eine Auswahl. Katalog einer Ausstellung der Universitätsbibliothek und der Professur für klassische Archäologie der Justus-Liebig-Universität in der Volksbank Gießen vom 21.11. bis 9.12.1988. Gießen 1988, 153 S., 138 Abb.

Die Gießener Münzsammlung, im 18. und 19. Jahrhundert durch eine Schenkung des Gräzisten und Orientalisten Johann Heinrich May d.J. (1688-1732) und durch den Philologen Johann Valentin Adrian (1793-1864), Direktor der Gießener Universitätsbibliothek, aufgebaut, ist eine Perle im Verborgenen. Dank der Abhandlungen von E. Schmidt (Mitt Oberhess Geschver 48, 1964, 93-118) und von H. G. Gundel (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek Gießen, Heft 27) sind wir inzwischen genauer über Entstehung und Geschichte dieser Sammlung informiert. In einer Ausstellung, die leider nur zu kurz terminiert war, wurden erstmals 138 Münzen (von 3710) dieser bislang noch unpublizierten Sammlung der Öffentlichkeit vorgestellt. Maria Sipsie-Eschbach schrieb den dazugehörigen Katalog, E.O. Schmidt fotografierte die Münzen.

Der Katalog gliedert sich in zwei Teile: Einführung (S.7-57) und Katalogteil (S.58-153). Knapp, klar und in einer gut verständlichen Sprache wird notwendiges Wissen über griechische und römische Münzen vermittelt. Vorangestellt ist ein kurzer Überblick über die Geschichte der Sammlung (S.7-8), darauf folgt ein Kapitel über die "Technik der Münzprägung" (S.9), dem sich dann Teil I: "Die griechischen Münzen" (S.11-30) anschließt. Darin wird der Leser über die Anfänge der griechischen Münzprägung, wie sie Herodot (1.94,1) berichtet, über Nominale und Gewichtssysteme, über die "Bilderwelt der Münzen" und über "Bedeutende Zentren der Münzprägung" unterrichtet.

Teil II (S.31-52) widmet sich der römischen Münzprägung und ist untergliedert in zwei Unterteile: Zeit der Republik und Kaiserzeit. Wie in Teil I erhält der Leser auch hier kurzgefaßte Informationen zu den Anfängen der römischen Münzprägung, zum Amt des Münzmeisters, zur "Bilderwelt der Denare", zu "Architektur-Darstellungen". Die Abhandlung über die Münzprägung der römischen Kaiserzeit beginnt mit einer Schilderung der fortschreitenden Münzverschlechterung, dann wird die "Bilderwelt auf Münzen" entfaltet, wobei sowohl auf die Kaiserporträts der Vorderseiten als auch auf die Rückseitendarstellungen eingegangen wird. Ein Überblick über die "Abkürzungen und Beischriften der Kaisertitulatur" (S.50-52) schließt Teil II ab. Das folgende Literaturverzeichnis (S.53-55) bildet dann das letzte Kapitel der Einführung.

Richtet sich dieser einführende Teil in erster Linie an Münzsammler, die nicht über einschlägige Fachliteratur verfügen, und an interessierte Laien - an dieser Zielsetzung soll er auch gemessen werden -, so bedarf es doch einiger kritischer Anmerkungen. In einer solchen Einführung, die Grundwissen vermitteln will, hätte eine Definition von Geld und Münze nicht fehlen sollen. Die drei Kapitel über Nominale und Gewichtssysteme (S.14-16; 31-33; 40-41) stünden besser am Anfang zusammengefaßt. Der Hinweis, daß es sich bei den Gewichtsangaben um approximative Werte handelt, hätte gegeben werden müssen. Die Justierung der Schrötlinge erfolgte "al marco", d.h. aus einer bestimmten Metallmenge mußte eine bestimmte Anzahl von Schrötlingen gegossen werden. Dabei konnten Gewichtsschwankungen von 1 bis 1,5 Gramm ohne weiteres auftreten. Nicht klar genug wird herausgestellt, daß Talent und Mine reine Rechnungsmünzen sind, die nie ausgeprägt wurden. Wäre in diesem Kapitel nicht doch besser der terminus technicus "Münzfuß" verwendet worden?

Im Kapitel "Technik der Münzherstellung" wäre eine schematische Darstellung des Prägevorganges hilfreich gewesen. Man vermißt hier auch die Erwähnung des Münzgusses, der zwar seltener war als die Prägung, aber durchaus vorkam.

Wenn Herodots Bericht über die Anfänge der Münzprägung referiert wird, hätte auch ein Hinweis auf die anderen Quellen zu diesem Thema (Ephoros bei Strabo, das Marmos Parium, Aristoteles, Pollux und das Etymologicum Magnum) erfolgen sollen.

Wissenswertes und für das Verständnis Hilfreiches findet sich im Kapitel "Bilderwelt der Münzen". Rezensent würde lieber von Darstellungen auf Münzen sprechen. Innerhalb dieses Kapitels hätte deutlicher gesagt werden müssen, daß es eine Entwicklung von ganz einfachen Darstellungen bis zu mythologischen Szenen gibt.

Problematisch wird es im Abschnitt "Bedeutende Zentren der Münzprägung", wobei nur solche in Zentral- und Nordgriechenland sowie auf dem Peloponnes erwähnt werden. Warum wurde nichts über Tarent oder Syrakus gesagt? So muß ein einseitiges, ja schiefes Bild entstehen. Es hätte zum Verständnis beigetragen, wenn bei den Bundesprägungen die Gründe klar genannt worden wären: politische, militärische und religiöse.

Im Katalogteil werden 138 Münzen - 83 griechische und 55 römische - abgebildet und beschrieben. Sipsie-Eschbach verrät dem Leser nicht, nach welchen Kriterien sie die Münzen aussuchte. Rezensent fragt sich, warum keine kleinasiatischen oder phönizisch-syrischen Münzen gezeigt wurden.

Bestimmungen und Beschreibungen hat Verfasserin mit großer Sorgfalt und Umsicht durchgeführt. Zu erwähnen bleibt, ob man bei den Datierungen der griechischen Münzen - alle problematischen Datierungen werden vermieden - nicht ab und zu doch auf alternative

Vorschläge (z.B. Nr.1: Cahn, Kleine Schriften, 500-490 v. Chr.) hätte eingehen und die Datierungsfrage nicht *expressis verbis* in der Einleitung hätte ansprechen können?

Zu jeder Bestimmung gibt es Hinweise auf Literatur (Bestimmungsbücher, Corpora), die zum Vergleich herangezogen werden können. Allerdings wird das Verfahren recht unterschiedlich gehandhabt. Bei Nr.3 wünschte man sich Noe, *The Coinage of Metapontum* (ANSNNM 32), bei Nr.35, 36 *Le Rider* (Nr.35 = *Le Rider* 493, 494, 500-504; Nr.36 = *Le Rider* 491a-493), bei Nr.62 und 65 *Svoronos*. Bei Nr.38 ist der Verweis auf *Kleiner* wirklich nicht ausreichend. Diesen Stater mit dem Beizeichen Dreizack links im Feld, Spitzen nach links, (der nach unten zeigende kommt öfter vor), konnte Rezensent in nur drei Belegen finden: *Helbing*, *Kat. Nov.* 1928, 3831 (Slg. Lloyd); *G. Hirsch*, *Kat. Dez.* 1959, 178 und *Peus*, *Kat.* 284, 169. Weitere unzureichend belegte Münzen: Nr.42: *F. Sternberg* (Zürich), *Nov.* 1976, 32; *Nov.* 1982, 127; *Num. Fine Arts VII*, 1979, 107. Nr.44: *A. Mamroth*, *Die Silbermünzen des Königs Perseus*. *ZfN* 38, 1928, 1-28.

Fraglich ist die Zuweisung in Nr.29. SNG Oxford weist diesen Typ Thasos zu. Bei Nr.30 handelt es sich nicht um einen Satyr, sondern um einen Silen (vgl. *Imhoof-Blumer*, *Monnaies grecques*, 80 f.).

Nr.15 bereitet Probleme. Dankle sollte an erster Stelle stehen, nicht *Messana*. *Hill*, *Descriptive Catalogue of Ancient Greek Coins*, Nr.202, erwähnt ein *Didrachmon* mit 9,48 g, *Babelon*, *Traité I*, Nr.2209, eines nach euböischem Fuß mit 7,51 g, worauf Head verweist. Die Gießener Münze mit 11,4 g wäre ein bisher unbelegbares *Tridrachmon*. Handelt es sich um einen Bleiabschlag? Die Münze sollte auf ihre Echtheit überprüft werden.

Ein *Desiderat* bleibt auch eine Karte mit den prägenden Städten.

Daß die Münzen durchweg in Vergrößerung abgebildet sind - ein Durchmesser der Originale wird nicht angegeben -, mindert die Benutzbarkeit des Katalogs stark. Münzen zählen zu den wenigen Hinterlassenschaften der Antike, die im Maßstab 1:1 abgebildet werden können und auch müssen. Gegen diesen Grundsatz sollte man nicht verstoßen. Die Qualität der Aufnahmen wird durch Fehler beim Ausleuchten zusätzlich beeinträchtigt, so daß die Fotos vielfach nicht besser sind als die mittelmäßiger Auktionskataloge. Es ist schwer verständlich, warum man nicht einen erfahrenen Münzfotografen mit dieser Aufgabe betraute.

Dennoch: Die 138 in diesem Katalog veröffentlichten Münzen machen neugierig. Man wünscht sich, daß die von *Max von Bahrfeldt* gehegte Absicht, die Gießener Sammlung zu publizieren, noch in diesem Jahrtausend verwirklicht wird. Wünschenswert bleibt weiterhin, daß die bereits vorliegenden Arbeiten über Münzen der Gießener Sammlung keine Perlen im Verborgenen bleiben, sondern in einer den Bochumer "Kleinen Heften der Münzsammlung" vergleichbaren Reihe veröffentlicht werden.

Helmut Schubert

Ernst Schering: Kleine hessische Kirchengeschichte in Grundzügen in: Schönberger Hefte, Sonderheft 1988, Folge 9.

Bereits seit nunmehr zwei Jahren liegt, herausgebracht vom Religionspädagogischen Studienzentrum und erschienen im Verlag Evangelischer Presseverband in Hessen und Nassau e.V., die "Kleine hessische Kirchengeschichte in Grundzügen" unseres Mitglieds Ernst Schering vor, heute emeritierter Professor der evangelischen Kirchengeschichte an unserer Gießener Universität.

Dem gutgliederten Bändchen (vgl. die Inhaltsübersicht auf Seite 2) haben der Oberkirchenrat Prof. Dr. Karl Dienst und der Dekan Dieter Waßmann nicht nur den Dank für diese längst fällige Arbeit vorausgeschickt, sondern auch den Wunsch, "Scherings Darlegungen" möchten eine Unterrichtshilfe geben und Materialien bereitstellen, die auch im didaktischen Bereich die seit langem mit Bedauern festgestellte Lücke schließen.

Beides ist dem von uns geschätzten Autor auf den Seiten 5 bis 80 gelungen, indem er wiederum, beginnend mit der "Christianisierung Hessens" bis zum "Ende des Staatskirchentums" es verstanden hat, kirchengeschichtliche Erscheinungen der hessischen Territorialgeschichte der allgemeinen deutschen Kirchengeschichte so zu integrieren, daß der Leser sich leicht zurecht findet und angeregt fühlt, anhand des zwar knappen, aber einschlägigen Literaturhinweise (vgl. S.80), weiterführendes Material zu finden.

Viele der Leser werden darüberhinaus als besondere Unterstützung den Hinweis darauf empfinden, daß sie im Laufe von mehreren Jahrzehnten mit Vorgängen, Menschen und Stätten bekannt gemacht wurden, die das Lesen des Bändchens konkretisieren.

Der Inhalt und das zwar schlichte, aber gleichwohl ansprechende Äußere dieses Bändchens kann, obwohl als evangelische Kirchengeschichte konzipiert, auch katholischen Lesern empfohlen werden, da es sowohl übersichtlich und sachlich die Zeit vor der Reformation behandelt wie auch die Ereignisse nach ihr, die für Hessen durch die Persönlichkeit Philipps des Großmütigen (vgl. S.28/37) ihre für Hessen typischen Akzente erfährt und durch unsere Besichtigungen und zahlreiche Vorträge zu diesem Thema durchleuchtet worden ist. Durch Kapitel, wie etwa die "Katholische Erneuerung", trägt Schering auch zur Ökumene bei, deren Verwirklichung ihm stets ein Anliegen ist.

Dadurch bleibt die Lektüre von Anfang bis zum letzten Kapitel, in dem der Autor über das "Ende des Staatskirchentums" handelt, spannend und belehrend zugleich.

Das Bändchen darf guten Gewissens allen denen empfohlen werden, die aus persönlichen Gründen oder zur schulischen Unterweisung an dem Inhalt und seiner Weitergabe interessiert sind.

Es kann bestellt werden bei
 Kirchenverwaltung der EKHN, Paulusplatz 1, 6100 Darmstadt,
 oder
 Religionspädagogisches Studienzentrum,
 im Brühl 30, 6242 Kronberg 3
 oder Religionspädagogische Ämter

Hans Szczech

Beiträge zur Geographie, Geschichte und Kultur von Lützellinden. Konzeption und Bearbeitung Günter Hans, 1200 Jahre, 790-1990 herausgegeben im Auftrag des Magistrats der Universitätsstadt Gießen, 1990.

Unter den zahlreichen Heimatbüchern, die im Laufe der letzten Jahre anlässlich der ersten urkundlichen Erwähnung rings um Gießen erschienen sind und uns vorliegen, nimmt der stattliche Band des heute Gießener Stadtteils Lützellinden einen besonderen Rang ein.

Das auch äußerlich vorzüglich und vorbildlich ausgestattete, festgebundene Buch von 434 Seiten, dessen Konzeption und Bearbeitung Günter Hans besorgt hat, enthält 23 Beiträge von zum Teil namhaften Autoren und unterschiedlichen Umfangs. Man vgl. dazu das vorangestellte Inhaltsverzeichnis auf den Seiten 431/434.

Die einzelnen Beiträge, die nach einem Gruß- und Vorwort die Ur- und Vorgeschichte des Ortes, die Epochen des frühen Mittelalters ab Karl dem Großen bis zur Gegenwart abhandeln und diese ebenso geographisch, kulturgeschichtlich und gesellschaftspolitisch bearbeiten, sparen keinen Bereich aus, zu dem der interessierte Leser etwas erfahren will und kann.

Da kein Beitrag ausführlicher "Anmerkungen" nach Art eines wissenschaftlichen Apparates entbehrt und viele darüber hinaus mit anspruchsvoller Akribie und geradezu nicht zu übertreffender Vollständigkeit geschrieben sind, wird der Band zu einem Nachschlagewerk, das für die Zukunft ähnlicher Arbeiten und Veröffentlichungen vorbildlich wirken sollte, indem es dadurch den herkömmlichen Rahmen sprengt.

Der Inhalt des Buches stellt eine gute Mischung von wissenschaftlich fundierten Publikationen, aber auch mehr heimatkundlich geprägten Artikeln dar, so daß die breite Palette, über die das übersichtlich gegliederte Inhaltsverzeichnis umfassend orientiert, jeden, der den Band durchblättert, leicht und zu seiner Zufriedenheit das finden läßt, was den eingesessenen Einheimischen wie den Neubürger ansprechen kann.

Dadurch kommt dieses "Heimatbuch" zugleich der heutigen Struktur Lützellindens entgegen, in dem sich offenbar in harmonischer Weise die alte Siedlung des Hüttenbergs mit dem Vorort der Universitätsstadt zu einer Einheit verbindet.

Eine besondere Nuance bietet das Buch durch die Tatsache, daß das Dorf, ehe es jüngst Gießen eingemeindet wurde, in der Vergangenheit politisch zuletzt zum Kreis Wetzlar gehörte und damit historisch nicht von unserem Hessen, sondern von "Preußen" und dem, was man zu verschiedenen Zeiten darunter verstand, betreut wurde. Dieser Umstand verleiht manchem der Beiträge nicht nur einen besonderen Reiz, sondern erhöht dadurch auch seinen bleibenden Wert. Dadurch verdient der Band das Interesse aller derer, die sich, aus sicherlich sehr unterschiedlichen Zielsetzungen, bemühen, die Vergangenheit kennenzulernen und so die Aufgabe auch des Oberhessischen Geschichtsvereins zu unterstützen.

Den Wert des Buches vergrößern in vorbildlicher Weise die didaktisch und informativ ausgewählten zahlreichen Abbildungen, die gut und wohltuend über die mehreren hundert Seiten verteilt sind. Das Buch dürfte sowohl beim örtlichen Buchhandel zu erhalten sein wie auch über den Magistrat der Universitätsstadt Gießen, der in hochherziger Weise den Druck und die vorbildliche sowie dekorative Ausstattung ermöglicht hat und dafür des bleibenden Dankes nicht nur der Einwohner von Lützellinden sicher sein darf.

Es zu besitzen, gereicht jeder Bibliothek, vor allem auch den Schulbüchereien in Gießen und seinem Umland, zu Gewinn und zur Freude.

Hans Szczech

HERMANN DIRKSMÖLLER

Neugestaltung einer deutschen Mittelstadt

GEDANKEN UND PLÄNE



LIMES-VERLAG WIESBADEN

HERMANN DIRKSMÖLLER

NEUGESTALTUNG EINER
DEUTSCHEN MITTELSTADT

GEDANKEN UND PLÄNE

MIT EINEM VORWORT
VON
DR. ROBERT WERNER

LIMES-VERLAG WIESBADEN

DER FIRMA ERNST LEITZ, WETZLAR, GEBÜHRT BESONDERER DANK
FÜR DIE HERSTELLUNG DER REPRODUKTIONEN IM BILDANHANG

DRUCK:
WILHELM HERR · GIESSEN

VERÖFFENTLICHT UNTER DER ZULASSUNG NR. W 1000
DER NACHRICHTENKONTROLLE DER MILITARREGIERUNG



GEWIDMET
DEN FREIWILLIGEN HELFERN
UND AUFBAUFREUDIGEN BÜRGERN
DER STADT GIESSEN

1 9 4 6

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Gedanken zur Neugestaltung der Stadt Gießen. – Vortrag, gehalten im Rahmen einer Sonderveranstaltung des Freiwilligen Aufbau-Dienstes Gießen am 27. Januar 1946	10
Überblick über die Geschichte der Stadt Gießen . . .	10
Die Zerstörung der Stadt	13
Ursachen des kulturellen Verfalls	14
Grundsätzliches zur Neugestaltung der Stadt	16
Ausblick	19
Verkehrs- und Bebauungsplan zur Neugestaltung der Stadt Gießen	21
Gedanken zur Wohnsiedlung	23
Bilder und Pläne aus der Entwicklung und zur Neugestaltung der Stadt Gießen	25-40

VORWORT

Aus den Trümmern, die der Nationalsozialismus uns als Erbe hinterlassen hat, die neuen Städte erstehen zu lassen, ist eine Aufgabe von höchster Verantwortung. Es gilt nicht nur zu restaurieren, nicht nur wieder aufzubauen, was war. Es kommt darauf an, ein Werk neu zu gestalten, das noch dem Urteil kommender Jahrhunderte standhalten soll.

Das Leben der Menschen wird weitgehend bestimmt von ihren Heim- und Arbeitsstätten. Würdige, vom Geist der Wahrhaftigkeit zeugende Bauwerke strahlen eine andere Wirkung auf Geist und Seele aus, als verlogene Prunkfassaden oder Barackenhaufen.

Über Jahrzehnte hin wird sich die Arbeit des Wiederaufbaues erstrecken. Nur nach und nach können die unzähligen dringenden Baumaßnahmen durchgeführt werden. Umsomehr kommt es darauf an, Material und Arbeitskräfte nicht nur für vorübergehende Notlösungen zu vergeuden, sondern in einer unseren Verhältnissen angemessenen Form Endgültiges zu gestalten. Nicht alles ist in kurzer Zeit durchführbar, aber was geschaffen wird, soll so gebaut werden, daß es sich als organischer Teil in das werdende Ganze des Gesamtbildes der neuen Städte einfügt.

Dafür ist Voraussetzung, daß der Plan für die Neugestaltung des Ganzen vorliegt. Im Rahmen der Gesamtplanung kann dann der Wiederaufbau mit den Objekten beginnen, die material- und arbeitsmäßig jeweils zu bewältigen sind.

Dem Städtebauer sind damit Aufgaben von einem Umfang und einer Verantwortlichkeit gestellt, wie kaum jemals in unserer Geschichte. Doch sind seinem freien Schaffen Grenzen gesetzt: Der neue Plan ist nicht nur an die technischen Gegebenheiten weitgehend gebunden, wie sie durch das vorhandene Straßen- und Kanalnetz dargestellt werden, sondern er

hat in erster Linie auch den Charakter der zu gestaltenden Stadt zu berücksichtigen. Eine Stadt mit überwiegend industrieller Bevölkerung wird ein anderes Gepräge haben müssen, wie ein Platz, in dem Handel, Verkehr und Handwerk vorherrschen, oder ein Ort, dessen Bedeutung in großen kulturellen Einrichtungen, wie Universitäten, Schulen und dergleichen begründet liegt.

Das verlangt ein tiefes Einfügen in den Geist und die Art einer Stadt. Berechnungen und Statistiken allein würden niemals zu befriedigender Erkenntnis führen. Der Stadtplaner muß anknüpfen an die bodenständige Kultur des Ortes, denn auch unser Schönheitsempfinden – das in vielen verschüttet ist und durch die Werke der neuen Zeit wieder geweckt werden muß! – hat seine Wurzeln in dem, was uns von unseren Vätern überkommen ist. Doch das bedeutet nicht, daß wir die winkligen Gäßchen vergangener Jahrhunderte unverändert neu aufbauen müßten. Die wirtschaftlichen, sozialen und hygienischen Verhältnisse und Erkenntnisse unserer Zeit sind zu berücksichtigen. Der Verkehr stellt heute andere Anforderungen als im Zeitalter der Hohenstaufen.

So müssen die Aufgaben der Neuplanung in Deutschland in Ehrfurcht vor der Vergangenheit, unter klarer Erkenntnis der gegenwärtigen Notwendigkeiten, mit dem Bewußtsein tiefster Verantwortung gegenüber der Zukunft gelöst werden. Aus dieser Synthese wird sich der Stil unserer Zeit entwickeln können, für den Schlichtheit, Freiheit, Würde und Wahrhaftigkeit die kennzeichnenden inneren Elemente sein müssen.

Dieser Stil läßt sich verstandesmäßig nicht konstruieren. Er kann nur aus dem schöpferischen Gestaltungswillen wahrer Künstler wachsen. Er kann nicht „gewollt“ werden. Bauen wir in der Form, die unserer Zeit gemäß ist, – „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“ – so werden sich die Ergebnisse als Stil dieser Zeit erweisen.

Das vorliegende Heft will die Gedanken eines planenden Architekten über die Neugestaltung einer schwer zerschlagenen Mittelstadt der Öffentlichkeit unterbreiten. Die Stadt Gießen gehört nicht zu den Großstädten, deren Trümmernmassen fast unübersehbar sind. Sie ist das Beispiel einer Stadt, die in enger Verbindung mit Boden und Landschaft geblieben ist und die eine gesunde Lebensgrundlage bald wieder finden wird.

Der Architekt Hermann Dirksmüller ist nicht nur ein gestaltender Künstler, dessen Bauten weit über das Stadtgebiet von Gießen hinaus durch ihre Eigenart in Form und Gestaltung von seiner schöpferischen Kraft

Zeugnis ablegen. Zur Beurteilung der hier vorgelegten Pläne ist es von Bedeutung zu wissen, daß er auch im praktischen Kampf gegen die Not unserer Tage seinen Wirklichkeitssinn und seine uneigennützig-einsatzbereitschaft als Gründer und Leiter der „Baugemeinschaft für den Wiederaufbau im Stadt- und Landkreis Gießen“ bewiesen hat.

Die Baugemeinschaft lenkte die gesamten Wiederaufbauarbeiten in Gießen in den schweren Monaten vom Juni 1945 bis April 1946, bis die zentrale Organisation des Bauwesens durch die Großhessische Staatsregierung die Überleitung ihrer Aufgaben an die neugeschaffenen behördlichen Stellen ermöglichte.

Wohl hatte die Baugemeinschaft keine Gelegenheit, in dieser Zeit Aufbaumaßnahmen im großen Stil durchzuführen. Die Not der Stunde verlangte die Aufbietung aller Kräfte für Sofortmaßnahmen gegen das Wohnungselend. Hier aber gelang es, die schwersten Mängel vor Eintritt des Winters zu beheben und nicht nur die beschädigten Dächer, sondern auch den größten Teil der leicht- und eine erhebliche Anzahl der mittelbeschädigten Wohnungen, wenn auch behelfsmäßig, wieder herzustellen oder vor dem völligen Zerfall zu bewahren. Als manche andere Stadt noch auf Anordnungen und Zuteilungen von der Regierung wartete, begannen in Gießen bereits manche Wunden sich zu schließen.

Darüber hinaus wurde durch den Einsatz von Gleisanlagen und Baggern in der völlig zertrümmerten Innenstadt eine Fläche von mehr als 30000 qm vom Schutt gesäubert und somit die Voraussetzung für den Beginn eines neuen Aufbaues an dieser Stelle geschaffen.

An diesen Leistungen hat die hingebungsvolle persönliche Arbeit Dirksmöllers, der auch als Leiter der Baugemeinschaft freier Architekt blieb, wesentlichen Anteil.

Die Bevölkerung von Gießen hat ihm dafür umso mehr zu danken, als diese Arbeit auf einem Gebiet lag, das im Grunde gar nicht sein Gebiet war. Denn Dirksmöllers ureigenste Aufgabe ist das künstlerische, schöpferische Gestalten.

*

Davon soll dieses Buch sprechen – von dem Ringen um die Gestalt der neuen Stadt.

Wir glauben, daß die Ergebnisse deshalb beispielhaft sein können, weil sie die grundlegende Forderung erfüllen: in Ehrfurcht vor der Vergangenheit aus dem Geist unserer Tage unter Berücksichtigung aller Erforder-

nisse modernen Verkehrs und Wirtschaftslebens so zu planen, wie es die tiefste Verantwortung vor der Zukunft verlangt. Denn was heute in Deutschland wird, das soll Bestand haben vor kommenden Generationen. Es soll in Form und Gestalt unser zerschlagenes Volk miterziehen helfen zu innerer Freiheit und zu einer Gesinnung, aus der heraus Deutschland wieder zu den Werten zurückfindet, von denen es der Menschheit geben kann.

Unter diesem Blickwinkel betrachte der Leser die Bilder dieses Heftes. Nichts ist hier „modern“ im oberflächlichen Sinne vergänglicher Modeauffassungen. Sorgfältig, man möchte sagen: liebevoll ist der Charakter dieser Stadt gewahrt. Die heutigen und die zukünftigen Verkehrsbedingungen finden klare Berücksichtigung, sie werden weitgehend in die architektonische Gestaltung mit einbezogen. Die Innenstadt wird durch Torbauten abgeschlossen, die zugleich eine Abweisung für den Fernverkehr und eine Lockung für den schönheitsuchenden Reisenden darstellen. Im Aufbau des Stadtkerns sind in klarer Trennung Verkehrsplatz und Architekturplatz nebeneinander gestellt. Der Bedeutung Gießens als des Marktes für Oberhessen wird dabei Rechnung getragen. Der vorgesehene Wechsel zwischen ein- bis viergeschossiger Bebauung bis zum achtgeschossigen Turmbau als neuer Dominante erinnert an die abgewogenen Maßstabänderungen in den reizvollsten mittelalterlichen Städteanlagen. Er entspricht zugleich der Vielfalt der Natur.

Der schönste und zum Teil erhalten gebliebene Bezirk der Stadt mit den Schloßbauten am Landgraf-Philipp-Platz wird für die Stadt erschlossen. Diese Bauten lagen in „höfischer“ Abgeschlossenheit abseits des bürgerlichen Lebens und Treibens. Die neue Zeit berechtigt nicht mehr zu dieser Trennung. Sie werden nach Dirksmöllers Plan in das pulsierende Leben der Stadtgemeinschaft einbezogen.

Der in seinem Materialaufwand äußerst bescheidene und doch schöne und gefällige Block der einstöckigen Ladengeschäftshäuser mit großem Wirtschaftshof zwischen Kreuzplatz und Marktplatz zeigt eine Möglichkeit, trotz unserer Armut schon in absehbarer Zeit einen Anfang des Aufbaues machen zu können, der unter sparsamster Anwendung der heute gegebenen Mittel doch etwas Endgültiges für die Zukunft darstellt.

Doch – alle diese Dinge lassen sich nicht allein aus verstandesmäßigem und rein wirtschaftlichem Denken erfassen. Sie erhalten ihr Leben in erster Linie durch den schöpferischen, seelischen Schwung des künstlerischen Gestalters. Künstler, die nicht um der Kunst willen schaffen, sondern die

mitten im Leben stehen und die Not unseres Volkes in tiefem Verantwortungsbewußtsein mitempfinden, sind uns Wegbereiter einer neuen deutschen Zukunft.

Möge dieses Heft dazu beitragen, die Hoffnungslosigkeit, Müdigkeit und Resignation zu überwinden, indem es einen Blick in die Möglichkeiten einer neuen Zukunft tun läßt, für die es sich lohnt, zu leben und zu schaffen. Möge es dazu beitragen, die Menschen unserer zerschlagenen Städte wieder aufzurichten und anzuspornen zu tätiger Mithilfe an dem großen Werk. Denn nur als Gemeinschaftswerk kann es seine Verwirklichung finden.

Gießen, im Juni 1946.

Dr. Robert Werner.

GEDANKEN ZUR NEUGESTALTUNG DER STADT GIESSEN

VORTRAG

gehalten im Rahmen einer Sonderveranstaltung des
Freiwilligen Aufbau-Dienstes Gießen am 27. Januar 1946.

ÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHICHTE DER STADT GIESSEN.

Die anfänglichen Umriss einer jeden älteren Stadtgründung werden von den Wissenschaftlern umstritten. – So ist es auch in Gießen. – Erst in jüngster Zeit haben sich Funde bei der Ersterhebung von Neubauten ergeben, die vermutlich vorhergehende Annahmen über Zeit und Art der ersten Gründungsanlage in Frage stellen.

Deshalb ist es auch hier nicht am Platze, einer bestimmten ersten städtebaulichen Schöpfungstat das Recht zuzusprechen oder sie in Abrede zu stellen.

Tatsache ist, daß Gießen seit 1248 als Stadt bezeichnet wurde, demnach in zwei Jahren das 700 jährige Bestehen würdig begehen kann.

Gießens Entstehung und Entwicklung wurde durch die günstige Verkehrslage am Schnittpunkt zweier wichtiger Straßen hervorgerufen. Zuerst soll eine Wasserburg – „Zu den Gießen“ genannt – vorhanden gewesen sein. Die spätere feste Burg, von den Grafen der Burg Gleiberg erbaut, befand sich in der Nähe der heutigen Stadtkirche. Seit 1265 gehört die Stadt aber schon dem größeren Gemeinwesen „Hessen“ an. Das Mittelalter bis zum 15. Jahrhundert, welches sich baukünstlerisch gesehen durch den gotischen Stil wieder spiegelte, hat auch in Gießen bis über den Marktplatz hinaus stattliche gotische Fachwerkhäuser erstehen lassen. Von diesen Burgmannen-Häusern steht noch, wenn auch zur Hälfte zerstört, das Haus Leib

in der Kirchstraße. Dieses Haus aus dem Jahre 1320 war das älteste erhaltene Haus Gießens und soll eines der ältesten noch stehenden Fachwerkhäuser Deutschlands sein. –

Zugleich wurde der damaligen Zeit entsprechend Gießen als Festung ausgebaut. Hierdurch war das Bild einer mittelalterlichen Stadt mit Türmen und steinernen Toren abgerundet. Diese damalige hessische Feste überstand fast 300 Jahre alle kriegerischen Auseinandersetzungen. Selbst der 30 jährige Krieg wurde überwunden, wo die Stadt vorwiegend als Zufluchtsort für die Flüchtlinge der engeren Umgebung diente. Auch der damalige Landesfürst hielt sich mehrere Jahre in ihren festen Wällen auf. Hierfür wüteten dann aber der schwarze Tod und das Feuer umso mehr. Ein großer Brand aus dem Jahre 1560 ließ als Erinnerung den Namen Brandplatz vor dem Alten Schloß zurück. Im Jahre 1635 wurden aus der gedrängten Menge 1503 Menschen durch die Pest dahingerafft. –

Aus verschiedenen Begebenheiten heraus, die hier nicht näher erläutert zu werden brauchen, wurden die Festungsanlagen nach und nach geschleift, und die Stadt dehnte sich bis Ende des 18. Jahrhunderts bis zu den heutigen Wallanlagen aus. Der noch teilweise offene Schoorgraben an der Ostanlage ist aus dieser Vergangenheit erhalten geblieben. – Um 1812 wurden die für Gießen charakteristischen Torhäuschen erbaut. –

An hervorragenden Kulturdenkmälern aus der landgräflichen Zeit sind hervorzuheben: das alte Rathaus aus dem 16. Jahrhundert, wovon uns heute nur noch die zwei steinernen Bögen des Erdgeschosses anschauen. Das alte Schloß aus gleicher Zeit, welches jedoch Anfang des 20. Jahrhunderts erneuert wurde, ist noch als ausgebrannte Ruine erhalten. Selbst der Heidenturm, so benannt, weil im 17. und 18. Jahrhundert dort Zigeuner gefangen gehalten wurden, hat seine Turmspitze eingebüßt. Nur ein wirkliches Kleinod vollendeter hessischer Baukunst ist uns erhalten geblieben: es ist das „Neue Schloß“ mit einer einmaligen architektonischen Formsprache. Dieses konnte in seiner Schönheit nur so entstehen, weil die Tradition der damaligen großen gotischen Kulturepoche noch vorherrschte.

Hiernach entstand dann das wuchtig gelagerte Zeughaus -- Ende des 16. Jahrhunderts. -- Dieser Renaissancebau ist einer der schönsten Deutschlands. Er konnte und mußte es werden, da das Neue Schloß in seiner künstlerischen Form, dieses herrliche Bauwerk, den damaligen Baumeister in seinen Bann nahm. Dieser jetzige wuchtige Ruinenbau verpflichtet uns, ihn zu einer wichtigen öffentlichen Dienstleistung für die gewaltigen Aufgaben der Zeit zweckmäßig auszubauen. Hierdurch würde ihm dann die zuletzt innegehabte militärische Bestimmung für immer genommen.

Von den weiteren Kleinodien ist uns auf Grund der Kriegsführung von 1939 bis 1945 nichts mehr geblieben. -- Trotzdem müssen einige in der Erinnerung festgehalten werden:

Die alte Hauptwache und die Zehntscheuer, ein herrlich umgebauter Fachwerkbau. Aus der Sonnenstraße das Haus mit dem Innenhof und den hölzernen Galerien, wo der Schriftsteller Rudolf Öser geboren wurde, das Haus, wo der Jurist Prof. Höpfner 1772 Goethe empfing und u. a. die alte Hirschapotheke am Marktplatz.

Diese Bauten sind in Schutt und Asche verwandelt worden. Geblieben sind jedoch weiterhin, Deutschland und der Welt, Erinnerungen aus der Vergangenheit der Gießener Universität. Deshalb muß in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Universität erwähnt werden. Im Jahre 1607 wurde bereits die Universität in Gießen gegründet. Das erste Kollegiengebäude am Brandplatz steht nicht mehr. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die alte Klinik mit dem Biedermeiertempel an der Liebigstraße Universitätsviertel. Dort errichtete Liebig sein Laboratorium. Außer diesem großen Chemiker lehrte u. a. der weltberühmte Physiker Röntgen, der Entdecker der Röntgenstrahlen, längere Zeit an der Gießener Universität. Röntgen liegt in Gießen auf dem alten Friedhof begraben.

Durch die Tätigkeit derartiger Persönlichkeiten dehnte sich die Universität weiterhin aus. Im Jahre 1879 wurde ein neues, stattliches Kollegiengebäude in der Ludwigstraße errichtet, bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits eine große Anzahl ausgedehnter Klinikbauten auf dem Seltersberg. Außer der großen Universitäts-

bibliothek mit dem zuletzt gewesenen Bestand von etwa 1 Million Bänden, konnte noch das Stadttheater 1907 als Schmuckstück in den Anlagering eingefügt werden.

So auch fast alle Universitätsbauten zerstört und beschädigt sind, haben wir eine Verpflichtung gegenüber der geistigen Regsamkeit der Vergangenheit, die Universität wieder in würdiger Form aufleben zu lassen.

Seit der Erfindung der Eisenbahn entwickelte sich Gießen zu einem wichtigen Eisenbahn-Knotenpunkt an den Linien: Frankfurt a. M. – Gießen – Kassel, Gießen – Koblenz, Gießen – Betzdorf – Köln bzw. Siegen – Hagen, Gießen – Fulda und Gießen – Gelnhausen. –

Die Erfindung des Flugzeuges bewirkte die Anlegung des Flugplatzes. Auch kam in neuester Zeit beim Bau der Autobahnen die wichtige Verkehrsbedeutung der Stadt dadurch wieder zum Ausdruck, daß eine Hauptlinie vom Rhein bis nach Mitteldeutschland in unmittelbarer Nähe an Gießen vorbeigeführt wurde.

Durch die günstige Verkehrslage bedingt, entwickelte sich gleichfalls die Industrie. Es entstanden Tabakfabriken mit namhaftem Ruf, Maschinenfabriken, Schlüsselindustrien für das Baugewerbe und eine Gummifabrik wurden angesiedelt. Gießen als alte Garnisonstadt wurde weiter ausgebaut. – Aber dieser schnelle Fortschritt der technischen Entwicklung sollte u.a. auch Gießen zum Verhängnis werden.

DIE ZERSTÖRUNG DER STADT.

Nun komme ich zu dem Erbe, was die gewissenlosen Naziführer, die vollendeten Vollbringer der mehr oder weniger überall vorherrschenden materialistischen Weltanschauung, in Gießen, der einstmaligen Kulturzentrale, hinterlassen haben.

Durch die Luftangriffe mußten in Gießen allein an bisher amtlich registrierten Zivilpersonen 813 Männer, Frauen und Kinder ihr Leben hergeben.

Hinzu kommen noch etwa 300 Vermißte, die wahrscheinlich noch unter den Trümmern liegen und etwa 150 Juden und Kz.-Häftlinge.

An Gebäudeschäden sind etwa 1600 Wohngebäude, das sind ca. 42^o/_o mit rund 5000 Wohnungen als total- und schwerbeschädigt zu bezeichnen, und 13^o/_o mittelschwer-beschädigt, mit rund 1600 Wohnungen. – Unbeschädigt sind in Gießen nur 1,2^o/_o (außer Klein-Linden und Wieseck), so daß man das Gesamtbild der Kernstadt als zu ca. 80^o/_o zerstört und beschädigt wiedergeben muß. Außer diesen Schäden ist das Kanal- und Wasserleitungsnetz einschließlich Straßendecke (außer dem Bahngelände) mit 142 Bombentrichtern zerschmettert. – Derartige Zerstörungen und Beschädigungen haben in Deutschland prozentual nicht sehr viele Städte aufzuweisen.

Außer der Leitung der Baugemeinschaft für den Wiederaufbau wurde mir vom Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gießen die verantwortungsreiche Aufgabe der Planung des Wiederaufbaues der Innenstadt übertragen. – Als freier Architekt durfte und konnte ich die Lösung dieser Aufgabe nicht nach bisher gewohnten behördlichen Formen aufnehmen. Deshalb bin ich bewußt statt des Wiederaufbaues an die Planung mit dem Grundgedanken der Neugestaltung der Innenstadt herangetreten. Die Beweggründe möchte ich ihnen in den folgenden Abschnitten meiner Ausführungen darlegen.

URSACHEN DES KULTURELLEN VERFALLS.

Der wahnvolle Glaube unserer Zeit liegt in der Überschätzung der Technik mit ihren Folgeerscheinungen Industrie, Weltwirtschaft und Verkehr. – Die Technik, an sich nicht kulturfeindlich, wurde es aber, als sie die Herrschaft über den Menschen gewann, anstatt ihm zu dienen. Diesen Geist der Technik und Industrie erkannte bereits Goethe vor 120 Jahren. Im Jahre 1825 schreibt er an seinen Freund Zelter:

„ . . . Reichtum und Schnelligkeit ist, was die Welt bewundert, wonach sie strebt. Eisenbahnen, Schnellposten, Dampfschiffe und alle möglichen Facilitäten der Communication sind es, worauf die gebildete Welt ausgeht, sich zu überbilden und dadurch in der Mittelmäßigkeit zu verharrten. Eigentlich ist es das Jahrhundert für die fähigen Köpfe, für leicht

fassende, praktische Menschen, die mit einer gewissen Gewandtheit ausgestattet, ihre Superiorität über die Menge fühlen, wenn sie gleich selbst nicht zum Höchsten begabt sind. Laß' uns soviel als möglich an der Gesinnung halten, aus der wir herkamen. Wir werden, mit vielleicht noch wenigen, die letzten sein einer Epoche, die sobald nicht wieder kehrt.“

Goethe, einer der größten Deutschen, der unter anderen uns damals in der Welt den Ruf als das Volk der „Denker und Dichter“ einbrachte. Dieser Mann hat mit dem prophetischen Sehen das vor 120 Jahren vorausgesagt, woran die Welt und wir heute krankten: daß wir unsere ganze ererbte Tradition mehr oder weniger der Technik und Wirtschaft opferten. –

Hier, meine Damen und Herren, haben wir den Schlüssel zur Besinnung.

Wir stehen vor einer gewaltigen Aufgabe: Wie sie aus meinen vorstehenden Darlegungen entnehmen, hat die Stadt Gießen noch niemals in ihrer Geschichte eine solche vollkommene Zerstörung gesehen. Diese gewaltige Aufgabe, vor die wir damit gestellt sind, ist nur zu lösen in der Erkenntnis, daß wir heute Gefühl, blutwarmes Leben und den Menschen in den Vordergrund stellen müssen, an Stelle von Verstand, Maschine und Masse.

Der Nationalsozialismus hatte u. a. das Leben mit Füßen getreten. Wir müssen es wieder erwecken. Die Idealisten aus allen Lagern müssen sich finden und arbeiten, um den Massen der materialistisch eingestellten Welt den Weg der Zukunft zu öffnen.

Ein unerbittlicher Spiegel des Lebens ist die Architektur. Nach den derzeitigen Gegebenheiten und allgemeinen wirtschaftlichen Anschauungen könnten und dürften wir nur restaurieren, d. h. wiederaufbauen. Selbstverständlich werden wir vorerst die leicht- und mittelbeschädigten Gebäude so schnell wie möglich in erster Linie im Interesse der Wohnungsfrage instandsetzen. Aber darüber hinaus hat die Planung der fast vollkommen zerstörten Innenstadt so gestaltend vorzugehen, daß ein geschlossenes Ganzes entstehen kann. Hierzu ist eine vollständige Neuregelung des Grundbesitzes wesentliche Voraussetzung.

GRUNDSÄTZLICHES ZUR NEUGESTALTUNG DER STADT.

Gießen hatte vor dem Kriege 47000 Einwohner. Es gehört auf Grund seiner günstigen Landschafts- und Verkehrslage zu jener Gruppe von Mittelstädten, in denen das neue Deutschland vielleicht überhaupt die Zukunftsform der Stadt sieht, die noch unmittelbare Verbindung zu den Kräften des Volkstums der ländlichen Umgebung hat, die aber auch die wirtschaftliche Möglichkeit besitzt, weitere Klein- und Heimindustrie an sich zu ziehen.

Aus dem weiten Talkessel heraus wird Gießen von Hügeln umgeben. Ihnen ist am Rande des Schiffenberges und des Philosophenwaldes mit lockerer Bebauung der Landschaft zu folgen. Und jenseits sind die Hardtterrassen baulich zu erschließen. Der weite Kranz von Dörfern kann späterhin mit einbezogen werden. Hier zeige ich für die Entwicklung der Zukunft Gießens Möglichkeiten auf, die durchaus vorhanden sind, jedoch erst einer grundlegenden Planung bedürfen, denn es gilt hier auch denselben Maßstab anzulegen, wie bei den Überlegungen der Innenstadt, um die Schlacken des kulturellen Verfalls schon vor dem Beginn eines späteren Bauens abzulegen.

Nun ist heute zu den bereits ausgearbeiteten Plänen über die Neugestaltung der Innenstadt speziell zu sagen: die Wohnungen sind zum großen Teil z. Zt. in Kellerräumen und halbfortgerissenen Gebäuden so überfüllt, daß es erschauernd ist, den Menschen – fernab vom Lächeln der freien Natur – hier wohnen zu wissen. Für den Architekten ist aber – neben der sozialen Aufgabe – die Lösung der Formfrage für die Stadtgestaltung das Primäre.

Die vorwiegend geschlossene Bauweise der Innenstadt verlangt, daß nun endgültig Schluß gemacht wird mit den schmutzigen Winkeln der Hinterhöfe. Die überspitzte individualistische Unternehmer- und Hausbesitzerauffassung, jeden Quadratmeter Bodenfläche wirtschaftlich auszunutzen, muß einer gesunden Genossenschaftsgrundlage Platz machen. Die einzelnen Baublöcke müssen wieder klare Formen und Wohnhöfe aufweisen.

Während der Epoche des kulturellen Verfalls wurde an der Fassade der vornehme Mann geheuchelt und dann konnte durch die vielgearteten Flügel- und Rückgebäude niemals die Spur einer klaren Raumbildung eines Baublockes aufkommen. Es mußte nun bei der Neugestaltung berücksichtigt werden, daß zwischen 3 und 4 vollgeschossigen Häusern auch keine 5 m Gebäudeabstände oder sogar noch Vorgärtchen angeordnet werden können; denn bei der geschlossenen Bauweise der Innenstadt entstehen eben geräumigere Wohnungen und sonnige Höfe, die dann auch wieder das Stadtbild klarer und geordneter in Erscheinung treten lassen.

Weiterhin mußte aber, soweit irgend möglich, der Natur nachgegeben werden. Es wurde auch klar zum Ausdruck gebracht, wo Architektur- und Verkehrsplätze angeordnet sind. In der Vergangenheit sollte jeder Quadratmeter Freiplatz an diesen Stellen vom Gärtner angelegt werden. Rasenflächen in Herz- und Weckenform, ohne Aufnahme der regelmäßigen Linien der Architektur sind niemals am Platze. Am Kirchenplatz kann bei der Neugestaltung der innere Stadtverkehr der Zukunft nicht vorbeigeführt werden.

Die architektonische Formsprache mußte in Gießen da anknüpfen, wo der Biedermeierstil aufhörte, der sich heute noch bei einzelnen Gebäulichkeiten am Anfang der Frankfurter und Marburger Straße zeigt. Das besagt zwar nicht, daß diese Formen nun nachgeahmt werden sollen, sondern ich will damit nochmals unterstreichen, was ich u. a. im Absatz über den kulturellen Verfall sagte, daß die Architektur damals zu Goethes und Liebigs Zeiten aufhörte, der Ausdruck einer geistigen Geschlossenheit und damit auch einer wahren Stilepoche zu sein.

Wir müssen also aus der Tradition und Gegenwart die Zukunft uns selbst gestalten. Die Wahrung des Eigentümlichen einer jeden Stadt verpflichtet uns. Gießen entspricht als Stadtanlage der freien malerischen Form. Zwar ist diese Anlage im Laufe der Jahrhunderte unklar geworden. — Der Grund ist der, daß die Seele des Stadtbauens, die Verkehrszüge, im Innern verwischt wurde, wohingegen am Anlagering die vier Hauptverkehrsrichtungen

durch die 8 Torhäuschen unterstrichen wurden. Deshalb mußte bei der Neugestaltung am Selterstor und am Landgraf-Philipp-Platz das Gepräge der Gartenstadt wieder klar in Erscheinung treten. Das Selterstor erforderte gleichfalls einen Blickpunkt von der langgestreckten Frankfurter Straße her.

Im Innern der Stadt waren der Markt- und Kreuzplatz. Diese Plätze stellten bisher aber keine klaren Beziehungen mehr zu den Hauptverkehrsadern dar.

Die Neugestaltung des Stadtkerns muß nun diesen Straßenzügen Gehalt geben, der wohl Überlieferungen wahrt, jedoch die wirklichen Beziehungen wiedergibt. Deshalb ist und muß Straßenkreuz und Kreuzplatz heute der Mittelpunkt Gießens sein. Zwischen diesem Kreuzplatz und dem Marktplatz soll ein Gebäude mit künstlerischem Innenhof entstehen, welches in erster Linie den schaffenden Menschen zur Freude dienen wird.

Es war nicht mehr möglich, den engen Straßen zu folgen. Sie genügten vor 200 Jahren, als es noch kein Jahrhundert der Technik gab, jedoch haben wir heute die Verpflichtung, die Errungenschaften der Technik in unsere städtebaulichen Betrachtungen miteinzubeziehen. Deshalb erforderte der Verkehrszug den Durchbruch zwischen Schulstraße und Brandplatz und erschloß dadurch zugleich den bisher immer abseits gelegenen schönsten Teil Gießens. Auch hier nach der Ostanlage wird der schöne Landgrafen-Platz durch ein Tor abgeschlossen. Daß aber heute der schaffende Mensch bei allen unseren kulturellen Betrachtungen im Mittelpunkt steht, um überhaupt die entsetzliche Not bannen zu können, habe ich durch die Platzgestaltungen mit geschlossenen Aufbauwänden die Möglichkeit gegeben, daß zirka 80 Wohnungen neu gewonnen werden.

Durch Verbreiterung der Straßen, bzw. Vergrößerung der Plätze ist die wirtschaftliche Ausnutzung des eigentlichen Baugeländes, soweit es gegenüber der Zukunft zu verantworten ist, erfolgt und zwar u. a. dadurch, daß viele Gäßchen in die Gestaltungsform der Baublöcke miteinbezogen wurden. —

Außer diesen Planungen der Innenstadt werden selbstverständlich gleichlaufend die Planungen der Wohnsiedlungen bearbeitet: denn die gesunde Wohnung ist die Keimzelle der Familie und damit zugleich die Grundlage unserer Zukunft.

AUSBLICK.

Meine Damen und Herren! Soll der Grundstein zu einem bescheidenen Anfang der Neugestaltung in diesem oder im nächsten Jahr gelegt werden, so müssen Sie alle mithelfen und werken im Sinne der Gemeinschaft, wie sie sich als Pionierarbeit im Rahmen des Freiwilligen Aufbau-Dienstes im vorigen Jahr bereits bewährt hat.

Vor allem müssen sämtliche Architekten, Bauhandwerker und Hausbesitzer von dem Wir-Gedanken, der allein diese Not bannen kann, beseelt sein. Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, daß wir nicht mehr die Masse von gestern sind, sondern ein Volk mit ideeller Grundhaltung. Nur so können wir wieder ein Kulturstädtchen, mit der Aufrichtung der Universität verbunden, werden. Die überladene Geschmacklosigkeit der städtischen Architektur der letzten 50 Jahre darf nicht wieder Platz greifen, denn ein unerbittlicher Spiegel ist die Architektur. —

Erinnern wir uns an die kalte Pracht der letzten Staatsgebäude. Denken Sie bitte an Nürnberg, München und Berlin. Was waren es für Bauten? Es waren Kanzlistenkasernen im Kostüm von Herrenschlössern — erkennen wir nicht die übergroße, ihres Endzweckes nicht mehr bewußte Verwaltungsmaschine? —

Wir brauchen heute keine Repräsentantenbauten mehr. Wir brauchen Heimstätten für unsere obdachlosen Menschen in Stadt und Land. — Die krassen Unterschiede der Wohnungsversorgung — liegt da nicht die Wunde der Klassengegensätze offen zu Tage?

Ist für frühere Epochen das Signum Adel, Bürgertum und Kirche gewesen, so muß dem Bauwesen der Zukunft die soziale und volkliche Gesinnung abzulesen sein. Diese wird und muß sich ihre

Dominanten (Gemeinschaftshäuser, Jugendhäuser, Hofräume und Architekturplätze usw.) sowie ihre baukünstlerischen Einheiten, wie ich sie hier für Gießen in der Innenstadt bereits zeigen konnte, selbst schaffen. –

Für den Staat kann es dann fürderhin keine wichtigere Arbeit am Volk geben, als die, das Wohnen in der proletarischen, wenn auch modernen Mietskaserne zu beseitigen. –

Die Gießen umgebenden Großstädte werden uns als Steinwüste anschauen, in der beste Wurzeln menschlicher Kraft und Güte verdorren, auch wenn diese Städte wieder restauriert werden. Aber hier in Gießen kann uns die Allmacht der Natur helfen, wenn wir an den Hängen, in den Wäldern und auf den Höhen aus dem Kern der inneren Gartenstadt heraus in der Zukunft Kleinhäuser und Gärten entstehen sehen.

Deshalb müssen wir ein Beispiel in Deutschland geben, um aus Haus und Garten wieder ein an Leib und Seele gesundes Geschlecht erwachsen zu sehen, welches uns wie einstmals wieder einen Ehrenplatz in der Welt sichert.

VERKEHRS- UND BEBAUUNGSPLAN ZUR NEUGESTALTUNG DER STADT GIESSEN

Mehrfache Überarbeitungen und Verbesserungen der in dem Vortrag vom 27. Januar 1946 dargelegten Gedanken führten zu den auf Seite 36 und 37 niedergelegten Plänen. – Hierzu ist im einzelnen folgendes zu bemerken :

A. VERKEHR.

Der gesamte Durchgangsverkehr ist um den Stadtkern herumzuführen. Es verbleibt mithin im Innern nur der Ortsverkehr, der sich nicht auf eine einzige Straße konzentrieren soll. Diesem Verkehr sind klare Wege zu weisen:

Die inneren Hauptstraßen eines Stadtkerns müssen mit den Umgehungsstraßen in Beziehung gebracht werden. Sie sollen gleichfalls entsprechende Fahrbreiten aufweisen und im Gegensatz zu den engeren Verbindungsstraßen stehen, die dann zum Teil nur als Einbahnstraßen dem Verkehr dienen, um u. a. auftretende Gefahrenpunkte an den Kreuzungen besser überwinden zu können.

Außerdem ist darauf Wert zu legen, daß dem rollenden Verkehr übersichtliche Parkmöglichkeiten gegeben sind. Daher ist es auch weit günstiger, den stärkeren Fahrverkehr über den Landgraf-Philipp-Platz als durch die Walltorstraße zu leiten, da dort eine große Straßenbreite und damit Übersichtlichkeit vorhanden ist.

Der Fremde, der Gießen einen kürzeren oder längeren Besuch abstatten will, findet im Schloßbezirk gute Parkflächen, er findet Gaststätten und gegebenenfalls Hotelunterkunft, alles dies in unmittelbarer Verbindung zu schönen Grünanlagen und angesichts der schönsten Architekturen Gießens. Die trostlose Einförmigkeit ist hiermit ausgeschaltet, die bei so vielen Städten die Durchreisenden abstößt.

B. WIRTSCHAFTLICHKEIT.

Zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Planes müssen die erforderlichen Straßenflächen, Straßenkanäle und die Baufrontlängen der einzelnen Baublocks berechnet und untersucht werden. Weiterhin, ob durch die einzelnen Straßenführungen eine Wertsteigerung oder -minderung eintritt.

In dem Bebauungsplan sind die vorhandenen Straßenführungen vor der Zerstörung ersichtlich. – Als wertsteigernd muß vor allen Dingen angesehen werden, daß durch die rechteckige Form der Baublocks klare, übersichtliche Gebäudegruppen und günstige Grundrisse sich ergeben gegenüber unregelmäßigen, winkligen Höfen der vorhandenen dreieckigen Baublocks. –

Die gewissenhafte Überprüfung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte hat ergeben, daß die alte Führung der Sonnenstraße und Mäusburg auch in wirtschaftlicher Hinsicht keine nennenswerten Vorteile bietet.

Für die Straßen und Plätze im Rahmen des eingetragenen Umlegungsgebietes ergeben sich nur ca. $2\frac{1}{2}\%$ mehr Flächeninhalt für den geplanten Durchbruch nach dem Landgraf-Philipp-Platz. Dagegen ist die wirtschaftliche Ausnutzung der viereckigen Baublocks hinsichtlich der Baufrontlänge und Unterbringung der Anlieger günstiger, als wenn man die alte Straßenführung zugrunde legt. Die Wirtschaftlichkeit der Straßenkanäle kann in diesem Falle nicht ausschlaggebend sein, da ein Teil des alten Straßenkanals vollkommen zerschmettert ist.

C. DIE KÜNSTLERISCHE FORM.

Die Erörterung der verkehrstechnischen und der wirtschaftlichen Beziehungen des Bebauungsplanes treffen nur eine Seite und dabei nicht einmal die auf die Dauer wichtigste.

Es geht jetzt im hohen Maße darum, die kulturellen Grundlagen zu schaffen, auf denen unsere Nachkommen weiterbauen können.

Es muß nun endlich die kulturlose Zwischenzeit ausgeschaltet werden, die anfang, als mit dem Erlöschen des Barock und seiner bürgerlichen Nachblüte im Biedermeier die Gestaltungsgrundsätze aufgegeben wurden, die Jahrhundertlang maßgebend waren.

Die Aufgabe unserer Generation, wesentliche Teile der Stadt neu gestalten zu müssen, ist der höchsten Anstrengung Wert. Es handelt sich darum, unserer Stadt wieder ein Gesicht zu geben und einen Charakter aufzuprägen, der in vielen Bauten aus der Zeit vor 100 Jahren erkennbar ist. – Hier anzuschließen, dabei aber beziehungslose Romantik abzulehnen, ist Aufgabe der Neugestaltung. –

GEDANKEN ZUR WOHSIEDLUNG

Jeder kennt die langen gleichartigen Zeilen der Stadtrandsiedlungen. Anstelle der kubischen Hausform beherrschten in jüngster Zeit vorwiegend die endlosen Zeilen – wo Giebelhaus an Giebelhaus gereiht waren – das deutsche Landschaftsbild im Umkreis der Städte.

Aber auch in den geschlossenen Dorfsiedlungen in Norddeutschland, im Harz, im Schwarzwald und wo immer es sein mag, sehen wir neue Wohnhäuser stehen, die gleichfalls keine Verbundenheit mehr mit der Landschaft zeigen.

Die Seele, der Grundwille des Volkes wurzelt in der Tradition. Diese lebendige Verwurzelung ging uns verloren. Denn sonst hätten wir neben das herrliche niedersächsische Bauernhaus oder das Schwarzwälderhaus keine verschachtelten städtischen Wohngebäude setzen können. Es bedarf einer ungeheuer ernsten und gründlichen Selbstprüfung, um sich darüber klar zu werden, was noch von alten Anschauungen in uns lebendig ist, und was dem Geiste unserer heutigen Zeit entspricht und gerecht wird.

Sich damit im Denken und Planen zu befassen, ist nicht nur eine unerläßliche Arbeit des schöpferischen Architekten und der Baubehörde, sondern auch jedes einzelnen Bauherrn. Sie führt zu einer seelisch-geistigen Vertiefung des ganzen Menschen.

Siedlung! – Sie muß in sich bergen, was mit Heimat gesagt wird. Das Erlebnis „Heimat“ ist ein wesentlicher Teil unseres Menschentums. Es liegt darin eine Offenbarung sittlicher Art.

Eng verbunden ist damit das Erleben der Schönheit des Landes. Sie wird um so tiefer empfunden, je mehr Herzkraft den freien Blick durchströmt. Das Erleben des Schönen führt zum künstlerischen Schaffen als Ehrfurcht getragener Gestaltung der Heimat. In diesem muß alles enthalten sein, was dem deutschen Menschen die heimatlichen Kräfte zu seinem körperlichen, seelischen und geistigen Werden geben können.

Aus den vorstehenden Gedankengängen heraus möchte ich hier die Planung für zwei größere zusammengefaßte Siedlungsgebiete der Stadt Gießen der Öffentlichkeit unterbreiten. (Seite 39 und 40.)

Das erste Siedlungsgebiet liegt am Rodtberg, zwischen der Eisenbahn Frankfurt am Main – Kassel und der Ausfallstraße nach Marburg. Es wird im Norden von dem Neuen Friedhof begrenzt.

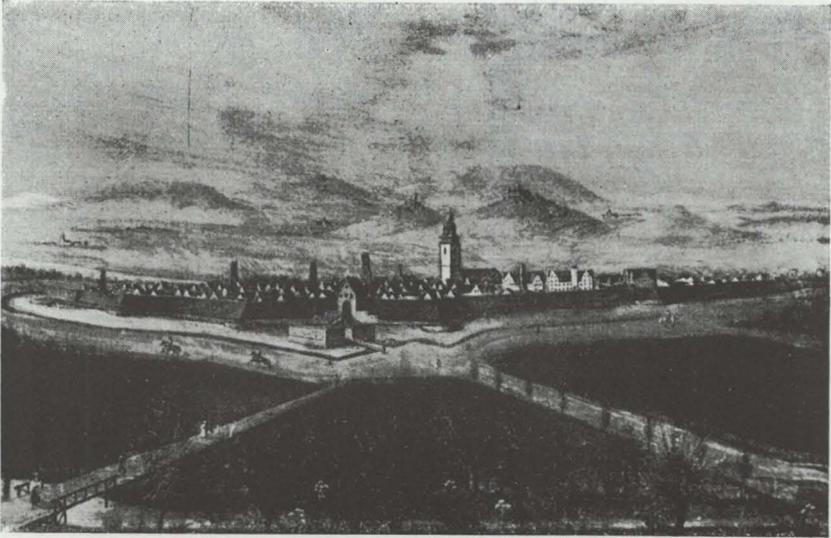
Das zweite Gebiet liegt angrenzend östlich der Marburger Straße und stellt längs des Wiesecker Weges die Verbindung nach dem Stadtteil Wieseck dar.

Das Gelände ist etwa 25 Meter ansteigend und liegt im Norden der Stadt. Deshalb konnten die Gärten der einzelnen Anlieger nach Süden angeordnet werden. Gleichfalls wurde Wert darauf gelegt, daß durch die versetzte Anordnung der Gebäude fast von jedem Hause aus der herrliche Ausblick nach der Stadt Gießen zwischen Lahn- und Wiesecktal gegeben ist.

Die verkehrsreiche Ausfallstraße nach Marburg, die die zwei Siedlungsgebiete zerteilt, wurde beiderseitig mit etwa 60–80 Meter tiefer Bebauung für Autowerkstätten, Handwerksbetriebe und dergleichen dem eigentlichen Wohnen entzogen.

Innerhalb dieser geplanten Wohnsiedlungen sind Schule, Kinderhort, Gärtnereien, Läden und dergleichen – wie aus dem Bild ersichtlich – vorgesehen.

BILDER UND PLÄNE AUS DER ENTWICKLUNG
UND ZUR NEUGESTALTUNG DER STADT GIESSEN



Gießen zur Festungszeit im 17. und 18. Jahrhundert. Wie ein Juwel liegt die Stadt in die Landschaft eingebettet.

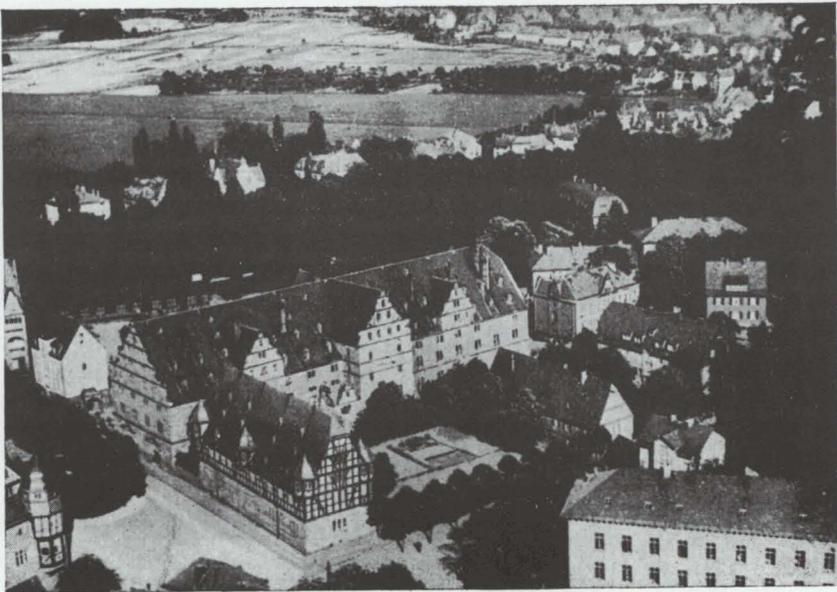


Der Marktplatz
im 18. und 19. Jahrhun-
dert. Ein so geruhsamer
Dreiecksplatz kann dem
Verkehr der Zukunft
nicht mehr genügen.



Häuser im hessischen Fachwerk
in der Walltorstraße vor der
Zerstörung.

Im Mittelpunkt des Luftbildes
(unten) das Neue Schloß und die
Zeughauskaserne. Diese Bauten
müssen, verbunden mit den
Grünanlagen, dem Ortsverkehr
klar erschlossen werden. Wäh-
rend das Neue Schloß gut er-
halten geblieben ist, ist die
Zeughauskaserne ausgebrannt.





Diese Gebäudegruppe am Asterweg aus der Zeit des kulturellen Tiefstandes führt uns deutlich vor Augen, wie sehr die Verbundenheit mit dem Boden und der Landschaft verloren gegangen war. Im Hintergrunde der Gleiberg.



Am Asterweg ist durch die Zerstörung ein Wohnhaus freigelegt worden, das uns für die Neugestaltung den artgemäßen Gestaltungsgrundsatz der Gartenstadt Gießen angibt. Auf der linken Seite des Bildes ein Beispiel für die kulturlose Bauweise der jüngsten Zeit.



Gießen 1945. Blick von der Mäusburg aus auf die Ruine der Stadtkirche. Links die zwei Bögen des alten Rathauses.

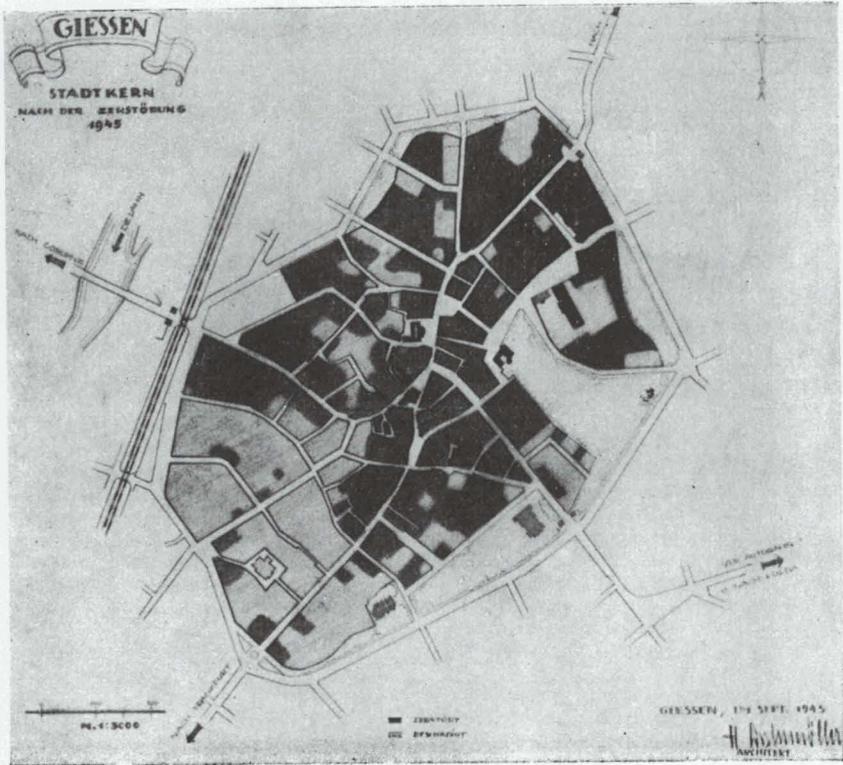


Unter Leitung der „Baugemeinschaft für den Wiederaufbau“ wurden außer den Straßen Flächen von ca. 30000 qm im Stadtkern von den Trümmern gesäubert.

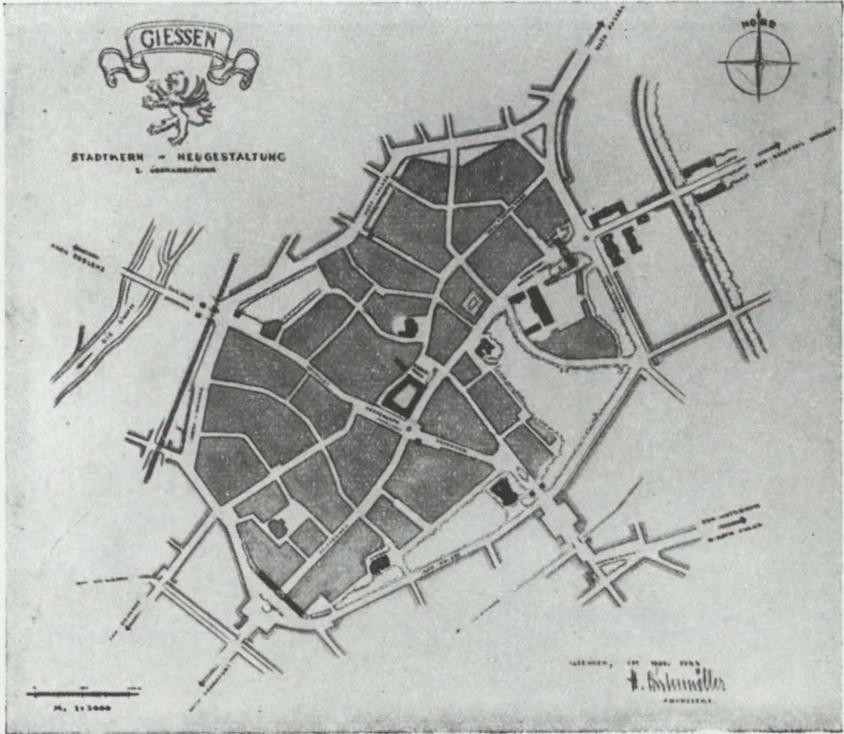


Aufbau in Gießen 1945-46. In einem Außenviertel der Stadt, wo nach den großen Angriffen nur noch vereinzelte Häuser bewohnbar waren, sind die nicht total zerstörten Gebäude fast sämtlich wieder aufgebaut. Die Dächer sind zum Teil mit Dachpappe, zum Teil mit Zementziegeln verschiedener Produktionsstätten gedeckt, die durch die Baugemeinschaft bereits im August 1945 zum Anlaufen gebracht wurden. Über die Baugemeinschaft gelangten ca. 700 000 Zementziegel zur Verteilung. – Das untere Bild zeigt die Wiederherstellung in einem Stadtteil mit zahlreichen Kleinwohnungen. Über 120 000 qm Dachpappe wurden durch die Baugemeinschaft während der 10 Monate ihrer Arbeit beschafft und zur Verteilung gebracht.

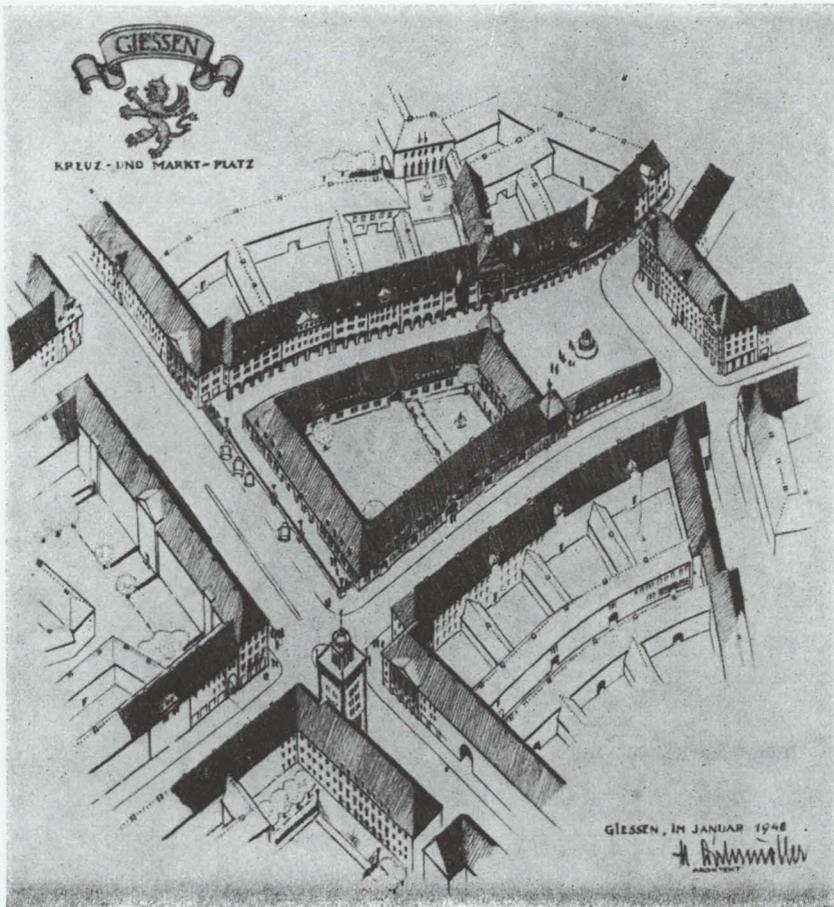




Der Stadtkern innerhalb des Anlageringes nach der Zerstörung 1945. Die dunklen Flächen zeigen das Ausmaß der totalen Vernichtung, die Gebäude in den helleren Flächen sind mehr oder weniger beschädigt.



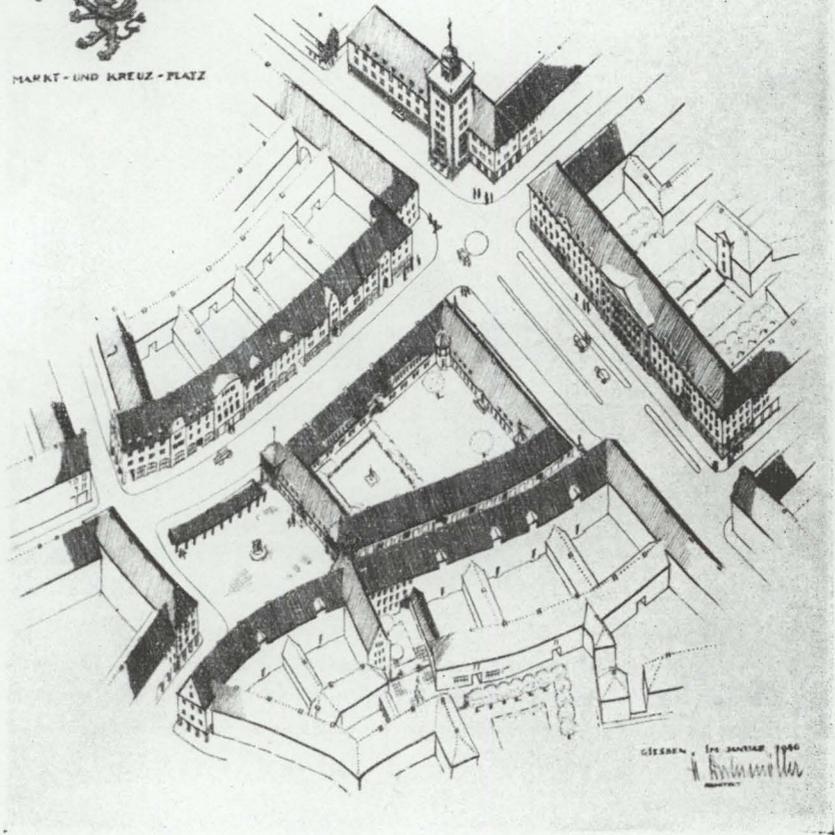
Vorschlag zur Neugestaltung des Stadtkerns vom November 1945. Hauptmerkmal die klaren Straßenführungen von Tor zu Tor und die Erschließung des Landgraf-Philipp-Platzes mit seinen schönen Bauwerken.



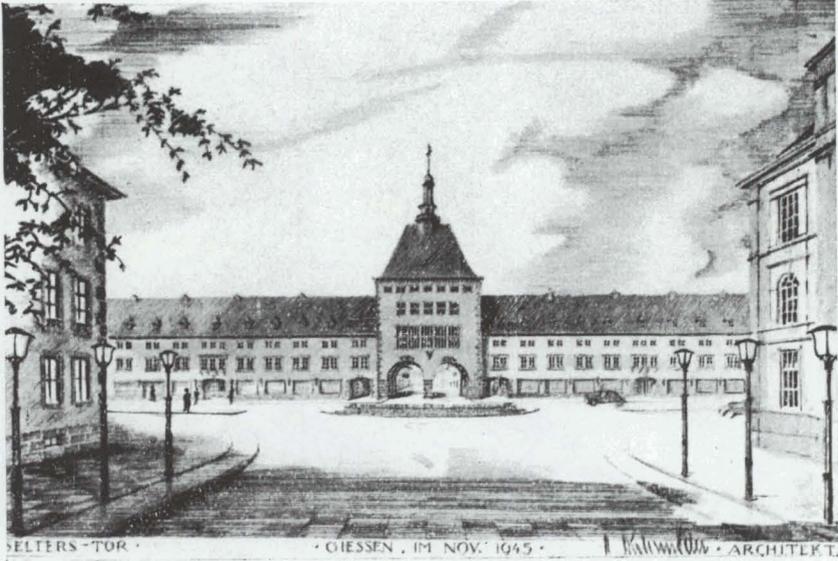
Vogelschaubild auf Kreuzplatz und Marktplatz mit Blick gegen den Marktplatz.
Die Verbindung zwischen Kreuzplatz und Marktplatz an den Kolonnaden entlang
sollte als Geschäftsstraße und „Bummelstraße“ dem Verkehr entzogen werden.



MARKT- UND KREUZ-PLATZ



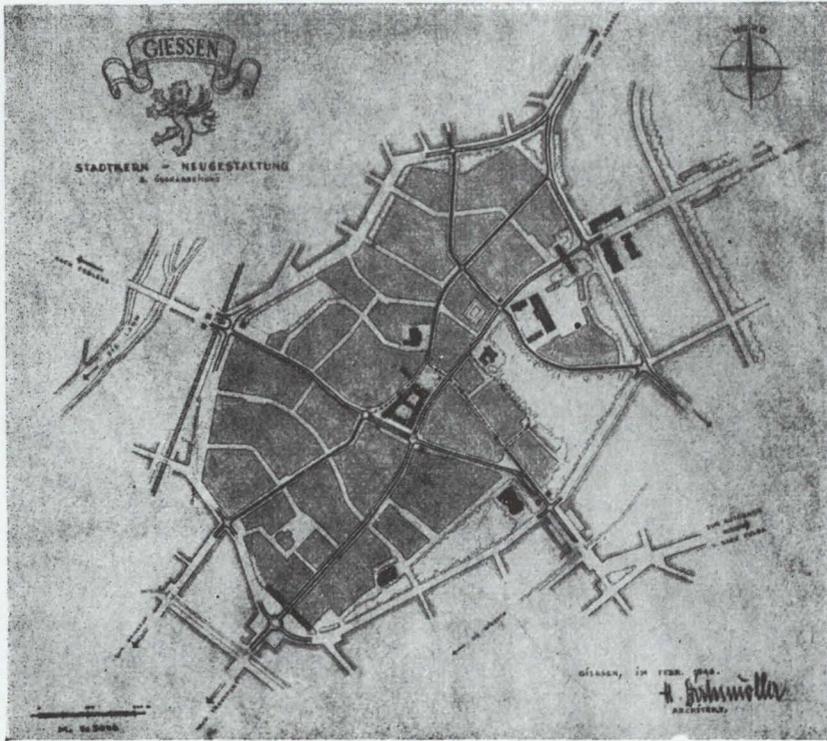
Blick gegen den Kreuzplatz mit strengere architektonischer Gliederung als Gegensatz zu dem malerischen Marktplatz. Es wurden ein 4-geschossiges Kauf- und Bürohaus sowie ein Hotel mit nutzbarem Aussichtsturm als neuer Dominante dargestellt.



Vorschlag zur Platzgestaltung am Seltersstor. Der starke Verkehr von der fallenden Frankfurter Straße her verlangte eine Platzwand und damit einen geschlossenen Blickpunkt. – Die zwei Durchfahrten ebenso wie die zwei Passantendurchgänge fügen sich trotz ihrer Weite dem Gesamtbild ein. Die Beleuchtung ist durch Kandelaber und von der geschlossenen Platzwand aus vorgesehen.

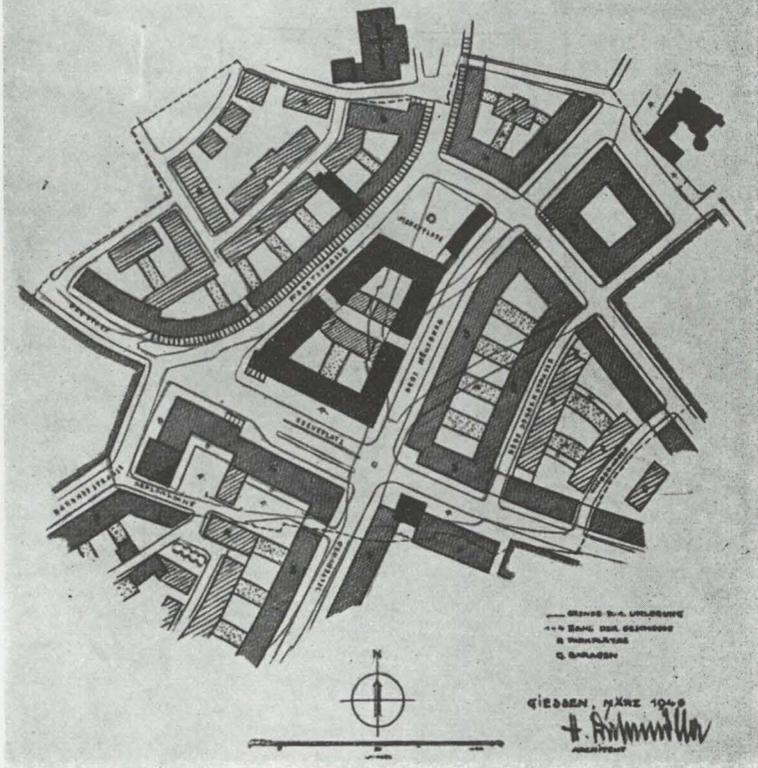


Erster Vorschlag zur Neugestaltung des Marktplatzes. Als Sinnbild in Verbindung mit der Wiederherstellung des alten Rathauses und der hessischen Fachwerksbauweise wurde auf der rechten Seite ein Stück „Alt-Gießen“ eingefügt. Auf der linken Seite sieht man einen offenen Kolonnadengang, der zugleich den Marktplatz gegen die vorbeiführende Hauptgeschäftsstraße abschließt.



Verkehrsplan für die Innenstadt. Vorschlag, ausgearbeitet im Februar 1946.
Die punktierten Verkehrslinien bezeichnen die vorgesehenen Einbahnstraßen.

GIESSEN - STADTMITTE
NEUGESTALTUNG
BEBAUUNGS-PLAN



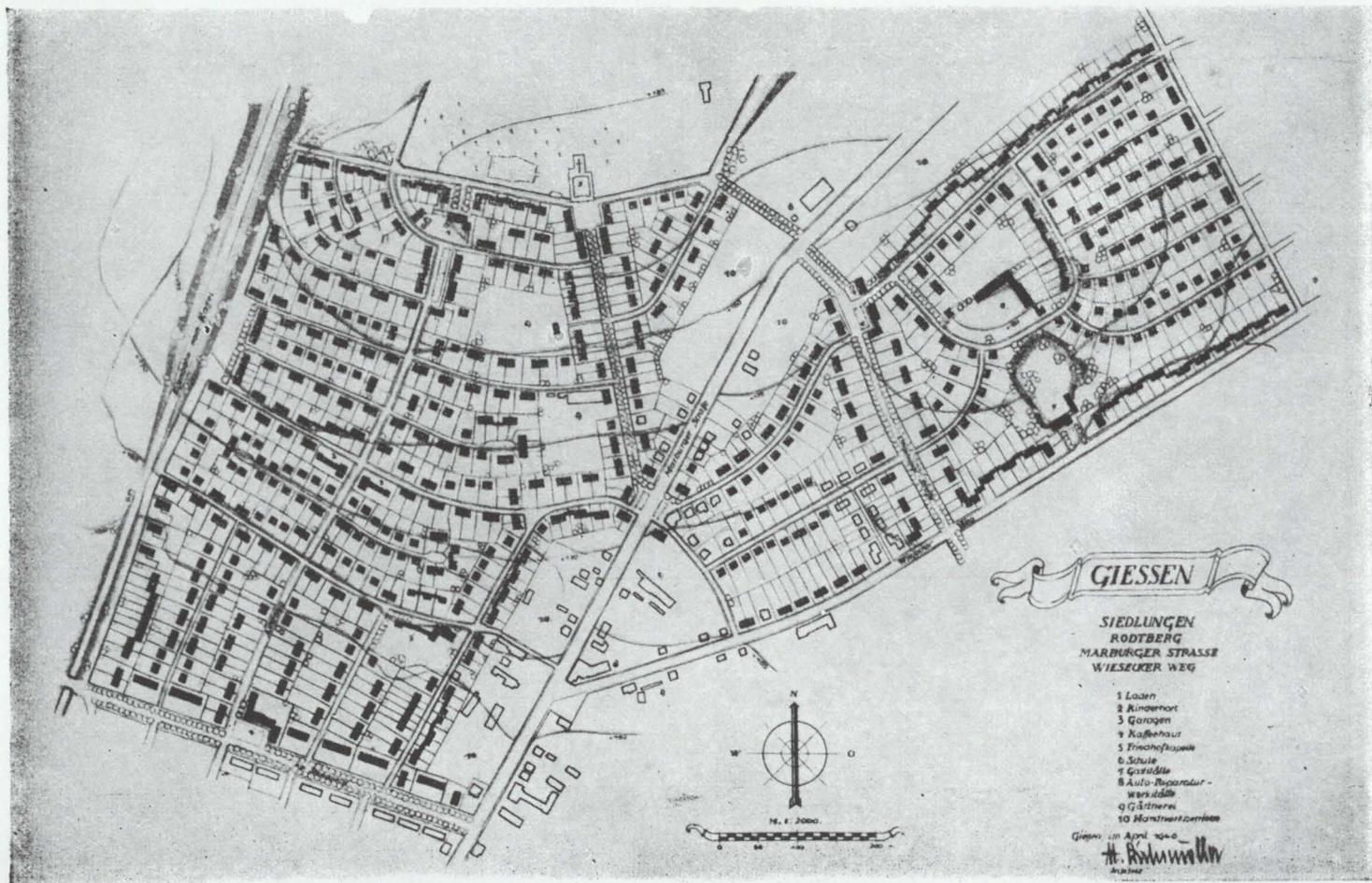
Darstellung und Aufteilung der einzelnen viereckigen Baublocks.
Vorschlag für die Bebauung im Stadtkern, ausgearbeitet im März 1946.



Vorschlag zur Neugestaltung am Landgraf-Philipp-Platz. Auch hier wurde wie am Selterstor eine Platzwand ebenso wie ein Blickpunkt gestaltet. – Die architektonische Formsprache lehnte sich verpflichtend an die herrlichen Bauwerke der Vergangenheit an.



Blick von der geplanten Umgehungsstraße gegen den Wiesecker Weg mit dem Siedlungsaufbau als geschlossener Verbindung zwischen der Stadt Gießen und dem Stadtteil Wieseck. Die verschiedenartige Gestaltung der Haus- und Dachformen mit dem horizontalen Abschluß des Schulgebäudes entspricht städtebaulich der Gießen eigenen „freien malerischen Form“.



Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der Eisenbahnlinie Frankfurt-Main-Kassel und dem Stadtteil Wieseck.

Das Bestreben,

dem wahren Menschentum zu dienen,
veranlaßte mich zur Veröffentlichung
vorstehenden Werkes

In der Geschäftsstelle des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen sind folgende Sonderpublikationen käuflich zu erwerben:

Karl Friedrich Euler: Das Haus auf dem Berge - Die Geschichte des Augustinerchorherrenstiftes Schiffenberg (1129-1323).

Gießen 1984 - 176 S. - 16,-- DM

Heinrich Geissler: Die Langsdorfer Flurnamen - Vergangenes aus Landschaft und Dorfleben.

Gießen 1985 - 200 S. - 14,-- DM

Göbel/Frech: Geschichten aus Gießen von und mit Louis Frech 1858-1936.

Gießen 1986 - 268 S., 1 Faltblatt - 28,-- DM

Dietrich Gräf: "Hake" Angriffsziel Gießen 1944/45.

Gießen 1991 - 126 S. - 2. Aufl. - 19,50 DM

Friedhelm Häring: Die Museen in Gießen.

Gießen 1986 - 390 S. - 35,-- DM

Erwin Knauß: Zur Geschichte Gießens und seines Umlandes - Aufsätze und Reden von E. Knauß.

Gießen 1987 - 390 S. - 35,-- DM

Rolf und Brigitte Kralovitz: Hedwig Burgheim oder die Reise nach Gießen - Bericht über das Leben einer Lehrerin.

Gießen 1981 - 44 S. - 5,-- DM

Rolf und Brigitte Kralovitz: Da war nachher nichts mehr da - Ein Dokumentarbericht.

Gießen 1983 - 27 S. - 5,-- DM

Jürgen Leib (Hrsg.): Beiträge zur Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des Biebertals.

Gießen 1982 - 232 S. - 17,50 DM

Friedel Lerch: Die Gießener Familiennamen bis 1600. Ihre Entstehung und Bedeutung.

Gießen 1981 - 142 S. - 9,-- DM

Helmut Nachtigall: Hüttenberger Hoftore, Stadt Gießen - Landkreis Gießen - Bestandsaufnahme mit 4 Bildtafeln und 150 Fotos.

Gießen 1990 - 138 S. - 20,-- DM

Klaus Schwarz: Der Wald der Stadt Gießen. Entwicklung und Bedeutung.

Gießen 1989 - 96 S. - 28,-- DM

Ulrich Seelbach: Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte im Kreis Gießen.

Gießen 1983 - 56 S. - 5,-- DM

Josef Stern: Stark wie ein Spiegel.

Gießen 1989 - 282 S. - 18,-- DM

Otto Stumpf: Das Gießener Familienbuch.

Zusammengestellt nach den Tauf-, Trau- und Beerdigungseintragungen der Stadtkirche und der Burghkirche, ergänzt durch archivalisches und literarisches Quellenmaterial.

Teil I - III Gießen 1974-1976 - 42,-- DM

Otto Stumpf: Einwohnerlisten des Amtes Gießen vom 15. bis 17. Jahrhundert (1470-1669) mit einem Abriß über die Namensgebung.

Gießen 1983 - 376 S. - 18,-- DM

Friedrich Wilhelm Weitershaus: Klein-Linden - Geschichte und Gemarkung. Ein Beitrag zur Ortsnamen- und Flurnamenskunde im Kreis Gießen. Mit einem Anhang: Der 300jährige Grenzstreit mit Klein-Linden (1531-1845) von Erwin Knauß.

Gießen 1981 - 118 S. - 12,-- DM

Johanna Werckmeister (Hrsg.): Land-Frauen-Alltag.

Hundert Jahre Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen im ländlichen Raum. Marburg 1989 - 119 S. - 22,50 DM

Thomas Weyrauch: Gießener Rechtsquellen für Ämter und Gewerbe 1528-1737.

Gießen 1989 - 327 S. - 19,50 DM

An alten Jahrgängen der "Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins" sind noch vorhanden und können über das Stadtarchiv, 63 Gießen, Ostanlage 45, bezogen werden:

Nr. 39 / 1953	vergriffen
Nr. 40 / 1955	14,00 DM
Nr. 41 / 1956	16,00 DM
Nr. 42 / 1957	vergriffen
Nr. 43 / 1959	12,00 DM
Nr. 44 / 1960 Festschrift Prof.Dr.Rauch	30,00 DM
Nr. 45 / 1961	vergriffen
Nr. 46 / 1962	20,00 DM
Nr. 47 / 1963	35,00 DM
Nr. 48 / 1964	18,00 DM
Nr. 49 / 50 / 1965	32,50 DM
Nr. 51 / 1966	22,50 DM
Nr. 52 / 1967	25,00 DM
Nr. 53 / 54 / 1969	24,00 DM
Nr. 55 / 1970	15,00 DM
Nr. 56 / 1971	33,50 DM
Nr. 57 / 1972	27,50 DM
Nr. 58 / 1973	vergriffen
Nr. 59 / 1974	26,00 DM
Nr. 60 / 1975	25,00 DM
Nr. 61 / 1976	22,50 DM
Nr. 62 / 1977 Festschrift Dr.Herbert Krüger	28,00 DM
Nr. 63 / 1978 Festschrift 100 Jahre OHG	35,00 DM
Nr. 64 / 1979 Festschrift 100 Jahre Oberh.Museum	32,00 DM
Nr. 65 / 1980	28,00 DM
Nr. 66 / 1981	27,00 DM
Nr. 67 / 1982	23,00 DM
Nr. 68 / 1983	25,00 DM
Nr. 69 / 1984	vergriffen
Nr. 70 / 1985	26,00 DM
Nr. 71 / 1986	28,00 DM
Nr. 72 / 1987	vergriffen
Nr. 73 / 1988	vergriffen
Nr. 74 / 1989	32,00 DM
Nr. 75 / 1990	28,00 DM

Ältere Jahresbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von "Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins" Nr. 1-38.